DER SPIEGEL

Nr. 50A / 9.12.2015
Deutschland €4,60
4 195581 604603 01











CHRONIK 2015

GESICHTER EINES JAHRES






Österreich € 5,10 Schweiz sfr 7,– BeNeLux € 5,20 Dänemark dkr 48,– Finnland € 7,40 Frankreich € 6,– Griechenland € 6,50 Hongkong HK$ 88,– Italien € 6,– Japan Yen 1.800,– (+tax) Lettland € 5,60 Norwegen NOK 72,– Polen (ISSN 00387452) ZL 29,– Portugal (cont) € 6,– Slowakei € 6,20 Slowenien € 5,90 Spanien € 6,– Spanien/Kanaren € 6,30 Thailand Baht 450,– Tschech. Republik Kc 175,– Türkei TL 23,– Ungarn Ft 2.170,– Printed in Germany



WirmachenDruck.de

Sie sparen, wir drucken!

Abbildungen ähnlich.

Ihr Werbe-Bedarf

www.wir-machen-druck.de

Flyer
41,54 € / 10.000 Stk.
DIN A6, 135 g/m² matt,
einseitig farbig bedruckbar (4/0)

Faltblätter
4-Seiter
43,53 € / 1.000 Stk.
DIN lang hoch, 135 g/m² matt,
beidseitig farbig bedruckbar (4/4)

6-Seiter Zickzackfalz
49,90 € / 1.000 Stk.
DIN lang hoch 6-Seiter, 135 g/m² matt,
beidseitig farbig bedruckbar (4/4)

Acrylglas
ab 14,82 € / 1 Stk.
freie Größe, 5 mm Acrylglasplatte,
einseitig farbig bedruckbar (4/0)
*ohne Halterung & Bohrung

Fotoleinwände
ab 8,21 € / 1 Stk.
freie Größe, Keilrahmen 2 cm / 4 cm, 300 g/m² Solvotex art Canvas (1440 dpi), einseitig farbig bedruckbar (4/0)

Bücher
16,81 € / 1 Stk.
DIN A5 hoch, Inhalt: 48 schwarz/weiße Innenseiten, 90 g/m² glänzend
Umschlag: Hardcover, einseitig farbig (4/0)

Fotowandkalender
29,80 € / 10 Stk.
DIN A5 quer, 135 g/m² glänzend,
Wire-O-Bindung, 13 Blatt, einseitig
farbig bedruckbar (4/0)

Visitenkarte
15,29 € / 1.000 Stk.
85 x 55 mm, 350 g/m² matt,
beidseitig farbig bedruckbar (4/4)

Einladungskarte
29,16 € / 100 Stk.
DIN A6 quer, gefalzt 4-Seiter
300 g/m² matt, beidseitig farbig
bedruckbar (4/4)

Postkarten
59,36 € / 1.000 Stk.
DIN A5 quer, 260 g/m² Chromokarton,
beidseitig farbig bedruckbar (4/4)

Rubbellose
0,47 € (pro Stück) **/ 1.000 Stk.**
DIN A6, 260 g/m² glänzend, 1 Version,
beidseitig farbig bedruckbar (4/4)

Apfel-Drink Dosen
1,29 € (pro Dose) **/ 100 Stk.**
134 x 53 mm, Aludose 250 ml,
transparente Folie, einseitig farbig
bedruckbar (4/0)

Energy-Drink Dosen
1,29 € (pro Dose) **/ 100 Stk.**
134 x 53 mm, Aludose 250 ml,
transparente Folie, einseitig farbig
bedruckbar (4/0)

Sekt Dosen
1,65 € (pro Dose) **/ 100 Stk.**
114 x 53 mm, Aludose 200 ml,
transparente Folie, einseitig farbig
bedruckbar (4/0)



Alle Preise inklusive Mehrwertsteuer und Versand.
Preisänderungen und Irrtümer vorbehalten.

DER SPIEGEL
Das deutsche Nachrichten-Magazin

Hausmitteilung

Betr.: Chronik 2015

Dieses Jahr hat unser Leben verändert. Die Terroranschläge von Paris haben die Menschen verunsichert, die Skandale bei Volkswagen und beim DFB haben den Ruf deutscher Institutionen beschädigt. Die guten Nachrichten, die es natürlich auch gab, gingen dabei fast unter. Diese Sonderausgabe des SPIEGEL liefert einen Überblick über das, was wichtig war und wichtig bleiben wird. SPIEGEL-Redakteure berichten über die großen Ereignisse des Jahres – in Porträts und Analysen, Rekonstruktionen und Reportagen. Und wir schreiben in diesem Heft auch über Menschen und Geschehnisse, die übersehen wurden oder zu Unrecht schon wieder fast vergessen sind. Die „Chronik 2015", konzipiert von Redakteur Martin Wolf, erscheint als zusätzliche SPIEGEL-Ausgabe. Sie wird unseren Abonnenten zugestellt und kommt am 9. Dezember in den Handel.


BERNHARD RIEDMANN
Wolf

Für Julia Amalia Heyer, SPIEGEL-Korrespondentin in Paris, begann das Jahr mit Recherchen über jene Terroristen, die in der Redaktion der Satirezeitschrift „Charlie Hebdo" ein Massaker angerichtet hatten. In der „Chronik 2015" schreibt Heyer auch über ihr Stammlokal in Paris, das Petit Cambodge. Der Text ist eine Art Nachruf: Bei den Anschlägen vom 13. November starben allein 15 Gäste dieses Restaurants. In einem Essay analysiert SPIEGEL-Autor Nils Minkmar Ursachen, Wirkung und Geschichte des Terrorismus und „wie man Terroristen in Rente schickt". Und Oliver Welke, Moderator der ZDF-Satiresendung „heute-show", sinniert in einem SPIEGEL-Gespräch über Humor in Zeiten des Terrors. Terroristen lächerlich zu machen „löst das Problem nicht", sagt Welke, „tut aber total gut".


ERIC GARAULT / DER SPIEGEL
Heyer

Wie die Flüchtlingskrise zur Krise der Bundeskanzlerin wurde, analysiert Dirk Kurbjuweit in seinem Porträt von Angela Merkel. In einem Essay seziert SPIEGEL-Autor Romain Leick die europäische Flüchtlingspolitik. Und SPIEGEL-Reporter Christoph Reuter beschreibt am Beispiel des syrischen Dorfs Korin, wie sich Menschen mit dem Krieg in ihrer Heimat zu arrangieren versuchen. Seit Frühjahr 2012 sind Reuter und der Fotograf Timo Vogt immer wieder nach Korin gereist, um zu erfahren, was aus den Bewohnern geworden ist. Außerdem in der „Chronik 2015": SPIEGEL-Reporter Alexander Osang begleitete Gregor Gysi auf dessen Abschiedstournee als Fraktionsvorsitzender der Linken; Frank Hornig porträtiert einen 81-Jährigen, der für die Schwulenehe kämpft; in der Rubrik „Helden des Alltags" werden zwölf Persönlichkeiten des Jahres gewürdigt, darunter Til Schweiger und die Sängerin Taylor Swift. Und Redakteur Alexander Kühn besuchte die Zentrale von Playmobil. Für den Spielzeughersteller ist die Vorweihnachtszeit die schönste Zeit des Jahres.


EMIN OEZMEN / DER SPIEGEL
Reuter

Die nächste SPIEGEL-Ausgabe Nr. 51/2015 erscheint am Samstag, dem 12. Dezember 2015.

Flucht nach Europa

Migration In diesem Jahr kommen so viele Flüchtlinge nach Deutschland wie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr. Die Flüchtlingskrise polarisiert das Land, Politiker und Bürger streiten über Integration und Abschottung. Zu lange haben Europas Regierungen versucht, die Asyldebatte auszusitzen. **Seiten 156, 164**

ARIS MESSINIS / AFP



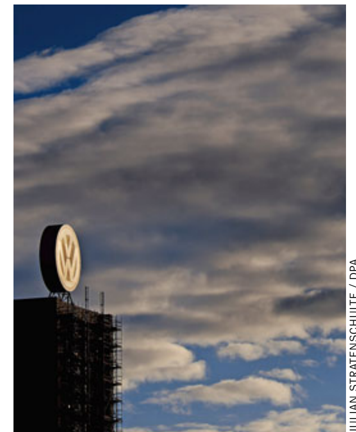
THOMAS RABSCH / LAIF

Wenn man trotzdem lacht

Humor Die ZDF-Satiresendung „heute-show“ fiel 2015 gleich zweimal aus: nach dem Absturz der Germanwings-Maschine im März und am Abend der Terroranschläge in Paris. Im SPIEGEL-Gespräch erklärt Moderator Oliver Welke, warum Humor gerade in Krisenzeiten unverzichtbar ist. Satire fange immer mit derselben Frage an: „Auf wen darf man denn jetzt sauer sein?“ **Seite 220**

Schmutzige Geschäfte

Skandale Über Jahre hat Volkswagen, Europas größter Automobilkonzern, Abgastests manipuliert. Strafen und Schadensersatzzahlungen in Milliardenhöhe bedrohen die Existenz des Unternehmens. Für VW erweist es sich in dieser Lage als Fluch, dass die größten Anteilseigner des Konzerns zwei untereinander zerstrittene Familien sind. **Seite 168**



JULIAN STRATENSCHULTE / DPA



JOCHEN ZICK / GETTY IMAGES

Die einsame Kanzlerin

Regierung Noch vor wenigen Monaten sah es so aus, als könnte sich Angela Merkel im November für zehn Jahre Kanzlerschaft feiern lassen. Doch in der Flüchtlingskrise zeigt Merkel plötzlich Nerven und macht Fehler. Ausgerechnet ihre Selfies mit Flüchtlingen haben sie angreifbar gemacht. **Seite 200**

 Titelbild: Fotos H. Schneider/Visum, Getty Images (6), Imago, Wireimage, caro/Zensen, Hermann Bredehorst, Werner Schuering, Isolde Ohlbaum/laif



JAKE CHESSUM /NYT / REDUX / LAIF

Julianne Moore

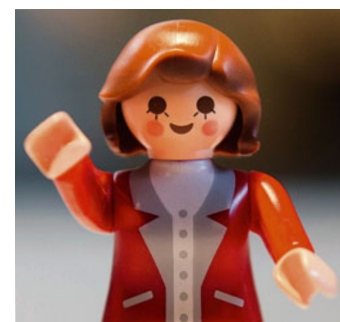
Sie spielt Frauen, die intellektuell und sinnlich sind, die Geist und Sex mühelos vereinen. Mit Mitte 50 erreicht die Schauspielerin den Höhepunkt ihrer Karriere: Sie gewinnt einen Oscar. **Seite 40**



DANIEL OCHOA DE OLZA / AP

Yanis Varoufakis

In seiner kurzen Amtszeit wurde der griechische Finanzminister zum Star der Linken. Mit Regierungschef Tsipras kämpfte er gegen Europas Sparpolitik. **Seite 26**



TIMM SCHAMBERGER / DDP IMAGES

Playmobil

Seit 1974 bevölkern Playmobil-Figuren die Kinderzimmer, die Männchen sehen heute aus wie damals. Doch nun muss der Spielzeughersteller einen Umbruch meistern. **Seite 216**

Leitartikel

Die neue Angst

Das Jahr 2015 wird in die Geschichte eingehen.

Selten haben sich die zwei Gesichter einer Gesellschaft in so kurzer Folge gezeigt wie im Deutschland des Jahres 2015. Als im September Tausende Flüchtlinge den Münchner Hauptbahnhof erreichten, wurden sie mit Applaus empfangen, mit warmen Getränken und Spielzeug für die Kinder. Man feierte sie, als hätten sie gerade eine Meisterschaft für Deutschland errungen.

Es dauerte nicht lange, bis das andere Deutschland sein Gesicht zeigte, bis Flüchtlingsunterkünfte brannten und Ausländer vom Mob gejagt wurden. Bis in den alles andere als sozialen Netzwerken jede Scham abgelegt wurde, bis Journalisten, die die neue Fremdenfeindlichkeit beklagten, auf offener Straße attackiert wurden. Bis sich eine latente Wirtshausschlägereistimmung über das Land legte. Als dann am 13. November Terroristen im Namen des „Islamischen Staates“ in Paris ein Massaker anrichteten, fühlten sich jene bestätigt, die in den Flüchtlingen vor allem eines sehen: Bedrohung.



EMMANUELE CONTINI / SCHOLZ PRESS / DDP IMAGES

Aber es waren nicht nur das freundliche und das abweisende Deutschland, die sich in diesem Jahr offenbarten. Es zeigten sich auch die Anhänger einer offenen deutschen Gesellschaft und einer geschlossenen Gesellschaft, die sich abriegelt vor Fremd- und Ungewissheit. Die Menschheit habe sich noch immer nicht von ihrem Geburtstrauma erholt, befand der Philosoph Karl Popper 1945 in seinem Werk „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“. Er schrieb über das Trauma des Übergangs aus der Stammes- oder „geschlossenen“ Gesellschaftsordnung zur „offenen“ Gesellschaftsordnung, die die besten Fähigkeiten des Menschen hervorbringe. 2015 war dieser ewige Kampf, den die Menschheit mit sich austrägt, sichtbarer denn je.

Der Lauf unserer Geschichte wird von großen Zäsuren geprägt. Im Jahr 2015 hat nach der Zeitenwende von 1989/90 die nächste Epoche begonnen. Der gewaltige Flüchtlingsdruck, zusammen mit einem immer besser organisierten Terrorismus islamistischer Prägung, wird die Welt wohl ebenso einschneidend verändern wie die Globalisierung der Wirtschaft oder der Fall des Eisernen Vorhangs. Von nun an wird es noch mehr darum gehen, die offene Gesellschaft gegen ihre Feinde zu verteidigen. Das sind an erster Stelle die Menschenfeinde des IS, zu dessen Zerschlagung dem Westen jedes klug gewählte Mittel recht sein sollte.

Eine Bedrohung stellen aber auch jene Mitbürger dar, für die Freiheit und Freizügigkeit jetzt keinen Wert mehr haben. Bürger, die aus dem Empfinden von Angst und Überforderung zurück zu jener geschlossenen Stammesgesellschaft wollen, von der Karl Popper schrieb. Es sind verständliche, urmenschliche Reflexe, die hinter dieser Sehnsucht nach Überschaubarkeit stecken – und doch wäre es die völlig falsche Reaktion, sich ihnen hinzugeben.

Es gibt eine diffuse und eine konkrete Angst. Die diffuse ist die Sorge, sich eines Tages fremd zu fühlen im eigenen Land, umgeben zu sein von anderen Sprachen, Lebensstilen, Werten, einer anderen Kultur. Gegen diese Angst helfen Sprach- und Integrationskurse für Flüchtlinge; die erfordern ein wenig Bereitschaft, in erster Linie kosten sie aber Geld. Mit diesem Geld, das Deutschland aufbringen kann, ließe sich die Zukunft nach unseren Vorstellungen prägen. Die zu Recht gefürchteten Parallelwelten mitten in Deutschland müssen sich nicht zwangsläufig bilden. Wir haben es in der Hand.

Die konkrete Angst gilt terroristischen Anschlägen. Sie wird befeuert durch den Verdacht, dass sich unter den rund eine Million Flüchtlingen, die allein 2015 nach Deutschland gelangt sind, auch ein paar eingeschleuste Terroristen befinden könnten. Eine offene Gesellschaft ist weder zur Naivität noch zur Wehrlosigkeit verdammt. Sie kann Polizei und Geheimdienste bei veränderter Bedrohungslage gezielt stärken, ohne gleich neue Sicherheitsgesetze zu erlassen. Der Staat sollte auch die Flüchtlinge schärfer kontrollieren und besser registrieren, als dies bislang geschehen ist. Er muss die Hintergründe der Menschen rascher prüfen und sie konsequent abschieben, wenn sie keinen triftigen Grund zum Bleiben haben. Auch das kostet Geld und Kraft, aber es ist machbar. Das zu wissen hilft gegen das lähmende Gefühl der Ohnmacht.

Wir sollten uns aus Angst vor den Terroristen weder in einen Überwachungsstaat verwandeln, noch sollten wir unsere Grenzen abriegeln. Denn die offene Tür, gerade für Schutzbedürftige, ist der Kern einer offenen Gesellschaft. Würden wir sie schließen, hieße das, uns selbst zu verleugnen, unseren Glauben an Freiheit und Menschlichkeit. Einen größeren Triumph könnten wir den Feinden der offenen Gesellschaft nicht bescheren. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass es keine hundertprozentige Sicherheit geben wird und dass mehr Sicherheit nur um den Preis von weniger Freiheit zu haben ist. Dieses Spannungsverhältnis immer wieder neu auszuloten ist wohl die größte Herausforderung des neuen Zeitalters.

Der Kampf für die Freiheit, schrieb Karl Popper, endet nie. Auch nicht 2016.

Markus Feldenkirchen



Die Verunsicherung



WILLIAM DANIELS / PANOS PICTURES

Essay Die Anschläge von Paris versetzen die Welt in Angst. Terrorbekämpfung wird damit zur Aufgabe für die gesamte Gesellschaft. *Von Nils Minkmar*

Wenn wir uns als Jugendliche gruseln wollten, dann machte einer aus der Gruppe plötzlich die Stimme von Eduard Zimmermann nach. Wie in einem Beitrag seiner legendären Verbrechensaufklärungssendung „Aktenzeichen XY … ungelöst“ schilderte er unsere gegenwärtige Lage: „Wer Hinweise auf den Verbleib dieser jungen Leute hat …“ Die förmliche Ausdrucksweise, die sonore Stimme und der Tenor des Warnens bildeten eine unverkennbare Trias, die jedem, und sicher noch heute, in die ursprünglichsten Regionen des Gehirns fuhr.

Und prompt nahm man die Umgebung anders wahr: Die Straße erschien als dunkle Gasse, die Terrassentür als Einladung für Kriminelle und die Leichtigkeit als Verwundbarkeit.

Das macht auch der Terror mit uns: In der Idylle sehen wir nur ein schlecht gesichertes Ziel, im Fremden den potenziellen Feind. So arbeitet unser Bewusstsein plötzlich im Auftrag der Terroristen, es vervielfältigt ihre Möglichkeiten. Terroristen können kaum so viele Wege, uns zu schaden, wirklich beschreiten, wie wir ihnen zutrauen. Sie sind nun überall, wo wir sind.

Es ist kein objektives Bild der Lage. Aber auch kein ganz falsches. Das Jahrhundert hat im Zeichen des Terrors begonnen, mit den Anschlägen vom 11. September 2001. Dann folgten die Attentate auf Bali im Jahr 2002, in Madrid 2004, in London 2005. Fast täglich erreichen uns Nachrichten aus Syrien und dem Irak, aus Israel, aus Tunesien und der Türkei, aus Pakistan und Afghanistan. Es sind selten gute Nachrichten. Und nun zuvor unvorstellbare Anschläge in Paris, gleich zweimal in diesem Jahr. Die Welt scheint endgültig unberechenbar geworden zu sein.

Wurde man als Kind des ausgehenden Kalten Kriegs noch mit der Tatsache vertraut gemacht, dass die Zerstörung unserer Stadt durch sowjetische Kernwaffen innerhalb von wenigen Minuten möglich sei, so verkürzte sich diese Frist für die Opfer von Paris auf wenige letzte Sekunden. Und noch etwas ist anders als damals: Dieser Schrecken kennt kein Gleichgewicht. Man kann Selbstmordattentäter nicht durch den Einsatz jener Mittel abschrecken, die sie selbst einsetzen.

In der Idylle sehen wir plötzlich nur ein schlecht gesichertes Ziel, im Fremden den potenziellen Feind.

Dabei ist die Welt im vergangenen Jahr ein besserer Ort geworden, besser als je zuvor. Wenn man den warnenden Unterton einmal auf lautlos stellt, sieht sie richtig gut aus: Die weltweite Armut ist in den letzten Jahren in einem Maß zurückgegangen, wie man es nicht zu hoffen gewagt hätte. Länder wie Brasilien und Indonesien, die früher zur sogenannten Dritten Welt gezählt wurden, sind heute, trotz mancher Rückschläge, Wachstumsregionen. Dort nimmt die Zahl jener zu, die sich zur Mittelschicht zählen und die ihre Kinder friedlich in gute Schulen schicken möchten. Seuchen und Krankheiten werden weltweit effektiv bekämpft. Die Menschen leben, global gesehen, länger, gesünder und mit größeren Möglichkeiten.

In Europa gibt es sogar noch mehr Gründe, sich zu freuen. Der Kontinent, auf dem sich vor 25 Jahren bis an die Zähne bewaffnete, entschlossene Streitkräfte gegenüberstanden, Panzerheere und Kernwaffen, ist befriedet und schon sehr weitgehend geeint; selbst Russland bemühte sich zuletzt wieder um Annäherung an den Westen. Hungersnöte gibt es in Europa nicht mehr, Gewalt – in der Familie, im Klassenzimmer oder in der Kneipe – ist weitgehend geächtet, das Gewaltmonopol des Staates intakt.

In Deutschland hat sich manches gebessert. Der Rechtsstaat wird respektiert. Eine Plage der vergangenen Jahrzehnte, die Massenarbeitslosigkeit, die ganze Generationen nach der Schul- und Studienzeit in Sorge versetzte, gibt es so nicht mehr. Man hat auch nicht mehr den Eindruck, dass das Land von Hausmeistern in grauen Kitteln regiert wird. Das Leben ist leichter. Das alles wissen wir. Wir fühlen es aber nicht, nicht am Ende dieses Jahres.

Begonnen hat 2015, begonnen hat diese Verunsicherung mit einem Roman, mit „Unterwerfung“ von Michel Houellebecq. Er erzählt darin, wie üblich bei Houellebecq, von einem sympathischen, leicht menschenfeindlichen Protagonisten, es gibt satirische Verspottung bekannter Persönlichkeiten, explizite Sexszenen, Reisebeschreibungen und literarische Reflexionen. Doch der Roman enthält mehr.

„Unterwerfung“ handelt auch von maskierten Männern, die mit automatischen Waffen herumlaufen und Menschen ermorden, ohne dass die Polizei sie aufhalten kann. Von Bomben, die explodieren, ohne dass es verlässliche Informationen darüber gäbe. Von Juden, die Frankreich in Scharen verlassen. Houellebecqs existenziell verlorener Protagonist schildert sein Unbehagen an der kulturellen und charakterlichen Schwäche seines Landes, dessen politische Eliten vor einem selbstbewussten, reichen und expansiven Islam zurückweichen.

Man hätte den Roman für Science-Fiction halten können, für eine dystopische Zuspitzung latent vorhandener Konflikte. Aber das gelang nur für wenige Stunden. Denn der Tag des Erscheinens, der 7. Januar, endete mit einer Krisensitzung in der Wohnung des Schriftstellers. Wenige Stunden zuvor, die Buchhandlungen hatten gerade geöffnet, hatte „Unterwerfung“ den Charakter verändert: von der Fiktion zum Sachbuch.

An jenem Vormittag richteten zwei maskierte Täter ein Blutbad an, mitten in Paris. Wohl niemand, der den YouTube-Clip gesehen hat, wird ihn je vergessen: den kurzen Film, der den Mord an dem am Boden liegenden Polizisten Ahmed Merabet zeigt, der sich den Tätern in den Weg gestellt hatte. Die Szene wurde zum Symbol für den doppelten Bürgerkrieg: Franzosen erschießen Franzosen, Muslime erschießen Muslime.

Aber es traf an jenem 7. Januar nicht nur Polizisten und am Tag darauf die Kunden eines koscheren Supermarkts, sondern zuvor ein besonderes Sinnbild: die Redaktion des Satiremagazins „Charlie Hebdo“. Seit den Mohammed-Karikaturen stand das Blatt im Fokus des Terrors, einen Brandanschlag hatte es bereits im Jahr 2011 gegeben. Die Morde in der Redaktion bedeuteten einen auch symbolischen Triumph für die Terroristen – als wäre es in den Neunzigerjahren Killern Irans gelungen, den Schriftsteller Salman Rushdie zu töten.

In der Wahrnehmung der französischen Kultur wie in der Selbstbeschreibung der Redaktion handelte es sich bei „Charlie Hebdo“ um das radikalste, treffendste, schlicht das beste Satiremagazin der Welt. Die Karikaturisten arbeiteten in dem Bewusstsein, in einer jahrhundertealten Tradition politischer und satirischer Zeichnungen in Paris zu stehen.

Das Attentat galt dieser Tradition, dieser Freiheit. Und es war eine Botschaft, die auf der ganzen Welt genau so verstanden









Nach den Anschlägen von Paris besuchte
der französische Fotograf William Daniels die Orte der Trauer

WILLIAM DANIELS / PANOS PICTURES

wurde. Weltweit bekannten sich Menschen zu dem Satz „Je suis Charlie“. Für Franzosen kam noch eine Dimension hinzu, eine nostalgische und sentimentale, denn viele der Zeichner waren seit Jahrzehnten Teil der kollektiven Imagination. Ja, es war, als hätte der Terror den geschützten Raum der Zeichnungen zerstört und Asterix ermordet. Ein Trauma, das die französische Kultur, das Selbstbild der Nation erschütterte.

Diese Gefühle waren noch allgegenwärtig, als der Terror im November ein zweites Mal zuschlug. Dieses Mal traf es Orte, die die Sorglosigkeit der Freizeit und der Jugend symbolisierten.

Die Terroristen schossen auf die voll besetzten Terrassen vor den Cafés und Restaurants im beliebten 10. und 11. Arrondissement. Sie drangen in die Konzerthalle Bataclan ein, schossen um sich, nahmen Geiseln und brachten schließlich ihre Sprengstoffgürtel zur Explosion. Der Versuch, ins Stade de France einzudringen, misslang jedoch. Drei Selbstmordattentäter sprengten sich daraufhin vor dem Stadion in die Luft. Und diese Blutnacht vom Freitag, dem 13., war noch nicht das Ende des Schreckens. Ein paar Tage später konnte ein Versteck der Terroristen im Vorort Saint-Denis, der Grabstätte der französischen Könige, erst nach stundenlangem Feuergefecht gestürmt werden. Zunächst war unklar, wer genau sich dort versteckt hatte und wer noch auf der Flucht war.

Die Anschläge vom 13. November 2015 mit 130 Toten haben Europa verändert. In Belgien wurde kurz darauf die höchste Terrorwarnstufe ausgerufen, das öffentliche Leben in Brüssel kam für Tage zum Erliegen. In Hannover wurde ein Fußballländerspiel abgesagt. Jede Großveranstaltung, jede Reise wird plötzlich geprüft, ob sie ein Risiko darstellen könnte.

Die Reaktion war ganz anders als im Januar, als man immerhin verstanden hatte, warum gerade dieses Ziel gewählt worden war. Jetzt aber hatte sich der schiere Sadismus ausgetobt. Es traf eine wahllose Menge durchschnittlicher Paris-Bewohner und -Besucher. Die Bilder und die Geschichten der Überlebenden hinterließen blankes Entsetzen, Furcht und vor allem Unverständnis. In einem willkürlichen Blutbad konnte niemand eine Botschaft erkennen. Ebenso wenig verstehen wir das Bombenattentat auf den russischen Ferienflieger über der ägyptischen Halbinsel Sinai. Wir sind fassungslos angesichts der Zerstörungen in Palmyra oder der Vertreibung und Versklavung der Jesiden im Nordirak. Es sind Taten, die jedem uns vertrauten Wertekanon entgegenstehen.

Aber offenkundig werden solche Taten, solche Szenen an anderen Orten der Welt anders gedeutet. Der amerikanische Jour-



[1]

PHILIPPE WOJAZER / REUTERS


[2]

THIERRY CHESNOT / GETTY IMAGES



[3]

VINCENT BOISOT / RIVA PRESS / LAIF

[1] Ein Polizist führt einen Verletzten aus der Konzerthalle Bataclan
[2] Terroropfer auf dem Boulevard des Filles du Calvaire
[3] Überlebende der Anschläge
[4] Der Eiffelturm nach den Attacken
[5] Präsident Hollande (M.), Kabinettskollegen bei einer Gedenkminute an der Sorbonne-Universität am 16. November
[6] Terroristenversteck in Saint-Denis nach dem Polizeieinsatz


MARC PIASECKI / GETTY IMAGES
[4]

Die Reaktion war anders als im Januar, als man immerhin verstanden hatte, warum gerade dieses Ziel gewählt worden war.

nalist und Nahostexperte Dexter Filkins beschreibt in seinem Buch „Der ewige Krieg“, dass in Bagdad Videofilme von Folterszenen härtester Art zur Unterhaltung konsumiert wurden. Man konnte diese Kopien authentischer Überwachungsfilme auf dem Markt kaufen. Seine Kollegen, die irakischen Mitarbeiter im Büro der „New York Times“ in Bagdad, verbrachten ihre Mittagspause schon mal damit, sich anzusehen, wie einem Gefangenen von Saddams Schergen Arme oder Beine abgehackt wurden. Dabei zeigten die Zuschauer keine besondere Regung. Filkins fragt, ob nicht auch eine ganze Nation, eine ganze Region traumatisiert sein kann, taub für den Schmerz der anderen. Und ob diese Dimension, die der kollektiven Traumata und tiefgreifenden kulturellen Perversionen, zu den großen Unbekannten der internationalen Politik gehört.

In den Inszenierungen des „Islamischen Staates“ (IS) sehen wir genau diese Tradition eines digitalen Sadismus.

Uns Europäern ist diese Tradition fremd geworden, wir und die Mehrheit der Menschen reagieren angewidert. Wir haben nicht Jahrzehnte unter der Herrschaft der sadistisch erfahrenen Saddam-Familie verbracht. Doch die Propaganda der Islamisten spricht auch Menschen weit über diese Kreise hinaus an.

Es ist dem IS gelungen, diese Art von Filmen totaler Zerstörung zu einem weltweit effektiven Medium zu machen, Teil einer digitalen Fanatisierungskampagne per Internet, die selbst Franzosen, Belgier, Briten und Deutsche in ihren Bann zieht, die weder Saddam erlebt haben noch eine persönliche Beziehung zu den regionalen Konflikten haben.

Und es ist nicht nur eine Frage der regionalen Erfahrungen. Auch in der Geschichte wechseln sich die Einschätzungen des Terrors ab. In Paris war diese absolute Verurteilung des Terrors gegen friedliche Zivilisten keineswegs schon immer Bestandteil des kulturellen Erbes.

Als der Schriftsteller Albert Camus 1957 in Stockholm auftrat, warfen ihm Studenten seine Zurückhaltung gegenüber der algerischen Befreiungsbewegung vor, die die Loslösung von der Kolonialmacht Frankreich erkämpfen wollte. Damals wurde der Krieg in Algerien mit allen Mitteln geführt. Während die französischen Besatzer folterten und rücksichtslos gegen die Zivilbevölkerung vorgingen, wählte die algerische Befreiungsbewegung FLN terroristische Methoden.

Die FLN mordete vor allem in Algier, wo Camus' Mutter lebte; in Frankreich ging bei einem Anschlag in Marseille ein Treibstofflager in Flammen auf. Viele europäische Intellektuelle sahen darin ein legitimes Mittel: Wer Frankreichs brutale, reaktionäre Armee und den Kolonialismus


STEPHANE DE SAKUTIN / AFP
[5]


JOEL SAGET / AFP
[6]

Wie immer eben

Frankreich Bei den Anschlägen in Paris starben allein 15 Gäste des Petit Cambodge. Das Restaurant war das Stammlokal der SPIEGEL-Korrespondentin Julia Amalia Heyer.

Normalerweise hätten wir uns an diesem Sonntagnachmittag im Petit Cambodge getroffen, wie eigentlich immer. 20 Grad im November, wir hätten großes Glück haben müssen, einen der bunten Alutische auf der Terrasse zu bekommen.

Wahrscheinlich hätten wir uns schließlich drinnen hinter einen der schmalen Thekentische geklemmt und wieder ein bisschen über die unbequemen Barhocker geschimpft.

Zweimal „Bobun spécial mixte“ und ein Tsingtao-Bier hätten wir auf unser Bestellblöckchen geschrieben. Reisnudeln, Rindfleisch und Crevetten in weißen Schüsseln, darüber frischer Koriander. Und bitte die Chilisauce nicht vergessen. Louis, mein Lieblingskellner, hätte gelacht und gesagt, aber klar doch. Wie immer eben. Bei der netten Blonden mit dem Nasenpiercing hätte ich gar nichts sagen müssen, sie hat die Sauce nie vergessen. „Vous allez bien, Mademoiselle?“ – „Mais oui!“

Aber nichts ist wie immer, denn es ist der Sonntag nach dem Freitag. Jenem Freitag, 13. November, an dem 130 Menschen starben. In meinem Lieblingsviertel. 15 davon erschossen in und vor dem kambodschanischen Restaurant, das ich, seit ich hier wohne, meine Kantine nenne. Niedergemetzelt von zwei Männern mit Schnellfeuerwaffen, während ein dritter in einem schwarzen Seat darauf wartete, weiterzufahren.

Ob es Louis, meinem Lieblingskellner, und der netten Blonden mit dem Nasenpiercing gut geht, weiß ich nicht.

An der Wand im Petit Cambodge, neben die Kasse gepinnt, hing dieser kleine Aphorismus: Gute Menschen sind die, die gut essen.

Menschen, die hier gut gegessen haben, sind tot. Wie auch die, die gegenüber, im Carillon, getrunken haben. Und die, die ein paar Ecken weiter, in der Rue de la Fontaine-au-Roi und in der Rue de Charonne, dasselbe getan haben. Sie haben gegessen, getrunken, ein Konzert besucht.

Seit einem Jahr lebe ich in Paris, meine Wohnung ist gerade mal 300 Meter entfernt vom Petit Cambodge. Manchmal bin ich dreimal die Woche abends aus dem Büro direkt dorthin gefahren, weil ich keine Lust hatte, für mich allein zu kochen. Es war mein Stammlokal. Ich habe in Paris studiert, habe während meines Studiums drei Jahre hier gelebt. An diesem Freitag habe ich keinen meiner Freunde verloren; ein fast surreal anmutender Satz, den ich hier schreibe.

Aber meine Freunde haben Freunde verloren. Im Bataclan. In der Rue de Charonne. Zwei Paare haben kleine Kinder zurückgelassen, die Freunde haben für sie ein Spendenkonto eingerichtet. Wir trotzen, natürlich. Aber die Sorglosigkeit, l’insouciance, ein sonst nicht oft gebrauchtes Wort, weil sie ja immer da war, ist weg. Die Angst, das Misstrauen, beide sind herangerückt an den Pariser Alltag.



LIONEL BONAVENTURE / AFP

Restaurant Le Petit Cambodge am 16. November

Anne sagt, sie habe ihr Urvertrauen verloren, sich einfach so, zu jeder Zeit, im Zentrum von Paris zu bewegen, in irgendeiner Bar ein Glas Wein zu trinken und später irgendwo anders noch mal eins. Das Schlimmste aber sei, sagt Anne: Sie habe ihre Fähigkeit verloren zu vergeben. Sie werde diesen Jungs mit den Kalaschnikows, mit den Sprenggürteln ihre Tat nicht verzeihen. Nie.

James wohnt am Boulevard Voltaire, direkt gegenüber vom Bataclan. Wenn er aus dem Haus tritt, schnürt es ihm die Kehle zu. Er überlegt umzuziehen.

Claire saß an jenem Freitag im Kino. Als der Film zu Ende war, durfte niemand das Kino verlassen. Alle kauerten auf dem Boden, das Licht war aus, die Türen waren abgeschlossen. Ich weiß das, weil sie mir eine SMS geschickt hat und ich sie dort abgeholt habe. Das Kino liegt neben meiner Wohnung.

Die Szene im abgedunkelten Kino erinnert mich an Israel, wo ich drei Jahre lang gelebt habe und wo ich, während des Gazakriegs im Sommer 2014, als Korrespondentin gearbeitet habe.

Wo wir, wenn die Sirenen heulten, in den nächsten Bunker geflüchtet sind, in den nächsten Keller, und dort, genau wie die Kinobesucher an jenem Freitagabend, auf dem Boden kauerten und versuchten, Witze über die absurde Situation zu machen.

Paris erinnert mich jetzt manchmal an Israel. Soldaten in Kampfmontur, die in ganz normalen Wohngegenden patrouillieren, die in schusssicheren Westen vor Museen stehen. Die Präsenz von Waffen in meinem Alltag. Wenn ich einen Supermarkt betrete, wird jetzt meine Tasche durchsucht, wie in Israel. Claire, die Freundin, die sich jetzt nicht mehr traut, ins Kino zu gehen, erinnert mich an die Freundin in Jerusalem, die sich nicht traute, den Bus zu nehmen.

Das Misstrauen als solches erinnert mich daran, es schießt kleine giftige Pfeile in die Gedanken, beim Warten auf die Metro, beim Stromausfall in einem großen Kaufhaus.

Ich erinnere mich auch an eine Szene im Sommer; wir saßen, wieder einmal, auf der Terrasse des Petit Cambodge. Weil es direkt an der Kreuzung liegt, sitzt man dort wie auf einer Piazza, hat freie Sicht auf die Straße. An jenem Nachmittag rast ein alter Peugeot auf uns zu, Hip-Hop dröhnt aus den Boxen. Erst im letzten Augenblick bremst das Auto ab und schert aus. Vier junge Männer sitzen darin, rauchend, lachend, weil das Pärchen neben uns erschrocken aufgesprungen ist und dabei die Wasserkaraffe vom Tisch gestoßen hat. Der Peugeot parkt vor dem kleinen Supermarkt, die Musik dröhnt weiter.

Das Kennzeichen: 93, Seine-Saint-Denis, die Banlieue im Norden von Paris.

Was sonst, denke ich. Und bin ertappt. Bei meinen eigenen Vorurteilen.



Video:
„Warum die und nicht wir?“

spiegel.de/jc2015paris
oder in der App DER SPIEGEL

überhaupt ablehnt, muss zwangsläufig auch die Bomben der FLN verteidigen. Camus aber zog da nicht mit.

Es kam an jenem Tag in Stockholm zu einem recht chaotischen Wortwechsel, angeführt von einem schwedischen Aktivisten, dem ein Vertreter der FLN Stichworte zuflüsterte. Camus erläuterte seinen Standpunkt, er sprach sich für ein demokratisches Algerien aus, verurteilte aber den Terror gegen Zivilisten, also die Bomben in Cafés und Straßenbahnen. Zwar gehe es auch ihm, Camus, um die Wiederherstellung von Gerechtigkeit für Algerien, aber so eine Bombe könne jederzeit auch seine Mutter treffen, die diese Straßenbahnen nutze. „Und zwischen der Gerechtigkeit und meiner Mutter entscheide ich mich immer noch für meine Mutter.“

Der Satz hat Camus damals im intellektuellen Frankreich isoliert. Ihm wurde eine allzu billige Moral unterstellt, was ihn, nach dem Urteil von Sartre, zum Philosophen für „Abschlussklassen“ herabstufte. Viele Linke fühlten sich als Helden, weil sie den Terror der Befreiungsbewegungen nicht nur guthießen, sondern auch unter Inkaufnahme eigener Risiken unterstützten. Revolutionäre Bewegungen galten nicht nur als gerechtfertigt, sondern als fortschrittlich und ethisch höherstehend. Selbst bei der chinesischen Kulturrevolution oder den Schlächtern der Roten Khmer in Kambodscha brauchte es viele Jahre, bis sich Westeuropas Linke zu einer Verurteilung durchringen konnten.

Auch in der Bundesrepublik hatte die Linke lange Zeit keine Abscheu vor terroristischen Anschlägen. Im Milieu linker Akademiker wurde anfangs nahezu täglich die Frage diskutiert, ob man den Gründern der Roten Armee Fraktion (RAF) wie Andreas Baader und Ulrike Meinhof, also „dem Andreas“ und „der Ulrike“, Unterschlupf gewähren würde oder sollte. Die Grausamkeit der RAF trat in diesen Kreisen erst allmählich, nach der Ermordung Hanns Martin Schleyers und der Entführung der Lufthansa-Maschine 1977, in den Fokus der Beurteilung. Es überwog lange eine falsch verstandene Generationensolidarität; viele hielten die RAF irrtümlich für einen etwas robusten Ausläufer der 68er-Studentenproteste.

Doch natürlich unterstützte und unterstützt auch die politische Rechte diverse Formen des Terrorismus, insbesondere im Kampf gegen vermeintliche oder echte Kommunisten. Es gab die Attentate von Mailand 1969 oder auf das Münchner Oktoberfest 1980. Und als die Sowjetunion 1979 in Afghanistan einmarschierte, schmiedete die CIA eine Allianz mit islamistischen Kämpfern, um etwa die Familien russischer Offiziere mit Fahrradbomben anzugreifen. Eine Weile schien das nützlich, dann verselbstständigten sich die Terrorgruppen.

Irgendwann, auch das passt zum Spukhaften am Theater des Terrors, endeten diese Kampagnen und diese Gruppen. Nicht weil es die Akteure nicht mehr gäbe, weil sie keine Waffen mehr hatten oder alle ihre Forderungen erfüllt worden wären. Sondern weil der Terror – und das ist seine verborgene Seite bei all seiner sonstigen Offensichtlichkeit – ein Bestandteil des Kriegs ist und sogar, nach Clausewitz, ein Instrument der Politik. Was ist es für ein apokalyptisches Wüten, was für Moritaten werden gesungen, welche Emotionen mobilisiert – aber dass am Ende aller Fäden ein üblicher Politiker sitzt, das ist der eine Gedanke, den alle Terroristen unterdrücken möchten.

Man sieht das gut in „Carlos – Der Schakal“, dem Film von Olivier Assayas über den einst berühmten Terroristen: Die immense Eitelkeit des luxusverliebten Killers verträgt sich kaum mit der Tatsache, dass er im Grunde stets nur ein freier Mitarbeiter diverser Geheimdienste war.

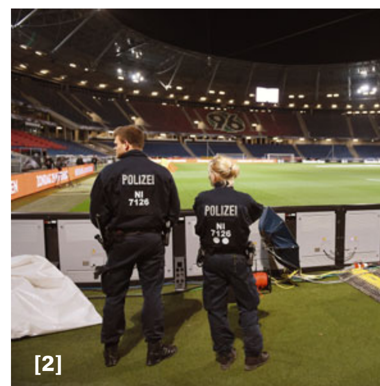
Ihre Abhängigkeiten sind den Akteuren des Terrors nicht immer klar. Eigentlich wissen auch wir recht wenig über die Hauptdarsteller in diesem Blutschauspiel, Objekte so vieler Zuschreibungen und Erwartungen.

Die irische Politologin Louise Richardson hat als eine unter wenigen Wissenschaftlern vorurteilsfrei diese Gruppe von Tätern

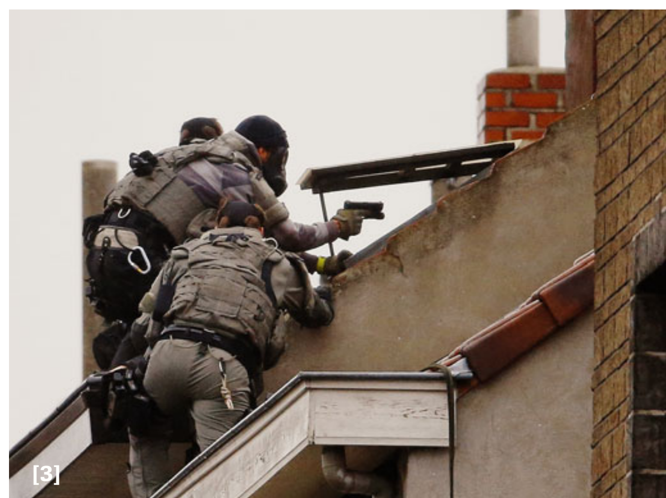
Ihre Abhängigkeiten sind den Akteuren des Terrors nicht immer klar.



[1]
MAXIM GRIGORIEV / DPA



[2]
MARKUS ULMER / PRESSEFOTO ULMER


[3]
YVES HERMAN / REUTERS

[1] Absturzstelle des russischen Passagierflugzeugs auf dem Sinai
[2] Stadion in Hannover
[3] Spezialeinheiten in Brüssel-Molenbeek

untersucht. Sie interviewte dazu ehemalige Aktive europäischer und lateinamerikanischer Terrorgruppen. Sie gingen auch in Rollenspielen diverse Situationen durch, studierten die Reaktionen, die Muster der Zuspitzung oder der Entspannung. Eine Erkenntnis stand für Richardson, die demnächst Rektorin der Universität Oxford wird, im Vordergrund: Trotz ihres mörderischen Handwerks handelt es sich bei diesen Gruppen nicht um Wahnsinnige oder Monster. Sie operieren logisch mit ihren Mitteln und setzen den Verlust von Menschenleben, den Schrecken darüber, ganz bewusst ein, um objektive Disparitäten auszugleichen. Zugleich handelt es sich aber nicht um überlegene, weitblickende Strategen.

Richardson bringt ihre Erkenntnisse, die die Titelfrage ihres Buchs „Was Terroristen wollen“ beantworten, auf die drei R: Terroristen agieren vor allem getrieben von Rache – für einen Gebietsverlust, eine als ungerecht empfundene Besatzung oder Rache für einen unschuldigen Märtyrer, ein vom Gegner ermordetes Kind.

Außerdem wollen sie Ruhm – dass sich ihre Tat in ihrer Gemeinschaft und darüber hinaus herumspricht, ein heldenhaftes Nachleben. Oder eben die Befriedigung, als Staatsfeind Nummer eins zu gelten.

Und sie wollen – R Nummer drei – eine Reaktion hervorrufen. Dieser letzte Punkt ist erstaunlich vage definiert. Darum ist der Terror keine exakte militärische Taktik, die eine Ressource oder eine Kommandostruktur ausschaltet; es bleibt den angegriffenen Staaten überlassen, wie sie reagieren. Aber damit sie reagieren, muss der Anschlag möglichst spektakulär sein. Und damit die Angegriffenen so reagieren, wie es sich Terroristen wünschen, nämlich kopflos, muss er möglichst ungerecht und abartig sein.

Die Fähigkeit, Rachegelüste zu verspüren, und der Wunsch nach Ruhm sind in fast jedem Menschen angelegt. Auch die Ungerechtigkeit ist allen menschlichen Gesellschaften gemein. Darum wird es entschlossenen Strategen des Terrors nie an Nachwuchs mangeln. Das bedeutet aber nicht, dass wir uns mit dem Terror abfinden müssen. Krieg und Sklaverei galten einst und über viele Jahrhunderte als konstitutives Element menschlichen Miteinanders. Heute sind beide Plagen zwar nicht verschwunden, aber sie regieren nicht mehr jedes Leben, sind geächtet und werden nicht mehr nur nicht verehrt, sondern verflucht.

Auch der Terrorismus kann enden. Er endet mitnichten immer nach einer kriegerischen Auseinandersetzung, obwohl im Falle der afghanischen Qaida-Stützpunkte und des vom IS kontrollierten Gebiets zunächst keine andere Wahl bleibt – schon eine geringe staatliche Infrastruktur kann viele Terroristen ermächtigen.

Aber in vielen Fällen werden Terroristen, ihr Milieu, ihre Unterstützer nicht durch Polizei und Militär besiegt, sie gehen einfach in Rente, und sei es nach jahrelanger Haftstrafe. Osama Bin Laden versteckte sich im milden Klima von Abbottabad, einem Rückzugsort verdienter pakistanischer Militärs. Er bewohnte ein Anwesen mit Garten, im Fernsehzimmer fand sich eine Kollektion von Videos seiner großen Taten – ein typisches Pensionärsidyll, wenn auch etwas abseits vom Geschehen. Dass von dem einst mächtigsten Terrorchef der Welt noch die geringste Gefahr auch nur für die Nachbarschaft ausgehen könnte, das nahm niemand mehr an. Auch von geplanten Anschlägen ist nichts bekannt.

Auch der Terrorismus kann enden. In vielen Fällen gehen Terroristen einfach in Rente, und sei es nach jahrelanger Haftstrafe.

Die Militanten und das Fußvolk sterben, die Terrorbosse aber werden wie die verdienten Veteranen Cäsars ins Grüne geschickt. Es ist im Terror wie im richtigen Krieg. Uns aber interessiert allein die Frage, welche Umstände diese Entwicklung beschleunigen können. Wie schickt man Terroristen in Rente?

Zunächst gilt es, einen Fehler zu vermeiden. Das ist jener des weltberühmten britischen Slogans: „Keep calm and carry on.“ Im Falle des Terrors ist diese Haltung fatal, denn sie provoziert nur zu weiteren Aktionen, bis die ersehnte Reaktion kommt. Die übliche Reaktion nach Anschlägen ist kriminalistischer oder militärischer Art. Sie ist nicht falsch, kommt aber einer Delegierung des Problems gleich. Und so gut wie nie hat solch eine Delegierung zu einer wirklichen Eindämmung des Terrorismus geführt. Denn um ein komplexes und hochgefährliches Phänomen wie den Terrorismus, mit seinem Theater des Schreckens, den Akteuren, den Strategen und eventuell auch politischen Initiatoren, zu dekonstruieren, braucht man Diskurse und Maßnahmen auf mehreren Ebenen. Und den explizit formulierten Willen zu einer solch konzertierten Aktion. Die gesamte Gesellschaft kann zur Zielscheibe werden, also ist auch die gesamte Gesellschaft aufgefordert, sich zu wehren.

Gegen den Terror effektiv vorzugehen, das ist zunächst eine politische Aufgabe. Im Kalten Krieg wurde mit großen Konferenzen, etwa in Helsinki, begonnen, eine Ordnung für Europa zu entwerfen, das mündete in die OSZE. Es war ein langer Weg, der Kriegsgefahr und schließlich auch den Terror eindämmte. Der berühmte Carlos, letztlich auch die RAF und viele andere Linksterroristen beendeten ihre Karriere.

Die soziokulturelle Ebene ist ebenso wichtig: Das Stillhalten muss vor allem in der Unterstützerszene ein Ende finden. Ruhm und Rache, zwei der Motive der Terroristen, brauchen zwingend einen Resonanzraum, ein Milieu. Hier muss der Diskurs stattfinden, der das Theater der Rechtfertigung beendet. Denn der Terror befördert niemals eine gute Sache, er wird zum Selbstzweck und führt in eine blutige Dialektik.

Er muss auf religiösem Gebiet gestellt werden, auf ökonomischem und auf diplomatischem Terrain, eine ganze Strategie muss aufgeboten werden, das gesamte Geflecht auseinanderzunehmen. Jede Schule muss den Islamismus behandeln, jede Hochschule. Fernsehen und Internetanbieter müssen die Prozesse der Radikalisierung – es sind stets dieselben – als Gehirnwäsche kenntlich machen. Aussteigerprogramme wie die von ehemaligen Fundamentalisten gegründete britische „Quilliam Foundation“ müssen in allen großen Städten die Arbeit aufnehmen, deren Sprecher müssen in Schulen und Jugendzentren.

Der erste und wichtigste Schritt ist ein mentaler: zu erkennen, dass hinter dem noch so abscheulichen willkürlichen und sadistischen Mord an wehrlosen Menschen, begangen durch asoziale Kämpfer, die sich selbst zur Waffe gemacht haben, eine Inszenierung steht, die mit unserem Bewusstsein spielt – ein billiges Instrument, um das uns Teuerste zu treffen –, und dass dahinter kein Schicksal steht, sondern eine üble politische Maschinerie und Perversion, der man ein Ende setzen kann.

Der Kampf gegen den Terror muss dort beginnen, wohin die Terroristen zielen: in unserem Bewusstsein, mit einer Verweigerung der Unterwerfung.



Trauernde in Paris

WILLIAM DANIELS / PANOS PICTURES

„Richtig nette Jungs“

Islamismus Wie werden junge Männer zu Dschihadisten? Die Biografien der Attentäter, die im Januar die Redaktion von „Charlie Hebdo“ angriffen, zeigen bekannte Muster.



REUTERS REUTERS GETTY IMAGES

Attentäter Chérif und Saïd Kouachi, Amedy Coulibaly

An einem Nachmittag Anfang Januar sitzt Françoise Ronfet auf dem Sofa in ihrem Wohnzimmer und denkt über das Böse nach. „Niemand ist einfach so böse“, sagt Ronfet, eine hochgewachsene Frau Mitte siebzig. Kein Mensch werde als Mörder geboren.

Vor ihr auf dem Couchtisch stapeln sich alte Kladden; sie hat sie nach 20 Jahren wieder hervorgekramt. Die linierten Seiten füllen Listen mit Namen und Noten ihrer ehemaligen Schüler. Madame Ronfet unterrichtete bis zu ihrer Pensionierung 2002 Biologie am Collège von Treignac, einem kleinen Örtchen in der Corrèze, wo sie auch heute noch lebt. Ihr Zeigefinger streicht suchend über die Seiten, dann hält er inne.

„KOUACHI, Chérif“ steht da, mit blauem Kugelschreiber, der Nachname in sorgfältigen Großbuchstaben.

„Er war ein Sonnenschein“, sagt die frühere Lehrerin des Mannes, der am 7. Januar 2015 gemeinsam mit seinem älteren Bruder Saïd die Redaktion der Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ stürmte. Der, bewaffnet mit Raketenwerfer und Kalaschnikow, an diesem sonnigen kalten Wintervormittag zwölf Menschen erschoss; den Herausgeber Stéphane Charbonnier, genannt Charb; die berühmten Zeichner Cabut und Wolinski; Bernard Verlhac und Philippe Honoré; den Wirtschaftswissenschaftler und Kolumnisten Bernard Maris und die Psychoanalytikerin Elsa Cayat. Von den tödlichen Kugeln wurden außerdem ein Redaktionsmitarbeiter, ein Verwaltungsangestellter und zwei Polizisten getroffen sowie ein Lokalpolitiker, der in der Redaktion zu Gast war.

Gut 48 Stunden später wird Amedy Coulibaly, ein Freund von Chérif Kouachi – die beiden hatten sich im Gefängnis kennengelernt –, in einem jüdischen Supermarkt vier weitere Menschen erschießen.

Weltweit solidarisieren sich die Menschen, trauern mit den Franzosen; die Anteilnahme ist gewaltig. Politiker, Journalisten, Bürger, für einen kurzen Moment sind sie alle „Charlie“.

Fünf Jahre lang hat Françoise Ronfet den Attentäter Chérif Kouachi unterrichtet; sie erinnert sich an einen schmächtigen Jungen, der viel lachte und für den es nichts Größeres gab als Fußball. Die alte Dame erinnert sich auch an Saïd, den Bruder. Das Böse: zwei junge Männer, die sie als Jungs kannte, Vollwaisen, ihre Schüler.

Mit den Schüssen verwunden die Brüder Kouachi an jenem Mittwoch ihr Land. Beinahe zwei Tage lang sind sie auf der Flucht, bis sie sich in einer Fabrik verschanzen, wo sie gestellt und erschossen werden. Vorher gibt Chérif Kouachi einem Nachrichtensender das letzte Interview, telefonisch: „Alles, was ich weiß, ist, dass ich, Chérif Kouachi, von al-Qaida im Jemen geschickt wurde.“ Der Satz klingt eingeübt.

Amedy Coulibaly, der dritte Attentäter, wird noch während seiner Geiselnahme im jüdischen Supermarkt denselben Nachrichtensender anrufen und sagen, die Anschläge seien „synchronisiert“, verabredet gewesen. „Mein Ziel sind die Juden; ich verteidige den Islam und die Muslime.“ In einem Video bekennt sich Coulibaly vor schwarzer Flagge zum „Islamischen Staat“.

Es war, bis zum 13. November, der grausamste Terroranschlag in Frankreich seit 1961. Und er war mehr als ein Angriff auf die Meinungsfreiheit, auch wenn die Attentäter keinen Zweifel ließen, auf was sie es abgesehen hatten. „Wir haben den Propheten gerächt“, schrien sie, mitten auf dem Boulevard Richard-Lenoir, mitten in Paris.

„Es war ein Angriff, der auf maximale Wirkung ausgelegt war“, sagt Olivier Roy, der berühmte Islamforscher, der sich seit Langem mit den Ursachen eines immer radikaleren Islamismus beschäftigt. Es war ein Attentat auf die Liberté, die Freiheit, eines der Grundprinzipien der Republik, die seit Längerem merkwürdig hohl wirken.

Es gibt keine Erklärung und schon gar keine Entschuldigung für die Morde der Kouachis und von Amedy Coulibaly. Aber es gibt eine fatale Tatsache: Die Versprechen der Republik werden schon lange nicht mehr eingelöst. Vielleicht ist die Ungleichheit in Frankreich, im Land der ewig proklamierten Égalité, sogar größer als anderswo. Diese leeren Versprechen hinterlassen Enttäuschte.

Saïd ist das älteste von vier Geschwistern. Laut Polizeiakten wurde er 1980 in Paris geboren, sein Bruder Chérif ist zwei Jahre jünger. Die Eltern stammen aus Algerien. 1990 starb der Vater an Krebs, die Mutter, die daraufhin mit einem anderen Mann noch eine Tochter bekam, fühlte sich überfordert. Das Jugendamt schickte die vier älteren Geschwister in das Kinderheim nach Treignac, diesem kleinen Ort 400 Kilometer südlich von Paris, in dem Françoise Ronfet an jenem Januartag auf ihrem Sofa sitzt.

Die Lehrerin ist nicht die Einzige, die die Jungen in guter Erinnerung hat. Hier in Treignac, wo eine Hauptstraße schnurgerade an verwitterten Steinhäusern vorbeiführt, haben sie ihre Jugend verbracht. Diejenigen, die sie kannten, sind sich einig: Saïd und Chérif Kouachi waren keine schwer erziehbaren Jugendlichen.

„Das waren gute Kinder“, sagt Chérifs Erzieherin, die Frau, die ihrem Zögling sechs Jahre lang, während die beiden Jungs in Treignac aufwuchsen, abends gute Nacht wünschte. Sie arbeitet immer noch in dem Heim, einem Anwesen mit großem Garten. Sie kann nicht mehr schlafen, hat Panikattacken. Als sie die ersten Fahn-



Solidaritätsaktion für „Charlie Hebdo" am 7. Januar in Paris

dungsbilder sah, im Fernsehen, als sie die Namen der Täter hörte, glaubte sie an eine Verwechslung. Sie erkannte die beiden nicht mehr, nur an die Augen erinnerte sie sich. „Ein Albtraum", sagt sie. Vor ihr liegen Fotos von früher, die sie jetzt wieder hervorgekramt hat: Urlaub am Mittelmeer, Chérif mit Bubenlächeln, der seine Erzieherin umarmt.

„Fußball war seine Religion", Pascal Fargetas wiederholt diesen Satz so oft, als wäre er die Antwort auf all die Fragen, die sie sich jetzt stellen, hier in Treignac. Fargetas war der Fußballtrainer von Chérif, beim AS Chamberet, einem Nachbarort. Nie habe dieser ein Training verpasst, sagt er. Talentiert sei Chérif gewesen, aber auch diszipliniert. „Fußball war seine Religion", sagt Fargetas wieder und schüttelt den Kopf. An der getäfelten Wand des Vereinsheims hängen heute noch Mannschaftsbilder mit Chérif im Trikot. „Richtig nette Jungs", sagt der Leiter des Kinderheims. Seit 30 Jahren arbeitet er als Erzieher, er habe ganz andere Fälle betreut als die Kouachis.

Als Erwachsene, zurück in Paris, verloren Saïd und Chérif jeden Halt. Jahrelang hatten die beiden jungen Männer weder einen festen Wohnsitz noch einen festen Job. 2005 verhaftete die Polizei Chérif, weil er als Dschihadist in den Irak ziehen wollte.

Die neu entdeckte Religion, der Glaube, der schnell fanatische Züge annahm, wurde zu einer Substitution. Nie hatten sich die Brüder richtig zugehörig gefühlt, jetzt schlossen sie sich mit anderen jungen Männern zusammen, die vom Paradies träumten und gleichzeitig im Internet recherchierten, wie man eine Kalaschnikow bedient.

Der Islamexperte Olivier Roy erkennt in den Biografien der Kouachis und Coulibalys das klassische Profil von Dschihadisten: junge Menschen, die sich radikalisieren und dann zu Terroristen werden. Roy hat die Lebensläufe vieler Radikaler verglichen: Fast alle waren zuvor Kleinkriminelle, rauchten Haschisch oder tranken. Keiner von ihnen hatte eine religiöse Vergangenheit oder war bereits von der Familie streng religiös geprägt.

Im Gefängnis radikalisierte sich Chérif Kouachi noch mehr. In Fleury-Mérogis, einem der größten Gefängnisse Europas, schloss er sich einer Gruppe Salafisten an. Und er lernte Amedy Coulibaly kennen, den dritten Attentäter dieses schrecklichen Januars. Coulibaly ist das siebte Kind einer Familie aus Mali; er wuchs auf in La Grande Borne, einer trostlosen Sozialbausiedlung im Süden von Paris.

Soziologen bezeichnen französische Gefängnisse mittlerweile als „Maschinenraum des Radikalismus", und die Cités in der Banlieue um Paris bilden das natürliche Habitat für die Rekrutierung der Insassen. Hier lebt kaum jemand ohne Migrationshintergrund; Jugendliche, die hier aufwachsen, bezeichnen sich selbst als „racaille", Gesindel. Seit Jahrzehnten wird in diesen Vorstädten der Beweis geführt, dass die republikanische Utopie ins Leere läuft, hier noch ein bisschen mehr als anderswo: Denn mit der falschen Adresse und dem falschen Namen gibt es keine Jobs, keine Möglichkeit des sozialen Aufstiegs.

Nach den Anschlägen vom Januar verkündet Premierminister Manuel Valls, die Politik werde gegen dieses System der „territorialen, sozialen und ethnischen Apartheid" kämpfen, aber alles bleibt, wie es vorher war. Oder eher: Die französische Parallelgesellschaft hat an Kontur noch gewonnen.

Coulibaly klaute schon als Minderjähriger, mit 18 beging er bewaffnete Raubüberfälle. Amedy Coulibaly traf auch einmal auf den damaligen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy, die Zeitung „Le Parisien" interviewte ihn vor dem Treffen. Coulibaly, damals Ende zwanzig, sagte, er erhoffe sich vom Treffen mit dem Präsidenten vielleicht einen festen Job.

Daraus wurde nichts.

Die drei Männer heirateten, einer nach dem anderen, und die Paare wurden von Jahr zu Jahr religiöser. Coulibalys Frau Hayat, die wenige Jahre zuvor noch in der Dominikanischen Republik im Bikini für Urlaubsfotos posierte, soll sich mittlerweile in Syrien befinden.

Als die Kouachis und Amedy Coulibaly beschlossen, ihrem Leben mit einem Massaker an ihren Landsleuten ein Ende zu setzen, waren alle drei seit Langem aktenkundig. Wegen ihrer kriminellen Delikte, aber auch wegen ihrer Kontakte zur Dschihadistenszene. Zumindest Saïd und Chérif galten als radikalisiert. Saïd lebte mit seiner Frau und dem kleinen Sohn in Reims, Chérif mit seiner Frau in Gennevilliers, einem Vorort im Nordwesten von Paris. Eine ruhige schmale Straße, gesäumt von kleinen Häusern und einem langgezogenen Backsteinbau. Von hier aus brachen die Brüder am 7. Januar auf.

Gegen 9.30 Uhr klingelt Saïd an Chérifs weinroter Wohnungstür im vierten Stock. Er ist angeschlagen, hat den Tag zuvor im Bett verbracht, eine Magendarmgrippe.

Anhand von später ausgewerteten SMS ist mittlerweile klar, dass nicht viel gefehlt hätte und der Anschlag auf „Charlie Hebdo" hätte an jenem Tag gar nicht stattgefunden. Um 10.19 Uhr, die beiden Brüder sind bereits auf dem Weg ins 11. Arrondissement, wo die Redaktion sitzt, schickt Chérif eine allerletzte SMS.

Empfänger ist Amedy Coulibaly.

Julia Amalia Heyer

Januar



L'OSSERVATORE ROMANO



21.01.2015

Wir sind viele

Papst Franziskus hat gerade die Philippinen besucht, ein Land mit 100 Millionen Einwohnern, über 80 Prozent davon sind katholisch. Er ist auf dem Rückflug von Manila nach Rom, als er einen Satz sagt, den man selbst von diesem Papst nicht erwartet hätte: „Manche Menschen glauben – entschuldigen Sie den Ausdruck –, dass sich gute Katholiken wie Karnickel vermehren müssen.“ Franziskus, zweifellos ein guter, kinderloser Katholik, rät stattdessen zu „verantwortungsvoller Elternschaft“. Eine Mahnung, die in der Theorie vernünftig klingt. Im wahren Leben – das Foto entstand im Haus einer Hilfsorganisation in Manila – wirken Karnickel-Vergleiche jedoch ziemlich herzlos. 7,26 Milliarden Menschen leben zu Beginn des Jahres 2015 auf der Erde; am Jahresende werden es 7,34 Milliarden sein. Auch in Deutschland steigt die Geburtenrate, das meldet im August das Statistische Bundesamt.



FUTURE IMAGE / IMAGO

05.01.2015

Licht aus

Einige Hundert Demonstranten versammeln sich in Köln; ihr Vorbild ist die fremdenfeindliche Dresdner Pegida-Bewegung. Doch die Kölner wehren sich: Das Bündnis „Licht aus für Rassisten“ sorgt dafür, dass der Dom, das Rathaus, einige Rheinbrücken und viele andere wichtige Bauwerke an diesem Abend im Dunkeln liegen.



COREY RICH / BIG UP PRODUCTIONS / AURORA PHOTOS

11.01.2015

Berufspendler

Natürlich kann man einfach den Wanderweg nehmen, um auf den Gipfel des El Capitan zu gelangen, eines markanten Felsens im Yosemite-Nationalpark in Kalifornien. Aber Tommy Caldwell und Kevin Jorgeson sind Freikletterer mit Rekordambitionen. Sie nehmen die Route über die „Dawn Wall“, eine Steilwand, die vor ihnen noch kein anderer Bergsteiger bezwungen hat. Nach 19 Tagen kommen sie oben an. Freunde und Angehörige warten bereits.

29.01.2015

Eine ganz normale Kindheit

In vielen anderen Regionen der Welt tragen kleine Jungs am liebsten Fußballtrikots oder „Spider-Man“-Kostüme. Doch im Gazastreifen regieren die Extremisten der Hamas. Schon Kinder werden dort auf den Kampf gegen Israel eingeschworen.



SUHAIB SALEM / REUTERS

26.01.2015

Freiheit zwischen Ruinen

Ein Triumph für die Sieger, ein bisschen Hoffnung für die zivilisierte Welt: Der Kampf um Kobane sei beendet, verkünden kurdische Truppen via Facebook und Twitter. Die Kurden, darunter viele Mitglieder der PKK, haben die Stadt im Norden Syriens zurückerobert; die Extremisten des „Islamischen Staates“ (IS) müssen sich zurückziehen – die erste schwere Niederlage für die lange als unbezwingbar geltende Terrormiliz.

Doch Kobane, das direkt an der Grenze zur Türkei liegt, ist zu 70 bis 80 Prozent zerstört. Die Kurden herrschen jetzt über eine Trümmerlandschaft, sogar die vier Krankenhäuser des Ortes wurden zerbombt. Auch die Luftangriffe unter Führung der USA haben zu den Verwüstungen beigetragen. Dennoch jubeln die Bewohner: Ihre Stadt ist zum Symbol geworden für den Widerstand gegen den IS. Seit September 2014 war erbittert um Kobane gekämpft worden, Häuserkampf, Offensive, Gegenoffensive, unermessliches Leid. Zehntausende Menschen hatten versucht, aus der Region zu fliehen, Hunderte kurdische Kämpfer starben. Türkische Soldaten beobachteten die Eskalation von ihrem Territorium aus, griffen aber nicht ein.

In Europa war für die Freiheit von Kobane – und gegen die türkische Syrien-Politik – demonstriert worden. Im Juni greifen IS-Truppen die Stadt erneut an, können aber zurückgeschlagen werden. Noch Ende des Jahres prägt Angst das Leben in Kobane – nicht zuletzt die Angst, vom Rest der Welt vergessen zu werden.



AP / DPA

Kurdischer Scharfschütze in Kobane
Die Sieger herrschen über eine Trümmerlandschaft

18.01.2015

Blut und Öl

Der Tod eines Staatsanwalts erschüttert Argentinien: Alberto Nisman stirbt im Alter von 51 Jahren durch einen Kopfschuss. Die Leiche wird in seiner Wohnung in Buenos Aires gefunden. Angeblich Selbstmord, mit Sicherheit aber ein neuer Tiefpunkt einer Staatsaffäre, die seit 1994 gärt.

Damals waren bei einem Bombenanschlag auf ein jüdisches Gemeindezentrum in Buenos Aires 85 Menschen ums Leben gekommen. Der iranische Geheimdienst soll für das Attentat verantwortlich sein, Staatsanwalt Nisman ermittelte. Er verdächtigte Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner, die Hintergründe des Falls vertuschen zu wollen; als Gegenleistung, so der Vorwurf, sollte Teheran Öl nach Südamerika liefern. Die argentinische Regierung, die gemeinsam mit Iran 2013 eine Kommission zur Aufklärung des Anschlags gegründet hatte, wies die Vorwürfe zurück.

Der Zeitpunkt von Nismans Tod begünstigt Verschwörungstheorien: Am Tag darauf wollte er seine Anklageschrift gegen die Präsidentin im Parlament vorstellen. Weil zudem Schmauchspuren an den Händen der Leiche fehlen, vermuten viele Argentinier, dass Nisman ermordet wurde. Eine These, der sich im Laufe des Jahres auch Fernández anschließt. Sie stellt Nisman als Opfer von Geheimdienstaktivitäten dar. Die Ermittlungen gegen die Präsidentin und andere Regierungsmitglieder wegen Strafvereitelung werden eingestellt. Im Dezember läuft Fernández’ Amtszeit ab. Neuer Präsident wird Mauricio Macri, der konservative Bürgermeister von Buenos Aires.



ALEJANDRO PAGNI / AFP

Demonstranten in Buenos Aires
Verschwörungstheorien nach dem Tod eines Staatsanwalts

23.01.2015

Arabischer Winter

Der König ist tot, es lebe der König! Nicht, dass Abdullah bin Abdulaziz auf diesen Titel besonderen Wert gelegt hätte. „Hüter der heiligen Stätten“, also Mekkas und Medinas, so nennen sich die Herrscher Saudi-Arabiens und signalisieren damit einen Machtanspruch, der weit über das Land hinaus weist.

Familie Saud hat sich vorbereitet auf den Tod des greisen Abdullah. Neuer König wird sein Halbbruder Salman, rüstige 79. Salman verliert keine Zeit und trifft die wohl wichtigste Entscheidung seiner Regentschaft gleich am ersten Tag im neuen Amt: Für den Fall der Fälle bestimmt er seinen eigenen Nachfolger, seinen Neffen Mohammad bin Naif, Mitte fünfzig.

Abdullah galt für saudische Verhältnisse als Reformer. Er führte das gemeinsame Studium von Männern und Frauen ein und kündigte sogar die Einführung des Wahlrechts für Frauen an. Außerdem feuerte er zwei besonders radikale Rechtsgelehrte. König Salman rehabilitiert die Scharfmacher und ernennt einen Erzkonservativen zum Chef der Religionspolizei. Die Zahl der Hinrichtungen steigt wieder. Auch das Urteil gegen den Blogger Raif Badawi, der wegen „Beleidigung des Islam“ zu zehn Jahren Haft und 1000 Stockhieben verurteilt worden war, wird unter Salman bestätigt.

Mit Gewalt versucht das Regime von seinen Problemen abzulenken: Insbesondere die Jugend lehnt die rigiden Vorschriften der Sittenwächter ab, der Ölpreis fällt – und der Einfluss des Rivalen Iran wächst.



MOHAMMED MASHHUR / AFP

Begräbnis von König Abdullah in Riad
Nach seinem Tod steigt die Zahl der Hinrichtungen wieder

Held des Alltags Til Schweiger

Kampfschwein



Alles, was er macht, erledigt er mit einer berserkerhaften Besessenheit.

Er stürmt aus der Boxarena, schlägt im Vorübergehen zwei-, dreimal kraftvoll in einen Sandsack und rennt dann über den Flur, während ihm eine Assistentin im Laufschritt ein Handy reicht. Til Schweiger dreht in Hamburg einen neuen Film, seinen ersten „Tatort“ fürs Kino. Doch in jeder freien Minute hängt er am Telefon. Wer ist es diesmal? Die Rita? Der Siggi? Oder etwa Mathias?

Das Jahr 2015 beginnt für Schweiger mit dem größten Erfolg seiner Karriere – und steigert sich dann. Seine Tragikomödie „Honig im Kopf“, in der Dieter Hallervorden einen Alzheimerkranken spielt, bricht im Januar Kassenrekorde und findet am Ende allein in Deutschland über sieben Millionen Zuschauer. Im Juni verleiht ihm die Deutsche Filmakademie einen Ehrenpreis. Am Ende des Jahres hat Schweiger viele neue Freunde gefunden und sich ein paar erbitterte Feinde gemacht. Auf beides kann er stolz sein.

Einige der neuen Freunde heißen: Rita Süssmuth, ehemals Familienministerin; Vizekanzler Sigmar Gabriel, den Schweiger inzwischen Siggi nennt; oder auch Mathias Döpfner, Chef des Springer-Konzerns. Die Feinde haben meist kein Gesicht und schreiben Sätze wie: „Wir wünschen uns, dass deine Töchter von diesem Asylantendreckspack übelst vergewaltigt werden, und wir wollen, dass dieses Pack sie vor laufender Kamera hängt.“

Wochenlang wird Schweiger auf seiner Facebook-Seite von Rechtsradikalen beschimpft, nachdem er seine Fans aufgefordert hat, einen Spendenaufruf des „Hamburger Abendblatts“ für Flüchtlinge zu unterstützen. Schweiger findet viel Zuspruch, sieht sich aber auch plötzlich mit einem Shitstorm aus brauner Gesinnung konfrontiert. Er pöbelt auf Facebook zurück. „Zeig deine dumme Fresse“, antwortet er auf einen der unflätigen Posts.

Schweiger beschließt, mit einem Freund und dessen Geschäftspartner eine ehemalige Kaserne in Osterode in ein Flüchtlingsheim umzuwandeln. Er ruft eine Stiftung zur „Verbesserung der Chancen benachteiligter Kinder und Jugendlicher jeglicher Herkunft“ ins Leben und holt Süssmuth, Gabriel und Döpfner in den Beirat. In kurzer Zeit nimmt die „Til Schweiger Foundation“ eine halbe Million Euro ein. Auch Bundestrainer Joachim Löw und der Rapper Thomas D geben Geld.

Als der SPIEGEL Schweiger im Sommer zum Gespräch trifft, dreht dieser gerade einen Film, führt eine Debatte und gründet die Stiftung – alles gleichzeitig. Seit Wochen habe er kaum geschlafen, sagt er und lässt sich auf das Sofa in seinem Wohnwagen sacken. Eben hat er eine Szene gedreht, die in einer Kickboxarena spielt. Nun hat er eine Stunde Mittagspause.

Aber Schweiger isst nichts während des Interviews, er raucht drei Zigaretten und redet in einem fort. Alles, was Schweiger macht, erledigt er mit einer berserkerhaften Besessenheit. Er ist kein Taktiker, kein Stratege. „Ich bin halt gefühlsgetrieben“, sagt er und klingt dabei überhaupt nicht entschuldigend. Er habe nicht gewusst, dass einer seiner Partner in wirtschaftlichen Schwierigkeiten stecke und das Osterode-Projekt gefährdet sei. Nun werde er eben in Osnabrück ein Flüchtlingsheim aufbauen.

Schweiger ist einer, der ständig aus der Deckung kommt, der sich angreifbar macht, wüst austeilt und manchmal dummes Zeug redet. Am Tag vor dem SPIEGEL-Gespräch hat er den CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer in einer Talkshow angeblafft: „Sie gehen mir auf den Sack!“ „Dafür habe ich mich ja dann auch später entschuldigt“, sagt er. „Obwohl ich nicht weiß, ob das wirklich eine Beleidigung war.“

Er grinst und wirkt dabei wie ein Lausbub, der ziemlich stolz auf seinen jüngsten Streich ist. Schweiger kann so cool wirken wie kein anderer deutscher Schauspieler. Aber viel öfter wird er zum Opfer seines Überdrucks, verliert die Nerven, geht in die Luft. Til Schweiger ist eben ein verdammt schlechter Darsteller von Til Schweiger. Das macht ihn sympathisch. Lars-Olav Beier

STANLEY CHOW / DER SPIEGEL

Griechenland Alexis Tsipras, der neue Regierungschef in Athen, will die Welt verändern. Sein Finanzminister Yanis Varoufakis ist Marxist und fährt Motorrad. Linke in aller Welt sind begeistert, Europas Haushaltspolitiker entsetzt. Zu Recht?

Von Alexander Smoltczyk



YANNIS KONTOS / POLARIS / STUDIO X

Der jugendliche Herakles aber erscheint zum Schwur mit einer Schar greiser Helden, und als die Getreuen dann die Hand zum Eid erheben, da nimmt endlich das Vergangene Rache an der Gegenwart.

So ließe sich ein Epos beginnen. So beginnt, am 26. Januar im Präsidentenpalast zu Athen, eine Geschichte, die den Kontinent das Jahr über in Bann halten wird. Ein Ringen mit den Verhältnissen, ein Aufstand gegen das Unausweichliche, ein dramatischer Kampf zwischen ungleich Mächtigen, die einen auf den Thron gehoben durch das Recht, die anderen durch die Gerechtigkeit.

Noch wenige Tage zuvor haben nur wenige in Griechenlands Nachbarländern die Namen der Beteiligten gekannt. Alexis Tsipras, Yanis Varoufakis? Nikos Kotzias? Die Buchstabenfolgen „Ochi“, „Grexit“, „Dijsselbloem“ und „Isch over“ sind großen Teilen der Zeitgenossen noch nicht geläufig. Das wird sich schnell ändern. Athener Parlamentsdebatten werden nur wenige Monate später in Berlin und Madrid, in Ljubljana, Brüssel, Riga mit Spannung verfolgt. Griechische Innenpolitik treibt in Paris Leute auf die Straße, und der deutsche Finanzminister wird auf den Plakaten der griechischen Parteien zu finden sein. Etwas wird sich geändert haben in Europa, und das ist das Verdienst dieses jugendlichen Heroen, der am 26. Januar beim griechischen Staatspräsidenten erscheint und sein gar nicht so jugendliches Kabinett vereidigen lässt: Alexis Tsipras.

Einen Tag zuvor hat seine Partei Syriza die Parlamentswahl klar gewonnen, die traditionellen Parteien des Landes liegen am Boden. „Für Griechenland beginnt ein neues Kapitel! Wir lassen die zerstörerische Sparpolitik hinter uns!“, hatte Tsipras beim Siegesfest gerufen und hatte gesungen und getanzt.

Tsipras, Jahrgang 1974, ist der jüngste Regierungschef der neueren griechischen Geschichte. In wenigen Wochen wird er

Die Varoufakiade

Politstar Varoufakis auf seinem Anwesen auf der Insel Ägina

zudem einer der populärsten sein – auch wenn seine Macht gleich hinter den Landesgrenzen endet.

Einer nach dem anderen der künftigen Minister tritt an den Tisch, setzt sich und signiert seine Ernennung. Einer muss geführt werden. Der designierte Gesundheitsminister Panagiotis Kouroumblis hat als Kind sein Augenlicht verloren, beim Spiel mit einer deutschen Handgranate.


Valavani
Stellv. Finanzministerin bis Juli

Da steht, als eine der wenigen Frauen, Nadia Valavani, die als Studentin wiederholt in den Kerkern der Obristen gemartert worden ist, fünf Monate in kompletter Isolation, im Dunkeln. Sie ist eine Legende der Linken, eine Spezialistin für Bertolt Brecht, die als Übersetzerin und als Hotelbetreiberin gearbeitet hat. Jetzt ist sie stellvertretende Finanzministerin und verantwortlich dafür, dass genug Steuern in die Kassen fließen.

Es ist, als ob sich eine Stimme aus der Vergangenheit noch einmal zu Wort melden möchte. Die meisten hier sind im Widerstand gegen das Obristenregime politisiert worden. Sie hatten recht, als sie jung waren, in den Siebzigern. Aber damals wurden sie von der Macht dafür eingesperrt oder vertrieben ins Exil und in die Universität, dieses Zwischenlager für Frühreife, dieses Endlager für Radikale. Ihre besten Jahre haben sie mit dem Schreiben von Thesenpapieren, Konzepten, Programmen verbringen müssen.


Kotzias
Außenminister

Der rundliche Nikos Kotzias galt als Chefideologe der Kommunisten, ein brillanter Kenner des Marxismus, dem aus seiner Gießener Studentenzeit noch der Ruf des Lebemanns anhängt. Der frühere Professor für Politische Theorie hat 27 Bücher geschrieben, die meisten über Geopolitik, er hat Habermas übersetzt und verlegt. Er wird das Außenministerium leiten.

Die Architektin Theano Fotiou soll sich um „Soziale Solidarität“ kümmern, der Hochschullehrer Dimitris Mardas die Staatskasse verwalten. Nur ein Einziger in diesem Kabinett, der Vizepremier Giannis Dragasakis, hat Regierungserfahrung, nicht wenige waren in den Siebzigern Jugendfunktionäre in der Kommunistischen Partei. Nikos Voutsis etwa, der 63-jährige Bauingenieur aus Athen. Im November 2013 hat er sich noch mit der Polizei gerangelt, jetzt ist er Innenminister. Ein Genosse von ihm, Panagiotis Lafazanis, war einer der Anführer der Besetzung der Athener Universität 1973, hat dafür im Gefängnis gesessen. Der Mathematiker ist jetzt Wortführer der „Linken Plattform“ von Syriza, ein Saint-Just und verantwortlich für die Ressorts Entwicklung, Umwelt und Energie. Aber als Verteidigungsminister hat sich Tsipras einen Nationalkonservativen in die Koalition geholt, Panos Kammenos von den Unabhängigen Griechen. Man muss das Militär nicht provozieren, nicht in Griechenland.

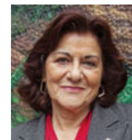
Es ist vor allem ein Kabinett der Spätgekommenen. Seit den Sechzigern nannten sie sich die „Lambrakis-Jugend“. Nach Grigoris Lambrakis, dem Arzt und Widerstandskämpfer, dem ermordeten Abgeordneten, über den Constantin Costa-Gavras den Politthriller „Z“ gedreht hat. Sie waren die Blüte Griechenlands, die Hoffnung. Jetzt sind sie, alt geworden, zurück aus dem Winterschlaf und wollen endlich ihre Ideen verwirklichen. Jetzt sind sie, endlich, an der Macht. Jetzt kann es losgehen.

Man stelle sich zum Vergleich vor, die Grünen hätten 1980 nicht nur einige Stühle im Bundestag in Beschlag genommen, sondern gleich die Regierungsbank. Mit Strickzeug, ohne Krawatte, Joschka Fischer als Bundeskanzler.

Einige der frisch Ernannten werden Alexis Tsipras im Sommer die Gefolgschaft kündigen, aus Enttäuschung über ihn, über die Verhältnisse, vielleicht über sich. Und niemand findet dafür dramatischere Worte als Nadia Valavani: „Alexis, du weißt viel besser als ich, dass man in einem Krieg, wenn die Kräfte des Feindes übermächtig sind, nur kapitulieren darf, um die eigenen Kräfte neu zu sammeln und den Widerstand aufzubauen.“

Aber so weit ist es noch nicht an diesem Tag. Evo Morales, der Präsident Boliviens, ist einer der Ersten, die gratuliert haben. Genosse Alexis habe dem „europäischen Imperialismus“ eine Niederlage zugefügt. Tsipras verehrt diese Voluntaristen aus Lateinamerika, Chávez, Castro, Morales.

Und warum sollen die anderen südeuropäischen Länder nicht folgen? In Portugal und später in Spanien stehen Wahlen an, in Italien und Frankreich sind bereits Sozialisten an der Regierung, die der protestantischen Strenge aus Berlin wenig abgewinnen können. Innerhalb von Tagen werden Alexis Tsipras und seine Minister zu Identifikationsfiguren der Linken weltweit.


Fotiou
Stellv. Sozialministerin

Für einen Moment leuchtet das Bild eines südlicheren und wärmeren, eines besseren Europas auf, einer Union des Ausgleichs, nicht der Banken, eines Kontinents der Solidarität, mehr Sorbas als Schäuble, mehr Taverne als Notarskanzlei.

Tsipras hat die Wahlen gewonnen, das Volk steht hinter ihm. Und wenn die Verhältnisse in der EU nicht gerade nach Umverteilung und Gerechtigkeit aussehen, dann umso schlimmer für die Verhältnisse. „Tsipras ist ein Glücksfall für Europa“, sagt in Berlin Gregor Gysi von der Linken.

Tsipras steht für die neue Zeit. Er ist der Kennedy der „Generation Attac“.

Sein Vater hat eine kleine Baufirma, die Familie ist gemäßigt links und etwas irritiert, als der Sohn mit 16 Jahren in die kommunistische Jugend eintritt. Zuerst vielleicht weniger aus Begeisterung für Marx als aus der für eine Jungkommunistin, seine spätere Frau Peristera Batziana. Aber Tsipras ist ein politisches Naturtalent. Kurz darauf sieht man ihn an der Spitze der Schülerproteste gegen die Bildungsreform, er organisiert Streiks und Demonstrationen. Im Fernsehen präsentiert er einen Forderungskatalog. Das ist kein Träumer und kein Schwätzer, er will nur die Welt verändern. Er liest Trotzki, Mao und den Argentinier Ernesto Laclau, studiert in Athen, wird Bauingenieur, bleibt Berufsrevolutionär. Seinen zweiten Sohn tauft er auf den Namen Ernesto, zu Ehren von Che Guevara.

Bei den blutigen Protesten in Genua gegen das G-8-Treffen ist Tsipras selbstverständlich dabei. 2009 wird er für das radikal linke Wahlbündnis Syriza ins Parlament gewählt und übernimmt den Fraktionsvorsitz. Innerhalb von sechs Jahren führt er Syriza von der Fünfprozentmarke in die Regierung. Und das Wundersame dabei: Tsipras braucht sich dafür ideologisch nicht anzustrengen, nicht zu verbiegen. Er hat die Finanzkrise im Rücken. Es sind die Griechen, die sich seinen Ideen annähern, nicht umgekehrt. Die bürgerliche Mitte hat im Januar 2015 genug von den alten Eliten, von Pasok und Nea Dimokratia. Und da redet dieser Alexis Tsipras so gekonnt von „Merkelismus“ und „Schuldknechtschaft“, verspricht die Rücknahme all der bitteren Sparmaßnahmen und ist dabei noch so jung, so sympathisch, so gut erzogen. Das Wahlprogramm von Syriza ist denkbar klar: pro bonum – contra malum. Für das Gute, gegen das Schlechte.

Es ist das Jugendliche, das Tsipras auszeichnet, genau wie es Barack Obama und den Italiener Matteo Renzi quasi aus dem Stand ins Amt gehoben hat. Nur dass Obamas Slogan „Yes we can“ die mächtigste Nation der Welt als Argument auf seiner Seite hatte. Griechenland hat gerade mal elf Millionen Einwohner, keine nennenswerte Industrie und 240 Milliarden Euro Schulden.

Tsipras hat ein feines Gespür für das Politische, für die richtigen Gesten, die Sätze, die Aktionen, die es braucht, um in einer Demokratie mächtig zu sein und es auch zu bleiben. Noch am Tag seiner Vereidigung lässt er sich zu einer Gedenkstätte für die Widerstandskämpfer fahren, dort legt er vier rote Rosen nieder. Das hat einst François Mitterrand in Frankreich ähnlich gemacht. Es gilt, sich in eine Tradition

PANAYIOTIS TZAMAROS / NURPHOTO / DDP IMAGES (L.); LOUISA GOULIAMAKI / AFP (M.); YANNIS KONTOS / POLARIS / STUDIO X (R.)



Regierungschef Tsipras: Der Kennedy der „Generation Attac“

zu stellen. Wir sind an der Macht, und wir sind ganz viele, aber wer ist – wir?

Die Regierungserklärung einige Tage später wird wenig Visionäres haben. Sie ähnelt mehr einer Lesung aus einem Gewerkschaftsprogramm, ohne ein Wort zu Gender-, Frauen- oder Kinderrechten, zum ökologischen Umdenken. Eine Rede aus den Siebzigern.



Dragasakis Vizepremier

Und dann steht da dieser Schauspieler. Jedenfalls sieht er so aus, ein schlanker 53-Jähriger, cool wie Humphrey Bogart, in offenem Hemd und schwarzem Sakko, und vor der Tür steht sein Motorrad, eine Yamaha XJR 1300. Yanis Varoufakis wird es in den nächsten Wochen zum wohl bekanntesten Finanzminister der Welt bringen, zum einzigen vielleicht, zu dem Kommentatoren ständig das Wort „sexy“ einfällt, ein Mann, der gern Body und Bildung zur Schau stellt.

Dabei kennen den marxistischen Ökonomen zu diesem Zeitpunkt außerhalb Griechenlands nur die üblichen Verdächtigen von Anti-Globalisierungs-Konferenzen. Varoufakis hat sich unter anderem an den Universitäten von Sydney und Austin einen Namen als Spieltheoretiker, Finanzkrisenspezialist und Kritiker des „Spardiktats“ aus Brüssel gemacht. Er ist kein Mitglied von Syriza, hat nie zuvor ein politisches Amt bekleidet. Die Politik der EU gegenüber seinem Land bezeichnet er als „finanzpolitisches Waterboarding“.

Am Tag seiner Ernennung notiert er in seinem Blog: „Die Zeit, den Mund zu halten und sich mit dem Unausweichlichen abzufinden, sei gekommen, so hat man mir gesagt.“ Und er fügt hinzu, dass er von dieser Vorgabe nichts halte. Kaum ein Tag wird vergehen, an dem der Minister nicht mindestens ein Interview gibt.

Auch Yanis Varoufakis erfährt heute ein seltenes Glück: Er kann alles, was er sich in den vergangenen Jahren überlegt hat, endlich in die Wirklichkeit bringen. Ob das ein Glück für die Wirklichkeit ist, wird sich noch zeigen. Varoufakis wird mit Macht hantieren können, nicht nur mit Konzepten. Er wird das „Spardiktat“ der Troika nicht nur in Essays zerfetzen, er wird IWF-Chefin Christine Lagarde und Jeroen Dijsselbloem, dem Vorsitzenden der Euro-Gruppe, Auge in Auge gegenübersitzen.

Im Wissen, dass sein Land beinahe bankrott ist, stürzt sich Varoufakis vom ersten Tag an und mit ganzem Einsatz in die Arena, er wird zum Gegenspieler von Wolfgang Schäuble, verehrt nicht nur in Griechenland, doch angespien und verachtet von allen, auf deren Urteil er nichts gibt. „Wenn man das Richtige tut, fragt man nicht nach den Kosten“, sagt er. „Die Deutschen kennen dieses Konzept. Das ist Immanuel Kants Konzept der Pflicht.“

Die nächsten Monate dreht sich ein Mahlstrom aus Krisensitzungen, Gipfeltreffen, Euro-Gruppen-Marathons. Es geht um die Verlängerung des „Hilfspakets“ von EU, Weltwährungsfonds und Europäischer Zentralbank. Es geht um Nachverhandlung, wobei die Mehrheit der Europäer dafür keine Veranlassung sieht. Es geht um Zucht und Würde. Und all dies vor dem Hintergrund von Staatsbankrott und „Grexit“, dem Austritt aus dem Euroverbund.



Voutsis Parlamentspräsident seit Sept.

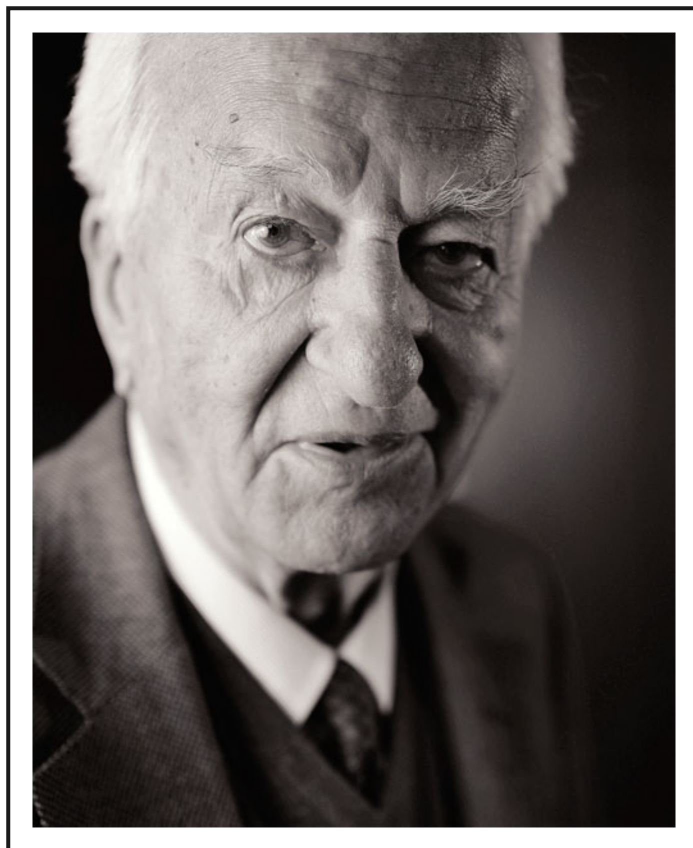
Das Kabinett der Aufrechten hat kein Geld, keine Zeit und als Neuling oft auch keine Ahnung. Wenn es je eine Herkulesaufgabe gegeben hat, dann liegt sie vor Alexis Tsipras. Der Augiasstall (Korruption, Steuerhinterziehung, Schattenwirtschaft, Bürokratie) muss ausgemistet, der Minotaurus in Gestalt der Troika bei Laune gehalten werden, und gleichzeitig wartet das griechische Volk auf die versprochenen goldenen Äpfel, auf Jobs, mehr Staatsausgaben, die Rücknahme all der Kürzungen und Sparmaßnahmen.

Im Zentrum dieses Wirbels wird immer dieser sphinxhafte Charakterkopf des Yanis Varoufakis zu sehen sein. Am Ende des Sommers kennt die Welt seinen Namen, sein Apartment, ist vertraut mit seinem Englisch, seinem Kleiderschrank. Bis zuletzt sind sich seine Gegner nicht sicher, ob diese brillierende Figur nun ein Spieler oder Blender ist oder ob hier ein heroischer Versuch gemacht wird, eine Alternative zum Üblichen zu sein. „Mit Dr. Schäuble habe ich mich nie gelangweilt“, sagt Varoufakis, als alles vorbei ist.

Varoufakis wird fast genauso lange – oder so kurz – Finanzminister gewesen sein wie Oskar Lafontaine. Wenn er das Amt im Juli mit gleicher großer Geste verlassen haben wird wie der Saarländer, wird die Athener Börse ein Viertel ihres Kapitalwerts verloren haben. Ein EU-Beamter meint zum Abschied, Varoufakis sei „der teuerste Finanzminister der Geschichte“.

Für den 5. Juli wird Tsipras ein Referendum anberaumen. Er wird von den Wählern ein „Nein“ für ein Sparpaket verlangen, das er selbst mit ausgehandelt hat. Er wird das „Nein“ bekommen und dann das Sparpaket gegen den Widerstand vieler Getreuer vom Jahresanfang durchsetzen. Und wird dafür im September wiedergewählt werden. Es ist der 26. Januar 2015. Es beginnt das Jahr der Griechen.

PETROS GIANNAKOURIS / AFP (O.); LOUISA GOULIAMAKI / AFP/ GETTY IMAGES (M.); ULLSTEIN BILD (U.)



Väter und Söhne

Nachruf Kein anderer Bundespräsident hat die Macht des Wortes so konsequent genutzt wie Richard von Weizsäcker.

Erinnerungen von Gerhard Spörl

Eines Tages erzählte ich Richard von Weizsäcker von meinem Vater. Beide waren Jahrgang 1920. „Wie erging es ihm?", wollte er wissen. Mein Vater war ein Bauernsohn aus dem Frankenwald, der mit 19 Soldat werden musste, zuerst an der Westfront und dann an der Ostfront. Am 3. Februar 1943 war für ihn der Krieg bei Charkow vorbei: Doppelbeinamputation, zehn Zentimeter unterhalb beider Knie.

Ich wollte gar nicht viel erzählen, er war der Bundespräsident, aber er wollte mehr erfahren: Ob ich viel mit ihm geredet hätte, ob wir uns nahe gewesen seien, wie es mit meiner Familie weitergegangen sei. Warum interessiert ihn das?, fragte ich mich. Ich war damals nur ein junger Bonner Korrespondent der „Zeit".

Weizsäckers Biografie war unvergleichlich anders, doch der Krieg, der schreckliche, ebnete im Nachhinein offenbar ein paar Unterschiede ein. Und meine Vater-Sohn-Geschichte interessierte ihn vermutlich wegen seiner Vater-Sohn-Geschichte.

Seither glaube ich, dass man Richard von Weizsäcker nicht ohne seinen Vater Ernst verstehen kann. Den Gesandten in Bern, der 1936 sich dafür aussprach, Thomas Mann für seine „feindselige Propaganda gegen das Reich im Ausland" auszubürgern. Der 1938 zum Staatssekretär im Auswärtigen Amt aufstieg und sich darum bemühte, den Krieg zu verhindern. Wie hätte er das können sollen?, fragte ich mich mit der Verständnislosigkeit des Spätgeborenen. Er überschätzte seinen Einfluss. „Mein Vater ging seinen Weg", sagte der Sohn Richard lakonisch.

Nach dem Krieg stand Ernst von Weizsäcker in Nürnberg wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor Gericht. Er hatte Deportationsbefehle für französische Juden nach Auschwitz unterzeichnet. Was Auschwitz für Juden bedeutete, habe er nicht gewusst, rechtfertigte er sich. Der Sohn Richard stand ihm als Hilfsverteidiger zur Seite. Er war damals 27, der Vater 65. Der Sohn sagte über sein Verhältnis zum Vater: „Ich hatte vorher in meinem Leben nur selten einmal ein längeres Gespräch mit ihm gehabt."

Der Sohn sprach den Vater frei. Er hielt ihn für vollkommen unwissend und umfassend unschuldig. Das Gericht verurteilte Ernst von Weizsäcker im Jahr 1949 zu sieben Jahren Haft. 1950 kam er frei. Ein Jahr später starb er.

Die größte intellektuelle Leistung des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker war die Rede im Bundestag am 8. Mai 1985, vierzig Jahre nach Kriegsende. Groß ist sie in vielerlei Hinsicht: in ihrem Anspruch, Maßstäbe zu setzen und bleibende Worte zu sprechen; in ihrem Ziel, den Wahnwitz dieser zwölf Jahre auf den Begriff zu bringen und den mannigfaltigen Schicksalen gerecht zu werden – der Irrenden, der Opfer, der Flüchtlinge, der Widerständler. Die Rede hat viele Tiefenschichten, aber nicht zuletzt ist sie eine persönlich gefärbte Rede.

„Schonung unserer Gefühle durch uns selbst oder durch andere hilft nicht weiter", sagte der Bundespräsident. Das klang auch danach, dass der Hilfsverteidiger seinen umfassenden Freispruch für den Vater revidierte. Oder der Vorsatz, den Weizsäcker gleich darauf formulierte: „Wir brauchen und wir haben die Kraft, der Wahrheit so gut wir es können ins Auge zu sehen, ohne Beschönigung und ohne Einseitigkeit." Die Wirkung dieser Rede beruhte auf der Glaubwürdigkeit, dass hier jemand sprach, der dabei gewesen war, der Schuld auf sich geladen hatte und nun auch selbst um Klarheit rang, um innere Befreiung.

Weizsäcker gelang es in dieser Rede, den Irrenden gerecht zu werden und ihnen den Spiegel vorzuhalten. Die Irrenden waren für ihn die meisten Deutschen, die geglaubt hätten, „für die gute Sache des eigenen Landes zu kämpfen und zu leiden. Und nun sollte sich herausstellen: Das alles war nicht nur vergeblich und sinnlos, sondern es hatte den unmenschlichen Zielen einer verbrecherischen Führung gedient". Diese Dialektik relativierte die Schuld und schloss all die Mitläufer ein genauso wie meinen Vater, der kein Nazi gewesen war, und seinen Vater Ernst, der in die NSDAP und die SS eintrat und dennoch Gefährdeten half.

HERMANN BREDEHORST / POLARIS / LAIF

Wenig war schwarz und weiß damals, viel grau. Dann wurde der Redner Weizsäcker jedoch streng und zog eine Grenze zwischen Schuld und Unschuld: „Wer seine Ohren und Augen aufmachte, wer sich informieren wollte, dem konnte nicht entgehen, dass Deportationszüge rollten. Die Fantasie der Menschen mochte für Art und Ausmaß der Vernichtung nicht ausreichen. Aber in Wirklichkeit trat zu den Verbrechen selbst der Versuch allzu vieler, auch in meiner Generation, die wir jung und an der Planung und Ausführung der Ereignisse unbeteiligt waren, nicht zur Kenntnis zu nehmen, was geschah."

Diese Passagen über die interessengeleitete Nichtwahrnehmung als schuldhaftes Versagen sind wie in Stein gemeißelt. Hier wird niemand mehr freigesprochen, am allerwenigsten die Väter-Generation, die an den Schalthebeln der Macht gesessen hatte und sich darauf hinausreden wollte, was Auschwitz gewesen sei, habe man nicht ahnen können.

Als Politiker war Richard von Weizsäcker ein Spätberufener. Seine Verächter, zu denen irgendwann auch Helmut Kohl gehörte, hielten ihm vor, er sei sich für die Ochsentour zu schade gewesen. Das wäre nicht ehrenrührig gewesen, stimmte aber auch nicht. 1974 war Weizsäcker Verliererkandidat bei der Wahl zum Bundespräsidenten. Außerdem verließ er 1981 den Bundestag und ging nach Berlin, genauer gesagt: West-Berlin. Die isolierte, geteilte Stadt war für jeden Kandidaten, der von außen kam, eine Hölle, in der sich die CDU kleinkariert, aggressiv und großmäulig aufführte. Weizsäcker überlebte die Hölle, führte die CDU wieder in die Regierung und verlieh ihr das Flair des Weltläufigen und Liberalen. Er weizsäckerisierte seine Partei und die Stadt.

Was ihn in der CDU zur singulären Figur machte, war sein weitgefächertes Verständnis von Politik. Für Helmut Kohl und dessen Kamarilla war gute Politik das, was der CDU guttat. Politik ging vollkommen in Machtpolitik auf: Auf Kohl kam es an, auf sonst nichts. Weizsäcker zog den Kreis weiter. Für ihn ging es um das Politische einer Gesellschaft, in der es neben den Parteien unabhängige Institutionen wie die Kirchen gab, oder Neulinge wie die Grünen. Dazu besaßen Intellektuelle und Schriftsteller eine Stimme, die zu hören sich lohnte. Die demokratische Gesellschaft, sie war viel bunter und reicher als der Parteienstaat dieser westlichen Kohl-Republik. Es konnte gar nicht ausbleiben, dass Weizsäcker, Bundespräsident von 1984 bis 1994, und Kohl, der Bundeskanzler, der ihn zum Präsidenten gemacht hatte, aufeinanderprallten. Dafür sorgte Weizsäcker 1992 mit einem Interview in der „Zeit". Er nannte die Parteien, vorneweg natürlich den Kanzler, machtversessen und machtvergessen.

Das Urteil saß. Es befreite. Kohl hing es für immer an. Wir Journalisten bekamen die Stichworte frei Haus geliefert, mit denen SPIEGEL und „Zeit" das Regiment Kohl von nun an kritisierten. Die Macht des Wortes hatte Weizsäcker erneut konsequent wie kein Vorgänger oder Nachfolger (bisher) genutzt. Wie nebenbei hatte er auch sein Amtsverständnis formuliert: Der Bundespräsident sei dazu da, eigene Überzeugungen auszusprechen und nicht etwa vorgeschriebene Papiere der Regierung vorzulesen. Natürlich hatte Weizsäcker diesmal die Grenzen seines Amtes überschritten. Niemand wusste das besser als er. Aber recht hatte er getan und recht gehabt sowieso. Und zu verlieren gab es für ihn nichts, es ging ja auf das Ende der zweiten Amtszeit zu. Gut zwanzig Jahre später, am 31. Januar 2015, stirbt Richard von Weizsäcker.

Mein Vater war lebenslang Sozialdemokrat und kein Freund der Aristokratie. Trotzdem fühlte er sich am 8. Mai 1985 von Weizsäcker einbedacht. In einer Passage über das „Gebirge menschlichen Leids" zählt Weizsäcker „Verwundung und Verkrüppelung" auf. Darunter fiel mein Vater.

Erst spät in seinem Leben habe ich entspannt mit meinem Vater über vieles geredet. Ich bot ihm auch an, mit ihm nach Charkow zu fahren, wo er verwundet worden war. Er wollte nicht.

Stadtgespräch

Heile Welt, 100 m², frisch saniert

In Großstädten wie Berlin steigen Mieten und Immobilienpreise. Ein Frontbericht aus Kreuzberg *von Stefan Kuzmany*



KITTI HAWK / DER SPIEGEL

Jetzt haben sie unten auch noch die Eingangstüre machen lassen. Bis vor Kurzem war sie ortstypisch verkratzt, aber plötzlich glänzt sie wie neu, und ein Schild warnt: „Frisch gestrichen“.

Jeder andere Mieter würde sich freuen, wenn sich die Hausverwaltung so rührend um den Zustand des Mietobjektes kümmert. Im Sommer die Fassade, im Herbst die Klingelanlage, jetzt die Eingangstüre – alles neu. Wir sind misstrauisch. Denn wir haben den Verdacht: Die Fürsorge gilt nicht dem Wohlbefinden der Mieter. Wir glauben: Das Haus soll aufgehübscht werden für potenzielle Käufer von Eigentumswohnungen.

Seit bald 15 Jahren lebe ich hier auf etwa 100 Quadratmetern in Berlin-Kreuzberg, zunächst mit Untermieter, dann zog meine spätere Frau ein. Vorher hatte sie am Prenzlauer Berg gewohnt, in einer Wohnung eines Mietshauses, das offensichtlich seit der Wende nicht mehr renoviert worden war. Ein Haus nach dem anderen in ihrer Straße wurde saniert, die Wohnungen wurden in Eigentum umgewandelt. Als meine Freundin schließlich die letzte Mieterin war und sich nachts allein ein wenig fürchtete, akzeptierte sie traurig das Angebot des Vermieters, die Wohnung gegen ein paar Tausend Euro aufzugeben. Am Tag, als wir ihre Sachen ausräumten, gingen wir ein letztes Mal zum Thai-Imbiss an der Ecke. Da saß ein Paar am Nebentisch, unser Alter, wir kamen ins Gespräch. Die beiden zogen hier gerade ein, in eine ausgebaute Dachgeschosswohnung, Eigentum, finanziert von den Eltern. Wir mochten sie nicht.

Dann fuhren wir zu mir nach Kreuzberg. Hier, dachte ich, sind wir sicher vor der Gentrifizierung, diesem monströsen sozialen Phänomen, das die angestammte Mieterschaft ganzer Straßenzüge per Sanierung, Mieterhöhung und Umwandlung in Eigentum vertreibt und durch Horden langweiliger Besserverdienender ersetzt, die irgendwas mit Medien machen, irgendwann ein Kind bekommen, irgendwann die Wohnung kaufen. Nein, hier war die Welt noch in Ordnung. Unten gab es einen Friseur, bei dem blauhaarige Damen ihre Dauerwelle richten ließen, auf der Straße wurde türkisch gesprochen oder berlinert, meist jedoch eine liebenswerte Kombination aus beiden Idiomen verwendet. Unter uns wohnte ein Ehepaar, weit über siebzig, der Mann war in dieser Wohnung geboren. Und einmal im Jahr wankte der Nachbar von gegenüber die Treppe herauf, vom feuchtfröhlichen Kameradschaftsabend, wo er sich darüber austauschte, wie er als junger Mann versucht hatte, Berlin gegen die Russen zu verteidigen.

Unser Vermieter war ein freundlicher älterer Berliner, der im Januar regelmäßig leibhaftig vor unserer Tür stand und feierlich einen Umschlag mit der Nebenkostenabrechnung überreichte. Immer war auch Geld drin: Nach seinen Berechnungen hatten wir regelmäßig etwas zu viel gezahlt. Und jetzt: alle weg.

Der Vermieter hat unser Haus an einen dänischen Investmentfonds verkauft, seither erhöhen sich die Nebenkosten wundersamerweise jährlich. Wo der Friseur war, ist jetzt ein Café, in das man sich ohne MacBook gar nicht hineintraut. Die alten Mieter sind tot, ihre Nachfolger sehen wir oft, aber wir kennen sie nicht. Auf der Straße laufen praktisch nur noch Touristen herum. Und in der Kneipe sollte man sein Bier besser auf Englisch bestellen, wenn man will, dass einen der Kellner versteht.

In Berlin sind die Angebotsmieten allein 2014 um über neun Prozent gestiegen. Mittlerweile könnten wir uns eine höhere Miete leisten, aber wahrscheinlich würden wir so schnell keine Wohnung finden, zu groß ist die Konkurrenz. Kürzlich wollten wir uns eine Wohnung gegenüber ansehen, etwas größer als unsere jetzige. Als wir sahen, dass sich zum Besichtigungstermin gut fünfzig Leute vor dem Hauseingang drängelten, drehten wir wieder ab.

Ach so: Die größere Wohnung könnten wir gebrauchen, weil wir einen Sohn bekommen haben. Bezahlen könnten wir sie, weil ich ganz ordentlich verdiene. Selbst einen Kredit würden wir wahrscheinlich bekommen, um die Wohnung selbst zu kaufen, sollte sich das Omen der frisch gestrichenen Eingangstür bewahrheiten.

Die langweiligen Besserverdienenden sind wir heute selbst, wir wurden schleichend dazu, wir haben es gar nicht gemerkt. Das Lamento über die vergangene, vermeintlich heile Welt war von Anfang an sehr subjektiv, man könnte auch sagen: verlogen. Wir sind keine Opfer des Wandels, wir sind ein Teil davon. Für unsere alten Nachbarn waren wir Fremde, so wie die neuen uns heute fremd sind. Meine Frau ist als Studentin aus Mannheim nach Berlin gezogen, ich stamme aus einem Vorort von München. Vor uns haben andere Menschen in unserer Wohnung, in unserem Viertel gelebt. Nach uns werden es wieder andere sein. Wir haben kein Recht auf den Status quo. An der Ecke gab es bis vor 20 Jahren eine Eisenwarenhandlung, heute ist ein nettes Lokal drin. Na und? Schrauben kann man auch im Baumarkt kaufen.

Im Januar wird wieder ein Brief der Hausverwaltung kommen. Vielleicht erhöhen sie nur wieder die Nebenkosten. Vielleicht wollen sie auch, dass wir ausziehen. Schön wäre das nicht. Aber Berlin, und vor allem Berlin-Kreuzberg, ist Veränderung. Deshalb sind wir damals gekommen. Vielleicht müssen wir deshalb auch wieder gehen.

Februar



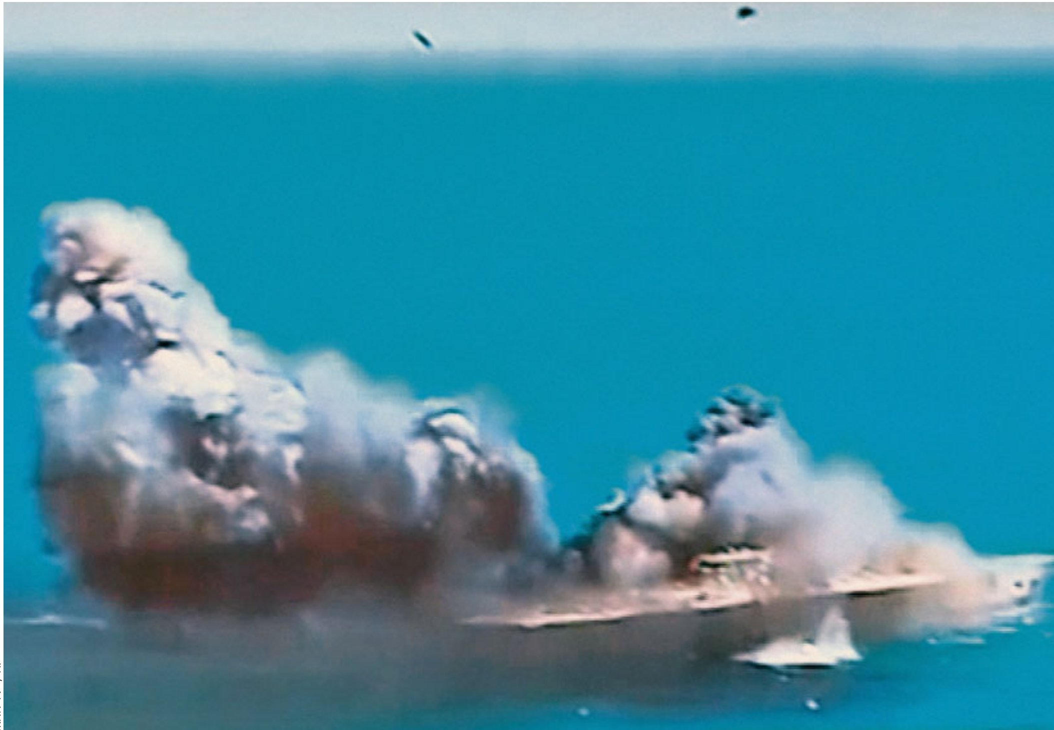
BASSAM KHABIEH / REUTERS



15.02.2015

Gefangen in Syrien

Seit 2011 herrscht Bürgerkrieg in Syrien, und Präsident Bashar al-Assad kämpft mit allen Mitteln, um an der Macht zu bleiben. Der Westen reagiert eher hilflos; viele Politiker scheinen sich an die Horrornachrichten aus Syrien gewöhnt zu haben. In dieser Situation greifen einige Syrer zu drastischen Mitteln, um die Welt wenigstens für einen Moment aufzurütteln. Es sind Gegner von Assad, die in einem von Rebellen kontrollierten Vorort von Damaskus ihre Kinder demonstrieren lassen: Eingesperrt wie Schlachtvieh, einige gekleidet wie Geiseln der Terrormiliz „Islamischer Staat“, protestieren die Kleinen gegen Assad und gegen den IS. Beide bringen uns den Tod, soll das wohl heißen. Das Foto der Aktion sorgt, aus sicherer Entfernung betrachtet, für einen kurzen Schock, mehr nicht. Erst als im Laufe des Jahres immer mehr Syrer nach Europa fliehen und der IS auch in Paris mordet, erwacht der Westen aus seiner Lethargie.



IRAN TV / AP

25.02.2015
Propagandaschlacht

Bei einem Manöver nahe der Straße von Hormus simulieren die iranischen Revolutionsgarden einen Angriff auf einen amerikanischen Flugzeugträger. Es handelt sich allerdings nur um eine riesige Attrappe. Die echte U.S. Navy beobachtet die Propagandaschlacht, greift aber nicht ein.



LARS BARON / BONGARTS / GETTY IMAGES

28.02.2015
1:0 für Batman

Die Dortmund-Stars Pierre-Emerick Aubameyang und Marco Reus feiern das erste Tor im Heimspiel gegen Schalke 04, als wären sie auf einer Comicmesse: maskiert als Batman und Robin. Fehlt eigentlich nur das Batmobil auf dem Stadionparkplatz. Aubameyang müsste allerdings fahren. Reus hat nämlich keinen Führerschein.



MICHEL SPINGLER / AP

10.02.2015

Protest gegen Strauss-Kahn

Die Teilnahme an Sexpartys, sagt Dominique Strauss-Kahn im Prozess, empfand er als „eine Pause in einem hektischen Leben“. Die Staatsanwaltschaft wirft dem ehemaligen Chef des Internationalen Währungsfonds Zuhälterei vor. Vor dem Gerichtsgebäude in Lille protestiert eine Aktivistin der Gruppe Femen und gerät mit der Polizei aneinander. Ohne Erfolg: Strauss-Kahn wird im Juni freigesprochen.

14.02.2015

Auf dem Pulverfass

Europa steht noch unter dem Schock der Anschläge auf „Charlie Hebdo" in Paris, als erneut ein islamistischer Attentäter Menschen ermordet und ein Karikaturist um sein Leben fürchten muss – diesmal in Kopenhagen. Ein Terrorist feuert mehr als 40-mal auf das Café „Krudttonden", Pulverfass, in dem gerade eine Podiumsdiskussion zum Thema „Kunst, Gotteslästerung und Meinungsfreiheit" stattfindet. Unter den Teilnehmern ist auch der schwedische Künstler Lars Vilks.

Seit er 2007 Mohammed karikiert hat, bekommt Vilks Morddrohungen, er steht unter Personenschutz. Seine Leibwächter reagieren sofort: Sie schießen zurück und verhindern so, dass der Terrorist bis zum Seminarraum vordringen kann. Vilks wird in einem Lager versteckt, „voll mit dänischem Bier", wie er später sagt. Der dänische Regisseur Finn Nørgaard jedoch wird tödlich getroffen, drei Polizisten werden verletzt. Der Täter kann vorerst entkommen. Nach Mitternacht fallen Schüsse vor der Großen Synagoge von Kopenhagen, wo gerade eine Bar Mizwa gefeiert wird. Hier ermordet der Terrorist einen jungen Wachmann namens Dan Uzan und flieht. Am Morgen stirbt der Täter, ein 22-jähriger Däne mit palästinensischen Wurzeln, bei einem Schusswechsel mit der Polizei.

Im Sommer kündigt das Studio Zentropa, mitbegründet von Regisseur Lars von Trier, einen Film über das Attentat an: Ein afghanischer Filmemacher soll die Ereignisse aus der Perspektive des Attentäters erzählen.



LISELOTTE SABROE / DPA

Spurensicherung in Kopenhagen
Morddrohungen, seit er Mohammed karikiert hat

14.02.2015

Triumph in Berlin

In einer besseren Welt würde an diesem Abend nicht nur Hana Saeidi auf der Bühne des Berlinale-Palasts in Berlin stehen, ein zehnjähriges Mädchen aus Teheran. Sondern auch Hanas Onkel, der iranische Regisseur Jafar Panahi. Für „Taxi", seinen neuen Film, wird Panahi völlig zu Recht mit dem Goldenen Bären des Festivals ausgezeichnet. Doch er kann den Preis nicht selbst entgegennehmen, er darf Iran nicht verlassen.

Ende 2010 hatte ein Gericht in Teheran den Regisseur zu sechs Jahren Gefängnis und 20 Jahren Berufsverbot verurteilt, wegen angeblicher „propagandistischer Aktivitäten gegen das System der Islamischen Revolution". Bisher musste Panahi die Gefängnisstrafe nicht antreten, doch das Urteil soll ihn einschüchtern. Ohne Erfolg: „Taxi" ist bereits sein dritter Film seit dem Prozess, diesmal heimlich gedreht im Inneren eines Autos, das durch Teheran fährt. Ein Triumph für die Kunstfreiheit.

Panahi ist bei „Taxi" Regisseur, Drehbuchautor, Kameramann und Hauptdarsteller in einer Person. Fahrgäste steigen ein und aus, darunter eine Rechtsanwältin sowie Hana, Panahis Nichte; man redet miteinander, mal über die Todesstrafe, mal über Goldfische und natürlich über das Kino. Mit subtilem Humor zeigt „Taxi" auf engstem Raum ein Panorama Irans.

„Ich bin nicht in der Lage, etwas zu sagen. Ich bin viel zu ergriffen", sagt Hana in Berlin, den Goldenen Bären in der Hand, Tränen fließen. Ihr Onkel dürfte trotzdem stolz auf sie sein.



TIM BRAKEMEIER / PICTURE ALLIANCE / DPA

Festivalgast Saeidi
„Ich bin nicht in der Lage, etwas zu sagen, ich bin viel zu ergriffen"

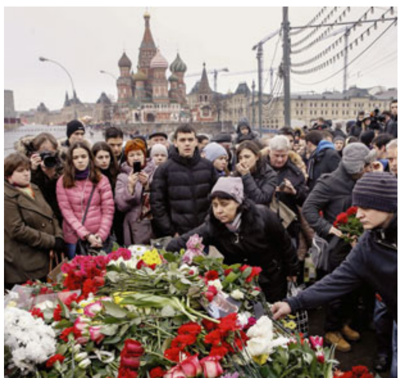
27.02.2015

Mord in Moskau

Eine Überwachungskamera filmt aus großer Höhe den Tatort, die Große Moskwa-Brücke in Sichtweite des Kreml. Es ist Nacht; zwei Fußgänger sind auf der Brücke unterwegs: Boris Nemzow, 55, der wohl bekannteste Oppositionspolitiker Russlands, und seine Freundin, ein ukrainisches Model. Nemzow war einst Gouverneur, später Vizepremierminister unter Präsident Boris Jelzin. Mittlerweile gehört er zu den schärfsten Kritikern von Präsident Putin. Ein Schneeräumfahrzeug holt die beiden Spaziergänger ein. Kurz darauf ist Nemzow tot, ermordet durch vier Schüsse in den Rücken. Seine Freundin bleibt unverletzt.

Der Mord wird zum Sinnbild für die paranoide Stimmung in Russland. Ein Sprecher des Kreml erklärt, die Tat sei eine „außergewöhnliche Provokation". Im Parlament wird Nemzow posthum verhöhnt: Nur zwei Abgeordnete der Duma stimmen für eine Schweigeminute. Die Spuren, so die offizielle Darstellung, führen nach Tschetschenien; angebliche Islamisten werden als Tatverdächtige festgenommen. Freunde und Angehörige Nemzows vermuten dagegen, seine Kritik an Wladimir Putin habe ihn das Leben gekostet.

„Die Bluttat schüchtert alle ein", sagt Nemzows Tochter Schanna. „Es ist nun noch schwieriger geworden, in Russland die Wahrheit zu sagen." Weil sie um ihre Sicherheit fürchtet, verlässt Schanna Nemzowa im Sommer das Land. Mittlerweile arbeitet sie für die Deutsche Welle in Bonn.



SERGEI ILNITSKY / DPA

Tatort Große Moskwa-Brücke
„Es ist nun noch schwieriger geworden, die Wahrheit zu sagen"

Heldin des Alltags **Julia Louis-Dreyfus**

Die wahre Präsidentin



Keine andere Frau im amerikanischen Fernsehen sagt so charmant „Fuck".

Es ist ein bisschen kompliziert, den Überblick zu behalten, wer gerade amerikanischer Präsident ist. Barack Obama, klar, gutes Casting, besonders überzeugend war er beim Vorsprechen im Wahlkampf 2008.

Aber mittlerweile regiert im Weißen Haus auch Frank Underwood alias Kevin Spacey, der Intrigant aus „House of Cards". In „Scandal" wiederum, noch eine aktuelle amerikanische Politserie, spielt ein gewisser Tony Goldwyn den Präsidenten. Über allen schwebt der gute Geist von Martin Sheen aus der Serie „West Wing".

Inzwischen gehört auch Julia Louis-Dreyfus, Star der Polit-Comedy-Serie „Veep", zur Riege der Präsidentendarsteller – als einzige Frau. Bei der diesjährigen Emmy-Verleihung wird sie für die Rolle als beste Hauptdarstellerin ausgezeichnet, zum vierten Mal in Folge. Und am 16. Februar gratulieren ihr Kollegen erstmals zum „Presidents Day", ein Witz. Ursprünglich war der Feiertag zu Ehren von George Washington eingeführt worden.

Julia Louis-Dreyfus, 54, ist die Tochter eines Milliardärs, der verstorbene Adidas-Chef Robert Louis-Dreyfus war ihr Cousin. Sie hat mit Woody Allen gedreht, mit James Gandolfini, sie war einer der Stars der Comedy-Reihe „Seinfeld". In „Veep" verkörpert sie eine Politikerin namens Selina Meyer, charismatisch, egozentrisch, geschieden; eine Frau, die auf dem Weg ins Weiße Haus mit neurotischen Mitarbeitern und den falschen Schuhen leben muss, manchmal sogar mit echten Anfällen von Selbstzweifeln. Drei Staffeln lang war Selina nur die Vizepräsidentin, abgekürzt Veep, ein Amt ohne echte Macht, Karriere im Konjunktiv: Falls der Präsident plötzlich weg wäre, würde sie seine Nachfolgerin.

In den neuen Episoden von 2015 hat Selina dieses Ziel erreicht. Was nun? „Veep" zeigt die Hysterie des amerikanischen Politbetriebs in der einzig angemessenen Form: als Farce. Die Serie spielt vor allem in den Hinterzimmern der Macht, in Büros und Besenkammern, überall dort, wo Politiker und ihre Mitarbeiter sich unbeobachtet wähnen. Ununterbrochen wird gelästert, intrigiert, geflucht. Keine andere Frau im US-Fernsehen sagt so charmant „Fuck" wie Julia Louis-Dreyfus als Selina Meyer.

Zum Team der Drehbuchautoren von „Veep" gehört ein älterer Herr, ein Engländer, dessen Hauptaufgabe darin besteht, die Dialoge mit immer neuen Schimpftiraden anzureichern. Erfinder und Chefautor aller bisher gesendeten vier Staffeln ist Armando Iannucci, ein Schotte mit italienischen Wurzeln. Als junger Mann wollte er Priester werden, aber dann ging er doch lieber zur BBC. Jetzt erklärt Iannucci den Amerikanern mit den Mitteln der Satire, wie ihr Land regiert wird.

Wer sollte es auch sonst tun? Als Hillary Clinton in einer Talkshow nach ihren Lieblingssendungen gefragt wird, geht sie auf Nummer sicher und lobt „House of Cards", eine Serie, in der Politiker echte Macht haben. Zu „Veep": kein Wort.

In „Veep" herrscht ständig Wahlkampf, Ausnahmezustand. Inhalte, Überzeugungen gar stören dabei nur. Die Entscheidungen treffen Spindoktoren und PR-Berater. Das Ziel ist der perfekte Fototermin, die durch Meinungsumfragen abgesicherte Rede. „Irgendwas mit dem Wort Zukunft", schlägt einer von Selinas Beratern vor, „von Geräuschen geformte heiße Luft."

Trotzdem folgt eine lustige Blamage auf die andere, ein „Fuckup", wie Selina sagt: ein unbedachter Halbsatz, der sie auf YouTube zum Gespött macht, eine sarkastische Bemerkung, die der Wähler übel nimmt. Wie zum Beispiel bei einer Signierstunde für ihre Autobiografie, die sie natürlich nicht selbst verfasst hat. „Was ist Ihr Lieblingswort?", fragt ein Fan. „Next", sagt Selina, erkennbar stolz auf ihre Schlagfertigkeit, „der Nächste".

Einen Gag hebt sich Julia Louis-Dreyfus für ihre Dankesrede bei der Emmy-Verleihung auf. Sie zitiert Donald Trump: „Was muss es eine Ehre für euch sein, mich ehren zu dürfen."

Vielleicht ist das Zitat auch nur erfunden, wer weiß das schon? „Es wird immer schwieriger", sagt Julia Louis-Dreyfus, „das Ganze zu parodieren."

Martin Wolf

STANLEY CHOW / DER SPIEGEL



Hollywood-Star Moore

Die Frau der Zukunft

Hollywood Die Schauspielerin Julianne Moore gewinnt für die Darstellung einer Alzheimerkranken im Film „Still Alice“ den Oscar – eine überfällige Auszeichnung. *Von Lars-Olav Beier*

Als sie oben auf der Bühne steht, in einem Kleid von Karl Lagerfeld, an dem angeblich 987 Stunden lang genäht wurde, umklammert sie den Oscar, als sei er das Einzige, was ihr in diesem Moment Halt geben könnte. Und dann kommt es, dieses Lächeln, das nur Julianne Moore beherrscht, das ebenso maßlos wie schutzlos wirkt, aus dem überschäumende Freude und nicht minder große Verlegenheit zu sprechen scheinen.

Der Abend des 22. Februar, an dem im Dolby Theatre von Los Angeles zum 87. Mal die Oscars vergeben werden, ist der Höhepunkt in der Karriere der Schauspielerin. Moore war zuvor bereits fünfmal nominiert, nun, im Alter von 54 Jahren, kann sie die Trophäe endlich in Empfang nehmen. Vielleicht ist dieser Augenblick der Überwältigung, dieses Zittern in der Stimme echt, vielleicht aber auch nur verdammt gut gespielt.

„Ich habe gelesen, dass man fünf Jahre Lebenszeit gewinnt, wenn man den Oscar bekommt“, sagt Moore mit der Statuette in der Hand und blickt in den Zuschauerraum. „Wenn das stimmt, danke ich der Academy, denn mein Mann ist jünger als ich.“ Ihr Mann, der Regisseur Bart Freundlich, Jahrgang 1970, blickt gerührt aus dem Saal zu ihr auf, während sie dies sagt. Es sind die coolsten Sätze des Abends.

Moore wirkt bei diesem Auftritt wie ein kleines Mädchen, das gerade das schönste Geschenk seines Lebens bekommt, und wie eine große Diva, die verdientermaßen die Früchte ihrer jahrzehntelangen Arbeit erntet. Moore, Darstellerin in über sechzig Filmen, Mutter zweier Kinder, kann immer kindlich naiv, im nächsten Augenblick aber lässig und abgeklärt wirken.

In der stärkten Szene ihres Oscar-Films „Still Alice – Mein Leben ohne Gestern“, in dem sie eine an Alzheimer erkrankte Linguistikprofessorin namens Alice Howland spielt, joggt Moore über den Campus ihrer Universität. Die Kamera folgt ihr und lässt den Zuschauer den Vorwärtsdrang der Figur auf diese Weise ganz direkt spüren. Doch plötzlich bleibt Alice stehen, sieht sich um, mit wachsender Panik, sie verliert jede Kontrolle über ihre Gesichtszüge.

So sehen Kinder aus, die völlig verzweifelt sind, weil sie sich verlaufen haben und ihre Eltern nicht mehr finden. Aber Alice ist eine erwachsene Frau, Mutter dreier Kinder. Genau in diesem Moment des Films wird Alice bewusst, dass in ihrem Kopf etwas nicht stimmt. Und der Zuschauer begreift: Alzheimer ist eine Erkrankung, die Erwachsene wieder zu Kindern macht.

Mutter Teresa des Unterleibs

Es gibt in Hollywood einen großen Schrank mit vielen kleinen Schubladen: Rollenfächern für Darstellerinnen. Da ist die Lolita, frühreif und lüstern; das Babe, vollbusig und unterbelichtet; die Amazone, schießwütig und brutal; die Karrierefrau, egoistisch, männermordend und unglücklich; oder die Hausfrau, aufopfernd, liebevoll und unglücklich. Moore hat es sich zur Aufgabe gemacht, diesen Schrank in Kleinholz zu verwandeln.

Sie spielt Frauen, die intellektuell und sinnlich sind, die Geist und Sex mühelos vereinen. In der Komödie „The Big Lebowski“ (1998) spielt Moore die schärfste Feministin, die je auf der Leinwand zu sehen war, die sich einfach nimmt, was sie will, vor allem Männer, die ihr gefallen. In Hollywood mögen Frauen noch immer in Huren und Heilige unterschieden werden – Moore machte in dem Film „Boogie Nights“ (1997) aus einem Pornostar eine Mutter Teresa des Unterleibs.

Sie bringt auf der Leinwand sogar das zusammen, was scheinbar ganz und gar nicht zusammengehört. Wohl nur Julianne Moore konnte glaubhaft eine Frau spielen, die über den Ehebruch zum katholischen Glauben findet. Man muss sich nur ansehen, wie sie in der Graham-Greene-Verfilmung „Das Ende einer Affäre“ (1999) eine geradezu fiebrige Religiosität entwickelt.

Moore hat einige Regeln widerlegt, die bislang für Filmschauspielerinnen zu gelten schienen. Als sie Anfang der Neunzigerjahre ihre ersten größeren Rollen bekam, war sie schon über dreißig, eigentlich zu alt, um im Filmgeschäft noch Karriere zu machen. Eine andere Hollywood-Weisheit lautet: Wer als Schauspielerin anerkannt werden möchte, sollte sich nach Möglichkeit nicht nackt vor der Kamera


MATT SAYLES / INVISION / DDP IMAGES

Oscar-Preisträgerin Moore
„Du kannst Rollen nicht danach aussuchen, ob sie deiner Karriere förderlich sind“

zeigen. Moore hatte damit nie ein Problem, auch mit über vierzig nicht.

Die Trennung zwischen Kunst- und Blockbuster-Kino hat Moore nie akzeptiert. Sie arbeitete mit Autorenfilmern wie Robert Altman und spielte in Spektakeln wie „Vergessene Welt: Jurassic Park“ oder den „Tribute von Panem“-Adaptionen mit. Eine Tschechow-Verfilmung mag den größeren geistigen Nährwert haben, doch Moore schämt sich keineswegs dafür, manchmal Hunger auf Popcorn zu haben.

Wer sich ihre wüste Filmografie anschaut, dieses komplette Durcheinander, in dem beim besten Willen keine klare Linie zu erkennen ist, der ahnt: An Moore sind vermutlich einige Künstleragenten und PR-Berater verzweifelt. Denn offenbar hat sie auf eine Karriereplanung gepfiffen und sich stattdessen immer wieder genau in solche Rollen gestürzt, auf die sie gerade Lust hatte. Kaum eine andere Hollywood-Schauspielerin wirkt so selbstbestimmt wie sie.

„Du kannst Rollen nicht danach aussuchen, ob sie deiner Karriere förderlich sind“, sagt sie. „Das ist furchtbar. Natürlich habe ich mich auf Projekte eingelassen, die mir nicht gefallen haben, aber ich habe versucht, aus ihnen zu lernen. Und danach habe mir gesagt: Jetzt bin ich schlauer, ich mache das nicht noch einmal.“

Schauspielerei als Pionierarbeit

Wie lange hat es gedauert, bis Meryl Streep auf der Leinwand richtig sexy wirken durfte? Wird Sharon Stone je eine Großmutter spielen dürfen? Wann sehen wir Julia Roberts als Nobelpreisträgerin? Niemand in Hollywood zweifelt daran, dass Moore solche Rollen mit Leben füllen könnte. Grenzen sind für sie offenbar nur dazu da, durchbrochen zu werden. Schauspielerei ist für Moore Pionierarbeit, riskant, gefährlich und aufregend.

Julianne Moore kam 1960 in North Carolina zur Welt, sie zog mit ihrer Familie immer wieder um, wechselte insgesamt achtmal die Schule. Ihr Vater war bei der U. S. Army; als sie 16 war, wurde er nach Frankfurt versetzt. Noch immer spricht sie ein bisschen Deutsch.

Moore glaubt, dass die ständige Veränderung ihrer Lebenswelt für sie eine gute Vorbereitung als Schauspielerin war. Immer wieder habe sie sich neu anpassen müssen und dabei auch gelernt, ein Zentrum zu finden, einen Ort, an dem sie sich sicher und geborgen fühlt.

Mit Anfang zwanzig studierte sie in Boston Schauspiel, übernahm Mitte der Achtzigerjahre eine Rolle in der TV-Serie „As the World Turns“ und machte 1993 in dem Thriller „Auf der Flucht“ mit einem sehr markanten Kurzauftritt auf sich aufmerksam. Gleich von Beginn ihrer Karriere an machte Moore Nebenrollen so groß, dass sie in keine Schublade mehr passten.

Sie spielt in „Auf der Flucht“ eine Ärztin in der Notaufnahme eines Krankenhauses. Gerade hat sich ein schwerer Unfall ereignet, die Flure stehen voll mit Betten frisch eingelieferter Patienten, es herrscht Chaos. Doch Moore, die rote Mähne zu einem Pferdeschwanz gebändigt, gibt ruhige und klare Anweisungen. Auch dem Helden des Films, dem Chirurgen Dr. Richard Kimble, gespielt von Harrison Ford.

Als die Ärztin merkt, dass Kimble eine Anweisung von ihr ignoriert hat, stellt sie sich ihm in den Weg und fordert eine Erklärung – wie ein General, dessen Befehl verweigert wurde. Harrison Ford, über einen Kopf größer als Moore, wirkt wie ein kleiner Junge. Die Großaufnahme von Moore, in der sich Schönheit, Entschlossenheit und Menschenkenntnis verbinden, bahnte der Schauspielerin den Weg zum Star.

Denn als Steven Spielberg sie in dieser Szene sah, wollte er sie angeblich sofort für die „Jurassic Park“-Fortsetzung „Vergessene Welt“ (1997) haben. Eine Frau wie sie kann es auch mit Dinosauriern aufnehmen. Spielberg gab Moore die Rolle einer Biologin, die nicht nur weiß, wie das Herz eines Tyrannosaurus Rex aufgebaut ist, sondern auch, wie es tickt. Schließlich lockt sie mithilfe eines jungen Dinos das gefährliche Muttertier an und setzt es mit einem Betäubungspfeil außer Gefecht.

Instinktsicherer Intellekt

Moores Heldinnen besitzen oft einen verblüffend instinktsicheren Intellekt. „Viele Menschen glauben, Schauspielerinnen seien weder praktisch begabt noch häuslich. Sie halten uns für flatterhaft und emotional verletzbar. Ich bin anders“, sagt sie über sich selbst. „Mein Haus ist sehr sauber und aufgeräumt. Ich bin kein toller Koch, das übernimmt mein Mann. Aber ich mache morgens Frühstück für meine Kinder, lege Platzdecken und Servietten hin.“

Bei aller Rationalität, die sie in ihren Rollen vermittelt, geht von ihr fast immer große Wärme aus, die sich auf andere Menschen überträgt. Aus diesem Grund war sie die Idealbesetzung für Paul Thomas Andersons Spielfilm „Boogie Nights“, der die Pornoindustrie der Siebziger- und Achtzigerjahre nicht als kaltes Geschäft, sondern als großes Familienunternehmen beschreibt.

Gleich im ersten Bild folgt ihr die Kamera in einen Nachtklub, Moore hat einen Mann rechts und einen links, sie eilt durch die Menge. Die Figur, die sie in „Boogie Nights“ spielt, ist Mitte dreißig und einer der größten Pornostars der USA. Mit jedem Schritt vermittelt sie das Selbstbewusstsein einer Frau, der die Welt gehört. „Das geilste Fleisch auf diesem Planeten!“, ruft ihr ein Mann zu. Sie lacht und geht weiter.

Moore erscheint auf der Leinwand oft wie eine Frau, die mit sich im Reinen ist, die sich um die Moral und die gesellschaftlichen Konventionen nicht schert. Nach landläufiger Meinung herrschen in der Pornoindustrie Entfremdung und Ausbeutung. Moore spielt eine Frau, die stolz und glücklich ist, wenn sie vor der Kamera Sex hat. In Wirklichkeit ist das vermutlich eher selten der Fall. Doch Moore macht diese Illusion glaubhaft.

Ihren zehn Jahren jüngeren, von Mark Wahlberg gespielten Leinwandpartner betrachtet sie in „Boogie Nights“ mit einer Mischung aus Begehren und Fürsorglichkeit. Im prüden amerikanischen Mainstream-Kino wird Sex fast immer überaus schamhaft dargestellt, wie etwas, das ziemlich schmutzig oder sogar lebensgefährlich ist. Moore spielt Frauen, die ihre Lust ausleben.

In ihren Filmen nimmt sie sich Männer mit großer Selbstverständlichkeit, egal, wie alt sie sind oder welche Hautfarbe sie haben. Ebenso unbefangen spielt Moore auch lesbische Heldinnen, wie in der Familienkomödie „The Kids Are All Right“ oder zuletzt in „Freeheld“. Manchmal scheitern ihre Figuren, weil die Konventionen am Ende stärker sind, wie in dem Melodram „Dem Himmel so fern“ (2002). Darin spielt sie eine Ehefrau, die sich im Amerika der Fünfzigerjahre in einen Schwarzen verliebt, der auch noch jünger ist als sie. Doch häufig setzen sich Moores Heldinnen am Ende durch.

In „Don Jon“ (2013) hat sie einen 20 Jahre jüngeren Liebhaber und schlägt ihre von Scarlett Johansson gespielte Nebenbuhlerin aus dem Rennen. Das funktioniert nur, weil Moore in sich zu ruhen scheint und den Eindruck erweckt, niemandem etwas beweisen zu müssen. Weil sie offenbar überhaupt keine Angst hat vor dem ärgsten Feind aller Hollywood-Schauspielerinnen: dem Alter.

Vielleicht war sie genau deshalb eine so perfekte Besetzung für David Cronenbergs Hollywood-Satire „Maps to the Stars“ (2014), weil sie darin all die Ängste, die sie offenbar nicht hat, bündeln konnte. Sie spielt einen extrem kapriziösen, hochneurotischen Filmstar, den die Panik vor dem Altwerden an den Rand des Wahnsinns treibt. Man merkt Moore die Lust an, dieses Hollywood-Spiel, dem sie sich immer entzogen hat, zu karikieren.

Durch Hollywood, die Welthauptstadt des Jugendwahns, hat Julianne Moore sich sehr entspannt ihren Weg gebahnt und dabei gezeigt: Frauen über vierzig oder gar über fünfzig sind keineswegs abgemeldet, sie können die besten Jobs, die tollsten Männer und die Oscar-Rollen kriegen. Moore ist genau deshalb immer noch so höllisch sexy, weil sie das Alter umarmt.

Wenn sie als Linguistikprofessorin in „Still Alice“ mit aller Kraft gegen das Alter kämpft, dann nicht deshalb, weil es den Körper aufzehrt, sondern den Geist. Sie spielt eine Frau, die merkt, dass sie durch Alzheimer die Kontrolle über sich und ihr Leben verliert, dass sie nicht mehr Herr im eigenen Kopf ist. Dieser Kampf ist genau deshalb so ergreifend, weil Julianne Moore ein Inbild weiblicher Souveränität ist.

Moore-Erfolgsfilme


POLYBAND / 24 BILDER

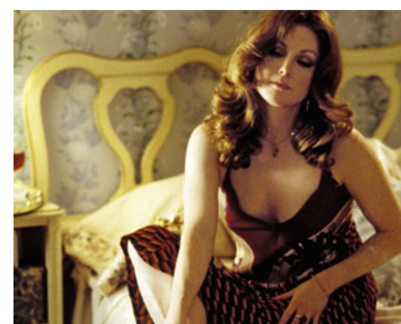
„Still Alice“ 2014
Regie: Wash Westmoreland, Richard Glatzer


CONCORDE FILM

„Far from Heaven“ 2002
Regie: Todd Haynes


DDP IMAGES

„Das Ende einer Affäre“ 1999
mit Ralph Fiennes, Regie: Neil Jordan


HIPP-FOTO

„Boogie Nights“ 1997
Regie: Paul Thomas Anderson

Jeder Punkt steht für einen der rund 1300 Masernfälle in Berlin.

Ein Virus wandert

Gesundheit In Berlin kommt es zum größten Ausbruch der Masern seit Jahren – mit tragischen Folgen. Die Krankheit kann sich nur ausbreiten, weil viele Deutsche nicht geimpft sind.

Salmonellose, Shigellose, Legionellose, Leptospirose – jeden Tag kommen die gemeldeten Fälle all dieser exotisch klingenden Krankheiten per E-Mail bei Daniel Sagebiel und Dirk Werber an. Die beiden Seuchenschützer vom Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) in Berlin müssen dann entscheiden, was zu tun ist, um die Bevölkerung der Stadt vor Schlimmerem zu bewahren.

Besonders aufmerksam gucken sich die beiden allerdings eine ganz andere Erkrankung an, die gar nicht exotisch ist, dafür aber besonders gefährlich: die Masern.

Masern gelten bei vielen als harmlose Kinderkrankheit, zu Unrecht. Das hochansteckende Virus verursacht bei den Infizierten nicht nur hohes Fieber und Hautausschlag. Regelmäßig kommt es auch zu Lungenentzündung oder Enzephalitis, noch Wochen nach der Infektion ist das Immunsystem geschwächt und der Körper anfällig für weitere Krankheiten. Etwa jeder Tausendste überlebt die Masern nicht.

Anfang 2015 erlebt Deutschland einen der größten Masernausbrüche seit Langem. In Berlin erkranken so viele Menschen wie noch nie seit Einführung der Meldepflicht im Jahr 2001. Am 18. Februar stirbt in der Berliner Charité ein anderthalb Jahre alter Junge an Komplikationen der Krankheit. Er war nicht gegen Masern geimpft.

Der Schock ist groß, in der Stadt, im ganzen Land, die Angst geht um. Masern, das wird vielen erstmals bewusst, sind kein einfaches Kinderleiden. Säuglinge werden zu Hause behalten, Schulen geschlossen, eine Vorsichtsmaßnahme. Selbst viele Impfgegner bringen ihre Kinder nun zum Arzt, um sie gegen Masern impfen zu lassen. Und die Kassenärztlichen Vereinigungen lockern ihre Vorschriften, damit Kinderärzte die Eltern mitimpfen können.

Wie konnte es so weit kommen? Die Ausbreitung der Masern im Jahr 2015, das ist einerseits eine Geschichte über Medizin in Zeiten der Globalisierung und über die Spätfolgen von Kriegen. Andererseits ist es eine sehr deutsche Geschichte über Ignoranz und Verdrängung, die über Jahre gut funktioniert. Bis sich die Krankheit plötzlich nicht mehr verdrängen lässt.

Herbst 2014, noch war alles wie immer. Bis Anfang Oktober gab es in Berlin nicht mehr als zwölf Masernfälle. Doch kurz darauf wurden den Seuchenexperten des Lageso plötzlich innerhalb von vier Wochen acht Erkrankte gemeldet. „Da haben wir vorsichtshalber bereits die Gesundheitsämter informiert“, sagt Sagebiel.

Die meisten der Kranken sind Asylbewerber und kommen aus Bosnien. In Bosnien-Herzegowina, wissen Sagebiel und Werber, wütete schon seit Februar 2014 eine Masernepidemie mit mehr als 2000 Erkrankten. In den Kriegswirren der Neunzigerjahre war das Impfprogramm in der Region zusammengebrochen. Nun findet das Masernvirus dort viele ungeschützte Opfer. Wurde der Erreger vielleicht von dort nach Berlin eingeschleppt?

Diese Frage musste Annette Mankertz beantworten. Die Leiterin des Nationalen Referenzzentrums für Masern, Mumps, Röteln am Robert Koch-Institut in Berlin untersucht das Erbgut der Viren und kann so Infektionsketten durch ganz Europa nachzeichnen. Das Berliner Virus, stellte sie schnell fest, hatte den Genotyp D8, genau den gleichen, der gerade auf dem Westbalkan zirkulierte. Wahrscheinlich hat ein Kind, das von dort per Bus einreiste und schon während der Fahrt fieberte, das Virus nach Deutschland gebracht.

Am 26. November 2014 waren bereits acht Asylbewerberunterkünfte in fünf Berliner Bezirken betroffen. Um die Ausbreitung des hochansteckenden Virus einzudämmen, so die Regel, sollen die Gesundheitsämter mit sogenannten Riegelungsimpfungen die Kontaktpersonen der Kranken innerhalb von 72 Stunden gegen den Erreger immunisieren. Doch die medizinische Betreuung der Asylbewerber ist meist schlecht. Oft werden die Masernfälle erst so spät an die Ämter gemeldet, dass die 72-Stunden-Frist nicht eingehalten werden kann. Nicht selten sind die Kontaktpersonen schon in eine andere Unterkunft verlegt worden, wenn das Gesundheitsamt sie sucht. Und obwohl einzelne engagierte Ärzte ehrenamtlich Asylbewerber in ihren Unterkünften impfen, gibt es keine systematischen Impfangebote im Rahmen der Erstuntersuchungen der Flüchtlinge.

So breitete sich das Virus rasch aus. „Zunächst waren vor allem Spandau und Lichtenberg betroffen“, sagt Experte Werber, „dann kamen immer mehr Bezirke hinzu, das Virus wanderte durch die Stadt.“ Zur Jahreswende 2014/15 befürchteten Sagebiel und Werber, dass die Masern dabei seien, auf die alteingesessene Berliner Bevölkerung überzuspringen.

Dank der Impfung, die seit 1973 für Kinder empfohlen wird, sollten die Masern in Deutschland eigentlich ausgerottet sein. Doch da der Impfschutz in Deutschland löchrig ist, kommt es immer wieder zu größeren Ausbrüchen. 2006 erkrankten in Nordrhein-Westfalen mehr als 1700 Menschen. Bisweilen wurde Deutschland sogar zum Masernexporteur. 2009 trug ein Infizierter das Virus von Hamburg nach Bulgarien, wo sich mehr als 24 000 Menschen ansteckten.

Als die Seuchenexperten des Lageso Anfang Januar 2015 nach zwei Wochen Weihnachtspause wieder einen Wochenbericht veröffentlichen, müssen sie von 106 neuen Masernfällen in Berlin berichten. Zwei Wochen später ist die Gesamtzahl der Erkrankten schon auf 302 gestiegen. Asylbewerber sind inzwischen in der Minderheit.

Denn auch unter den Einheimischen findet das Masernvirus gute Ausbreitungsbedingungen. „Beim Impfschutz gehen wir von sehr vielen Löchern im Käse aus“, sagt Sagebiel. Zwar sind die Impfquoten der Schulanfänger mit durchschnittlich 93 Prozent inzwischen recht gut. Doch 95 Prozent – die Rate, ab der eine Verbreitung des Virus wohl nicht mehr möglich wäre – sind noch nicht erreicht. Auch schwankt die Impfbereitschaft je nach Stadtbezirk erheblich. Insbesondere in Stadtteilen mit gebildeten und gut situierten Bewohnern ist die Zahl der Impfskeptiker hoch. „In manchen Bezirken“, erinnert sich Jan Leidel, langjähriger Leiter des Kölner Gesundheitsamts, „waren weniger als 60 Prozent der Kinder gegen Masern geimpft.“ Impfverweigerer sind häufig ideologisch motiviert. Viele misstrauen der Schulmedizin und glauben, Masern ließen sich mit homöopathischen Mittelchen kurieren.

Bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind die Durchimpfungsraten zudem noch einmal deutlich schlechter als bei den Grundschülern. Und wer über 24 ist, dem

fehlt in der Regel die wichtige zweite Impfung, die aber erst ab 1991 empfohlen wurde. Diese zweite Impfung führt bei etlichen, bei denen die erste Immunisierung versagte, doch noch zu einem Schutz.

So sind die Masern inzwischen eine Krankheit von Erwachsenen. In Berlin sind die meisten Betroffenen zwischen 18 und 43 Jahre alt. Anders als Kinder, die vor allem Geschwister und Schulkameraden vor Ort anstecken, verbreiten Erwachsene das Virus in der ganzen Stadt. „Wahrscheinlich“, sagt Seuchenfachmann Werber, „waren es oft kleine, zufällige Begegnungen, die zur Ansteckung führten.“ In der S-Bahn vielleicht, im Bus, im Kaufhaus, im Café, möglicherweise sogar beim Arzt.

„Letztendlich“, sagt sein Kölner Kollege Leidel, „hat der Berliner Masernausbruch nicht an den Flüchtlingen gelegen, die das Virus ins Land brachten – sondern an den Impflücken in der deutschen Bevölkerung.“ Nur wenn eine kritische Menge an empfänglichen Menschen überschritten werde, führe die Einschleppung eines Masernfalls zu einem Flächenbrand.

Ende Februar sind es mehr als 600 Fälle. „Wir wurden mit Probenmaterial überschüttet“, erinnert sich Annette Mankertz vom Robert Koch-Institut. Nach dem Maserntod des Kindes steht ihr Telefon nicht mehr still, weil Ärzte und Krankenhäuser wissen wollen, wie genau sie die Rachenabstriche oder Blutproben für die Diagnostik von Masernviren abnehmen sollen.

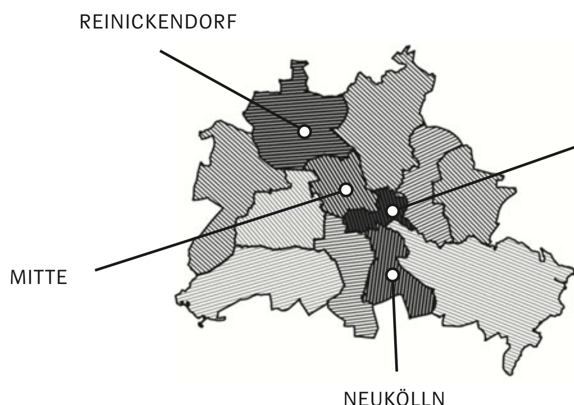
Neben Erwachsenen sind Säuglinge und Kleinkinder die am schlimmsten betroffene Bevölkerungsgruppe. Und ausgerechnet für sie sind Masernkomplikationen besonders gefährlich. Denn sie erkranken beispielsweise viel häufiger als ältere Kinder und Erwachsene an einer tödlichen Spätfolge, der sogenannten subakuten sklerosierenden Panenzephalitis, einer schleichenden Gehirnerkrankung. Säuglinge können jedoch frühestens ab neun, in der Regel erst ab elf Monaten geimpft werden.

Der Berliner Masernausbruch löst eine Debatte um eine Impfpflicht für Kindergarten- und Schulkinder aus. Nur durch Zwang, so die Befürworter, ließe sich die Impfbereitschaft steigern. Tatsächlich hatte eine 2012 gestartete Werbekampagne für die Masernimpfung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, „Deutschland sucht den Impfpass“, anfangs nur wenig Wirkung gezeigt und musste sich auch noch die Kritik gefallen lassen, sexistisch zu sein: Eines der Plakate zeigte eine Frau, die unter dem Sofa ihren Impfpass suchte und dabei ihren Po in die Höhe streckte.

Doch der Vorschlag einer Impfpflicht ist schnell wieder vom Tisch. Dafür soll in der Berliner Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge eine zentrale Impfstelle eingerichtet werden. Ursprünglich soll sie im Sommer ihren Betrieb aufnehmen, Ende September ist es dann so weit. Annette Mankertz findet die Idee einer Impfstelle für Flüchtlinge, in denen diesen eine Masernimpfung angeboten wird, „ganz großartig, weil damit die Gesundheitsversorgung der Migranten verbessert wird“.

Mindestens genauso wichtig sei jedoch die Impfung der einheimischen Bevölkerung, vor allem der schlecht geschützten Jugendlichen und Erwachsenen. „Wir brauchen Impfangebote an den Universitäten, vor Fußballstadien“, sagt sie. „Diese Generation geht selten zum Arzt. Man muss die Leute ansprechen: ‚Wollt ihr euch impfen lassen? Dann krempelt mal den Arm hoch!‘ Am besten fragt man noch Manuel Neuer oder Lady Gaga, ob sie sich öffentlich impfen lassen. Das würde vielleicht etwas bringen!“

Insgesamt erkranken allein in Berlin rund 1300 Menschen an Masern. Nach Ostern ebbt die Epidemie langsam ab. Der Berliner Masernausbruch sei ein „Weckruf“ gewesen, schreibt die „Ärztezeitung“. Doch das Ziel, die Masern bis 2015 zu eliminieren, hat Deutschland gründlich verfehlt. Veronika Hackenbroch



Masernfälle in Berlin

FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG war einer der am stärksten betroffenen Bezirke: 170 Bewohner erkrankten hier an Masern.

Die längste Nacht

Diplomatie Der Krieg in und um die Ukraine bedroht den Frieden in Europa und der Welt. Um eine Eskalation zu verhindern, muss Angela Merkel mit Wladimir Putin verhandeln – an einem Ort, der an die alte Sowjetunion erinnert.
Von Matthias Schepp

Ehe die Verhandlungen beginnen, müssen die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Präsident François Hollande unter einem schweren, vergoldeten Wappen Weißrusslands hindurchmarschieren, das am Eingangsportal des Palasts der Unabhängigkeit von Minsk prangt. Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko ist eine halbe Stunde vor ihnen angekommen. Nur Wladimir Putin lässt auf sich warten, wie immer. Das ist seine Art zu zeigen, wer Chef im Ring ist.

Ein Ährenkranz begrenzt das gewaltige Wappen von rechts und links, in der Mitte strahlt der fünfzackige Sowjetstern, obwohl das kommunistische Großreich schon vor fast 25 Jahren untergegangen ist. Der Gastgeber des Gipfels, der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko, hat den monströsen Palast erst vor zwei Jahren bezogen. Lukaschenko regiert autoritär. Sowohl zu Hause als auch in den Nachbarländern verschaffen ihm seine Rückgriffe auf die Sowjetunion, auf ihre Herrschaftsmethoden, ihre Ästhetik und Rhetorik, hohe Popularität.

Es ist eine Szene von großer Symbolkraft. Ausgerechnet in einem Palast, der wirkt, als wäre mit ihm die Sowjetunion wiederauferstanden, versuchen die vier Staats- und Regierungschefs in dieser Nacht auf den 12. Februar, eine Krise zu entschärfen. Es geht um Krieg oder Frieden in Europa, der Konflikt ist eine Spätfolge des Zerfalls der Sowjetunion.

Noch immer sind Russland und die Ukraine eng miteinander verflochten:

MAX AVDEEV FOR BUZZFEED NEWS



Prorussische Kämpfer auf einer Straße nach Debalzewe

Mehr als ein Drittel der ukrainischen Exporte geht nach Russland, rund 1,5 Millionen ukrainische Gastarbeiter verdingen sich im reicheren Nachbarland. Russland wiederum bezieht wichtige Teile für Raketen, Kampfhubschrauber und Atomkraftwerke aus der Ukraine. Die Hälfte der Ukrainer hat Verwandte in Russland.

Die übergroße Mehrheit der Russen betrachtet die Ukraine als urrussisches Territorium und Kiew als Keimzelle des vor tausend Jahren entstandenen russischen Reichs. Mit aller Gewalt möchte Putin das Schlüsselland in seine Eurasische Wirtschaftsunion integrieren. Demgegenüber möchte die Europäische Union im Rahmen ihrer Initiative „Östliche Partnerschaft" ihre Einflusszone auf das Gebiet der ehemaligen Sowjetunion ausweiten. Brüssel und Moskau ringen um die Kaukasusstaaten Georgien, Armenien und Aserbaidschan sowie um Moldau, Weißrussland – und um die Ukraine.

In der Chronik dieser geopolitischen Großkonfrontation hat es diverse, von Russland bekämpfte, vom Westen unterstützte Revolutionen gegeben: 2003 in Georgien, 2004 in der Ukraine, 2005 in Kirgisien. Der Volksaufstand auf dem Kiewer Maidan und der Sturz des Kleptokraten Wiktor Janukowytsch im Februar 2014 sind nur ein weiterer, diesmal allerdings blutiger Höhepunkt.

Russland unterstützt prorussische Rebellen in der Ostukraine massiv mit schweren Waffen.

Putin hat darauf mit der Annexion der Krim und seinem hybriden, unerklärten Krieg in der Ostukraine reagiert. Als die vier Staats- und Regierungschefs um 19.30 Uhr im Unabhängigkeitspalast von Minsk ihre Verhandlungen beginnen, sind den Kämpfen in der Ostukraine bereits mehr als 5000 Menschen zum Opfer gefallen, darunter viele Zivilisten. Der Konflikt markiert den Zusammenbruch der europäischen Sicherheitsordnung.

Für die Europäische Union droht neben Russland und den USA nur eine Statistenrolle übrig zu bleiben. Russland unterstützt prorussische Rebellen in der Ostukraine massiv mit schweren Waffen, Personal, Geld und Geheimdienstinformationen. In den USA fordern einflussreiche Politiker wie der republikanische Senator John McCain, die ukrainische Armee aufzurüsten. Damit könnte der Ukrainekonflikt endgültig zu einem Stellvertreterkrieg zwischen den Atomsupermächten Amerika und Russland eskalieren.

Um dies zu verhindern, tritt die Bundeskanzlerin eine diplomatische Weltreise an, mehr als 20 000 Kilometer innerhalb von sieben Tagen. Am 5. Februar, einem Donnerstag, bereitet Angela Merkel in Kiew Petro Poroschenko auf schmerzliche Kompromisse vor. Am Freitag verhandelt sie mit Putin im Kreml. Am Samstag erklärt sie auf der Münchner Sicherheitskonferenz: „Ich kann mir keine Situation vorstellen, in der eine verbesserte Ausrüstung der ukrainischen Armee dazu führt, dass Präsident Putin so beeindruckt ist, dass er glaubt, militärisch zu verlieren."

Am Sonntag dann fliegt Merkel nach Washington, um den amerikanischen Präsidenten auf diese Linie einzuschwören. Die Amerikaner haben die prowestliche Revolution über ihre Kiewer Botschaft und die Spitzendiplomatin Victoria Nuland unterstützt; Bedenken der Europäer kommentiert Nuland mit dem Satz „Fuck the EU". Seit den Neunzigerjahren verfolgen die USA das Ziel, die Ukraine aus der russischen Einflusszone zu lösen und das Land in die Nato aufzunehmen.

Obama, der in außenpolitischen Fragen oft auf Führung aus der Distanz setzt, „leading from behind", will den Konflikt mit Moskau nicht ausreizen und überlässt Merkel die Führungsrolle. Er braucht den Kreml in Iran und im Nahen Osten.

Bei den nächtlichen Verhandlungen in Minsk trifft Putin, laut „Forbes" der „mächtigste Mann der Welt", auf Merkel, die wohl mächtigste Frau der Welt. Putin möchte erreichen, dass die ostukrainischen Provinzen Donezk und Luhansk so weit gehende Autonomierechte erhalten, dass sie einen künftigen Nato- oder EU-Beitritt der Ukraine blockieren können. Mittelfristig will er die neue, prowestliche Ukraine so destabilisieren, dass sie sich wieder stärker Moskau zuwendet. Putin hofft zudem,





NIKOLAI PETROV / DPA

Verhandlungspartner Putin, Hollande, Merkel, Poroschenko in Minsk

durch einen Kompromiss in Minsk die Wirtschaftssanktionen des Westens Schritt für Schritt zurückdrehen zu können.

Merkel und Hollande müssen Handlungsfähigkeit demonstrieren und beweisen, dass die von Griechenland- und Identitätskrise geplagte EU in der Lage ist, einen Konflikt vor der eigenen Haustür zu entschärfen. Die EU hat ihn durch ihren Expansionskurs mit provoziert, ist aber nicht bereit, der neuen Regierung in Kiew mit einer Art Marshallplan, einem Hilfspaket in Höhe von Dutzenden Milliarden Euro, zu helfen. Da würden die eigenen Wähler nicht mitspielen.

Poroschenko, der Ukrainer, der es vor seiner Wahl zum Präsidenten als Schokoladenfabrikant zum Milliardär brachte, hat die schwächste Verhandlungsposition. Er steckt in einer Zwickmühle, in die er sich durch große Sprüche selbst gebracht hat: Berauscht von seinem Wahlsieg, hatte er seinem Volk im Mai 2014 die Rückeroberung der abtrünnigen Ostprovinzen innerhalb „von Stunden“ angekündigt. Doch nach anfänglichen Erfolgen mussten seine Streitkräfte im Kessel von Ilowajsk kapitulieren. Das hat im September 2014 zu einem ersten Waffenstillstandsplan Putins und zum Abkommen Minsk-1 geführt. Weil der Waffenstillstand nicht eingehalten wird, sind nun die zweiten Minsk-Verhandlungen nötig.

Auch diesmal sind die Reste der ukrainischen Armee und allerlei nationalistische Freiwilligenverbände von prorussischen Separatisten und Elitesoldaten russischer Spezialeinheiten umzingelt. Diesmal spielt sich das Drama am Verkehrsknotenpunkt Debalzewe ab, 60 Kilometer östlich der Provinzhauptstadt Donezk.

Immer wieder verlässt Poroschenko den Verhandlungssaal im Unabhängigkeitspalast. Im ersten Stock sitzt seine Delegation, von dort aus telefoniert er mit seinen Generälen. Poroschenko hofft darauf, dass seine 6000 Soldaten sich aus der Umklammerung befreien können, vergebens.

In dieser Nacht setzt Putin gern zu seinen berüchtigten Monologen über die Ursachen des Konflikts an.

Putin besteht darauf, dass die ukrainischen Truppen vor einem Waffenstillstand kapitulieren müssen. Wie schon in der Kesselschlacht von Ilowajsk sollen sie abziehen dürfen, aber ihre Waffen zurücklassen. Mal drohen die Ukrainer mit Abbruch der Verhandlungen, mal setzt Merkel Putin eine Frist von anderthalb Stunden, um die Führer der Separatisten auf Kompromisslinie zu bringen. Weil Kiew und die Europäer die Separatisten nicht als Verhandlungspartner anerkennen, tagen diese in einem 15 Autominuten entfernten Gebäude. Putin lässt seinen Sondergesandten Wladislaw Surkow zwischen den Gebäuden pendeln.

Immer wieder prallen in dieser Nacht die unterschiedlichen Ansichten über die Ursachen des Konflikts aufeinander. Besonders Putin setzt dann gern zu seinen berüchtigten Monologen an. Er prangert das Vordringen von Amerikanern und Nato an Russlands Grenzen an, obwohl Moskau bei den Verhandlungen zur Wiedervereinigung Deutschlands versprochen worden sei, dass dies nie geschehen werde. Im Kiewer Volksaufstand sieht er einen vom Westen initiierten Sturz eines rechtmäßig gewählten Staatschefs. Für Merkel und Hollande dagegen war es ein legitimer Volksaufstand gegen ein korruptes Regime, der eskalierte, weil der damalige ukrainische Präsident Janukowytsch mit Gewalt gegen Demonstranten vorgegangen war.

Am Ende legen sich die Verhandlungspartner auf 13 Einzelpunkte und eine gemeinsame Erklärung fest. Sie betonen die „territoriale Integrität der Ukraine“ und versuchen, einen Rahmen für einen Neustart in den Beziehungen zwischen der EU, Russland und der Ukraine zu setzen. Russische Bedenken gegen ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und der Ukraine sollen berücksichtigt werden. Sie beschließen die Dezentralisierung der Ukraine durch eine Verfassungsreform, Autonomierechte für die von Separatisten kontrollierten Teile des Donbass-Beckens, einen Gefangenenaustausch und einen Waffenstillstand innerhalb der nächsten drei Tage.

Die Ukraine soll wieder die Kontrolle über die Grenze erhalten. Das Problem Debalzewe bleibt ausgeklammert, weil sonst wohl keine Einigung erzielt worden wäre. Zwei Tage nach Beginn des Waffenstillstands nehmen die Separatisten den Ort ein. Die Ukraine meldet den Verlust von 200 Soldaten, 75 Panzern und Panzerwagen und 27 Raketenwerfern.

Der Waffenstillstand und die Vereinbarungen, die als Minsk-2 in die Geschichte eingehen, bleiben brüchig und strittig. Sie sind aber das Beste, was herauszuholen war, sie dienen als Basis für eine weitere Vereinbarung der vier Staats- und Regierungschefs am 2. Oktober in Paris. Anschließend schweigen die Waffen tatsächlich weitgehend.

Lukaschenkos Palast steht an der „Straße der Sieger“. Als Putin, Merkel, Hollande und Poroschenko am Vormittag des 12. Februar das Gebäude nach rund 16 Stunden Verhandlungen verlassen, ist nicht klar, wer von ihnen sich als Sieger fühlen kann. Putin, der sich viel auf seine Macho-Fitness einbildet, sieht bleich und abgekämpft aus. Zu Reportern sagt er, „dass dies nicht die leichteste Nacht meines Lebens“ gewesen sei. Seinen Traum von der Kontrolle über das historische „Neurussland“, das einst von Charkiw im Nordosten der Ukraine über Donezk und die Hafenstädte Mariupol und Odessa bis zur Krim reichte, hat er begraben müssen. Die Ukrainer müssen damit leben, dass sie nach der Krim wohl auch die Kontrolle über die von den Separatisten beherrschten Gebiete auf lange Zeit verlieren.

Einen Sieger aber gibt es: die Diplomatie. Gegenüber der Kriegslogik hat sie zumindest einstweilen die Oberhand behalten.

Von einer Waffenruhe bis zu einem wirklichen Frieden und einer neuen tragfähigen Sicherheitsordnung für Europa aber ist es noch ein weiter Weg.



Video:
Leben im Bunker

spiegel.de/jc2015bunker
oder in der App DER SPIEGEL

Stadtgespräch

Noch immer platt

Dörte Hansen veröffentlicht den Überraschungs-Bestsellerroman des Jahres: „Altes Land“. Mittlerweile fragt sich die Autorin, ob man auch zu viel Erfolg haben kann.
Von Maren Keller

Am Morgen steigt Dörte Hansen freihändig eine Leiter hinauf, in jeder Hand eine Tasse Kaffee. Hoch unters Dach, wo sie schreibt. Jeden Tag eine Seite. Wenn es gut läuft, auch mal zweieinhalb. Und während sie die Leiter hochsteigt, denkt sie: „Jetzt steige ich wieder in die Geschichte.“

Die Klappleiter steht in einem Rotklinkerhaus mitten in jenem Gebiet, das Hansen bekannt gemacht hat. Und umgekehrt. Es heißt: Altes Land, eine Obstanbauregion südlich der Elbe mit Sicherheitsabstand zum Großstadtleben in Hamburg.

Schreiben sei Übersetzungsarbeit, sagt Hansen. Was sie über das Landleben denke, habe sie in Figuren übersetzt. Für jede Haltung eine Figur.



Also ist da Heinrich Lührs, der die Blumen Spalier stehen lässt in seinem Garten. Und auf dem Grab seiner Frau. Da ist Burkhard Weißwerth in der Cordhose von Manufactum, dem Versandhaus für Akademiker. Da ist Dirk zum Felde, der die Schnauze voll hat von den Sinnsuchern in den Cordhosen von Manufactum, den Hobby-Pomologen mit ihrem Faible für alte Apfelsorten. „Diese Öko-Missionare konnten Boskoop nicht von Jonagold unterscheiden und hatten garantiert noch nie einen verwurmten, schorfigen Finkenwerder Herbstprinz gefressen, sonst wüssten sie, dass diese beschissenen alten Sorten völlig zu Recht ausstarben.“

Da ist Anne, deren Mann sie betrügt und die nirgendwohin zu flüchten weiß, außer zu ihrer Tante, die sich auskennt mit dem Flüchten. Als Kind ist die Tante aus dem Osten bis ins Alte Land gelaufen. Das war 1945, mehr als sechzig Jahre bevor auf einmal die Nichte aus Hamburg-Ottensen vor ihrer Haustür steht.

Ist das nicht, was alle Schriftsteller machen – den Unbehausten ein Zuhause auf Zeit zu schenken?

Hansen hat den Ihren ein Haus gebaut, einen alten Altländer Hof mit rohem Boden und morschen Fenstern. Dieser Hof, das ist die eigentliche Hauptfigur ihres Romans. An seinem Holztisch essen die Frauen unter seinem Dach, dort werden sie zu so etwas wie einer Familie. Anderthalb Jahre habe sie an dem Roman gearbeitet. „Netto“, sagt Hansen. Denn Material dafür habe sie ihr Leben lang gesammelt.

Hansen ist 51 Jahre alt. Bevor sie Bestsellerautorin wurde, wie man so sagt, hat sie als Journalistin gearbeitet, Lokalreportagen für den NDR und Nachrichten auf Plattdeutsch. Mit Platt ist sie aufgewachsen, zu Hause mit ihrem Mann und ihrer Tochter spricht sie Platt.

Hansen habe für das Schreiben die Festanstellung gekündigt, kann man über sie lesen. Aber die Wahrheit ist fließender. Ein befristeter Vertrag lief aus. Und Hansen dachte, das sei doch vielleicht eine gute Gelegenheit, dieses Buch zu schreiben.

Ein halbes Jahr schreibt sie, dann hat sie genug beisammen, um es anderen zu zeigen. Eine Literaturagentin liest das Manuskript. Hansen liest derweil „Der Altländer Hof im Wandel“. Die Agentin fährt mit dem Manuskript zur Frankfurter Buchmesse. Hansen fährt nach Masuren. Die Agentin legt das Romanprojekt Verlagen vor. Hansen legt einige Passagen des Textes einer alten Dame aus dem Flüchtlingsverein in Stade vor.

Drei Verlage haben Interesse, bei einem kommt es zu Komplikationen, die zweite Lektorin benutzt am Telefon das Wort „Frauenliteratur“. Die dritte Lektorin hat keinen Sinn für Schmeicheleien und eine Stimme, die nach Gradestehen und Respekt klingt. Da weiß Hansen, dass sie dort richtig ist.

Der Roman wird vom Knaus-Verlag als Spitzentitel ausgewählt. Und dann muss Hansen weinen, als sie das erste Mal das Cover sieht. Keine Frauenliteratur. Hansen sagt: „Meine Angst war: Fachwerkhaus, blühender Apfelbaum.“ Jene Sepia-Sinnlichkeit, von der Verlage glauben, dass sie eine weibliche Zielgruppe anspricht. Stattdessen ein Zugvogel. Ein Symbol des Flüchtigen.

Die Vorbestellungen des Buchhandels laufen gut. Hansens Verlag ist zufrieden. Alle glauben, dass ihr Buch ein Erfolg werden könnte. Niemand kann wissen, was für einer. Mehr als 250 000 verkaufte Exemplare, seit Februar auf der SPIEGEL-Bestsellerliste, davon zehn Wochen auf Platz eins – einer der erfolgreichsten deutschsprachigen Romane des Jahres.

Und plötzlich hat Hansen manchmal Angst, zu erfolgreich zu werden. Weil das, was zu viele gut finden, selten gut ist. Sie fragt sich manchmal, ob sie nicht McDonald’s-Literatur geschrieben habe, wie sie das nennt. Umso glücklicher ist sie, wenn jemand ihr eine E-Mail schickt mit einem Lieblingssatz. Drei, vier Sätze, sagt Hansen, seien in dem Buch, die genau einfingen, was sie habe sagen wollen. Es sind Sätze wie dieser: „Alles, was sie taten, taten sie einander an.“ Vielleicht ist es das, was der Chef des Hamburger Literaturhauses meinte, als er vom Dörte-Hansen-Wunder sprach.

Als Hansens Tochter davon hörte, habe die gefragt: Wenn du das Dörte-Hansen-Wunder bist, warum habe ich dann immer noch kein Pferd?

März



EDGAR SU / REUTERS



18.03.2015

Trockenübung

„Alles ist verloren! Betet, betet; alles ist verloren!“, heißt es in Shakespeares Drama „Der Sturm“, nachdem ein Unwetter ein Schiff zum Kentern gebracht hat und die Besatzung ans Ufer einer Insel spült. Ob irgendwo in diesem Chaos ein Exemplar des „Sturms“ herumliegt? Wer genau hinsieht, entdeckt immerhin eine Ausgabe von Shakespeares „Macbeth“, auch nicht gerade eine erbauliche Lektüre. Mit Windstärke 12 und Böen von mehr als 300 Stundenkilometern war der Zyklon „Pam“ über den Inselstaat Vanuatu gezogen, eines der schwersten Unwetter bislang im Pazifik. In der Hauptstadt Port Vila beschädigte „Pam“ 90 Prozent aller Gebäude, auch diese Schule. Paul Alexander Hatway, der Direktor, sorgt mit einigen Helfern dafür, dass irgendwann die Schulbibliothek – derzeit ohne Dach – wieder benutzt werden kann: Er legt die Bücher zum Trocknen aus.



DARREN STAPLES / REUTERS

20.03.2015

Freunde der Sonne 1

Der Hund reagiert instinktiv richtig: Ohne Schutzbrille soll man bei einer totalen Sonnenfinsternis (SoFi) nicht in die Sonne blicken. Die Sonnenfinsternis, die sich pünktlich zum Frühlingsbeginn auf der Nordhalbkugel ereignet – das Foto zeigt SoFi-Fans in Newtown Linford, England –, gilt als Test für Stromnetze und Fotovoltaikanlagen. Verkraften sie den raschen Wechsel von Leistungsabfall und -anstieg? Tun sie.


REUTERS

09.03.2015

Freunde der Sonne 2

17 248 Solarzellen liefern die Energie für „Solar Impulse 2“, ein Flugzeug mit 72 Meter Spannweite, mehr als bei einer Boeing 747. Die Schweizer Bertrand Piccard und André Borschberg starten damit in Abu Dhabi zu einer Weltumrundung. Im Juli müssen sie das Experiment auf Hawaii wegen technischer Probleme unterbrechen, Fortsetzung 2016.

07.03.2015

Langer Marsch

Die Edmund Pettus Bridge in Selma, Alabama, ist ein historischer Ort. Im März 1965 hatten dort weiße Polizisten mit Knüppeln und Tränengas friedliche Demonstranten angegriffen, fast ausschließlich Schwarze. 50 Jahre nach dem „Bloody Sunday“ besucht US-Präsident Barack Obama die Brücke. Auch einige der Aktivisten von damals sind dabei.



JACQUELYN MARTIN / AP

02.03.2015

„Der Wahrheit eine Gasse“

Landgericht Verden, Saal 104, es ist kurz vor halb 11, als Richter Jürgen Seifert verkündet: „In der Strafsache gegen Sebastian Edathy wegen des Besitzes kinderpornografischer Schriften wird das Verfahren vorläufig eingestellt.“ Edathy muss 5000 Euro zahlen, eine sogenannte Geldauflage. Damit gilt er nicht als vorbestraft.

Der Beschluss des Gerichts soll eine Affäre beenden, die immer neue hysterische Wendungen genommen und eine Debatte über Pädophilie ausgelöst hatte. Ermittlern war der Name des SPD-Politikers auf der Kundenliste eines einschlägig bekannten kanadischen Versandhauses aufgefallen. Im Februar 2014 legte Edathy sein Bundestagsmandat nieder. Bundesminister Hans-Peter Friedrich (CSU) musste zurücktreten, weil er die SPD-Spitze über die Ermittlungen informiert hatte. Wer wann was wusste im Fall Edathy, ob dieser gewarnt wurde und möglicherweise belastendes Material verschwinden ließ – ein Laptop soll ihm gestohlen worden sein –, wird sich vermutlich nie zweifelsfrei klären lassen.



CARMEN JASPERSEN / DPA

Angeklagter Edathy in Verden
„Die Vorwürfe treffen zu“

„Der Wahrheit eine Gasse“, sagte Edathy vor dem ersten Prozesstag auf dem Weg ins Gericht. Lange hatte er auf die Vorwürfe mit Trotz und Arroganz reagiert. Am zweiten Verhandlungstag verliest sein Verteidiger dann eine Erklärung Edathys, in der zwar das Wort „Kinderpornografie“ nicht vorkommt, aber zwei wichtige Sätze: „Die Vorwürfe treffen zu“ und „Ich bereue, was ich getan habe“. Edathys Ruf ist dennoch ruiniert. Die Debatte über Pädophilie geht weiter.

12.03.2015

Lyrikblüte

Die Deutschen, die im Ruf stehen, das, was sie tun, mit Ernst zu tun, haben auch den Gartenbau mit solchem Drill betrieben, dass das Wort Schrebergärtner zum Schimpfwort wurde. Zu einem Synonym für Kleingeist, das nicht mehr daran denken lässt, dass das Wachstum der Natur etwas Anarchisches hat, besonders wenn es der Giersch ist, der als Unkraut im Kleingarten wuchert.

Aber auch das Gedicht, eigentlich ebenso eigenwillig und somit freiheitsverkündend wie Giersch, war eingehegt: verkommen zur bloßen Schullektüre, zum Beiwerk in Todesanzeigen und auf Geburtstagskarten. So ist es fast schon eine literarische Sensation, dass, befördert vom am 12. März vergebenen Preis der Leipziger Buchmesse, ein Gedichtband bis auf Platz fünf der SPIEGEL-Bestsellerliste schießt – und dann auch noch einer, in dem es schon im Titel ums Gärtnern ging, ein Gedichtband, in dem gar der Giersch besungen wird: Jan Wagners „Regentonnenvariationen“, das Werk eines dem breiteren Publikum zuvor unbekannten Autors, Vertreter einer neuen Generation deutscher Dichtung.



JENS KALAENE / PICTURE ALLIANCE / DPA

Dichter Wagner
Untypischer Bestseller

Derartigen Erfolg eines Lyrikers hatte es auf der Liste zuvor nicht gegeben: Nicht der Literaturnobelpreisträger des Jahres 2011, der Schwede Tomas Tranströmer, nicht der Hauspoet der Toskana-Fraktion, Robert Gernhardt, waren in Regionen vorgedrungen, in denen sich meist der gemeine Kriminalroman behauptet. Lyrik blüht eben nicht immer, aber dann, wo sie will.

17.03.2015

Besser schlafen

„Verrat“, „Putsch“ – die Vorwürfe, die Israels Premierminister Benjamin Netanyahu Ende 2014 gegen einige seiner Koalitionspartner erhoben hat, zeigen einmal mehr, wie vergiftet das politische Klima im Land ist. Netanyahu ließ das Parlament auflösen; vorzeitige Neuwahlen am 17. März sollen die Machtfrage klären.

Im Wahlkampf warnen der Premier und seine Likud-Partei vor einem Atomabkommen des Westens mit Iran. Anfang März polemisiert Netanyahu sogar in einer Rede vor dem US-Kongress gegen die Atomverhandlungen. Die Regierung Obama ist empört; das Verhältnis zwischen den USA und Israel erreicht einen neuen Tiefpunkt. Doch am Wahltag zahlt sich die Eskalationsstrategie aus: Rechte und religiöse Parteien gewinnen, der Likud stellt mit 23,4 Prozent der Stimmen die stärkste Fraktion in der Knesset, Netanyahu wird zum vierten Mal Premierminister. Nur David Ben-Gurion, einer der Staatsgründer, war länger im Amt. Eine These des Journalisten Ari Shavit hat sich bewahrheitet: Die Israelis mögen Netanyahu nicht, aber sie schlafen besser, wenn er regiert.



BAZ RATNER / REUTERS

Wahlsieger Netanyahu
Abhängig von Ultra-Religiösen und Ultra-Nationalisten

Eine starke Regierung kann der Premierminister trotzdem nicht bilden. Die Koalition, die er Anfang Mai nach langen Verhandlungen präsentiert, kommt im Parlament lediglich auf 61 von 120 Sitzen. Netanyahu bleibt abhängig von Ultra-Nationalisten und Ultra-Religiösen, die jeden Kompromiss mit den Palästinensern ablehnen. Die Chancen für Frieden im Nahen Osten bleiben düster.

Held des Alltags Tim Cook

iErbsen-zähler



Die Apple Watch kann sogar die Uhrzeit anzeigen.

Die erste große Apple-Show des Jahres heißt „Spring forward“, spring vorwärts! Darunter macht man es nicht bei Apple. Auch der kleinste Stolperer über ein überteuertes Ladekabel muss beim wertvollsten Konzern der Welt als großer Sprung für die Menschheit verkauft werden, mindestens. Denn siehe, so hat es der fast gottgleich verehrte Firmengründer Steve Jobs stets gehalten: Allein in diesem Jahr gibt es eine neue Biografie und zwei Kinofilme über den Heilsbringer, der einst die Musik- und die Telefonbranche revolutioniert hat mit iPod und iPhone.

Lange her. Auch im Jahr 4 nach Jobs' Tod müht sich sein Nachfolger Tim Cook, die Illusion der Jünger aufrechtzuerhalten, das Apfellogo sei ein Zeichen der Auserwähltheit. Und nun das: Cook setzt zum Sprung an. Und landet bei einer Uhr.

Die Apple Watch ist nett. Eloxiertes Aluminium, berührungsempfindlicher Bildschirm, „sie kann sogar die Uhrzeit anzeigen“, lästert der „Economist“. Aber wozu braucht man sie noch einmal? Die Alleskönneruhr ist eine Lösung auf der Suche nach einem Problem.

„Sie ist unglaublich präzise, auf 50 Millisekunden genau“, verkündet Cook. Mit ihr könne man den eigenen Puls messen und die Daten versenden. Aber wer will das schon?

Cook spricht fast hypnotisch langsam. Mit seinem nüchternen Stil gilt er als Gegenentwurf zum Choleriker Jobs. Doch auch die Kunden bleiben der Apple Watch gegenüber eher kühl, der Verkauf laufe schleppend, wird gemunkelt. Seit Jahren sind vergleichbare Uhren von Firmen wie Samsung auf dem Markt. Der große Sprung nach vorn leidet an schlechtem Timing: zu spät, zu zaghaft. Was also hat die Stunde geschlagen bei Apple?

Cooks Pioniertaten zeichnen sich durch ihre Unsichtbarkeit aus. Seit fast 20 Jahren hat der ehemalige IBM-Manager Apple hinter den Kulissen gnadenlos auf Effektivität getrimmt. Er gilt als iErbsenzähler, nicht als Visionär. Doch er hat Apple zum wertvollsten Konzern der Welt gemacht. Im März beträgt der Börsenwert über 700 Milliarden Dollar.

Nun baut er Apple noch weiter zu einem Dienstleister um. Die neuen Geschäftsfelder sind lukrativ, aber wenig glamourös: elektronisches Bezahlen und Gesundheitsdaten. Beides geht mit der Apple Watch, aber sie ist eher Spielerei als Notwendigkeit. Bei der Präsentation am 9. März in San Francisco ist es denn auch weniger die Technik als der Preis, der das Publikum staunen lässt: von 349 Dollar bis über 10 000 Dollar pro Uhr.

Die Arbeiter, die die Geräte herstellen, haben davon wenig. Als Tim Cook im September grantelt, dass der Spielfilm über Steve Jobs „opportunistisch“ sei, fängt er sich eine Retourkutsche ein vom Drehbuchautor Aaron Sorkin: „Wer in China eine Fabrik voller Kinder hat, die für 17 Cent pro Stunde Telefone montieren, sollte nicht so dreist sein, andere Leute opportunistisch zu nennen.“

Die Nichtregierungsorganisation China Labor Watch (CLW) berichtet, dass für die Produktion der Apple Watch viele Arbeiter Überstunden herunterreißen müssen, in dünnen Uniformen bei bitterer Kälte. Einige schlafen in Bussen, weil die Unterkünfte überfüllt sind. Apple dagegen lässt mitteilen, dass „jeder Arbeiter in der weltweiten Produktionskette“ zähle.

Lohnkosten machten bei Apple unter fünf Prozent der Umsätze aus, rechnet Li Qiang vor, der Gründer von CLW: „Aber wenn nicht einmal Apple die Rechte der Arbeiter respektiert, ist es noch unwahrscheinlicher, dass es andere tun.“ Fazit: Eine Apple Watch komme ihm nicht ans Handgelenk.

Cook braucht sich deswegen keine Sorgen zu machen. Im Oktober 2015 meldet Apple den höchsten Jahresprofit der Firmengeschichte: 53,4 Milliarden Dollar.

Hilmar Schmundt

STANLEY CHOW / DER SPIEGEL

L wie

Trümmerteil des Airbus A320 in den französischen Alpen bei Seyne-les-Alpes

F. BALSAMO · GENDARMERIE NATIONALE / MINISTERE DE L'INTERIEUR / GETTY IMAGES

Lubitz

Katastrophen Ein Kopilot der Germanwings reißt 149 Menschen mit sich in den Tod. Der Amokflug löst weltweit Trauer und Verstörung aus. Erst nach und nach kommt heraus, was den jungen Mann zu seiner Tat getrieben hat. *Von Ullrich Fichtner*

Am Dienstag, 24. März, beginnt um 10.41 Uhr und für die folgenden gut 48 Stunden auf der ganzen Welt eine völlig verfehlte Routine. Ein Airbus A320 mit 144 Passagieren und sechs Crewmitgliedern an Bord, unterwegs von Barcelona nach Düsseldorf, zerschellt in den französischen Alpen, knapp hundert Kilometer landeinwärts von der Côte d'Azur. Im schwer zugänglichen Gebirge der Gemeinde Prads-Haute-Bléone wird die Maschine der Lufthansa-Tochter Germanwings beim Aufprall in tausend Stücke zerrissen. Niemand überlebt, ein weiteres, furchtbares Unglück der zivilen Luftfahrt. Ein Unfall, was sonst.

Im Fernsehen, im Radio, in Zeitungsredaktionen beginnen Aufarbeitung und Verbreitung des Vorgangs, es gibt dafür gut eingeübte journalistische Muster. Zu ihnen gehören erste TV-Bilder von der Ankunftshalle, wo nun kein Flugzeug mehr erwartet wird; Bilder von der Flugtafel, an der der Codename des gescheiterten Fluges noch steht. Und wem es als Journalist auf Seriosität nicht weiter ankommt, für den gehören auch Bilder verweinter Angehöriger dazu oder Bilder der Todesopfer zu Lebzeiten.

In einer zweiten Runde kommen erfahrene Piloten zu Wort, Luftfahrtexperten, Ingenieure vielleicht; sie stehen in hingeschluderten Sondersendungen und stellen Ferndiagnosen über mögliche technische Probleme, sie kennen sich aus mit internen Abläufen, mit den Rhythmen der Sicherheitschecks.

Sie wissen Dinge und kennen Zahlen, die nun gebraucht werden: dass dieses in Frankreich verunglückte Flugzeug seit 24 Jahren und anderthalb Monaten in Dienst stand; dass die Maschine 58 300 Flugstunden absolviert und, soweit bekannt, alle Checks immer bestanden hatte; dass die Maschine planmäßig um 9.35 Uhr in Barcelona hätte starten sollen, aber erst um 10 Uhr wirklich abhob; dass sie um 10.27 Uhr ihre Reiseflughöhe von 38 000 Fuß, 11 600 Metern, erreicht hatte. Und dass dann etwas geschah. Ein Defekt. Eine Panne. Etwas Unvorhergesehenes. Unvorhersehbares.

Es folgt noch eine dritte Runde der medialen Routine, die dem Schock und der Trauer schon deutlich ferner steht, auch sie wird im März schon durchlaufen, in ihr kommen ökonomisch orientierte Menschen zu Wort, Kenner der Flugmärkte, Lufthansa-Experten. Sie reden über finanzielle Folgen, über die mögliche Rufschädigung der deutschen Luftflotte, über den Aktienkurs der Lufthansa; sie sehen sich an, wie gut oder schlecht die verantwortlichen Leute das Krisenmanagement betreiben, und in diesem Fall machen die Chefs von Germanwings und Lufthansa ihre Arbeit ziemlich gut. Sie zeigen sich verfügbar. Sie wirken mitfühlend, ernsthaft, an Aufklärung interessiert.



[1]

Die Weltöffentlichkeit steht mit einem Schlag vor der Möglichkeit eines hinterhältigen Massenmords.



[2]

ERIC FRANCESCHI / DIVERGENCE / STUDIO X


BORIS HORVAT / AFP

SASCHA STEINBACH / GETTY IMAGES


[4]

FRENCH AVIATION AUTHORITY / NYT / REDUX / LAIF

[1] Bergungstrupp auf dem Weg zur Absturzstelle
[2] Beobachter am Unglücksort
[3] Anzeigetafel am Flughafen Düsseldorf
[4] Urlauber Lubitz

Weltweit erscheinen in den ersten beiden Tagen nach dem Unglück reihenweise falsche Aufmacher über das Ereignis, historische Zeitungsenten, die über technische Probleme quaken oder sich raunend Gedanken darüber machen, wie der Markt der Billigflüge das System der Sicherheitskontrollen zerstöre, oder dass Geiz und Gier mehr gälten als Gesundheit und Verantwortung. Was in der Rückschau zynisch wirkt, ist im Staub der Tagesaktualität nur die professionelle Arbeit von Journalisten; sie erledigen ihre Aufgabe: beschaffen Material, holen Stimmen ein, versuchen Aufklärung, ermöglichen Debatten. Nur rennen sie in diesem Fall alle tagelang in die falsche Richtung.

Noch am Mittwochabend, eineinhalb Tage nach dem Unglück, geht die Welt mit der gefühlten Gewissheit ins Bett, dort oben in den Bergen habe sich ein schlimmer Unfall ereignet, aber einer, der eben leider zum alltäglichen Leben der modernen Risikogesellschaft gehört. Und doch schleichen sich, noch ganz, ganz leise, erste winzige Zweifel in die routiniert verbreitete Version vom Unfall. War da nicht von einem kontrollierten Sinkflug die Rede? Aber wieso geht ein Flugzeug in den Bergen in den Sinkflug? In den Alpen? Haben die Computer verrücktgespielt? Haben die Piloten mit der Maschine gekämpft? Oder waren es doch Terroristen?

In der Nacht gehen kleine Meldungen um die Welt; die „New York Times“, die Agenturen AP und AFP berichten, unter Berufung auf die Auswertung des schnell gefundenen Stimmenrekorders aus dem Cockpit, dass zum Zeitpunkt des Absturzes nur ein Pilot im Cockpit gewesen sei. Diese Information wird erhärtet am Donnerstagmittag, 26. März, ziemlich genau 48 Stunden nach dem Unglück, als der zuständige Staatsanwalt von Marseille, Brice Robin, während eines sachlichen, kühlen Auftritts vor der Presse einen unglaublichen, ungeheuerlichen, unerhörten Verdacht formuliert.

Robin sagt, die erste Auswertung des Rekorders habe ergeben, dass der Kopilot der Germanwings-Maschine einen Moment der Abwesenheit des zweiten Piloten, seines vorgesetzten Flugkapitäns, genutzt und „die Knöpfe des Flight Monitoring Systems bedient“ habe, um den Sinkflug der Maschine einzuleiten. „Diese Handlung“, fügt der Staatsanwalt hinzu, „kann nur mit Absicht ausgeführt werden.“ Weiter sagt Robin: Die Versuche des ausgesperrten Kapitäns, ins Cockpit zurückzukehren, seien ohne Erfolg geblieben, die Geräusche seiner Bemühungen, seine Rufe seien zu hören, ebenso wie die Atemgeräusche des im Cockpit befindlichen Kopiloten. Die Vorgänge, sagt Robin, legten einen „Willen zur Zerstörung dieses Flugzeugs“ nahe.

Die Weltöffentlichkeit, die gerade noch geglaubt hat, einen Unfall zu betrauern, den Tod von 72 deutschen Erwachsenen und Kindern, von Spaniern, Kasachen, Mexikanern, Amerikanern, Briten, Argentiniern, Australiern, Iranern, Japanern, Kolumbianern, Marokkanern, Venezolanern, die Welt, die eben noch gemeint hat, den zufälligen Verkehrstod von Sängern, Lehrern, Geschäftsleuten, Urlaubern zu verarbeiten, von 150 Menschen insgesamt, steht mit einem Schlag vor der Möglichkeit eines außerordentlich hinterhältigen Massenmords. Es ist ein Abgrund.

Zu den routinierten Runden der medialen Krisenaufbereitung kommen nun neue, aufgeregtere hinzu: Es muss im Umfeld des Kopiloten recherchiert werden. Es braucht Psychologen, Pfarrer womöglich, die das Unsägliche in Worte fassen, es braucht auch Mut, sich diesem finsteren Verbrechen auszusetzen. Erste Berichte, in denen der Kopilot als Mörder bezeichnet wird, lösen schnelle, moralisch verblasene Debatten über die Ethik des Journalismus aus, und während die „Bild“-Zeitung schon ein riesiges Foto des Selbst- und Massenmörders veröffentlicht, streitet die Netzgemeinde noch darüber, ob es unanständig sei, den Namen dieses Mannes, der ja nur ein Verdächtiger sei, ganz zu nennen: Andreas L. L wie Lubitz.

Ein Junge aus Montabaur, der früh vom Fliegen träumte, so lernt man ihn jetzt kennen. Als einen, der viel leiden musste, vor allem an sich selbst und den eigenen Dämonen. Aber auch als einen, der eine feste Freundin hatte, mit der er zusammenwohnte in Düsseldorf, für die er, am Tag vor dem letzten Flug, noch Essen machte. Ein Mensch, psychisch angeschlagen offenkundig, vielleicht seit Längerem auch regelrecht krank und jedenfalls fluguntauglich, diese Frage wird bis Jahresende nicht zu entscheiden sein.

Aber es sickern Details aus den Akten an die Öffentlichkeit. Die Staatsanwaltschaft Düsseldorf, die französischen und die deutschen Flugunfallermittler, private und öffentliche Nachforschungen fördern Elemente zutage, die das menschliche Rätsel zwar nicht auflösen, die den Menschen, den Selbst- und Massenmörder Lubitz aber beschreiben.

Es gibt, zum Beispiel, ein „Glückstagebuch“, das Lubitz auf Anraten eines Psychiaters vom 1. Januar bis zum 8. März geführt hat, es liegt in der Asservatenkammer der Staatsanwaltschaft Düsseldorf, und enthält alles Mögliche, aber nicht viel Glück.

Es gibt, zum Beispiel, die Anekdote, dass Lubitz schon als Zwölfjähriger eine Bewerbung an die Lufthansa geschickt hat.

Es gibt, auch das, die Auswertung seiner Suchanfragen aus der Zeit unmittelbar vor

seinem Tod. Sie ergibt, dass Lubitz einer Suchmaschine die Frage stellte: „Welches Gift tötet schmerzlos?“ Und am 18. März verwendet Lubitz 67 Suchbegriffe, die sich häufig um dasselbe Thema drehen: „die schnellen Tode“, „wieviel kostet Zyankali und woher kriegt man das?“. Und am 20. März: Da sucht Lubitz nach Material zum Thema Cockpittüren und deren Mechanismus, und er schaut sich eine Fernsehreportage an, die sich dem Thema widmet, vier Tage vor der Tat.

Zwei Tage vorher, am 22. März, nimmt sich Lubitz einen Zettel und schreibt Begriffe auf, offenkundig, um seine innere Verwirrung irgendwie zu sortieren, sich zu konzentrieren, sich wieder einzukriegen. Er schreibt in Spalten, links und rechts, hier: „Gesundmelden?“, „BCN“ (das steht für Barcelona). Dort: „Stress/Schlaflosigkeit“ und „innerer Wille zum Arbeiten & Leben“. Mit Letzterem ist es da schon nicht mehr weit her. Zwei Tage später macht Andreas Lubitz Schluss. Aber warum nicht nur mit sich? Warum müssen 149 Menschen mit ihm sterben?

Die „Süddeutsche Zeitung“ wird Monate später einen Ermittler zitieren, der Lubitz als einen großen Unschlüssigen, einen ängstlich Verwirrten beschreibt, der noch am Tag vor seinem Selbstmord unsicher war, auf welche Weise er sich umbringen sollte. „Wäre er Jäger gewesen“, zitiert die „SZ“ den Ermittler, „hätte er sich vielleicht erschossen. Wäre er Fallschirmspringer gewesen, wäre er möglicherweise ohne Fallschirm vom Himmel gesprungen. Aber er war nun mal Pilot.“

Ein Pilot, der fürchtete und fürchten musste, bald nicht mehr Pilot sein zu dürfen, aufgrund konkreter und eingebildeter Krankheiten. Konkret waren zweifellos seine Depressionen. Er machte mit ihnen Bekanntschaft schon 2008/2009, ausgerechnet als er den erträumten Ausbildungsplatz an der Bremer Verkehrsfliegerschule der Lufthansa bekommen hatte. Der behandelnde Arzt gab ihm damals, während der „schweren depressiven Episode“ mitsamt Suizidgedanken, das Psychopharmakum Mirtazapin, das anschlug. Der Arzt attestierte ihm bald vollständige Heilung. Die Lufthansa-Psychologen schlossen sich dieser Meinung an; und Lubitz durfte weitertrainieren in Bremen, er durfte Pilot werden.

Ob er im Lauf der folgenden Jahre mit ähnlichen Zuständen zu tun hat, ist unbekannt. Er bekommt jedenfalls im Jahr 2013 eine der wenigen Stellen, die es noch für angehende Piloten gibt, zwar nicht bei der Lufthansa selbst, aber immerhin bei Germanwings. Lubitz darf bald große Passagiermaschinen fliegen, sein Lebenstraum erfüllt sich.

Aber zugleich, so scheint es, werden auch die Albträume wahr. Die konkreten psychischen Probleme führen zu eingebildeten physischen. Im vergangenen Winter steigert sich Lubitz in die Wahnvorstellung hinein, das Augenlicht zu verlieren. Wer alles bislang Verfügbare über ihn liest, kommt zum Eindruck eines Menschen mit dauernder Versagensangst, eines von ungesundem Perfektionswillen früh Ausgebrannten, eines bedauernswerten, aber gleichzeitig auch unsympathischen Verlierertypen, der ausschließlich um sich selbst kreist und jedes Verantwortungsgefühl anderen gegenüber verliert.

Zwischen Weihnachten 2014 und der Tat im März 2015 läuft er zu immer wechselnden Ärzten, um ihnen von Sehstörungen, Augendruck, Schlierensehen zu berichten, er klagt darüber, doppelt zu sehen, Punkte vor Augen zu haben. Ein halbes Dutzend Augenärzte konsultiert er, die nichts Auffälliges entdecken, keinerlei Anzeichen für eine beginnende Sehschwäche, für eine zu befürchtende Erblindung gar. Lubitz ist ein Hypochonder, jedenfalls physisch.

Eine Medizinerin der Universitätsklinik Düsseldorf empfiehlt ihm wegen seiner „inneren Unruhe“ eine Wiederaufnahme der Psychotherapie. Er geht auch zu seinem Psychiater, aber er muss das – nach der Bremer Episode – vor seinem Arbeitgeber unbedingt geheim halten. Noch eine depressive Phase, und er ist Pilot gewesen. Interessanterweise nicht, weil die Lufthansa Selbstmörder fürchtete, sondern weil Depressive in Stresssituationen weniger gut funktionieren als Gesunde.

Also verschweigt Lubitz vor den Ärzten in der Regel seinen Beruf. Am Ende geht er wohl nur noch hin, um sich Antidepressiva verschreiben zu lassen. Ermittler finden gleich mehrere leere Tablettenschachteln in seiner Wohnung; es scheint sehr leicht zu sein, in Deutschland Rezepte für sehr harte Antidepressiva zu bekommen.

Lubitz schluckt immer mehr von den Pillen. Seine Freundin, eine Lehrerin, begleitet ihn manchmal zu Arztterminen; sie weiß von seinen Augenproblemen. Wie nah er dem Selbstmord ist, ahnt sie offenbar nicht.

So kommt der Montag, 23. März. Andreas Lubitz und seine 149 Opfer haben noch einen Tag zu leben, gut möglich, dass nicht einmal er selbst das zu diesem Zeitpunkt wirklich weiß. Lubitz ist als Kopilot eingeteilt für einen Überführungsflug von Düsseldorf nach Berlin-Tegel, gemeinsam mit einem Kollegen bringt er die leere Passagiermaschine frühmorgens nach Berlin, Abflug 4.57 Uhr, Ankunft 5.56 Uhr. Keine besonderen Vorkommnisse.

Zurück nach Düsseldorf fliegt Lubitz nicht als Pilot, sondern als Passagier. Er geht ein letztes Mal einkaufen mit seiner Freundin, er kocht ein letztes Mal für sie, er nimmt ein letztes Mal sein iPad. Er sucht

[1] Türverriegelung eines Airbus A320
[2] Stimmenrekorder der Unglücksmaschine
[3] Lubitz-Elternhaus in Montabaur
[4] Überführung von Opfern nach Haltern am See



LEONHARD FOEGER / REUTERS



FRENCH AVIATION AUTHORITY / NYT / REDUX / LAIF





[3]

LUO HUANHUAN / LANDOV / PICTURE ALLIANCE / DPA

Lubitz nimmt ein letztes Mal sein iPad. Er sucht nach Begriffen: Patientenverfügung. Leiden. Sterben.



VOLKER HARTMANN / WAZ FOTOPOOL / ACTION PRESS



Video:
Chronik eines Unglücks

spiegel.de/jc2015germanwings
oder in der App DER SPIEGEL

nach Begriffen: Patientenverfügung. Leiden. Sterben. Um 19.41 Uhr wird seine letzte Aktivität im Internet registriert: ein Besuch auf der Seite seines Arbeitgebers, Germanwings.

Abflug nach Barcelona ist tags darauf um 6.01 Uhr. Lubitz geht am 24. März zum Dienst, als wäre nichts, darin ist er offenkundig geübt: unscheinbar zu wirken, obwohl es tobt in seinem Inneren. Was in Barcelona, in der Zeit bis zum fatalen Rückflug, passiert, ist nicht belegt, allein schon, weil die Bordcrew und der Flugkapitän später nicht mehr befragt werden können. Um 10 Uhr hebt Flug 4U9525 am Flughafen Barcelona El Prat Richtung Nordosten ab. An Bord des Airbus A320 vertrauen 144 Menschen auf die sechsköpfige Crew.

Etwa um halb elf, die Reiseflughöhe ist gerade erreicht, verlässt der Flugkapitän das Cockpit, um zur Toilette zu gehen; er übergibt das Flugzeug an den Kopiloten.

Andreas Lubitz nutzt seine Befehlsgewalt, um 29 Sekunden nach dem Abgang des Kapitäns eine neue Reiseflughöhe von 100 Fuß, 30 Metern, einzuprogrammieren; er muss dafür aktiv einen Drehknopf bedienen. Die Berge drunten erreichen bald Höhen von 1600, 1800 Metern.

Anfragen des für diesen Abschnitt zuständigen Kontrolltowers in Marseille, warum der Airbus die vorgeschriebene Flughöhe verlasse, beantwortet Lubitz nicht. Er antwortet auf gar nichts mehr.

Nicht auf die Rufe seines Kollegen vor der Cockpittür.

Nicht auf das Hämmern draußen.

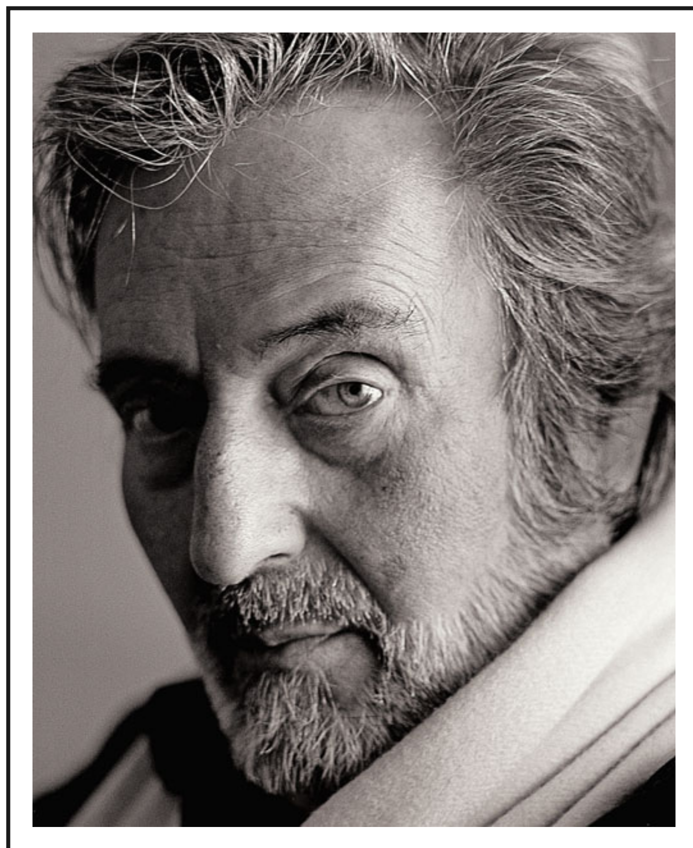
Nicht auf die besorgten Funksprüche.

Nicht auf die Anfragen der Piloten anderer Flugzeuge.

Andreas Lubitz ist nicht bewusstlos, nicht ohnmächtig oder dergleichen. Er ist in diesen Augenblicken ein Täter, der aktiv etwas tut. Der sich vorher sehr genau überlegt hat und der sehr genau die Mittel studiert hat, wie er es tut. Lubitz ist, gemessen an seiner Tat und an der Art und Weise der Ausführung, ein planvoll handelnder Massenmörder.

Gut zehn Minuten wird der Sinkflug dauern. In diesen zehn Minuten verändert Lubitz die Geschwindigkeit des Flugzeugs mehrfach und stellt sie schließlich aufs Maximum ein. Die Maschine wird kurz vor dem Aufprall mit 640 Kilometer pro Stunde unterwegs sein. Dann setzt die Physik ihre Höllenkräfte frei.

Dann sind 150 Menschen tot. Und 48 Stunden lang wird alle Welt der falschen Routine eines furchtbaren Verkehrsunfalls folgen, der sich im Gebirge hundert Kilometer landeinwärts von der Côte d'Azur ereignet hat. Erst dann wird klar, und es ist ein Schock, dass von 150 Opfern nicht die Rede sein kann. Es sind 149 Opfer zu beklagen. Und es gibt einen Täter.



ECKART FRIZ / PHOTOSELECTION

Manche nennen's Kunst

Nachruf Warum es ein Glück war, mit dem Regisseur Helmut Dietl zu arbeiten

Von Hanns Zischler

Des is fad" – wenn Helmut Fischer als Monaco Franze diesen Befund münchnerisch gedehnt ausspricht, fast wie einen einzigen Gähnlaut, dann weiß der Zuschauer, was ihn erwartet. In diesem besonderen Fall ist damit die den Deutschen heilige Arbeit der Kripo beschrieben – und verworfen. Mit beißendem Humor hat Helmut Dietl das ganze TV-Krimi-Unwesen gewissermaßen vorwegnehmend kritisiert und lächerlich gemacht. „Wehret den Anfängen" und schafft arbeitsscheue Kommissare wie Monaco Franze – unter dieses Motto könnte man den Seitenhieb auf die rastlosen TV-Fahnder fassen. Groß ist das Entsetzen, wenn Franze erfährt, er könne zum Leiter der Mordkommission berufen werden. Dann wäre es nämlich aus und vorbei mit dem Seitensprung, den er in all seinen Varianten erprobt und liebt. Der führe zwar, wie Kafka weiß, immer „auf den Weg zurück", doch die Lust an der Verirrung, Verwechslung und komödiantischen Verkennung kommt ohne diesen Dreh eben nicht aus. Was im Deutschen jahrzehntelang „Gesellschaftskomödie" hieß, kennt das Englische sehr viel erhellender als „sex comedy". Sie ist die einzige, die unerschöpfliche Domäne von Dietls hinreißenden Fernsehepisoden und Kinofilmen.

Helmut Dietl, der am 30. März 2015 im Alter von 70 Jahren starb, hatte ein Händchen, ein leichtes, ein lockendes und ein forderndes, für die komödiantischen Potenziale seiner Schauspieler. Grantelnd und unverhohlen verdrossen, lässig und provozierend hat er es verstanden, die Akteure hinter ihren Figuren verschwinden und wie von Zauberhand neu auferstehen zu lassen. Und es waren eben „seine" Schauspieler in dem Maße, wie er ihnen ganz unerhörte Dinge zu entlocken und wunderbar ins Bild zu setzen wusste. Mit untrüglicher Sicherheit hörte er blitzschnell die falschen Töne, das Getue und Gemache und wischte es mit einem nasalen „Naa!" oder „A geh!" aus dem Sonderangebot der Schauspieler.

Wann hat man Götz George je so glühen sehen im übergeschnappten Machtrausch von „Schtonk!", wenn er im Angesicht der totalen Niederlage die Chuzpe hat, einer offenbar bestechlichen Vorsehung einen vermeintlichen Sieg abzutrotzen? Und diese genusslose Gier, mit der er Champagner auf ex trinkt!

Unvergesslich im selben Film ein Auftritt des großen Thomas Holtzmann als leise knarrender Notar, der die frohe Botschaft der Echtheit der Hitler-Tagebücher wie eine bittere Speise darbietet. Der boulevardeske Boy Gobert, melancholischer Tragikomiker des deutschen Theaters, fühlte sich in „Kir Royal" an Billy Wilders „Eins, Zwei, Drei" erinnert. Das teuflische Politiker-Fränkisch des Abgeordneten Gaishofer, der Ton hinterfotziger Biederkeit, welchen Dietl mir entlockte, weckte in mir die Lust auf bös-komische Rollen: leider Mangelware im deutschen Film.

Ganz in Weiß mit Schal, auffällig overdressed, dominierte Dietl am Set – ein ernst-verspielter Hinweis darauf, dass sich im Dresscode ästhetische Botschaften der Distanz ganz beiläufig setzen lassen. Und dieses Gespür für die passende, akzentuierende, die verräterische Kostümierung seiner Figuren ist mehr als bloßer Zierrat oder modischer Zeitgeschmack, es ist das stoffliche Erkennungsmerkmal ihres Charakters. Ich brauche nur an das geckenhafte Pepitahütchen zu denken, das er mir verpasste: Ein Franke möchte Stenz oder auch nur lässig sein – das muss schiefgehen.

In dieser Rolle habe ich auch den scheußlichsten Augenblick meiner Laufbahn erlebt, als Kurt Raab mich, wie im Drehbuch zu lesen, anspucken sollte – als Rache für den von mir intrigierten Selbstmord seines Herrn, verkörpert von Boy Gobert. Verabredet war, er solle so tun als ob, doch spuckte er mir tatsächlich ins Gesicht. Helmut Dietl verschlug's die Sprache, ich habe es weggewischt und irgendwie weggesteckt. Jahrzehnte später, in einem Vorgespräch zu „Zettl", gestand mir Dietl, dass er doppelt empört gewesen sei, zum einen, weil dies kein Spiel mehr war, sondern eine Sauerei, zum andern, weil er zu den wenigen gehörte, die damals bereits wussten, dass Raab an Aids erkrankt war.

In deutschen Filmen ist es eher die Ausnahme, dass das Handwerkliche, die Mechanik der pointensicheren Unterhaltung, derart minutiös ausgearbeitet wird. Dietl hat seinen besten Arbeiten – „Münchner Geschichten", „Monaco Franze", „Schtonk!", „Rossini", „Vom Suchen und Finden der Liebe" – einen einzigartigen Fingerabdruck aufgeprägt. Es war ein besonderer Flow, der die Bilder, von einem fein austarierten Plot unterfüttert, mit einem Mal amerikanisch aussehen ließ und damit weit über das bloße Handwerk hinausgingen: Manche nennen's Kunst.

„Kir Royal" begann mit einer Katastrophe. Gobert und ich saßen in der Maske, als hinter uns ein ziemlich heftiger Streit losging. „Ich glaube, wir sollten uns jetzt besser verziehen", flüsterte Gobert, der sofort Schlimmes ahnte. Dietl hatte sich gleich zu Beginn mit seinem Hauptdarsteller, dem von mir bewunderten Nikolaus Paryla, lauthals überworfen. Der Drehtag war beendet, ehe er angefangen hatte. In Windeseile und mit unverschämtem Glück wurde der kratzbürstige Franz Xaver Kroetz gefunden und überzeugt. Der Glücksfall einer Idealbesetzung: Kroetz „ist" Baby Schimmerlos. Er besitzt jenes gallige und ätzende Temperament, den intriganten und bis zur Selbstgefährdung gesteigerten Furor, welchen Dietl von diesem Reporter kriegen wollte – als habe Patrick Süskind unwissentlich diese bissige, schmierige, intrigante Rolle dem Kroetz auf den Leib geschrieben.

Umso bedauerlicher ist es, dass Kroetz für „Zettl" nicht mehr in die Manege wollte. Selbst wenn er diesen leider sehr unmünchnerischen Film nicht gerettet hätte, so wäre doch die Rolle eines zynisch gealterten Boulevardsauriers den Einsatz wert gewesen.

Im Rückspiegel der Jahrzehnte blicke ich heute auf eine seltsame Koinzidenz, in der Dietls glamourös-erfinderische Produktionen sich mit einem bestimmten aufbegehrenden Theater jener Jahre auf eigenartige Weise berühren. Zusammen mit Patrick Süskind entwickelte er mit einer sehr speziellen münchnerischen Unterhaltungsdramaturgie Maßstab setzende TV-Serien und Filme, während fast gleichzeitig an der Berliner Schaubühne die Truppe von Peter Stein mit einem neuen Theater das Feld besetzte, dramaturgisch animiert von dem Mastermind Dieter Sturm und dem souveränen Stückebearbeiter und besten Dialogschreiber des deutschen Theaters, Botho Strauß.

In dem polyzentrischen Westdeutschland (mit dem exzentrischen Westberlin) war die entscheidende Intention, eine ästhetisch neue, bis dahin unerprobte Legierung von ebenso kritischer wie unterhaltsamer Aufklärung mithilfe ungewöhnlich elaborierter Dialoge und Stückfassungen zu erreichen. Vorbilder und spürbare Herkünfte gab es in beiden Fällen: Lubitsch und Wilder auf Dietls, Fritz Kortner auf Steins Seite, und beiden Regisseuren standen eine Reihe von aufbruchbereiten Schauspielern zur Seite. Dass diese Sphären sich naturgemäß nicht oder nur zufällig berührten, mindert die besondere Qualität ihrer Anstrengungen nicht. Auf unverwechselbare Weise sind Dietls und Steins Schöpfungen von heute aus gesehen singuläre Endmoränen einer alten Bundesrepublik, deren kulturelle und ästhetische Präferenzen mit dem Mauerfall für immer überformt werden sollten.

„Fad war's net" – ein Glück war es, mit Helmut zu arbeiten, und der böse glitzernde Humor seiner Filme verfängt bis heute.



MARTIN LENGEMANN / LAIF

Hanns Zischler, *68, ist Schauspieler, Verleger, Übersetzer und Essayist und lebt in Berlin. Er arbeitete mit Regisseuren wie Wim Wenders, Claude Chabrol, Jean-Luc Godard, István Szabó und Steven Spielberg. Mit Helmut Dietl drehte Zischler eine Episode der Fernsehserie „Kir Royal" (1986) und den Kinofilm „Zettl" (2012).*



Angeklagter Middelhoff im
Essener Landgericht 2014

Ausgetrickst

Manager Mit der Privatinsolvenz scheitert das Lebensprinzip von Ex-Arcandor-Chef Thomas Middelhoff: dass es immer einen nächsten großen Deal gibt, der alle Probleme löst.

Wie klein die Welt auf einmal wird. Wie eng. Wie Bielefeld. Seine Mangusta-Jacht an der Côte d'Azur – ist verkauft. Sein Bentley für deutsche Autobahnen – perdu. Flüge mit dem Challenger-Jet, wann du willst, wohin du willst – auch vorbei. Die große, weite Welt des Thomas Middelhoff, zu Wasser, zu Lande und in der Luft: Das war einmal.

Nicht nur, weil ihm das Geld fehlt, um sich noch mit solchen Renommier-Raketen in die Stratosphäre der oberen Zehntausend zu schießen. Er kann auch gar nicht mehr weg, weil er sich regelmäßig bei der Polizei melden muss, zu Hause in Bielefeld. Große, weite Welt? Für Middelhoff geht es nur noch um eines: dass seine neue, kleine Welt nicht noch winziger wird, nicht noch einmal auf acht Quadratmeter zusammenschrumpft. Auf die Größe einer Haftzelle, in der er bis Ende April gesessen hat.

Speed, Speed, Speed, immer schneller, höher, weiter: So war das bei Thomas Middelhoff, als er noch „Big T" war in einer Big, Big World. Sie umfasste den ganzen Globus, und weil seine Welt immer auch eine virtuelle war – am Anfang die Welt des Internets und bis zum Schluss die seiner übersprudelnden Ideen –, reichte sie scheinbar bis zur Unendlichkeit und noch viel weiter. Der Medienmanager aus dem Ostwestfälischen gehörte zu den Masters of the Universe, die heute Jeff Bezos, Sergey Brin oder Elon Musk heißen. Und damals zum Beispiel Steve Case hießen. Oder tatsächlich: Thomas Middelhoff.

Wer ihn erlebt hat, erinnert sich daran, wie er in zwei Stunden beim Abendessen auf mehr Geschäftsideen kam als andere im ganzen Geschäftsleben. Neun von zehn entpuppten sich zwar als Luftschlösser, und bevor er die zehnte sauber abgearbeitet hatte, war er schon bei der elften. Die Details langweilten ihn offensichtlich, die waren etwas für Krämer, und als er später ironischerweise selbst ein Krämer wurde, als Chef von KarstadtQuelle, wurde ihm die goldene Regel des Handels prompt zum Verhängnis, „retail is detail". Aber wen störten schon die Details in der Ära der New Economy, in der Time Warner für 6,75 Milliarden Dollar die Bertelsmann-Anteile von AOL kaufte? Eine Zeit lang, seine beste Zeit lang saß Middelhoff im größten Kasino der Welt, am Pokertisch mit den höchsten Einsätzen. Er war der Mann mit dem goldenen Arm. Spötter sagen, das Geheimnis seines Erfolgs war, dass er nie zweifelte und sogar seinen eigenen Bluffs glaubte.

Das muss man nun immer vor Augen haben, wenn man sieht, wo Middelhoff in diesem Jahr angekommen ist: ganz unten, in der Privatinsolvenz, die er im März angemeldet hat. Seitdem sind aus kleinen Dingen für ihn ganz große geworden: wie man es zum Beispiel hinbekommt, dass der Strom zu Hause nicht abgeklemmt wird, wenn man trotz Pleite immer noch in Xanadu lebt. Einer pompösen Fabrikantenvilla, in der er in den letzten Monaten lediglich geduldeter Gast seines Insolvenzverwalters war.

Es ist der Absturz eines Superstars. Er stürzt seit sechs Jahren, seit der Pleite von Arcandor, und wer nach der Verurteilung zu drei Jahren Gefängnis im November 2014 gedacht hat, tiefer fallen könne er nicht mehr, der sah in diesem Jahr, dass es doch noch tiefer ging. 200 Millionen Euro Schulden hat das Ehepaar, Pfändungsantrag folgte auf Pfändungsantrag, es gab kein Halten mehr, egal wonach Middelhoff griff.

Er hatte sich lange gegen die Privatinsolvenz gestemmt, hatte sich an alles und jeden geklammert, an letzte Hoffnungen und sogar an einen allerletzten Herrn Wu aus dem fernen China. Angeblich ein guter Freund aus besseren Tagen, der aber am Ende die schlechten doch nicht mit ihm teilen wollte. Dabei hatte Middelhoff behauptet, er habe mit diesem Bruno Wu schon eine neue Milliardenfirma gegründet, und wer das nicht glaubte, der sah ihn mit Wu in einer Talkshow bei Bloomberg TV, wo er die Zukunft schönredete. Big in China.

Dass diese Filmproduktionsfirma kein eigenes Büro hatte, nicht mal eine Homepage oder eine Mailadresse, nun gut, das konnte, das wollte er nicht erklären; zu den Merkmalen des Blenders gehört auch das Ausblenden. Es klang bei ihm nach dem größten Comeback seit Ali gegen Foreman, die fünfte Runde, obwohl: Comeback? Unsinn, er sei doch nie weg gewesen, behauptete er allen Ernstes. Typisch Middelhoff, nie zweifeln, immer glauben.

Am Ende war Wu nur der Name für die nächste geplatze Hoffnung, das nächste gebrochene Versprechen. Middelhoff machte mit ihm nicht ein Geschäft, keinen Dollar. Das Einzige, was ihm seine rhetorische China-Blase einbrachte, war zwischendurch die Entscheidung des Essener Gerichts, ihn in Haft zu behalten. Wenn er denn so dick mit China im Geschäft sei, argumentierte das Gericht, dann könnte er ja auch nach China fliehen und nicht mehr zurückkommen. Middelhoff hatte sich selbst ausgetrickst.

So war sein ganzes Jahr: Früher traute man ihm Wunder zu, heute sind die Wunder nur noch Tricks. Wochenlang hatten seine Anwälte mit allen möglichen Argumenten versucht, Middelhoff aus der Haft zu holen. Plötzlich hieß es, er sei schwer erkrankt an einer seltenen Autoimmunkrankheit, seine Finger seien ganz blau, und der Grund dafür, so die Anwälte: folterähnliche Haftbedingungen. Ständig gehe nachts das Licht in der Zelle an, Middelhoff könne kaum schlafen, weil sich die Gefängnisleitung völlig unbegründet Sorgen mache, er könne sich etwas antun.

Merkwürdig nur, dass sich Middelhoff erst nach Wochen über das Licht beklagt

PHILIPP WENTE / LAIF


E. KAFKA / HULTON / GETTY IMAGES

1998
Bertelsmann-Chef
Middelhoff in New York



2009
Middelhoff-Anwesen „Villa Aldea“
in St. Tropez


ZHENG KAIFU / IMAGINECHINA / LAIF

2014
Middelhoff-Freund Wu mit
Ehefrau Yang Lan



2015
Privatier Middelhoff vor einer
Polizeiwache in Bielefeld

und nicht wenigstens eine Schlafmaske verlangt hatte. Als er dann rausdurfte, gegen 895 000 Euro Kaution, die er sich zusammenbetteln musste, stellte das Gericht klar, mit den Haftbedingungen habe die Krankheit jedenfalls nichts zu tun.

Nun ist Middelhoff frei, hofft auf die Revision beim Bundesgerichtshof, aber Gefangene sind er und seine Frau geblieben. Gefangene ihrer Schulden, Gefangene ihrer Ansprüche, Gefangene ihrer Illusionen. Wegbegleiter glauben, dass Middelhoff schon 1994 abgehoben hatte: Damals hatte ihn Bertelsmann-Chef Mark Wössner als Nachfolger ausgeguckt und ihn nach New York geschickt, wo er in einem Wolkenkratzer hoch über dem Times Square schwebte.

Er begann mit großen Namen um sich zu werfen, wen er alles kannte, wer seine Freunde waren, immer alles Freunde. Damals veränderte sich sein Lebensstil, und als er bei Bertelsmann die Spitze übernahm, musste auch alles andere spitze sein: In St. Tropez besorgte er sich eine Villa, neben denen von Blackstone-Chef Stephen Schwarzman und dem belgischen Stahlbaron Albert Frère. Den gut gemeinten Hinweis, denen gehörten ihre Firmen, er selbst sei doch nur Angestellter in seiner, das unterscheide Multimillionäre wie ihn von Multimilliardären wie denen, ignorierte Middelhoff.

Und als wäre er ein Konzern, nicht ein Privatmann, kaufte er sich mit seiner Frau für mehr als 100 Millionen Euro auf Pump in Immobilienfonds der Oppenheim-Esch-Gruppe ein. Dass er eines Tages nicht mehr in der Lage sein könnte, das alles zu finanzieren, konnte er sich offenbar nicht vorstellen. 2009 aber schied er bei Arcandor aus, ab da hatte er kein standesgemäßes Einkommen mehr. Von da an konnte er sein Leben nicht mehr finanzieren.

Es passt zu Middelhoff, dass er so tat, als hätte er die Sache im Griff. Probleme? Nicht da, wo er war, Middelhoff, der Mister Fix-it. Er vertraute darauf, dass es immer eine neue Chance gibt, einen Coup, der alle Probleme auf einen Schlag vergessen lässt, so wie früher, wenn er seine Deals machte. Nur ein großer Deal, und alles wäre gut. Aber es wurde nicht gut, nicht mit Mr. Wu und nicht beim Versuch, sich mit einer Klage gegen Sal. Oppenheim zu retten. Er hoffte aufs Gericht, darauf, alle Fondsbeteiligungen zurückgeben zu können, Schadensersatz zu kassieren, ein Festgeldkonto mit 22 Millionen Euro bei der Bank loszueisen. Das waren seine Forderungen, Maximalforderungen natürlich, auf weniger, einen Kompromiss, wollte er sich in Gesprächen mit der Bank lange Zeit nicht einlassen. Er spielte wie immer: alles auf Sieg, alles oder nichts.

So wie es aussieht, könnte es „nichts“ werden, oder zumindest sehr wenig. Der Prozess läuft, die Bank hat ihn und seine Frau umgekehrt verklagt, sie sollen ihre Kredite zurückzahlen. Viel Hoffnung hat der Richter den beiden nicht gemacht, und um die Insolvenz von Thomas Middelhoff zu vermeiden, reichte es schon nicht mehr.

So steht er im Herbst 2015 ruiniert da. Gesundheitlich – er soll sich nur noch schwer konzentrieren können, immer wieder Erholungspausen brauchen. Finanziell – 50 Gläubiger warten darauf, dass der Insolvenzverwalter für sie die traurigen Reste eines Großvermögens zusammenkratzt. Aber auch moralisch: Als schon absehbar war, dass nichts mehr zu retten sein würde, versuchte Thomas Middelhoff offenbar, Vermögen zu verschieben. Erst übertrug er seine Bielefelder Villen an eine Familienfirma, an der er selbst nur einen kleinen Anteil hielt. Dann, 2014, gingen 4,8 Millionen Euro aus einem Immobilienfonds, an dem er und seine Frau beteiligt sind, an zwei Anwaltskanzleien, die Middelhoff vertreten – und das, obwohl das Geld laut Pfändungsbeschluss der Bank Sal. Oppenheim zustand. Fragen dazu und zu anderen Dingen wollten seine Anwälte dem SPIEGEL nicht beantworten.

Er hat alles aufs Spiel gesetzt, alles verloren. Was kann jetzt noch kommen?

Aber sein Gesicht hat Middelhoff ohnehin längst verloren, jetzt geht es ums nackte Geld, die letzten Euro. Einem seiner Anwälte verkaufte er das Inventar der Villa in Südfrankreich, angeblich für 50 000 Euro.

Middelhoff hat alles aufs Spiel gesetzt, alles verloren. Sechs schlechte Jahre, das Spiel ist aus. Was kann jetzt noch kommen? Wenn man denkt, tiefer nach unten geht es nicht, könnte aber auch das nächste Jahr zeigen: für Middelhoff schon. Der Insolvenzverwalter will sich das Geld von den Anwälten zurückholen; auf eine der beiden Bielefelder Villen hat er schon die Hand gelegt, um sie zu verkaufen. Der Prozess gegen Sal. Oppenheim könnte mit einer Niederlage enden, und die nächsten zwei Anklagen wegen Untreue sind schon da: So soll er zwei Tage vor seinem Ausscheiden noch auf Kosten von Arcandor eine noble Business School in Oxford gesponsert haben und anschließend in deren erlesenem Beraterkreis geblieben sein.

Am meisten aber muss Middelhoff den Ausgang der Revision aus dem Essener Prozess fürchten, falls der Bundesgerichtshof sie überhaupt annimmt. Seine Welt ist klein geworden, danach könnte sie wieder in eine Gefängniszelle passen.

Jürgen Dahlkamp, Gunther Latsch, Jörg Schmitt

Stadtgespräch

„Die Wände waren voll“

Der Kunsthändler Helge Achenbach wird wegen Betrugs verurteilt. Der Prozess erlaubt seltene Einblicke in das Leben von Milliardären wie den Aldi-Erben.

Von Ulrike Knöfel



KITTI HAWK / DER SPIEGEL

Viele im Land haben darauf gewartet, denn die Geschichte ist fast zu schillernd, um wahr zu sein, zu unterhaltsam für einen schmucklosen Gerichtssaal. Am 16. März ist es so weit. Landgericht Essen, der Richter spricht im Strafprozess gegen den Kunsthändler Helge Achenbach das Urteil.

Kunsthändler? Achenbach selbst nannte sich früher lieber „Kunstanstifter“, damals, als er unter seiner wehenden Frisur noch dynamischen Optimismus ausstrahlte. Er war so etwas wie eine frohe Botschaft auf zwei Beinen, ein wandelnder Aufruf, und der lautete: „Geben Sie mir einen Bruchteil Ihres Vermögens, und ich vermehre diese Millionen mit Kunst.“ Und weil er kein wortkarger Typ ist, gab es noch ein unausgesprochenes Postskriptum: „Ich lasse Sie gleich noch wie einen Kunstkenner aussehen.“

Doch an diesem Tag in Essen hat nicht, wie gewohnt, Achenbach, sondern der Vorsitzende Richter Johannes Hidding das letzte Wort. Und der formuliert ein Bonmot. Er sagt: „Auch Superreiche sind kein Freiwild.“

Eine dieser Superreichen hat Achenbachs tiefen Fall ausgelöst und dafür gesorgt, dass er auf dieser Anklagebank sitzt. Babette Albrecht, Witwe des Aldi-Erben Berthold Albrecht, hatte ihn angezeigt. 2007 hatten sie und ihr Ehemann die Achenbachs während eines Abendessens bei gemeinsamen Bekannten kennengelernt. Man kam erst ins Gespräch und später ins Geschäft.

Der Kunstberater aus Düsseldorf verkaufte dem Ehepaar über einen Zeitraum von wenigen Jahren für 120 Millionen Euro viel Kunst und einige Oldtimer, einen Bentley von 1959, eine frühere Mercedes-Staatskarosse. In den gelben Jaguar regnete es hinein, aber gut. Der Milliardär Albrecht erwies sich als dankbarer Abnehmer, auch noch, als er sterbenskrank war. Nach dem Tod ihres Gatten 2012 kam Babette Albrecht der Verdacht, Achenbach könnte überzogene Provisionen kassiert haben.

Babette Albrechts Aussage als Zeugin geht möglicherweise in die Rechtsgeschichte ein. Sie wirkte, als sie im Januar in den Gerichtssaal schritt, erstaunlich gut gelaunt und schilderte freimütig, wie einfach man es mit ihnen als Kunden hatte. Ein Gemälde Oskar Kokoschkas, das die Tower Bridge in London zeigt, gefiel ihr schon deshalb, weil ihre Kinder gerade in der britischen Hauptstadt waren. Immer neue Bilder wurden angeliefert, Werke von Picasso, Gerhard Richter. Schließlich aber hatte das Ehepaar das Gefühl, genug Kunst gekauft zu haben. Frau Albrecht: „Die Wände bei uns waren irgendwann voll, aber Herr Achenbach sagte, wir finden schon einen Platz.“

An diesem Tag im März wird Achenbach zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Er hat sich echte Betrügereien erlaubt, hat überhöhte Preise veranschlagt und damit seine Provisionen aufgebessert, er hat dazu sogar auf Dokumenten Geldbeträge manipuliert, aus Dollar wurden zum Beispiel Euro. Dabei war es seinen reichen Kunden gerade wichtig, auf dem überdrehten Kunstmarkt keine „Mondpreise“ zu bezahlen. So sagte es der Pharmaunternehmer Christian Boehringer vor Gericht.

Man muss an dieser Stelle einräumen, dass Achenbach in gewisser Weise Wort gehalten hat. Wie versprochen hat er Vermögenswerte vermehrt. Die Kunst, die Frau Albrecht besitzt, dürfte heute sehr viel mehr wert sein als zum Zeitpunkt des Erwerbs. Jemanden zu beschummeln und ihn gleichzeitig noch reicher werden zu lassen – das lässt sich nur in der Kunstwelt mit ihren sehr eigenen Strukturen, Regeln und Renditen bewerkstelligen.

Achenbach konnte das also wirklich: aus Kunst Gold machen. Deshalb kannten ihn früher auch alle, deshalb hatte er so viele Kontakte, zu Künstlern, zu Klienten.

Für eine Gruppe von Unternehmern hatte Achenbach die Sammlung Rheingold aufgebaut und dazu Kunst von Georg Baselitz und vielen anderen erworben; er war sogar selbst an diesen Investments beteiligt. Die Berenberg Bank legte mit ihm gemeinsam einen Kunstfonds auf. Für den VW-Konzern fädelte er eine Sponsoring-Partnerschaft mit dem New Yorker Museum of Modern Art ein. Die deutsche Fußballnationalmannschaft ließ 2014 ihr WM-Quartier in Brasilien von ihm mit Bildern ausstatten. Auf der Rückreise wartete dann die Polizei auf ihn.

Vor etlichen Jahren war Achenbach auch noch Gastronom geworden, hatte Restaurants eröffnet. Angeblich haben die Betriebe aber regelrecht Geld gefressen. Lange sah es dennoch so aus, als trüge ihn der Erfolg. Und heute?

Achenbach wollte sich bereichern, nun muss er dafür zahlen. Wie viel, ist noch nicht heraus. Zusätzlich zum Strafprozess liefen und laufen diverse zivilrechtliche Verfahren, in denen es um Schadensersatz ging und geht, und weil er auch mehrfach Rechtsmittel eingelegt hat und man über Vergleiche nachdenkt, ist das alles inzwischen etwas unübersichtlich geworden. Seine eigene Kunstsammlung wird für 7,5 Millionen Euro versteigert, aber der Betrag reicht gewiss nicht, um die Verbindlichkeiten zu begleichen.

Die Frisur weht nicht mehr, die Kunstwelt ist aber aller Wahrscheinlichkeit nach noch ganz die alte.

April



ROBERTO SCHMIDT / AFP



25.04.2015

Berge versetzt

Schon am Vormittag lösen sich Lawinen vom Mount Everest, Vorboten kommenden Unheils: Um die Mittagszeit wird Nepal von einem Erdbeben der Stärke 7,8 auf der Richterskala erschüttert. Das Beben versetzt Berge, eine Lawine verschüttet das Basislager am Everest, allein 19 Bergsteiger kommen ums Leben. In der Hauptstadt Kathmandu stürzen alte Häuser ein, Tempel und Palastgebäude, eine halbe Million Häuser werden zerstört. Fast 9000 Menschen sterben bei der Katastrophe und den starken Nachbeben in den folgenden Wochen. Nepal ist eines der ärmsten Länder der Erde; schon unter normalen Umständen sind viele Teile des Landes nur per Hubschrauber zu erreichen. Durch das Unglück fällt das Geschäft mit den Himalaja-Touristen für Monate aus, eine der Haupteinnahmequellen Nepals. Die Regierung kassiert bei jeder Everest-Expedition mit, 11 000 Dollar pro Bergsteiger. Im August bricht der erste Abenteurer wieder zum Everest auf. Noch immer bebt manchmal die Erde, ganz leicht.



FACUNDO ARRIZABALAGA / DPA

30.04.2015

Wir müssen leider draußen bleiben

Irgendwann in der zweiten Aprilhälfte werde das Kind kommen, hieß es. Die Details kannten vermutlich nur die werdenden Eltern, der Gynäkologe sowie ein paar Dutzend Boulevardjournalisten. Einfache Royalisten, die vor dem St. Mary's Hospital in London warten – im Kreißsaal sind sie unerwünscht –, brauchen Geduld. Am 2. Mai wird Prinzessin Charlotte Elizabeth Diana of Cambridge geboren, Nummer vier in der britischen Thronfolge.

29.04.2015

Die Dino-Wand

Immer wieder legen Erdrutsche im Steinbruch von Cal Orcko, Bolivien, neue Dinosaurierspuren frei. Wo heute ein Kalksteinberg steht, stapften einst Titanosaurier und Theropoden durch den Uferschlamm eines Sees. Tektonik und ein paar Millionen Jahre haben dafür gesorgt, dass sich der Schlamm in eine beinahe senkrechte Felswand verwandelte, 80 Meter hoch.



DAVID MERCADO / REUTERS


DARKO VOJINOVIC / AP / DPA

25.04.2015

Roter Stern brennt

Um Fußball geht es nur am Rande, wenn in Belgrad die Lokalrivalen Roter Stern und Partizan aufeinandertreffen. Diesmal schlagen Hooligans mit herausgerissenen Stadionsitzen zu und verschießen Leuchtraketen, der Anpfiff verzögert sich um 40 Minuten. Der Sicherheitsbeauftragte des serbischen Fußballverbands rät zur Absage, vergebens. Allein 35 Polizisten werden verletzt, 41 Randalierer festgenommen. Das eigentliche Spiel endet 0:0.

15.04.2015

Gott wirft man nicht raus

In Dortmund ist Fußball eine Religion, und Jürgen Klopp, seit 2008 Trainer der Borussia, wird dort verehrt wie ein Gott. Fast überall gilt Klopp als sympathischer Motivationskünstler, als Zauberer, der eine Zeit lang ein vermeintliches Naturgesetz der Bundesliga aufheben konnte: dass am Ende immer die Bayern gewinnen. 2011 und 2012 holte Klopp mit dem BVB die Meisterschaft, 2012 auch den DFB-Pokal. Damals wähnte man sich in Dortmund auf Augenhöhe mit den Bayern.

Vorbei. Nach der Hinrunde der Saison 2014/15 ist Dortmund Vorletzter. Ein normaler Trainer wäre längst geflogen. Aber einen Gott wirft man nicht raus, er kann nur selbst um Erlösung bitten. Am 15. April



BERND THISSEN / DPA

Trainer Klopp
Er kann nur selbst um Erlösung bitten

verkündet Klopp bei einer Pressekonferenz, er werde zum Ende der Saison bei der Borussia aufhören. Nur so könne der Verein „das großartige Potenzial, das da ist", nutzen, „ohne von der ständigen Erinnerung an die großartigen Erfolge blockiert zu werden". Dafür müsse nun mal „ein großer Kopf weg. Und das ist in diesem Fall meiner".

Einmal noch will Klopp in Dortmund „mit dem Lastwagen um den Borsigplatz fahren", um einen Titel zu feiern. Aber daraus wird nichts: Zwar schlägt seine Mannschaft im Pokalhalbfinale den FC Bayern München, doch beim Finale im Mai verliert die Borussia gegen den VFL Wolfsburg. In der Bundesliga steht Dortmund am Ende auf Platz 7. Thomas Tuchel wird Klopps Nachfolger, Klopp trainiert ab Oktober den FC Liverpool.

24.04.2015

Tod einer Studentin

Für sich genommen sei der Fall „so ungewöhnlich nicht", sagt Jens Aßling, Jugendrichter am Landgericht Darmstadt. Es geht bei dem Prozess, der am 24. April beginnt, um einen Streit unter jungen Leuten, der tragisch endete. Doch dieser Fall, der Tod der Studentin Tuğçe Albayrak, ist ein Symbol: für Zivilcourage, für gelungene und für gescheiterte Biografien von Kindern aus Einwandererfamilien, für Jugendgewalt und Strafjustiz im Internetzeitalter.

Die junge Frau, die an der Universität Gießen Deutsch und Ethik auf Lehramt studierte, war am 15. November 2014 auf dem Parkplatz einer McDonald's-Filiale in Offenbach von Sanel M., einem 18-Jährigen, gegen den Kopf geschlagen worden. Die



MAURIZIO GAMBARINI / DPA

Gedenken an Tuğçe
„Opfer eines brutalen Verbrechens"

Studentin war zuvor eingeschritten, als M. offenbar zwei Mädchen belästigt hatte. Beim Sturz erlitt Albayrak so schwere Schädel- und Hirnverletzungen, dass sie ins Koma fiel und am 28. November starb, ihrem 23. Geburtstag. Noch vor Prozessbeginn bezeichnete Bundespräsident Gauck Tuğçe in einem Kondolenzbrief an die Eltern als „Opfer eines brutalen Verbrechens".

Die Wahrheitsfindung vor Gericht wird erschwert, weil eine Zeitung ein Überwachungsvideo vom Tatort ins Netz gestellt hatte. Was die Zeugen tatsächlich selbst gesehen haben, lässt sich nicht immer eindeutig klären. Im Juni wird Sanel M. wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu einer Jugendstrafe von drei Jahren verurteilt; der BGH prüft das Urteil. An der Uni Gießen erinnert seit September ein Gedenkstein an Tuğçe Albayrak.

16.04.2015

Mauer aus Sand

Im Süden der kleinen Insel häufen die Schwimmbagger noch Sand aus dem Meer an, im Norden rollen bereits die Straßenwalzen – die Satellitenbilder, die Mitte April bekannt werden, lassen keinen Zweifel: Auch über dem Fiery-Cross-Riff im Südchinesischen Meer wird demnächst die Flagge der Volksrepublik China flattern, so wie über anderen Inseln und Riffen im Südchinesischen Meer zuvor.

Für China ist die Landnahme auf den Spratly-Inseln nur folgerichtig, Peking reklamiert fast das ganze Südchinesische Meer für sich. Viele der Riffe und Felsformationen dort werden aber auch von Vietnam, Taiwan, Malaysia und den Philippinen beansprucht.



DPA

Bauarbeiten auf den Spratly-Inseln
Chinas Führer fühlen sich stark genug, Fakten zu schaffen

Frühere chinesische Regierungen waren pragmatisch: Sie wussten, dass sie ihre Gebietsansprüche in diesem strategisch wichtigen und rohstoffreichen Seegebiet nicht kompromisslos durchsetzen konnten, also vertagten sie den Streit. Nach über 30 Jahren wirtschaftlichen Aufschwungs aber fühlen sich Pekings Führer stark genug, Fakten zu schaffen: Sie errichten eine „Große Mauer aus Sand". Damit legen sie sich nicht nur mit ihren Nachbarn an, sondern auch mit deren großem Verbündeten, den USA.

Ende Oktober beordert die US-Marine einen Zerstörer in die Region und lässt ihn demonstrativ innerhalb der Zwölf-Meilen-Zone eines weiteren Riffs kreuzen, welches die Chinesen künstlich aufgeschüttet haben. Ein Konflikt zwischen zwei Weltmächten bahnt sich an.

Held des Alltags Chris Dercon

Titan der Sprechblasen



Vom gefeierten Museumsmanager zum bestgehassten Mann in der deutschsprachigen Theaterwelt

Für einen Revolutionär sieht der Kerl ziemlich eisgrau aus. Der Belgier Chris Dercon ist Jahrgang 1958, trägt das meist wallende Haar und den Vollbart nach Art des britischen Hippieunternehmers Richard Branson und hat sich über viele Jahre hin in den Kunstmuseen und Galerien von New York, Paris und Tokio gute Freunde erworben – im Jahr 2015 aber wird er zum bestgehassten Mann in der deutschsprachigen Theaterwelt. Der Museumsmanager Dercon nämlich darf nach dem Willen des Berliner Regierenden Bürgermeisters und Hauptstadt-Kulturchefs Michael Müller von 2017 an als Intendant über die Berliner Volksbühne bestimmen. Dercon wird Nachfolger des schon zu Amtszeiten legendären Volksbühnenchefs Frank Castorf, Jahrgang 1951. Und Dercon behauptet: „Die Volksbühne wird nicht anders sein, sie wird sich weiterentwickeln."

Das ist genau die Sorte Nullsatz, für die Chris Dercon berühmt, berüchtigt und bestens bezahlt ist. Der Mann sei ein Eventmanager, der brillant rede und damit oft erstaunlich wenig sage, da sind sich die Bewunderer und die Verächter des flämischen Kunstmannes einig.

Dercon hat in Amsterdam und Leiden Kunstgeschichte und, ja, sogar Theaterwissenschaften studiert, dann als Kurator und Dozent in Belgien und in den USA gearbeitet und nach wichtigen Museumsleiterjobs das Münchner Haus der Kunst übernommen. Das war 2003. Er hat dort ein paar tolle Ausstellungen zustande gebracht, unter anderem mit Patti Smith. Seit 2011 ist er Chef der Tate Modern in London, eines von Touristen gern besuchten Kunstbunkers. Und was macht Dercons Kompetenz als Theaterchef aus? Er selbst sagt, er sei seit 30 Jahren mit Tanz und Theater bestens vertraut. Nur leider ließen sich die Journalisten, die über Dercon in den vergangenen 30 Jahren geschrieben haben, immer von lustigeren, eher nebensächlichen Kompetenzen beeindrucken: zum Beispiel davon, dass er sich, wie es heißt, sein Schuhwerk von seiner Freundin Miuccia Prada persönlich anfertigen lässt.

Aus welchem Grund übergibt man diesem, sagen wir mal, mittelinteressanten Mann Castorfs Berliner Volksbühne? Also das Haus, das durch Castorfs, René Polleschs und Christoph Schlingensiefs kluges Krawalltheater in den Neunzigerjahren wirklich die große, weite Bühnenwelt gerockt hat? Als wäre nicht unbestritten die Volksbühne das einzige deutsche Theater, dessen schrille Kunst in den vergangenen zwei Jahrzehnten an sehr vielen Orten der Welt nachgeahmt wurde? Die Entscheidung für Dercon sei ein Kulturbruch, finden viele deutsche Theaterleute. Drei wichtige Intendanten schreiben im April einen Protestbrief an den Berliner Kulturstaatssekretär Tim Renner. Der Bühnenbildner und Volksbühnenmitkämpfer Bert Neumann formuliert kurz vor seinem Tod im Juli das Unbehagen gegenüber Dercon so: „Das ist unser Laden, den haben wir gemacht. Keiner von den Künstlern, die das Haus prägen, wird hier unter irgendeinem Kurator arbeiten."

Frank Castorf, ganz cooler Souverän, verweigert jeden Kommentar. Andere Dercon-Gegner vermuten, man wolle eine Filiale des trostlosen Soho House, Inbegriff des Berliner Künstlerschnöseltums, im Theater am Rosa-Luxemburg-Platz etablieren. Die Soho-Schnösel schlagen natürlich zurück – und verklären Dercon zum weltgewandten Heilsbringer, der frische Luft in die angeblich vermuffte deutsche Theaterszene bringen werde.

Vielleicht ist Dercon tatsächlich ein Visionär, wer weiß? Fürs Erste kündigt er zum Start im Herbst 2017 ein erstaunlich altväterliches Programm an. Unter den Mitstreitern, die er nominiert, sind die anderswo schon erfolgreiche Regisseurin Susanne Kennedy, der Filmemacher Romuald Karmakar, der ewig junge Tausendsassa Alexander Kluge und die auf vielen Festivals durchgereichte Tanztheaterregisseurin Mette Ingvartsen. Und wie verkauft Chris Dercon das alles? Er sagt: „Ich fühle mich nicht als Revolutionär, ich bin ein Moderator der Veränderung." Aber wer sagt uns, ob das nun bitte irgendetwas heißen soll?

Wolfgang Höbel

STANLEY CHOW / DER SPIEGEL



TOBIAS SCHWARZ / AFP

[1]



SEBASTIAN WIDMANN / DDP IMAGES

[2]

Die Austreibung des Bösen

Jubiläen Der 70. Jahrestag des Kriegsendes beschert dem Land eine Flut von Gedenkstunden. Erneut erinnern die Repräsentanten der Republik an die deutsche Schuld. Doch wem nützen die Rituale der Erinnerung eigentlich? *Von Martin Doerry*



GRIGORY DUKOR / REUTERS

[3]

Man hat sich nichts Schlimmes dabei gedacht, die Feier läuft nach den üblichen Regeln ab: Die Ehrengäste werden an zwei mit Porzellangeschirr gedeckten Tischen platziert und von Kellnern bedient, alle übrigen Teilnehmer müssen an schlichten Holztischen sitzen und ihre Suppe aus Kunststofftellern löffeln.

Aber wer sind hier, bei der Gedenkfeier zum 70. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Ravensbrück, eigentlich die Ehrengäste? Die Gattin des polnischen Präsidenten und die Lebensgefährtin des deutschen Bundespräsidenten samt Begleitung – oder jene etwa 90 zumeist weiblichen Überlebenden des Lagers, die noch einmal im hohen Alter in die brandenburgische Provinz gekommen sind?

Die Veranstalter haben diese Frage offensichtlich falsch beantwortet. Sie haben den ehemaligen KZ-Häftlingen zwar keine Blechnäpfe, sondern Plastikschüsseln hingestellt, aber ein sensibler Umgang mit der Geschichte würde anders aussehen. Dabei beklagen sich die Überlebenden nicht einmal, Proteste kommen nach der Veranstaltung nur von den ehrenamtlichen Helfern, die die Behandlung der ihnen anvertrauten älteren Damen und Herren als „ziemlich bitter“ und „beschämend“ empfinden.

Der Fauxpas vom 19. April dieses Jahres wäre wohl kaum beachtet worden, wenn nicht die anderen Gedenk- und Feierstunden in diesen Wochen vor dem 70. Jahrestag des Kriegsendes so perfekt abgelaufen wären: nirgends ein Missklang, kein Eklat, keine peinliche Rede. Offensichtlich sind die Deutschen inzwischen Erinnerungsprofis: Wer schon den 40., 50. oder 60. Jahrestag der Befreiung organisiert hat, weiß eben, wie man so eine Feier unfallfrei über die Bühne bringt.

Dass hier so viel Routine im Spiel ist, soll allerdings kein Vorwurf sein, sondern nur eine Feststellung. Hunderte Gedenkstunden werden mit großer Ernsthaftigkeit geplant und absolviert, Vertreter der Kommunen, Kirchen, Gewerkschaften und Parteien beteiligen sich rege. Auch die Medien berichten ausführlich, ARD und ZDF sendeten Dokumentationen und Dokudramen, Zeitungen und Magazine (wie etwa der SPIEGEL) lassen noch einmal Holocaust-Überlebende oder Zeugen des Bombenkriegs zu Wort kommen.

Ein großes Programm auch für die höchsten Repräsentanten des Staates: Ihr Gedenkmarathon beginnt am 26. Januar mit einer Ansprache der Bundeskanzlerin auf der Gedenkveranstaltung des Internationalen Auschwitz-Komitees zum 70. Jahrestag der Befreiung des Lagers. „Was geschehen ist, erfüllt uns Deutsche mit großer Scham“, sagt Angela Merkel. „Denn es waren Deutsche, die das Leid und den Tod von Millionen Menschen verschuldet oder in Kauf genommen haben.“ Sie dankt den anwesenden Auschwitz-Überlebenden dafür, dass sie dafür gesorgt hätten, „dass Erinnerung über Generationen hinweg wach bleibt – dass aus ihr auch künftig Lehren gezogen werden können“. Und die Kanzlerin erinnert an die Aktualität des Antisemitismus in Europa aus Anlass der Januar-Attentate von Paris: „Dort richteten sich Hass und Gewalt gezielt gegen jüdische Kunden eines koscheren Supermarktes.“

Angela Merkel fährt auch nach Dachau, um am 3. Mai an einer Veranstaltung zur Erinnerung an die Befreiung des dortigen Konzentrationslagers teilzunehmen. Wieder erinnert sie an das „unendliche Leid,


GERHARD WESTRICH / LAIF
[4]

das Deutschland in der Zeit des Nationalsozialismus“ über die Menschheit gebracht habe, wieder dankt sie den Überlebenden, dass sie mit ihren „eindrücklichen und berührenden Schilderungen“ auch der „jungen Generation“ deutlich machten, was damals geschehen sei. Und wieder erinnert sie an den grassierenden Antisemitismus und die Anschläge von Paris.

Und schließlich fährt die Kanzlerin noch nach Moskau, zwar nicht, wie von den Russen gewünscht, zur Siegesparade am 9. Mai, aber einen Tag später, um sich ein weiteres Mal zur deutschen Schuld zu bekennen: Als „Bundeskanzlerin verneige ich mich vor den Millionen Opfern“, sagt sie bei einer gemeinsamen Feierstunde mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin.

Auch der Bundespräsident tritt mehrmals auf. In Dresden spricht Joachim Gauck am 13. Februar, dem Jahrestag der Zerstörung der Stadt durch alliierte Bomber, und übernimmt damit die wohl schwierigste Aufgabe aller Gedenkredner. In der Hauptstadt der Pegida-Bewegung muss er an die deutschen Kriegstoten erinnern, ohne revanchistische Emotionen zu bedienen. „Wir wissen, wer den mörderischen Krieg begonnen hat“, sagt Gauck, „wir vergessen es nicht, wenn wir heute hier der deutschen Opfer gedenken.“ Und weiter: „Ein Land, das für eine Ungeheuer-



ALEXANDRA BEIER / GETTY IMAGES
[5]

[1] Rednerin Merkel beim Internationalen Auschwitz-Komitee in Berlin
[2] Besucherin Merkel in Dachau
[3] Merkel mit Putin in Moskau
[4] Gedenkstätte Ravensbrück
[5] Kranzniederlegung in Dachau

lichkeit wie den Völkermord steht, konnte nicht damit rechnen, ungestraft und unbeschädigt aus einem Krieg hervorzugehen."

Gauck warnt vor einer Relativierung deutscher Schuld durch eine Aufrechnung mit deutschen Opfern – ein Gedanke, den er auch auf der Gedenkfeier zum Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen am 26. April wiederholt: Nach 1945 wollten viele Deutsche „vor allem vergessen und neu anfangen", sagt der Bundespräsident. „Eigene Schuld wurde damals relativiert, und eigenes Leid stand für viele im Vordergrund."

Drei Tage später, bei der Gedenkveranstaltung in Brandenburg, warnt Außenminister Frank-Walter Steinmeier ebenfalls vor einer Instrumentalisierung des Gedenkens durch Ewiggestrige. Steinmeier spricht über deutsche und sowjetische Opfer der Kesselschlacht von Halbe, bei der wenige Tage vor Kriegsende Zehntausende Soldaten und Zivilisten ums Leben gekommen waren. „In der Vergangenheit", sagt Steinmeier, „haben Rechtsradikale in Halbe versucht, die hier Ruhenden politisch zu missbrauchen. Das ist ein böser Irrweg."

Jede dieser Reden trifft den richtigen Ton. Und doch sind sie auf eine beklemmende Weise austauschbar. Abgesehen von ein paar Passagen über lokale Details werden in sämtlichen Ansprachen die nun schon seit Jahrzehnten verwendeten Standardformeln von Schuld und Buße vorgetragen. Immer geht es darum: niemals vergessen, nie mehr Fremdenhass, keine Ausgrenzung von Minderheiten.

Auch die übrigen Spitzen des politischen Personals, die Präsidenten von Bundestag, Bundesrat und EU-Parlament, treten in den Wochen und Monaten bis zum 8. Mai an den zentralen Gedenkorten von Holocaust und Vernichtungskrieg auf. Sie alle befolgen konsequent die Rituale der bundesrepublikanischen Erinnerungskultur und pflegen damit eine Disziplin, in der es die Deutschen zu einer schon fast irritierenden Perfektion gebracht haben.

Bereits beim 80. oder spätestens beim 100. Jahrestag des Kriegsendes wird sich allerdings die Frage stellen, wem diese Gedenkrituale eigentlich nützen. Verhindern sie einen neuen Holocaust, wo auch immer auf dieser Welt? Werden damit wirklich jene erreicht, die alles Fremde hassen und verfolgen? Werden die nachwachsenden Generationen durch Gedenktage und Reden gegen Rassismus und Demokratiefeindlichkeit immunisiert? Oder tritt nicht irgendwann eher das Gegenteil ein, Abwehr und Überdruss?

Wohl nirgendwo auf diesem Planeten hat sich ein Volk so umfassend zu den Sünden seiner Väter bekannt.

Das öffentlich-rechtliche Fernsehen behilft sich nicht zuletzt aus diesem Grund mit einer Fiktionalisierung des an sich bekannten Stoffes. Passend zu den Jahrestagen werden Spielfilme mit Themen aus der NS-Zeit ausgestrahlt, die durchaus ordentliche Einschaltquoten bekommen. In diesem Frühjahr sendet die ARD eine Neuverfilmung des DDR-Bestsellers „Nackt unter Wölfen" und zerstört dabei immerhin eine Legende: Die in der DDR verbreitete Lesart, dass das KZ Buchenwald am 11. April 1945 von kommunistischen Häftlingen befreit worden war, wird behutsam korrigiert. Nein, in Wahrheit waren es die Amerikaner, die die SS-Schergen vertrieben.

Doch solche kleinen Korrekturen haben Seltenheitswert. Eigentlich wurde schon alles von allen gesagt. Die hiesige Gedenkkultur dreht sich in der Regel um sich selbst und belässt es bei den immer gleichen Bildern von der deutschen Jahrtausendkatastrophe.

Andererseits: Was wäre die Alternative zu dieser Besinnung auf die eigene Schuld? Schon länger wird unter Historikern und Pädagogen darüber diskutiert, wie Erinnerung gepflegt werden soll, wenn die letzten Überlebenden gestorben sind. Zweifellos verfügen KZ-Gedenkstätten über eindrucksvolle Dokumente; die Zahl der Erinnerungsorte, Mahnmale und Stolpersteine nimmt sogar noch zu – was aber bald fehlen wird, ist die lebendige Zeitzeugenschaft.

Der Sozialpsychologe Harald Welzer hat vor einigen Jahren die Schaffung eines „Lernorts neuen Typs" vorgeschlagen, wo nicht immer nur in Wort und Bild an die Schrecken des Holocausts erinnert wird. Welzer will den jungen Menschen auch positive Anregungen geben. Also zum Beispiel: Welche „Handlungsspielräume" gab es in der nationalsozialistischen Gesellschaft für Hilfeleistung und Solidarität mit den Ausgegrenzten und Verfolgten? Und wie wurden sie genutzt? Mit solchen Erfahrungen ließen sich auch künftige Krisen meistern. Die bislang übliche Schocktherapie, so Welzer, sei hingegen pädagogisch so gut wie wertlos. Niemand, bis auf ein paar unverbesserliche Neonazis, bestreite heute ernsthaft die Schrecken der Vernichtungslager.

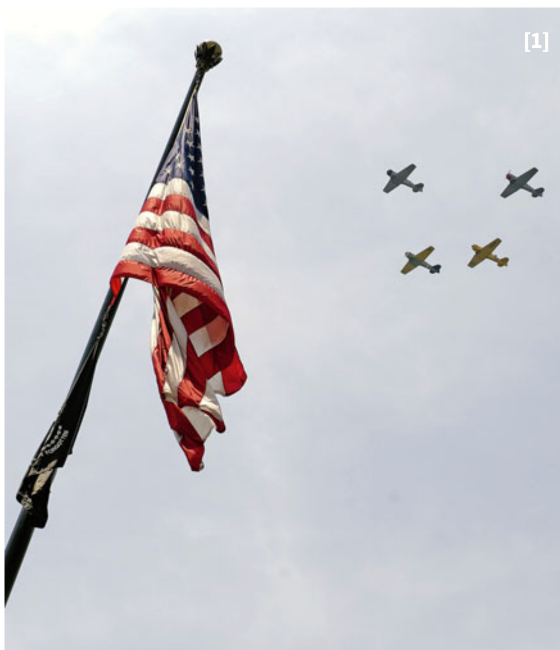
Noch allerdings wurde ein solcher Lernort nirgends errichtet, noch werden die Besucher der Gedenkstätten und Gedenkveranstaltungen auf konventionelle Weise belehrt und emotional erschüttert.

Tatsächlich hat sich wohl nirgendwo auf diesem Planeten je ein Volk so umfassend zu den Sünden seiner Väter und Vorväter bekannt wie die Deutschen. Auch wenn diese Verbrechen einzigartig waren, bleibt es doch merkwürdig, dass andere Nationen ihre historische Schuld mehr oder weniger ausblenden.

Die politische Elite Japans, das während des Zweiten Weltkriegs für den Tod von Millionen in Asien verantwortlich war, pilgert immer wieder zum Yasukuni-Schrein, wo auch Kriegsverbrecher gewürdigt werden. Immerhin lässt der Tenno verlauten, er empfinde „tiefe Reue" für das, was im Krieg geschehen sei.


[2]

REX SHUTTERSTOCK


[1]

TOM WILLIAMS / CQ-ROLL CALL

Die Siegermächte feiern den 70. Jahrestag des Kriegsendes unterdessen mit traditionellen Paraden und Aufmärschen. So nimmt Queen Elizabeth II. am 8. Mai in Westminster Abbey in London an einem großen Gedenkgottesdienst zusammen mit Kriegsveteranen teil, in der amerikanischen Hauptstadt Washington fliegen historische Militärflugzeuge in einem zeremoniellen „Flyover" zum Kapitol, im kanadischen Ottawa ziehen Veteranen in ihren alten Uniformen und klapprigen Jeeps durch die Straßen, und in Paris und Moskau finden martialische Siegesparaden statt. Auch hier allerdings stellt sich von Jahr zu Jahr drängender die Frage nach dem Sinn und Zweck solcher Inszenierungen.

Sogar in Berlin wird gefeiert. Allein im Umfeld des sowjetischen Ehrenmals in Treptow finden mehr als zehn Veranstaltungen statt. Und schließlich fahren auch die „Nachtwölfe" auf ihren schweren Maschinen durch die Stadt, eine Putin-freundliche Motorradgang aus Moskau, die sich die Gelegenheit zu dieser Demonstration russischer Größe am Jahrestag des Sieges über Hitler-Deutschland nicht entgehen lässt.

Hinter der Fassade des offiziellen und öffentlichen Gedenkens verbirgt sich freilich ein weitgehend ignoranter Mainstream. Bei den einschlägigen Umfragen erklärt eine deutliche Mehrheit der Deutschen, dass sie sich für dieses dunkle Kapitel der Geschichte nur noch wenig oder gar nicht interessiere, man solle doch die Vergangenheit ruhen lassen. Auch die Zahl der Schändungen jüdischer Friedhöfe und antisemitischer Anschläge nimmt keineswegs ab.

Das ritualisierte Gedenken erweist sich damit als Elitenprojekt, das von weiten Teilen der Bevölkerung mit Nichtachtung gestraft oder gar abgelehnt wird. Allenfalls als historische Farce ist der Stoff noch von allgemeinem Interesse: Auf mehr als zwei Millionen Kinozuschauer bringt es die Verfilmung der Hitler-Groteske „Er ist wieder da", die im Oktober 2015 in die Kinos kommt.

Auch die letzten Prozesse gegen die Mitverantwortlichen der NS-Verbrechen lösen bei vielen Zeitgenossen eher Mitleid mit den Angeklagten aus. Man solle diese alten Männer doch in Ruhe sterben lassen, heißt es. Das Lüneburger Landgericht verurteilt zwar im Juli den inzwischen 94-jährigen Auschwitz-Buchhalter Oskar Gröning zu vier Jahren Freiheitsstrafe, doch solange das Urteil noch nicht rechtskräftig ist, bleibt Gröning auf freiem Fuß.

Die Hoffnung, dass sich die bösen Geister der Vergangenheit irgendwann ganz verflüchtigen, wird sich allerdings so schnell nicht erfüllen. Ob sie den berühmten „Schlussstrich" fordern oder nicht: Die Deutschen dürften immer wieder an die finstere Epoche erinnert werden. Und sei es nur durch jene Blindgänger, die unablässig aus Baugruben und Hafenbecken geborgen werden, wie zum Beispiel im Juli in Langenhagen bei Hannover, wo 16 000 Menschen wegen der Entschärfung zweier Fliegerbomben vorübergehend ihre Wohnungen verlassen müssen.

Auch im Jubiläumsjahr des Kriegsendes wird mit geschmacklosen Nazivergleichen viel Politik gemacht, in den Ländern des europäischen Südens vor allem, wo das mächtige Deutschland für die Finanzkrise verantwortlich gemacht und als „Viertes Reich" stigmatisiert wird. Griechische Zeitungen karikieren Angela Merkel in Nazi-Uniform und Wolfgang Schäuble sogar mit Hitlerbärtchen.

Die aktuelle Flüchtlingskrise ist ebenfalls eine Spätfolge der düsteren Vergangenheit. Ohne die Vertreibung der Juden aus Nazideutschland hätte es den Asylparagrafen in der Verfassung kaum gegeben. Und ohne die strikte Auslegung dieses Grundrechts würde die Bundesrepublik im Jubiläumsjahr wohl kaum eine Million Flüchtlinge aus aller Welt aufnehmen. Pegida-Demos und Anschläge auf Flüchtlingsheime zeigen nur zu deutlich, was viele Deutsche wirklich von der sogenannten Willkommenskultur halten.

Mit diesen Flüchtlingen kommen freilich auch Menschen ins Land, die mit den hiesigen Moralbegriffen und politischen Normen nicht vertraut sind. In den Ländern der muslimischen Welt ist die Judenverfolgung der Nazis jedenfalls noch nie ein Anlass gewesen, um die Deutschen für ihre Geschichte haftbar zu machen. „Wenn man mit einem israel- und judenfeindlichen Bild aufgewachsen ist", warnt der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, in der „FAZ", „dann wird man dieses Bild nicht einfach an der deutschen Grenze aufgeben."

Mit anderen Worten: Je mehr Menschen aus arabischen Ländern in die Bundesrepublik kommen, desto größer werden die neuen Herausforderungen für die deutsche Erinnerungskultur – auch für die Redner bei den Gedenkfeiern kommender Jahrestage.



[1] Gedenkfeier in Washington
[2] Gedenkgottesdienst mit der Queen in Westminster Abbey
[3] Kinder bei der Gedenkstunde am sowjetischen Kriegerdenkmal in Treptow

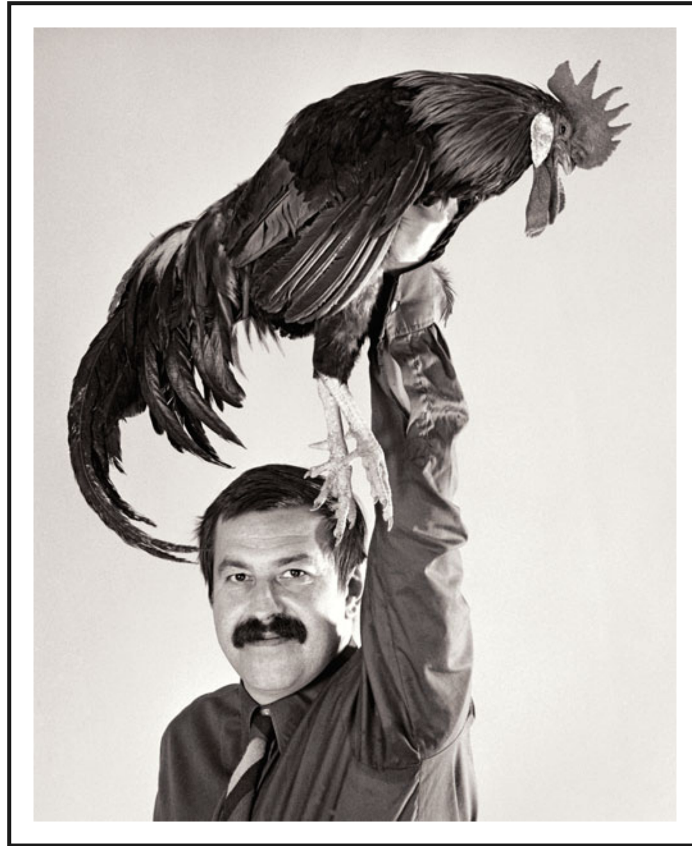
Ein persönlicher Nachtrag: Am 26. Januar dieses Jahres habe ich bei einer Gedenkstunde in der Berliner Ruth-Cohn-Schule aus der Briefbiografie meiner in Auschwitz ermordeten Großmutter Lilli Jahn vorgelesen. Etwa hundert Schüler und Schülerinnen saßen diesmal vor mir, darunter auch einige Muslime. Und sie alle hörten sehr aufmerksam zu.

Im anschließenden Gespräch fragte ein Mädchen mit eng anliegendem Kopftuch, ob ich denn ein Jude sei. Für einen kurzen Moment war es absolut still in der Aula, die Frage war legitim, trotzdem war sie mir unangenehm. Ich antwortete wahrheitsgemäß: „Nein, nur meine Großmutter war Jüdin, ich selber bin christlich erzogen worden und evangelisch."

Sofort spürte man eine gewisse Erleichterung im Raum, ich glaube nicht, dass ich mir das eingebildet habe. Offenbar werden wir von den Migranten, ob wir wollen oder nicht, wieder auf unsere religiöse Identität festgelegt. Auch das gehört zu den Erfahrungen im Gedenkjahr 2015.



K FO 221



Ab jetzt ein Kuckuck

Nachruf Herrscher der Literatur: über Günter Grass und den Wunsch, sich nach dem Tod in einen Vogel zu verwandeln

Von Volker Weidermann

Von den Kleckerburgen hat er am Ende zum Beispiel geschrieben. Von den Burgen, die er als Kind an den Stränden der Ostsee gebaut hat, mit klatschnassem Sand aufgetürmt, höher und höher. „kaum fertig, sind sie, rings umspült / und windgetrocknet schnell zerfallen, / sie alle sind ganz schnell zerfallen.“

So endet sein Gedicht „Zum Zeitvertreib“, es steht im letzten Werk, das Günter Grass noch fertiggestellt hat. „Vonne Endlichkait“ heißt das Buch, sein Abschiedsbuch, an dem er gearbeitet hat fast bis zum letzten Tag seines Lebens. Er war wieder an der Ostsee gewesen, zusammen mit seiner Frau Ute, auf Rügen waren sie, das Buch war fertig, letzte Fragen des Papiers, der Grautöne der Zeichnungen, des Einbands mussten noch geklärt werden. Und waren geklärt worden, mit seinem Verleger Gerhard Steidl, dem Buchkünstler aus Göttingen, der für die meisten Fragen extra anreisen musste, zu seinem Nobelpreisträger, weil der mit dem Hörgerät so schlecht zurechtkam und Telefongespräche oft zu Missverständnissen führten.

Auf der Rückfahrt von der Ostseeinsel wurde Grass krank, Lungenentzündung, er kam ins Krankenhaus in Lübeck, und drei Tage später, am 13. April, ist er im Alter von 87 Jahren gestorben. Dieses Datum ist nun fest eingeschrieben in die deutsche Literaturgeschichte, in die deutsche Geschichte. Günter Grass ist tot. Der Mann, der die deutsche Literatur der Nachkriegszeit geprägt hat wie kein Zweiter. Der auch die deutsche Gesellschaft geprägt hat, mit seiner unablässigen Forderung nach Engagement, mit seinem Kampf um die Demokratie, um Bürgerrechte, seinen Wahlkämpfen für die SPD, seinem Einsatz für Willy Brandt, seinen Forderungen an die Literatur und an die Menschen nach Beteiligung, Einsatz für die Erniedrigten und Beleidigten, für Flüchtlinge, Umweltschutz, die ärmsten Länder der Welt. Literatur war für ihn ein barockes, ein ungestümes, ein wildes Instrument zur Verbesserung der Welt. Er beherrschte die leisen Töne und vor allem die lauten. Am Ende seines Lebens und vor allem nachdem sein spätes, allzu spätes Bekenntnis der eigenen Mitgliedschaft in der Waffen-SS in weiten Teilen der Öffentlichkeit nicht, wie von ihm erhofft, als mutiges, gerade noch rechtzeitiges Bekenntnis gelobt, sondern vielmehr aufgenommen wurde als das schuldhafte Schweigen von einem, der sein Leben lang alle Welt selbstgewiss und selbstgerecht zum Reden aufgefordert hatte. Sein Hang zur dröhnenden Rechthaberei war dadurch in den letzten Jahren eher noch stärker geworden.

Dabei hatte ihn ja genau diese sonderbare Dialektik vom Verschweigen eigener, persönlicher Schuld und vom gleichzeitigen permanenten und überlauten Reden von der allgemeinen, der großen, der unpersonalisierten deutschen Schuld geradezu zu einer Verkörperung Nachkriegsdeutschlands gemacht. Denn ist nicht genau dies der Mechanismus bundesrepublikanischer Erinnerungsarbeit gewesen und bis heute geblieben: das ritualisierte, große, allgegenwärtige Erinnern an eine übergroße nationale Schuld, bei gleichzeitigem Übersehen der kleinen, persönlichen, konkreten Mitläuferschuld, der eigenen und der der Eltern und Großeltern? Es war ein Zwerg, ein ewig trommelnder, nicht erwachsen werdender, schuldlos, am Rande protestierender Zwerg, den Günter Grass erfunden und der ihm Weltruhm und schließlich den Nobelpreis eingebracht hat. Um seine eigene Schuld zu erkennen, trommelte er vielleicht ein bisschen zu laut.

Am Ende dann aber dieses fulminante, leise, nachdenkliche, traurige, stolze, zweifelnde, schöne Buch. „Vonne Endlichkait“, schon der Titel auf kaschubische Art bilanzierend, todesgewiss. Es ist eines seiner schönsten Bücher geworden. Hier sind auf beinahe jede Weise der herrliche Beweis und die mahnende Erinnerung an die Tatsache, dass Günter Grass ein großartiger, alle Tonlagen beherrschender, zärtlicher, schonungsloser, kraftvoller Dichter und Schriftsteller gewesen ist. Es ist, als habe er in unmittelbarer Nähe des Todes, die hier auf jeder Seite zu spüren ist, seine Freiheit wiedergewonnen. Seine große, innere Freiheit, die für das Dichten unerlässlich ist. Gepaart mit Altersweisheit, Ruhe, manchmal sogar so etwas wie Selbstironie und Erinnerung an die eigenen Anfänge. Zum Beispiel an das Gedicht, mit dem Grass die Welt betrat, damals, 1956, dieses Gedicht, das uns, die wir uns den Dichter Grass als ewigen Bleidichter vorzustellen gewöhnt haben, der seine Proklamationen und Romane in unverrückbaren Gewichtsbuchstaben in die Welt setzte, bei jedem Wiederlesen überrascht: „Die Vorzüge der Windhühner“ heißt es und handelt von der Flüchtigkeit und ungeheuren Leichtigkeit der erfundenen Welt in der Dichtung: „Weil sie kaum Platz einnehmen / auf ihrer Stange aus Zugluft / und nicht nach meinen zahmen Stühlen picken.“ So fängt es an, und so fing der junge Bildhauer und Dichter Grass also damals an, vor beinahe 60 Jahren.

Und jetzt, gleich im ersten Text seines letzten Buchs, der den Titel „Vogelfrei sein“ trägt, knüpft er wieder daran an, an die Windhühner von damals: „Mich spüren. Federleicht sein, wenngleich seit langem reif zum Abschuß. Schamlos das Tier von der Leine lassen. Dieser und jener werden. Tote erwecken. Mich mit den Lumpen meines Kumpels Baldanders verkleiden. Zielstrebig in die Irre gehen. Unter gestrichelten Schatten Zuflucht suchen. Jetzt sagen!“

Geheimnis der Dichtung. Zielstrebig in die Irre gehen. Tote erwecken. Schamlosigkeit. Sich an alles erinnern. Sich selbst neu erfinden. Sich verbergen, sich entbergen, Glück suchen, finden und immer wieder neu benennen, eine andere Welt dichten. Einmal schreibt er von einem Pfarrer, der ihn, den Ungläubigen, beim Konfirmationsgottesdienst eines Enkels beeindruckt hatte mit seinen zwei einfachen Botschaften an die Konfirmanden: „Du bist du!“ war die erste. Die zweite: „Tu was!“ Es ist ungefähr das, was auch Grass seinen Kindern und Kindeskindern hat mitgeben wollen: Selbstbewusstsein, Stolz auf den, der man ist, mit all seinen Schwächen und Peinlichkeiten, gepaart mit dem Lebensaufruf, dieses eine Leben nicht ungenutzt verstreichen zu lassen. Sondern als Aufgabe anzunehmen. Die wenige Zeit zu nutzen.

Für ihn ist sie vorbei. Die Gewissheit des nahen Todes ist in jeden Text eingeschrieben. Wie auch in das längere Prosastück, das heißt „Worin und wo wir liegen werden“, darin beschreibt er beinahe heiter, wie er und seine Frau Ute sich Särge anfertigen lassen, welche Wünsche sie haben, welches Holz, sie Kiefer, er Birke. Wie sie später darin probeliegen, jeweils den Atem des anderen aus dem Sarg daneben hören, und Ute, die als Erste aussteigt, enttäuscht feststellt, dass sie keine Kamera dabei hat. Gern hätte sie ihren Mann, liegend im Sarg, fotografiert. „Du sahst so zufrieden aus.“

Irgendwann werden die beiden Särge aus dem Keller gestohlen. Ein merkwürdiger Diebstahl. Wer stiehlt Särge? Zudem maßgefertigte für einen Nobelpreisträger und seine Frau. Auch mal probeliegen? So wird der Dichter in Ewigkeit ruhen? Irgendwann sind die Särge wieder da. Wahrscheinlich hat Grass sich diesen Diebstahl ausgedacht. Vielleicht auch nicht.

Inzwischen dient der Sarg seinem eigentlichen Zweck. Auf seinem Grab, so hat Günter Grass sich das gewünscht, sollen Küchenkräuter wachsen, Majoran, Salbei, Thymian und Petersilie. Und er selbst, der nicht oder nur manchmal oder irgendwie anders an ein Leben nach dem Tod glaubte? Als Kuckuck würde er gern wiederkommen, hat er gedichtet, der in fremde Nester schlüpft und jedes Jahr Versprechungen macht. Oder als Unkraut, das nicht vergehen will. Das alles schreibt er beinahe froh, nur selten, eigentlich nur ein einziges Mal, erlaubt er sich, der große, der furchtlose Grass, einen Moment der Verzagtheit: „Welcher Tischler leimt der umherirrenden Seele, deren Existenz erhofft und bezweifelt wird, einen Nistkasten, in dem sie Zuflucht findet?“

Ein Kuckuck, ein Nistkasten, ein Unkraut, eine Seele. Und die Hoffnung auf einen Tischler, der ihm hilft. Viel Glück!

Stadtgespräch

Doktor Botox

Der Kampf gegen Falten macht einen Arzt reich und berühmt. Doch gegen das eigene Altern findet er kein Mittel.
Von Claudia Voigt

Fredric Brandt ähnelte einem Außerirdischen. Die Haare trug er platinblond gefärbt und glatt frisiert, sein vollkommen ebenes Gesicht wirkte androgyn. Nur sein Blick offenbarte eine Verletzlichkeit, die nicht zur Inszenierung dieses Mannes passen wollte.

In den besseren Kreisen von Manhattan, Beverly Hills oder Miami Beach war Brandt eine Berühmtheit: der Schönheitschirurg der Prominenz; der Wunderdoktor, der nicht mit einem Skalpell an seinen Patienten herumschnippelte, sondern mit der Spritze so kunstvoll hantierte wie ein Alter Meister mit dem Pinsel; der Arzt, der in einer eigenen Radiosendung Gesundheitstipps gab und der Kosmetikprodukte entwickelte – Geheimrezepte für die Massen.



Die Deutsche Gesellschaft für Ästhetisch-Plastische Chirurgie gibt keine absoluten Zahlen zu den Eingriffen in Deutschland mehr bekannt, weil sich mittlerweile zu viele Mediziner ohne Facharzttitel auf diesem Gebiet betätigen. Sicher ist: Die Zahlen steigen erheblich. Krähenfüße und Zornesfalten sind von gestern. Eine veränderte Physiognomie weiblicher Gesichter bildet sich heraus. Scharfe Falten werden seltener, stattdessen sehen die Gesichter weicher und welliger aus von den punktuellen Unterspritzungen.

Obwohl Frauen von ganz unterschiedlicher Provenienz – Feministinnen und hauptberufliche Gattinnen, Fernsehstars und Büroangestellte – längst regelmäßig Termine beim Dermatologen vereinbaren, haftet diesen Eingriffen noch immer etwas Tabuisiertes an. Es wird zwar offen darüber geredet, dass man sich die Haare färben oder die Zähne bleichen lässt, doch über das Glattspritzen von Gesichtern wird nur getuschelt. „Glaubst du, die hat?“ ist ein beliebtes Gesellschaftsspiel geworden. So beliebt, dass längst auch Männer zu den Patienten oder den Kunden – was ist hier eigentlich die richtige Bezeichnung? – von Schönheitschirurgen zählen.

Am 5. April nimmt sich Brandt im Alter von 65 Jahren in Miami das Leben. Die öffentliche Betroffenheit ist groß. Sein Leben lang hat Brandt daran gearbeitet, die Spuren des Alters unsichtbar zu machen und damit den Tod auf Distanz zu halten.

Stars wie Madonna oder Gwyneth Paltrow zählten zu seinen Patientinnen, ein Behandlungstermin bei Dr. Brandt persönlich galt als Statussymbol. Dass in Hollywood fast niemand mehr die Stirn runzeln kann, ist vor allem sein Verdienst. Viele Jahre lang wurde das Nervengift Botulinumtoxin nur zur Behandlung neurologischer Bewegungsstörungen eingesetzt, Brandt war einer der Ersten, die winzige Dosen des Gifts zur Stilllegung von Falten nutzten. Seine Praxen in New York und Florida wurden weltweit zum größten Abnehmer von Botulinumtoxin.

Er nannte es einfach „Bo“, und auch für die anderen Mittel, die er großzügig verwendete – Hyaluronsäure, Biopolymere und aus Kühen und Schweinen gewonnene Kollagene –, nutzte Fredric Brandt eine harmlose Abkürzung. In seinen Kliniken hießen sie „Fills“.

Brandt hat die Schönheitschirurgie unkompliziert erscheinen lassen. Er machte Schluss mit der fiesen Vorstellung von abgetrennten Hautlappen und blaugeschwollenen Gesichtspartien, mit sichtbaren Narben hinter den Ohren. Nur ein paar „Bos“ und „Fills“, und schon waren die Spuren der Jahre aus den Gesichtern seiner Patienten verschwunden. „Meine gute Haut verdanke ich vor allem ihm“, sagte Madonna einmal der „New York Times“.

Brandts Behandlungsmethode hat sich längst über die westliche Welt ausgebreitet. Wenn Kosmetikstudios mit dem Slogan „Botox to go“ werben, dann ist das auch eine Folge seiner Arbeit.

Fredric Brandt versuchte, das Alt- und Älterwerden aus seiner Welt zu verbannen. Er muss ein Meister darin gewesen sein, seinen Patienten einzureden, es gehe nur um eine kleine Auffrischung müde gewordener Gesichtszüge. Nachdem er mit ihnen über geplante Eingriffe gesprochen hatte, soll er gern gesagt haben: „Genug zu Ihrem Aussehen. Was meinen Sie: Wie sehe *ich* aus?“

Fotos beweisen, dass Brandt in eigener Sache jedes Maß verloren hatte; sie zeigen auch, wie selbst angeblich unkomplizierte Eingriffe mit „Bos“ und „Fills“ ein Gesicht verändern können, bis alle charakteristischen und menschlichen Züge daraus verschwunden sind.

In den Monaten vor Brandts Selbstmord lief im amerikanischen Fernsehen eine neue Comedyserie, „Unbreakable Kimmy Schmidt“. Eine Figur der Reihe war offenkundig Brandt nachempfunden und machte ihn lächerlich. Nach seinem Tod ergehen sich einige seiner Freunde in Andeutungen, die Parodie sei eine ungeheure Kränkung für ihn gewesen. Demnach hat die Serie seinen Entschluss verstärkt, sich das Leben zu nehmen. Brandt soll an Depressionen gelitten haben. Ein glattes Gesicht ist nur eine Maske.

KITTI HAWK / DER SPIEGEL



Mai



SPENCER PLATT / GETTY IMAGES



22.05.2015

Schöne Aussichten

„In Wahrheit gab es, wenn man nach langem Umhertasten auf der finstern Wendeltreppe … endlich unvermuthet auf einer der beiden licht- und luftumflossenen Plattformen hervortauchte, kaum ein schöneres Bild als das, welches sich von allen Seiten auf einmal unter den Augen entrollte.“ So beschrieb Victor Hugo in „Der Glöckner von Notre-Dame“ 1831 den Aufstieg auf die Türme der Kathedrale und den Ausblick auf Paris. Was würde ein Dichter wie Hugo wohl heute über New York schreiben? Statt einer finsteren Wendeltreppe nimmt man hier den Fahrstuhl: in 47 Sekunden zum „One World Observatory“ in der 102. Etage. Seit Mai ist die Aussichtsplattform des neuen World Trade Center für Besucher geöffnet. Das Hochhaus steht direkt neben der Gedenkstätte für die Opfer der Terroranschläge vom 11. September 2001. Von oben gibt es trotzdem „kaum ein schöneres Bild“. Eintritt: 32 Dollar.



THOMAS COEX / AFP

11.05.2015

Häuser statt Tunnel

Seit August 2014 herrscht offiziell Waffenstillstand im Gazastreifen. Die Bewohner wollen ihre Häuser reparieren, doch Baumaterial ist knapp, der Schwarzmarkt blüht. Die Verteilung von Zement überwacht die Uno, damit er nicht bei der Hamas und anderen radikalen Gruppen landet. Die Hamas, so die Befürchtung, würde mit dem Zement in erster Linie neue Tunnel und Befestigungsanlagen bauen, keine Wohnhäuser.

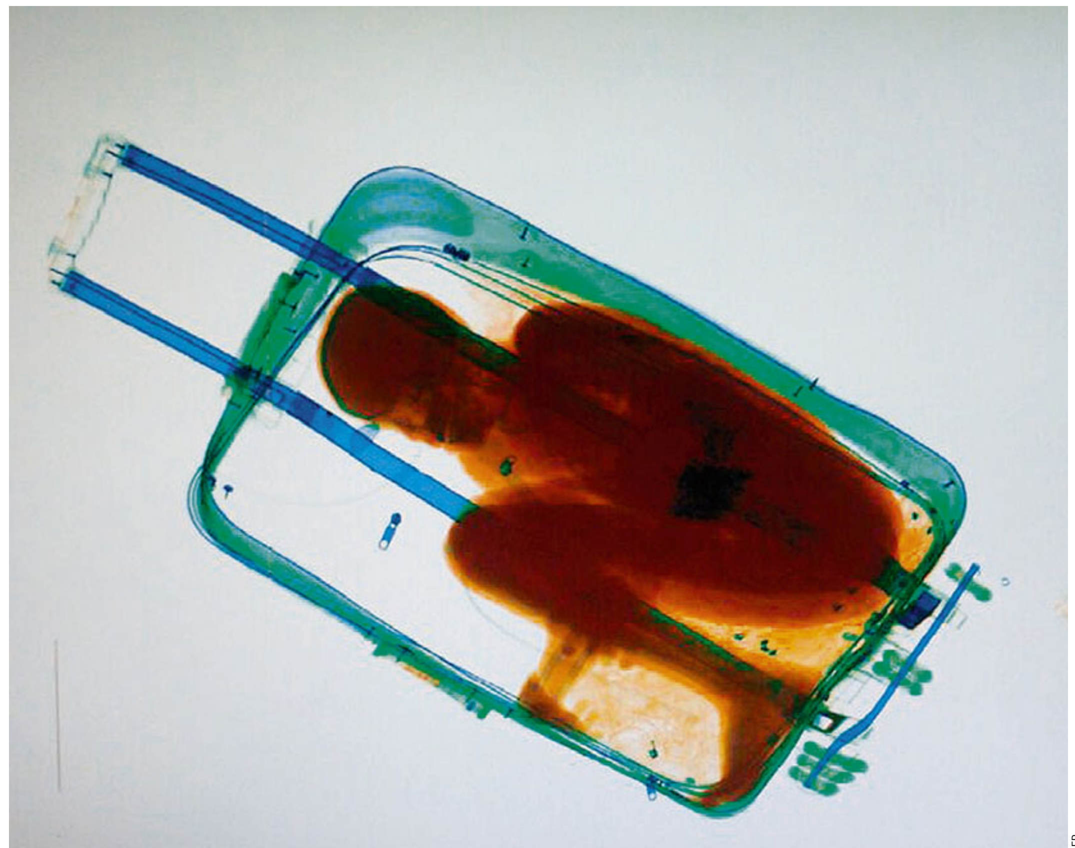


JUSTIN TALLIS / AFP

18.05.2015

Tarnanzug

Wer in London am gesellschaftlichen Leben teilnehmen möchte, muss ein paar Regeln beachten. Ganz wichtig ist, dass die Kleidung zum Anlass passt. Dieser Besucher der Chelsea Flower Show hat also alles richtig gemacht. Die Veranstalter der Gartenausstellung setzen ästhetische Mindeststandards rigoros durch: Gartenzwerge sind verboten.



AFP

07.05.2015

Schmuggelware

Viele Flüchtlinge riskieren alles, um die Grenzkontrollen auf dem Weg nach Europa zu überwinden. In Ceuta, der spanischen Enklave an der nordafrikanischen Küste, versucht eine junge Frau, einen Achtjährigen im Koffer an den Beamten der Guardia Civil vorbeizuschmuggeln. Vergebens: Jedes Gepäckstück wird geröntgt.

06.05.2015

Planspiele

Im August 2014 berichtete das Magazin der „Süddeutschen Zeitung“ über den „Masterplan Bettina Wulff“: Die Gattin des ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff arbeite mit einem Münchner PR-Experten zusammen, um sich „mit professioneller Hilfe ein neues Image aufzubauen“. Der Experte erzählte dem Magazin, er habe auch schon Boris Becker und Lothar Matthäus beraten.

Wie kompliziert Imagearbeit sein kann, hatte Bettina Wulff, selbst von Beruf PR-Beraterin, 2012 in ihrem Buch „Jenseits des Protokolls“ dargelegt: „Ich überlegte auch sehr genau, was ich an dem folgenden Tag anziehen werde. Mehr als bei allen anderen Events war mir dies wichtig.“ Das „Event“ war der Rücktritt ihres Mannes vom Amt des Bundespräsidenten; Bettina Wulff trug dazu „eines meiner Lieblingskostüme von Rena Lange“. Anfang 2013 trennten sich die Wulffs.



OLIVER WALTERSCHE / BRAUER PHOTOS

Christian, Bettina Wulff
„Beruflich engagiert sie sich für das Tragen von Fahrradhelmen“

Vor diesem Hintergrund bringt das Jahr 2015 überraschend gute Neuigkeiten. Christian Wulff darf wieder ein bisschen repräsentieren: Auf Bitte der Kanzlerin reist er im Januar zur Trauerfeier für den saudischen König. Und im Mai bestätigt sein Rechtsanwalt einen Bericht der „Bunten“: Es sei „zutreffend, dass Bettina und Christian Wulff wieder zusammenleben“. Im September legt die „Bunte“ nach: „Die frühere First Lady hat ihre Rolle gefunden. Beruflich engagiert sie sich für das Tragen von Fahrradhelmen.“ Im Oktober heiraten die Wulffs kirchlich. „Ein Hoch auf die Liebe“, kommentiert die „taz“.

07.05.2015

Und jetzt der Wunschzettel

Es ist ein unerwarteter Triumph – und zugleich eine Bürde. Fast 37 Prozent der Wähler stimmen bei den britischen Unterhauswahlen für die Konservativen. Das reicht im Parlament knapp für die absolute Mehrheit: Die Tories kommen auf 330 Sitze, 10 mehr als die anderen Parteien zusammen. Premierminister David Cameron, der seit 2010 in einer Koalition mit den Liberaldemokraten regiert hatte, kann jetzt allein die Regierung bilden. „Das ist der süßeste Sieg von allen“, sagt der Premier am Wahlabend vor jubelnden Anhängern.

Nicht ganz. Denn in Zukunft kann Cameron nicht mehr auf seinen Koalitionspartner verweisen, um den europafeindlichen Teil seiner eigenen Fraktion auf Linie zu bringen. Spätestens 2017 entscheiden die Briten in einem Referendum, ob ihr Land Mitglied der Europäischen Union bleiben soll. Die Tories sind in dieser Frage gespalten: 69 konservative Abgeordnete seien mit Sicherheit für den EU-Austritt, will ein Thinktank herausgefunden haben, 58 klar dagegen; der Rest habe sich noch nicht entschieden.



FACUNDO ARRIZABALAGA / DPA

Wahlsieger Cameron
„Keine romantischen Gefühle“

Cameron laviert. Im Oktober sagt er auf einem Parteitag, er hege „keine romantischen Gefühle für die EU und ihre Institutionen“. Im November schickt er dem EU-Ratspräsidenten Donald Tusk eine Art Wunschzettel, Forderungen nach neuen Sonderregeln für Großbritannien. Wirklich raus aus der EU will er wohl nicht, denn ein Austritt könnte auch zur Unabhängigkeit Schottlands führen. Das wäre das Ende von Großbritannien – und von Cameron.

10.05.2015

Hetzkampagne

In Grimms Märchen frisst der Wolf, was er kriegen kann: Großmütter oder Kreide, an guten Tagen erwischt er auch mal ein zartes Rotkäppchen. Trotzdem nehmen die Märchen für den Wolf immer ein böses Ende. Im wahren Leben wurde 1904 einer der letzten wilden Wölfe Deutschlands erschossen. Man habe „dem Satan das Handwerk“ gelegt, jubelte damals die Jagdzeitschrift „Wild und Hund“.

Im Jahr 2000 wurden erstmals wieder Wolfswelpen in Deutschland gesichtet, in der Muskauer Heide in Sachsen. Seitdem breiten sich die klugen Raubtiere, streng geschützt, im ganzen Land aus. 32 Wolfsrudel und drei Wolfspaare werden 2015 in Deutschland gezählt. Einige Wölfe sind sehr neugierig. Einer nähert sich im Februar einem Waldkindergarten im Landkreis Vechta, ein anderer spaziert durch ein Dorf in Schleswig-Holstein. „Wolfsrudel vor Hamburg“, meldet „Bild“.



KLAUS WIEBEN

Wolf in Brandenburg
„Dem Satan das Handwerk gelegt“

Hunger haben sie alle. Schäfer klagen über gerissene Schafe, Jäger polemisieren gegen die Konkurrenz im Wald. Im Mai wird ein Wolf für den Tod eines Fohlens in Niedersachsen verantwortlich gemacht – zu Unrecht, wie später ein DNA-Test beweist. Doch Boulevardzeitungen schüren die Angst, eine mediale Hetzjagd beginnt, es fehlt eigentlich nur das Wort „Satan“. „Es kann einen Punkt geben, an dem die Wolfspopulation so groß wird, dass wir eingreifen müssen“, sagt Landwirtschaftsminister Christian Schmidt. Schon jetzt leben die Tiere gefährlich: Immer wieder werden Wölfe überfahren.

Heldin des Alltags Lencke Steiner

Löwin und Engel



Star der FDP, Jurorin einer Castingshow, Händedruck eines Schiffsmechanikers

Ein alter Mann bittet eine junge Frau um ein Treffen. Man verabredet sich in einem Café, er äußert einen Wunsch. Sie ist nicht die Erste, an die er ihn heranträgt, doch von anderen Unternehmern hat er sich Absagen eingehandelt, fast so, als verlangte er etwas Unanständiges.

Die junge Frau, so der Plan, soll die Bremer FDP retten. Der sieche Landesverband sucht eine Spitzenkandidatin für die Bürgerschaftswahl. Lencke Steiner sagt Ja.

Steiner, geboren 1985, ist so etwas wie die Galionsfigur der Gründerszene. Gemeinsam mit ihrem Vater leitet sie eine Firma, die mit Verpackungen handelt, vom Karton bis zur Folie, außerdem investiert sie in Start-ups. Ihr Spitzname in der Familie ist „Puschy“. Bis September sitzt Steiner dem Bundesverband der Jungen Unternehmer vor. TV-Zuschauer kennen sie als Jurorin einer Castingshow.

Die Bremer FDP ist so ziemlich das Gegenteil von Steiner. Ihre Erfolgskurve zeigt seit Jahren nach unten. Bei der Wahl 2011 verpasste sie den Einzug in die Bürgerschaft. Manche der Bremer Liberalen sind schon so lange dabei, dass sie sich noch an die zweistelligen Wahlergebnisse aus den Siebzigerjahren erinnern. Horst-Jürgen Lahmann gehört dazu. Der einstige Landesvorsitzende, Jahrgang 1935, ist der Talentscout aus dem Café. Weil sich intern kein Erlöser findet, soll das Heil nun von außen kommen, aus der eigenen Klientel, dem Unternehmertum – auch wenn Steiner kein Parteibuch hat.

Tatsächlich führt sie die Liberalen bei der Wahl am 10. Mai aus der Tristesse zurück in die Bürgerschaft. Für andere Parteien wären die erreichten 6,6 Prozent nur Mittelmaß. Für die Bremer FDP sind sie ein Traum. Die Inhalte aus dem Wahlkampf sind rasch vergessen. Steiner ist für mehr Bildung und weniger Armut. Und gegen Überregulierung. Wer ist das nicht? Hängen bleibt, wie so oft in der Politik, die Inszenierung. Show-Erfahrung hat Lencke Steiner dank ihrer Tätigkeit in der Vox-Sendung „Die Höhle der Löwen“. Dort bewerten fünf Unternehmer die Geschäftsideen von Existenzgründern. Die reichen von schadstofffrei hergestellten Kinderwagen bis zu Keksen mit Aufputschwirkung. Gefällt einem der Juroren ein Projekt, investiert er eigenes Geld. Steiner ist die kritischste von ihnen. Kritiker sagen: die zögerlichste.

Steiner beherrscht die Kunst, sich als moderne Unternehmerin zu geben, zugleich aber die ältesten Klischees zu bedienen. Bei Auftritten wirkt sie zupackend, die „FAZ“ attestiert ihr den „Händedruck eines Schiffsmechanikers“.

Als Trägerin von Perlenohrringen, Pelzkragen und Pradatasche aber hat sie schnell den Ruf des Püppchens weg. Und, weil sie in Papas Firma eingestiegen ist, den der hauptberuflichen Tochter. Mit der FDP-Generalsekretärin Nicola Beer und der Hamburger Spitzenkandidatin Katja Suding posiert sie im Februar als Actionheldin für die „Gala“. Die drei tragen Schwarz, machen Kung-Fu-Verrenkungen. Die Überschrift lautet: „Drei Engel für Lindner“, angelehnt an den Film „Drei Engel für Charlie“. Im Vorspann steht etwas von schönen Beinen.

Das Trio propagiert damit ein Frauenbild von vorgestern. Dem Wahlergebnis schadet es in Bremen ebenso wenig wie in Hamburg. Auch bei FDP-Chef Christian Lindner kommt die Aktion gut an. Er revanchiert sich später mit freundlichen Worten. Gefragt nach Steiners Zukunft, antwortet er: „Sie ist unsere Zukunft.“

Steiner indes bleibt auch im Umgang mit der FDP lange zögerlich. Erst am Wahlabend, als sie schon als Heldin dasteht, beantragt sie die Parteimitgliedschaft.

Alexander Kühn

STANLEY CHOW / DER SPIEGEL

Die Organisation der Fifa

6 Nationalverbände mit insgesamt **209** Mitgliedsverbänden



Union des Associations Européennes de Football
53 Verbände



Confederation of North, Central America and Caribbean Association Football
35 Verbände



Asian Football Confederation
46 Verbände



Confederación Sudamericana de Fútbol
10 Verbände



Confédération Africaine de Football
54 Verbände



Oceania Football Confederation
11 Verbände

Zahl der registrierten Spieler in den Verbänden, die jeweils eine Stimme im Kongress repräsentieren

Deutschland	**6,3 Mio.**
USA	**4,2 Mio.**
Brasilien	**2,1 Mio.**
Osttimor	**500**
Britische Jungferninseln	**435**
Montserrat	**200**

Quelle: Fifa Big Count 2006

Fifa-Kongress

alle **209** Mitgliedsverbände mit jeweils einer Stimme

Aufgaben
Tagt jährlich und wählt den Präsidenten; entscheidet über die Aufnahme neuer Nationalverbände

Exekutivkomitee

1 Präsident

8 Vizepräsidenten aus den sechs Kontinentalverbänden

15 Mitglieder

Vizepräsidenten und Mitglieder werden von den Kontinentalverbänden gewählt; tagt zweimal jährlich und legt u. a. die Termine, Spielorte und Formate der Fifa-Wettbewerbe fest.
Über die WM-Vergabe ab 2026 wird zukünftig der Kongress entscheiden.



Die Geldmaschine Sepp Blatters Fifa-Karriere

1974 Der Brasilianer **João Havelange** wird mit finanzieller Hilfe des Adidas-Chefs **Horst Dassler** zum Fifa-Präsidenten gewählt, er fördert Blatters Aufstieg.

1975 Der Schweizer **Joseph „Sepp“ Blatter** wird Direktor der Fifa-Entwicklungsprogramme. Dassler sieht den Sportrechtehandel als neue Einnahmequelle. Blatter soll das Marketinggeschäft der Fifa nach seinen Vorgaben leiten.



Horst Dassler († 1987)
Adidas-Chef von 1985 bis 1987





Mohamed Bin Hammam
Mitglied des Fifa-Exekutivkomitees von 1996 bis 2011

Einnahmen aus dem Verkauf von Fernsehrechten für die Fifa-Weltmeisterschaften 1974 bis 2014

in Millionen Euro

1981 Blatter wird Fifa-Generalsekretär



2011 Blatters vierte Amtszeit beginnt; Mohamed Bin Hammam zieht seine Kandidatur kurz vor der Wahl zurück. Er wird im Juli von der Ethikkommission der Fifa lebenslang gesperrt, weil er versucht haben soll, karibische Fußballfunktionäre zu bestechen.



Sepp Blatter
Fifa-Präsident seit 1998

2010 WM in Südafrika: Blatter hat die Weltmeisterschaft schon bei seiner Wahl 1998 den Afrikanern versprochen.

Im Dezember werden die Weltmeisterschaften 2018 und 2022 nach Russland und nach Katar vergeben.



2006 Sommermärchen: **Franz Beckenbauer** reist als Chef des Organisationskomitees durch Deutschland.

2015 Blatter und Platini werden am 8. Oktober im Zuge von Korruptionsermittlungen von der Fifa-Ethikkommission von ihren Ämtern suspendiert. Der SPIEGEL enthüllt, dass es rund um die Vergabe der WM im Jahr 2000 eine schwarze Kasse gab (siehe Seite 190).

2002 Blatter betreibt im Vorfeld seiner Wiederwahl eine Spaltung des afrikanischen Verbands CAF, um den Gegenkandidaten aus Kamerun zu schwächen. Blatter wird gewählt. Der Schweizer **Urs Linsi** wird Fifa-Generalsekretär. Er ist ein enger Vertrauter Blatters und reguliert die undurchsichtigen Finanzströme des Verbands.



Michel Platini
seit 2007 Präsident der Uefa

1998 Blatter wird zum Fifa-Präsidenten gewählt. **Der Franzose Michel Platini** ist ein wichtiger Wahlhelfer Blatters. **Der Katarer Mohamed Bin Hammam** unterstützt Blatters Wahlkampf finanziell. Vor der Wahl werden an Delegierte aus Afrika offenbar mit Geld gefüllte Briefumschläge verteilt. **Jack Warner,** ein weiterer Unterstützer Blatters, profitiert von günstigen TV-Rechte-Verträgen mit der Fifa.

Endzeit im Schattenreich

Sport Beim Weltfußballverband bricht das Günstlingssystem des Präsidenten Joseph Blatter mit epischer Wucht zusammen. Aber warum erst jetzt?

Das Zürcher Hotel Baur au Lac, zwischen See und Börse gelegen, ist das Lieblingshotel von Funktionären des Weltfußballverbands. Es ist kurz vor sieben Uhr am Morgen des 27. Mai, als sich sieben hochrangige Fifa-Vertreter, darunter die Exekutivkomiteemitglieder Jeffrey Webb von den Cayman Islands und Eugenio Figueredo aus Uruguay, von Beamten der Zürcher Kantonalpolizei widerstandslos festnehmen lassen. Fünf werden in Autos abtransportiert, die in der Tiefgarage gewartet haben. Die zwei anderen führen die Beamten durch einen Seiteneingang des Hotels ab.

Bilder von den Festnahmen gibt es nur, weil der Schweizer Fotograf Pascal Mora einen Tipp von den anstehenden Verhaftungen bekommen hat und in der Lobby des Hotels wartet. Als um kurz nach sechs

mehrere Zivilfahnder an der Rezeption nach den Zimmerschlüsseln bestimmter Gäste fragen, bringt er sich in Stellung und schießt die Bilder, die einen der schwärzesten Tage in der Geschichte der Fifa dokumentieren. Einen Tag, der den Weltfußball für immer verändern wird.

Heute weiß man: Die Razzia vom 27. Mai im Luxushotel Baur au Lac war der Anfang vom Ende der Herrschaft des Fifa-Präsidenten Joseph Blatter.

Zwar wurde Blatter zwei Tage später bei der Wahl des Präsidenten vom Fifa-Kongress mit einer klaren Mehrheit von 133 Stimmen zum vierten Mal in seinem Amt bestätigt. Doch schon in der darauffolgenden Woche kündigte der Schweizer seinen Rückzug und Neuwahlen an. Der Skandal war zu gewaltig geworden, die weltweite Forderung nach seiner Führungsverantwortung zu laut, als dass Blatter die Empörung über sein korruptes Schattenreich ein weiteres Mal hätte ignorieren und aussitzen können.

Neben den sieben in Zürich verhafteten Fifa-Männern werden an jenem 27. Mai weitere sieben Mitverschwörer angeklagt, unter ihnen einige enge Mitstreiter Blatters, und die Vorwürfe lesen sich, als handelte es sich um Ermittlungen gegen die Mafia: Den Beschuldigten wird vorgeworfen, über einen Zeitraum von 24 Jahren Schmiergeldzahlungen und Kick-back-Geschäfte in Höhe von mehr als 150 Millionen Dollar angenommen zu haben.

In Blatters Amtszeit ist der Weltverband immer wieder von Korruptionsskandalen erschüttert worden. Die jüngste Affäre enthüllt Mitte Oktober der SPIEGEL. Demnach hatten die Macher der Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland eine schwarze Kasse in Höhe von 6,7 Millionen Euro angelegt – mutmaßlich, um mit diesem Geld korrupte Mitglieder des Fifa-Exekutivkomitees auf ihre Seite zu ziehen und so das Turnier ins Land zu holen (siehe Seite 190).

Trotz aller Affären blieb Blatter 17 Jahre lang auf seinem Thron. Er ist ein geborener Machiavellist, er beherrscht die Kunst des Teilens und Herrschens wie kein Zweiter im Weltfußball.

Bei internen Ermittlungen der Fifa-Ethikkommission kam der Präsident auf wundersame Weise unbeschadet davon. Und wenn die Schweizer Justiz seinen Verein dann tatsächlich einmal konkret im Visier hatte wie im Fall der pleitegegangenen Rechteagentur ISL, die Fifa-Funktionäre über viele Jahre mit mehr als 140 Millionen Schweizer Franken geschmiert hatte, dann wurden diese Ermittlungen gegen eine Geldzahlung eingestellt.



ARND WIEGMANN / REUTERS



JAVIER GALEANO / REUTERS



PASCAL MORA / THE NEW YORK TIMES / LAIF

Fifa-Chef Blatter (o.), Ermittler der US-Behörden bei Einsatz gegen den Fußball-nationalverband Concacaf in Miami Beach, Abtransport verhafteter Fifa-Vertreter in Zürich

Dass Blatters Günstlingssystem nun mit epischer Wucht in sich zusammenbricht, hat vor allem damit zu tun, dass die US-amerikanischen Strafverfolger sich eingeschaltet haben. Seit einigen Jahren ermittelt die Justiz in den Vereinigten Staaten gegen den US-Bürger Chuck Blazer, einen früheren Blatter-Intimus. Blazer war von 1996 bis 2013 Mitglied im Exekutivkomitee der Fifa, für diese Zeit wiesen ihm die Fahnder Steuerhinterziehung in Millionenhöhe nach.

Den Ermittlern in New York war schnell klar geworden, wen sie da in ihrer Gewalt hatten. Es gelang ihnen, Blazer zum Kronzeugen zu machen: Er bekannte sich schuldig und packte aus. Mittlerweile ist die Angelegenheit Chefsache, US-Justizministerin Loretta Lynch, eine frühere Bundesstaatsanwältin in New York, hat es sich offensichtlich zur Aufgabe gemacht, Blatters Imperium zu Fall zu bringen. In der Terminologie der US-Ermittler ist die Fifa eine „racketeer-influenced and corrupt organization“ – eine vom organisierten Verbrechen beeinflusste und korrupte Organisation.

Das Internationale Olympische Komitee (IOC) steckte 1999 in einer ähnlich existenzbedrohenden Situation wie jetzt die Fifa. Ein Mitglied des Exekutivkomitees hatte öffentlich gemacht, mit welch korrupten Methoden sich Salt Lake City die Winterspiele erkauft hatte. Die Olympioniken nutzten damals die Krise als Chance. Sie rangen ihrem Präsidenten Juan Antonio Samaranch, der fast zwei Jahrzehnte lang wie ein Pate das Milliardengeschäft mit den fünf Ringen kontrolliert hatte, ein Reformprogramm ab – und sie wählten

im Juli 2001 mit dem Belgier Jacques Rogge einen neuen Präsidenten aus ihren eigenen Reihen, der unbelastet und mehrheitsfähig war.

Diese Chance zur Selbstreinigung hat Blatters Fifa verpasst. Es hätte sie 2001 nach dem Kollaps der Rechteagentur ISL gegeben. Es hätte sie im Jahr 2010 nach der skandalumwitterten Vergabe der Fußballweltmeisterschaften 2018 und 2022 an Russland und Katar gegeben. Und es hätte sie 2011 gegeben, als der Katarer Mohamed Bin Hammam in einer wahren Bestechungsorgie versuchte, Blatters Nachfolger zu werden.

Seit 1998 hat Joseph S. Blatter die Fifa geführt, mal war er Feldherr, mal Charmeur. Es ist ein Wunder, dass es so lange gut ging. Das Geld war es ganz offensichtlich nicht, das ihn antrieb. Blatter hat keine teuren Hobbys, keine Jacht, er führt ein vergleichsweise bescheidenes Privatleben.

Was den klein gewachsenen Mann aus dem Wallis, der auch schon als Hotelpage und Sportjournalist gearbeitet hat, an seinem Job faszinierte, war die Macht. Blatter wurde behandelt wie ein Staatschef. Er logierte in den besten Hotels. Er flog meist im Privatjet. Er sammelte Ehrentitel und Orden, Deutschland verlieh ihm das Große Bundesverdienstkreuz. Und er träumte vom Friedensnobelpreis.

Blatter sah sich immer als Erneuerer, der den Fußball globalisiert, ihn nach Afrika gebracht hat, nach Asien, in die Vereinigten Staaten, in die muslimische Welt. Er möchte in die Geschichtsbücher eingehen als derjenige, der den Fußball für alle Hautfarben, alle Rassen, alle Klassen geöffnet hat. Als Weltenbeglücker, der mehr zur Völkerverständigung und zur Versöhnung beigetragen hat als jede Resolution der Vereinten Nationen. Kleiner macht Blatter es nicht.

Anfang Juni kommt in den USA ein Spielfilm in die Kinos. Er heißt „United Passions“ und erzählt genau diese Story. Der Film hat 24 Millionen Euro gekostet, aber das ist nicht das Problem: Der Film muss kein Geld verdienen, die Fifa hat ihn fast vollständig finanziert. 20 Millionen Euro sind geflossen, weil Blatter es so wollte.

Insider sagen, dafür durfte er das Drehbuch auf Fehler hin überprüfen. Was nichts anderes bedeutet, als dass er de facto der entscheidende Produzent des Films ist. Wie überall gilt auch im Film: Wer die Musik bezahlt, bestimmt, was gespielt wird.

Es ist ein fürchterlich missratenes Machwerk, unklare Charaktere, sprunghafte Handlung, seltsame Dialoge, eher eine unfreiwillige Satire, ein Scherz der Filmgeschichte, erzählt an wahren Ereignissen, aber mit fiktionalisierten Dialogen. Und doch ist es ein geradezu wahrheitsgetränkter Film. Denn er zeigt, wie Joseph Blatter die Welt sieht und die Fifa und vor allem sich selbst: als Kämpfer und Held und Retter des Fußballs.

Erst nach den Verhaftungen des 27. Mai holt die Wirklichkeit ihn ein. Blatter, der Reisepräsident, der Mann, der an 250 Tagen im Jahr unterwegs war, traut sich kaum noch aus der Schweiz heraus. Nach St. Petersburg fliegt er schon noch, zu seinem Freund Wladimir Putin, der ihn für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen hatte.

Aber nach Deutschland, wo das Finale der Champions League zwischen dem FC Barcelona und Juventus Turin stattfindet? Nach Kanada, wo die Frauen-WM gespielt wird? Nach Neuseeland, wo die U-20-Junioren ihre Weltmeisterschaft austragen? Seine US-Anwälte raten ihm dringend davon ab, Länder zu besuchen, die Auslieferungsvereinbarungen mit den Vereinigten Staaten haben.

Die US-Ermittler lassen ihn zappeln. Gibt es ein Ermittlungsverfahren gegen ihn, wie es die „New York Times“ behauptet, die anonyme Quellen aus den Kreisen der Strafverfolger zitiert? Oder ist dies nur eine Finte der FBI-Jäger, die Blatter nervös machen soll, unter Druck setzen, zu einem Fehler verleiten?

Es ist ein Montag Mitte September, als Michael Lauber, der Chef der Schweizer Bundesanwaltschaft, und die amerikanische Justizministerin Loretta Lynch im Zürcher Renaissance-Hotel vor die internationale Presse treten. Die Botschaft ihres gemeinsamen Auftritts ist klar: Die Ermittlungen in Blatters Schattenreich haben sowohl für die Schweiz als auch für die USA weiterhin oberste politische Priorität, beide Länder arbeiten engstens zusammen, niemand bei der Fifa soll sich zu sicher fühlen. Die „nächste Runde an Anklagen“ stehe bevor, sagt Lynch, „basierend auf weiteren Beweisen, die wir erhalten haben“.

Zufall oder nicht: Nur wenige Tage nach Lynchs Besuch in der Schweiz erreichen die seismischen Wellen des Korruptionsskandals erstmals auch Blatter persönlich. Die Schweizer Bundesanwaltschaft erklärt, dass sie gegen den Fifa-Chef wegen des Verdachts der Untreue ermittelt.

Blatter hat dem Uefa-Präsidenten Michel Platini im Februar 2011 zwei Millionen Schweizer Franken überwiesen. Sowohl Blatter als auch Platini behaupten bei ihren Vernehmungen im Zürcher Fifa-Hauptquartier, das Geld sei Teil eines Beraterhonorars für Platini gewesen, der Blatter in den Jahren zwischen 1999 und 2002 konsultierend zur Seite gestanden hat. Blatter wird als Beschuldigter vernommen, Platini als sogenannte Auskunftsperson, im Schweizer Strafrecht ein Status zwischen Zeugen und Beschuldigtem.

Auf die entscheidenden Fragen allerdings haben beide keine Antworten: Warum floss das Geld erst fast zehn Jahre nach der angeblichen Beratertätigkeit? Und warum gibt es darüber keine schriftliche Vereinbarung?

Dies ist der Schlag, der beim Weltverband alles zum Einsturz bringt. Am 8. Oktober suspendiert die Recht sprechende Kammer der Fifa-Ethikkommission sowohl Blatter als auch Platini für 90 Tage. Damit ist nicht nur der Fifa-Präsident erledigt, sondern auch der Mann, dem die größten Chancen eingeräumt worden waren, bei der geplanten Wahl am 26. Februar 2016 zu Blatters Nachfolger gekürt zu werden.

Es ist ein deutscher Richter, der Blatters vorzeitiges Ende besiegelt: Hans-Joachim Eckert, Leiter der Recht sprechenden Kammer der Fifa-Ethikkommission, im Hauptberuf Vorsitzender Richter der 6. Strafkammer des Landgerichts München I, ein ausgewiesener Korruptionsexperte. Die neue Ethikkommission hat im Sommer 2012 ihre Arbeit aufgenommen, gegen den Widerstand zahlreicher Mitglieder des Exekutivkomitees, mit der Unterstützung Blatters. Der Fifa-Präsident, in dessen Amtszeit der Weltverband zu einer der meistverachteten Institutionen verkommen war, gefiel sich in der Pose des Modernisierers.

Auffällig war bis zu Blatters Suspendierung, dass die Ethikkommission fast ausschließlich Gegner und Feinde des Fifa-Präsidenten wegen Korruptionsvorwürfen sanktioniert hatte, Mohamed Bin Hammam aus Katar etwa oder Jack Warner aus Trinidad und Tobago.

Blatter selbst kam meist erstaunlich gut weg. In seinem Urteil über den ISL-Skandal hatte Eckert Blatter allenfalls dafür getadelt, dass er sich als Präsident „ungeschickt“ verhalten habe. Und in seinem Bericht über den Report des Kommissionskollegen Michael Garcia, der die Korruptionsvorwürfe um die Vergabe der Fußballweltmeisterschaften 2018 an Russland und 2022 an Katar untersucht hatte, sprach Eckert die Fifa von allen Vorwürfen frei. Mehr noch: Er beschrieb Blatter als denjenigen, der die interne Aufklärung im Weltverband erst möglich gemacht habe.

Den Vorwurf, ein „Blatter-Versteher“ zu sein, wies Eckert stets empört von sich. „Entweder Blatter klärt auf, oder er ist weg“, hatte der Richter zu seinem Amtsantritt bei der Fifa gesagt.

Eckert hat recht behalten: Blatter ist weg. Aber es war nicht die Ethikkommission, die ihn vom Thron gejagt hat. Es waren die Ermittlungen der Strafverfolger in den USA und der Schweiz. Sie sind mit ihren Aufräumarbeiten noch lange nicht fertig.

Michael Wulzinger



Animation:
Wie funktioniert die Fifa?

spiegel.de/jc2015fifa
oder in der App DER SPIEGEL

Kita-Streik
1,8 Millionen vom Streik betroffene Kinder; 9 Verhandlungsrunden; Ergebnis: 3,7 Prozent mehr Lohn



MICHAEL SCHICK / IMAGO

Im Streikland

Arbeitsmarkt Ob Lokführer oder Piloten, Flugbegleiter, Postboten oder Erzieherinnen: Irgendeine Gruppe scheint immer im Ausstand. Die Bürger fühlen sich als Geiseln.

Über Geld spricht man nicht? Falsch. Über Geld wird ständig gesprochen – und gestritten. Vor allem über Geld, das man nicht hat, aber haben will. Denn wer bekommt schon, was er, nach eigener Einschätzung, verdient?

Die Erzieherinnen jedenfalls nicht und die Lokomotivführer auch nicht. Die Piloten und Flugbegleiter vielleicht schon, aber die wollen, dass das so bleibt. Und die Postboten haben Angst, dass sie abrutschen und bald viel weniger bekommen.

Das ist der Ausgangspunkt für fünf Arbeitskämpfe in diesem Jahr. Deutschland sei ein Streikland geworden, heißt es deshalb in vielen Kommentaren und Schlagzeilen. Das stimmt. Und stimmt auch nicht. Es wird nicht mehr gestreikt als früher. Nur anders. Beziehungsweise: von anderen.

Die großen Arbeitskämpfe der bundesdeutschen Wirtschaftsgeschichte fanden, vom Streik der Müllmänner im öffentlichen Dienst einmal abgesehen, meist in der Industrie statt, vor allem bei den Autokonzernen, denn da hatte die IG Metall, Deutschlands mächtigste Gewerkschaft, ihre kämpferischste Gefolgschaft. Und in diesem prosperierenden Wirtschaftszweig gab es regelmäßig eine Menge zu holen: mehr Lohn und kürzere Arbeitszeiten.

Der Bürger bekam von alldem kaum mehr mit als die Schlagzeilen in den Zeitungen und die Berichte in der „Tagesschau“. Die Unternehmen trafen die Folgen dafür umso härter, oft genügten gezielte Nadelstiche, etwa punktuelle Streiks bei Zulieferern, um die fein austarierten Produktionsabläufe zum Stillstand und die Arbeitgeber zum Einlenken zu bringen.

Deshalb war der Spuk meist schnell vorbei. Die Kontrahenten trafen sich, gern in den frühen Morgenstunden, irgendwo in der Mitte zwischen dem extrem niedrigen Angebot der Arbeitgeber und der künstlich hochgeschraubten Forderung der Gewerkschaften, und beide Seiten feierten sich danach als Sieger.

Die Streiks in diesem Jahr sind anders. Sie finden nicht in der Industrie, sondern im Dienstleistungsgewerbe statt, meist bei ehemaligen Staatsunternehmen. Der Streik der Lokführer bei der noch im bundeseigenen Besitz befindlichen Deutschen Bahn, die 417 Stunden lang die Arbeit einstellten, trifft deshalb die Bevölkerung unmittelbar: Die Bürger fühlen sich als Geiseln.

Es geht um sehr grundsätzliche Fragen: um Privilegien aus der Vergangenheit oder um gesellschaftliche Anerkennung. Klassische Kompromisse wie in traditionellen Tarifverhandlungen lassen sich bei solchen Themen kaum finden. Und deshalb gibt es am Ende immer einen Gewinner.

Und einen Verlierer: Beim Arbeitskampf der Postbediensteten war das die Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di. Sie wollte unter allen Umständen verhindern, dass die Post Pakete künftig von eigens gegründeten Tochterfirmen verteilen lässt, die Mitarbeiter weit unter dem Post-üblichen Niveau beschäftigt.

Die Deutsche Post AG, hervorgegangen aus der staatlichen Bundespost, ist längst ein weltweit erfolgreicher Logistikkonzern, ein sogenannter Global Player, geführt von einem ehemaligen McKinsey-Berater, dem Naturwissenschaftler Frank Appel. Das Unternehmen erwirtschaftet beachtliche Gewinne, die Aktionäre erfreuen sich seit Jahren am steigenden Aktienkurs und an einer hohen Dividende.

Appel will, dass das so bleibt. Und daran hindern ihn, so sieht er es, zunehmend die Löhne und Gehälter, die er seinen Mitarbeitern zahlen muss. Denn die orientieren sich noch immer an den Standards des einstigen Monopolisten.

Ein Monopol aber hat die Post schon lange nicht mehr, schon gar nicht im deutschen Paketgeschäft. Das wächst zwar kontinuierlich, weil die Deutschen immer mehr Waren online bestellen. Aber kosten sollen die Lieferung und die häufig nötige Rücksendung der Waren den Kunden nichts, weshalb die Onlinehändler die Konditionen der Paketdienste möglichst weit nach unten drücken.

Das Problem der Post: Sie konkurriert in diesem Geschäft mit Unternehmen, die ihren Mitarbeitern teilweise nur die Hälfte dessen bezahlen, was die Postler bekommen. Appels Lösung: Der Konzern gründete für die Paketzustellung eigene Gesellschaften, die ihre Mitarbeiter nach dem Tarifvertrag des Logistikgewerbes und damit weit unter den Postkonditionen entlohnen. In den vergangenen Jahren hatte der Konzern Zusteller nur noch befristet eingestellt, die konnten nun nach Ablauf ihrer Befristung in den neuen Gesellschaften unbefristet eingestellt werden.

Ein fairer Deal nach Ansicht der Post, denn ihre neuen Billigableger zahlen immer noch besser als die anderen Paketdienste. Eine Unverschämtheit nach Ansicht der Gewerkschaft, denn auf diese Weise wolle der Konzern seinen Gewinn

weiter steigern – zum Vorteil der Aktionäre, auf Kosten der neuen Mitarbeiter.

52 Tage lang streiken teilweise über 30 000 Postmitarbeiter gegen die Pläne der Konzernführung an, Millionen Briefe und Pakete stapeln sich in den Auslieferungszentren, am Ende setzt sich das Management durch: Die Billiggesellschaften bleiben.

Beim Tarifkampf der Postler gehörte die öffentliche Sympathie den Streikenden. Für den Arbeitskampf der Piloten aber haben nur wenige Verständnis – obwohl es eigentlich um dieselbe Sache geht: um ein ehemaliges Staatsunternehmen, dessen Mitarbeiter aus alten Zeiten Gehälter und Privilegien genießen, die heute nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Doch Piloten und selbst das Kabinenpersonal sind im Vergleich zu Paketzustellern Großverdiener, und die Lufthansa hat im Gegensatz zur Post ihre besten Zeiten hinter sich. Sie verdient inzwischen so wenig, dass sie Mühe hat, die notwendige Erneuerung der Flugzeugflotte zu finanzieren.

Lufthansa-Chef Carsten Spohr will deshalb einen Billigableger namens Eurowings mit Sitz in Wien gründen und das Personal dort zu ganz anderen Konditionen einstellen. Die Beschäftigten fürchten, dass die eigentliche Lufthansa immer weiter ausgedünnt wird und damit ihre berufliche Perspektive.

Das ist der Kern beider Konflikte, auch wenn offiziell über die Alters- und Übergangsversorgung verhandelt wird. 13-mal schon hat allein die Pilotengewerkschaft Vereinigung Cockpit deshalb gestreikt, eine Lösung wurde bisher nicht gefunden.

Weil es den Piloten so offenkundig um etwas anderes geht, hat das hessische Landesarbeitsgericht deren letzten Streik verboten. Auslagerungen, wie von der Lufthansa geplant und der Post bereits praktiziert, sind unternehmerische Entscheidungen. Dagegen können die Arbeitnehmer und ihre Vertreter in den Aufsichtsräten opponieren, aber nicht streiken. Jedenfalls nicht so offenkundig, wie es die Vereinigung Cockpit tat.

Das Ziel, den eigenen Besitzstand zu bewahren, ist menschlich verständlich, aber in Zeiten schnellen Wandels gefährlich. Lufthansa-Chef Spohr droht den Piloten unverhohlen: Je mehr ihr rausholt, desto weniger Flüge können künftig unter der Marke Lufthansa mit entsprechend besoldetem Personal geflogen werden.

Rüdiger Grube, Spohrs Kollege von der Bahn, kann den Verkehr weder ins Ausland verlagern noch Billigtöchter gründen. Und drohen kann er den Beschäftigten auch nicht: Der Schienenkonzern gehört noch immer dem Bund.

Dem Streik der Lokführer hat er deshalb wenig entgegenzusetzen. Zumal er es mit einem Mann zu tun hat, der gegen alle Anfeindungen der Öffentlichkeit immun zu sein scheint: Claus Weselsky, Vorsitzender der Lokführergewerkschaft GDL.

Neunmal lässt Weselsky die Lokführer streiken. Möglicherweise mit bleibenden Folgen: Wer notgedrungen auf die neue Billigkonkurrenz der Fernbusse umsteigen muss, ist für die Bahn als Kunde vielleicht für immer verloren.

Die Streiks sind bei Bahnkunden auch deshalb so unpopulär, weil es der GDL nicht nur um eine bessere Entlohnung ihrer Mitglieder geht, sondern um ihre Macht: Sie will auch für andere Berufsgruppen der Bahn Tarifverträge aushandeln, für die bisher die größere Konkurrenzgewerkschaft EVG zuständig ist.

Am Ende setzt sich die GDL weitgehend durch. Es kommt in Arbeitskämpfen eben nicht darauf an, wer die besseren Argumente hat, sondern wer am längeren Hebel sitzt. Deshalb mussten am Ende die Beschäftigten kommunaler Sozial- und Erziehungseinrichtungen klein beigeben. Ihre Forderung nach – durchschnittlich immerhin zehn Prozent – mehr Bezahlung und damit einer gesellschaftlichen Aufwertung ihrer Arbeit stieß auch bei betroffenen Eltern von Kita-Kindern auf viel Verständnis. Aber die Kassen der Kommunen sind leer, sie können sich solche Lohnsteigerungen nicht leisten. Wohl aber lange Streiks: Allein die Stadt Dortmund sparte dadurch drei Millionen Euro an Gehältern ein. Manche Kommunen wollen die eingesparten Kosten zum Teil wieder an die Eltern zurückgeben.

Nun sollen die Beschäftigten im Schnitt 3,7 Prozent mehr erhalten. Das ist weit von der Ursprungsforderung entfernt und nah am Spruch der Schlichter, den die Ver.di-Mitglieder noch abgelehnt hatten.

Ist das nun gerecht? Oder nicht? Zu viel? Oder zu wenig? Und wenn ja, im Verhältnis zu wem oder was?

Darüber kann man lange diskutieren. Und deshalb wird weiter über Geld gestritten werden – und für mehr Geld gestreikt.

Armin Mahler



Streikender Mio bei einer Demonstration in Bad Vilbel

Lokführerstreik
417 Stunden Streik;
9 Streikrunden;
16 Verhandlungsrunden



Triumph

Russland Wladimir Putin rüstet sein Land auf, militärisch und ideologisch – für kriegerische Abenteuer wie in Syrien. Das Russland von heute hat erschreckende Ähnlichkeiten mit der alten Sowjetunion.
Von Christian Neef

Warum sich nicht mal gemeinsam freuen mit Wladimir Putin an diesem Samstag, dem 9. Mai? Das sei der „wichtigste, der ehrlichste Feiertag unseres Landes“, so hat er bei einem Treffen mit Kriegsveteranen gesagt, „es ist der Tag des Großen Sieges“.

Und nun ist er da, und es stimmt fast alles am 9. Mai 2015: Die Sonne strahlt auf Moskau hinab, die Tribünen auf dem Roten Platz sind mit Gästen aus aller Welt gefüllt. Und am Rande der Twerskaja uliza, der Straße, die vom Weißrussischen Bahnhof zum Kreml führt, drängt sich erwartungsfroh und fähnchenschwingend das Volk. Die Menschen sind nicht dorthin bestellt worden, sie sind freiwillig gekommen.

Punkt zehn, mit dem Glockenschlag vom Spasski-Turm, beginnt die Parade zum 70. Jahrestag des Sieges im „Großen Vaterländischen Krieg“, wie die Russen ihren Kampf gegen Hitler nennen. Es wird die bislang größte Militärschau: 15 000 Soldaten marschieren über den Roten Platz, 200 Panzer, Geschütze und Raketen rollen die Twerskaja uliza hinunter, und dann dröhnen 140 Kampfflugzeuge heran, einen Schweif in Weiß, Blau und Rot hinter sich lassend, den Nationalfarben der Russischen Föderation.

Am Nachmittag ziehen über 100 000 Menschen durch die Stadt, mit den Bildern ihrer Väter oder Großväter, die am Krieg teilgenommen haben. Und als abends der Siegessalut geschossen wird, fahren die Moskauer hupend in ihren Autos durch die Stadt, als hätte Russland an diesem Tag die Fußball-WM und die Eishockeyweltmeisterschaft zugleich gewonnen.

Der 9. Mai, seit 1965 arbeitsfrei, war immer der bewegendste Feiertag im Land, der einzige vielleicht, der das Volk wirklich einte. Er war ein Tag des persönlichen Gedenkens, vor allem, als die Russen nach Stalins Tod



und Trotz

Präsident Putin in Sankt Petersburg beim Besuch einer neuen Ausstellung, die die Schlacht um Berlin 1945 zeigt

ITAR-TASS / IMAGO

von den wirklichen Verlusten im Großen Vaterländischen Krieg erfuhren: Rund 27 Millionen Menschen, überwiegend Zivilisten, verloren in den vier Jahren ihr Leben.

Und doch ist an diesem 9. Mai 2015 manches anders als sonst.

Da ist zum einen das schwarz-orangefarbene Georgsband, das nahezu jeder ans Revers gesteckt oder an der Autoantenne befestigt hat – eine Schleife, die dem Ordensband des zaristischen Georgsordens entlehnt und das Bekenntnis zu einem starken Russland und zur Annexion der Krim geworden ist. Sie symbolisiert Triumph und Trotz, sie ist eine Botschaft an die Welt „da draußen“, wie es in den Zeitungen heißt. Sie besagt: „Wir lassen uns unsere Siege nicht nehmen.“

In den offiziellen Reden zu diesem Tag ist weniger von Trauer, Tränen und vom Gedenken die Rede, sondern davon, dass der 9. Mai diesmal eine Demonstration gegen die „Rehabilitierung des Faschismus in Europa“ und gegen die „Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs“ sei. Gemeint ist der von Russland unterstützte Krieg in der Ukraine, der nun als neuer Großer Patriotischer Krieg gegen wiedererstandene Nazikräfte gilt. Die Moskauer Siegesfeier ist zum Politikum geworden, denn in Europa brechen seit Beginn der Ukrainekrise die alten Gräben auf.

Auf der Ehrentribüne am Kreml ist das zu sehen: 68 Spitzenpolitiker waren zur Parade eingeladen, darunter die wichtigsten der westlichen Welt. Aber nur 27 sind gekommen: kein Barack Obama, kein David Cameron, kein François Hollande. „Bei der Parade neben jenen zu stehen, die im Osten der Ukraine Waffen gegen Zivilisten einsetzen – das wäre für mich, gelinde gesagt, doppelbödig“, sagt der Pole Donald Tusk, Präsident des Europäischen Rats.

Bösartig sei die Entscheidung Amerikas und Europas, den Feiern zum 9. Mai fernzubleiben, das ist die offizielle Lesart in Moskau. Sie sei Teil einer langfristigen Strategie, Russland als Großmacht auszuschalten. Man hätte diese westlichen Staats- und Regierungschefs nie einladen dürfen, erregt sich der Rechtspopulist Wladimir Schirinowski. „Denn die Nato-Länder bereiten einen Krieg gegen Russland vor.“

Ist das eine böswillige Verdrehung der Fakten? Bloße Übertreibung? Politischer Infantilismus oder einfach Weltfremdheit?

Es ist Methode, Teil einer Gehirnwäsche, die seit dem Beginn des Ukrainekriegs auf Hochtouren läuft. Die USA und die alte europäische Welt seien degradiert, Russland sei dagegen das einzige Land, das traditionelle Werte noch verteidige. Dadurch sei es zum Todfeind des Westens geworden und müsse sich entsprechend verteidigen, so lautet die neue Staatsideologie. Sie hat zu einer beängstigenden Militarisierung des Denkens geführt. Die pompöse Militärschau an die-

Würde ein Zeitreisender aus der späten UdSSR ins Jahr 2015 katapultiert, würde er kaum Veränderungen bemerken.

sem 9. Mai symbolisiert diese Kehrtwende nur auf besonders skurrile Weise.

In den TV-Nachrichten werden an fast jedem Abend neue russische Waffen vorgeführt mit dem Hinweis, es gebe nichts Vergleichbares im Rest der Welt. Der neue „Wunder-Panzer“ namens Armata, liebevoll mit dem Frauennamen „Mascha“ bedacht, ist wochenlang ein Medienthema: Er werde „die ganze Welt in Erstaunen versetzen“, schreibt das Massenblatt „Komsomolskaja prawda“, dessen Leser jede Woche mit der Zeitung eine achtseitige Armeebeilage bekommen.

Generäle erstatten Putin im Fernsehen regelmäßig Bericht, welche neue Kampftechnik den Streitkräften übergeben worden sei: „4500 Einheiten allein in den letzten drei Monaten, darunter sieben neue Flugzeuge und sechs Hubschrauber sowie das U-Boot ‚Stary Oskol‘“, so der Rapport im Juli. Putins Kommentar dazu: „Wenn wir siegen wollen, dann müssen unsere Waffen auch die besten sein.“ Als Volksspektakel wird die Rüstungsmesse „Armee 2015“ inszeniert, die im Sommer in Kubinka vor den Toren Moskaus stattfindet. Über 200 000 Menschen reisen an, ganze Familien, um die dort gezeigten Hubschrauber, Panzer, Flugabwehrsysteme oder nuklearen Interkontinentalraketen zu bestaunen. Hier soll auf 54 Quadratkilometern ein militär-patriotischer Freizeitpark entstehen, in dem Besucher Waffen ausprobieren, Fallschirmsprünge trainieren und die Erprobung von Kriegsgerät mitverfolgen können. Ausgerechnet die Rüstungsbranche preist der Kreml als Motor für Wachstum und Innovation, eine Modernisierung des Landes führe allein über sie, behauptet Putin bei der Eröffnung der Schau.

Wahr ist: Seit 2012 werden enorme Summen in die Modernisierung der Armee investiert, 70 Prozent der Waffen und Ausrüstungen sollen bis 2020 ersetzt werden. Zwar werden die USA in Russlands Medien nur noch mit Häme und Hass bedacht, aber diese Alltagspropaganda verdeckt auch ein großes Stück Neid: Russland möchte die Größe Amerikas erreichen.

Seit 2011 sind die Ausgaben für Verteidigung und Sicherheit auf über 61 Prozent des Haushalts gestiegen. Trotzdem beträgt das Militärbudget nur einen Bruchteil des amerikanischen. Personell ist Russlands Armee nur etwa halb so groß, auch bei der Zahl der Kampfflugzeuge kann sich Moskau nicht annähernd mit Washington messen. Dafür liegt es bei Panzern und nuklearen Sprengköpfen vorn. Die Rückstände aufzuholen ist Moskaus Ziel.

Aber dafür braucht es die Unterstützung der Bevölkerung. Denn nach der Befriedigung der militärischen Bedürfnisse bleiben für den Rest aller Staatsausgaben nur gut 38 Prozent des Budgets. Und das in einer Situation, da sich die Wirtschaftslage verschlechtert, die Löhne sinken. Russlands Anteil am Welt-Bruttoinlandsprodukt wird laut IWF mit 1,6 Prozent 2015 den niedrigsten Wert seit zehn Jahren erreichen.

Jurij Saprykin, Kolumnist beim kremlkritischen Wochenmagazin „Nowoje wremja“, findet dafür einen hübschen Vergleich. Würde ein Zeitreisender aus der späten UdSSR ins Jahr 2015 katapultiert, würde er kaum Veränderungen in seinem Land bemerken. Vieles käme ihm bekannt vor: in den Zeitungen die Karikaturen über den amerikanischen Präsidenten, im Radio die Meldungen, dass das Pentagon in Europa neue Nuklearraketen stationiere,


AFP

Parade am 9. Mai auf dem Roten Platz in Moskau: „Der ehrlichste Feiertag unseres Landes“

und in der Straßenbahn die Gespräche der Rentner über einen drohenden Krieg. Dazu die überall präsenten Filme, in denen russische Panzer den Feind massakrieren.

Eines aber würde den Gast aus der Vergangenheit irritieren, sagt Saprykin: der aggressive Ton dieser Debatten und dass der Kreml nicht wie damals bei seinen militärischen Drohungen dem Westen gleichzeitig mit dem Ölzweig winke und zumindest formal zur Abrüstung aufrufe. Ja, dass sich der Kreml fast freudig die Hände reibe, wenn Amerika ihm einen Vorwand zu militärischer Aufrüstung gebe.

Ihm falle auch auf, so Saprykin, dass sich das Bild der Armee im öffentlichen Bewusstsein geändert habe: Die alte Vorstellung über den Wehrdienst als unausweichliches Unglück, vergleichbar mit Armut oder Gefängnishaft, hätten die Russen zu den Akten gelegt. „Die neue Armee – das sind die Uniformen des Peterburger Designers Leonid Alexejew, die schicken Tarn-Jeeps vor dem neuen Militärladen im Zentrum Moskaus oder die ‚Topol‘-Atomrakete, die nun plötzlich neben Gagarins Rakete auf dem Moskauer Ausstellungsgelände WDNCh steht. Armee – das ist jetzt sexy.“

Wohlgemerkt: Das ist eine russische Beobachtung. Dem Ausländer, der seit Jahren in Moskau lebt, fällt dieser Sinneswandel noch mehr auf. Junge Leute tragen plötzlich T-Shirts mit „höflichen Menschen“ drauf – jenen Soldaten ohne Hoheitsabzeichen, die 2014 die Krim besetzt haben. 61 Prozent der Jugendlichen sagen in einer Umfrage, sie seien nicht nur bereit zum Wehrdienst. Nein, sie würden nun sogar sehr gern einrücken.

39 Prozent sehen in der Armee ein Vorbild zur Gestaltung der Gesellschaft, und zwei Drittel der Befragten wollen Militärs in staatlichen Strukturen sehen, wo es bereits viele von ihnen gibt. Putins Propaganda, wonach Russland umzingelt und eine Festung menschlicher Tugenden sei, die es offensiv zu verteidigen gelte, hat offenbar gewirkt. Die „äußere Gefahr“ sei in allen Epochen der russischen Geschichte ein entscheidender Faktor bei der Zentralisierung der Macht und der Organisation der Streitkräfte gewesen, sagt die Moskauer Professorin Irina Glebowa: „Der militärische Typ des Bewusstseins wurde daher der bestimmende für die nationale Mentalität.“ Jetzt sei eines aber besonders schlimm, ergänzt Jurij Saprykin: „Russland wartet nicht ohne Begeisterung auf einen großen Krieg.“

Die wachsende Aggressivität im offiziellen wie im privaten russischen Denken wird zusätzlich befeuert durch eine Debatte über Ursache, Anlass und Hintergründe des Zweiten Weltkriegs. Wladimir Putin unterstellt dem Westen, er wolle die Geschichte dieses Kriegs umschreiben und den russischen Anteil am Sieg kleinreden.

Es sind aber vor allem Länder Osteuropas, die ihre Geschichtsschreibung überdenken – Länder, die einst zum sowjetischen Einflussbereich gehörten und damals die Sicht Moskaus übernahmen.

Mit Warschau gerät Moskau im 70. Jahr nach Kriegsende besonders aneinander. Als die Polen in Pieniężno, dem früheren ostpreußischen Ort Mehlsack, ein Denkmal für einen dort gefallenen sowjetischen Armeegeneral demontieren, versteigt sich der russische Botschafter in Warschau zu der Behauptung, Polen habe eine Mitverantwortung für den Beginn des Zweiten Weltkriegs – es habe die Bildung einer Koalition gegen die Nationalsozialisten blockiert.

Der Botschafter macht Polen auch mitverantwortlich für den Einmarsch der Roten Armee im September 1939, den Stalin und Hitler in einem Geheimpakt vereinbart hatten. Die Invasion sei notwendig gewesen, „um die Sicherheit der Sowjetunion zu garantieren“, erklärt er.



SERGEI VENYAVSKY / AFP

Russische Kadetten auf einer Waffenmesse in Rostow am Don: Ein Tag des persönlichen Gedenkens

Putin unterstellt dem Westen, er wolle die Geschichte des Zweiten Weltkriegs umschreiben.

Zum größten Schlachtfeld der Geschichtsinterpretation aber ist die Ukraine geworden. Denn die Kiewer Regierung hat in diesem Jahr den 8. Mai zum zweiten Feiertag neben dem 9. Mai erklärt, also jenen Tag, an dem Westeuropa sich an das Kriegsende erinnert. Die Ukraine will künftig nicht mehr nur der Teilnehmer am Großen Vaterländischen Krieg gedenken, sondern der Opfer des Zweiten Weltkriegs insgesamt. Unter die Opfer fallen damit auch jene Ukrainer, die auf der Seite Hitlers gegen die Sowjetunion und Stalin kämpften: nationalistische Untergrundverbände und ukrainische Hilfspolizisten.

Ebendas ist für die Moskauer Propaganda Anlass genug, den Kampf der Separatisten im Osten der Ukraine zu einem erneuten Kampf gegen Faschisten zu erklären, ja faktisch zu einer Wiederauflage des Großen Vaterländischen Kriegs.

In Russland selbst werden diese propagandistischen Volten nicht hinterfragt. Die Mehrheit des Volkes, von der Komplexität des internationalen Geschehens verwirrt, hat sich den einfachen Erklärungen des Kreml angeschlossen. Sie hat nichts daran auszusetzen, dass Putin die Krim besetzt, obwohl die in Wirklichkeit bis dahin kein Konfliktpunkt gewesen war. Sie hat nichts dagegen, dass in der Ostukraine reguläre russische Soldaten kämpfen. Und dass nun selbst im fernen Syrien russische Militärs in den Krieg eingreifen.

Als russische Flieger am 30. September in Syrien ihre ersten Bomben abwerfen, bricht zu Hause Enthusiasmus aus. „Genau auf den Punkt“, freut sich auf Twitter KP-Chef Gennadij Sjuganow. „Jetzt zeigen wir es Amerika“, triumphieren andere.

Um Putin den Rücken für das nahöstliche Abenteuer freizuhalten, tun die Staatsmedien das, was sie schon während des Ukrainekriegs getan hatten. Sie haben eine Kompanie von Kriegsreportern an der syrischen Front, die rund um die Uhr von der Übermacht russischer Waffen und der Befreiung syrischer Orte von Terroristen berichten.

Auf ganzen Seiten feiern die Zeitungen Anfang Oktober den Abschuss von 26 Flügelraketen aus dem Kaspischen Meer Richtung Syrien – über Iran und den Irak hinweg. Dem Westen habe „der Mund vor Staunen offengestanden“, jubelt die „Komsomolskaja prawda“. Die Aktion ist ganz offensichtlich eine Demonstration, die zeigen soll, wozu Russland fähig ist – militärisch hat sie kaum Bedeutung. Die russische Bevölkerung befürwortet den Einsatz eigener Militärs in Nahost, weiß aber gleichzeitig nicht wirklich, welches Ziel Russland in Syrien verfolgt.

Wie gefährlich der militaristische Taumel ist, zeigt sich Ende November. Im türkisch-syrischen Grenzgebiet schießt die türkische Luftwaffe einen russischen Jagdbomber ab, einer der beiden Piloten stirbt – der erste derartige Vorfall zwischen Russland und einem Nato-Mitgliedsland seit Ende des Kalten Krieges.

Eine schwere diplomatische Krise ist die Folge. Sie zeigt: Putin hat sich in Syrien auf ein Spiel eingelassen, das er nicht mehr in jedem Moment zu steuern vermag – auch wenn er seinem Volk diesen Eindruck zu vermitteln versucht. Und dass die Lebensdevise, die sich der auf einem Leningrader Hinterhof groß gewordene Putin zu eigen gemacht hat, brandgefährlich ist: „Mir haben sie dort vor 50 Jahren eine Regel beigebracht: Wenn eine Schlägerei unausweichlich scheint, schlage als Erster zu!“



ALEXANDER AKSAKOV / GETTY IMAGES

Besucher einer Gedenkstätte für russische Helden des Ersten Weltkriegs am 9. Mai in Moskau: Armee – das ist jetzt sexy

Stadtgespräch

Weißwurst in Tel Aviv

Vor 50 Jahren nahmen Israel und die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen auf, ein kompliziertes Verhältnis. Doch inzwischen sind die Deutschen in Israel so beliebt wie nie.

Von Nicola Abé



KITTI HAWK / DER SPIEGEL

Ihr deutsches Lieblingswort sei „Schmetterling“, sagt Lia. „Gammeln“ findet sie auch gut. „Radiergummi“, ruft einer ihrer Klassenkameraden. Ein anderer Schüler mag das Wort „doch“, weil es sich ein wenig rebellisch anhöre. Den Begriff gebe es im Hebräischen und im Englischen so gar nicht. „Dem Vorurteil nach ist Deutsch eine hart klingende Sprache“, sagt er, „aber das stimmt überhaupt nicht, sie ist ganz weich.“

Seit einem Jahr lernen Schüler am Ironi-Alef-Gymnasium im Zentrum von Tel Aviv Deutsch als zweite Fremdsprache, ein Pilotprogramm des Bildungsministeriums an fünf Schulen landesweit. „Eltern und Jugendliche haben danach gefragt“, sagt Schulleiterin Galit Shasho Wahba, „und außerdem kann man kein kultureller Mensch sein, ohne Brecht und Goethe gelesen zu haben.“ Rund 60 ihrer Schüler lernen jetzt Deutsch. Im Sommer 2015 reist sie mit ihnen nach Nürnberg, „an diesen historischen Ort“.

Shasho Wahba kommt selbst aus einer Familie von Holocaust-Überlebenden. Ihr Großvater verbannte noch alles Deutsche aus dem Haus. Nach seinem Tod sei sie erstmals nach Deutschland geflogen – und habe das Gegenteil von all dem vorgefunden, was sie erwartet hatte. „Ein multikulturelles und offenes Land“, sagt sie. „Ich liebe Deutschland.“ Und als Feministin liebe sie auch noch Angela Merkel.

2015 ist ein Jahr der Jubiläen im deutsch-israelischen Verhältnis: Vor 70 Jahren wurde das Konzentrationslager Auschwitz von der Roten Armee befreit, das Datum markiert das Ende des sechsmillionenfachen Mordes der Nazis an den Juden. Vor 50 Jahren, am 12. Mai 1965, nahmen die Bundesrepublik Deutschland und Israel erstmals offiziell diplomatische Beziehungen auf. Seither hat sich vor allem das Bild der Deutschen in der Wahrnehmung der Israelis verändert. Fast 70 Prozent der Menschen stehen dem Land heute positiv gegenüber.

Noch 1950 verbot die israelische Regierung den Handel mit Deutschland. Auch nach der Öffnung des israelischen Marktes für Importe aus Deutschland blieben deutsche Güter lange verpönt. Heute werben israelische Firmen mit dem „Made in Germany“-Siegel. „Carolina Lemke, Berlin“ nennt sich ein Hersteller von Brillen, auf dessen Plakaten das israelische Supermodel Bar Refaeli zu sehen ist. Deutschland steht nicht nur für Qualität, sondern auch für Coolness.

Restaurants und Bars in Tel Aviv servieren Brezeln, Weißwurst und Club-Mate, ein Lieblingsgetränk der Berliner. Das Interesse an Deutschkursen des Goethe-Instituts ist in den vergangenen vier Jahren um 20 Prozent gestiegen. Der israelische Historiker Tom Segev erzählt von seiner Zeit als Korrespondent im Bonn der Siebzigerjahre: „Es gab drei Themen, für die sich die Redaktionen interessierten: Nazis, Juden in Deutschland und arabische Terroristen.“ Die israelischen Zeitungen interessieren sich noch immer sehr für Hitler, berichten heute aber auch über die Rolle Deutschlands in Europa, deutsche Kinofilme oder die Klubszene in Berlin.

Bis zu 40 000 Israelis leben inzwischen in der deutschen Hauptstadt, die zugleich auch einer der beliebtesten Urlaubsorte ist. „Natürlich spielen die hohen Lebenshaltungskosten bei uns eine Rolle“, sagt der Wirtschaftswissenschaftler Roby Nathanson. Aber trotz des starken Geschichtsbewusstseins gebe es eben auch diesen veränderten Blickwinkel. Auch wenn nicht alle die Abwanderung positiv sähen, gelte Deutschland als freundliches Land. „Es gibt eine Normalisierung der Beziehungen, gerade in der jüngeren Generation.“

Auf staatlicher Ebene sieht das anders aus: Ein normales Verhältnis zwischen Deutschland und Israel, sagt der Diplomat Emmanuel Nahshon, sei unmöglich. „Das ist kein Dialog zwischen zwei Ländern“, erklärt er, „es ist ein Monolog mit Berührungspunkten. Wir nutzen einander wie Spiegel.“ Jedes der beiden Länder suche in diesem Dialog immer wieder seine Identität. Das zeige sich auch in Merkels berühmter Rede vor der Knesset im Jahr 2008: Sie erklärte Israels Sicherheit zur deutschen Staatsräson.

In der deutschen Bevölkerung ist das Ansehen Israels eher gesunken. Gerade die Jüngeren, für die die Schuldfrage kaum eine Rolle spielt, halten eine dauerhafte Sonderbehandlung Israels für falsch. „Deutschland hat aus dem Holocaust ganz andere Lehren gezogen als Israel“, sagt Nahshon. Während die Deutschen seither auf universelle Werte pochten, sei die in Israel vorherrschende Schlussfolgerung sehr partikular: Etwas Derartiges dürfe dem jüdischen Volk nie wieder passieren. Diese unterschiedlichen Sichtweisen machten den Dialog kompliziert.

Doch am Ende sind es gerade diese universellen Werte, die viele junge Israelis an Deutschland beeindruckend finden. Yuval, 17, einer der Deutschschüler aus Tel Aviv, möchte später Regisseur werden und vielleicht einmal in Berlin studieren. „Deutschland ist inzwischen eines der nettesten Länder der Welt“, findet er. Das zeige sich gerade jetzt in der Flüchtlingskrise. „Wir sehen, dass sich Deutschland wirklich verändert hat.“

Juni



MILOS BICANSKI / GETTY IMAGES



30.06.2015

Komm, wir finden einen Schatz

Der Parthenon-Tempel auf der Akropolis in Athen diente einst, so heißt es, auch als Schatzkammer. 1687 – der Parthenon war mittlerweile zur Moschee und später zum Munitionslager umfunktioniert worden – beschossen Venezianer das Monument, es explodierte. In diesem Sommer machen nicht nur Touristen dort ihre Erinnerungsfotos. Auch Fernsehreporter nutzen die Ruine gern als symbolträchtige Kulisse für ihre Berichte über Griechenlands Schuldenkrise. Ende Juni bricht Premierminister Alexis Tsipras die Verhandlungen mit der Euro-Gruppe über weitere Finanzhilfen ab. Er beklagt „die Erniedrigung eines ganzen Volkes“ und kündigt ein Referendum über die Sparauflagen an. Griechenland zahlt eine fällige Kreditrate an den Internationalen Währungsfonds nicht zurück, an Bankautomaten kann jeder Grieche pro Tag nur noch maximal 60 Euro abheben, wenn überhaupt. Die Schatzkammer ist leer.



CARL COURT / GETTY IMAGES

07.06.2015

Gruß nach Moskau

Sieben Staats- und Regierungschefs, darunter Angela Merkel, die Gastgeberin, sowie die Präsidenten des Europäischen Rats und der Europäischen Kommission: Das Gruppenbild vom G-7-Gipfel vor Schloss Elmau soll Einigkeit demonstrieren, eine Botschaft an Wladimir Putin, der nicht eingeladen ist. Nicht im Bild: 3000 Delegationsmitglieder, 5000 Journalisten, 20 000 Polizisten und bis zu 7000 Demonstranten.



BESO GULASHVILI / DPA

14.06.2015

Auf der Flucht

Ein schweres Unwetter zerstört den Zoo von Tiflis, der Hauptstadt von Georgien. Viele Tiere sterben, andere können entkommen, darunter Löwen, Wölfe, Bären und ein Nilpferd. Ein Pinguin legt 40 Kilometer zurück, bevor er gefasst werden kann. Ein paar Tage nach dem Unwetter wird ein Mann in einem Baumarkt von einem Tiger getötet.

26.06.2015

Heute ein König

Vier Tage lang ist Queen Elizabeth II. auf Staatsbesuch in Deutschland. In Berlin trifft sie die Kanzlerin und den Bundespräsidenten sowie einen jungen Kollegen: Konrad, 5, trägt zur Feier des Tages einen blauen Königsmantel. Bis zur Wiedereinführung der Monarchie in Deutschland dürfte er aus dem Gewand jedoch herausgewachsen sein.



CHRIS JACKSON / GETTY IMAGES

07.06.2015

Einer geht noch

Am Ende sind es wohl weniger die Krisen selbst, die die beiden Spitzenbanker zu Fall bringen, es ist ihr ungeschicktes Krisenmanagement. Seit 2012 hatten Anshu Jain und Jürgen Fitschen gemeinsam die Deutsche Bank geleitet, als Nachfolger des Schweizers Josef Ackermann. Doch auch unter ihrer Führung kam das einst so stolze Haus nicht aus der Defensive.

Seit Jahren ist die Deutsche Bank vor allem mit sich selbst beschäftigt. Skandale und Rechtsstreitigkeiten zermürben Kunden und Mitarbeiter; Fitschen zum Beispiel muss sich seit April vor dem Landgericht München wegen versuchten Prozessbetrugs verantworten. In anderen Affären geht es um Zins- und Wechselkursmanipulation, um Umsatzsteuerbetrug beim Handel mit CO_2-Rechten oder die Geschäfte der Bank in Russland. Der Druck der Investoren und der Finanzaufsicht wird immer größer.



HANNELORE FÖRSTER / IMAGO

Deutsche-Bank-Chefs Fitschen, Jain
Auch unter ihrer Führung kam die Bank nicht aus der Defensive

Anfang Juni entscheidet der Aufsichtsrat, das Führungsduo zu entmachten. Jain tritt zum 1. Juli zurück, Fitschen wird im Frühjahr 2016 ausscheiden. „Ich bin noch da", sagt Fitschen im Spätsommer bei einem Branchentreffen, aber er vermisse seinen Kollegen Anshu Jain. Der neue starke Mann bei der Deutschen Bank heißt John Cryan, Jahrgang 1960, ein Brite, ehemaliger Finanzchef der Schweizer UBS. Die Steuerfahndung reagiert auf den Führungswechsel recht humorlos. Am 9. Juni, zwei Tage nach Cryans Inthronisierung, gibt es mal wieder eine Razzia in der Zentrale der Deutschen Bank.

18.06.2015

Freie Fahrt

Der Autofahrer an sich, zumal der bayerische, ist leicht erregbar. Er ärgert sich zum Beispiel darüber, für Fahrten nach Österreich ein „Pickerl", eine Pkw-Vignette, kaufen zu müssen, während der Österreicher an sich über bayerische Straßen fahren darf, ohne extra dafür zahlen zu müssen. Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) hatte deshalb im Bundestagswahlkampf 2013 Gerechtigkeit versprochen. Da selbst ein Seehofer die Maut in Österreich nicht einfach abschaffen kann, sollten künftig wenigstens Österreicher und alle anderen Ausländer in Deutschland Mautgebühren zahlen. Alexander Dobrindt, Bundesverkehrsminister von Seehofers Gnaden, sollte es richten: ein Mautgesetz schaffen, das die Österreicher ärgert, die Bayern nichts kostet, aber trotzdem nicht gegen EU-Recht verstößt.



STEFAN PUCHNER / DPA

Verkehrsminister Dobrindt
Selbst ein Seehofer kann die Maut in Österreich nicht einfach abschaffen

Der 18. Juni ist deshalb kein guter Tag für Dobrindt. Er kündigt an, die Maut, offiziell „Infrastrukturabgabe" genannt, werde vorerst nicht eingeführt – eine peinliche Niederlage. Zuvor hatte die EU-Verkehrskommissarin, eine Slowenin, die Bundesregierung daran erinnern müssen, dass niemand „aufgrund der Staatsangehörigkeit diskriminiert" werde dürfe, und ein Verfahren eingeleitet. Dobrindt findet die Einmischung aus Brüssel „unverständlich", will aber nun das Urteil des Europäischen Gerichtshofs abwarten, ein „Akt des Respekts". Sein umständlicher Plan, bei allen Autofahrern zu kassieren, den Deutschen aber über die Kfz-Steuer die Kosten zu erstatten, ist erst einmal geplatzt.

26.06.2015

Ausgerechnet Tunesien

Zur traurigen Wirklichkeit des Jahres 2015 gehört, dass Terroranschläge in muslimischen Ländern vom Rest der Welt meist nur noch mit beiläufiger Routine registriert werden. Ob Bombenattentate im Irak oder Massaker in Nigeria: Wer weit weg lebt, in scheinbar sicherer Entfernung, ist durch die ständige Wiederkehr des Schreckens abgestumpft.

Betroffenheit und Entsetzen löst Terror dagegen zuverlässig dann aus, wenn es auch einen selbst hätte erwischen können. So wie Ende Juni am Strand von Port El Kantaoui, einem Ferienort bei Sousse in Tunesien. Der Attentäter Seifeddine Yacoubi schießt eine halbe Stunde lang mit einer Kalaschnikow um sich, die er in einem Sonnenschirm versteckt hatte. Er tötet 37 europäische Touristen, darunter 30 Briten und 2 Deutsche, bevor er selbst von der Polizei erschossen wird.



JEFF J MITCHELL / GETTY IMAGES

Strand von Port El Kantaoui
Kalaschnikow im Sonnenschirm

Es ist bereits der zweite schwere Anschlag auf Tunesien-Urlauber innerhalb weniger Monate. Mitte März hatten zwei Attentäter vor dem Nationalmuseum in der Hauptstadt Tunis 24 Menschen getötet, darunter 20 Touristen. Ausgerechnet Tunesien – das einzige Land, in dem sich nach den Protesten des Arabischen Frühlings eine echte Demokratie entwickelt. Der Terror trifft den wichtigsten Wirtschaftszweig des Landes, den Tourismus. Kaum ein Europäer möchte derzeit noch in Tunesien Urlaub machen. Das Hotel Riu Imperial Marhaba, in dem viele der Opfer des Anschlags von Port El Kantaoui wohnten, wird Ende September geschlossen.

Heldin des Alltags Taylor Swift

Allerbeste Freundin



Die Sängerin hat ein neues Popstar-Modell erschaffen. Das erste der Ära nach Madonna.

So schnell hat in diesem Sommer kein anderer Weltkonzern öffentlichem Druck nachgegeben. Anfang Juni erklärt der Computerkonzern Apple bei einer Entwicklerkonferenz, dass man Ende des Monats anfangen werde, Musik zu streamen. Am 21. Juni veröffentlicht die Sängerin Taylor Swift, 25, einen offenen Brief an Apple, in dem sie kritisiert, dass die Künstler in den ersten drei Monaten des neuen Streamingdienstes kein Geld bekommen sollen, und begründet so, warum sie ihr Album „1989“ nicht für das Streaming von Apple zur Verfügung stellt. Nur einen Tag später knickt Apple ein und verspricht, die Künstler nun doch zu bezahlen. Worauf Taylor Swift ihre Musik zum Streamen freigibt und von der Musikszene gefeiert wird. Weltstar besiegt Weltkonzern und holt dabei noch Geld für die kleineren Stars raus: Das ist eine Geschichte, die jeder gern hört.

Es ist Taylor Swifts Jahr. Nicht nur, weil ihr Album „1989“, schon im Oktober 2014 erschienen, immer noch läuft und läuft und läuft. Auch nicht, weil ihre Welttour ein Triumphzug ist. Oder weil sie seit März einen neuen Freund hat, den britischen DJ Calvin Harris. Es ist Swifts Jahr, weil sie den Pop verändert. Ihr Sieg über Apple ist Teil davon. Im Mai wird sie in die Forbes-Liste der mächtigsten Frauen der Welt aufgenommen, auf Platz 64. Taylor Swift hat ein neues Popstar-Modell erschaffen. Das erste der Ära nach Madonna.

Das Madonna-Paradigma im Pop verband Sex und Souveränität. Sex war Erfolg und eine erfolgreiche Frau eine feministische Frau. Alle, die nach ihr kamen, folgten ihr: von Kylie Minogue über Britney Spears und Christina Aguilera bis zu Lady Gaga. Sie gaben dem Gefühl, dass die Welt nicht mehr den Männern gehört und frau sich an die Spitze durchboxen kann, einen Soundtrack.

Taylor Swift macht es anders. Nichts ist ihr ferner als diese Einzelkämpferhaltung. Ihre Karriere basiert – abgesehen von ihrem Talent – auf etwas, das man das „Modell BFF“ nennen könnte. BFF kommt aus der digitalen Chatwelt und ist die Abkürzung für Best Friends Forever, für immer allerbeste Freundinnen. Wenn Taylor Swift bei wichtigen Preisverleihungen auftaucht, wie etwa bei den MTV Video Music Awards, dann in einem Pulk von Freundinnen – Models, Schauspielerinnen und anderen Popstars. Bei ihrer Tour holt sie ständig neue Gäste auf die Bühne: von Serena Williams, der Tennisspielerin, über Julia Roberts, die Schauspielerin, bis zu Joan Baez, der Folk-Sängerin. Alles Frauen, die sie bewundert. „Heldinnen“, wie sie einmal twittert. Taylor Swift glaubt, dass andere Frauen neben ihr im Rampenlicht sie stärker machen. Nicht schwächer.

Das war nicht immer so. Swift zieht eine lange Reihe gebrochener Herzen hinter sich her, ein nicht unbeträchtlicher Teil ihres frühen Ruhms basierte auf den Liedern, die sie ihren Exfreunden hinterhersang. Und auch heute funktioniert das alles nur, weil Swift so ungewöhnlich begabt ist. Sie schreibt ihre Songs selbst und könnte wahrscheinlich jederzeit in die Welt der Countrymusic zurückkehren, aus der sie stammt und in der dieses Handwerk mehr geschätzt wird als irgendwo sonst. Außerdem ist sie klug, groß, dünn und schön.

Doch Taylor Swifts Modell BFF spiegelt ein weit verbreitetes Gefühl. Dank der sozialen Netzwerke sind die Menschen besser vernetzt als je zuvor, niemand in diesen Welten fühlt sich jemals allein, alles, was man macht, empfindet man als Teil einer kollektiven Dynamik. Siege und Niederlagen werden geteilt. Swift ist der Popstar dieses Lebens. Dass sie sich für die Bezahlung kleinerer Stars einsetzt, passt dazu.

Tobias Rapp

STANLEY CHOW / DER SPIEGEL

Angst im Rücken

USA Ein Massaker in einer afroamerikanischen Kirchengemeinde schockiert das Land. Besonders in den Südstaaten ist Rassismus noch immer verbreitet. Rechtsradikale Ideologen drohen mit einer weiteren Eskalation. *Von Philipp Oehmke*

Als Tywanza Sanders schon am Boden liegt und blutet, blickt er noch einmal hoch zu dem jungen Mann mit dem Topfschnitt. Warum er das tue, fragt er den Mann. Könne er ihn nicht verschonen? Der Junge mit dem Topfschnitt antwortet tatsächlich. Er sagt:

„Ihr alle vergewaltigt unsere Frauen und übernehmt unser Land."

So berichten es später Überlebende. Tywanza Sanders stirbt kurz darauf. Er ist eines der neun afroamerikanischen Opfer von Dylann Roof an diesem Mittwoch in Charleston, South Carolina. Es ist der 17. Juni, der vielleicht traurigste Tag des Jahres in den USA.

Am frühen Abend betritt Dylann Roof, ein 21-jähriger Schulabbrecher, der glaubt, das Land retten zu müssen, durch einen Seiteneingang die Emanuel African Methodist Episcopal Church, genannt Emanuel AME, in Charleston. Es ist die größte und geschichtsträchtigste schwarze Gemeinde im ganzen Bundesstaat. Überwachungskameras zeigen einen jungen Mann in Jeans, grauem Pullover und Timberland-Stiefeln. Roof setzt sich, als einziger Weißer, in eine Bibelstunde, die der Pastor Clementa Pinckney leitet.

Er trägt eine halbautomatische Pistole des Herstellers Glock mit sich, Kaliber .45, sowie acht Magazine. Die Waffe hat sich Roof von dem Geld gekauft, das er zum Geburtstag bekommen hatte. Roof hört Pastor Pinckney zu, der vom Gleichnis des Sämanns aus dem Neuen Testament spricht. Nach einer Stunde steht Roof auf und beginnt zu schießen.

Er schießt alle Magazine leer. Am Ende hält er sich die Waffe an die Schläfe. Doch er hat nun keine Patrone mehr übrig. Ihm bleibt nichts anderes übrig, als zu gehen. Beim Verlassen der Kirche fällt sein Blick auf Polly Sheppard, die hinter einem Tisch kauert und betet.

„Halt's Maul", ruft er ihr zu. „Habe ich auf dich überhaupt schon geschossen?"

„Nein."

„Ich werde dich am Leben lassen, damit du allen erzählen kannst, was passiert ist."

Sheppard und die anderen Überlebenden nehmen Roofs Auftrag an, und so wissen wir über den Verlauf von Roofs Tat einiges, sie konnte mithilfe der Zeugenaussagen lückenlos rekonstruiert werden.

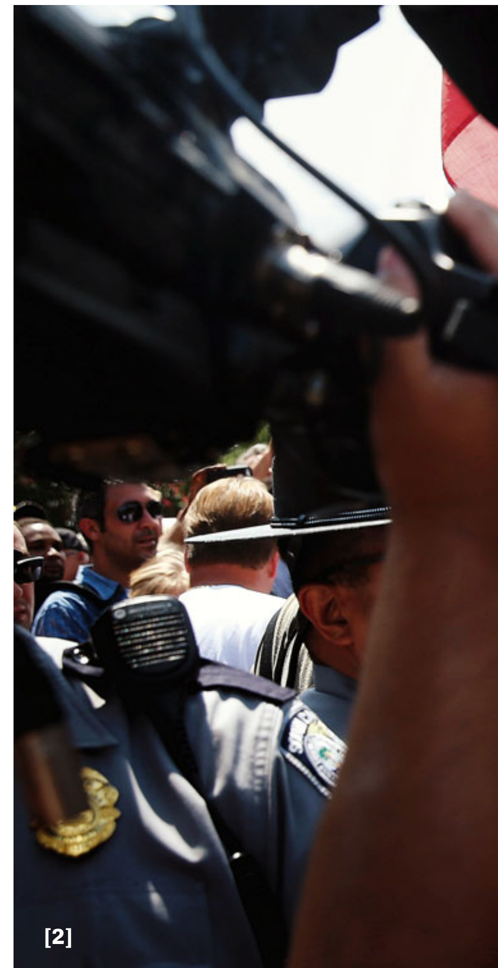
Zusätzlich zu den Zeugenaussagen kann man das inzwischen notorische Manifest Roofs lesen, er hatte es Wochen zuvor auf seiner Website „The Last Rhodesian" veröffentlicht. Man hätte also alarmiert sein können, aber wer in aller Welt nimmt ein solches Kind ernst, das sich auf einer schlecht gemachten Website mit Pottschnitt und Konföderiertenflagge abbilden lässt?

Was aber später an Roofs Manifest interessant erscheint, ist nicht die Verachtung, der Abscheu oder Hass auf Schwarze. Es ist die Angst.

Wie es ihm in der Kirche gegenüber dem sterbenden Tywanza Sanders schon entfahren war: Ihr vergewaltigt unsere Frauen und wollt das Land übernehmen. Das ist der neue, der gefährliche Rassismus der USA: einer, der sich nicht mehr aus Hochmut und Geringschätzung speist, sondern aus Angst. Die Angst, dass, wenn die demografischen Prognosen stimmen, um 2050 die Weißen in den USA nicht mehr in der Mehrzahl sein werden; die Angst einer von Existenznot bedrohten Unter-, aber inzwischen auch schon Mittelschicht; die Angst der weißen Polizisten, die in Ferguson Michael Brown erschossen und in Baltimore Freddie Gray im Innenraum ihres Polizeivans bei wilder Fahrt so verletzten, dass er später starb; die Angst der weißen Bevölkerung und der Mainstream-Medien vor den anschließenden Ausschreitungen.

Das FBI berichtet, dass pro Woche mindestens zwei Schwarze von der Polizei erschossen werden. Eine Umfrage der „New York Times" und von CBS News vom Juli hat ergeben, dass 60 Prozent der Amerikaner, weiß wie schwarz, glauben, dass die


[1]


[2]



JOHN MOORE / GETTY IMAGES


JOHN MOORE / GETTY IMAGES

[1] Gegendemonstrant bei einer Kundgebung des Ku-Klux-Klan in Columbia, South Carolina, am 18. Juli
[2] Ku-Klux-Klan-Mitglieder in Columbia

Beziehungen zwischen den ethnischen Gruppen schlecht sind. 40 Prozent gehen sogar davon aus, dass sie noch schlechter werden. Als Präsident Barack Obama vor fast sieben Jahren ins Weiße Haus einzog, hielten noch zwei Drittel der Amerikaner das Verhältnis für gut.

Der Rassismus erscheint im Jahr 2015 in den USA so mächtig wie seit der Bürgerrechtsbewegung der Fünfziger- und Sechzigerjahre nicht, weil die Panik einer weißen Mittel- und Unterschicht nie größer war. Zwar hat sich die Wirtschaft seit der Immobilien- und Finanzkrise von 2008 auf dem Papier erholt, doch davon profitieren vor allem die Reichen und die Superreichen. Ein normaler Polizist in einer Stadt wie Charleston muss sich nach der Polizeischicht noch als Wachmann vor eine Fabrik stellen, wenn er das Pech hat, zwei Kinder und eine Frau ernähren zu müssen.

Dieser weiße Polizist in Charleston also, nennen wir ihn Michael Slager, hält an einem beliebigen Samstag in North Charleston einen Wagen an, dessen Bremslicht defekt ist. Der Fahrer, Walter Scott – ein Schwarzer, ehemaliger Angestellter der Küstenwache, jetzt Gabelstaplerfahrer, geschieden, leider mit seinen Unterhaltszahlungen hoffnungslos in Verzug, deswegen ausstehende Haftbefehle –, versucht, sich vom Fahrzeug zu entfernen. Der Polizist Slager versucht, den Mann mit seinem Elektroschocker außer Gefecht zu setzen. Als dies nicht gelingt, zieht er seine Pistole aus dem Holster, legt an, zielt – Scott ist vielleicht fünf, sechs Meter entfernt – und drückt achtmal ab. Einige der Kugeln treffen Scott tödlich, natürlich in den Rücken.

Das ist tatsächlich passiert, ebenfalls in Charleston, nur zwei Monate bevor Dylann Roof in die Kirche marschiert. Roofs und Slagers Motive dürften sich nicht sehr voneinander unterschieden haben, auch hier ist es Panik. Auf seiner Website schreibt Roof kurz vor seiner Tat:

„Weiße Eltern sind gezwungen, in die Vororte zu ziehen, damit sie ihre Kinder auf ‚gute Schulen' schicken können. Doch was macht eine gute Schule aus? Die Frage, als wie gut eine Schule gilt, hat unmittelbar damit zu tun, wie weiß sie ist. Ich hasse das ganze Konzept der Vororte zutiefst. Für mich bedeuten sie nichts anderes als verschreckte Weiße auf der Flucht. Auf der Flucht, weil sie zu schwach, zu ängstlich und einer Gehirnwäsche unterzogen sind, um zu kämpfen. Warum müssen wir aus den Städten, die wir selbst erbaut haben, in die Sicherheit der Vororte fliehen?"

Am Ende zieht Roof folgenden Schluss: „Wir haben keine Skinheads, keinen echten Ku-Klux-Klan, und keiner macht irgendwas, außer im Internet herumzulabern. Nun, irgendjemand muss den Mut

haben, es in die wahre Welt zu bringen, und ich glaube, derjenige bin ich."

Nachdem es ihm in der Kirche nicht gelungen war, sich selbst zu richten, wird Dylann Roof am nächsten Morgen von der Polizei 400 Kilometer weiter nördlich gefasst und muss nun von der Justiz gerichtet werden. Diese Justiz wird ihm nicht vergeben, so wie es in einem einzigartigen, für die wenigsten nachvollziehbaren Akt von Nächstenliebe einige der Angehörigen tun: Als Roof in einem öffentlichen Gerichtssaal dem Haftrichter vorgeführt wird, tritt ein Angehöriger nach dem anderen vor. Sie sagen Roof, dass sie ihm verzeihen, weil er ein armer Mensch sei, angetrieben von jener Angst, die er in seinem Manifest geißelt.

Dylann Roof hat vielleicht einen Topfschnitt und eine Macke, aber er ist kein psychopathischer Spinner, obwohl das natürlich schön einfach wäre. Die Polizei von Charleston spricht unmittelbar nach den Morden von einem „Hate Crime", einem Verbrechen aus Hass – und entledigt sich damit erst einmal des gesellschaftlichen, systemischen Problems und damit der Verantwortung. Ein Hate Crime ist so etwas wie ein Freak-Unfall: Man kann nichts dagegen machen. Obwohl sicher viele Verbrechen von Hass motiviert sind, bezeichnet das Hate Crime die Tat eines Einzelnen, ausgelöst durch dessen ganz eigene, private und mithin psychosomatische Probleme.

Und deswegen entspinnt sich in den Tagen nach der Tat in der amerikanischen Öffentlichkeit eine Debatte darüber, ob Roofs Anschlag nicht besser Terrorismus zu nennen sei. Erst in dem Moment, in dem der Begriff Terrorismus fällt, wird das Systemische der Tat anerkannt – und damit, dass etwas krank ist und dass etwas fault im amerikanischen Staat.

Mit der Frage, wie systematisch und organisiert rassistische Gruppierungen in den USA vorgehen und was das mit den Zuständen der Gesellschaft zu tun haben könnte – damit befasst sich seit 1971 das Southern Poverty Law Center, genannt SPLC, in Montgomery, der Hauptstadt von Alabama. Das SPLC-Hauptquartier ist eines der am besten geschützten Gebäude in den USA. Es steht auf einem Betonsockel, um es vor Angriffen mit Sprengstoff zu schützen. Das erste Hauptquartier des Center wurde 1983 vom Ku-Klux-Klan in Schutt und Asche gelegt.

Dylann Roof hat in seinem Manifest eine Gruppe erwähnt, die sich Council of Conservative Citizens nennt. Erst durch das Studium von deren Website sei ihm klar geworden, wie viele Verbrechen von Schwarzen an Weißen begangen würden, schrieb Roof. Wer nun wissen will, was das für eine merkwürdige Gruppe ist, deren größte Sorge offenbar die Verbrechen der Schwarzen an den Weißen sind, ist bei Richard Cohen richtig, er ist der Direktor des SPLC. Seit 1986 arbeitet Cohen hier und befasst sich mit rassistischen, neonazistischen oder neokonföderierten „Hate Groups". Lange war er der Leiter der Rechtsabteilung des Center und somit verantwortlich für viele der juristischen Siege gegen einige der gefährlichsten Gruppen.

Die Strategie des SPLC besteht seit seiner Gründung darin, Gruppen wie den Ku-Klux-Klan im Namen ihrer Opfer mit Zivilklagen zu überziehen, anstatt auf Strafprozesse zu hoffen, die meist wenig bringen. Als 1987 das SPLC einen Zivilprozess gewann, der der Mutter eines gelynchten Schwarzen sieben Millionen Dollar zusprach, gingen die United Klans of America, eine der Hauptorganisationen des Ku-Klux-Klan, bankrott und mussten ihr Hauptquartier verkaufen. Die Rechtsanwälte des Southern Poverty Law Center haben den Ku-Klux-Klan und andere rassistische Organisationen im Alleingang besiegt. Deswegen ist dieses Gebäude so geschützt.

Dylann Roofs Anschlag ist genau eine Woche her, als Cohen in seinem Büro hinter Panzerglas in seinem Computer die Datenbank über das Council of Conservative Citizens aufruft. Das Council of Conservative Citizens, genannt CCC, ist deswegen so interessant, weil es das ungewollte Verbindungsstück ist zwischen dem Attentäter Roof und der amerikanischen Mehrheitsgesellschaft: Während Roof die Agitation des Council als Grund für seine Radikalisierung angibt, kann Cohen belegen, dass der Präsident des CCC, Earl Holt, insgesamt 57 000 Dollar an Amtsträger der Republikaner gespendet hat, darunter auch an drei der aktuellen Bewerber für die Präsidentschaftskandidatur.

„Hate Watch" heißt die Liste, mit der Cohen, seine Experten und Rechercheure extremistische Hassgruppen überwachen und ihr Treiben in die Öffentlichkeit zerren. 784 solcher Gruppen haben sie 2014 gezählt, das sind weniger als vor ein paar Jahren, bewegt sich aber, wie Cohen sagt, immer noch auf Rekordniveau. Der Grund dafür, sagt Cohen, liege in einer immer größer werdenden Gruppe von marginalisierten Weißen, wie er sie auch hier in Alabama beobachte. Die örtlichen industriellen Arbeitsmärkte verschwinden, weil etwa Fabriken schließen. Das aber waren die klassischen Jobs für Weiße.

Neun Tage nach Dylann Roofs Massaker findet in Charleston die Trauerfeier statt. Präsident Obama hält eine der stärksten Reden seiner Amtszeit. Nicht weil er am Ende „Amazing Grace" singt, sondern weil er vielleicht zum ersten Mal als schwarzer Präsident spricht; einer, der nicht mehr verhehlen will, dass er einer dysfunktionalen, nicht immer gerechten Nation vorsteht: von Geldmangel ausge-

Ein Angehöriger nach dem anderen sagt dem Attentäter, dass er ihm verzeiht.


[1] REUTERS


[2] JOE RAEDLE / GETTY IMAGES



[3] ANADOLU AGENCY / GETTY IMAGES

[1] Attentäter Dylann Roof
[2] Aufbahrung des ermordeten Pastors Clementa Pinckney im Statehouse von South Carolina
[3] US-Präsident Barack Obama bei der Trauerfeier in Charleston am 26. Juni
[4] Registrierung einer Protestlerin in Ferguson, Missouri

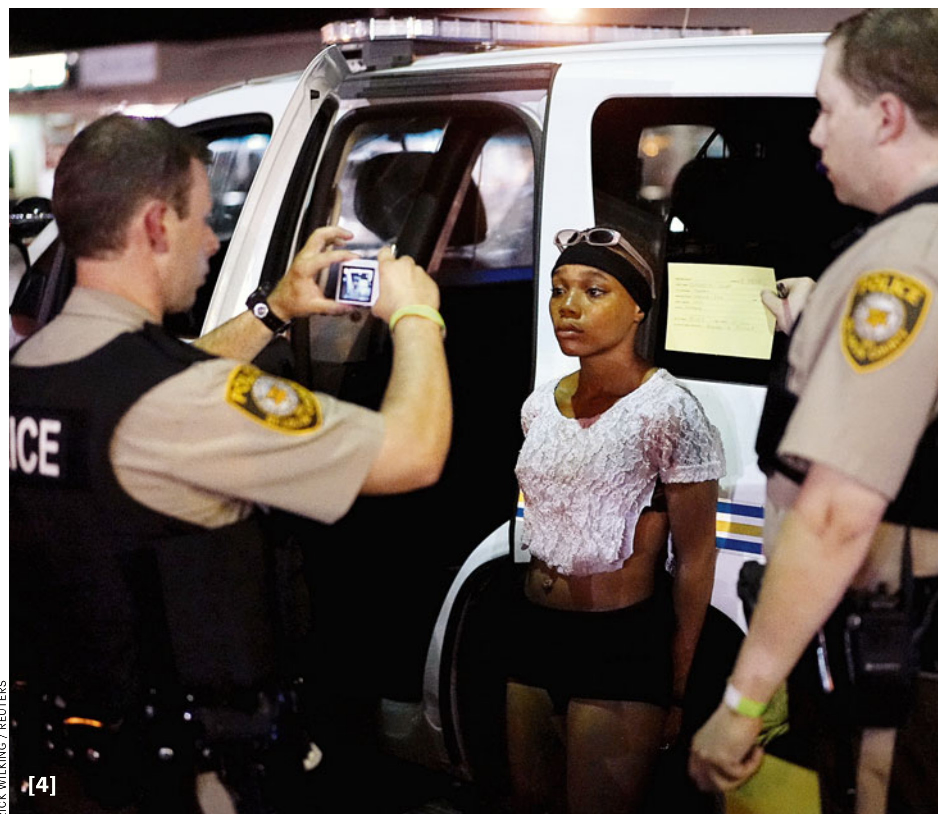
dörrte, nach Hautfarbe getrennte Schulen, verwahrloste schwarze Stadtteile und ein Gefängnissystem, das ein lukratives Geschäft ist. In Amerikas Gefängnissen sitzen rund 2,2 Millionen Menschen, so viele wie nirgendwo sonst auf der Welt. Zum Vergleich: In Deutschland gibt es circa 60 000 Gefangene.

Privatfirmen liefern sich Bieterschlachten, um dem Staat die Leitung der Gefängnisse abzukaufen, die stark überproportional mit Afroamerikanern belegt sind, obwohl diese nur knapp 13 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Die Juristin Michelle Alexander hat vor ein paar Jahren in ihrem Bestseller „The New Jim Crow“ darauf hingewiesen, dass in einer Stadt wie Washington drei von vier Schwarzen davon ausgehen können, irgendwann im Laufe ihres Lebens im Gefängnis zu landen.

Und während in Charleston der Präsident spricht, wartet Michael Hill in einem Diner an der Interstate I-65 im Norden Alabamas. Hill ist Präsident der „League of the South“, einer Gruppe, die von Cohens SPLC besonders intensiv überwacht wird. Gerade erst haben zwei Polizeibeamte in Anniston, Alabama, ihren Job verloren, weil Ermittler des SPLC nachgewiesen hatten, dass sie Mitglieder der League of the South waren und bei deren Veranstaltungen gesprochen hatten.

Richard Cohen hatte tags zuvor noch gesagt, Hill sei ein besonders gefährlicher Mann, ein ehemaliger Geschichtsprofessor an einem ironischerweise vorwiegend von Schwarzen besuchten College. Gefährlich, weil Hill sich als Intellektueller gebe und nicht als krakeelender Rassist. Vor 20 Jahren hat er die League of the South gegründet, zuerst waren sie 40 Leute, meist Akademiker aus den Südstaaten, viele gar Professoren. Bald waren sie mehrere Tausend. Auch Hill hat sich in den letzten Jahren radikalisiert. Er spricht offen von einem „Krieg der Rassen“, und seine Organisation hat einen paramilitärischen Arm aufgebaut. Die Gruppe soll „The Indomitables“ heißen, die Unbeugsamen, es klingt wie der Titel eines Zeichentrickfilms. Doch die Mitglieder werden von einem Veteranen des US-Militärs ausgebildet.

Ans Revers seines ausgebeulten Professorensakkos hat Michael Hill sich, damit erst gar keine Missverständnisse aufkommen, einen Anstecker mit der Flagge der Konföderierten gepinnt. Die Südstaatler zogen einst mit dieser Fahne in den Bürgerkrieg. Bis heute symbolisiert sie das Selbstbewusstsein des Südens, aber sie gilt auch als Kennzeichen von Rassisten. Michael Hill ist, wie viele der etwas klügeren Extremisten, ein oberflächlich freundlicher Mann, der einen weißen Kinnbart trägt, der ihn aussehen lassen soll wie einen Südstaaten-General aus dem Bürgerkrieg.



RICK WILKING / REUTERS
[4]

Eine junge schwarze Kellnerin kommt an den Tisch. Man macht sich aufs Schlimmste gefasst. Doch Hill ist ausgesucht höflich. Er habe nichts gegen sie, sie gehöre hierher, natürlich, nur eben jeder an seinen Platz in der Gesellschaft.

Er wäre doch auch nicht in der Lage, Basketball zu spielen wie der schwarze Spieler LeBron James. Dies zuzugeben, sei das rassistisch? Michael Hill bestellt bei der schwarzen Kellnerin Trennkost. Kohlenhydrate hält er für mindestens genauso gefährlich wie Schwarze.

Dann redet Hill von Genen und Intelligenzquotienten und dem europäischen, besonders dem keltischen Erbe der Amerikaner, von der Ehrlichkeit und Geradlinigkeit der Südstaatler, die sich nichts vorschreiben lassen wollen. Hill lässt vieles von dem akademisch klingen, was es nicht zitierfähiger macht. Am Ende schließt er auch einen Rassenkrieg nicht aus, falls Weiße weiter von den Schwarzen angegriffen würden, worüber ja weder die „New York Times“ noch der SPIEGEL berichteten. „Wir sind bereit und bis an die Zähne bewaffnet“, sagt Hill. „Wenn jemand kommt und uns Südstaaten-Weiße verdrängen will, werden wir alles tun, was nötig ist.“

Es ist auch die Zeit, in der in mehreren Bundesstaaten die Flagge der Konföderierten an offiziellen Gebäuden für immer eingeholt wird und der Supreme Court die Ehe für Homosexuelle legalisiert: Schwule dürfen heiraten, doch den Südstaatlern wird ihre Fahne weggenommen.

Der Journalist und Autor Ta-Nehisi Coates veröffentlicht ein paar Wochen nach dem Massaker ein Buch, „Between the World and Me“, als hätte er die Fassungslosigkeit, die die Nation nach den Schüssen von Charleston ergreifen sollte, vorausgeahnt. Coates versucht darin, seinem Sohn, einem Teenager, zu erklären, worauf er sich als schwarzer Mann in den USA einzustellen habe. Dass seine körperliche Unversehrtheit nicht gewährleistet sein werde. Er erinnert den Sohn an jenen Abend, an dem der Polizist, der Michael Brown in Ferguson erschoss, hätte angeklagt werden sollen: „Es entsprach nicht meiner Erwartung, dass irgendjemand je dafür bestraft würde. Aber du warst jung und hattest immer noch den Glauben. Du bliebst auf bis elf Uhr nachts, wartetest auf die Verkündung der Anklage, und als stattdessen verkündet wurde, dass es keine gab, sagtest du nur ‚Ich muss mal gehen‘, und du gingst in dein Zimmer, und ich hörte dich dort weinen.“

Ta-Nehisi Coates hat seinen Sohn nicht getröstet. Es wäre falsch gewesen, schreibt er. Es wäre falsch gewesen, ihm zu sagen, dass alles in Ordnung sei, denn Ta-Nehisi Coates selbst hat wie viele andere Afroamerikaner nie geglaubt, dass alles in Ordnung ist.



Video: Weiße Cops gegen schwarze Bürger

spiegel.de/jc2015rassismus
oder in der App DER SPIEGEL



FIDELITAS

Bundesanwalt Bruns (r.) mit Generalbundesanwalt Ludwig Martin 1972: „Angst um meine bürgerliche Existenz“

„Das wollen wir auch“

Gesellschaft Der Jurist Manfred Bruns, 81, hat seine Frau verlassen, wohnt mit seinem Freund zusammen und kämpft für die Schwulenehe. Er sagt: „Lebensläufe wie meiner sollten sich nicht wiederholen.“



LSVD / CARO KADATZ

Sein Rücken schmerzt, das Gehen fällt ihm zunehmend schwer, Manfred Bruns bewegt sich nur noch mit vorsichtigen Schritten durch seine Wohnung. Vor dem Fenster liegt ein Buch über die richtige Art zu trauern, auf der Kommode stehen auf einer Häkeldecke Fotos seiner Enkelkinder. Rentneralltag in Karlsruhe.

Aber der frühere Bundesanwalt will sich nicht beschweren. „Ich habe ja das Glück gehabt, dass mein Leben auf das Ende hin immer besser geworden ist“, sagt Bruns. Er wohnt jetzt seit 23 Jahren mit seinem Partner zusammen. „Es waren die glücklichsten Jahre meines Lebens.“ Und er hält gute Kontakte zu seiner Frau, die er vor mehr als 50 Jahren geheiratet hat – Anfang der Achtzigerjahre hat er ihr von seiner Homosexualität erzählt. „Ich habe ja auch noch das Glück, dass ich mit meiner Familie im besten Einvernehmen lebe.“

Wer wen heiraten darf – oder eben nicht, diese Frage ist für Bruns zum Lebensthema geworden. Seit bald 30 Jahren kämpft er für die Rechte homosexueller Paare, damit sich Schicksale wie seines nicht in jeder Generation wiederholen: die Unsicherheit und die Ängste, die Verletzungen und Brüche, die er als Heranwachsender erlebte, als Familienvater und in seinem Job als Bundesanwalt.

Fast hätte er in diesem Sommer die Krönung seines Lebenswerks erlebt. Ganz Deutschland diskutiert im Juni darüber, warum Schwule und Lesben immer noch nicht heiraten und die exakt gleichen Rechte wie heterosexuelle Eheleute genießen dürfen. #Ehefueralle lautet ein Hashtag-Slogan, der sich in Windeseile über Twitter und Facebook verbreitet, nachdem selbst die katholischen Iren in einem Volksentscheid für die gleichgeschlechtliche Ehe stimmen und am 26. Juni der amerikanische Supreme Court die Diskriminierung homosexueller Paare beendet.

Eine Zeit lang sieht es so aus, als könnten auch die Deutschen dem Beispiel folgen. Im Bundesrat findet sich eine Mehrheit für eine Reform des Ehebegriffs, und auch im Bundestag gibt es Bewegung: In der Koalition macht sich die SPD dafür stark. Selbst in der Union verbessert sich ganz vorsichtig die bis vor Kurzem überwiegend ablehnende Stimmung.

Bruns hatte schon 1989 zum ersten Mal die Einführung einer Lebenspartnerschaft vorgeschlagen. Wie sonst kaum jemand hat er das Projekt seither vorangetrieben. Dann allerdings beginnt die Flüchtlingskrise, kaum jemand redet jetzt noch über die Rechte von Schwulen und Lesben, eine verpasste Chance. „Das Thema ist



CHARLES MCQUILLAN / GETTY IMAGES

Eheleute Jaime Nanci, Michael Barron am 23. Mai in Dublin: Wer darf wen heiraten?

bis zum Ende der Legislaturperiode tot", sagt Bruns.

Es ist eine merkwürdig verklemmte, illiberale Haltung, die Deutschland – genauer gesagt: die deutsche Politik – seit Jahren und Jahrzehnten gegenüber Homosexuellen einnimmt. 14 Staaten in Europa haben die Ehe inzwischen für Lesben und Schwule geöffnet, weltweit sind es 21; darunter viele Länder, die christlicher, konservativer geprägt sind als Deutschland – Brasilien, Südafrika oder Spanien zum Beispiel.

Die Bundesregierungen unter Angela Merkel und Gerhard Schröder jedoch haben sich vor dem letzten Schritt immer gescheut und rechtliche Verbesserungen nur nach und nach zugelassen. Wesentliche Fortschritte mussten vor Gericht erstritten werden.

Die Geschichte der Bundesrepublik spiegelt sich, wenn es um dieses Thema geht, in der Geschichte von Manfred Bruns. Sein Lebensweg steht stellvertretend für den langen Weg zu mehr Gleichberechtigung in der Gesellschaft.

Bis heute bekommt er immer wieder Post von Menschen, denen er mit seinem juristischen Rat geholfen hat. Sie schicken ihm Fotos von ihrer Hochzeitsfeier, die eigentlich Lebenspartnerschaftsfeier heißen müsste. Oder von Babys, die sie nie hätten adoptieren dürfen, hätte Bruns nicht vor Gericht für sie gekämpft. „Das finde ich sehr schön", sagt er, „dann denke ich mir, das wäre ohne dich nicht möglich gewesen."

Aber es erinnert ihn auch daran, was ihm selbst widerfahren ist. „Ich habe 20 Jahre lang eisern an der Ehe festgehalten", sagt Bruns, „weil ich Angst um meine bürgerliche Existenz hatte." Und weil er seine Frau und die drei Kinder nicht verlieren wollte.

Bruns ist leistungsbewusst erzogen worden, man hat sich im Griff, man gibt niemals auf, so hat er es als Kind gelernt. Mit seiner Sexualität erlebte er zum ersten Mal, dass es Dinge gibt, die er nicht in den Griff bekam. „Da konnte ich machen, was ich wollte, die war halt stärker." Irgendwann merkte er, dass er diesen wesentlichen Teil seiner Persönlichkeit nicht mehr unterdrücken konnte. Lange hat er sich mit seiner Frau unterhalten, später zog er aus der gemeinsamen Familienwohnung aus.

„Bundesanwalt bekennt: Ich bin schwul", lautete eine Schlagzeile der „Bild"-Zeitung am 14. August 1985, sie löste einen Skandal aus, wie er heute kaum noch vorstellbar wäre.

Bruns' Schwiegermutter erlitt einen Herzanfall, als sie die Nachricht aus der Zeitung erfuhr. „Wir waren für sie eine Vorzeigefamilie, bei der alles geklappt hatte", sagt er, „das war schlimm für sie."

Als Nächstes meldete sich sein Schwager und forderte seine Schwester, Bruns' Frau, auf, sich sofort scheiden zu lassen. „Sie hat ihm gesagt, dass er sich raushalten solle", erinnert sich Bruns.

Auch sein eigener Bruder wandte sich ab. Der Mann war Vorstand in einer Augsburger Textilfabrik, hatte immer gern mit seinem Bruder, dem Bundesanwalt, angegeben. Nun rief er an und beklagte sich. Er fürchtete, er könnte seinen Posten in der Textilfabrik verlieren. Bruns verstand die Welt nicht mehr. Zu jener Zeit wurde viel über einen Abgeordneten geschrieben, der einen Juwelierladen überfallen hatte. Er fragte seinen Bruder: „Was würdest du denn machen, wenn ich so etwas verbrochen hätte?" „Das wäre nicht so schlimm!"

Im Büro lief es nicht besser. Mitarbeiter grüßten ihn nicht mehr. Zum Mittagessen war er am Tisch seiner Kollegen nicht erwünscht, Bruns hielt sich fortan von der Kantine fern.

Generalbundesanwalt war damals Kurt Rebmann, ein konservativer Hardliner, der einen Schwulen in seiner Behörde nur schwer ertragen konnte. „Er hat jahrelang nicht mehr mit mir gesprochen", erinnert



Aktivisten vor dem Supreme Court in Washington am 26. Juni: „Das wollen wir auch“

sich Bruns. Er war der einzige Bundesanwalt, der nicht zum jährlichen Fest ins Haus des Chefs eingeladen wurde. Und er musste sein Fachgebiet – Verfahren in Sachen Landesverrat und Geheimdienstfragen – abgeben und künftig weniger brisante Fragen des Strafrechts behandeln. „Nach 20 Jahren, in denen es nie Grund gab, an meiner Loyalität zu zweifeln“, sagt Bruns.

„Es war so sinnlos für alle Betroffenen, meine Frau, meine Kinder, alle haben darunter gelitten“, sagt er. Bruns fing an, sich politisch zu engagieren. Er wollte, dass sich die Dinge endlich ändern.

Und sie änderten sich, schon am 1. Oktober 1989. Aber nicht in Deutschland, sondern in Dänemark. Als erstes Land weltweit verabschiedeten die Dänen ein Lebenspartnerschaftsgesetz. Bruns traf sich mit dem Grünen-Politiker Volker Beck und dem Grünen-Mitarbeiter Günter Dworek. „Das wollen wir auch“, sagten sie sich und schrieben Positionspapiere. Damit begann in Deutschland eine Debatte über mehr Rechte für Schwule. Die Lesben machten vorerst nicht mit – „weil sie die Ehe als vermeintliches Herrschaftsinstrument des Patriarchats damals generell ablehnten und am liebsten komplett abgeschafft hätten“, so erinnert sich Bruns. „Macht die Mottenkiste zu“, lautete zu jener Zeit das Thesenpapier einer Vorstandsfrau des Lesbenrings.

Fast zehn Jahre verstrichen, bis Bruns und seine Mitstreiter mit ihrem Anliegen die Bundesregierung erreichten. Ab 1998 nahm sich Gerhard Schröder zwar mit seiner rot-grünen Koalition ein Lebenspartnerschaftsgesetz vor. Die Widerstände waren aber immer noch groß, Homophobie gehörte weiter zum guten Ton. Justizministerin Herta Däubler-Gmelin, eine prominente Protestantin, argumentierte hartnäckig gegen eine weitreichende Reform. „Sie hat sich sogar geweigert, mir die Hand zu geben, wenn wir uns begegnet sind“, so erinnert sich Bruns. Dann meldete Innenminister Otto Schily beim Gesetzentwurf verfassungsrechtliche Bedenken an. Der Bundesrat, wo die Union die Mehrheit hatte, war ohnehin dagegen.

Am Ende kam ein Gesetz dabei heraus, das viele Pflichten und wenige Rechte enthielt. Homosexuelle sollten zum Beispiel gegenseitig unterhaltspflichtig sein. Vorteile im Renten- oder Steuerrecht dagegen blieben ihnen verwehrt. Und selbst das war den Ländern Bayern, Sachsen und Thüringen zu viel. Sie klagten vor dem Bundesverfassungsgericht.

Bruns trat damals vor den Richtern auf. Er erzählte ihnen in der Verhandlung von seinem Coming-out vor beinahe 20 Jahren und von seiner Überzeugung, „dass sich scheußliche Lebensläufe wie meiner“ nicht wiederholen sollten. Bruns weiß nicht, ob das die Verfassungsrichter beeindruckt hat. Jedenfalls wiesen sie die Klage der konservativen Länder ab.

Ein europäisches Land nach dem nächsten öffnete seither die Ehe für alle Bürger. Den Anfang machten die Niederländer 2001, ihnen folgten die Belgier, Spanier, Norweger, Schweden, Isländer, Portugiesen, Dänen, Franzosen, Luxemburger, Engländer, Waliser, Schotten, Slowenen, Iren und die Finnen.

In Deutschland dagegen wurden unterdessen zahllose Gesetze, in denen Ehegatten eine Rolle spielten, mühselig um den Zusatz „und Lebenspartner“ ergänzt. Manches regelte die jeweilige Regierung freiwillig, vieles wurde vor dem Europäischen Gerichtshof und dem Bundesverfassungsgericht gegen den Willen der Exekutive erstritten. Faktisch gibt es heute nur noch wenige Unterschiede zwischen der Ehe und einer Lebenspartnerschaft.

Ein riesiger gesetzgeberischer und administrativer Aufwand ist so entstanden – all dies, um den Begriff Ehe im christlichen Sinne zu schützen. Bruns findet das herabwürdigend. „Damit wird signalisiert, dass lesbische und schwule Paare gegenüber der Ehe als minderwertig angesehen werden.“

Ende September sitzt Bruns als Sachverständiger im Bundestag, in einer Anhörung geht es mal wieder um die Ehefrage. Für den erfahrenen Juristen ist das Routine, aber inzwischen beschleicht ihn dabei ein komisches Gefühl. Bruns weiß die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich, Umfragen haben ihm das gezeigt. Er weiß auch die Mehrheit des Bundestags hinter sich. Würde wie in anderen großen gesellschaftlichen Debatten, etwa jener zur Sterbehilfe, ohne Koalitionszwang diskutiert und abgestimmt – die Ehe für alle wäre längst beschlossen.

Trotzdem blockiert die Union den letzten Schritt zur Gleichberechtigung. Warum? „Es wird immer das Bauchgefühl von Frau Merkel zitiert“, sagt Bruns und erinnert daran, wie der Kanzlerin im letzten Wahlkampf stammelnd die Argumente ausgingen, als sie im Fernsehen nach einem Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare gefragt wurde.

Und nun? Bruns hat überlegt, ob eine Musterklage bis hinauf zum Bundesverfassungsgericht helfen könnte. Aber er fürchtet, dass dies im Moment nichts bringt. „Die Richter würden zurzeit wohl abwarten, was der Gesetzgeber macht“, sagt er. Das Gericht könne eine solche Klage einfach jahrelang liegen lassen. Umgekehrt könnte die Union argumentieren, nun müsse abgewartet werden, was das Bundesverfassungsgericht sage.

Brunsund seine Mitstreiter wollen deshalb vorläufig stillhalten und den nächsten Regierungswechsel abwarten. „Wenn dann wieder nichts passiert, bleibt nichts anderes übrig, als zu klagen“, sagt er. Auf eine Reform wird er wohl noch lange warten müssen.

Der 81-Jährige hält sich, so gut es eben geht, mit Fahrradfahren fit – und setzt auf die nächste Generation. „Es wäre schön gewesen“, sagt Manfred Bruns, „wenn ich jetzt, bevor ich das Zeitliche segne, noch die Öffnung der Ehe erlebt hätte.“

Frank Hornig

Stadtgespräch

Jetzt im Ernst

Ein Nobelpreisträger macht einen Scherz über Männer und Frauen. Kurz darauf verliert er deswegen seinen Job. Ein Sieg für den Feminismus?

Von Jan Fleischhauer

Im Frühjahr 2010 veröffentlichte der britische Autor Ian McEwan einen Roman mit dem Titel „Solar", der als Satire auf den Wissenschaftsbetrieb verstanden wurde. Hauptfigur ist ein in die Jahre gekommener Physik-Nobelpreisträger namens Michael Beard. Einen Höhepunkt erreicht das Buch mit einer Pressekonferenz an der Royal Society in London, bei der Beard auf die Frage einer Reporterin, warum es so wenige Physikerinnen gebe, die Biologie als Grund nennt. Es sei nun einmal nachgewiesen, antwortet er, dass Mädchen sich mehr für Menschen, Jungen hingegen für konkrete Gegenstände und abstrakte Regeln interessieren würden.



Beard hat kaum zu Ende geredet, da ist der Eklat da. Eine Professorin verlässt unter Protest den Saal. „Nobel-Prof sagt nein zu Labormiezen", lautet eine der Schlagzeilen am nächsten Tag. Als er von einer Demonstrantin mit einer Tomate beworfen wird, hat er den unglücklichen Einfall, die Reste von seinem Anzug zu pflücken und der Angreiferin zurückzuwerfen. Im Fernsehen sieht man in einer Art Endlosschleife nur das besudelte Gesicht der jungen Frau. Keine Frage, dass so jemand nicht mehr einer öffentlichen Institution vorstehen kann, weshalb Beard auch umgehend seinen Posten als Direktor des Nationalen Amts für erneuerbare Energien räumen muss.

Von der Kritik wurde McEwans Buch eher ungnädig aufgenommen. Zu viel Slapstick, lautete das Urteil. Da wusste man noch nicht, dass sich die beschriebene Szene ein paar Jahre später wiederholen würde – an einem anderen Ort und mit einem anderen Nobelpreisträger, aber dafür im realen Leben. Dieses Mal sitzt der Mann, der mit ein paar als anstößig empfundenen Bemerkungen zum Geschlechterverhältnis seine Karriere beendet, nicht in London, sondern in Seoul, doch sonst ist fast alles gleich.

Am 9. Juni hält der 72 Jahre alte Biochemiker Tim Hunt bei einer Mittagsrunde des Weltkongresses der Wissenschaftsjournalisten eine kleine launige Rede, in der er auf seine Erfahrungen mit Frauen zu sprechen kommt: „Drei Dinge geschehen, wenn sie im Labor sind: Man verliebt sich in sie, sie verlieben sich in einen, und wenn Sie sie kritisieren, weinen sie."

Der Rest ist so, wie es bei „Solar" als Parodie entworfen ist: Eine Dozentin findet die Bemerkung ganz schlimm und macht ihrer Empörung auf Twitter Luft. Die Royal Society distanziert sich von ihrem langjährigen Mitglied, das University College in London, bei dem Hunt eine Honorarprofessur innehat, drängt ihn zum Rücktritt. Nicht einmal 24 Stunden nach seinem Auftritt ist die Reputation des Mannes, der eben noch als eine Leuchte seiner Profession galt, ruiniert.

Wie man heute weiß, hat Hunt seine Bemerkungen als Scherz gemeint und dies auch bei seiner Rede deutlich gemacht. Nachdem er angeregt hatte, doch getrennte Laborplätze für Männer und Frauen einzuführen, änderte er den Ton („Jetzt im Ernst") und würdigte die Leistungen von Frauen in der Wissenschaft. Nach seinem Auftritt herrschte auch keineswegs eine „tödliche, tödliche Stille", wie eine seiner Kritikerinnen behauptete, tatsächlich gab es viel Applaus und Gelächter unter den Zuhörerinnen, wie ein später aufgetauchter Tonmitschnitt beweist. Ein EU-Beobachter hielt in seinem Bericht die Bemerkung einer Frau vom koreanischen Forschungsrat für Wissenschaft und Technologie fest, wie beeindruckt sie sei, „dass Sir Tim eine derart witzige und komische Rede improvisieren" könne.

Die Dozentin wiederum, die mit ihrem Tweet den Anstoß gab zur öffentlichen Verfolgung des Nobelpreisträgers, ist, was die Wahrheitsliebe angeht, eher ein schwieriger Fall: Mehrere Angaben zu ihrem beruflichen Werdegang, mit denen sie sich auf der Website ihrer Universität präsentiert hatte, stimmten nicht, wie eine Überprüfung der Vita ergab. Einiges war stark übertrieben, manches sogar frei erfunden. Es nützt alles nichts: Tim Hunt ist zum Inbegriff des Sexismus an westlichen Hochschulen geworden, ein „Gewesener", wie er selbst bei einem Auftritt nach dem Aufruhr über sein missglücktes Grußwort sagt.

Dem klassischen Feminismus ging es um die Teilhabe an der Macht, seine Verfechterinnen kämpften für praktische Anliegen wie gleichen Lohn oder den Zugang von Frauen nach oben. Der Netzfeminismus hat sich auf die Ahndung von Meinungsverbrechen verlegt, worunter im Zweifel schon ein schlechter Scherz fällt. Dahinter steht die Auffassung, dass eine wirkliche Änderung der Machtverhältnisse nur über einen Wandel des Bewusstseins zu erreichen ist. Erst wenn wir anders über die Wirklichkeit denken, wird sie endlich auch frauengerecht sein.

Das Problem ist, dass sich nicht alle Fakten des Lebens dadurch ändern lassen, dass man anders über sie redet. Das mag bei Naturvölkern funktionieren, wo man auch noch daran glaubt, dass die Vorfahren einen im Schlaf heimsuchen, wenn man keine Vorkehrungen dagegen trifft. In der modernen Industriegesellschaft ist das magische Denken eher von zweifelhaftem Nutzen, weshalb trotz aller Opfer der Fortschritt auf sich warten lässt.

Juli



STEPHAN JANSEN / PICTURE ALLIANCE / DPA



07.07.2015

Klimagipfel

„Sommer ist die Zeit, in der es zu heiß ist, um das zu tun, wozu es im Winter zu kalt war“, meinte Mark Twain. In diesem Sommer ist es sogar für Diskussionen über den Klimawandel eigentlich zu warm. 40,3 Grad misst der Deutsche Wetterdienst Anfang Juli im bayerischen Kitzingen, ein neuer Temperaturrekord für Deutschland. Selbst auf der Zugspitze sind es an manchen Tagen über 15 Grad; Gipfeltouristen tragen kurze Hosen. „Der Klimawandel ist kein Problem für morgen mehr, er ist ein Problem für das Hier und Jetzt“, sagt US-Präsident Barack Obama. Auf der Uno-Klimakonferenz in Paris verhandeln von Ende November an Politiker, Diplomaten und Experten aus fast 200 Ländern über ein neues internationales Klimaschutzabkommen, eine Nachfolgeregelung für das Kyoto-Protokoll. Die USA, neben China der größte Produzent von Treibhausgasen, haben das Protokoll übrigens nie ratifiziert.



CHRIS JACKSON / GETTY IMAGES

29.07.2015

Hohe Tiere

Wer eine bedeutende Institution Großbritanniens repräsentiert, muss eigentlich in jeder Situation die Contenance bewahren. Doch das gelingt nicht immer. Zephyr zum Beispiel, der Weißkopfseeadler, der als Maskottchen für das Army Air Corps der britischen Streitkräfte arbeitet, mag beim Besuch von Prinz Charles und Camilla einfach nicht still sitzen. Vielleicht ist der Adler auch nicht der Einzige, der sich fragt, wann dieser schreckliche Termin endlich vorbei ist.



NASA / REUTERS

24.07.2015

Schöner Zwerg

Der Pluto ist der Außenseiter unter den Himmelskörpern: der einzige, den Forscher vom Planeten zum Zwergplaneten degradiert haben. Die Detailaufnahmen, die die Nasa-Sonde „New Horizons“ von ihm sendet, zeigen: Er sieht ziemlich gut aus. Und: Zwerg Pluto ist größer als vermutet, sein Durchmesser beträgt rund 2370 Kilometer.

01.07.2015

Sündenstolz

In Afrika leben nur noch rund 25 000 Löwen, halb so viele wie vor 20 Jahren. Nicht einmal ein Nationalpark in Simbabwe bietet Schutz vor Trophäenjägern wie Walter Palmer (l.), Zahnarzt aus den USA. 50 000 Dollar soll er für den Abschuss des Löwen Cecil gezahlt haben. Dabei trug Cecil ein GPS-Halsband, überwacht von Forschern der Universität Oxford. Als nach dem Tod des Löwen dieses ältere Foto bekannt wird, erhält Palmer Morddrohungen.



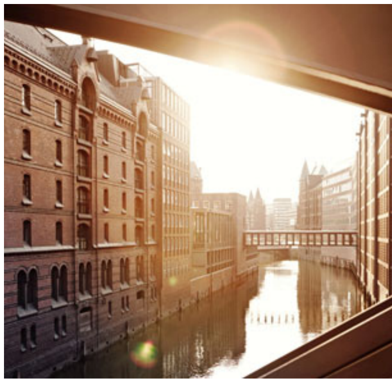
REX SHUTTERSTOCK / ACTION PRESS

05.07.2015

Freie und Abriss-Stadt

Sogar Bremen steht auf der Liste, außerdem der Kölner Dom, die Altstadt von Regensburg und die Berliner Museumsinsel: Insgesamt 39 Bauwerke und Kulturgüter in Deutschland sind von der Unesco als Welterbe anerkannt. Sie gelten als „herausragende Zeugnisse der Menschheits- und Naturgeschichte“, zur Freude von Denkmalschützern und Tourismusverbänden. Das einzige Bundesland, das kein Weltkulturerbe zu bieten hatte, war Hamburg.

Bis zum Sommer. Im Juli erklärt die Unesco die historische Speicherstadt im Hamburger Hafen und das Kontorhausviertel zum Welterbe, Nummer 40 auf der Liste. Die Kommission würdigt damit den „außergewöhnlichen universellen Wert der beiden monofunktionalen, aber sich ergänzenden Gebiete“. Bürgermeister Olaf Scholz verkündet, Hamburg nehme „nun gern die Verantwortung für den Schutz und die Vermittlung dieses Erbes wahr“.


CARSTEN DAMMANN

Hamburger Speicherstadt
Bauwerke werden hier traditionell danach beurteilt, ob sie sich rechnen

Ein Hohn, sagen Denkmalschützer. Sie kritisieren Hamburg als „Freie und Abriss-Stadt“. Bauwerke werden hier traditionell vor allem danach beurteilt, ob sie sich rechnen. Hamburgs gotische Domkirche gehörte nicht dazu, 1806 wurde sie abgerissen, ein einzigartiger Frevel. Und was alliierte Bomber im Zweiten Weltkrieg nicht geschafft hatten, erledigten später einheimische Stadtplaner: Ganze Viertel wurden platt gemacht. Noch heute dürfen Spekulanten intakte Häuser aus der Gründerzeit zerstören, mit dem Segen Hamburger Behörden. Neubauten, und seien sie noch so hässlich, sind lukrativer.

11.07.2015

Kurz und weg

Auf den letzten Bildern der Überwachungskamera aus seiner Gefängniszelle sieht man einen kleinen Mann in beiger Anstaltskleidung. Er setzt sich auf eine Pritsche und wechselt die Schuhe, bevor er hinter einer halbhohen Mauer verschwindet, die den Duschbereich vom Rest der Zelle trennt. Und dann, um 20.52 Uhr, ist er weg. Joaquín Guzmán Loera, genannt „El Chapo“, der Kurze, Chef des Sinaloa-Kartells, der wohl mächtigste Drogenboss der Welt, flieht aus dem Hochsicherheitsgefängnis El Altiplano in Mexiko.

Wie konnte das passieren? Zunächst einmal, so die Version der Behörden, dauert es bis 21.22 Uhr, bevor Wärter auf die Idee kommen, in der Zelle nachzusehen. Erst gegen Mitternacht wird Großalarm ausgelöst. Fahnder entdecken unter der Duschwanne einen Schacht, der zu einem Tunnel führt, ein Meisterwerk der Ingenieurskunst, 1,5 Kilometer lang, ausgestattet mit Licht, Belüftungssystem und einem Motorrad auf Schienen. Niemand will die Bauarbeiten bemerkt haben.


MARCO UGARTE / AP / DPA

Tunnel unter Guzmáns Zelle
Die Flucht löst in Mexiko eine Staatskrise aus

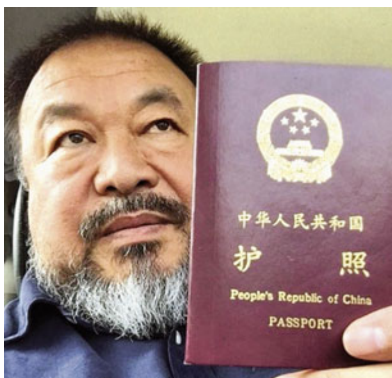
Guzmáns Flucht löst eine Staatskrise aus. Wer ließ ihn laufen? Laut Umfragen bezweifeln 80 Prozent der Mexikaner, dass die Regierung tatsächlich so ahnungslos ist, wie sie tut. Guzmán, so die Vermutung, habe Unterstützer bis in höchste Kreise. Das Land ist vom Drogenkrieg zermürbt, die staatlichen Institutionen gelten als unfähig oder korrupt. Doch auch die USA lassen nach Guzmán fahnden. Im Oktober wird er im Nordwesten Mexikos aufgespürt, kann aber entkommen.

22.07.2015

Ai kommt frei

Der Ton hat sich bereits entspannt zwischen ihm und dem chinesischen Regime, als am 22. Juli beim Aktionskünstler Ai Weiwei das Telefon klingelt. Der Staat hat ihm erlaubt, seine Kunst in China zu zeigen; der Dissident kleidet seine einst harte Kritik an der Regierung schon seit Wochen in milde Ironie. Nun endlich geschieht, worauf westliche Diplomaten so lange hingewirkt haben: Ai Weiwei erhält seinen Reisepass zurück.

Fast drei Monate lang hatte ihn die Staatssicherheit 2011 an einem unbekannten Ort festgehalten, vier Jahre lang hat sie ihn schikaniert und ihm die Ausreise verweigert. Jetzt lassen ihn die Beamten ziehen, ja sie versprechen ihm sogar, dass er zurückkehren dürfe. Wie es zu dieser Abmachung gekommen ist und warum der früher so kompromisslose Ai Weiwei plötzlich so nachsichtig über die Behörden spricht, diese Fragen führen bald zu einer Debatte – vor allem in Deutschland, wo er besonders verehrt wird.



AI WEIWEI / DPA

Dissident Ai
Warum spricht er plötzlich so nachsichtig über die Behörden?

Ai nimmt sich erst einmal eine Auszeit, wenn auch nur ein paar Tage lang: Er fliegt nach München und kümmert sich um seine Gesundheit, er verbringt Zeit mit seinem Sohn und dessen Mutter. Lange erträgt er das Privatleben nicht: Im September eröffnet er eine Ausstellung in London, im November tritt er eine Gastprofessur in Berlin an. Im kommenden Jahr, kündigt er an, werde er ein Buch über seinen Vater veröffentlichen, den Dichter Ai Qing, der ebenfalls zeitlebens mit Chinas Regime gerungen hatte.

Held des Alltags **Bastian Schweinsteiger**

Schön war's



Der Mittelfeldmann ist ein Spieler, der für viele Fans immer älter wurde, aber nie erwachsen.

Bayern-Fans nennen ihn bis zuletzt „Fußballgott", ihn, Bastian Schweinsteiger, „die Legende", wie Sportvorstand Matthias Sammer es bis heute ausdrückt. Keiner hat mehr Meisterschaften mit den Bayern gefeiert, nämlich acht. Keiner hat so oft den deutschen Pokal geholt, nämlich siebenmal. Weltmeister und Champions-League-Sieger war er auch. Es gibt kaum einen erfolgreicheren deutschen Spieler als Bastian Schweinsteiger. In einem Land, das Franz Beckenbauers Abwehrspiel und Lothar Matthäus' rechten Fuß sein Eigen nennt, ist das eine bewundernswerte Leistung.

Das Problem mit „der Fußballgott-Legende Schweinsteiger" wird aber spätestens im Juli deutlich, als er bekannt gibt, dass er München verlässt und zu Manchester United wechselt. Die erwartbare Reaktion, sollte man glauben, hätte Enttäuschung bei den Fans sein müssen, vielleicht sogar Protest, blanke Wut und Resignation. Was Fans eben tun, wenn ein Fußballgott den Verein verlässt. Nichts davon passiert. Die Trennung wird eher gelassen hingenommen. Vielen Dank für die bisher erfolgreichste Phase, die der FC Bayern in seiner Geschichte erleben durfte. Schön war's. Viel Glück in England. Verheiratete Scheidungsanwälte trennen sich emotionaler.

Der FC Bayern scheint auch nicht sonderlich geschockt. Die kolportierte Ablösesumme von 15 Millionen Euro wirkt lächerlich im Vergleich zu anderen Transfers des Sommers. Der Verein tut das, was Vereine immer tun, wenn sie heilfroh sind, einen Spieler loszuwerden: Schweinsteiger, ja, sicher, ein großer, großer Verlust, natürlich, aber man wolle „ihm keine Steine in den Weg legen". Die Wahrheit ist: Wenn der FC Bayern einen Spieler behalten will, dann werden ihm nicht Steine in den Weg gelegt, dann setzt man ihm einen ganzen Steinbruch vor die Füße. Der Spieler geht dann nirgendwohin. Man denke nur an die Schnappatmung, die in München einsetzte, als es kurz vor Ende der Transferperiode hieß, Thomas Müller könnte möglicherweise ebenfalls nach England gehen.

Müller ging nirgendwohin.

Schweinsteiger ist aber nicht Müller. Oder Lahm. Schweinsteiger ist ein Spieler, der für viele Fans immer älter wurde, aber nie richtig erwachsen. Ein grandioser Mittelfeldmann, ein fleißiger, harter Arbeiter mit guter Übersicht und fantastischem Schuss, aber ob es der mangelnde Bartwuchs ist, das notorische Dauerlächeln, die Unmenge an Interviews, von denen nicht eines in Erinnerung geblieben ist – Schweinsteiger wurde Legende genannt, aber nie wie eine behandelt. Schweinsteiger, das war eben Schweinsteiger. Ein junger Mann, der es irgendwie verpasst hatte, wirklich ernst genommen zu werden. Er hatte hübsche Freundinnen, er lächelte immerzu, auch wenn es keinen Grund dafür gab, und am liebsten schien er mit dem Neureuther-Sohn Felix zum Basketball zu gehen.

Der Wechsel nach England kurz vor seinem 31. Geburtstag tut Schweinsteiger gut. Obwohl er zunächst kein Stammspieler unter Trainer Louis van Gaal wird und obwohl er mit dem hohen Tempo im englischen Fußball Probleme hat. Die Fans in England begrüßen ihn wie eine lebende Ikone. Bei seiner ersten Einwechslung gibt es stehende Ovationen in Old Trafford. Alle huldigen dem ersten Deutschen, der für Manchester United aufläuft.

Nach seinem ersten Spiel nickt Sir Alex Ferguson, der langjährige Man-United-Trainer, zufrieden. Die Mannschaft werde von „Schweinis Erfahrung" profitieren. Seit Jahren spiele er auf einem Topniveau. Ferguson weiß nicht, dass Schweinsteiger diesen Spitznamen nicht mag. Gar nicht. Er klingt nicht sonderlich erwachsen.

Juan Moreno

STANLEY CHOW / DER SPIEGEL



Dekoration im Internationalen Zentrum Wien am 14. Juli

CARLOS BARRIA / REUTERS

Ein Deal für die Geschichte

Diplomatie Das Atomabkommen von Wien gibt der Welt Hoffnung – ein Erfolg für den US-Präsidenten wie für Iran. Einer der wichtigsten Unterhändler ist der iranische Außenminister Zarif, dessen Karriere einst in Amerika begann. *Von Erich Follath*

Gegen Schluss sind die beiden wichtigsten Männer des Verhandlungsmarathons reif fürs Krankenhaus, sie schleppen sich, im wahrsten Sinn des Wortes, auf Krücken durchs Ziel: Der amerikanische Außenminister John Kerry braucht nach einem Fahrradunfall Gehhilfen. Sein iranischer Amtskollege Mohammad Javad Zarif liegt stundenweise ganz flach, von einem schweren Hexenschuss gelähmt. Beide müssen im Krankenhaus behandelt werden. Und dann kommt es in der Endphase noch zu besonders dramatischen Sitzungen, zu einem hollywoodreifen Showdown hinter verschlossenen Türen: Kerry droht wütend mit Abreise, der sonst so sanfte Zarif haut mit der Faust auf den Tisch, dass die Teetassen klirren. Aber in der Nacht zum 14. Juli 2015 ist es dann so weit, alles bereit zum Happy End.

Der Atomdeal wird unterzeichnet – nach 36 Jahren Eiszeit zwischen Washington und Teheran, nach knapp 12 Jahren zäher, oft aussichtslos erscheinender Verhandlungen haben sich die USA, die anderen Uno-Vetomächte und Deutschland mit Iran geeinigt. Erschöpft, aber glücklich verkünden die Protagonisten einen Kompromiss, den viele nicht für möglich gehalten haben.

Internationale Kommentatoren sind sehr oft sehr schnell mit dem Wort „historisch“ zur Stelle, wenn sie internationale Abkommen beurteilen. Häufig ist das maßlos übertrieben. In diesem Fall aber sind Superlative angemessen. Historiker künftiger Generationen werden, wenn sie auf 2015 zurückblicken, als eines der wichtigsten Ereignisse des Jahres wohl den Atomvertrag von Wien bezeichnen. Im Nahen Osten, wo immer alles schlimmer wird, bevor es noch schlimmer wird, scheint mit diesem Deal der Kreislauf der Gewalt wenigstens einmal unterbrochen.

Wie bei allen Verhandlungen von Kontrahenten, die glauben, sehr gute Karten zu haben, kann keine Seite all ihre Wunschvorstellungen durchsetzen. Die US-Regierung hat lange darauf gedrängt, die Urananreicherungsanlagen von Natans und Fordo ganz zu schließen. Sie muss nun akzeptieren, dass die Iraner von ihren rund 19 000 Zentrifugen noch 5060 in Natans weiter betreiben dürfen. Und der Westen hätte auch sehr gern gesehen, wenn der bereits angereicherte Stoff vollständig vernichtet worden wäre; jetzt sollen 300 von 12 000 Kilogramm übrig bleiben. Am liebsten hätten Kerry & Co. die Einschränkungen für Irans Nuklearprogramm auf ewig festgeschrieben; jetzt gelten viele Restriktionen nur für ein Jahrzehnt.

Die iranische Seite musste ebenfalls erhebliche Abstriche von ihren Maximalforderungen machen. Sie akzeptiert wesentlich schärfere Kontrollen ihrer Anlagen durch die Internationale Atomenergiebehörde. Die Wirtschaftssanktionen gegen Iran werden nur schrittweise aufgehoben. Und wenn ein Team internationaler Beobachter zu dem Schluss kommt, dass Teheran den Vertrag verletzt, treten die bisherigen Strafmaßnahmen automatisch wieder in Kraft.

Auf über hundert Seiten wird das alles detailliert festgehalten. Es sind gesichtswahrende Kompromisse für alle Beteiligten: Die vereinbarten Mechanismen machen eine iranische Kernwaffe so gut wie unmöglich – wenn die Machthaber in Teheran nicht beschließen, sich über den Vertrag hinwegzusetzen und alle internationalen Brücken hinter sich einzureißen. Es ist eine Wette auf die Zukunft, aber eine, die – bei allen Mängeln und Fallstricken des Vertrags – mehr verspricht als alle anderen Optionen. Eine Wette, wie sie in einer solchen Tragweite auf der internationalen Bühne vielleicht zuletzt Richard Nixon eingegangen ist, der 1972 die Versöhnung mit der Volksrepublik China suchte und damit verknöcherte Feindbilder aufbrach.

Für US-Präsident Barack Obama ist das Atomabkommen der wichtigste außenpolitische Erfolg seiner nicht gerade von Triumphen geprägten Amtszeit, der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier nennt die Vereinbarung einen Präzedenzfall, weil sie zeige, dass „friedliche Konfliktlösungen möglich sind, selbst da, wo Misstrauen, sogar Feindschaft unüberwindlich scheinen“.

Die iranische Regierung kann ihrerseits den Bürgern versprechen, dass schon Anfang 2016 eingefrorene Milliardengelder freigegeben, Handelsbeschränkungen fallen werden. Auch außenpolitisch verschafft das Iran neue Spielräume: Die Islamische Republik ist ihren Paria-Status losgeworden, wird nun auch vom Westen als wichtige Regionalmacht akzeptiert. Und als Verlierer stehen Irans erbittertste Gegner da, die gemeinsam mit aller Macht versucht haben, den Deal zu verhindern: Israels Hardliner-Premier Benjamin Netanyahu und die erzkonservativen Republikaner in den USA – eine zusätzliche Genugtuung für die iranische Regierung.

Für den überwiegenden Teil der westlichen Presse ist der charmante und umgängliche Außenminister das „freundliche Gesicht Teherans“, wie der „Tagesspiegel“ schreibt. Chefunterhändler Zarif kehrt nach der Unterzeichnung im Triumphzug nach Teheran zurück. Die Jugend, nach Europa und den USA orientiert, jubelt ihm zu, als wäre er ein Popstar. Die Erzkonservativen im Parlament und unter den militanten Führern der Revolutionsgarden aber wetzen die Messer. Sie dämonisieren den Verhandlungsführer als jemanden, der mit seinen Zugeständnissen die Prinzipien des Landes verraten habe.

Vielleicht gibt es niemanden, der die iranischen Gegensätze, das persische Paradox, die persische Paranoia so perfekt verkörpert wie dieser Mohammad Javad Zarif, 55, den seine Landsleute schon im Frühjahr

2015 – als Vorgriff auf kommende Erfolge, vielleicht einfach als Ermutigung – zu ihrem „Mann des Jahres“ gewählt haben.

Er ist kein Kind der Oberschicht, die Eltern sind im Textilhandel zu Wohlstand gekommen. Die Familie ist strenggläubig, hält im Teheran der Sechzigerjahre Distanz zu der säkularen, amerikahörigen Regierung von Schah Reza Pahlavi. Schon als Jugendlicher sympathisiert Zarif mit der religiösen Opposition, hält sich an die von seinem Vater besonders streng ausgelegten schiitischen Glaubensregeln. Er verzichtet bis zum 15. Lebensjahr unter anderem darauf, jede Art von Musik zu hören, wie er später in seiner Autobiografie bekennt. Und doch sind die Eltern weltoffen genug, ihrem Sohn ein Studium in den Vereinigten Staaten zu ermöglichen, zunächst an der San Francisco State University im entspannten Kalifornien der Siebzigerjahre. Es bleibt nicht der einzige Widerspruch in seinem Lebenslauf.

Zarif verfolgt den Sturz des Schahs und die Errichtung der Islamischen Republik durch Ajatollah Ruhollah Khomeini 1979 mit großer Sympathie, bleibt aber trotz oder gerade wegen dieser revolutionären Umwälzungen in den USA. 1984 macht er in Denver seinen Magister im Fach Internationale Beziehungen, 1988 promoviert er mit einer Dissertation über „Sanktionen im Internationalen Recht“. Nebenbei engagiert er sich dort in der Khomeini-nahen „Islamischen Studentenverbindung“ und arbeitet bei der iranischen Uno-Vertretung.

Der geschmeidige und umgängliche Diplomat kommt überall zurecht; er freundet sich ohne Vorbehalte mit amerikanischen Professoren und Politikern an, er heiratet 1979 eine stramm revolutionäre Iranerin, die verhindert, dass im gemeinsamen Haushalt ein Fernseher angeschafft wird. Seine Frau habe sich später zu einem „ruhigen Menschen mit Geduld und Toleranz“ gewandelt, schreibt Zarif in seiner Autobiografie in seinem lakonischen, selbstironischen Stil. „Herr Botschafter“ nennt er sein Buch.

1988 geht das Paar in die Heimat zurück, er bekommt einen Job im Außenministerium. Auch im Amt versteht es Zarif gut, sich Freunde zu machen, steigt schnell auf der Karriereleiter nach oben. Er wird zum Experten für Geheimverhandlungen mit den Amerikanern, die offiziellen Beziehungen sind ja seit der Botschaftsbesetzung und der Geiselnahme durch iranische Studenten 1979 abgebrochen. Von 2002 bis 2007 amtiert Zarif dann als Chefdiplomat seines Landes bei der Uno in New York.

Nach der Amtsübernahme des hasserfüllten Antiwestlers und Holocaust-Leugners Mahmoud Ahmadinejad wird Zarif kaltgestellt, zieht sich aus der aktiven Politik zurück und lehrt in Teheran an der Uni. Es ist auch die Zeit, in der sich die Atomfrage wieder zuspitzt – Ahmadinejad versteht sich aufs Tricksen und Täuschen. Die meisten internationalen Experten sind damals überzeugt, dass Iran heimlich an einer Atombombe baut – oder doch zumindest an allen Voraussetzungen, die technisch dafür nötig sind.

Zarifs Chance auf ein Comeback kommt mit dem überraschenden Wahlsieg des gemäßigten Präsidenten Hassan Rohani im Juni 2013. Zarif wird Außenminister in einem Kabinett, in dem mehr Absolventen amerikanischer Hochschulen sitzen als in der Regierungsmannschaft Barack Obamas; Rohani selbst hat an der Universität von Glasgow promoviert. US-Energieminister Ernest Moniz, einst Professor am Massachusetts Institute of Technology (MIT), kommt bei den Verhandlungen in Wien erkennbar gut aus mit Ali Akbar Salehi, dem jetzigen Chef der iranischen Atomenergiebehörde – kein Wunder, hat Salehi doch auch am MIT promoviert. Die perfekten Englischkenntnisse der iranischen Mannschaft helfen in Wien am Schluss über die letzten Hürden. Aber die Affinität Zarifs und seiner Kollegen zum Westen schafft auch Trugbilder. Die Illusion von politischer Nähe.

Es gibt übereinstimmende Interessen zwischen Iran und den USA. Sie bekämpfen beide die Taliban in Afghanistan; im Irak führen sie beide Krieg gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ und koordinieren dabei informell sogar ihre Militäreinsätze. Aber es bleiben auch erhebliche Differenzen: Teheran stützt den syrischen Diktator Baschar al-Assad und finanziert die militante Schiitenmiliz Hisbollah im Libanon. Israel bleibt für Zarif ein zionistisches Gebilde, an eine Anerkennung des Staates ist nicht zu denken, auch wenn der Außenminister „dem jüdischen Volk“ zum Neujahrsfest gratuliert. Und dann steht über allem in Iran noch der wirklich starke Mann: Ajatollah Ali Khamenei.

Wie gering Zarifs Spielraum ist, zeigt sich gleich nach der Unterzeichnung des Atomabkommens. Zwar hat der Revolutionsführer seinem Verhandlungsteam mehrfach das Vertrauen ausgesprochen und das Endresultat gebilligt. Aber als Zarif auch nur andeutet, der Vertrag könne der Beginn einer Annäherung an den Westen sein, wird er von Khamenei sofort in die Schranken gewiesen.

Die USA bleiben auch nach dem Deal der „große Satan“. Prominente Politiker aus Westeuropa, unter ihnen der deutsche Außenminister, dürfen zwar in Teheran ihre Aufwartung machen. Aber Irans starker Mann sucht nicht den politischen Dialog, sondern nur Investitionen. Und er grenzt sich scharf ab gegen das sunnitische Saudi-Arabien – die beiden Staaten verhaken sich in einen gefährlichen Kampf um die Vormachtstellung im Nahen Osten, sie kämpfen im Jemen und in Syrien auf unterschiedlichen Seiten.

Wer gehofft hat, in Iran würde sich innenpolitisch schnell alles zum Besseren wenden, wird enttäuscht. Die Zahl der Hinrichtungen ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen, nach wie vor werden kritische Journalisten ins Gefängnis geworfen, politische Oppositionelle unterdrückt. Die verschiedenen Machtzentren Teherans bekämpfen einander hinter den Kulissen mit allen Mitteln, die mächtigen Revolutionsgarden hetzen gegen die Gemäßigten, in der Judikative sind es ebenfalls die Hardliner, die den Ton angeben.

Und so muss sich Außenminister Zarif gegenüber den heimischen Scharfmachern sogar für einen Händedruck mit Präsident Obama in New York rechtfertigen – die Ultras halten das für einen Frevel. Aber er weiß: Der Großteil seines Volks steht hinter ihm, vor allem die Jugend hofft auf Kontakte zum Ausland, neue Jobs, ein besseres, freieres Leben. Langfristig stehen die Chancen nicht schlecht, dass Iran durch das Bombenergebnis von Wien zu einem liberaleren Land wird. Vielleicht sogar zu einem Partner des Westens.



EBRAHIM NOROOZI / PICTURE ALLIANCE / AP PHOTO


CARLOS BARRIA / NYT / REDUX / LAIF

Zarif-Anhänger in Teheran, US-Außenminister Kerry in Wien
Die USA bleiben auch nach dem Deal der „große Satan“





Finanzminister
Schäuble

Die Sphinx

Karrieren Wolfgang Schäuble ist das große Rätsel des Jahres 2015. Wann immer die Kanzlerin in die Kritik gerät, gilt der Finanzminister als Alternative. Porträt eines Mannes zwischen Anpassung und Rebellion. *Von René Pfister*

Wolfgang Schäuble sitzt in seinem Büro an der Berliner Wilhelmstraße und denkt darüber nach, ob ihn die Kanzlerin rausschmeißen wird. Er hat in der vergangenen halben Stunde über Yanis Varoufakis gelästert, diesen griechischen „Großökonomen“, der glaubt, mit seiner Finanzalchemie die Athener Schulden wegzaubern zu können. Er spricht über Europa und die Regeln, die den Kontinent zusammenhalten. Dann blickt er auf die Uhr und sagt, er habe noch einen Termin bei Merkel.

„Wahrscheinlich entzieht sie mir mein Mandat.“

Für einen Moment herrscht entsetzte Stille bei Schäubles Leuten. Dann lacht der Minister. Natürlich, alles nur ein Scherz. Die Kanzlerin wird ihren wichtigsten Minister nicht einfach vor die Tür setzen.

Oder?

Schäuble, so viel kann man sagen, ist der große Geheimnisvolle des Jahres 2015. Seine Rolle changiert zwischen Rebell und Prinz Charles, dem tragischen Thronfolger, der grau wurde und doch nicht zum Zug kommt. Immer wenn Merkels Kanzlerschaft in diesem verrückten Jahr auf der Kippe zu stehen scheint, machen Meldungen die Runde, Schäuble halte sich bereit. Dass er sie nicht kommentiert, verleiht der Sache nur noch mehr Brisanz (siehe Seite 200).

Schäuble hatte in den vergangenen Jahrzehnten schon viele Rollen inne. Für die Deutschen gehört er zum politischen Inventar, er ist mehr Kontinuum als Politiker. Schäuble war schon seit eineinhalb Jahren Bundestagsabgeordneter, als Willy Brandt im Mai 1974 über die Guillaume-Affäre stürzte. Er wurde erst zu Kohls treuem Diener und dann zur tragischen Figur, die im Sumpf der Spendenaffäre versank. In einem Akt der Selbstdisziplinierung arbeitete er sich noch einmal zu Merkels wichtigstem Minister empor.

Gerade seine methusalemhafte Erfahrung ist es, die ihn trotz seines Alters als Alternative für Merkel erscheinen lässt. Als sich die Griechenlandkrise im Sommer zuspitzt, lässt Schäuble immer klarer durchblicken, dass es nur einen vernünftigen Ausweg aus der Misere geben kann: den Austritt Athens aus dem Euro.

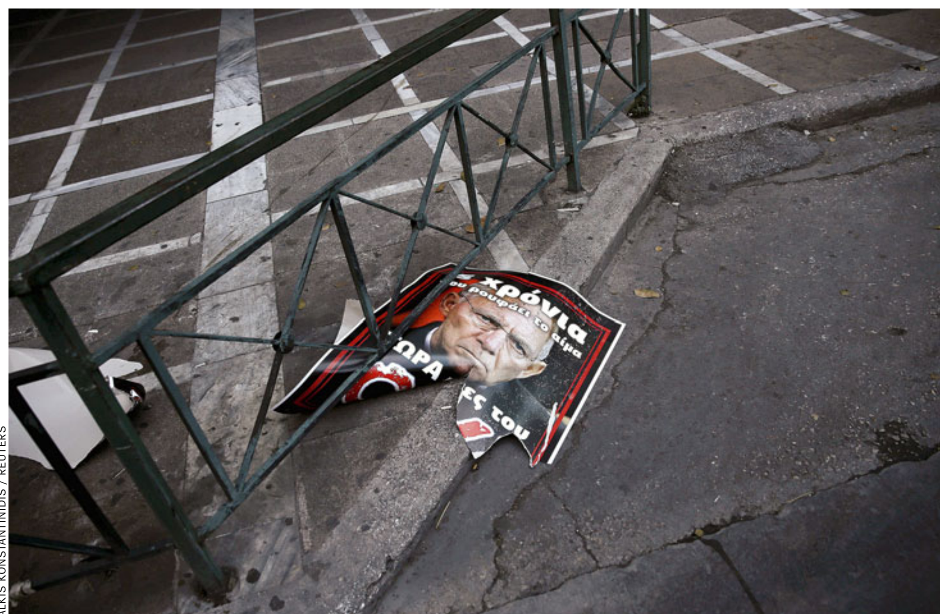
Auf den ersten Blick ist für Schäuble der Euro ein Streit um die Sache. Nach Helmut Kohl gibt es in Deutschland keinen Politiker, der sich mehr für Europa eingesetzt hätte. Schäuble schrieb schon Papiere zur Zukunft der Gemeinschaft, als Merkel noch „Kohls Mädchen“ im Bonner Kabinett war. Im Mai 2012 erhielt er den Aachener Karlspreis für seine Verdienste um die europäische Einigung.

Kein anderer aktiver Politiker hat, was Europa angeht, eine solche „street credibility“, und das macht es Schäuble bis zum Sommer möglich, so hartnäckig für den Grexit einzutreten. Schäuble glaubt, dass Europa nur funktionieren kann, wenn sich alle an die Regeln halten; und wenn man es zulässt, dass Griechenland dauerhaft auf Kosten der anderen lebt, dann gerät das ganze System der Gemeinschaftswährung ins Wanken. Das ist Schäubles Überzeugung.

Merkel sieht die Dinge eigentlich genauso, aber sie fürchtet sich vor dem letzten Schritt. In der Hochphase der Eurokrise gibt es zwei Merkel. Die Zahlen-Merkel kennt alle Ziffern, die dafür sprechen, Griechenland aus dem Euro zu befördern. Die Gefühls-Merkel schreckt davor zurück, weil sie nicht als Kanzlerin in die Geschichte eingehen will, die das Werk Helmut Kohls und François Mitterrands zerstörte. An diesem Punkt wird der Streit persönlich: Schäuble hat im Laufe der Jahre Merkel schätzen gelernt, ihren Fleiß und ihre Zähigkeit, aber im entscheidenden Moment findet er sie zu zögerlich. Aus seiner Sicht wäre es ein Dienst an Europa gewesen, Griechenland die Tür zu weisen. Es hätte das Signal gesetzt, dass sich die Gemeinschaft nicht auf der Nase herumtanzen lässt.

Um seine Sicht der Dinge durchzusetzen, testet Schäuble wie kein anderer Minister vor ihm Merkels Geduld: Immer wieder zieht er die Reformbereitschaft Griechenlands in Zweifel, im Sommer droht er

A. CHUDOWSKI / WIRTSCHAFTSWOCHE



ALKIS KONSTANTINIDIS / REUTERS

Anti-Schäuble-Plakat in Athen: Nur ein vernünftiger Ausweg aus der Misere

Wolfgang Schäuble – Leben und Karriere



MARCO URBAN?

Mit Helmut Kohl 1986
„Ich kannte ihn so lange, ich war der Engste vom Kohl“



NORBERT FÖRSTERLING / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Nach dem Attentat 1990
Keine Neigung zu übertriebener Sentimentalität



MARCO URBAN

Mit Angela Merkel 1999
„Sie hat mich nicht gestürzt, ich war nicht zu halten“



A. SANDVOSS / AGEFOTOSTOCK / AVENUE IMAGES

Mit Ehefrau Ingeborg
Andererseits ist er eben auch nicht aus Stein

sogar kaum verhohlen mit seinem Rücktritt, sollte ihn Merkel auf Linie zwingen.

Es ist ein beispielloses Schauspiel. Für ein paar Tage scheint plötzlich alles möglich, sogar, dass Schäuble die murrende Fraktion in eine offene Rebellion gegen Merkel führt. Doch dann kommt Mitte Juli die Gipfelnacht von Brüssel, in der entschieden wird, dass Griechenland im Euro bleibt. Schäuble fügt sich, er wagt nicht den Aufstand gegen Merkel, sondern wirbt im Bundestag sogar für ihre Linie. Der Rivale mutiert zum Diener.

Ein typischer Schäuble, wenn man so will. Er weiß, dass er es so weit wie niemand sonst treiben kann im Bundeskabinett, weil es für Merkel praktisch unmöglich ist, ihn zu feuern. Das hängt nicht nur mit seinem Rückhalt in Partei und Fraktion zusammen, sondern auch mit dem komplizierten psychologischen Verhältnis der beiden. Es war Schäuble, der Merkel nach Kohls Sturz im Herbst 1998 zur CDU-Generalsekretärin machte und sie so davor bewahrte, sich ins Heer der namenlosen Oppositionsabgeordneten einreihen zu müssen.

Aber Merkel hinderte das nicht daran, mitten in der Spendenaffäre einen Beitrag in der „Frankfurter Allgemeinen“ zu platzieren. In diesem berühmten Appell im Dezember 1999, der ihren Aufstieg zur CDU-Chefin vorbereitete, distanzierte sie sich zwar auf den ersten Blick nur von Helmut Kohl. Aber das Signal war ein doppeltes: CDU-Chef Schäuble ist zu sehr Teil des Systems Kohl, um einen Neuanfang zu schaffen. Acht Wochen nach dem „FAZ“-Artikel trat Schäuble zurück, Merkel wurde seine Nachfolgerin.

Schäuble hat sich nie öffentlich über Merkels Text beklagt. Er ist kein Mensch, der zu übertriebener Sentimentalität neigt. Wenn er die Dinge mit nüchternem Verstand durchdenkt, dann sieht er, dass sein Rücktritt in der Spendenaffäre unausweichlich war. „Sie hat mich nicht gestürzt, ich war nicht zu halten“, sagte er vor ein paar Jahren dem SPIEGEL. Andererseits ist Schäuble eben auch nicht aus Stein. Er hat sich schon gemerkt, zu welcher Härte Merkel in der Lage ist, wenn es darum geht, ihre Interessen zu verfolgen.

Schäuble wäre im Frühjahr 2004 gern Nachfolger von Johannes Rau als Bundespräsident geworden, doch Merkel entschied sich am Ende nicht für ihn, sondern für den damaligen IWF-Direktor Horst Köhler. Merkel begründete dies mit dem Widerstand der FDP gegen Schäuble. Aber viele in der CDU glaubten damals, Merkel wolle verhindern, dass der unabhängige Schäuble ins Schloss Bellevue einzieht, bevor sie selbst Kanzlerin wird.

Es ist schwer zu sagen, welche Variante zutrifft, sicher aber ist, dass die Schlacht ums Schloss Bellevue einen tief verärgerten Schäuble zurückließ. Merkel machte Schäuble zwar zum Innenminister, als sie im Herbst 2005 Bundeskanzlerin einer Großen Koalition wurde.

Doch das Verhältnis der beiden blieb schwierig. Merkel war mit seiner Amtsführung alles andere als zufrieden. Schäuble war der Minister des Ausnahmezustands. In seinen Reden und Interviews vollführte Schäuble Höllenstürze in die Abgründe des Terrorismus, er warnte vor Anschlägen mit nuklear verseuchtem Sprengstoff.

Der Alarmminister Schäuble passte so gar nicht zu Merkels ruhigem Regierungsstil, und im Herbst 2009 nahm sie den Wechsel zum neuen Koalitionspartner FDP zum Anlass, auch Schäuble auszuwechseln. Jeden anderen hätte Merkel wahrscheinlich auf die Hinterbänke des Bundestags versetzt, aber bei Schäuble ging das nicht. Es hätte gewirkt wie eine grobe Undankbarkeit.

Merkel beförderte Schäuble zum Finanzminister. Im neuen Amt machte er sich daran, die hochfliegenden FDP-Pläne für eine Steuerreform zu schreddern, und wieder war nicht ganz klar, in wessen Auftrag er eigentlich handelte. Ist er der Bad Cop, der mit heimlicher Billigung der Kanzlerin dem Koalitionspartner die Flausen austreibt? Oder agiert er auf eigene Rechnung, weil er Merkel für zu schwach hält, den Liberalen Paroli zu bieten?

Gerade das Sphinxhafte macht den späten Schäuble so interessant. Man traut ihm alles zu, selbst den Putsch gegen die eigene Kanzlerin. Kein anderer Politiker kann so schön raunen wie Schäuble. Auf dem Höhepunkt der Eurokrise sagt er: „Politiker haben ihre Verantwortung aus ihren Ämtern. Zwingen kann sie niemand. Wenn das jemand versuchen würde, könnte ich zum Bundespräsidenten gehen und um meine Entlassung bitten.“ Auf den ersten Blick sind die Worte nur die nüchterne Beschreibung der Rechtslage. Aber aus Schäubles Mund klingt es wie die Drohung, das Amt hinzuschmeißen, wenn Merkel ihn zu sehr gängelt.

Zu Schäubles Wesen gehört aber auch, dass er es nie zum Äußersten kommen lässt. Man kann das Besonnenheit nennen. Aber er schaffte es wohl auch deshalb nie ganz an die Spitze, weil ihm das letzte Quäntchen Machtbewusstsein fehlt. Schon zum Ende der Ära Kohl, als eigentlich die ganze Partei wusste, dass mit dem Alten die Wahl im Jahr 1998 nicht mehr zu gewinnen war, scheute er sich davor, Kohl herauszufordern. Er konnte sich nur dazu aufraffen, an Kohls Vernunft zu appellieren. Vor ein paar Jahren hat er die Szene,



Video: Schäuble und Griechenlands Krisenpolitik

spiegel.de/jc2015schaeuble
oder in der App DER SPIEGEL

die sich im März 1998 in Kohls Kanzlerbüro zutrug, eindrücklich zwei SPIEGEL-Redakteuren berichtet:

„Irgendwann habe ich erklärt: Ich red mit ihm. Ich kannte ihn so lange, ich war der Engste vom Kohl, ich wusste, dass unser Verhältnis damit zerstört sein würde. Eines Montagmorgens bin ich zu ihm hin und habe gesagt: ‚Helmut, wir verlieren die Wahl mit dir.‘ Ich hatte erwartet, dass Kohl antworten würde: Mit wem soll's denn sonst gehen? Etwa mit dir? Darauf hätte ich erwidert: Das auch nicht, aber wir würden weniger hoch verlieren. Aber er sagte einfach: ‚Das glaube ich nicht, wir werden nicht verlieren.‘ Das war's.“

Schäuble ließ danach den Dingen ihren Lauf, der Rest ist Geschichte. Kohl verlor, und die CDU versank danach im Strudel der Spendenaffäre.

Will er es jetzt noch mal wissen? Kaum ist im Sommer die Griechenlandkrise ausgestanden, schütteln die Flüchtlinge die CDU durch. Schäuble steht erst loyal an der Seite der Kanzlerin. Er sagt, sie habe mit ihrer Entscheidung, die in Ungarn gestrandeten Flüchtlinge nach Deutschland zu holen, die „Ehre Europas gerettet“.

Doch Schäuble wäre nicht Schäuble, wenn er nicht bald ein Auge für die Schwächen von Merkels Politik entwickeln würde. Er sieht, dass die Kanzlerin keine Antwort findet auf die Ängste der Bürger und die Frage, wie der Zustrom der Verzweifelten zu verringern sei. Erst ist sein Grummeln nur in kleiner Runde zu hören, er drängt auf eine Kürzung der Sozialleistungen für Flüchtlinge und die Einschränkung des Familiennachzugs.

Als das nicht fruchtet, springt er Innenminister Thomas de Maizière bei, als dieser vom Kanzleramt eine Rüge erhält, weil er öffentlich eine schärfere Behandlung syrischer Bürgerkriegsflüchtlinge gefordert hat. „Man kann nicht einen von uns öffentlich so runterputzen“, zischt Schäuble im CDU-Präsidium. Am Ende setzt sich dort seine und de Maizières Linie durch, Merkel kann es nur noch abnicken.

Kurz darauf sagt er: „Lawinen kann man auslösen, wenn irgendein etwas unvorsichtiger Skifahrer an den Hang geht und ein bisschen Schnee bewegt.“ Man braucht nicht viel Fantasie, um die Metapher zu dechiffrieren und in Merkel die Skifahrerin zu erkennen.

Will Schäuble Merkel stürzen? Es spricht einiges dafür, dass er ihr nur seine Linie aufzwingen will. Nachdem es bei der Griechenlandpolitik nicht geklappt hat, versucht er es nun in der Flüchtlingskrise. Allerdings hat Schäuble ein Alter erreicht, das ihn frei macht, er ist 73 Jahre alt. Er testet, wie weit er gehen kann, und es ist nicht ganz klar, wer dabei näher an den Abgrund gerät: Schäuble – oder Merkel.

Stadtgespräch

Im Essener Kessel

Im Juli entscheidet sich der Machtkampf in der AfD. Der Gründer Bernd Lucke wird verjagt, die Partei liegt am Boden – bis die Flüchtlingskrise ihr neue Anhänger bringt.
Von Melanie Amann

Schon vor 10 Uhr werden die ersten Parteifreunde schwach. Die Sonne brennt an diesem Julimorgen vom Himmel. Draußen vor der Essener Grugahalle verteilen Ordner Wasserflaschen, drinnen in der Halle kämpft die Klimaanlage gegen den Schweiß von 3500 Journalisten und Mitgliedern der Alternative für Deutschland an. Es wird das hitzigste Bundestreffen, das diese ohnehin streitlustige Partei je hatte.



Der Machtkampf wird in Essen entschieden, Parteigründer Bernd Lucke am zweiten Tag regelrecht aus der Halle gejagt, ohne Dank, ohne Blumen, ohne Anerkennung. Nicht einmal sein Stimmenergebnis für den zweiten Platz an der Parteispitze gibt die Zählkommission bekannt. Für die Basis zählt nur noch Frauke Petry, Luckes Widersacherin aus Sachsen. Sie serviert ihn ab: „Lieber Bernd, du bist und bleibst die Galionsfigur“ – Kunstpause – „der Gründerzeit.“

An diesem Wochenende in Essen würden wenige Beobachter auf eine Zukunft der AfD setzen. Die Partei ist gespalten, das Eurothema zieht nicht mehr, und den Marsch der Flüchtlinge hat sogar die Bundesregierung noch nicht so recht auf dem Schirm. Dass die AfD am Jahresende 2015 in Umfragen bei zehn Prozent liegt, verdankt sie Hunderttausenden Syrern, Afghanen und Irakern. Sie verdankt diese Werte überforderten deutschen Politikern und der wachsenden Angst der Deutschen. Die Flüchtlingskrise wird der Rettungsschirm für Frauke Petry.

Streng genommen ist sie jetzt selbst Chefin einer „Altpartei“: Bernd Lucke gründet kurz nach der Demontage eine noch jüngere Gruppe namens „Alfa“. Als kühler Rechner hat er sein Ende in der AfD einkalkuliert und sich vorbereitet. Schon Wochen vor dem Essener Parteitag hat er seine Anhänger um sich gesammelt, ihr Verein durfte zwar noch nicht Partei heißen, hatte aber eine Satzung, eine Kasse, Beauftragte für jedes Bundesland. Als die gegnerischen Lager die AfD auf dem Parteitag in Trümmer schießen, steht bereits der Rohbau für die neue Alfa.

Gefühlsmäßig hakt der VWL-Professor seine Partei ab, kaum hat er die Essener Grugahalle verlassen. Lucke ist der Typ Mann, der nach einer Trennung seine Exfreundin nie wieder anruft. Außer, um seine Fotos und Geschenke zurückzufordern, und die zwölf Euro, die er ihr kürzlich für eine Fahrkarte geliehen hatte. Mit seiner Expartei wird der Exchef sich in diesem Sommer 2015 auch streiten, ob Lucke der AfD noch Geld schuldet oder umgekehrt.

Als ihn der SPIEGEL zwei Wochen nach dem Parteitag zum Interview trifft, in seinem Haus in Winsen, spricht Lucke über die AfD wie früher über CDU oder NPD – voll kalter Gleichgültigkeit. Als hätte er diese Gurkentruppe schon immer verachtet und nicht viele Tage und Nächte seine ganze Kraft und sein Herzblut in die AfD gesteckt. „Herzblut ist ein großes Wort“, sagt Lucke. „Ich bin kein sehr emotionaler Mensch.“

In der ganzen Familie Lucke gibt es wenige Gefühlsmenschen. Zwei von Luckes Kindern kochen in der Küche das Mittagessen: „Hat es euch getroffen, wie euer Vater behandelt wurde? Nervt es euch nicht, dass jetzt alles von vorn losgeht, das Plakatekleben und Unterschriftensammeln?“ Achselzucken. „Nö. Nicht schlimm. Ist halt so.“ Verständnislose Blicke. Wenn es eine Aufgabe zu erledigen gibt, hält sich Familie Lucke nicht mit Seelenpflege auf. Die Pflicht ruft, für Deutschland.

Lucke wird in diesem Herbst wieder durch die Mühen der Ebene gehen, Pressekonferenzen vor acht Journalisten abhalten, Thesenpapiere schreiben, die niemand außerhalb von Alfa liest. Die AfD tauchte von Anfang an in Wahlumfragen als eigener Wert auf, auch als sie nur bei zwei Prozent lag. Alfa verschwindet derzeit noch bei den „Sonstigen“. Sie will eine Partei für Vernünftige sein, die den Euro für instabil halten, linke Bildungspolitik für unseriös und Atomkraft für eine sichere Energieform. Die Zielgruppe scheint in Deutschland klein zu sein.

Wenigstens kämpft Lucke jetzt mit Verbündeten für ein gemeinsames Ziel. Für seine einstige Gegnerin Frauke Petry wird der Streit im Inneren der Partei noch lange weitergehen. Der Konflikt mit Lucke wird rückblickend für sie nur eine Etappe in einem größeren Kampf sein. Das kann auf dem Essener Parteitag jeder erkennen, der genau hinhört: Immer wieder ruft die AfD-Basis nach einem Mann, der an diesem Wochenende kein einziges Mal auf der Bühne stehen wird: „Höcke, Höcke!“, skandieren sie, wann immer der Name des Thüringer Landeschefs fällt. Björn Höcke wird im Oktober bundesweit bekannt, als er bei „Günther Jauch“ eine Deutschlandfahne enthüllt. In Essen steht er im vorderen rechten Block auf der Tribüne. Die Arme verschränkt, immer wieder ein süffisantes Lächeln auf den Lippen, beobachtet er den Zirkus im Saal. Er steht noch weiter rechts in der AfD als Frauke Petry, er ist jetzt der Treiber, sie die Getriebene.

Keine vier Monate nach dem Parteitag wird Petry ihn öffentlich zurechtweisen, ihm Äußerungen für die gesamte Partei verbieten. Sie legt sich mit ihrem Vorstand an und bekommt von Höcke eine Antwort per Pressemitteilung. Für einen Moment heißt es „Zurück in die Zukunft“ mit der AfD. Es könnte noch oft so kommen.

Überlingen am Bodensee, Dezember 2012; Foto: Maurice Haas / DER SPIEGEL

„Herr Walser, glauben Sie an ein Leben nach dem Tod?“ – „Immer wenn ich darüber nachdenke, lande ich bei der Gewissheit, dass meine Hosenträger unsterblich sind.“

Der Schriftsteller Martin Walser und Susanne Beyer, SPIEGEL-Redakteurin

spiegel.de/KeineAngstvorderWahrheit

DER SPIEGEL

Keine Angst vor der Wahrheit

August



ZUMA PRESS / IMAGO



14.08.2015

Die Botschaft der Botschaft

Ein Spaziergang durch die Altstadt von Havanna gehört zu den Höhepunkten für jeden Kuba-Urlauber. Doch der Herr im weißen Hemd, der dort gerade einen Oldtimer bewundert, ist kein gewöhnlicher Tourist, sondern der amerikanische Außenminister John Kerry. „Ich fühle mich heute Morgen sehr zu Hause hier", sagt Kerry. Sein Besuch auf Kuba gilt als historisch. Im Jahr 1961 hatten die USA ihre diplomatischen Beziehungen zum kommunistischen Kuba abgebrochen; die Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen auf der Insel hätte beinahe einen Atomkrieg ausgelöst. Erst Ende 2014 verkündeten Barack Obama und Kubas Präsident Raúl Castro einen Neubeginn. Nach dem Rundgang durch die Altstadt eröffnet Kerry die seit 1961 geschlossene US-Botschaft. „Es ist der Moment, unsere Flaggen zu hissen und den Rest der Welt wissen zu lassen, dass wir uns gegenseitig das Beste wünschen", sagt der Außenminister. Kleiner Schönheitsfehler: Kubanische Dissidenten sind zur Feier nicht eingeladen.



DAVID LEVENE / INTERTOPICS

20.08.2015

Parodie eines Parks

„Ich bin ein Schwachkopf“ steht auf den Luftballons, die einer der Wächter in „Dismaland“ verteilt. „Dismal“ bedeutet „trostlos“, Dismaland ist ein Projekt des britischen Künstlers Banksy, eine grimmige Parodie auf Freizeitparks à la Disneyland. Banksy verwandelt damit den Badeort Weston-super-Mare bei Bristol in „Englands enttäuschendste Besucherattraktion“, wie es stolz im Programmheft heißt.



RODONG SINMUN / DPA

15.08.2015

Kims Sonderzone

Kim Jong Un im Glück: Wieder einmal hat Nordkoreas Diktator die Welt mit einer Entscheidung überrascht. Kim führt in Nordkorea eine eigene Zeitzone ein. Kein Witz! Die Uhren in Pjöngjang werden dafür eine halbe Stunde zurückgestellt. Das kostet nichts und beweist, dass selbst in Nordkorea Reformen möglich sind.



EKATERINA SHTUKINA / DPA

30.08.2015

Ein Prosit der Gemütlichkeit

Wladimir Putin lässt sich gern mit Wildtieren fotografieren – oder mit zahmen Untertanen. Dmitrij Medwedew, der russische Premierminister, gehört eher zur zweiten Kategorie. Auf dem Anwesen des Präsidenten in Sotschi darf Medwedew seinen Vorgesetzten erst in den Kraftraum begleiten, dann gibt es Tee. Das Foto, veröffentlicht von der Pressestelle des Kreml, überzeugt durch seine Natürlichkeit.

04.08.2015

Angriff auf die Pressefreiheit

Im Oktober 1962 durchsuchten Polizisten und Beamte des Bundeskriminalamts die Redaktionsräume des SPIEGEL; Herausgeber Rudolf Augstein musste für 103 Tage in Untersuchungshaft. Der Vorwurf: Landesverrat – wegen einer kritischen Titelgeschichte über die Bundeswehr. Verteidigungsminister Franz Josef Strauß (CSU), der die Strafverfolgung inspiriert hatte, musste am Ende zurücktreten. Der SPIEGEL wurde zum Symbol der Pressefreiheit.

2015 wird wieder gegen Journalisten wegen Landesverrats ermittelt, zum ersten Mal seit der SPIEGEL-Affäre. Harald Range, der Generalbundesanwalt, eröffnet ein Ermittlungsverfahren gegen zwei Journalisten des Blogs Netzpolitik.org, weil als vertraulich eingestufte Dokumente dort veröffentlicht wurden. Hans-Georg Maaßen, Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, hatte Strafanzeige gestellt. Nicht erst seit Edward Snowdens Enthüllungen über die NSA versuchen auch deutsche Behörden fast alles, um Journalisten und ihre Informanten einzuschüchtern.

Doch Range hat die politische Brisanz seiner Ermittlungen unterschätzt. Als das Verfahren gegen Netzpolitik.org bekannt wird, beginnt eine neue Debatte über Pressefreiheit und Geheimdienste. Justizminister Heiko Maas (SPD) weist Range nun an, das Verfahren einzustellen. Doch Range weigert sich und beklagt später einen „unerträglichen Eingriff“ in seine Arbeit. Am 4. August wird er von Maas in den Ruhestand versetzt. Ein Sieg für die Pressefreiheit, eine Blamage für Politik und Justiz.



RONALD WITTEK / DPA

Generalbundesanwalt Range
Politische Brisanz der Ermittlungen unterschätzt

18.08.2015

Der öffentliche Seitensprung

Sie suchen eine Affäre, ein Abenteuer, und es ist diesmal kein fremder Duft, der sie auffliegen lässt, kein falscher Vorname im Liebesgeflüster. Hacker veröffentlichen im August 2015 im Darknet Unmengen von E-Mail-Adressen, deren Inhaber offenbar eines eint – die Sehnsucht nach einem Seitensprung und das Vertrauen in das Versprechen der Netzagentur Ashley Madison, das möglich zu machen.

Eine Hackergruppe knackt deren Datenbank, versucht die Betreiberfirma Avid Life Media zu erpressen und stellt die Daten dann ins Netz. Tausende US-Regierungsadressen sind darunter, Mitarbeiter der Uno sowie rund 300 000 Accounts mit .de-Kennung. Auch Angaben zu sexuellen Vorlieben werden öffentlich. Für viele Betroffene beginnt eine Zeit der Angst, dass Angehörige oder Arbeitgeber von ihren Absichten erfahren. Bei einigen gehen erpresserische Mails ein, bald machen Meldungen von Selbstmorden die Runde. Ein US-Staatsanwalt entschuldigt sich öffentlich bei Frau und Kindern – und beteuert, nie Ehebruch begangen zu haben.

Was nicht unwahrscheinlich ist, denn das Datenleck offenbart auch das fragwürdige Geschäftsgebaren des Anbieters. Offenbar waren nur rund ein Siebtel der Kunden Frauen, viele Männer flirteten wohl, ohne es zu merken, mit Algorithmen, sogenannten „FemBots“. Die Firma kann ihre mangelnde Sicherheit teuer zu stehen kommen: Betroffene Kunden kündigen Klagen und Forderungen von zusammen mehr als einer Milliarde Dollar an.



CHRIS WATTIE / REUTERS

„Ashley Madison“-Website
Angaben zu sexuellen Vorlieben werden bekannt

23.08.2015

Zerstörungswut

Ein Foto aus dem Archiv, zwangsläufig: Der Baalschamin-Tempel in der antiken Stadt Palmyra in Syrien existiert nicht mehr. Die Fanatiker des „Islamischen Staats“ (IS) sprengen das Kulturdenkmal Ende August in die Luft. Ein paar Tage später beschädigen sie durch eine Explosion auch den 2000 Jahre alten Baal-Tempel schwer, eines der bedeutendsten antiken religiösen Bauwerke im Nahen Osten.

Der Chefarchäologe von Palmyra wird ebenfalls Opfer des IS: Khaled Asaad, 82, einer der wichtigsten Denkmalschützer der Region, wird ermordet; den enthaupteten Leichnam hängen die Täter vor dem Museum der Stadt auf, Asaads früherer Wirkungsstätte. Es ist der vorläufige Tiefpunkt einer beispiellosen Zerstörungsorgie. Im Mai hatte der IS Palmyra erobert, und so wie die Fundamentalisten zuvor im Irak in den antiken Städten Hatra, Mossul und Ninive gewütet hatten, so nehmen sie sich jetzt systematisch und vor laufender Kamera Palmyra vor.

Die Oasenstadt, 250 Kilometer nordöstlich von Damaskus, ist – oder war – ein Symbol für kulturelle und religiöse Vielfalt. Bereits in altassyrischen Texten und im Alten Testament ist der Ort erwähnt. Unter dem römischen Kaiser Hadrian begann ein Bauboom; um das Jahr 270 hatte die legendäre Königin Zenobia hier ein eigenes prächtiges Reich. Im Laufe der Jahrhunderte wurde Palmyra von Arabern, Mongolen und Osmanen erobert. Die majestätische Schönheit der antiken Ruinen blieb stets erhalten. Bis der IS kam.



REUTERS

Baalschamin-Tempel in Palmyra 2009
Das Bauwerk überstand Römer, Araber, Mongolen und Osmanen

Held des Alltags Totilas

Die letzte Piaffe



Das Wunderpferd musste nur noch seine Wunder tun, dann würde alles gut. Tat es aber nicht.

Er ist ein Pferd, das schon. Aber er ist auch ein „Ausdruckstänzer“ mit „magischer Anziehungskraft“, eine „Legende“, ein „Wunderhengst“ sei er, schrieben euphorische Sportreporter; er könne die Beine werfen „wie eine Cancan-Tänzerin“, stand in der „FAZ“, während die „SZ“ fand, er werfe sie „wie ein Grenadier“. So fing es an, damals, vor fünf Jahren.

Ein „lieber Freund“ sei der schwarze Totilas, sagte Matthias Rath, der Reiter, der ihn 2010 von dem Holländer Edward Gal übernahm. Raths Stiefmutter Ann-Kathrin Linsenhoff hatte ihn gemeinsam mit dem Pferdehändler Paul Schockemöhle gekauft, für zehn Millionen Euro, hieß es, bestätigt wurde die Summe nicht.

Totilas bekam einen Pressesprecher, eine Website mit Fanartikeln und Starbiografie, das Wunderpferd musste jetzt nur noch seine Wunder tun, dann würde alles gut. Tat es aber nicht. Stattdessen hat es im August sozusagen seinen Rücktritt erklärt.

Pferdeleute sprechen gern auf eine Weise von den Pferden, die einen vergessen lässt, dass es Pferde sind. Von Totilas' speziellem Charakter war viel die Rede, eine Persönlichkeit sei er, glamourös und eitel, und eine Seele habe er auch. Tanzen könne er wie ein Zirkuspferd, und das warf bald Fragen auf – war es das Wesen dieses Tieres, dass es so exaltiert die Hufe fliegen ließ, oder die Folge eines besonders strengen, in Holland verbreiteten Trainingsstils? Und: Wie lange hält ein Pferd das durch?

Totilas glänzte gelegentlich und war immer wieder monatelang verletzt. Er zeigte großartige Piaffen, und dann zeigte er: Rebellion. Es war bei einer Hengstschau in Vechta, er sollte beweisen, dass er fit und leistungsfreudig war, aber er hopste nur herum. Er hampelte, führte nur unwillig aus, was sein Reiter von ihm wollte, es sah aus, als habe er einfach keine Lust mehr. Fast streikte er.

Es war nicht schön, was die Öffentlichkeit wenig später zu sehen bekam. „Rollkur“ heißt das, was Rath nun exekutierte: ein sehr straff gezogener Zügel, ein tief gebeugter Pferdehals, das Pferd hat die Nüstern fast an der Brust. Es hat keine Chance mehr, den Gehorsam zu verweigern. Rath brach kein Gesetz, für Minuten ist das Verfahren in Deutschland erlaubt, aber er sorgte für einen Skandal. Und für Zweifel am Umgang mit seinem Tier: Vielleicht war es ja doch ein Fehler, von einem Pferd, das so oft als Deckhengst arbeitet, zu erwarten, dass es willig unter dem Sattel geht.

Totilas siegte zwischendurch wieder, und „Bild“-Reporter glaubten ihm dabei anzusehen, „dass er glücklich ist“.

War er's? Kann man wissen, wofür ein Pferd sich entscheiden würde, wenn man es wählen ließe?

Ein Sportler kann protestieren, kann den Dienst aufkündigen und begründen, warum er nicht mehr will. Ein Pferd hat nur seinen Körper, um zu sprechen. Im August 2015, bei den Weltreiterspielen in Aachen, sind Besitzer, Reiter, Trainer, Tierärzte der Meinung, dass er gesund genug für den Wettkampf sei.

Totilas geht unregelmäßig. Er fällt aus dem Takt, er schont die linke Hinterhand. Er hilft noch mit, die deutsche Bronzemedaille zu holen, aber sein Körper sagt klar: Es ist genug. Und endlich wird er verstanden.

Er wird Deckhengst bleiben, wenn die Gesundheit es zulässt, er muss ja Geld verdienen, aber der Preis für sein Sperma ist gefallen, die Leute wollen lieber Fohlen von einem Sieger als von einem Pferd, das zurückgetreten ist. „Sex-Rente“, so nennt „Bild“ das, was ihm bevorsteht, an Animierstuten schnuppern und das Phantom besteigen; hoffentlich hat er Spaß dabei. Barbara Supp

STANLEY CHOW / DER SPIEGEL

Revolution der Lokalisten



Syrien Zum Beispiel Korin: Ein Dorf im Norden Syriens versucht, sich mit dem Krieg zu arrangieren – WLAN auf dem Marktplatz, Olivenernte trotz Bombenterror. Doch einige Bewohner flüchten nach Europa. Eine Reportage *von Christoph Reuter*

TIMO VOGT / RANDBILD.DE



Trauerfeier in Korin nach einem Angriff der syrischen Armee


[1]
TIMO VOGT / RANDBILD.DE

Als die Felsenkirschen blühten, begann das Unheil. Es kam nicht unerwartet. Die Männer aus Korin und den anderen Dörfern haben es gewissermaßen sogar herbeigeführt: Seit dem Winter hatten sie, nach zwei Jahren fast bewegungslosen Stellungskriegs, in rascher Folge mehrere der letzten Bastionen der Armee in der Provinz Idlib überrannt. Als Ende März die gleichnamige Provinzhauptstadt von den Truppen des Regimes fluchtartig aufgegeben wurde, kamen die Bomben: Wie so oft, wenn die Rebellen eine Armeebasis, einen Flughafen, eine Stadt erobern, griff anschließend die Luftwaffe ihre Herkunftsorte an.

Wochenlang kreisten die Hubschrauber in unerreichbaren Höhen, ließen ihre halbtonnenschweren Fassbomben auf Korin niedergehen. Mindestens einmal fiel ein mit Zündern versehener Chlorgaszylinder auf das Dorf, das etwa 40 Kilometer südlich der türkischen Grenze liegt. Suchoi-Jets tauchten zwischen den Wolken auf und feuerten ihre Raketen auf die noch intakten Häuser. 31 Menschen starben, nur, denn die fluchtgewohnten Einwohner von Korin hatten sich schon nach den ersten Einschlägen in die Olivenhaine rund ums Dorf zurückgezogen. Für eine Weile lebten sie zwischen den Bäumen in winzigen Hütten, die sie in friedlicheren Zeiten gebaut hatten.

Mit der Olivenblüte wird es ruhiger, die Luftangriffe ebben wieder ab. Die Jets werden andernorts gebraucht, die nächsten Dörfer sind zu bestrafen. In Korin kehren die Menschen zurück aus den Wäldern, etwa drei Viertel der einst 11 000 Bewohner leben bald wieder im Ort, sie sammeln Steine, besorgen Zement und Planen, um ihre Häuser herzurichten. Wenn nicht gerade Krieg wäre, könnte man von einem friedlichen Sommer sprechen.

Es ist die Ruhe zwischen den Stürmen, eine empfindliche Ruhe, wie die eines winzigen Boots auf hoher See. Denn Korin und die gesamte Umgebung mit Hunderten Dörfern und kleinen Städten existieren seit fast vier Jahren in einem Zustand der Anarchie.

Es ist, als hätte sich jemand böswillig eine Versuchsanordnung ausgedacht: Was geschieht, wenn alles wegbricht, was die Ordnung des Zusammenlebens ausmacht?

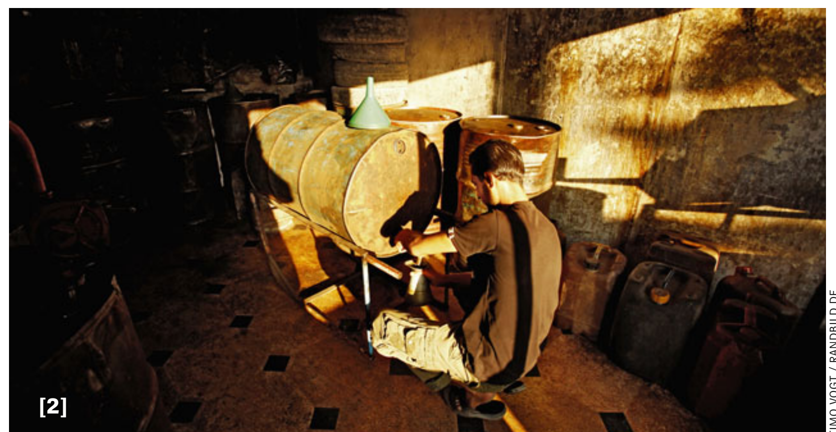
Es ist, als hätte sich jemand böswillig eine Versuchsanordnung ausgedacht: Was geschieht, wenn Polizei, Gerichte, der ganze Staat einfach verschwinden?

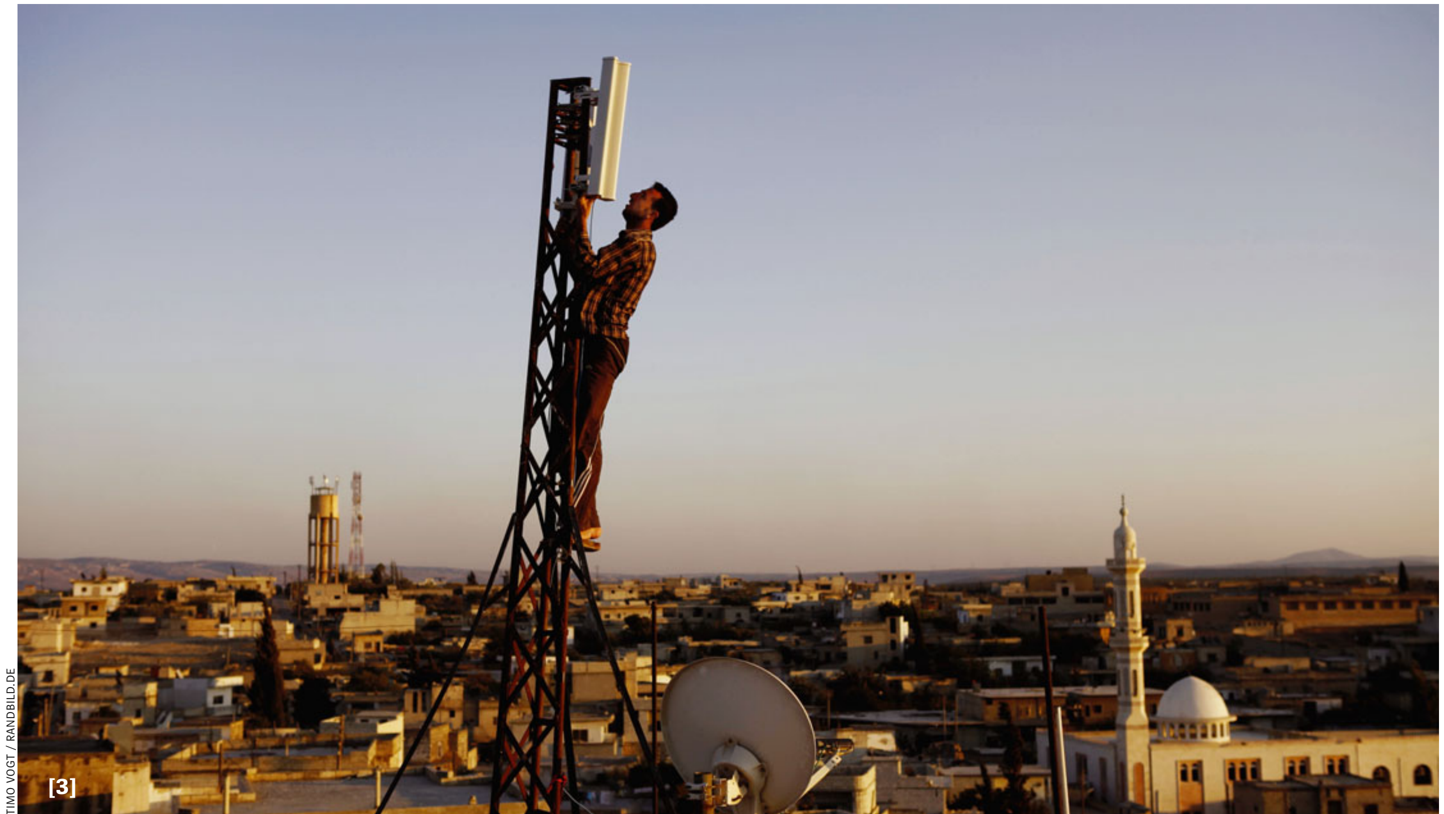
Wenn Polizei, Gerichte, der ganze Staat einfach verschwinden, ohne dass ein neuer Staat an seine Stelle tritt? Sondern der alte Staat nur gelegentlich vorbeifliegt, um Tod und Verwüstung zu bringen? Eine Situation, die Bildern aus Endzeitthrillern ähnelt: bodenlose Angst und marodierende Horden im Dauerkampf um Treibstoff, Wasser, Frauen. Doch wie ist es wirklich?

Dass die Armee sich in Idlib schon im Frühjahr 2012 nach heftigen Kämpfen in ihre letzten Festungen und Städte zurückzog, war bejubelt worden in der Annahme, bald stürze die Diktatur Baschar al-Assads im ganzen Land. Ein Irrtum. Zwei Jahre lang schoss die Armee mit Artillerie gelegentlich aus ihrer acht Kilometer entfernten Stellung nach Korin. Bis sie vertrieben wurde und der Tod für eine Weile vom Himmel fiel. Ansonsten blieben die sanft geschwungenen, grünen Hügelzüge ihren Bewohnern überlassen – „Mad Max“ in der Toskana, gewissermaßen.

Hinter den Hügeln, da sind die anderen. Der Weg dorthin sei nicht weit, auch lebten da keine Feinde. Aber trotzdem, „ganz sicher ist es nicht“, sagt Aziz Ajini, der im früheren Leben Englischdozent in der Provinzhauptstadt war und die kettenrauchende graue Eminenz des Dorfes ist. Ende 2015 ist es ruhig in Korin. Hier kennt jeder jeden. Zeigt sich die Spätherbstsonne, sitzen ein paar Menschen vor den Häusern. Kommt Wind auf, ist das Knattern eingerissener Plastikfolien zu hören, mit denen die zertrümmerten Fenster geflickt worden sind.

Anstatt sich einfach aufzulösen, ist die öffentliche Ordnung geschrumpft: „Korin ist ein Staat geworden“, konstatiert Ajini, „so wie alle Orte hier“, lauter Zwergstaaten aus Notwehr. In den Medien scheint Syrien seit Jahren nur noch aus Schrecken und Verwüstung zu bestehen, aus Explosionen und schwarz vermummten Barbaren, die ihre Opfer vor laufender Kamera köpfen. Doch es gibt unzählige Orte, die wie Inseln im Sturm versuchen, die Kämpfe zu überleben.


[2]
TIMO VOGT / RANDBILD.DE


TIMO VOGT / RANDBILD.DE
[3]

Von einer Kleinstadt zur nächsten zu fahren, „das ist heute, als wenn ich Staatsgrenzen überquerte“, ergänzt der im Koriner Dorfrat Zuständige für die Wasserversorgung des Ortes: „In jedem Gebiet gibt es unterschiedliche Rebellengruppen, manche Orte sind religiöser, andere zerstritten.“ Automatisch sei die Furcht gewachsen vor den anderen: denen, die man nicht so gut kennt, die keinen Schutz bieten. Man hält sich fern, bleibt in seiner winzigen, aber halbwegs sicheren Umgebung.

Dabei ist schon deren Ruhe erstaunlich angesichts des Umstands, dass jeder sich bewaffnen kann. Es wäre leichter denn je, jemanden umzubringen – und es ist zugleich schwieriger denn je, Täter zur Rechenschaft zu ziehen, ohne Blutfehden zu riskieren. Es gibt keine Polizei, und selbst wenn: Anrufen könnte man sie ohnehin nicht mehr. Nicht, dass es unter Assad ein vertrauenerweckendes Rechtssystem gegeben hätte, aber es gab einen Staat. Heute gibt es nur noch das fragile, jederzeit zu erschütternde Gleichgewicht aller Beteiligten. Alles muss verhandelt werden. Die Ordnungsinstanzen sind ersetzt worden durch das Nervengeflecht der persönlichen Beziehungen und den Zusammenhalt des Dorfs.

Als im Mai 2014 ein junger Mann nahe Korin erschlagen gefunden wurde, begann der zehnköpfige Dorfrat, gewählt aus den Entsandten jeder Familie, mit den Ermittlungen. So gut es eben ging. Wer hatte das Opfer zuletzt gesehen, war jemand bei ihm? Eine Zeugin hatte ihn im Streit mit zwei entfernten Cousins beobachtet. Die beiden gestanden, aber damit fingen die Probleme erst an. Wie verhindern, dass die Familien eine Blutfehde beginnen? „Wir haben den Fall dann dem Scharia-Gericht in der Stadt Binisch vorgetragen“, erklärt Ajini, „das hat einen guten Ruf in der ganzen Provinz“, weil dort einer der fähigsten Juristen sitze. Mit der Scharia, buchstabengetreuer islamischer Gerichtsbarkeit, habe dies weniger zu tun, aber das Label erhöhe die Akzeptanz.

[1] Korin-Bewohner Aziz Ajini
[2] Tankstelle in Korin
[3] Installation der WLAN-Anlage auf dem Marktplatz

Eine Gefängnisstrafe schied aus, mangels Gefängnis; eine Todesstrafe hätte das Dorf zerreißen können. Das Gericht verhandelte einen Kompromiss: sieben Millionen syrische Pfund Blutgeld, damals umgerechnet 32 000 Euro. Ein Vermögen, für das die Familie der Täter Gold und Land verkaufte. Außerdem durften die beiden Täter für ein Jahr das Dorf nicht betreten.

Verbannung, das klingt nach Mittelalter, und auch in anderen Dingen wirkt die Dorfrepublik wie ein Reenactment der Vergangenheit. Sie lebt wieder von dem, was sie anbaut: vor allem Oliven, Feigen und Mahlab, den leicht nach Marzipan riechenden Keimlingen der Felsenkirsche, die für Kuchen, Süßspeisen und Salben verwendet werden. Andere Dörfer, die höher liegen oder mehr Wasser haben, bauen Pfirsiche, Melonen, Kartoffeln, Paprika an. Untereinander tauschen die Dörfer. Korins kost-


TIMO VOGT / RANDBILD.DE

Familienmitglieder vor dem Haus von Aziz Ajini in Korin

barstes Produkt aber, die Kerne der Felsenkirsche, bringen umgerechnet acht Euro pro Kilo und werden weiterhin exportiert. Zwischenhändler transportieren die Kerne durch alle Frontlinien und bis in die Golfstaaten sowie den Sudan, wo sie Teil traditioneller Tinkturen für Frauen sind, um auch bei sengender Hitze gut zu riechen. Die Ernten seien gut gewesen dieses Jahr, sagen die Bauern. Genug Regen, und seit dem Frühjahr trauen sie sich wieder zu ihren weiter entfernten Oliven- und Felsenkirschenhainen, die zuvor von der Armee vermint worden waren. Ein paar Bauern haben dafür mit dem Leben bezahlt.

Auch der Diesel, Treibstoff für Fahrzeuge wie Generatoren, kommt nur auf Pfaden und über Zwischenhändler nach Korin. In einer der größten Tankstellen, die aus einem verrußten Keller mit aufgebockten Fässern besteht, erläutert Besitzer Yazan das Angebot. Anfang des Jahres gab es die Dieselsorten „Regime“ für 110 syrische Pfund pro Liter, „Islamischer Staat“ für 90 sowie „Islamischer Staat gefiltert“ für 100 Pfund. Ende des Jahres ist nur noch „Islamischer Staat“ erhältlich, jetzt für 125 Pfund, umgerechnet 50 Cent. Dass dieser Diesel von ihren Feinden stamme? „Ja nun, was soll ich tun?“ Was ihm mehr zu schaffen mache, seien die Marktschwankungen. Als der IS für eine Weile den Schmuggel stoppte, stiegen die Preise für den Dschihadisten-Diesel, und automatisch wollten die Schmuggler auch mehr für den Assad-Diesel, der ja nun teurer verkauft werden konnte. Er müsse sich an all solche Dinge auch erst gewöhnen, sagt der Tankstellenbesitzer, „meinen Beruf gab es ja früher gar nicht. Das war alles staatlich“.

Etwa 30 Menschen aus Korin sind bereits in Deutschland angekommen. Einer von ihnen lebt nun auf einem Bauernhof im Wendland.

So archaisch das Leben in manchen Bereichen geworden ist, so modernisierend war der Effekt des Kriegs in anderen: Allabendlich ist Korin nun in fahles weißes Licht gehüllt. Fast jeder nutzt nur noch LED-Leuchten, die sich in Kombination mit hüfthohen Batteriepaketen auch aus Generatoren speisen lassen.

Ein ehemaliger Informatiker des Innenministeriums in Aleppo installierte nach der Rückkehr in sein Heimatdorf eine Satellitenanlage und mehrere Internet-Hotspots. Seit 2013 gibt es WLAN auf dem Marktplatz und Coupons in den Läden für den Netzzugang. Als er Kabel für einen Hotspot installierte, „brauchte ich zumindest keine Löcher zu bohren“, frotzelte damals Mohammed, der Informatiker. „Ich konnte die Einschusslöcher vom letzten Einmarsch der Armee nutzen.“ Ende 2015 gibt es bereits vier Netzanbieter in Korin, die mit eigenen Antennen das schwache Signal türkischer Mobilfunkanbieter verstärken.

Zwar zetern gelegentlich die Handvoll Dorfradikalen, dass allerlei Sündiges durch das Internet komme, aber auch sie nutzen das Netz – und haben selbst nie recht Fuß fassen können in Korin. Bei der radikalen

Nusra-Front, die anderswo in Idlib immer stärker geworden ist, kämpft niemand aus Korin. Etwa zehn Männer seien allerdings zum IS nach Rakka gegangen, heißt es im Dorf. Das seien unstete Leute gewesen, erinnert sich Ajini, der frühere Dozent: „Einer ist bei drei Rebellengruppen gewesen, bevor er beim IS landete. Und das Komische ist: Der war schwerer Raucher. Keine Ahnung, wie er es bei den Dschihadisten aushält.“ Wen die Sittenwächter dort mit einer Zigarette erwischen, der wird ausgepeitscht. Ein anderer habe sich aus Rakka bei seiner Frau gemeldet – auch im Kalifat gibt es Facebook – und sie aufgefordert, mit den Kindern nachzukommen. Gleichzeitig habe er angekündigt, sich für eine Selbstmordmission zu melden, „keiner versteht das“, Kopfschütteln.

Von Deutschland aus wird vom syrischen Krieg jenseits des Regimes fast nur noch der IS wahrgenommen, der am brutalsten mordet und seine Taten am grellsten vorführt. Er hat in den menschenarmen Wüstensteppen Ostsyriens riesige Gebiete eingenommen. Nicht so in den dicht besiedelten Hochburgen des Aufstands, in Idlib und Aleppo im Norden, in Hama in Zentralsyrien und in Daraa im Süden. Dort erscheint der IS den Menschen nicht minder furchterregend als im Ausland – eher noch bedrohlicher, denn die Front der Terrorarmee in Gottes Namen liegt oft nur wenige Dutzend Kilometer entfernt.

Jenseits des IS haben in vielen Dörfern Idlibs religiöse Gruppen Zulauf. Die Gründe dafür sind vielfältig und oft eher weltlich: Es geht darum, moralische Normen zu stärken als Ersatz für fehlende Institutionen. Es geht um Trost angesichts des anhaltenden Grauens, aber auch um Macht und Geld: Als 2012 die moderaten Rebellen der „Märtyrer Idlibs“ begannen, Schergen des Regimes zu entführen und gegen Gefangene oder Geld wieder freizulassen, entwickelte sich eine fatale Eigendynamik: Zwei „Märtyrer Idlibs“ aus Korin fingen damit an, auch reiche Bauern und Geschäftsleute zu entführen. Einer der Entführten war ein Geschäftsmann aus der nahen Stadt Ariha, der sich nur deshalb später der militanten Nusra-Front anschloss, um seinerseits der Kidnapper habhaft zu werden. Tatsächlich kam eine Abordnung der Nusra nach Korin, um die Täter zu verhaften. Nach längeren Verhandlungen und gegen das Versprechen, ihn nicht umzubringen, sondern vor ein Gericht zu stellen, lieferte das Dorf einen der beiden aus. Der andere war geflohen.

Während von Washington bis Moskau alle vor der Radikalisierung warnen, wird ein fundamentales Dilemma der Opposition kaum wahrgenommen. Denn die Dorfrepubliken wie Korin verkörpern Glanz und Grenzen des syrischen Revolutionsvorhabens. Zwar sind der Erfindungsreichtum und die Beharrlichkeit dieser Miniaturstaaten erstaunlich. So gut wie allen Widrigkeiten zum Trotz: Örtlich funktionieren sie – aber eben auch nur dort. Was in Syrien geschieht, ist eine Revolution der Lokalisten. Sie beklagen vehement und meist zu Recht die Unfähigkeit der Exil-Opposition. Aber sie können sie nicht ersetzen. Sie wittern selbst unter ihren Unterstützern rivalisierende Interessen, Saudi-Arabien gegen Katar, beide gegen die USA. Aber sie verbünden sich nicht. Sie wollen Assads Sturz und einen halbwegs gerechten, funktionierenden Staat. Aber keiner weiß, wer den durchsetzen soll.

Die souveräne Miniaturrepublik Korin mit WLAN auf dem Dorfplatz und leiser Furcht vor allem, was hinter den nächsten Hügeln lebt, bleibt ein Spielball der Gezeiten dieses Kriegs.

Ebenso brachial, wie die Wucht der Bombardements im Frühling über das Dorf kam, treffen ab September die Angriffe der russischen Luftwaffe Nordsyrien. Bis zu hundert Angriffe am Tag fliegen deren Jets und Kampfhubschrauber auf jene Gegenden, die anschließend von den Truppen Assads und seiner schiitischen Verbündeten überrollt werden sollen. Rund um Korin aber bleibt es ruhig. Ein topografischer Glücksfall in der allgemeinen Auflösung des Landes: Denn jenseits des russischen Aufmarschs hat die iranische Militärführung in Syrien direkt mit einer der größten islamistischen Rebellenbrigaden, Ahrar al-Scham, einen lokal begrenzten, weitreichenden Waffenstillstand verhandelt. Zwei isolierte schiitische Dörfer nahe Korin werden von Rebellen nicht angerührt; im Gegenzug gibt es keine Luftangriffe auf die gesamte Umgebung.

Ein wenig Ruhe inmitten der Stürme. Einige Bewohner geben trotzdem auf, sie versuchen, von Korin nach Europa zu flüchten. Etwa 30 Menschen sind bereits in Deutschland angekommen, darunter auch der Sohn des Englischdozenten Ajini, der nun auf einem Bauernhof im Wendland lebt.

Die Daheimgebliebenen bereiten sich auf den Winter vor und haben zum Heizen weitere Olivenbäume gefällt, deren Früchte im nächsten Sommer fehlen werden. Die Fortgegangenen berichten über Skype von den Wochen der Fußmärsche und der Angst auf dem Meer.

Nur Abdulhakim, einer der Dorflehrer, kann aus eigener Anschauung erzählen: Er hatte all sein Erspartes für die Flucht ausgegeben und war bis Berlin gekommen. Doch ein paar Monate später ist er nach Korin zurückgekehrt. „Ich war in Sicherheit, aber konnte nichts tun für meine Frau und die Kinder, während hier die Bomben fielen“, sagt Abdulhakim. „Das habe ich nicht mehr ausgehalten.“


DPA

Explosionsort im Freihafen von Tianjin: Noch in drei Kilometer Entfernung splittern Fensterscheiben

Das Fanal

China Der Chemieunfall von Tianjin erschüttert eine der wohlhabendsten Städte Chinas und das Weltbild seiner aufstrebenden Mittelschicht.
Von Bernhard Zand

Der Straßenbaumeister Yang, 35, sitzt am Abend des 12. August 2015 in seinem Wohnheim vor dem Fernseher, es ist eine schwüle, heiße Sommernacht, er trägt nur Shorts und Badelatschen. Kurz nach elf Uhr nimmt er aus den Augenwinkeln wahr, dass es vor seinem Fenster merkwürdig hell wird. Hinter dem Haupttor des Hafens von Tianjin, gut einen Kilometer von Yangs Wohnheim entfernt, ist ein Feuer ausgebrochen. Yang steht auf und macht sich auf den Weg, er will wissen, was da los ist.

Der Immobilienkaufmann Wang, 24, sitzt zur gleichen Zeit am Computer und arbeitet. Er wohnt etwa drei Kilometer vom Hafen entfernt im Neubauviertel Binhai. Auch ihm fällt auf, dass es plötzlich seltsam hell wird. Er tritt ans Fenster und starrt in die Nacht hinaus.

Frau Wu, eine Buchhalterin, ist an diesem Abend früh zu Bett gegangen. Sie wohnt in einem Hochhaus, das fast unmittelbar an der Grenze des Hafens steht. Ihr Mann ist unterwegs, ihr Sohn den Sommer über bei den Großeltern. Sie muss am nächsten Morgen früh aufstehen, deshalb schläft sie bereits, als der Straßenbaumeister Yang am Haupttor ankommt und der Immobilienhändler Wang auf seiner Handykamera den „Aufnahme“-Knopf drückt. Es ist 23.34 Uhr.

Da zerreißt eine gewaltige Explosion die Nacht. Auf den Videos, die Wang und Dutzende andere von ihren Fenstern und Balkonen aus in diesem Augenblick aufnehmen, ist ein Feuerpilz zu sehen, der binnen Sekunden Hunderte Meter in den Himmel steigt. 30 Sekunden später folgt eine zweite, noch größere Explosion.

Die beiden Detonationen sind so massiv, dass Seismografen in Nordostchina zwei Erdbeben registrieren, das erste mit einer Stärke von 2,3, das zweite mit 2,9. Selbst aus dem All ist das riesige Feuer zu erkennen, das die Explosionen auslösen. Um 23.50 Uhr sendet der japanische Wettersatellit Himawari aus 35 000 Kilometer Höhe ein Infrarotbild zur Erde, das an der Küste der nachtschwarzen Bohai-See einen hellen Punkt zeigt. 20 Minuten später ist es bereits ein kleiner weißer Fleck.

Mindestens 173 Menschen kommen in diesem Feuer ums Leben, fast 800 werden verletzt. Die Druckwelle schleudert tonnenschwere Container durch die Luft,



GEOVIEN SO / NURPHOTO / PICTURE ALLIANCE / DPA

Notunterkünfte für Anwohner des Hafengeländes: „Wir trauen uns nicht, eine neue Wohnung zu suchen“

noch in drei Kilometer Entfernung splittern Fensterscheiben, 17 000 Wohnungen werden zerstört oder beschädigt.

Aber nicht nur der Hafen von Tianjin wird in dieser Nacht erschüttert. Die beiden Explosionen versetzen das ganze Land in einen Schock.

Denn von Anfang an gibt es Bilder von der Katastrophe, Chinas Zensoren kommen gar nicht nach damit, sie zu löschen. Um 23.29 Uhr stehen erste Fotos im Internet, eine Userin namens „AdaDouDou-Dou“ hat sie gepostet. Sie zeigen das Feuer unmittelbar vor der ersten Explosion. Schon acht Minuten später sind Clips der Explosionen zu sehen. „Weiß irgendjemand, was hier los ist?“, fragt ein User. Um 23.49 Uhr hebt Tencent, eines der großen Internetportale Chinas, die Nachricht auf seine Homepage, nach Mitternacht zieht die offizielle „Volkszeitung“ nach.

Die Anteilnahme ist enorm, denn der Schauplatz des Unglücks ist nicht eines der trostlosen und nachts menschenleeren Industriequartiere, die Chinas Küsten und große Flüsse säumen, sondern die 15-Millionen-Metropole Tianjin, eine Stunde südöstlich von Peking. Die Wirtschaftsentwicklungszone Binhai, zu der der Freihafen gehört, ist ein Schaustück des modernen China. 3300 internationale Unternehmen haben hier Niederlassungen.

Die Hunderttausende, die hier Arbeit gefunden haben, wohnen in modernen Wolkenkratzern, Binhai zählt zu den gefragtesten Vierteln der Stadt. Manche der Hochhäuser reichen bis direkt an die Hafengrenze heran – darunter auch die Türme des Haigangcheng-Wohnparks, wo die Buchhalterin Wu mit ihrer Familie lebt.

Frau Wu und ihr Mann stammen aus der Industriestadt Changchun und sind ein typisches Paar der urbanen Mittelschicht. Beide sind 30 Jahre alt, beide berufstätig, beide haben sich gegen ihre Heimatstadt im nordostchinesischen Rostgürtel und für die moderne Hafenstadt Tianjin entschieden. Sie haben einen Sohn, sie fahren einen großen Geländewagen.

Ihr Apartment liegt im 30. Stock, auf der südlichen, der dem Hafen abgewandten Seite des Hochhauses. Wahrscheinlich ist das der Grund, warum Wu erst von der zweiten Explosion aus dem Schlaf gerissen wird. „Ich kann mich an den Augenblick selbst gar nicht erinnern“, sagt sie, „ich weiß nur, dass Glasscherben flogen und ich mich an der Stirn und am Unterarm verletzte.“ Wie benommen irrt sie im Pyjama durch die Wohnung, irgendwann findet sie ihr Telefon und ruft ihren Mann an.

Es dauert Stunden, bis er es durch den chaotischen Verkehr nach Binhai geschafft hat. Ein giftiger Wind pfeift durch das 35-stöckige Gebäude, während seine Frau wartet; die Explosionen haben alle Fenster aus den Rahmen gerissen, die Gardinen wehen in den Nachthimmel hinaus. Dann endlich kommt ihr Mann, sie brechen auf ins Krankenhaus. Sie werden ihre zerstörte Wohnung zwei Monate lang nicht mehr betreten. Das ist ihnen aber noch nicht klar, als sie sich zwischen den Feuerwehr- und Rettungswagen einen Weg aus der Katastrophenzone bahnen.

Es dauert Tage, bis sich die Ursachen des Unglücks in Grundzügen abzeichnen, und Wochen, bis sich ein schlüssiges Bild fügt: Das Feuer, das der Straßenbaumeister Yang von seinem Wohnheim aus gesehen hat, ist offenbar von einem brennenden Auto ausgelöst worden. Die Flammen grei-


REUTERS

Versuchskaninchen zur Messung der Luftqualität in Tianjin: Extrem hohe Konzentration von Cyanid

fen auf eine Halle über, in der etwa 3000 Tonnen Chemikalien gelagert werden. Als die Hafenfeuerwehr eintrifft, versucht sie den Brand mit Wasser zu löschen. Das ist es wohl, was zur Katastrophe führt.

Denn die Chemikalien in der Halle – darunter Kalziumkarbid und Ammoniumnitrat – sind hochgefährlich, vor allem auf so engem Raum und in solchen Mengen. Wenn Kalziumkarbid mit Wasser in Berührung kommt, setzt es ein Gas frei. Vermutlich wird so das Ammoniumnitrat entzündet, eine Substanz, die immer wieder verheerende Industrieunglücke ausgelöst hat und auch bei schweren Sprengstoffanschlägen verwendet wurde.

Das alles wissen die Schaulustigen nicht, die sich am Abend des 12. August am Hafentor einfinden, um der Feuerwehr bei ihrer Arbeit zuzusehen. „Wir wollten nur hin, um zu sehen, was los ist", sagt der Straßenbaumeister Yang. „Keiner konnte sich vorstellen, was passieren würde." Yang selbst sieht die erste Explosion, bevor er sie hört und spürt. „Diese Verzögerung gab mir zumindest noch die Zeit, mich umzudrehen." Als die zweite Explosion folgt, wird er mehrere Meter durch die Luft geschleudert, bleibt aber, bis auf einen Schnitt am Fuß, unverletzt.

Mehr als hundert Feuerwehrwehrmänner erleben diesen Augenblick nicht mehr. Aber es ist nicht ihr Fehler, dass sie die Explosionen ausgelöst haben. Sie wussten nicht, was sie tun, sie konnten es nicht wissen.

Die Firma Ruihai International Logistics, auf deren Gelände sie zum Einsatz gerufen wurden, hat sie nicht darüber informiert, welche Stoffe dort gelagert werden. Explosive Chemikalien können es nach den Buchstaben des Gesetzes ja gar nicht sein, denn ihre Lagerung ist in der Nähe von Wohngebieten verboten – und die Lagerhalle liegt unmittelbar am Haigangcheng-Wohnpark. „Wir hatten keine Ahnung, dass das ein Gefahrgutlager war", sagt einer von ihnen, der verschüttet wurde und deshalb überlebte.

Die Feuerwehrmänner wissen an jenem Abend noch vieles andere nicht: dass unter den Chemikalien auch 700 Tonnen des hochgiftigen Natriumcyanid sind, dass Ruihai International monatelang gar keine gültige Lizenz besaß, dass einer der Anteilseigner der Sohn des früheren Hafenpolizeichefs ist und ein anderer der örtliche Vizechef des staatlichen Chemiekonzerns Sinochem war.

Während Forensiker in den Tagen nach der Katastrophe nach DNA-Spuren der Toten suchen und die Eltern der Feuerwehrleute um ihre Söhne trauern, kommen immer neue bizarre Einzelheiten ans Tageslicht: So hatte eine Gruppe von Wissenschaftlern vor den Umwelt- und Unfallgefahren im Hafen von Tianjin gewarnt, darunter ausdrücklich auch auf dem Gelände von Ruihai International. Die beiden Firmengründer focht das nicht an. Sie bekamen ihre Stempel, wann immer sie sie brauchten. Und wenn ihnen gerade einer fehlte, machten sie trotzdem weiter. „Ich hatte Verbindungen bei der Polizei und in der Feuerwache", sagt einer der beiden.

Es focht aber auch den Staat und seine Verwaltung nicht an. Die Beamten hefteten die Berichte der Experten ab und legten sie zur Seite. Selbst nach der Katastrophe spielt ein Vertreter des Umweltamts von Tianjin die Bedeutung des Geschehenen herunter. Zwar habe man an der Unglücksstelle eine extrem hohe Konzentration von


REUTERS

Aufräumarbeiten am Haihe-Fluss: „Eine menschengemachte Katastrophe"

Cyanid festgestellt, sagt er, doch dass sich nach dem Regen auf den Straßen nun weißer Schaum sammle, sei ganz normal. Das müsse man sich wie den Schaum vorstellen, der sich bilde, wenn man Pflanzen gieße. „Gießt der Mann seine Blumen mit Seifenlauge?", fragt ein User im Internet.

Am Ende der Ermittlungen und vor Beginn der ersten Prozesse gegen 24 Beteiligte steht eine niederschmetternde Erkenntnis – vor allem für die gebildeten Chinesen, die sich von plumper Propaganda nicht überzeugen lassen. „Alles an diesem Fall, von den Explosionen selbst bis zur pfuscherhaften Reaktion der Regierung, ist unerhört", zitiert die „New York Times" den Politologen Zhang Ming von der Pekinger Volksuniversität. „Es ist eine menschengemachte Katastrophe, die hätte verhindert werden können und die eine Reihe von systemischen Fehlern offenbarte – von der ungeregelten Handhabung gefährlicher Chemikalien bis zur betrügerischen Zusammenarbeit von Unternehmern und korrupten Beamten."

Der ehemalige Reporter Yu Chen, der mehrere Umweltskandale in China aufgedeckt hat, geht noch weiter. Das Unglück von Tianjin, schreibt er in einem Beitrag für den SPIEGEL, habe „nicht nur ein Versagen der Partei und der Verwaltung enthüllt, sondern das Versagen des wirtschaftlichen Entwicklungsmodells".

Yu benennt den Grundkonsens des modernen China, der die aufstrebende Mittelschicht und die Kader der Kommunistischen Partei bislang zusammenhält – und der im Sommer 2015 zumindest für ein paar Tage ins Wanken kommt. Die Zahl der Giftunglücke mag schrecklich sein, die Zahl tödlicher Arbeitsunfälle grauenhaft, und nur eines von fünf Unternehmen, die in China mit gefährlichen Chemikalien handeln, mag über korrekte Papiere verfügen – all das wissen oder ahnen gebildete Chinesen. Aber es ist ein Preis, den sie in Kauf nehmen, weil das „chinesische Modell" ihnen und ihren Familien eine wirtschaftliche Zukunft garantiert und weil es meistens nicht sie sind, die diesen Preis zu entrichten haben.

Mit dem Unglück von Tianjin aber bricht die Wirklichkeit des chinesischen Modells so drastisch in ihren Alltag ein, dass viele innehalten. Sie sehen sich wieder und wieder die Videos der beiden Explosionen an, sie zählen die Sekunden von der Explosion bis zum Eintreffen der Druckwelle, sie fragen sich, wo sie sich mit ihren Handykameras versteckt hätten.

Manche kommen schnell über das Grauen hinweg. Der Straßenbaumeister Yang steht Mitte Oktober bereits wieder am Hafentor und räumt mit seinen Arbeitern Explosionsschutt zur Seite, es muss schnell gehen. Der Immobilienkaufmann Wang läuft in der Haigangcheng-Anlage von Haus zu Haus, auch er hat es eilig. Ein Drittel der Bewohner, sagt er, habe seine Wohnungen verkauft, die meisten anderen würden sie wohl behalten.

Andere brauchen länger. Als die Buchhalterin Wu und ihr Mann nach zwei Monaten zum ersten Mal an den Ort der Katastrophe zurückkommen, sehen sie ängstlich und verloren aus. Sie wollen nachsehen, ob noch irgendetwas von der Einrichtung zu gebrauchen sei. „Es ist völlig undenkbar, dass wir die Wohnung behalten", sagt Frau Wu. „Wir trauen uns ja nicht einmal, eine neue zu suchen", sagt ihr Mann. „Ich werde schon panisch, wenn ich nur an einer Tankstelle vorbeifahre."

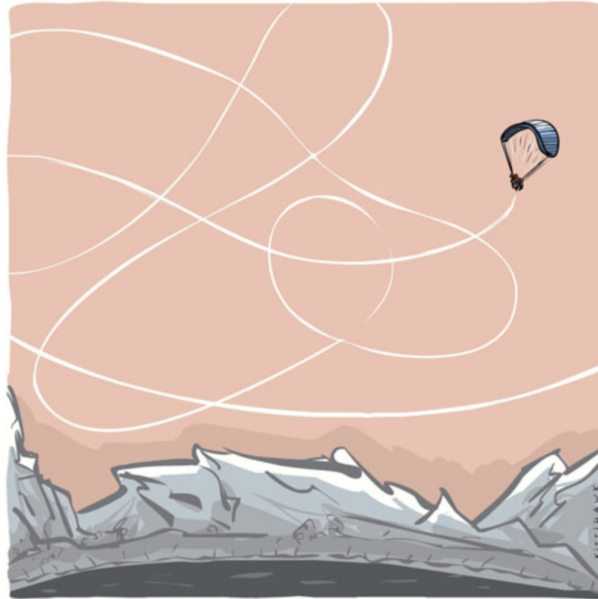
Stadtgespräch

Nach dem Albtraum

Debbie Milke saß 22 Jahre lang unschuldig im Todestrakt von Arizona. Im Frühjahr wird sie freigesprochen. Im August besucht sie erstmals wieder ihre Geburtsstadt Berlin.
Von Antje Windmann

Mit angezogenen Beinen saß sie in ihrem Sessel, die Hände zu Fäusten geballt, als sie von ihrer Ankunft im Gefängnis erzählte, damals, am 4. Februar 1991. Debbie Milke erinnerte sich, wie sie vor dem Hochsicherheitstrakt von Perryville, Arizona, aus dem Polizeiwagen gestiegen war, gefesselt an Händen und Füßen, nur tippeln konnte. Und wie sie dann die Frauen hörte.

Debbie, heute 51 Jahre alt, richtete sich auf, gab vor, mit ihren Fäusten im Rhythmus gegen etwas in der Luft zu donnern. „Die Frauen hämmerten gegen ihre Zellentüren. Und sie riefen: Ba-by-kil-ler, Ba-by-kil-ler!“ Dann senkte sie ihren Blick. Sie fand keine Worte, um ihre Gefühle zu beschreiben.



Am 18. Januar 1991 war Debbie Milke zum Tode verurteilt worden. Der Vorwurf: Sie habe zwei Männer angestiftet, ihren vierjährigen Sohn Christopher in der Wüste Arizonas zu erschießen. Eine Jury befand sie für schuldig, obwohl Debbie dies stets bestritten und kein Beweis standgehalten hatte. Die Aussage eines fragwürdigen Polizisten war ihr zum Verhängnis geworden: Er hatte behauptet, sie habe ihm alles gestanden.

Fast ein Vierteljahrhundert lebte die Tochter einer Deutschen und eines Amerikaners in einer Einzelzelle; acht Quadratmeter, ein Bett, ein Klo, ein Waschbecken. Jedes Mal, wenn sie ihren Haftraum zum Duschen oder für den Hofgang verließ, musste sie sich ausziehen. Ein Arzt testete bereits ihre Venen; für die Giftspritze. „Aufzugeben war keine Option“, sagt Debbie. „Ich wusste, irgendwann würde ich freikommen.“

22 Jahre musste sie auf diesen Moment warten. Erst im März 2013 hob das zuständige Berufungsgericht Debbies Todesurteil auf: „Es gab kein Indiz, das sie mit dem Verbrechen in Verbindung brachte.“ Der einzige Beweis seien die Worte eines „Polizisten mit einer langen Geschichte von Fehlverhalten, eines Mannes, der auch unter Eid log“. Und der zudem nicht bereit war, seine einstige Aussage zu wiederholen.

Sechs Monate später kam Debbie frei. Mein Kollege Clemens Höges und ich waren die ersten Journalisten weltweit, mit denen sie über die Jahre des Horrors sprechen wollte. Mehrfach hatten wir für den SPIEGEL über ihr Schicksal berichtet.

Im Frühjahr flogen wir nach Phoenix. Wir trafen uns in einem Haus, das einem Freund von Debbie gehört. Stundenlang, tagelang saßen wir dort im Wohnzimmer und fragten uns durch ihre Erlebnisse und Emotionen: sein Kind zu verlieren und dafür zu Unrecht verantwortlich gemacht zu werden, unvorstellbar. Die Einzelhaft, traumatisch. Die erste Umarmung mit ihrer schwer krebskranken Mutter Renate Janka, berührend.

Während wir in Phoenix waren, wurde Debbie offiziell freigesprochen. Wir begleiteten sie zu dem Gerichtstermin, dann reisten wir ab. Doch der Kontakt blieb.

Im August steigt Debbie in ein Flugzeug nach Europa. Kurz darauf erreicht mich per E-Mail ein Link. Er führt zu einem Video, das Debbie beim Tandem-Drachenfliegen über Luzern zeigt. „Ich habe mich wie ein Vogel gefühlt“, erzählt sie mir später.

Debbie ist in die Schweiz gereist, um das Grab ihrer inzwischen verstorbenen Mutter zu besuchen. Gemeinsam mit deren Lebensgefährten fährt Debbie nach Süddeutschland in das Haus, in dem Renate Janka zuletzt gelebt hat. Zum ersten Mal sieht Debbie das Zimmer, das ihre Mutter für sie eingerichtet hatte. Auch ich habe einmal darin gestanden: Es liegt unter dem Dach, eine Wand ist rosafarben gestrichen, in einer weißen Kommode wartete warme Winterkleidung auf Debbie.

Ende August fährt sie dann mit dem ICE nach Berlin, in ihre Geburtsstadt. Ihr Onkel und ihre Tante leben dort. „Sie nach 32 Jahren wiederzusehen, das war sehr emotional“, sagt Debbie. Sie besucht auch einen Freund, der 1998 von ihrem Fall im SPIEGEL gelesen und sie seither unterstützt hatte.

Wenn Debbie über Berlin spricht, klingt ihre Stimme aufgeregt. „Ich habe die Stadt nie ohne Mauer gesehen“, sagt sie, „und jetzt ist es so, als wäre sie nie geteilt gewesen.“

Spreefahrt, Currywurst, Alexanderplatz bei Nacht – Debbie absolviert das ganze Touristenprogramm. „Die Stadt ist so lebendig. Und man kann alles mit Bussen und Bahn machen“, schwärmt sie, „da braucht man gar kein Auto.“

Im September kehrt Debbie zurück in die USA. Sie hat sich der Non-Profit-Organisation „Witness to innocence“ angeschlossen, die gegen die Todesstrafe kämpft. Die Strafe, die auch den beiden Männern droht, die Debbies Sohn erschossen haben. Sie sitzen bis heute in Todeszellen des Staates Arizona.

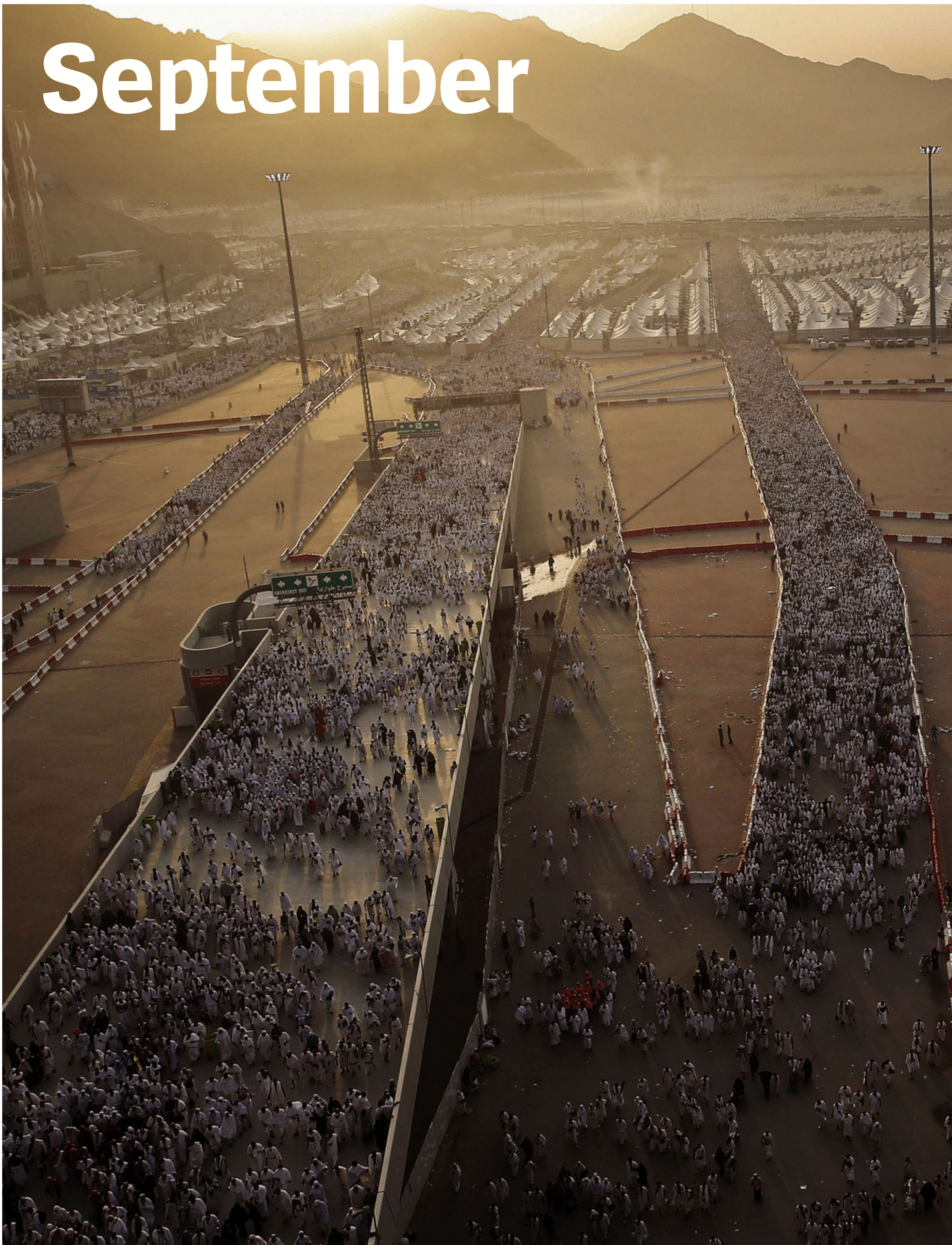
„Witness to innocence“ wurde gegründet von Menschen, die wie Debbie unschuldig zum Tode verurteilt wurden, 156 davon gibt es seit 1973 in Amerika. „Ein Mann war 39 Jahre zu Unrecht inhaftiert, das muss man sich mal vorstellen“, sagt Debbie.

Ab nächstem Jahr wird sie durch Amerika reisen und Vorträge halten. Sie will ein Bewusstsein dafür schaffen, was es mit einem Menschen macht, unschuldig im Gefängnis zu sitzen.

Weihnachten will sie dafür Kraft tanken, im Kreise ihrer Familie. In Deutschland.

KITTI HAWK / DER SPIEGEL

September



AHMAD MASOOD / REUTERS



24.09.2015

Riskante Reise

Einmal im Leben soll jeder Muslim die Hadsch unternehmen, die große Pilgerfahrt nach Mekka. Rund zwei Millionen Menschen drängen sich dann auf engem Raum. Viele Wege zu den Pilgerstätten gleichen Flaschenhälsen, die sich während der Wallfahrt in gefährliche Fallen verwandeln können. In diesem Jahr kommt es zu einer Massenpanik: Menschen ersticken im Gedränge oder werden zu Tode getrampelt. Mehr als 700 Opfer meldet Saudi-Arabien, die Nachrichtenagentur dpa zählt später sogar über 1800 Tote. Die Katastrophe verschärft den Konflikt zwischen den Rivalen Saudi-Arabien und Iran. Irans religiöser Führer Ajatollah Khamenei wirft den saudischen Behörden „schlechte Koordinierung“ vor, Saudi-Arabien wiederum macht iranische Pilger für die Panik verantwortlich. Die Gefahr von Unfällen dürfte in den nächsten Jahren steigen: Weil der Termin der Hadsch dem islamischen Mondkalender folgt und immer weiter in die Sommermonate vorrückt, wird die extreme Hitze für zusätzlichen Stress sorgen.



TOBY MELVILLE / REUTERS

28.09.2015

Superblutmond

Apokalyptiker haben dieses Ereignis in ihrem Kalender fett markiert: Superblutmond – ein Supervollmond fällt auf denselben Tag wie der sogenannte Blutmond, der als Vorbote kommenden Unheils gilt. Astronomen freuen sich dagegen über klare Sicht, wie hier über dem Riesenrad London Eye. Der rötliche Schimmer auf dem Mond ist Sonnenlicht, das nicht von der Erde abgeschirmt wird. Die Erde liegt genau zwischen Sonne und Mond. Der nächste Superblutmond ist 2033 zu sehen.



FIRO SPORTPHOTO

22.09.2015

Fünferpack

Natürlich könnte man ihn loben, den Bayern-Stürmer Robert Lewandowski, der im Spiel gegen Wolfsburg innerhalb von neun Minuten fünf Tore erzielt. Doch Lewandowski habe nach den Treffern „einfach nachgelassen“ und „zwei Riesenchancen“ vergeben, juxt sein Kollege Philipp Lahm: „Dass er heute nicht mit sieben Toren heimgeht, ist wirklich enttäuschend.“

27.09.2015

Adios, España!

Europäische Einheit? War da was? In Barcelona ist man stolz auf seinen nationalistischen Kleingeist. Anhänger der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung feiern ihren Sieg bei der Regionalwahl. Sie fordern die Abspaltung Kataloniens von Spanien. Die Zentralregierung in Madrid lehnt Verhandlungen darüber ab.



JORGE GUERRERO / AFP

10.09.2015

Der Lieblingslehrer

Er ist wieder da. Elyas M’Barek alias Zeki Müller, der Lieblingslehrer aller Teenies, vor allem der weiblichen. Ursprünglich war für die Schulkomödie „Fack Ju Göhte“ keine Fortsetzung geplant, aber nach dem Überraschungserfolg des ersten Teils (2013) mit mittlerweile über sieben Millionen Kinozuschauern kam Regisseur und Drehbuchautor Bora Dağtekin um einen zweiten Teil gar nicht herum.

Natürlich meckern die Kritiker, „Fack Ju Göhte 2“ sei längst nicht so witzig, anarchisch und rasant wie der erste Teil (und sie haben recht damit, die Story ist hanebüchen). Aber das ist den Zuschauern egal, vor allem den weiblichen. Denn Dağtekin lässt seinen Kumpel M’Barek als Lehrer Müller mit Schülern diesmal auf eine Klassenreise nach Thailand fahren. Da kann der unverschämt gut aussehende Schauspieler noch öfter seinen nackten Oberkörper zeigen – und anschließend in Interviews darüber klagen, wie hart es war, für diesen Body zu trainieren. Dağtekins bester Drehbucheinfall für „Fack Ju Göhte 2“ ist aber, Müllers Freundin Lisi Schnabelstedt (Karoline Herfurth) das Flugzeug verpassen zu lassen. So haben die Fans im Kino ihren Helden ganz für sich allein.

Und wo immer M’Barek auftritt, um den neuen Film zu präsentieren, fallen Mädchen in Ohnmacht. Der Auftritt in Nürnberg muss sogar abgesagt werden, weil die Polizei die Menge nicht mehr im Griff hat. So bleibt am Ende nur eine Frage: Wird „Fack Ju Göhte 2“ der erfolgreichste deutsche Film des Jahrzehnts?



BEN PAKALSKI / BABIRAD PICTURE

„Fack Ju Göhte 2“-Star M’Barek, Fans
Wo immer er auftritt,
fallen Mädchen in Ohnmacht

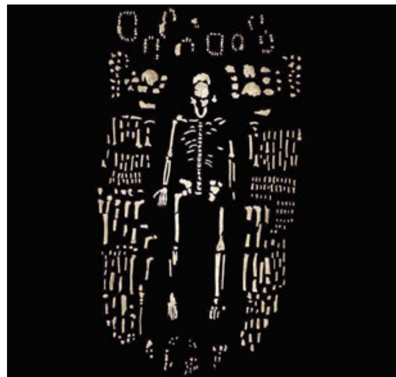
10.09.2015

Ecce Homo naledi

Tausende Jahre lang herrschte Ruhe, Grabesstille in der Kammer, einem verborgenen Raum innerhalb der Rising-Star-Höhle bei Johannesburg. Bis zwei Forscher, Steve Tucker und Rick Hunter, den Eingang entdeckten. Durch einen schmalen Spalt und einen zwölf Meter tiefen Schacht gelangten die Höhlenkundler hinein. Wie sich später herausstellte, hatten sie die vielleicht älteste Grabkammer der Menschheit gefunden. Gemeinsam mit einem Team von Paläoanthropologen bargen sie dort 1550 Knochen und Zähne. Die sterblichen Überreste gehören zu einer bislang unbekannten Menschenart: Homo naledi.

Im September veröffentlichen die Forscher ihre Ergebnisse. Allein die Anzahl der geborgenen Knochen ist eine Sensation. Es sind mehr als alle bisher bekannten, von Menschenverwandten stammenden Fossilien Südafrikas zusammen; sie gehören zu mindestens 15 verschiedenen Individuen. Noch können die Forscher das Alter ihrer Fundstücke nicht genau bestimmen. Aber sicher ist: Sie müssen sehr, sehr alt sein.

Der Homo naledi gibt den Paläoanthropologen Rätsel auf. War er schon Mensch oder doch eher Menschenaffe? Sein Gehirn war offenbar nicht größer als das eines Schimpansen, seine Hände eigneten sich zum Klettern. Seine Zähne erinnern an Menschen, Daumen und Handgelenke legen nahe, dass Homo naledi Werkzeug benutzte. Die Evolution des Menschen, das wird durch den Fund deutlich, verlief komplizierter als bisher angenommen.



ROBERT CLARK / DPA

Fossilien aus der Rising-Star-Höhle
Mensch oder Menschenaffe?

28.09.2015

Rückzug aus Alaska

Loch zu, Geld weg – das ist die Kurzfassung einer Nachricht, die von Umweltschützern und Bankern gleichermaßen mit Erleichterung aufgenommen wird: Shell, der niederländisch-britische Energiekonzern, gibt bekannt, die Ölsuche in Alaska „auf absehbare Zeit“ einzustellen, das Ende eines teuren Prestigeprojekts.

Jahrelang hatte Shell in der Tschuktschensee zwischen Alaska und Sibirien nach Öl gesucht und dabei mehr als sechs Milliarden Euro versenkt. Die US-Regierung vermutet, dass in der Arktis 13 Prozent aller noch unentdeckten Ölvorräte liegen, außerdem riesige Gasreserven. Umweltschützer und viele Ureinwohner Alaskas protestieren gegen die Förderpläne. Nach einem Betriebsunfall im Jahr 2012 verhängten die Behörden ein Bohrverbot. Erst im Sommer darf Shell erneut mit Probebohrungen beginnen. Doch die Quelle erweist sich als nicht besonders ergiebig. Der niedrige Ölpreis macht die Förderung unrentabel.

„Ein enttäuschendes Ergebnis“, sagt ein Mitglied des Shell-Vorstands. „Das Volk hat gesiegt“, sagt der Chef von Greenpeace in Großbritannien. Die Deutsche Bank lobt Shell für den Mut, ein „beträchtliches Reputationsrisiko“ ausgeschaltet zu haben. Im Oktober stoppt Shell das nächste Milliardenprojekt, eine Förderanlage für Ölsand in der kanadischen Provinz Alberta. Doch sollte der Ölpreis irgendwann wieder anziehen, dürften auch die Energiekonzerne in die Region zurückkehren.



D. BECCARIA / AP / DPA

Protestaktion gegen Arktis-Bohrungen
„Beträchtliches Reputationsrisiko“

Held des Alltags **Benedict Cumberbatch**

Shakespeares DJ



Was hat es zu bedeuten, dass ausgerechnet dieser Mann von Millionen angehimmelt wird?

Mit 15 habe der Knabe Benedict den Hamlet zum ersten Mal geprobt, in der Theatergruppe seiner Schule, berichtete ein älterer Herr namens Martin Tyrrell in diesem Sommer einer britischen Zeitungsreporterin – doch zu mehr als der Anfangsszene habe es nicht gereicht. Benedict Cumberbatch, ein Schüler der ehrwürdigen, schon von Winston Churchill besuchten Harrow School im Nordwesten Londons, habe als Jugendlicher in den frühen Neunzigerjahren beschlossen, sich statt auf die Verse Shakespeares auf Fächer wie Englisch und Mathematik zu konzentrieren, behauptete der Lehrer Tyrrell, der damals den Theaterkurs geleitet hatte. Cumberbatch habe sich trotzdem just zu jener Zeit mit dem Shakespeare-Fieber infiziert: „Ich hatte den Eindruck, dass es ihn damals absolut gepackt hat."

Im Jahr 2015 werden viele Londoner Theaterbesucher von einer nicht immer erfreulichen Begeisterung für den Hamlet-Darsteller Benedict Cumberbatch ergriffen. Als er im Spätsommer im Londoner Barbican Theatre zu öffentlichen Voraufführungen in der Rolle des Dänenprinzen antritt, fotografieren derart viele Zuschauer mit ihren Smartphones, dass der Schauspieler um besseres Benehmen bittet. „Das ist kränkend. Es gibt nichts, was unangenehmer ist für einen Schauspieler, der auf der Bühne steht", sagt der Künstler – und tatsächlich sorgen diese Worte sowie ein paar strenge Aufpasser bei den bis Oktober angesetzten „Hamlet"-Aufführungen für beinahe perfekte Manieren im Saal.

Cumberbatch ist 39 Jahre alt und berühmt geworden als Darsteller des Detektivs Sherlock Holmes. Durch die Fernsehserie der BBC, deren vierte Staffel sehnsüchtig erwartet wird, wurde er zum international angehimmelten Star. Das kann man seltsam finden, weil er zuvor und danach eine Menge anderer netter und möglicherweise besserer Film- und Theaterrollen gespielt hat. Im Kino konnte man ihn unter anderem als Julian Assange in „Inside WikiLeaks" und als Alan Turing in „The Imitation Game" als jeweils grandios schrägen Sonderling bewundern. Und man konnte sehen: Dieser Schauspieler hat lange Beine, stets ulkig verquollene Augen und einen eigenwilligen, heiter-verschrobenen Charme, mit dem er Freund und Feind verzaubert.

Was es wohl zu bedeuten hat, dass ausgerechnet dieser Mann von Millionen Menschen angehimmelt wird? Im besten Fall hat es mit dem Stilbewusstsein dieses sehr britischen Künstlers zu tun, der sich elegant bewegt, seine Sätze in großartiger versnobter Tonlage spricht und seine Verlobung mit der Kollegin Sophie Hunter (inzwischen sind die beiden verheiratet und Eltern eines Kindes) nach altväterlicher Art in der Londoner „Times" bekannt gab. In ungünstigeren Momenten allerdings weckt Cumberbatch niedere Instinkte. Der „New Yorker" verglich den Künstler mit Sid, dem Faultier aus den „Ice Age"-Filmen. Und eine spezielle Art von Groupies nennt sich „Cumberbitches".

Ungeachtet aller Fan-Kreischerei zeigt Cumberbatch in seinem „Hamlet" im Barbican Theatre, dass er eine famose Untertreibungskunst beherrscht. Zu Beginn sitzt er vor dem noch geschlossenen Bühnenvorhang im Schneidersitz vor einem aufgeklappten Plattenspieler und hört zu, wie Nat King Cole von „fools and kings", von Narren und Königen, singt. Danach liefert er statt der brüllenden, geifernden Wahnsinnsnummer vieler schlechter „Hamlet"-Aufführungen eine stille, wunderschöne Charakterstudie: Cumberbatch spielt den Hamlet als Charmeur und als Kindskopf, der sich in einer mannshohen Plastikburg verkriecht und zum Jubel des Publikums mit einem Holzschießgewehr über die Zinnen ballert.

In der Inszenierung der Regisseurin Lyndsey Turner sieht man die Show eines Mannes, der die Menschen um sich herum kaum wahrnimmt – dafür aber bedient er seinen Plattenspieler immer wieder mit maximaler Zärtlichkeit: als sei er beseelt von dem Ehrgeiz, dem Dichter, der ihn erfunden hat, nur ja die richtige Musik vorzuspielen, um die Verhältnisse unserer Zeit zum Tanzen zu bringen.

Wolfgang Höbel

STANLEY CHOW / DER SPIEGEL

Exodus

Migration In diesem Jahr kommen so viele Flüchtlinge nach Deutschland wie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr. Viele Einheimische wollen helfen, andere sind verunsichert. Und eine Minderheit schürt Hass. Die Asyldebatte rührt an das Selbstverständnis der Nation. *Von Maximilian Popp*



Von Flüchtlingen zurückgelassene Schwimmwesten auf der griechischen Insel Lesbos



ARIS MESSINIS / AFP



ARIS MESSINIS / AFP

[1]

Der Starnberger Flügel am Münchner Hauptbahnhof ist ein unwirtlicher Ort: eine karge Halle, kalte Fliesen, dämmriges Licht. Zwischen den Gleisen 26 und 36 fahren Regionalzüge ein – aus Rosenheim und Garmisch-Partenkirchen. Anfang September aber drängen sich mehr als hundert Münchner in dem Gebäude. Sie halten Teddys in der Hand und Plakate mit der Aufschrift „Refugees Welcome“.

2015 kommen so viele Flüchtlinge nach Deutschland wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr, eine Million könnten es bis Silvester sein; am ersten Septemberwochenende sind es mehrere Tausend allein am Münchner Hauptbahnhof. Die meisten von ihnen haben eine beschwerliche Reise hinter sich, über die Türkei, Griechenland, den Balkan, Ungarn und Österreich. Als die Migranten in München aus dem Zug steigen, applaudieren die Münchner und drücken den Neuankömmlingen Kleidung und Schokolade in die Hand. Ein Mann stimmt „Freude schöner Götterfunken“ an.

Die Welt schaut im Flüchtlingssommer 2015 mit Staunen auf Deutschland. Nach „Kindergarten“ und „Blitzkrieg“ könnte ein neues deutsches Wort in den internationalen Sprachgebrauch einfließen, schreibt der „Guardian“: „Willkommenskultur“.

Doch da gibt es auch eine andere, dunkle Seite, die sich in diesem Jahr mit beängstigender Kraft entfaltet: In Dresden,

Nach „Kindergarten“ und „Blitzkrieg“ könnte ein neues deutsches Wort in den internationalen Sprachgebrauch einfließen: „Willkommenskultur“.

Freital, Heidenau und in anderen Städten demonstrieren Bürger zum Teil gewaltsam gegen Flüchtlinge (siehe Seite 184). Das Bundeskriminalamt vermeldet für die ersten drei Quartale dieses Jahres 461 rechtsextreme Angriffe gegen Asylunterkünfte – fast dreimal so viele wie im gesamten Vorjahr.

Deutschland, so scheint es, ist ein gespaltenes Land: Ein großer Teil der Bevölkerung empfängt die Flüchtlinge mit offenen Armen, bietet Deutschkurse an, spendet Kleidung; doch manche Menschen fühlen sich von den vielen Neuankömmlingen überrumpelt, und eine Minderheit schürt rassistischen Hass.

Bundeskanzlerin Angela Merkel entschließt sich, nach anfänglichem Zaudern, zu grundsätzlicher Offenheit in der Asylpolitik. Sie holt Anfang September Flüchtlinge, die in Ungarn festsitzen, in Sonderzügen nach Deutschland. Sie posiert für Selfies mit Syrern (siehe auch Seiten 164 und 200). Und auf einer Pressekonferenz in Berlin sagt die Kanzlerin einen schlichten Satz, der um die Welt gehen wird: „Wir schaffen das.“

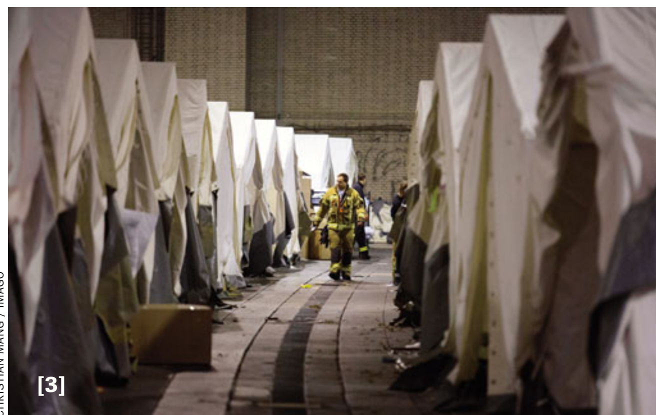
In Merkels Partei, der CDU, und vor allem in der CSU sehen das viele anders. Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer attackiert die Kanzlerin im Herbst beinahe täglich. Er spricht von „Ausnahmezustand“, „Kollaps“, er behauptet, Merkel habe sich „für die Vision eines anderen Deutschlands


[2]
MARKO DROBNJAKOVIC / AP

entschieden“. Auf Druck der CSU wird die Koalition vorübergehend Kontrollen an der Grenze zu Österreich einführen.

Die Flüchtlingskrise trifft die Bundesregierung unvorbereitet. Bereits 2014 sind 170 000 Menschen nach Deutschland geflohen, eineinhalbmal so viele wie im Jahr 2013. Weltweit waren über 50 Millionen Menschen auf der Flucht – zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) war gezwungen, Nahrungsrationen in seinen Lagern für syrische Flüchtlinge einzuschränken, da der Organisation das Geld ausging.

In der Neujahrsansprache der Bundeskanzlerin zum Jahreswechsel 2014/15 kamen Flüchtlinge trotzdem nur am Rande vor. Die großen Herausforderungen für 2015 seien etwa die digitale Revolution und der demografische Wandel, sagte Merkel. Die deutsche Regierungschefin hat das größte Thema dieses Jahres, das möglicherweise größte Thema der vergangenen 25 Jahre, nicht kommen sehen – oder nicht sehen wollen.


[3]
CHRISTIAN MANG / IMAGO

[1] Flüchtlinge auf Lesbos, Griechenland
[2] Flüchtlinge in Berkasovo, Serbien
[3] Notunterkunft für Flüchtlinge in Berlin

Flüchtlinge waren die Angelegenheit anderer: Griechenlands, Italiens, der Türkei. Die Abschottung der EU-Außengrenzen und die Dublin-Verordnung, die Schutzsuchenden vorschreibt, in jenem europäischen Land zu bleiben, welches sie zuerst betreten, haben dazu geführt, dass lange Zeit kaum Migranten nach Deutschland kamen. Die Bundesregierung konnte einerseits das Asylrecht hochleben lassen und musste gleichzeitig nur wenige Flüchtlinge versorgen. Auf dem Tiefstand im Jahr 2007 stellten gerade einmal 19 000 Menschen einen Erstantrag auf Asyl.

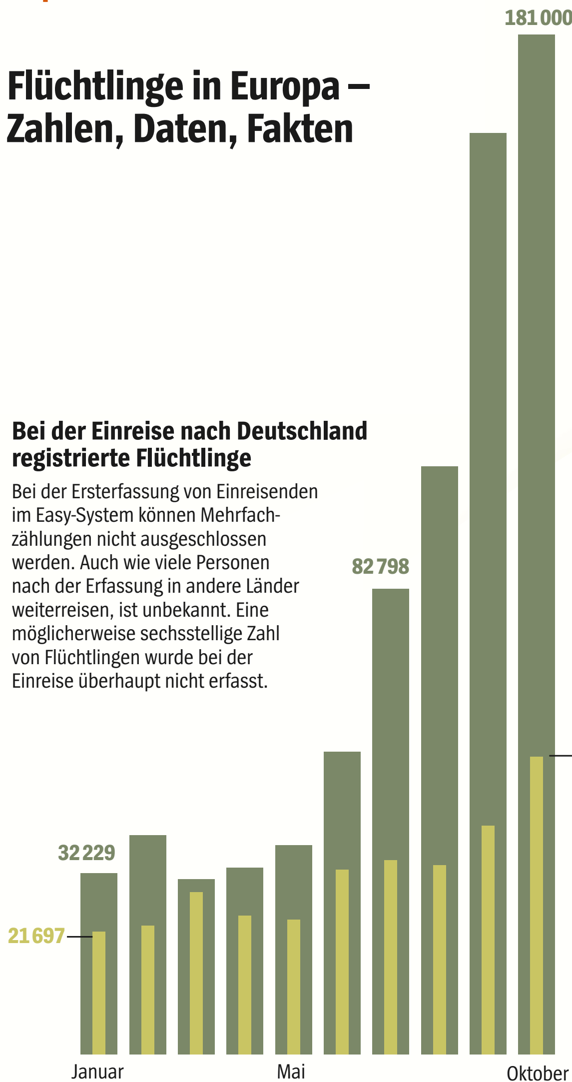
Dieser Selbstbetrug funktioniert 2015 nicht mehr. Die Kriege im Irak und in Syrien, die Krisen in Somalia und Libyen haben die Situation grundlegend verändert: Die Not der Menschen ist so groß, dass keine noch so restriktive Asylpolitik ihre Migration verhindern kann.

Das deutsche Selbstverständnis wird erstmals im April erschüttert. Bei einem Bootsunglück vor Libyen ertrinken 800

Flüchtlinge in Europa – Zahlen, Daten, Fakten

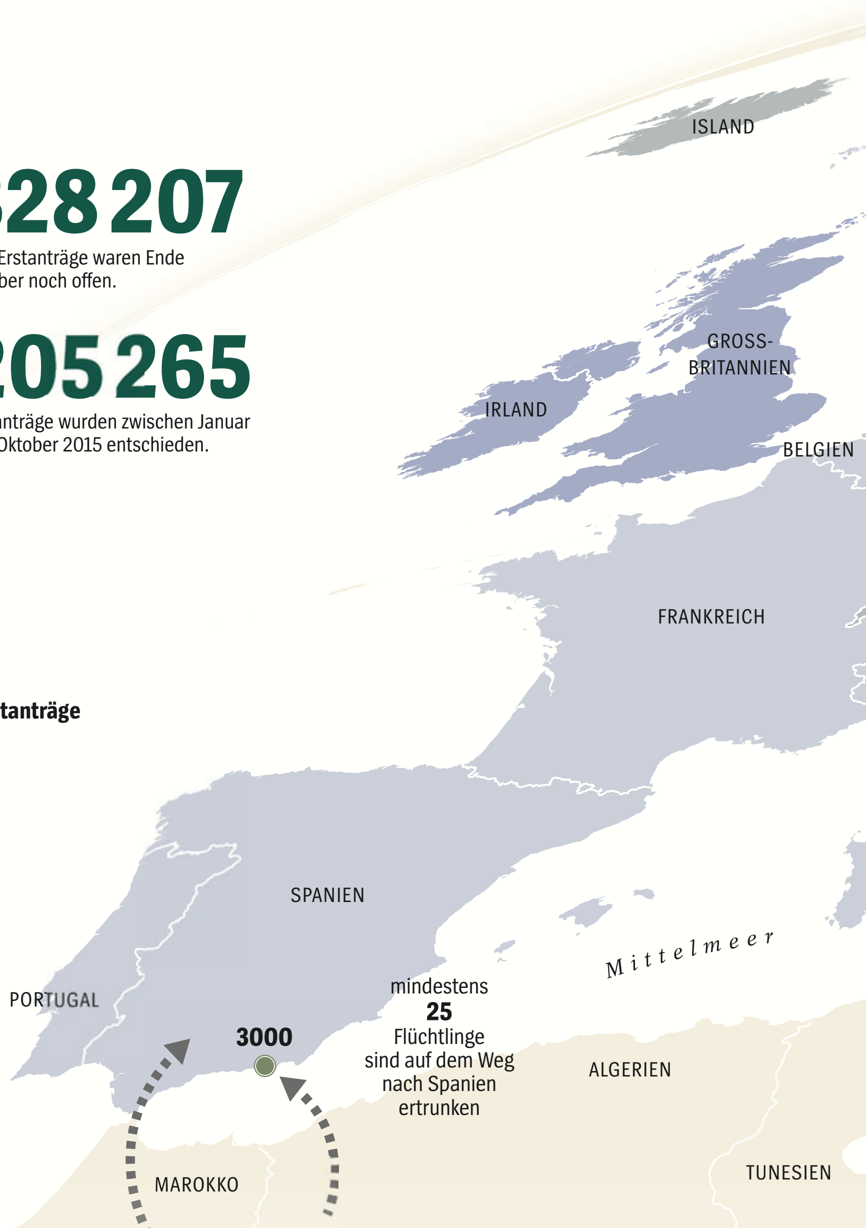
Bei der Einreise nach Deutschland registrierte Flüchtlinge

Bei der Ersterfassung von Einreisenden im Easy-System können Mehrfachzählungen nicht ausgeschlossen werden. Auch wie viele Personen nach der Erfassung in andere Länder weiterreisen, ist unbekannt. Eine möglicherweise sechsstellige Zahl von Flüchtlingen wurde bei der Einreise überhaupt nicht erfasst.



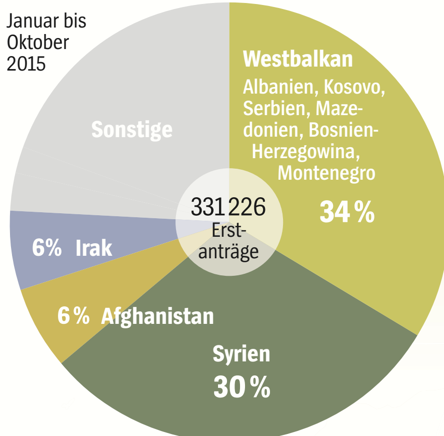
328 207
Asyl-Erstanträge waren Ende Oktober noch offen.

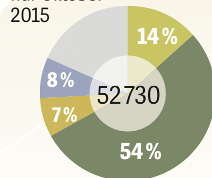
205 265
Asylanträge wurden zwischen Januar und Oktober 2015 entschieden.



Woher die Asylbewerber kommen

Herkunftsländer der Asyl-Erstantragsteller in Deutschland





Religionszugehörigkeit

der Asylsuchenden*









Quellen: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge; IOM; BMI; Ausländerzentralregister

* Antragsteller von Erstanträgen; Stand: Ende Juli 2015

Menschen, so viele wie nie zuvor bei einer einzelnen Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer. Die Tragödie verdeutlicht einmal mehr den Preis, den Europa für die Abriegelung seiner Grenzen bezahlt.

Zwar ist das Recht auf Asyl im deutschen Grundgesetz ebenso verbrieft wie in der europäischen Grundrechtecharta. Wer jedoch in Europa Asyl beantragen will, muss zunächst europäisches Territorium erreichen. Für Schutzsuchende, egal ob aus Syrien oder Afghanistan, existieren so gut wie keine legalen, sicheren Wege nach Europa. Flüchtlinge sind gezwungen, „illegal“ in die EU einzureisen – meist auf den Booten und in den Lastwagen von Schleusern. Seit dem Jahr 2000 sind über 30 000 Menschen auf der Flucht nach Europa ums Leben gekommen.

Nach der Katastrophe im Mittelmeer versprechen Europas Staats- und Regie-

Europa und das Schengener-Abkommen zur Reisefreiheit

- EU-Staaten, die Schengen vollständig anwenden
- EU-Staaten, die nicht dem Schengenraum angehören
- Nicht-EU-Staaten, die Schengen anwenden
- Von Deutschland zu sicheren Herkunftsstaaten* erklärt

* 2014: Bosnien-Herzegowina, Serbien, Mazedonien seit Okt. 2015: Albanien, Kosovo, Montenegro

- Hauptfluchtrouten
- über das Mittelmeer angekommene Flüchtlinge Januar bis Mitte Oktober 2015 (Schätzungen der Mindestzahlen)
- Grenzzaun

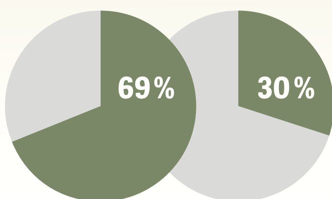
1. Am 14. September stellt Ungarn den Grenzzaun zu Serbien fertig und schließt am 16. Oktober auch die Grenze zu Kroatien.
2. Slowenien beginnt am 11. November mit dem Bau eines Grenzzauns.
3. Ende November: Kroatien, Mazedonien, Serbien und Slowenien lassen nur noch Flüchtlinge aus Afghanistan, dem Irak, und Syrien die Grenze passieren.

NORWEGEN
SCHWEDEN
FINNLAND
ESTLAND
LETTLAND
LITAUEN
DÄNEMARK
NIEDER-LANDE
DEUTSCHLAND
POLEN
TSCHECHIEN
SLOWAKEI
München
ÖSTERREICH
UNGARN
geplant
SCHWEIZ
SLOWENIEN
RUMÄNIEN
ITALIEN
KROATIEN
BOSNIEN-HERZEG.
SERBIEN
KOSOVO
BULGARIEN
MONTENEGRO
MAZEDONIEN
ALBANIEN
Istanbul
TÜRKEI
GRIECHENLAND
ITALIEN 137 000
GRIECHENLAND 473 000
MALTA
Lampedusa
Tripolis
LIBYEN
ZYPERN
SYRIEN

mindestens **2814** Flüchtlinge sind auf dem Weg nach Italien ertrunken

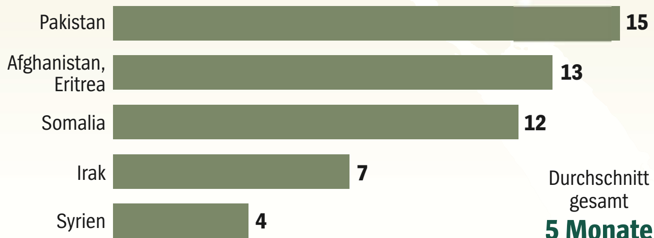
mindestens **278** Flüchtlinge sind auf dem Weg nach Griechenland ertrunken

Anteil der unter 30-Jährigen



* Antragsteller von Erst- und Folgeanträgen Januar bis Ende Juli 2015

Bearbeitungsdauer von Asylanträgen
in Deutschland 2015 nach Herkunftsländern, Durchschnitt in Monaten



Stand: Durchschnitt Januar bis September

rungschefs, mehr zum Schutz der Flüchtlinge zu unternehmen. Doch ein Krisengipfel in Brüssel bringt wenig Konkretes. Die EU-Staaten kündigen mehr Geld für die Seenotrettung und einen Militäreinsatz gegen Schleuser an sowie eine verstärkte Zusammenarbeit mit Nicht-EU-Staaten.

Viele Experten sind sich einig: Wer das Geschäft der Schleuser eindämmen und das Massensterben an den EU-Grenzen verhindern will, der muss mehr legale Fluchtwege nach und innerhalb Europas schaffen – etwa durch Investitionen in Resettlement-Programme mit dem UNHCR, die Flüchtlinge sicher in Aufnahmestaaten vermitteln. Europas Regierende aber scheuen eine grundsätzliche Reform des europäischen Asylsystems. Sie glauben noch im April, die Krise aussitzen zu können.

Diese Haltung rächt sich. Immer mehr Menschen drängen im Laufe des Jahres

nach Europa. In Griechenland werden Flüchtlinge zeitweise in ein Fußballstadion gesperrt. In Mazedonien gehen Polizisten mit Blendgranaten und Tränengas gegen Migranten vor. Ungarns Regierung riegelt die Grenzen zu Serbien und Kroatien mit Stacheldraht ab. Österreich setzt zwischenzeitlich den Zugverkehr nach Deutschland aus. Europa erlebt in der Flüchtlingspolitik eine Renationalisierung. Die Staaten haben vor allem eigene Interessen im Blick. Dabei geraten selbst Säulen des europäischen Hauses ins Wanken, wie etwa das Schengen-System, also die Reisefreiheit in Europa. Vereint sind die EU-Staaten nur in der Ratlosigkeit darüber, wie der Krise zu begegnen ist.

Das Bundesinnenministerium geht noch im Frühjahr offiziell von gerade einmal 300 000 Asylanträgen für 2015 aus. Im August korrigiert Thomas de Maizière die Prognose auf 800 000. Der Innenminister erklärt die Neueinschätzung mit der hohen Zahl von Flüchtlingen, die über das Ersterfassungssystem „Easy“ in Deutschland registriert werden.

Die Deutschen reagieren überraschend offen auf den Zuzug. Nicht nur in München, überall im Land heißen Bürger Flüchtlinge willkommen. Die Ehrenamtlichen sind oft unsichtbar, weniger laut als die Hetzer und Brandstifter. Aber sie sind effektiv – und sie sind viele. Laut einer Umfrage der Humboldt-Universität Berlin und der Universität Oxford von Ende 2014 vermelden Flüchtlingsorganisationen, dass sich in den letzten Jahren durchschnittlich 70 Prozent mehr Ehrenamtliche engagieren. Die Freiwilligen sind überdurchschnittlich gut gebildet, fast neun von zehn Befragten haben Abitur oder Fachhochschulreife, mehr als ein Drittel investiert über fünf Stunden in der Woche für Asylbewerber. Die Aktivisten retten Migranten, die auf der Reise nach Deutschland in Lebensgefahr geraten. Sie schützen Asylbewerber vor den Angriffen durch Rassisten, helfen bei der Suche nach einer Wohnung oder einem Job, leisten medizinische Versorgung.

Doch in die Euphorie mischen sich im Herbst Zweifel. Viele Gemeinden sind mit der hohen Zahl an Neuankömmlingen überfordert – und die Helfer mancherorts ausgebrannt.

Auf dem Platz vor der Registrierungsstelle für Asylbewerber in Berlin, dem Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso), drängen sich im Oktober Hunderte Menschen. Andere Städte haben die Registrierung der Flüchtlinge dezentralisiert, Berlin zwängt Neuankömmlinge lange durch das Nadelöhr im Stadtteil Moabit. Manche Flüchtlinge stehen Wochen für die Registrierung an. Die Menschen wissen nicht, wann sie zu Sachbearbeitern im Lageso durchgelassen werden. Sie wissen nur, dass sie bereit sein müssen, wenn die Nummer, die ihnen zugewiesen wurde, auf der Anzeigetafel vor dem Lageso erscheint. Frauen, Kinder und Kranke harren jeden Tag aufs Neue im Schlamm vor dem Amt aus. Sie hungern, sie frieren. Das Lageso verwandelt sich in das Sinnbild für eine chaotische, schikanöse Asylpolitik. „Das hier ist nicht Deutschland. Das hier ist ein Krisengebiet“, sagt ein junger Syrer.

Europas Regierende scheuen eine grundsätzliche Reform des Asylsystems. Sie glauben lange, die Krise aussitzen zu können.


[1]

SEAN GALLUP / GETTY IMAGES

[1] Flüchtlinge auf dem Weg von Fuchsödt, Österreich, zur deutschen Grenze [2] Sammelstelle für gespendete Hilfsgüter in einer Messehalle in Hamburg



[2]

ALEXANDER KOERNER / GETTY IMAGES

Rechtsextremisten nutzen die Spannungen in der Gesellschaft für ihre Propaganda. Im Internet hetzen Rassisten gegen Asylbewerber und Andersdenkende. Auch die Anschläge von Paris werden instrumentalisiert, um muslimische Flüchtlinge pauschal als potenzielle Terroristen zu diffamieren. Ein Glatzkopf aus dem Erzgebirge schreibt auf Facebook: „Weil das verschissne judenpack und moslemgematsche uns immer mehr vereinnahmt … wir sind die … die keine Zukunft mehr haben in unserem Land … drum ran ans Gewehr Kameraden oder was euch auch für ne Waffe in die Hände kommt … nutzt sie und wehrt euch … wir müssen die Maden auslöschen!!!!!!“

Der Hass bleibt nicht aufs Netz beschränkt. In Freital, Sachsen, belagern Rassisten tagelang ein Flüchtlingsheim. Die Demonstranten skandieren „Ausländer raus!“ und „Lügenpresse! Lügenpresse!“. In Köln verletzt im Oktober ein Rechtsextremist Oberbürgermeisterkandidatin Henriette Reker bei einem Messerangriff schwer.

Und in Dresden versammelt die Pegida-Bewegung auch noch im Herbst jeden Montag viele Tausend Menschen zu islam- und flüchtlingsfeindlichen Kundgebungen.

Die Anti-Asyl-Agitatoren wollen Angst verbreiten, Unruhe stiften und den Zuzug von Flüchtlingen aufhalten. In ihrer Propaganda vermischt sich Wohlstandschauvinismus mit Ressentiments gegen Roma und Muslime. Noch haben Polizei und Verfassungsschutz keine Belege dafür, dass sich die Brandstifter und Hetzer bundesweit vernetzen. Noch gehen die Ermittler davon aus, dass Einzeltäter und Kleinstgruppen Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte begehen. Doch die Grenzen zum Terrorismus verschwimmen.

Die Flüchtlingskrise stellt Angela Merkel vor die größte Herausforderung ihrer Amtszeit. Die Kanzlerin weigert sich, den Forderungen ihrer Kritiker nachzugeben und eine Obergrenze für Asylbewerber zu definieren. Auch einen Zaun an den deutschen Grenzen nach dem Vorbild Ungarns schließt Merkel aus. Gleichzeitig ahnt sie, dass die Aufnahme von jährlich mehreren Hunderttausend Flüchtlingen gerade Unionswählern schwer zu vermitteln ist.

Merkel bemüht sich um eine bessere Verteilung der Flüchtlinge in Europa. Doch viele EU-Staaten lehnen eine verbindliche Quote ab. Sie weisen, nicht zu Unrecht, darauf hin, dass es lange vor allem die Deutschen waren, die am Dublin-Verfahren festhalten wollten und die Länder an den Außengrenzen mit den Flüchtlingen alleingelassen haben. Und auch in der Türkei tut sich die Kanzlerin schwer. Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat wenig Interesse daran, die rund zwei Millionen Syrer, die in dem Land leben, an der Weiterreise nach Europa zu hindern.

Im Inland pendelt die Politik der Bundesregierung unterdessen zwischen Integration und Abschottung. Einerseits dürfen Flüchtlinge schneller als früher arbeiten und erhalten einen besseren Zugang zu Sprach- und Integrationskursen. Andererseits hat der Bundestag bereits im Juli eine weitreichende Asylrechtsverschärfung beschlossen, die eine Ausweitung der Abschiebungshaft für diejenigen vorsieht, die über einen EU-Staat nach Deutschland einreisen. Seit Ende Oktober gelten weitere Restriktionen. Flüchtlinge sollen künftig bis zu einem halben Jahr in Erstaufnahme-Einrichtungen bleiben. Die finanzielle Unterstützung, die Asylbewerbern ein Mindestmaß an Autonomie gewährte, soll vorrangig durch Sachleistungen ersetzt werden. Auch eine Einschränkung des Familiennachzugs wird geplant.

Die Asyldebatte rührt an das Selbstverständnis der Nation: Will Deutschland Flüchtlinge großzügig aufnehmen – auch um den Preis eigener Entbehrungen? Oder will das Land sich und seinen Wohlstand abschotten? Ende 2015 ist diese Frage noch immer nicht abschließend beantwortet.



Animation: Die Stationen des Asylverfahrens

spiegel.de/jc2015asyl
oder in der App DER SPIEGEL

Die Unaufrichtigen

Essay Die Flüchtlingskrise bedroht die Existenz Europas. Im Mittelpunkt des Dramas steht Deutschland. *Von Romain Leick*



SEAN GALLUP / GETTY IMAGES

Kanzlerin Merkel beim Besuch einer Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber in Berlin

Mitleid ist keine politische Kategorie. Diese Lektion hat die Flüchtlingskrise, die für Europa eine noch schwerere Prüfung ist als die Eurokrise und das Griechenland-Drama, der Bundeskanzlerin zum Herbstbeginn auf für sie überraschend schmerzhafte Weise erteilt. Auch sechs Jahrzehnte nach Beginn der europäischen Einigung mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge im März 1957 wird der Zusammenhalt der Europäischen Union auf eine harte Probe gestellt, „manchmal sogar auf eine sehr harte", wie Angela Merkel in der ihr eigenen Unterkühlungsrhetorik klagt.

Als sie am 5. September im Alleingang, ohne jede Absprache mit den Nachbarn, über Nacht beschließt, die deutschen Grenzen für Hunderttausende Flüchtlinge zu öffnen, die auf der sogenannten Balkanroute zwischen Serbien und Ungarn feststecken, ersetzt die Kanzlerin europäisches Recht durch christliche Nächstenliebe – und zündet damit einen Sprengsatz in der EU, dessen Splitter eine verheerende Wirkung erzielen.

Denn die Entscheidung hebelt in letzter Konsequenz das Dublin-Abkommen zur Asylpolitik und vor allem auch das Abkommen von Schengen aus, das 1985 geschlossen wurde, aber erst

1995 vollständig in Kraft trat und die Freizügigkeit im Reiseverkehr innerhalb gemeinsamer europäischer Außengrenzen regelt. Neben der gemeinsamen Währung ist die grenzenlose Freiheit der Bewegung das höchste Symbol für das Zusammenwachsen Europas und die Überwindung seiner historischen Zerrissenheit. Einheitliche Geldscheine und demontierte Schlagbäume haben das abstrakte Projekt der europäischen Integration für die Bürger in konkrete Erfahrung umgesetzt, während die Chiffre „Brüssel“ ansonsten mehr und mehr für ein unübersichtliches Gefüge von Institutionen mit undurchschaubaren Spielregeln und unterentwickelter demokratischer Öffentlichkeit steht.

Wenn in der Währungsunion Merkels denkwürdige Erklärung vom 19. Mai 2010 vor dem Deutschen Bundestag weiterhin gilt, wonach Europa scheitere, wenn der Euro scheitere, so kann heute gleichermaßen gelten: „Scheitert Schengen, dann scheitert Europa.“ Beide Male geht es ums Ganze; am Horizont dräut die Gefahr des Totalzusammenbruchs der Union. Und beide Male steht Deutschland im Mittelpunkt des europäischen Dramas.

Doch anders als in der Euro-Schuldenkrise sind viele EU-Staaten diesmal nicht mehr bereit, dem Pfad und den Prinzipien der Regierung Merkel zu folgen. Ungarn, immerhin der osteuropäische Staat, der 1989 als erster den Eisernen Vorhang für deutsche Flüchtlinge aus der damaligen DDR öffnete, riegelte nach seiner Grenze zu Serbien auch die zum EU-Nachbarn Kroatien ab, mit tatkräftiger Hilfe polnischer und tschechischer Militärs. Der Migrantenstrom leitete sich daraufhin über Slowenien um. Schon meldeten sich Polizeisprecher auch in Deutschland zu Wort, ohne Zäune gebe es keine Grenzsicherung.

Mit ihrem Anliegen, einen dauerhaften und verbindlichen Mechanismus für die Verteilung der Hereindrängenden auf alle EU-Länder zu etablieren, konnte Merkel sich auf einem Gipfeltreffen in Brüssel nicht durchsetzen. Nur die Regierungschefs aus Österreich und Schweden standen ihr noch vorbehaltlos zur Seite.

Nicht allein die Partner Slowakei, Tschechien, Ungarn und Rumänien, die bereits im September bei einem Treffen der Innenminister den Mehrheitsbeschluss über die Verteilung von vorerst 120 000 Flüchtlingen abgelehnt hatten, leisteten erfolgreich Widerstand. Bedenken in unterschiedlicher Intensität hegten 25 der 28 Staaten der Union. Die Kanzlerin sah sich nach der nächtlichen Debatte genötigt, sichtlich niedergeschlagen, von einer „sehr ehrlichen Diskussion“ zu sprechen: der übliche diplomatische Euphemismus dafür, dass sie gegen eine Phalanx angerannt war, deren Hartnäckigkeit sich ihrem rationalen Verständnis, wie sie zugab, entzog.

Neben dem Nord-Süd-Spalt, der sich im Gezänk um die Euro- und Griechenlandrettung aufgetan hatte, klafft nun auch ein Ost-West-Gegensatz. Die vielfältigen Bruchlinien bestätigen, dass es eine eigene europäische Identität und Wertegemeinschaft nicht gibt, sobald es brenzlig wird. Stattdessen hat die dichte Abfolge von Krisen die zentrifugalen und nationalistischen Kräfte nachhaltig gestärkt – „paradoxerweise als gemeinsames europäisches Phänomen und ironischerweise im Gefolge einer vertieften Integration“, so die ernüchternde Zwischenbilanz des Historikers Andreas Rödder. Rechtspopulistische und europaskeptische Parteien wuchern überall, von Skandinavien bis Griechenland. Eine echte politische Union, immer wieder als Notwendigkeit beschworen, ist an unterschiedlichen Interessen, Kulturen und letztlich auch Vorstellungen über die finale Bestimmung Europas (Staatenverbund oder Vereinigte Staaten von Europa?) gescheitert.

Statt der strahlend blauen Europafahne, der Verheißung von Frieden, Freiheit und Wohlstand, in deren Zeichen Anfang September der Flüchtlingstreck zu Fuß über die Autobahn in Ungarn Richtung Österreich mit dem Ziel des gelobten (Deutsch-)Lands aufbricht, flattert, wenn das Wetter umschlägt, das Flickentuch der nationalen Eigensüchteleien, zusammengenäht aus rauen Egoismen. Europa, von außen wahrgenommen als Modell, entlarvt sich von innen als Utopie. In der Bewährung versagt die Europäische Union als eine Gemeinschaft der Unaufrichtigen, in der jeder sein Partikularinteresse als das Allgemeinwohl auszugeben trachtet. Deutschlands humanes Gesicht erscheint den anderen als die naive Miene eines Trottels.

Die Flüchtlingskrise hat den Tarnnebel der Unaufrichtigkeit noch krasser offenbart als die Euro-Schuldenkrise. Woran das liegt, hat der sozialdemokratische österreichische Kanzler Werner Faymann zu deuten versucht. In der Währungsunion, erklärte er, gehe es um Geld, also um materielle Interessen, für die sich am Ende immer ein Ausgleich finden lasse. Bei der Aufnahmebereitschaft für die Geschundenen, Verfolgten und Beladenen aus den Vor- und Hinterhöfen Europas aber gehe es um „Haltung“. Also um Moral und ethische Grundsätze. Um das Sollen vor dem Können.

> Deutschlands humanes Gesicht erscheint den anderen als die naive Miene eines Trottels.

In der Politik genügt es jedoch nicht, das Beste gewollt zu haben. Es zählt nur, das Beste auch getan zu haben. In diese „Misshelligkeit zwischen der Moral und der Politik“, die der Aufklärer Immanuel Kant als konstitutiv für Regierungshandeln festgestellt hatte, ist Kanzlerin Merkel als „Hohepriesterin der deutschen Flüchtlingspolitik“ („FAZ“) hineingetapst, als sie den „Stöpsel“ aus der Flasche zog, keine Obergrenzen in der Asylpolitik kannte und so in der Analyse des CSU-Chefs und bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer einen „Fehler“ beging, „der uns noch lange beschäftigen wird“ und der sich ihm zufolge sogar als die „Katastrophe“ Deutschlands und Europas am Anfang des 21. Jahrhunderts erweisen könnte.

Der Bezug auf ein dem Wesen nach unbegrenztes Asylprinzip verwandelt praktische Regierungspolitik in politische Theologie: Christenpflicht erfordert Bequemlichkeitsverzicht und den Blick über die Mauer des eigenen Wohlergehens. Nur, „der Staat ist nicht zur Nächstenliebe angehalten, weil er gar keinen Nächsten hat. Er ist keine Person“. So hat es der Schriftsteller und ultramontane Katholik Martin Mosebach gesagt. Die überwältigende Mehrheit handelt nach dieser Maxime und sträubt sich gegen Merkels angeblichen „moralischen Imperialismus“, wie Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán ihn nennt.

Der Regierungschef in Budapest, lange Europas Buhmann und wegen nachweislicher Neigung zu rücksichtslosem Autoritarismus von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker einmal ironisch mit „Salut, Dictateur“ begrüßt, hatte einen Punkt gemacht: Mit der Abdichtung von Ungarns EU-Außengrenze erfüllte er im Grundsatz, wenn auch nicht in der Methode eine notwendige Bedingung für das Funktionieren des Schengen-Abkommens. Zugleich erteilte er sich selbst Absolution für seinen unmenschlichen Umgang mit den Flüchtlingen. In einer fast schon perversen dialektischen Verkehrung wies er nach, dass Moral ohne pragmatische Gestaltungsmacht, also ein als Moral verbrämtes Geschehenlassen wie das der Kanzlerin Merkel, Unmoral in der Politik hervorbringt. Orbáns heimliche Komplizen in Prag, Bratislava und München lächeln ihm wohlwollend zu.

Merkel wiederum versucht, ihre Moralität zu unterlaufen, ohne sie preiszugeben, indem sie vom ewigen EU-Beitrittsaspiranten Türkei erhofft, dass er für sie den Stöpsel wieder auf die Flasche setzt. Dem notorischen Menschenrechtsbeuger und Kurdenver-

folger Erdoğan gibt sie damit eine gern genutzte Gelegenheit, die EU seinerseits der Doppelmoral zu bezichtigen. Der polnische Ratspräsident Donald Tusk umschrieb das Prinzip des moralfreien reinen Pragmatismus im Umgang mit der Türkei mit der seit römischer Imperialpolitik bewährten Do-ut-des-Devise: „Ihr helft uns, wir helfen euch. So einfach ist es."

> Nicht das Ziel, sondern der Weg ist der wichtigste Wert der europäischen Integration.

So einfach hat die Berliner Regierung es ihren Partnern eben nicht gemacht. Den Briten als philosophischen und politischen Erfindern von Pragmatismus und Utilitarismus ist die deutsche Willkommenskultur als Tugendprahlerei suspekt. Angesichts der applaudierenden Begrüßungsspaliere an den Bahnhöfen mit einrollenden Flüchtlingszügen bezeichnete der Politologe Anthony Glees die Bundesrepublik gar als „Hippie-Staat, der nur von Gefühlen geleitet wird", als ob es sich bei der Völkerwanderung um den Zieleinlauf eines Marathons handelte.

In der permanenten Verquickung und Entflechtung von Moral und Politik erkennen Deutschlands Partner das charakteristische Kennzeichen einer Kultur des Unbedingten, die sich das Recht anmaße, Regelwidrigkeiten im Alleingang zu begehen und solchen Unilateralismus im Zeichen der Humanität auch noch als moralische Führung auszugeben – ein Stil, der auch US-Präsidenten übel genommen wird, im Falle Deutschlands indes als schlechterdings absurd gilt.

Die ungeheure Sogwirkung, die Merkel durch ihren einsamen Entschluss ausgelöst hat, lässt sich mit einem nationalen Maßnahmenpaket allein nicht in geordnete Kanäle bringen. Deutschland ist auf die Hilfe und die Mitarbeit anderer Länder angewiesen. Damit hat die Kanzlerin die Beendigung des Notstands – anders als in der Eurokrise – nicht mehr in der Hand. Solidarität aber, das hat die Bundesregierung den Südstaaten der EU während des Gezerres um die Griechenlandrettung bis zum Überdruss gepredigt, hat einen Preis: Selbstverantwortung.

In der Flüchtlingskrise soll plötzlich funktionieren, was in der Währungsunion für die Staatsschulden strikt verweigert wurde: eine Transferunion durch erzwungene Umverteilung der Migranten in der EU. Für Schulden und Staatsanleihen des Euroraums durfte es nach deutschem Willen keine gemeinschaftliche Haftung geben. Doch für die Flüchtlinge soll Europa auf deutschen Wunsch ein Auffangbecken mit vergemeinschafteter Asyl-, Einwanderungs- und Sozialpolitik werden: Eurobonds, ausgestellt auf Kontingente von Syrern, Irakern und Afghanen. Der Gewinn von Zeit, eine Spezialität Merkels und in der Finanzkrise ein entscheidender Faktor, entschärft diesmal das Problem nicht, er vertagt es noch nicht einmal, sondern spitzt es dramatisch zu. Die Zahlen, um die es geht, sind nicht abstrakt, sondern konkret, keine Anhäufung von Nullen auf Konten der Zentralbanken, sondern eine Ballung von Menschen in Lagern. Krisenmanagement durch „muddling through", Durchwurschteln mit Reparaturen bei laufendem Betrieb, war immer die bevorzugte Strategie der EU und die Zuflucht der Bundesregierung. Das hat den Prozess

der europäischen Integration mit unaufgelösten Ambivalenzen und Widersprüchen befrachtet. Die EU schritt in der Dialektik (oder dem chaotischen Zickzack) von Konvergenz und Divergenz, Vergemeinschaftung und einzelstaatlicher Selbstermächtigung voran. Ein Automatismus ist dadurch nicht gewährleistet, nachhaltige Entwicklung nicht gegeben. Ein nicht mehr so unwahrscheinlicher EU-Austritt Großbritanniens könnte das Gebäude in Einsturzgefahr bringen.

In jeder europäischen Krise wurde der rituelle Ruf laut, sie durch „mehr Europa" zu lösen. Das führt über kurz oder lang in eine neue Krise, die auch wieder durch mehr Europa gelöst werden soll – bis der Bruchpunkt tatsächlich einmal erreicht werden könnte. Denn die Bandbreite und Diskrepanz der nationalen Positionen hat nicht abgenommen; gerade die rasche Abfolge von Euro- und Flüchtlingskrise, die beide das Gift des Ressentiments in Europa verträufelt haben, hat den Überdruss fast bis zum Äußersten gesteigert. Formelkompromisse mit vagen, uneindeutigen Vereinbarungen bildeten die Grundlage für die europäische Einigung, aber zugleich auch immer die Quelle neuer Missverständnisse und Konflikte.

Die Binsenwahrheit stimmt ja nach wie vor: Nicht das Ziel, sondern der Weg ist der wichtigste Wert der europäischen Integration. Der europäische Bundesstaat muss nicht – und kann wohl nie – erreicht werden. Es kommt aber darauf an, die mühselige Methode des stetigen Interessenausgleichs und der verlässlichen Zusammenarbeit zu erhalten. Türenschlagen darf sich Europa nicht erlauben.

Die Europäische Union ist eine Vertrags- und Rechtsgemeinschaft. Vor ihren Bürgern wird jedoch ein anderes Narrativ entfaltet: das der „Schicksalsgemeinschaft". In diesem ultimativ aufgeladenen Begriff findet eine „Sakralisierung Europas" (so der Sozialphilosoph Hans Joas) statt, die letztlich die politische Debatte mit Tabus belegt. Denn das Schicksal ist, im Gegensatz zur Politik, alternativlos. Man kann mit ihm hadern, ändern lässt es sich nicht. Politisches Handeln dagegen ist kein Geschehen, das eine Flucht aus der Verantwortung erlaubt. Den Selbstbetrug eines Individuums, das seine Tat in ein Ereignis umlügt, für das es nichts könne, hat der Existenzialist Jean-Paul Sartre „mauvaise foi", Unaufrichtigkeit, genannt. Angela Merkel hat eine moralisch gute Tat begangen, als sie die Grenze aufmachte, aber sie hat sie in eine unaufrichtige und damit politisch schlechte verwandelt, als sie im Anschluss so tat, als habe die Globalisierung sie sowieso erzwungen und als sei jede Reaktion zwecklos.

In der Euro- wie in der Flüchtlingskrise bündeln sich die wirtschaftlichen, rechtlichen, institutionellen und politisch-kulturellen Differenzen Europas bedrohlich. In ihnen zeigt sich deutlich wie kaum je zuvor, dass eine Vergemeinschaftung von Leistung und Verdienst in einer Extremsituation wie dem monetären Kollaps Griechenlands zumutbar sein mag, nicht aber die Vergemeinschaftung von historischer Verantwortung, Schuld und Sühne.

Wer die Konsequenzen aus der Singularität deutscher Schuld und Verantwortung anderen europäischen Nationen, gerade auch jenen, die ihre volle Souveränität und Homogenität erst am Ende der Katastrophen des 20. Jahrhunderts erlangt haben, oktroyieren will, läuft Gefahr, die Idee der europäischen Einheit in einem unzulässigen Konflikt von Moral und Politik zu überdehnen – so sehr, dass diese schöne schillernde Idee irgendwann platzen könnte. Das ist die eigentliche Bewährungsprobe, vor der Europa jetzt steht.

Der Wiko, der Wopo und der F.

Skandale Volkswagen, Europas größter Automobilkonzern, hat über Jahre Abgastests manipuliert. Die Existenz von VW ist bedroht. Doch der Eigentümerclan erschwert das Krisenmanagement.



VW-Konzernzentrale in Wolfsburg

Wolfgang Porsche hebt den Blick nur selten. Er blickt starr auf das Blatt Papier in seinen Händen und liest Satz für Satz davon ab. „Den Mitgliedern des Präsidiums des VW-Aufsichtsrats ist bewusst, dass es sich bei der Bewältigung der Krise um eine längerfristige Aufgabe handelt.“ Kurzer Blick in die Kamera, dann wieder auf den Zettel. „Wir als der größte Aktionär stehen zu diesem Unternehmen.“

Es ist Mittwoch, der 23. September, es ist ein bitterer Tag für Europas größten Automobilkonzern und auch für Wolfgang Porsche. Volkswagen hat jahrelang gegen Abgasvorschriften in den USA und in Europa verstoßen. Das Unternehmen hat seine Kunden, seine Händler und seine Aktionäre betrogen. Eine Software in elf Millionen Fahrzeugen startet die Abgasreinigung nur dann, wenn sie erkennt, dass dieses Auto auf einem Prüfstand getestet wird. Ansonsten aber verpesten die Modelle von Volkswagen, Audi, Škoda und Seat, die mit dem Motor EA 189 ausgestattet sind, die Luft schlimmer, als es die Gesetze erlauben.

Wopo, wie Wolfgang Porsche im Konzern genannt wird, ist der Enkel von Ferdinand Porsche, der einst für Adolf Hitler den KdF-Wagen entwickelte, aus dem später der Käfer wurde, und dessen Sohn Ferry den Porsche 356 konstruierte, dem der Porsche 911 nachfolgte. Die Familie hat den Grundstein für die Unternehmen Volkswagen und Porsche gelegt. Und jetzt spricht Wolfgang Porsche für sie. Ein Kaufmann, der nie im Scheinwerferlicht stehen wollte und anderen aus dem Clan der Porsches und Piëchs den Vortritt ließ, zuerst seinem Vater Ferry, dann seinem Bruder Ferdinand Alexander und natürlich seinem Cousin Ferdinand Piëch.

Jahrzehntelang war „der F.“, wie Wolfgang Porsche seinen Cousin Ferdinand Piëch oft nennt, die dominierende Person der beiden Clans, Audi-Entwickler, VW-Chef, später Aufsichtsratsvorsitzender und so etwas wie Gottvater in dem Konzern. Ein Satz von Piëch genügte, und schon kaufte der Vorstand ein anderes Unternehmen („Ich hätte gern noch einen kleinen, wertvollen Motorradhersteller“ – VW erwarb Ducati) oder stürzte einen Vorstand („Da fehlt der Biss“ – der damalige Chef Bernd Pischetsrieder musste später gehen).

Doch dann hatte „der F.“ seine Macht überschätzt. Seine Sätze hatten zwar noch ihre Wirkung, sie richtete sich aber gegen ihren Schöpfer. Nachdem Piëch dem SPIEGEL am 10. April gesagt hatte: „Ich bin auf Distanz zu Winterkorn“, musste nicht VW-Chef Martin Winterkorn, genannt Wiko, gehen, sondern Piëch. Der hatte zu den Mitgliedern des Aufsichtsratspräsidiums gesagt: „Wollen S’ meinen Rücktritt? Wenn Sie es sagen, dann trete ich noch heute zurück.“ Und zur Überraschung vieler fassten die anderen Kontrolleure dies nicht als Drohung auf, sondern sahen darin ein Angebot, das sie annahmen. Piëch musste den Posten des Aufsichtsratsvorsitzenden räumen.

Nun also vertritt Wolfgang Porsche die Familien, die 52 Prozent der Stammaktien von VW besitzen. Und ausgerechnet jetzt stürzt der Automobilhersteller in eine existenzbedrohende Krise, an deren Ende er möglicherweise zerschlagen werden muss, um Strafen und Schadensersatzzahlungen zu begleichen, die irgendwo zwischen 20 und 50 Milliarden Euro liegen können.

Wolfgang Porsche ist gefordert, und er ist überfordert. Das liegt nicht daran, dass er keine Ahnung vom Automobilgeschäft hätte. Er hat Yamaha-Motorräder importiert, hat fünf Jahre lang bei Daimler-Benz im Vertrieb gearbeitet und ist seit fast einem Jahrzehnt Aufsichtsratschef bei Porsche. Aber Wolfgang Porsche muss im Nebenjob die zerstrittenen Clans der Porsches und Piëchs auf eine Linie bringen, denn sie haben sich darauf verständigt, im Aufsichtsrat von VW nur mit einer Stimme zu sprechen.

Oliver Porsche ist in dem Kontrollgremium noch vertreten und Hans Michel Piëch, genannt Mipi. Der eine ist Unternehmer, der andere Anwalt. Alles ehrenwerte Menschen. Doch es ist für Wolfgang Porsche mitunter unmöglich, zwischen ihnen allen einen Kompromiss zu finden. Vor allem mit Ferdinand Piëch, zu dem das Verhältnis zeitweilig so gestört ist, dass „der F.“ sich weigert, mit Wopo in einem Raum zu sitzen. Wolfgang Porsche sieht es dann schon als kleinen Erfolg an, wenn ihm „der F.“ Monate später wieder die Hand gibt.

Diese Doppelfunktion, Aufsichtsrat bei Volkswagen und Familienversöhner der Porsches und Piëchs, ist es, die Wolfgang Porsche überfordert.

Als größter Aktionär hätten die Familien längst eine Regelung für die Nachfolge Martin Winterkorns vorbereiten müssen. Aber sie konnten sich nicht einigen. Hans Michel und Ferdinand Piëch hatten erkannt, dass es Zeit ist für einen Wechsel an der Konzernspitze. Wolfgang Porsche bremste. Und nach dem Sturz Ferdinand Piëchs sollte, wie zum Trotz, Winterkorns Vertrag sogar noch um drei Jahre verlängert werden. Winterkorn sollte den Konzern führen, bis er 71 Jahre alt ist. Willkommen in der Seniorenresidenz Wolfsburg.

Es brauchte einen Abgasskandal, um Winterkorn zum Rückzug zu bewegen. Nun muss Matthias Müller, 62, den Konzern durch die schwerste Krise der Geschichte steuern.

Es geht um alles, um die Existenz des Automobilherstellers. Gegen VW ermitteln drei Institutionen in den USA, das Justizministerium, die Umwelt- und die Han-



O. ANDERSEN / AFP



M. SERGIENKO / AG. FOCUS



B. ROESSLER / DPA

Martin Winterkorn, Wolfgang Porsche, Ferdinand Piëch

ALEXANDER KOERNER / GETTY IMAGES



AP / DPA

VW-Werbung in den USA: Es wird Strafen in Milliardenhöhe geben

delsbehörde, zudem noch Staatsanwaltschaften in Italien und Frankreich, eine in Deutschland, weitere werden folgen. Denn VW hat nicht nur die Abgaswerte von Dieselmotoren manipuliert, sondern auch die Verbrauchsangaben bei Benzinern, wie sich bei internen Untersuchungen zeigt. Es wird Strafen in Milliardenhöhe geben. Hinzu kommen wohl Schadensersatzzahlungen an Kunden, an Aktionäre, an Händler und möglicherweise auch an Menschen, die erklären, dass sie durch Abgase krank geworden sind.

Volkswagen wird von allen Seiten unter Feuer genommen. Mancher Politiker nutzt den Skandal, um von eigenen Fehlern abzulenken. Verkehrsminister Alexander Dobrindt ist so einer. Der Mann, der sich mit der geplanten Einführung einer Maut für Ausländer blamierte, spielt den Aufklärer in der Abgasaffäre, obwohl er kaum etwas dazu beisteuern kann. Damit erleichtert es Dobrindt VW-Chef Müller nicht gerade, seinen vielen Aufgaben nachzugehen, die er möglichst alle gleichzeitig erledigen muss.

Ein großes Sparprogramm soll Geld für die drohenden Zahlungen generieren. Die Techniker müssen herausfinden, wie Volkswagen die betroffenen Fahrzeuge nachrüsten kann. Und gleichzeitig will Müller eine neue Unternehmenskultur etablieren.

Der Abgasskandal ist nur erklärbar durch den Führungsstil, der im Volkswagen-Konzern herrschte. Es galt das Prinzip von Befehl und Gehorsam. Auf den obersten Führungsetagen gab es eine weit verbreitete Angst vor einem Anschiss des Vorgesetzten, vor den Brüllereien des Martin Winterkorn, dessen Namenskürzel Wiko so nett und harmlos klingt.

In einer solchen Atmosphäre traut sich ein Entwickler möglicherweise nicht zu sagen, dass er die Abgaswerte auf legale Weise nicht erreichen kann, zumindest nicht zu den vorgegebenen Kosten. Er sucht einen Weg, wie es doch geht. Und wenn andere dies mitbekommen, dann wagen sie es nicht, ihren Vorgesetzten über den Betrug zu informieren.

All dies muss sich jetzt ändern. Dafür braucht es neue Leute an der Spitze. Doch die Familien Porsche und Piëch haben durchgedrückt, dass der bisherige Finanzchef Hans Dieter Pötsch den Vorsitz im Aufsichtsrat übernimmt, ein Fehler. Pötsch muss ins Visier der Ermittler geraten. Er hätte die Aktionäre früher über den Gesetzesverstoß und die möglichen Folgen informieren sollen. Berater empfehlen Pötsch bereits, er solle nicht in die USA reisen, weil zu befürchten steht, dass der Aufsichtsratsvorsitzende von VW gleich am Flughafen verhaftet wird.

Vor allem VW-Aufsichtsrat Berthold Huber hat Wolfgang Porsche vor dem Risiko Pötsch gewarnt. Der ehemalige IG-Metall-Chef hat als Kontrolleur bei Siemens Erfahrungen in der Aufarbeitung eines Skandals, der Schmiergeldaffäre, gesammelt. Er weiß, dass nur Manager, die von außen kommen und mit dem Fall garantiert nichts zu tun haben, glaubwürdig einen Neuanfang vertreten können. Doch Wolfgang Porsche will den einmal gefundenen Kompromiss der Familien nicht gefährden.

Für den Volkswagen-Konzern erweist es sich in dieser schweren Krise als Fluch, dass der größte Anteilseigner zwei Familien sind. Das spricht nicht gegen Familienunternehmer. Beim Konkurrenten BMW beispielsweise ist die Familie Quandt, die knapp die Hälfte der Stammaktien hält, seit Jahren ein Glücksfall für das Unternehmen.

Mutter Johanna und ihre beiden Kinder Stefan Quandt und Susanne Klatten sorgten in diesem Jahr für einen reibungslosen Führungswechsel an der BMW-Spitze. Norbert Reithofer, 59, übergab an Harald Krüger, 50. Und als Johanna Quandt im August starb, war das Erbe längst geregelt. Bei BMW läuft so etwas ruhig und unspektakulär. Das Management kann sich auf seine eigentliche Aufgabe konzentrieren, die Entwicklung neuer Autos und Antriebskonzepte.

Im Vergleich zum Wirken der Quandts bei BMW wird deutlich, dass die Familien Porsche und Piëch ihrer Verantwortung beim Volkswagen-Konzern nicht gerecht werden. Aber sie sind nun mal der größte Aktionär. Und jetzt drängt auch schon die vierte Generation an die Macht. Sie setzt sich aus insgesamt 34 Porsches und Piëchs zusammen. Manche sitzen bereits in Aufsichtsräten des Konzerns, bereiten sich darauf vor, noch mehr Verantwortung zu übernehmen.

Vielleicht gelingt ihnen ja, was ihren Eltern so schwerfällt: den Volkswagen-Konzern erfolgreich durch schwierige Zeiten zu führen.

Und wenn nicht, dann werden die Erben wohl ihre VW-Aktien verkaufen, bevor diese noch mehr an Wert verlieren. Auch darin liegt für Volkswagen eine Chance.

Dietmar Hawranek

Stadtgespräch

Innenleben mit Eigenleben

Das Beispiel Volkswagen beweist, dass wir moderne Kontrollen für Software brauchen. Denn offenbar wird nicht nur bei Autotests getrickst.
Von Marcel Rosenbach

„Schummelsoftware“ und „Defeat Devices“, es gibt neue Begriffe zu erlernen und als Dreingabe einige überraschende Erkenntnisse über die Dinge, mit denen wir täglich umgehen. Wie selbstverständlich nutzen wir hochkomplexe Computer auf Rädern (Autos) oder in der Jackentasche (Smartphones), ohne weiter über ihr Innenleben nachzudenken – zumindest solange sie funktionieren, wie sie sollen. Oder uns vorgaukeln, sie würden das tun.



Dank Volkswagen wissen wir nun, dass es unter der Motorhaube vieler Millionen VW-Fahrzeuge eine „Abschaltautomatik“ („Defeat Device“) gibt, die Abgastests erkennen kann. Nichts ahnende VW-Besitzer haben auf diese Weise erfahren, dass das Innere ihrer Fahrzeuge ein geheimes Eigenleben führte.

Aber gilt das nur für Autos? Oder ist derlei betrügerische Software im anbrechenden „Internet der Dinge“ längst auch anderswo im Einsatz? Im Wohnzimmer beispielsweise, gut versteckt im neuen, superflachen „Smart TV“? Eine von der Europäischen Union finanzierte Untersuchungsreihe weckt diesen Verdacht. Sie hat ergeben, dass bestimmte Fernsehgeräte im normalen Hausgebrauch offenbar mehr Energie verbrauchen als in Testsituationen und von den Herstellern angegeben. Es wirke so, als ob einige Modelle die gängige europäische Energie-Testprozedur erkennen und dafür den Verbrauch herunterfahren könnten, heißt es in ihrem Bericht. Ein großer Hersteller dementierte scharf, die EU-Kommission kündigte aber an, der Sache weiter nachzugehen.

Es gibt für Verbraucher offenbar Grund, misstrauisch zu werden. Immerhin wird unser Alltag schon heute von Software, von Algorithmen, gesteuert und vermessen, wir haben es ständig mit ihnen zu tun, auch und vor allem im Internet. Egal ob wir online einkaufen, Kredite beantragen, Partner suchen oder uns mit Fitness-Apps optimieren: Wir bemerken diese Algorithmen in der Regel nicht und verstehen sie noch viel weniger. Aber was sie berechnen, beeinflusst unser Leben. Und für den „Ausstoß“ dieser Algorithmen gibt es keine unabhängigen Abgas- oder Energieverbrauchstests. Die Datencenter der Anbieter sind eine gigantische „Blackbox“ im Wirtschaftsleben.

Tatsächlich haben Unternehmen schon vor Jahrzehnten versucht, ihre Kunden mit Programmen zu prellen. So lieferte ein Flugbuchungssystem, das American Airlines zusammen mit IBM in den Sechzigerjahren auf den Markt brachte, zuverlässig Ergebnisse zum Vorteil seiner Erfinder. Flüge von American Airlines wurden auf den ersten Rängen angezeigt, selbst wenn sie teurer waren und länger dauerten als Angebote anderer Fluggesellschaften.

Seit Jahren geraten auch Pharmafirmen immer wieder in den Verdacht, Software so zu manipulieren, dass sie Ärzten bevorzugt die eigenen Medikamente vorschlägt – auch wenn es günstigere Alternativen gibt. Eine ähnliche Vermutung steckt hinter dem aktuellen EU-Kartellrechtsverfahren gegen Google. Konkurrenten werfen dem Konzern vor, bei der Suche nach Produkten den eigenen Preisvergleichsdienst Google Shopping zu bevorzugen. Google hat bestritten, dass seinen Nutzern Nachteile entstehen, lässt aber niemanden in seine Algorithmen gucken.

Die Intransparenz softwarebasierter Dienste macht es Anbietern leicht, Kundengruppen zu diskriminieren. So kann bei einem Kauf im Internet die Wohnadresse darüber entscheiden, ob man sich ein Produkt nur gegen Vorkasse oder kundenfreundlich auf Rechnung nach Hause schicken lassen kann. Auch die Preise können erheblich variieren – je nach verwendetem Endgerät, beispielsweise. Apple-Nutzer gelten als zahlungskräftig und werden bei der sogenannten dynamischen Preisfindung deshalb schon mal stärker zur Kasse gebeten.

Ähnlich läuft es bei Onlinekrediten, auch hier errechnen Algorithmen nach intransparenten Kriterien einen „Scorewert“ – in den neben dem Wohnort („Geoscoring“) beispielsweise einfließen kann, wie viele Freunde mit höherer Schulbildung die Bewerber bei Facebook haben oder wie viele Rechtschreibfehler sie sich im Kreditantrag leisten. Das kann dazu führen, dass Bewerber gar kein Darlehen bekommen – oder nur zu einem höheren Zins.

Einmal misstrauisch geworden, fängt man unweigerlich an, Fragen zu stellen: Schauen wirklich gerade drei andere Nutzer dasselbe Hotelzimmer an, wie uns weisgemacht wird, um Entscheidungsdruck zu erzeugen? Gibt es wirklich nur noch drei Restplätze für den gesuchten Flug? Ist tatsächlich nur noch ein Schuhpaar in meiner Größe vorrätig?

Tatsächlich leben wir zunehmend im Tal der technisch Ahnungslosen, die sich allenfalls noch auf den Benutzeroberflächen auskennen. Wahrscheinlich wussten wir noch nie in der Menschheitsgeschichte so wenig über das Innenleben unserer Alltagsmaschinen wie heute. Wenn uns das abschreckende Beispiel Volkswagen außer Begriffen wie „Schummelsoftware“ etwas lehrt, dann, dass wir dringend unabhängige, qualifizierte Kontrollinstanzen brauchen – die moderne Version eines Prüfstands für Software und Algorithmen.

KITTI HAWK / DER SPIEGEL

Oktober



MAHMUD TURKIA / AFP



10.10.2015

Warten auf Europa

Zugegeben, ein sehr kleiner Ausschnitt aus der Wirklichkeit in Libyen – einem Land, das man seit dem Sturz des Diktators Gaddafi im Jahr 2011 vor allem mit Anarchie und Bürgerkrieg assoziiert. Und mit dem Elend von Flüchtlingen; Zehntausende versuchen von Libyen aus über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen, eine lebensgefährliche Reise. Die Menschen auf dem Foto, darunter viele Senegalesen, haben es nicht geschafft. In Tadschura, einer Stadt bei Tripolis, werden sie notdürftig versorgt und festgehalten, getrennt nach Geschlechtern: Die Frauen sitzen links, die Männer rechts. Was sie in Libyen erwartet, ist ungewiss, denn für das Land gibt es noch immer keinen Anlass zu Optimismus: Den von der Uno ausgearbeiteten Friedensvorschlag lehnen die beiden größten Konfliktparteien Ende Oktober ab. Die Bildung einer Einheitsregierung ist damit gescheitert. Dabei haben sie nur gemeinsam eine Chance, die Terroristen des „Islamischen Staates“ zu besiegen, der Teile des Landes kontrolliert.



EGMONT EHAPA MEDIA

22.10.2015

Die spinnen, die Leser!

„Viele Leute neigen dazu zu glauben, was geschrieben steht. Ein seltsames Phänomen!“, sagt Miraculix, der Druide, im neuen Asterix-Band „Der Papyrus des Cäsar“. Miraculix vertraut auf mündliche Überlieferungen. „Der Papyrus …“ ist das zweite Asterix-Abenteuer von Jean-Yves Ferri (Text) und Didier Conrad (Zeichnungen), es vereint den gewohnten Klamauk mit gelungenen aktuellen Anspielungen, zum Beispiel auf WikiLeaks.



BAY ISMOYO / AFP

27.10.2015

Brandgefährlich

Es brennt in der Provinz Kalimantan auf der Insel Borneo, es brennt auf Sumatra. Große Teile Indonesiens wie diese Brücke in Palanka Raya versinken in giftigem Qualm, die Folge leichtsinniger Brandrodung. Der Wald wird vor allem für Palmölplantagen abgefackelt. Bis nach Singapur und Malaysia zieht der Rauch, überall werden Schulen und Büros geschlossen und Flüge gestrichen.

13.10.2015

Wer schoss auf MH17?

298 Menschen starben, als Flug MH17 am 17. Juli 2014 über der Ostukraine abstürzte. Ursache war eine Flugabwehrrakete russischer Bauart, die oberhalb des Cockpits explodierte – so heißt es jetzt im Abschlussbericht der niederländischen Untersuchungskommission. Wer für den Abschuss verantwortlich war, steht nicht im Bericht.



EMMANUEL DUNAND / AFP

03.10.2015

Ärzte unter Feuer

Im Jahr 1999 wurde die Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen, Médecins Sans Frontières, kurz MSF, mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. 2009 hieß der Preisträger Barack Obama. In diesem Herbst wird der eine Friedensnobelpreisträger vom anderen mit tödlicher Wucht angegriffen.

In der Nacht zum 3. Oktober attackiert die amerikanische Luftwaffe, deren oberster Befehlsherr der US-Präsident ist, ein von MSF betriebenes Krankenhaus in Kunduz im Norden Afghanistans. Wenige Tage zuvor hatten Taliban die Stadt eingenommen. Die Klinik steht auf einer sogenannten No-Strike-Liste, die irrtümliche Angriffe verhindern soll. Es nützt nichts: Mehr als eine Stunde lang wird das Gebäude von einem US-Militärflugzeug mit 105-Millimeter-Geschütz gezielt beschossen. Mindestens 30 Menschen sterben, darunter 13 MSF-Mitarbeiter, die größte Katastrophe in der Geschichte von Ärzte ohne Grenzen. MSF-Vertreter sprechen von einem Kriegsverbrechen.



REUTERS

MSF-Klinik in Kunduz nach dem Angriff
Ein Friedensnobelpreisträger attackiert den anderen

Nach dem Luftschlag präsentiert das US-Militär innerhalb von drei Tagen drei verschiedene Versionen, wie es zu dem Angriff kommen konnte. Am 6. Oktober gibt ein US-General Fehler „in unserer Kommandokette“ zu, die Klinik sei „fälschlicherweise“ beschossen worden. Am 7. Oktober bittet Obama Ärzte ohne Grenzen um Entschuldigung. Ende November liegt der Untersuchungsbericht des Pentagon vor: Demnach sollte eigentlich ein Versteck der Taliban nahe der Klinik angegriffen werden.

25.10.2015

Frische Gesichter, alte Ideen

Am Abend des 25. Oktober fällt Polen endgültig an die Nationalkonservativen zurück. Die Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) hängt die regierende Bürgerplattform in der Parlamentswahl mit großem Vorsprung ab und gewinnt die absolute Mehrheit der Sitze. Schon im Mai hatte PiS der Bürgerplattform das Amt des Präsidenten abgejagt.

PiS-Gründer Jaroslaw Kaczynski war 2015 zum ersten Mal nicht selbst als Spitzenkandidat angetreten. Er hatte Andrzej Duda und Beata Szydło vorgeschickt, Hinterbänkler, frische Gesichter, die seine Partei auch für gemäßigte Wähler attraktiv machen sollten. Duda und Szydło vermeiden antideutsche und nationalistische Ausfälle, sie verzichten auf polarisierende Rhetorik im Inneren – und triumphieren so über eine Bürgerplattform, die zwar viele, vor allem wirtschaftliche Erfolge vorzuweisen hat, aber an der Macht auch arrogant und bräsig geworden ist.


THIERRY MONASSE / POLARIS / STUDIOX

Wahlsieger Szydło, Kaczynski
Wird Polen wieder zu einem Außenseiter?

Wird Kaczynski Polen wieder zu einem Außenseiter in der EU machen – so wie vor zehn Jahren, als er gemeinsam mit seinem Zwillingsbruder Lech regierte? Systematisch und verblüffend schnell beginnen er und seine Partei nach dem Sieg, das Verfassungsgericht und die Geheimdienste unter ihre Kontrolle zu bringen. Denn Kaczynski träumt von einem autoritären Staat nach dem Muster Ungarns unter Viktor Orbán. Widerstand wird Kaczynski auch bei der Verteilung der Flüchtlinge über Europa leisten. Er glaubt, dass etwa Syrer nur darauf warten, im katholischen Polen die Scharia einzuführen.

26.10.2015

Eine Null zu viel

Früher war er ein Held in allen Betten, heute muss er auf die Couch. Im neuen James-Bond-Film „Spectre“, dessen Weltpremiere Ende Oktober im Beisein von Prinz William und seiner Kate in London gefeiert wird, ist 007 ein Psychowrack, das die Wunden seiner Kindheit leckt. Daniel Craig spielt den Agenten nun zum vierten Mal, doch so desolat wirkte er noch nie. Selbst Christoph Waltz als ständig flachsender Bösewicht kann ihn nicht aufheitern. Bonds wichtigste Waffen gegen die Widrigkeiten dieser Welt, Witz und Charme, sind stumpf geworden. Das ist beunruhigend.

Früher konnte man sich blind auf Bond verlassen. Er war mit sich selbst im Reinen und konnte sich deshalb ganz darauf konzentrieren, die Welt zu retten. Weil er keine Vergangenheit hatte, war er extrem geistesgegenwärtig. Musste er eine Atombombe entschärfen, sagte er: „Irgendwann macht man alles zum ersten Mal“ – und schraubte wie ein Kind am Sprengkopf herum.


JONATHAN OLLEY / AP / DPA

„Spectre“-Stars Craig, Léa Seydoux
Vielleicht sieht der moderne Agent eher aus wie Edward Snowden

Nun starrt er trübe durch die Gegend und besäuft sich. Man kann verstehen, dass die Geheimdienstbosse in „Spectre“ überlegen, die Doppelnull-Abteilung dichtzumachen. Ein System moderner Überwachung sei effektiver als ein Haufen fehlbarer Killer, sagen sie. Vielleicht sieht der moderne Agent eher aus wie der Whistleblower Edward Snowden, dessen Geschichte gerade von Oliver Stone verfilmt wird: ein schmaler junger Mann mit Brille, der keine Lizenz zum Töten braucht, sondern nur ein paar Zugangscodes. Und der seine Kindheit hinter sich gelassen hat.

Heldin des Alltags **Swetlana Alexijewitsch**

Die Erzählerin Russlands



Die Bücher der neuen Nobelpreisträgerin haben die Macht großer Chorwerke.

Swetlana Alexijewitsch ist müde, als sie am 10. Oktober, zwei Tage nach der Ankündigung, sie werde den Nobelpreis für Literatur bekommen, in Berlin eintrifft. Sie ist oft müde, weil sie bei der Arbeit an ihren Büchern nie Rücksicht auf ihre Gesundheit genommen hat, sie hat in Tschernobyl recherchiert und in Kriegsgebieten. Das merkt sie nun. „Ich bin sehr glücklich", sagt sie ihrem deutschen Verleger, als er sie nach dem Nobelpreis fragt. „Und überwältigt von einem Ansturm komplexer Gefühle. Freude natürlich. Aber auch Beunruhigung. Die gewaltigen Schatten von Iwan Bunin, Boris Pasternak und Alexander Solschenizyn sind erwacht."

Bunin, Pasternak, Solschenizyn. Die drei russischen Romanciers, die vor Alexijewitsch den Nobelpreis bekommen haben. Alle geprägt von den politischen Wirren ihrer Zeit, wie Alexijewitsch. Und verwurzelt in der großen russischen Erzähltradition. Alexijewitsch, Jahrgang 1948, schreibt anders. Bevor sie sich an ein Buch setzt, spricht sie mit Hunderten Menschen, nimmt deren Stimmen auf, protokolliert, was sie sagen. Daraus komponiert sie dann ihre vielstimmigen Doku-Romane. Sie haben die Macht großer Chorwerke.

Eine „Chronik der roten Seele" hat sie ihr Werk selbst einmal genannt, eine Geschichte des sowjetischen Menschen. Sie ist ihm durch den Zweiten Weltkrieg gefolgt, in zwei Büchern, in denen es um die Geschichten der kämpfenden Frauen der Roten Armee geht und um die der Kinder im Krieg. „Zinkjungen", das Afghanistan-Buch, lässt Soldaten und ihre Mütter vom Morden und Sterben in einem sinnlosen Krieg erzählen. Und schließlich Tschernobyl. Alexijewitsch war bei den Aufräumarbeiten an der Reaktorruine und hat dort die Männer und Frauen aufgesucht, die sich in einem Akt des späten sowjetischen Heldentums verstrahlen ließen – die meisten waren bald darauf tot. Manchmal taucht ein Protagonist nur für ein paar Sätze auf. Manchmal bleibt er für ein paar Seiten.

Wahrscheinlich ist sie deshalb für den weißrussischen Diktator Alexander Lukaschenko wie für Wladimir Putin so unangenehm. Für Putin ist das Ende der Sowjetunion die „größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts". Er hat seine Politik darauf ausgelegt, die Schmach dieses Auseinanderbrechens vergessen zu machen. Russland soll wieder eine Weltmacht sein. Deshalb muss alles dem Begriff der „Größe" untergeordnet werden. Das Zarenreich war groß, die Sowjetunion war groß, und heute ist Russland groß. Aber diese Größe ist ohne Lügen nicht zu haben.

Gegen diese Lügen stehen die Bücher von Alexijewitsch. Weil es ihr um die ganze Erfahrung des sowjetischen Menschen geht. In „Secondhand-Zeit", ihrem letzten Buch, gibt sie den Dissidenten der Tauwetterzeit und deren Ängsten genauso Platz wie dem Geheimdienstschlächter, der Zehntausende Menschen ermordet hat; dem Mädchen, das in der sibirischen Verbannung aufwächst und in einem Kinderheim zur Kommunistin erzogen wird, wie seiner Mutter, die im Gulag gefangen ist; dem linientreuen Kommunisten, der in den Dreißigern beinahe einer Säuberung zum Opfer gefallen wäre, im Krieg gegen die Deutschen kämpft, ausgezeichnet wird und vor Glück weint, als die Partei ihn wieder aufnimmt – obwohl der Geheimdienst seine Frau ermordet hat.

Swetlana Alexijewitsch arbeitet langsam. Für jedes Buch hat sie Jahre gebraucht. „Der längere Abschnitt meines Wegs liegt hinter mir, doch viel Arbeit und neue Gabelungen warten noch auf mich. Nun kann ich mich nicht ausruhen." Sie sitzt an einem Buch über das Altern und einem über die Liebe. Bislang konnte sie das im Schatten der Literaturgeschichte und der großen Wahrnehmung machen. Das ist nun vorbei. Sie ist die Erzählerin Russlands geworden.

Tobias Rapp

STANLEY CHOW / DER SPIEGEL



[1]


SABINE SAUER

Mach ick

Karrieren Kaum jemand hat sein Leben der deutschen Einheit so geopfert wie Gregor Gysi. Seit Jahren kündigt er an, sich aus der Politik zurückzuziehen. Er kann aber nicht. *Von Alexander Osang*

Es gibt ein paar Kriterien, an denen man messen kann, wie es um die sogenannte innere Einheit Deutschlands bestellt ist. Eines ist die Bewertung des Politikers Gregor Gysi. Gysi, 67, stammt aus Ostberlin und sitzt seit 22 Jahren im Deutschen Bundestag, niemand außer Wolfgang Mischnick von der FDP war dort länger Fraktionsvorsitzender als er, niemand hat mehr Reden gehalten, wahrscheinlich war auch kein deutscher Parteivorsitzender in mehr Talkshows. Dennoch ist Gysi immer noch nicht angekommen im Herzen der Bundesrepublik.

Einen Tag vor dem 25-jährigen Einheitsjubiläum hält er im Bundestag seine letzte Rede als Fraktionsvorsitzender der Linken. Norbert Lammert, der Bundestagspräsident, kündigt ihn mit gütigem Lächeln an, wie den kauzigen, angetrunkenen Onkel, der gern auf Familienfesten das Wort ergreift.

Gysi tritt ans Pult, um seinen Schwanengesang anzustimmen.

Er wirkt wie ein Ertrinkender, an dem sein Leben vorbeizieht. Nach all den Demütigungen, den Buhrufen, den fiesen Zeitungstiteln, den Gerichtsprozessen und Verleumdungen der letzten 25 Jahre, nach den privaten, gesundheitlichen und politischen Schlägen, die er einstecken musste, versucht Gregor Gysi, seinen Frieden zu machen. Er nennt die politischen Widersacher Kollegen. Er lobt die FDP für ihren Liberalismus und würdigt Bismarck als großen Politiker. Er bittet – das ist vielleicht der berührendste und aufmüpfigste Teil seiner Ansprache – darum, dass irgendwann einmal ein deutsches Regierungsmitglied Blumen am Grab der Frauenrechtlerin Clara Zetkin und des Arbeiterführers Fritz Heckert ablegt, die beide an der Kremlmauer in Moskau bestattet sind. Lassen Sie uns in dieser Hinsicht ein bisschen französischer sein, sagt Gysi.

Die Leute im Bundestag bleiben lieber deutsch. Die Genossen von den Linken klatschen mechanisch. Die anderen glotzen.

Gysi erzählt einen jüdischen Witz, damit die Anwesenden mal begreifen, was Dialektik ist, wie er sagt. Ein Jude beschwere sich bei seinem Bruder, dass ihm der Rabbi verboten habe, während des Gebets zu rauchen. Der Bruder sagt, er habe die falsche Frage gestellt. Er hätte fragen sollen, ob er während des Rauchens beten dürfe. Das hätte der Rabbi begrüßt.

Es ist still im Saal. Gysi schaut auf. Von rechts ruft irgendein Arsch: „Der Witz hat einen Bart.“

Seine Rede wird auf YouTube gut geklickt, aber im Bundestag sitzt an diesem Morgen kaum jemand, schon gar nicht die Kanzle-


SABINE SAUER

[1] Gysi mit Fans am 3. Oktober in einer Brauerei in Leipzig
[2] Nach einem Fallschirm-Tandemsprung bei Berlin 1990
[3] Als Melker im Wahlkampf 1990

CARSTEN KOALL

rin, die damals, vor 25 Jahren, wie Gysi in die Politik aufgebrochen ist. Es gibt jede Menge Sonntagsreden zur deutschen Einheit, aber wer wissen will, was wirklich los ist, sollte sich ansehen, wie sich Gysi bei seinem Abschied vor den politischen Gegnern in den Staub wirft und sie die Geste ignorieren. Die wenigsten klatschen zum Schluss, Lammert sagt väterlich: „Ihre Rede hatte ja streckenweise fast den Charakter einer Regierungserklärung.“ Schmunzeln im nahezu leeren Saal.

Am Abend ist Gysi in der „heute-show“ beim ZDF, die – genau wie Gregor Gysi – in Deutschland als lustig gilt. Gysi hat Angst, vielleicht, weil er im Gegensatz zu den „heute-show“-Machern versteht, dass er nicht witzig ist. Wenn er nicht weiterweiß, hält er seinen Kopf schief in die Kamera und grinst wie ein Klassenclown. Das kommt gut an.



[1]

ANDREAS SCHOELZEL

Als er am nächsten Tag, es ist der 3. Oktober, durch Deutschland reist, wird ihm vor allem zum gelungenen Auftritt in der „heute-show“ gratuliert.

Am Morgen des Einheitstags fährt er nach Wittenberg, wo es eine Festsitzung zum Jahrestag gibt, auf der Friedrich Schorlemmer die Ehrenbürgerwürde der Stadt verliehen wird. Schorlemmer war Oppositioneller in der DDR, und er ist es in der Bundesrepublik geblieben. Er hat gemeinsam mit Gysi ein Buch herausgebracht, Titel: „Was bleiben wird“.

Gysi rollt im Fond eines Audi A8 in eine hübsche, saubere, aber menschenlose Stadt. Je näher man dem rekonstruierten Zentrum Wittenbergs kommt, desto gespenstischer wirkt die Leere. In der Ferne spielen zwei Fanfarenzüge. Einer kommt aus Wittenberg, der andere aus Bretten, der westdeutschen Partnerstadt Wittenbergs. Zwei deutsche Kapellen in einer leeren Stadt. Der Auftakt zu einem Horrorfilm.

Gysi soll eine Rede halten, erfährt es aber erst hier. Kein Problem. Mach ick.

„Ich finde ja, dass Wittenberg eine interessante Stadt ist“, sagt Gysi, macht eine Pause und reibt die Hände, als verstecke sich in diesem Satz irgendeine Weisheit oder wenigstens ein Witz. Es gibt keinen, aber die Leute im Saal lachen trotzdem. Gysi ist zu Hause. Hier kann er sagen, was er will. Er zupft ein paar Sätze aus seiner letzten Rede im Bundestag. 25 Jahre deutsche Einheit heiße auch, dass vor 25 Jahren die schreckliche Möglichkeit eines deutsch-deutschen Kriegs verschwunden sei. Man habe jetzt eine Währung, mit der man auch im Ausland einkaufen könne. Es gebe auch Schattenseiten, aber dazu reiche die Zeit nicht. Hihihi. Dann: Reden des Oberbürgermeisters von Wittenberg, des Oberbürgermeisters von Bretten und des neuen Ehrenbürgers. Kleiner Imbiss. Kaffee, Törtchen, Speckkuchen und Würste. Gysi nimmt sich eine Birne vom Buffet.

„Hol dir ein paar Würstchen, Norbert“, sagt er zu seinem Fahrer und hält stolz die Birne in die Luft. „Mir reicht die hier.“

Er sagt, er habe erst beim Fernsehen verstanden, wie fett er mit den Jahren geworden sei. Er saß zu Hause in Pankow auf dem Heimtrainer und sah, so geht seine Geschichte, einen dicken Mann in einem Fernsehstudio. Er begriff: „Dit bin ja ick.“ Seitdem hat er 13 Kilo abgenommen, 3 sind aber schon wieder drauf. Man muss aufpassen. Häppchen, Bierchen, Häppchen, Weinchen. Er ruft Norbert, seinen Fahrer, oft morgens an und informiert ihn über den aktuellen Stand. Manchmal sind es 100, manchmal auch 200 Gramm. Die Honoratioren des Ortes und der Partnerstädte scharen sich um ihn. Handyfotos mit Leuten, die er nicht kennt, gern auch mit Kindern, die ihn nicht kennen. Manchmal aber steht er ganz allein rum, der Blick fleht, aber man weiß nicht, wonach.

Später, auf dem Gang des Stadthauses, gratuliert ihm Volker Braun, der große Dramatiker und Lyriker, zu seinem Auftritt in der „heute-show“.

„Dabei ham se dit Beste rausjeschnitten“, sagt Gysi.

Er habe zum Beispiel gesagt, dass es noch nicht einen ostdeutschen Politiker gab, dem man nachweisen könne, dass er bei seiner Doktorarbeit abgeschrieben habe. Er habe auch gesagt, dass er sich als gelernter Melker mit Rindviechern auskenne. Das komme ihm in der Politik zugute. Gysi rudert mit den Armen, wie immer, wenn er stolz auf sich ist. Volker Braun blinzelt. Dann muss Gysi weiter. Er habe leider noch keine Herrschaft über seinen Terminkalender. Aber bald. Aber bald. Er verabschiedet sich von Schorlemmer, dem Wittenberger Bürgermeister und dessen Amtskollegen aus der Partnerstadt Bretten.


[2]

Das Auto rollt aus der menschenleeren Stadt.

Wo liegt eigentlich Bretten?

„Keene Ahnung“, sagt Gysi.

Es ist ein schöner, sonniger Feiertag, die Bäume sind noch grün, die Straßen eben, der Himmel ist blau. Gysi redet von der „heute-show“, den ostdeutschen Doktorarbeiten und seinem Terminkalender, über den er bald Kontrolle haben wird. Wir fahren durch – man muss es so sagen – blühende Landschaften nach Leipzig, wo Gysi eine Ausstellung eröffnen soll. Man sieht nicht viele Menschen, aber die Straßen sind fabelhaft, die Häuser leuchten, die Hecken sind gestutzt, die Kirchendächer frisch gedeckt. Eine Fahrt durch eine Modelleisenbahnlandschaft. Alles ist fertig gemacht, geputzt, man fragt sich nur, für wen eigentlich.

„Ick hätte auch ab und zu gern ein unverputztes Haus“, sagt Gysi.

Was denkt er denn heute über die 25 Jahre deutsche Einheit? An so einem Tag.

Er sagt die Dinge, die er in der Rede in Wittenberg gesagt hat, Dinge, die er immer sagt.

Aber empfindet er nicht auch Freude?

„Sagen wa ma so: Es geht jetzt nich emotional mit mir durch“, sagt Gysi.

Er erzählt davon, wie schön und wichtig es gewesen wäre, wenn ein paar Dinge aus dem Osten gleich und mit Anstand vom Westen übernommen worden wären. Die guten Sachen: Polikliniken, Kinderkrippen, die Berufsausbildung mit Abitur. Die Ostler hätten das Gefühl gehabt, etwas beigetragen zu haben, die Westler hätten nicht mehr glauben müssen, dass sie die Einheit ganz allein wegschleppen. Es wäre gut für den sozialen Frieden gewesen, sagt Gysi, aber es war politisch nicht gewollt.


[3]

IMO FOTOAGENTUR / SV-BILDERDIENST


SABINE SAUER

Er erzählt vom Homosexuellen-Strafrecht in der DDR, das fortschrittlicher war als das westdeutsche. Erst im Jahr 1994 wurde die Sonderbehandlung Schwuler auch für den westdeutschen Teil der Republik abgeschafft. Niemand sollte den Eindruck bekommen, dass es im Osten Sachen gab, die besser, fortschrittlicher, menschlicher waren als im Westen.

Gerade wenn man ganz bei ihm ist und den Kampf fühlt, den er in den vergangenen 25 Jahren gekämpft hat, kommt er dann noch mit den Spreewaldgurken, den Ostschrippen und dem Senf aus Bautzen, und alles ist wieder vorbei.

Gysi kann nicht aufhören, nicht innehalten, er erzählt jetzt von der Treuhand. Von regressiver Subversion, es könnte auch subversive Regression heißen, er ist im Gysi-Maschinenmodus, es summt und rattert aus dem Fond des Wagens. Geschmierte Satzketten, hundertmal ausprobiert. Meist klingt gut, was er sagt, aber manchmal fragt man sich nach einer Weile: Was zum Teufel meint er eigentlich?

Gern sagt Gysi in diesen Tagen: „Wenn ich den Fraktionsvorsitz abgebe, werde ich von einem Politiker zu einem Gesellschaftspolitiker."


[4]
JUPP DARCHINGER IM ADSD DER FES

Auch nach der zehnten Erklärung begreift man nicht, was das sein soll, ein Gesellschaftspolitiker.

Bestimmt weiß er es selbst nicht, aber es klingt wie eine Beförderung.

Wir rollen von Sachsen-Anhalt nach Sachsen. Landschaften, die in den letzten 25 Jahren mit Farbe gefüllt wurden wie ein Kindermalbuch, schnurren am Autofenster vorbei. Es ist ein anderes Land, eine andere Gesellschaftsordnung, aber die Menschen sind oft noch dieselben. Es war eine Wahnsinnsaufgabe, und Gysi hat ihr sein Leben gewidmet.

Er hat eine Partei übernommen, die dem Untergang geweiht war, und er wusste das. Vielleicht hat er es getan, weil es seine Eltern von ihm erwartet haben, vielleicht aus Parteidisziplin, vielleicht aus Eitelkeit, ganz sicher aber auch, weil er wusste, dass es getan werden musste. Er hat drei Herzinfarkte und jede Menge gescheiterte Beziehungen durchlitten, aber er hat auch vielen ostdeutschen Menschen, die in den Wendetagen jede Orientierung verloren, eine Heimat gegeben. Es waren ehemalige Funktionäre darunter, die sicher wenig Interesse an einer parlamentarischen Demokratie hatten und die Gysi heute unter dem Begriff „ostdeutsche Eliten" abheftet. Soll er.

Als Gregor Gysi, ein 41-jähriger Berliner Anwalt, im Winter 1989 die Partei übernahm, die sich bald darauf PDS nannte, übernahm er auch die Verantwortung für Zigtausende hauptamtliche SED-Beschäftigte. Er hat sie fast alle entlassen müssen. Am Ende sind 75 geblieben, einer davon ist Norbert, der Fahrer, der ihn seit vielen Jahren durch Deutschland chauffiert. Vor 25 Jahren fuhr er einen Wolga, jetzt den Audi A8.

Auf einem der hübschen Dörfer gibt es ein Fest, man sieht Karussells und Buden, Norbert sagt: Wir haben noch Zeit. Wollen wir anhalten?

Gysi will nicht. Vielleicht hat er Angst, dass etwas aus dem Ruder läuft, wenn er plötzlich, unangekündigt und ohne Wachschutz, auf einem sächsischen Dorfbums zum Einheitsjubiläum aufkreuzt, denkt man. Gysi aber sagt: „Nee, dann ess ick doch wieder 'ne Wurst."

So fahren wir weiter und sind eine Dreiviertelstunde zu früh in Leipzig, das genauso leer aussieht wie Wittenberg. Wahrscheinlich sind die ganzen Ostler Pilze suchen oder im Westen. Gysi und sein Fahrer kommen selten zu früh. Ihr Terminplan ist normalerweise so dicht gestopft, dass keine Zeit zum Nachdenken bleibt. Jetzt schleicht der große schwarze Audi durch ein unwirtliches Leipziger Viertel, auf der Suche nach irgendeinem Straßencafé. Sie finden nur ein indisches Restaurant, in dem ein älteres Ehepaar mit Tochter sitzt.

Für eine halbe Stunde bleibt die Zeit stehen.

Gysi kramt zwei Zettel aus seinen Hosentaschen. Auf einem stehen die Stichpunkte für die Schorlemmer-Rede, auf dem anderen hat er sich ein paar Sachen notiert, die er einkaufen muss. Spülmittel, Mülltüten, Meerrettich. Es ist sein Leben, auf zwei Zetteln. Ein Leben, wie es George Clooney in „Up in the Air" führt. Wahrscheinlich ist es kein Zufall, dass der größte Skandal in Gysis politischer Laufbahn mit Flugmeilen zu tun hatte.

Gysi redet in diesen Tagen viel von einem „neuen Lebensabschnitt", auf den er sich freue. Aber natürlich wird er auch nach seinem Rücktritt als Fraktionschef das machen, was er immer gemacht hat. Bundestag und Talkshows. Die Gesprächsserie, die er seit Jahren im Deutschen Theater hat, nennt er nun Meetings. Er wird ein wenig mehr Zeit in seiner Kanzlei verbringen. Er wolle sich künftig mehr um die Außenpolitik kümmern, sagt Gysi. Es gebe keine funktionierende Weltpolitik, das Finanzkapital bestimme, wo es langgehe. Er wolle den Vetomächten im Sicherheitsrat auf die Finger schauen, sagt er. Dem Uno-Sicherheitsrat. Ein Mann, der sich in die Weltpolitik zurückzieht. Auch gut.

„Und dann habe ick noch den Fehler jemacht, den Vertrag für eine Autobiografie zu unterschreiben", sagt Gysi.

Es ist zu befürchten, dass sein Terminkalender, wenn Gysi die Herrschaft über ihn hat, noch dichter gefüllt ist als heute. Kommt er abends zu früh nach Hause, in die leere Wohnung, bittet er seinen Fahrer manchmal, noch etwas mit ihm essen zu gehen. Er braucht die Abendtermine, um zu vergessen, wie leer sein Kühlschrank ist.


[6]
JUERGEN SCHWARZ / REUTERS

In zwei Tagen wird er die Ausstellung eines Künstlers eröffnen. Abends. Ein Termin im Foyer eines Bürogebäudes, den er mit seiner Anwesenheit unerhört aufwer-

[1] PDS-Chef Lothar Bisky, Gysi, PDS-Sprecher Hanno Harnisch 1998
[2] Gysi in Leipzig 1990
[3] Mit Angela Merkel 1993
[4] Vor dem Marx-Engels-Denkmal in Berlin 1994
[5] In Frankfurt (Oder) 1998
[6] Mit Oskar Lafontaine beim Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht 2006


[5]
ARIS

tet. Der Maler sieht aus wie ein Zauberkünstler und macht Bilder, die aus lauter kleinen bunten Punkten bestehen. Gysi war mal zum Essen bei ihm eingeladen und hat gleich zwei Bilder für sein schmuckloses Bundestagsbüro bestellt. Er erklärt fremden Leuten an Stehtischen, wie er sich auf seinen neuen Lebensabschnitt freut. An den folgenden Abenden stellt er das Buch des Kabarettisten Martin Buchholz im Berliner Kulturkaufhaus vor, redet in Goslar über Pazifismus, in Witten über Putin und in Kiel über die deutsche Einheit. Dann ist er neben einer Expertin für Behindertensex und einem barfüßigen, Vivaldi spielenden Tubaprofessor zu Gast bei „3nach9".

Gysi hat nicht nur den ostdeutschen Funktionären eine Orientierung gegeben, er hat auch den westdeutschen Fernsehzuschauern klargemacht, dass Kommunisten keine Menschen fressen. In der ersten „NDR-Talkshow", die er besuchte, wurde er von den Gästen ausgebuht. Inge Meysel, die damals neben ihm saß, verglich ihn mit einem Mann, der die NSDAP wiederbeleben wolle. Heute, 25 Jahre später, empfängt ihn der Moderator Giovanni di Lorenzo wie eine Lichtgestalt, ein Jahrmarktwunder. Der gewitzte Politiker, eine Art sprechender Hund.

Über weite Strecken scheint Gysi die Talkshow zu moderieren. Er schießt wie eine Silvesterrakete durchs Land und redet von seinem neuen Lebensabschnitt, auf den er sich freue.

„Ich hab die Entscheidung, vom Fraktionsvorsitz zurückzutreten, im letzten Jahr getroffen und nicht einen Moment bereut", sagt Gysi. „Ick kann den 14. Oktober kaum erwarten. Aber seit September zieht es sich unglaublich."

„Noch elf Tage", sagt der Fahrer.

„Der November ist aber auch schon voll", sagt Gysi und rutscht zufrieden auf seinem Sitz hin und her. Es geht unter anderem nach Amerika. New York, Chicago, Washington.

Jetzt jedoch muss er erst mal in die Leipziger Sternburg-Brauerei, eine Ausstellung eröffnen. Auf dem Hof der Brauerei haben sich etwa 150 Leute versammelt, die meisten sind jung und sehen aus, als habe die Aussicht auf Freibier sie hierher gelockt. Der Brauereichef begrüßt Gysi und führt ihn durch die Ausstellung, die aus Deutschlandkarten mit verschiedenen statistischen Merkmalen besteht.

Es gibt Karten, die zeigen, wo die jüngsten Mütter Deutschlands leben, wo es die meisten Waffen in Privatbesitz gibt, wo am meisten Bier für den Straßenverbrauch gekauft wird, wo die produktivsten Kühe stehen, wo es die meisten nicht ehelichen Geburten gibt und wo die meisten Leser von „Fifty Shades of Grey". Die Karten sind entsprechend eingefärbt, und das Erstaunliche ist: Man sieht auf ihnen die Grenze wieder. Bis in ihre letzte Windung. Da sind zwei Länder in zwei verschiedenen Farben. Zwei deutsche Staaten. Die Karten sehen aus, als entstammten sie einem Erdkundebuch aus den Zeiten des Kalten Kriegs. Gysi schaut ehrfürchtig. Seine Aufgabe ist noch nicht erfüllt. Vielleicht denkt er das.

In ein paar Tagen, auf dem Empfang, den Gysi zu seinem Abschied im Reichstagsgebäude geben wird, bekommt jeder Gast ein kleines rotes Büchlein mit den besten Sprüchen Gysis ausgehändigt. Eine Mao-Bibel mit den Zitaten des großen Vorsitzenden. Zum Schlagwort deutsche Einheit sagt er da: „Sie ist vollendet, wenn die juristische Sonderbehandlung der Ostdeutschen aufhört, wenn in Ost und West gleich verdient wird und es auf Sylt so viele ostdeutsche Immobilieneigentümer gibt wie gegenwärtig auf Rügen westdeutsche."

Hätte man die Deutschen gefragt, was sie von Gregor Gysi halten, wäre sicher ein ähnliches Bild entstanden. Es gibt, wie gesagt, ein paar Kriterien, an denen man messen kann, wie es um die sogenannte innere Einheit Deutschlands bestellt ist.

Es ist der 25. Jahrestag der deutschen Einheit. Gregor Gysi geht langsam von Plakat zu Plakat und bleibt immer einen Moment lang stehen, wie vor einem Grabstein an der Kremlmauer. Man könnte sich vorstellen, dass er gleich in einer der Landkarten verschwindet, vielleicht in der mit den produktiven Milchkühen. Er ist ja gelernter Melker.


[1]
OLIVER DIETZE / DPA


[2]
CARSTEN KOALL / DER SPIEGEL

[1] Gysi in der Karl-Marx-Geburtsstadt Trier 2013
[2] Nach dem Auftritt in Leipzig am 3. Oktober 2015


MATTHIAS SCHUMANN / EPD / IMAGO

Anti-Merkel-Protest in Dresden: Der Hass gilt den Regierenden, der Presse, dem ganzen System

Raubtiere werden keine Vegetarier

Kommentar Warum die Flüchtlingsdebatte ausgerechnet in Dresden eskaliert – Versuch einer Erklärung.
Von Stefan Berg

Im Bahnhofslokal von Freital stinkt es, als wäre man in einen Schacht eingefahren. An einem Montag im Oktober sitzen Männer in Trainingsanzügen am Stammtisch in einem Zimmer, dessen Gardinen zugezogen sind, als wäre Verdunklung befohlen worden. Ein Transparent mit der Aufschrift „Wir wollen hier keinen Bürgerkrieg“ wartet im Gastraum auf seinen Einsatz. Ab und an mahnt die Wirtin einen der Männer, nicht immer mit dem Megafon rumzutröten. Es gibt Bier und Fischbrötchen. Dazu Zigarettengestank gratis. Draußen donnert ein Golf mit verdunkelten Scheiben vorbei.

Montag ist Pegida-Tag.

Freital ist ein Vorort von Dresden, der Landeshauptstadt des Freistaats Sachsen. Aber Worte verlieren in diesen Wochen ihren Sinn. Wer ist frei in Freital, wo ankommende Asylbewerber auf offener Straße angepöbelt wurden, wo sich Menschen mit einem Transparent postieren: „Kein Ort zum Flüchten“? Wessen Freiheit garantiert der Freistaat? Und was ist abendländisch und patriotisch an den „Patriotischen Europäern gegen die Islamisierung des Abendlandes“? Auf dem Theaterplatz, im Herzen von „Elbflorenz“, wird an einem Montag im Oktober von Pegida-Anhängern ein symbolischer Galgen mit zwei Stricken herumgetragen, einer für Angela Merkel, einer für Sigmar Gabriel. In den Flüchtlingsgesprächen von Bertolt Brecht steht der Satz: „Ein Ernst, der nicht blutig ist, ist keiner.“ In diesem Sinne wird es nun ernst im Lande.

Deutschland wird im Oktober zum unsicheren Ankunftsland. Häuser, in denen Asylbewerber unterkommen sollen, werden kurz vor dem Bezug in Brand gesteckt; Politiker, die sich für Flüchtlinge einsetzen, werden mit Hasstiraden überzogen; Helfer des Technischen Hilfswerks, die eine Notunterkunft für Flüchtlinge einrichten, werden beschimpft. Bundesweit registriert die Polizei monatlich Hunderte fremdenfeindliche Straftaten. Die Schwelle zum Rechtsterrorismus wird in Köln überschritten. Ein Mann greift dort die parteilose Oberbürgermeisterkandidatin Henriette Reker mit einem Messer an. Sie wird schwer verletzt. Der Täter ist ein vorbestrafter Ausländerfeind. Spätestens seit diesem Verbrechen ist klar: Deutschland, das einst auszog, die Freiheit am Hindukusch zu verteidigen, muss die Freiheit nun daheim verteidigen.

Das Wort Ausländerfeindlichkeit ist nicht das richtige Wort für das, was geschieht, denn der Hass gilt auch „Inländern“, er gilt den Regierenden und der Presse, dem ganzen System. Am deutlichsten wird das im Epizentrum dieses Politbebens, in Dresden. Viel ist dort von Widerstand die Rede und viel von Deutschland, aber vieles bleibt unverständlich, und es liegt in diesem Fall nicht am Dialekt.

Wer den montäglichen Demonstrationszug betrachtet, dem fallen natürlich die Glatzköpfe auf, die man auch aus dem Fußballstadion von Dynamo Dresden kennt und die ihre Art abendländischen Humors schon einmal anschaulich demonstriert haben. Nach einem verlorenen Heimspiel hatten sie auf dem Trainingsplatz ihrer Mannschaft elf Gräber ausgehoben.

Auf dem Theaterplatz erscheinen aber auch sogenannte Normalbürger, Jeans, Pul-



XINHUA / IMAGO

Pegida-Demonstranten: „In Sachsen liegt das Epizentrum der deutschen Heiterkeit“

lover, durch und durch ordentlich, in der Hand eine Deutschlandfahne, ältere Herren, die daheim irgendetwas auf eine Pappe gepinselt haben, die sie nun aufgeregt hochhalten, Aufschrift: „Ich liebe Deutschland“. Viele Blicke sind böse, andere sind voller Angst. Sie lassen nicht mit sich reden, man muss also Vermutungen anstellen.

Vermutlich sind dies Menschen, die nicht das Gefühl haben dazuzugehören, denen die Welt vermutlich zu kompliziert ist. Vermutlich sehen sie in den Flüchtlingen nicht hilfsbedürftige Menschen, sondern Transporteure eines Kriegs, der bisher nur im Fernsehen stattfand und der nun „deutschen Boden“ betritt und – wie man so sagt – einem „auf die Pelle“ rückt.

In Dresden ist der Krieg in besonderer Erinnerung, kombiniert mit dem Gefühl, über das eigene Leid nicht sprechen zu dürfen oder zu können. Bei Amerika denken viele Leute vermutlich weniger an Freiheit als an die brennenden Häuser ihrer Stadt nach den Luftangriffen der Alliierten im Februar 1945. Und sind es nicht wieder die Amerikaner, die Bomben geworfen haben, auf den Irak, auf Syrien? Aus diesen Ländern kommen nun tiefgläubige Menschen in eine Gegend, in der viele zur atheistischen Jugendweihe gehen, eine Minderheit Gottesdienste besucht und in der vom „christlichen Abendland“ nie die Rede war. Und vermutlich fragen sich manche Demonstranten, wie demokratisch es ist, wenn von heute auf morgen eine Schule mit Flüchtlingen belegt wird und man vor Ort vorher kaum davon etwas erfährt.

Das alles rechtfertigt weder Hass noch Gewalt. Aber der Frust speist sich gewiss aus vielen Quellen. Es wird nie möglich sein, alle von Enttäuschung zerfressenen Menschen davon abzuhalten, andere zu hassen. Die Frustration über die eigene Angst und Unsicherheit entlädt sich in der Aggression gegen andere.

Man hat endlich jemanden, an dem man sich abreagieren kann. Das ist leider nichts Neues. Schon im Alten Testament findet sich die Geschichte vom Ziegenbock, dem alles Übel symbolisch aufgeladen wird. Er wurde dann in die Wüste getrieben. Die Geschichte der Menschheit ist eine Geschichte der Suche nach Sündenböcken, der Abgrenzung und Ausgrenzung anderer.

Es muss sich viel angesammelt haben. Und nun platzt alles raus, in der Stadt Erich Kästners, der in einem ironischen Brief sich selbst vor zu hohen Erwartungen warnte: Es sei nicht möglich, aus „Fischen rüstige Spaziergänger, aus Raubtieren überzeugte Vegetarier“ zu machen. Dieser Satz aus dem Jahr 1940 bekommt einen sehr speziellen Ton, wo doch die Menschen in Dresden unweit des Zwingers demonstrieren.

Es ist eine uralte Geschichte. Unglückliche Menschen verbreiten Unglück. Aber warum sind so viele Deutsche derart unglücklich?

Noch vor einem Jahr wurde das deutsche Glück beschworen, besungen, gefeiert. In Berlin symbolisierten weiße Ballone den Mauerstreifen, der an vielen Stellen nicht mehr erkennbar ist. Wieder wurden die Bilder der Befreiung gezeigt, der Freude, des Durchbruchs, des Aufbruchs. Und nun, ein Jahr später? Warum erkennen viele Deutsche in den Augen der Flüchtlinge nicht die eigene Geschichte von Flucht und Vertreibung nach dem Krieg 1945 und von Flucht und Neuanfang nach 1989? Warum ist in Dresden nicht die Rede davon, wie beim Neuanfang 1990 geholfen wurde? Das Land DDR, aus dem damals viele weggelaufen waren, war ein Paradies gegen Somalia oder Syrien heute. Reisefreiheit haben die Menschen sich 1989 gewünscht, in Dresden. Gemeint war die Freiheit zur Ausreise. Aber Ausreisefreiheit ohne die Freiheit, anderswo einreisen zu dürfen, ist nicht viel wert. Und jetzt bejubeln sie den Ungarn Viktor Orbán. Man möchte das alles verstehen – aber man versteht es am Ende nicht. „Es ist eine Anmaßung, die Welt, und eine Zumutung, die Menschen veredeln zu wollen“, schrieb Kästner 1940 an Kästner.

Im Grundgesetz steht das große Wort von der „Würde“. Es scheint nun keine Zusage mehr zu sein, sondern ein Konjunktiv. In Freital wird ein 18-jähriger Iraker an einer Haltestelle zusammengeschlagen. Vor einer Asylbewerberunterkunft explodiert ein Sprengsatz. An leer stehenden Häusern des Ortes finden sich Aufkleber: „Bitte flüchten sie weiter“. Im abendländischen Kulturhaus von Freital werden ein Unterhaltungsprogramm mit dem Titel „Schwarze Augen – Eine Nacht im Russenpuff“ und ein Abend mit sächsischen Witzen angepriesen. „Vorsicht, Zwerchfell-Alarm. In Sachsen liegt das Epizentrum der deutschen Heiterkeit.“

Zum Totlachen.



Video:
Stimme des Volkes?

spiegel.de/jc2015pegida
oder in der App DER SPIEGEL



Entertainer
Rattle

„Ich dachte, ich bin in Palermo“

SPIEGEL-Gespräch Simon Rattle, Chefdirigent der Berliner Philharmoniker, über seine Liebe zu Berlin, seinen Wechsel nach London und Angela Merkels Kontakt mit dem „Star Wars“-Universum

Seit 2002 ist der Brite **Sir Simon Rattle** Chefdirigent der Berliner Philharmoniker. Unter seiner Leitung öffnete sich das Orchester auch einem neuen Publikum: durch Auftritte für junge Leute und außerhalb von Konzertsälen. Im Sommer wählten die Philharmoniker Rattles Nachfolger: Kirill Petrenko, ein Russe, wird 2018 das weltweit wohl prestigeträchtigste Amt der Branche übernehmen.
Rattle lebt mit seiner Frau, der tschechischen Mezzosopranistin Magdalena Kožená, und drei gemeinsamen Kindern in Berlin-Zehlendorf. In diesem Jahr ist der Dirigent 60 geworden. An einem Vormittag im Oktober hat er gerade zweieinhalb Stunden konzentrierte Schwerstarbeit hinter sich: die Generalprobe mit den Philharmonikern für das Konzert am Abend, zwei Beethoven-Symphonien, eine Ouvertüre. Eine Tournee steht kurz bevor, Auftritte in Paris, Wien und New York, außerdem Aufnahmen aller Beethoven-Symphonien für eine neue CD-Edition, die im März 2016 erscheinen soll. Jeder andere Musiker würde nur noch seine Ruhe haben wollen. Rattle redet lieber.

SPIEGEL: Sir Simon, die deutsche Hauptstadt gilt als Sehnsuchtsort für Besucher aus aller Welt. Können Sie das nach mehr als zehn Jahren in Berlin nachempfinden?

Rattle: Unbedingt. Schauen Sie, ich bin da befangen, Berlin ist mein Zuhause und wird es auch sein, wenn ich bei den Berliner Philharmonikern in drei Jahren aufhöre. Ich liebe Berlin als Stadt, sie ist so vielfältig und lebendig. Mit dem Auto bin ich von der Philharmonie in 25 Minuten daheim. Da gibt es Seen, und im Herbst kann man Steinpilze sammeln. Und nachts muss man vorsichtig fahren, weil Wildschweine über die Straße laufen.

SPIEGEL: Und das berühmte Berliner Tempo, gefällt Ihnen das als Dirigent?

Rattle: Das gibt es tatsächlich. Ich traf mal einen Theatermann, der seine Truppe aus einer anderen deutschen Stadt nach Berlin verpflanzt hatte. Bei den ersten öffentlichen Voraufführungen merkte er, dass er das Tempo seiner Inszenierungen erheblich steigern musste, weil die Berliner alles viel schneller kapieren als die Leute woanders. Dies hier ist eine Stadt, die sich ständig verändert. Man hat nie das Gefühl, dass irgendetwas vollendet ist. Es geht immer weiter. Und: Diese Stadt ist gut zu Einwanderern.

SPIEGEL: Fühlen Sie sich noch wie einer?

Rattle: Ja, sicher. Schon allein deshalb, weil ich Deutsch so spreche, wie ich es nun einmal tue. Wir Immigranten zerstören die deutsche Sprache ja auf ähnliche Weise. Deshalb verstehen wir uns untereinander ja auch so gut.

SPIEGEL: Haben Sie hier auch deutsche Freunde?

Rattle: Meine Frau Magdalena und ich haben einige gute Freunde hier. Aber mit drei kleinen Kindern, zwei davon schulpflichtig, und dem „Kindergarten“, den ich in der Philharmonie leite, ist es nicht immer einfach, die Freunde zu sehen. Wenn wir uns mal richtig entspannen wollen, fahren wir ganz woanders hin, manchmal sogar in ein anderes Land.

SPIEGEL: Berliner haben den Ruf, rüde zu sein, und Briten gelten als besonders höflich …

Rattle: Hey, what the fuck do you mean by that? Was zum Teufel meinen Sie? Im Ernst: Ich komme aus Liverpool, wir sind da vielleicht eine Spur direkter als die Engländer im Süden. Die Berliner fragen mich manchmal trotzdem: „Warum sagen Sie nicht einfach, was Sie meinen?“ Hier in Berlin rammen sie einem das Messer nicht in den Rücken, hier bekommt man es in die Brust. Es ist aber immer der schnelle Berliner Humor dabei. Wenn britische Freunde mich fragen, wie es hier ist, sage ich: Die Vergeltung kommt immer als Erstes.

SPIEGEL: Macht es eigentlich einen Unterschied, ob Sie dasselbe Stück in Berlin oder in London, New York oder in Shanghai dirigieren?

Rattle: Mit demselben Orchester eigentlich nicht. Ich will jetzt nicht überheblich klingen, aber es hängt immer davon ab, aus welcher Region die Musik kommt. In Berlin gibt es nicht so viele historische Geistergestalten wie etwa in Wien. Da hat man im Goldenen Saal des Musikvereins ja das Gefühl, dass die toten Komponisten während der Aufführung durch die Gänge spazieren. Wenn man in Berlin mitteleuropäische Musik spielt, fühlt man schon eine besondere Art der Verbundenheit mit dem Publikum.

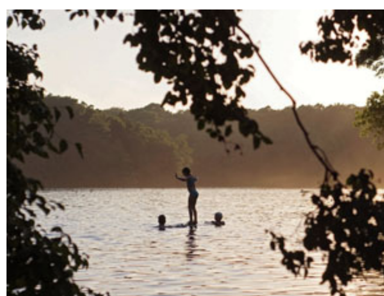
Das Gespräch führten die Redakteure Joachim Kronsbein und Martin Wolf.

THOMAS RABSCH / LAIF

Rattles Berlin


MARKUS SCHREIBER / AP / PICTURE ALLIANCE / DPA

Philharmonie
„In Berlin hört man, wie die Leute zuhören"


MALTE JAEGER / LAIF

Schlachtensee
„Ich kann nur mit Schnorchel ins Wasser"


ANITA BACK / LAIF

Olympiastadion
„So wenig Bewegung habe ich noch nie beobachtet"


ANDREAS PEIN / LAIF

Technoklub Berghain
„Ich bin ein schrecklicher Tänzer"

SPIEGEL: Kein Gehuste? Kein klingelndes Handy?
Rattle: Wenn es die richtige Musik ist, sind die Leute sehr diszipliniert. In Taiwan oder bei den Proms-Konzerten in der Royal Albert Hall in London mit ihren über 5000 Sitzplätzen ist es noch einmal anders, da herrscht komplette, aufmerksame Stille. In Berlin hört man, wie die Leute zuhören. Hier kommen die Menschen zu unseren Late-Night-Konzerten, um zu einem geringen Eintrittsgeld zu hören, was angeboten wird. Bei einem komplizierten Stück wie Henzes „Requiem" mussten wir Hunderte Menschen wieder wegschicken, wir waren ausverkauft.
SPIEGEL: Haben Sie einen Lieblingsort in Berlin?
Rattle: Wir wohnen zwei Minuten Fußweg vom Schlachtensee und nur etwas weiter vom Grunewald entfernt. Ich bin leider ein ganz schlechter Schwimmer, ich kann nur mit Schnorchel ins Wasser. Ich bin noch nicht bereit, im Schlachtensee schwimmen zu gehen. Sorry, mir fehlt der Mut. Die Hälfte meines Abo-Publikums wohnt nämlich in der Nähe und könnte mich beobachten.
SPIEGEL: Sir Simon, wir würden gern ein kleines Quiz mit Ihnen machen: Wir nennen Ihnen berühmte Orte in Berlin, und Sie sagen uns, ob Sie schon dort waren und was Ihnen dazu einfällt.
Rattle: Gern, schießen Sie los.
SPIEGEL: Nummer eins: das Berghain.
Rattle: Was ist das?
SPIEGEL: Der bekannteste Technoklub der Welt. Steht mittlerweile in jedem Reiseführer.
Rattle: Ich bin ein schrecklicher Tänzer. Ich tanze überhaupt nicht. Wenn überhaupt, dann im „Havanna", einem Salsaklub in Schöneberg.
SPIEGEL: Also können Sie doch Salsa tanzen?
Rattle: Die anderen Gäste tanzen Salsa. Mein Tanzstil ist schwer zu beschreiben. Aber ich tue es gern. Ein paarmal habe ich auch beim Ball der Wiener Philharmoniker dirigiert, und als Dirigent des Abends müssen Sie als Erster auf die Tanzfläche, Wiener Walzer. Ich ging mit Herbert von Karajans Witwe Eliette aufs Parkett. Wir begannen, und sie sagte: „Ach, ich sehe schon, heute Abend muss ich wohl die Führung übernehmen." Und dann sagte sie etwas sehr Bezauberndes: „Simon, Sie sind fast ein so schlechter Tänzer, wie Herbert einer war."
SPIEGEL: Ort Nummer zwei: die Gedenkstätte im ehemaligen Stasigefängnis Hohenschönhausen. Waren Sie da schon mal?
Rattle: Noch nicht. Dass ich den Film „Das Leben der Anderen" gesehen habe, zählt nicht, oder? Ich will mit dem Besuch warten, bis meine Kinder alt genug dafür sind. Dann möchte ich mit ihnen auch die Ausstellung „Topographie des Terrors" über die NS-Zeit besuchen.
SPIEGEL: Nummer drei: das Berliner Olympiastadion.
Rattle: Da waren wir schon. Mit meinen Söhnen habe ich mir sogar ein Freundschaftsspiel zwischen Hertha und dem FC Liverpool angesehen. So wenig Bewegung habe ich allerdings noch nie in einem Spiel beobachtet.
SPIEGEL: Und dann haben wir noch eine berüchtigte Baustelle für Sie: Glauben Sie, dass Sie jemals vom neuen Flughafen BER abheben werden?
Rattle: Der lustigste Brief, den ich bekommen habe, nachdem ich 2013 meine Entscheidung bekannt gegeben hatte, meinen Berliner Vertrag nicht zu verlängern, war von jemandem, der schrieb, mit ein bisschen Glück könne mein Abschiedskonzert im Jahr 2018 gleichzeitig das Eröffnungskonzert für den Flughafen sein. Wir fanden das damals alle lustig. Aus heutiger Sicht klingt das allerdings wie Science-Fiction.
SPIEGEL: Kein gutes Beispiel für deutsche Effektivität?
Rattle: Wollen wir es nicht lieber Korruption nennen? Ich scherze. Lassen Sie mich mal auf typisch britische Art antworten: Ich weiß zu wenig darüber, um auf Ihre Frage antworten zu können.
SPIEGEL: Was hatten Sie von Deutschland erwartet, als Sie 2002 hierherzogen?
Rattle: In der Tat deutsche Gründlichkeit. So wie Sie, Sie Bastarde, britische Höflichkeit erwarten. In Wirklichkeit ist natürlich alles komplexer. Zum Beispiel war ich von der Leidenschaft, mit der hier Diskussionen geführt werden, überrascht. Ich dachte manchmal, ich bin in Palermo. In Großbritannien kommen wir zu einer Entscheidung und bleiben dabei – jedenfalls für eine Weile. Hier gelangt man zu einer Entscheidung, und 14 Tage später sagt jemand: Was ist, wenn wir uns geirrt haben? Auf der anderen Seite: Wenn in London jemand drei Minuten zu spät zu einem Meeting kommt, kann es sein, dass ich jetzt denke, wo zum Teufel bleibt der? Ich habe mich so an die deutsche Pünktlichkeit gewöhnt, großartig.
SPIEGEL: Sie haben einmal davon gesprochen, dass Sie gern die Bundeskanzlerin zum Abendessen einladen würden, zu sich nach Hause. Was ist daraus geworden?
Rattle: Frau Merkel und ihr Mann haben die Einladung angenommen. Es war bezaubernd.
SPIEGEL: Wer hat gekocht? Was gab es?
Rattle: Ich habe Lamm mit Auberginen gemacht, acht Stunden lang im Ofen bei niedriger Temperatur geschmort. Meine Frau hat eine tschechische Dillsuppe gemacht. Es gab Wein dazu. Das Lustigste waren unsere Kinder. Ich hatte ihnen gesagt, die Kanzlerin, the Chancellor, kommt. Sie waren begeistert und meinten,

sie werde bestimmt den „Star Wars“-Todesstern von Lego toll finden.
SPIEGEL: Weil Ihre Kinder dachten, Sie würden vom obersten Bösewicht aus den „Star Wars“-Filmen sprechen?
Rattle: Ja, ich musste ihnen erklären, dass unser Besuch nicht der Typ aus „Star Wars“ ist, sondern die Bundeskanzlerin. Jedenfalls haben meine Jungen den Merkels ihre Lego-Sachen vorgeführt und am nächsten Morgen gesagt: Das waren aber nette Leute, die könnt ihr ruhig noch einmal einladen.
SPIEGEL: Und wie hat Ihnen der Abend gefallen?
Rattle: Ausgezeichnet. Ich habe viele Politiker kennengelernt, aber nie jemanden, der so wenig egozentrisch ist wie Frau Merkel. Sehr ungewöhnlich. Wir haben viel gelacht darüber, dass vieles in unseren Jobs ähnlich ist.
SPIEGEL: Inwiefern?
Rattle: Nun ja, sie sagte: „Ich verbringe mindestens eine Stunde am Tag damit, Menschen auf unterschiedliche Art zu danken, um ihnen das Gefühl zu geben, eingebunden zu sein.“ Und das ist sicher ein Teil ihres Erfolgsgeheimnisses. Ich finde Politiker faszinierend. Normalerweise saugen sie den Sauerstoff aus einem Raum heraus. Nicht so Frau Merkel, sie stellt Fragen und hört zu. Man kann von ihr lernen.
SPIEGEL: Sie haben gesagt, Sie werden in Berlin wohnen bleiben, wenn Sie 2017 das London Symphony Orchestra, das LSO, übernehmen. Warum?
Rattle: Reiner Egoismus. Wir haben ein so wunderbares Haus, das Sie nirgendwo anders finden würden, besonders nicht in London, es sei denn, Sie sind ein Freund von Wladimir Putin oder gleich Putin selbst. Wir hatten einen Familienrat und haben diskutiert, ob wir unsere Zeit halbjahresweise zwischen Berlin und London aufteilen sollten, fanden dann aber, dass es keinen Sinn hätte. London ist eine großartige Stadt, aber wenn Sie Ruhe und Platz haben wollen, müssen Sie aus der Innenstadt mindestens zwei Stunden lang raus aufs Land fahren. Sie können sich nicht vorstellen, wie lange die meisten Londoner Musiker pendeln müssen, um zur Arbeit zu kommen. Neulich ist dem Ersten Bratschisten des London Symphony Orchestra im Zug seine wertvolle Viola gestohlen worden. Er war vor Erschöpfung eingeschlafen.
SPIEGEL: So etwas könnte in Berlin nicht passieren?
Rattle: Hier arbeiten die Musiker auch sehr hart, aber ihr Leben ist zivilisierter. In London werden ihre Kollegen nur für das bezahlt, was sie tatsächlich machen. Hier haben alle ein festes Gehalt, so sollte es auch sein. Wenn Berliner Musiker nur für 14 Tage das Pensum ihrer Londoner Kollegen absolvieren müssten, würden die meisten in der Klinik landen.
SPIEGEL: Was wollen Sie aus dem LSO noch machen?
Rattle: Das Orchester ist eine ganz andere Sorte Wein als die Berliner, ein großer Weißwein. Die Berliner sind eher ein Roter, ein Châteauneuf. Beide Orchester könnten viel voneinander lernen. Ich denke, die Londoner sind für jede Art von Herausforderung bereit. In Berlin sprechen sie oft über ihre große Tradition. In London haben sie auch eine große Tradition. Arthur Nikisch hat ja vor hundert Jahren immerhin beide Orchester zur gleichen Zeit geleitet. In London blickt man aber mehr in die Zukunft. Ich freue mich auf die Arbeit und darauf, meiner alten Heimat etwas zurückgeben zu können.
SPIEGEL: Welchen Rat können Sie Kirill Petrenko geben, Ihrem Nachfolger bei den Philharmonikern?
Rattle: In seiner Generation gibt es viele große Begabungen, aber er hat die größte, auch weil er schüchtern, ruhig, nervös und verletzlich ist – ein großer Musiker. Ich hoffe, sie werden ihn hier so behandeln, wie er es verdient. Immer wenn er die Berliner dirigiert hat, war das Orchester glücklich.
SPIEGEL: Sir Simon, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.


WILFRIED HOESL

Rattle-Nachfolger Petrenko: „Schüchtern, ruhig, nervös, verletzlich“


[1]
SEAN GALLUP / GETTY IMAGES


[2]

WM-Affäre War die Fußballweltmeisterschaft 2006 gekauft? In diesem Jahr verlieren die Deutschen eine Lichtgestalt und viele Illusionen.

Ende eines Märchens

Es war einmal ein Märchen, und erfunden hatte es der SPIEGEL – den Namen zumindest: „das Sommermärchen“. Es war ein Märchen für Erwachsene in einem erwachsen gewordenen Land. Einem Land, das sich plötzlich schwarz-rot-gold färbte, mit Menschen, die sich dafür nicht mehr schämten. Weil sie jetzt eine Nation waren, aber ohne Nationalismus, ein fröhliches, friedliches, feierndes Volk, das keinem mehr Angst machte. Nicht mal mehr sich selbst.

Vier Wochen dauerte dieses Volksfest, die Fußballweltmeisterschaft 2006. Sie bezauberte die Welt, verzauberte die Deutschen, verwandelte die Republik in etwas Besseres. Aber wie das mit Märchen für Erwachsene so ist, sie können auch böse enden. Es gab wohl tatsächlich ein Märchen in all dem Märchenhaften jenes Sommers, das Märchen nämlich, dass die WM sauber nach Deutschland geholt worden sei. Die schöne Illusion, sie endete neun Jahre später, am 17. Oktober. Da erschien wieder ein SPIEGEL, diesmal mit der Titelzeile: „Das zerstörte Sommermärchen“.

Es hatte also, wie nun herauskam, eine schwarze Kasse bei den deutschen WM-Machern gegeben, gefüllt mit 6,7 Millionen Euro vom Franzosen Robert Louis-Dreyfus, der bis 2001 an der Spitze von Adidas stand. Einiges spricht dafür: Die Deutschen brauchten das Geld, um sich die nötigen Stimmen zu besorgen. Damals im Sommer 2000, als die 24 Funktionäre im Fifa-Exekutivkomitee entschieden, wo die WM stattfinden sollte.

Eigentlich hätte man das ahnen können, nach all den Hinweisen auf eine gekaufte WM in Russland 2018 und Katar 2022, in Südafrika 2010. Warum sollte da ausgerechnet das Turnier 2006 ohne Mauschelei, Schieberei, Schmiererei nach Deutschland gegangen sein? Schließlich war das Exekutivkomitee durchsetzt mit korrupten Funktionären, wie man heute weiß. Und da sollen die Gesetze einer Filzokratie, das Geben und Nehmen, plötzlich nicht mehr gegolten haben? Nur weil die Deutschen einen „Kaiser“, eine „Lichtgestalt“ hatten, Franz Beckenbauer, und so schöne Stadien, und so begeisterte Fans?

Fragen, die sich jeder längst hätte stellen können, und doch kochte die Empörung über, als der SPIEGEL mit seiner Geschichte plötzlich alles infrage stellte: die makellose WM, den Ruf Franz Beckenbauers, das Ehrenwort von DFB-Chef Wolfgang Niersbach. Plötzlich sollte der große, strahlende Weltmeister-Verband auch nur ein


[3]
THOMAS FREY / DPA



PATRIK STOLLARZ / AFP

Ein Verband der klebrigen Verbindungen, der all die edlen Werte des Sports verriet

[1] Fan nach einem WM-Spiel in Berlin 2006
[2] DFB-Präsident Niersbach am 19. Oktober im Deutschen Fußballmuseum in Dortmund
[3] Ex-DFB-Präsident Zwanziger
[4] OK-Chef Beckenbauer 2006



[4]

BERNHARD KUNZ

Schmuddelkind der verrufenen Fifa-Familie sein. Ein Verband der klebrigen Verbindungen, der Fairness, Ehrlichkeit, all die edlen Werte des Sports verriet für einen schmutzigen Sieg.

Das durfte nicht sein, und so beschlossen die DFB-Funktionäre und ihre Hilfstruppen in Presse und Politik, dass es so auf keinen Fall gewesen sei. Schäbig seien die Enthüller, nicht die Enthüllten, und Niersbach versprach, dass es im Kern auch gar nichts zu enthüllen gebe. „Es ist bei der WM-Vergabe 2006 alles mit rechten Dingen zugegangen", sagte er. Das war 12 Tage bevor die Steuerfahndung den DFB durchsuchte, 18 Tage vor Niersbachs Rücktritt, 19 Tage bevor auch Franz Beckenbauers Unterschrift auf einem Vertragsentwurf bekannt wurde, der streng nach versuchtem Stimmenkauf roch.

Dass die Deutschen bei der WM-Vergabe Foul gespielt haben könnten, dafür gab es schon länger Indizien. Im Jahr 2003 waren Papiere aus dem untergegangenen Reich des Medienunternehmers Leo Kirch aufgetaucht. Der hatte sich Fernsehrechte für die WM 2006 gesichert und wollte das Turnier unbedingt in Deutschland sehen, weil ihm das geschätzt 250 Millionen Schweizer Franken mehr einbringen würde als eine WM in Südafrika.

In den Dokumenten spielte Fedor Radmann eine prominente Rolle, Mitglied des WM-Bewerbungskomitees und seit Langem der Strippenzieher von Bewerbungschef Franz Beckenbauer. Er war demnach im Jahr 2000, ein paar Tage vor der WM-Vergabe, in Verträge von Kirch-Tochterfirmen eingebunden, die alle eines gemeinsam hatten: eine Verbindung zu Wahlmännern im entscheidenden Fifa-Exekutivkomitee, kurz Exko.

Einmal sollte ein undurchsichtiger Libanese Geld kassieren, dem beste Verbindungen zu Exko-Mitgliedern aus Brasilien, Katar sowie Trinidad und Tobago nachgesagt wurden. In anderen Fällen sahen die Verträge vor, dass Kirch viel Geld nach Thailand, Tunesien, Malta, Trinidad und Tobago pumpte. Damit kaufte Kirch zu Mondpreisen die Fernsehrechte für Freundschaftsspiele, die Bayern München dort austragen sollte. Just aus diesen Ländern kamen 4 der 24 Männer, auf die es Tage später bei der Vergabe in Zürich ankommen sollte.

Auffällig auch, dass DFB-Hauptsponsor DaimlerChrysler beim koreanischen Hyundai-Konzern einstieg und der Bundessicherheitsrat die Lieferung von Panzerfäusten nach Saudi-Arabien freigab – im Exko stimmten ein Mitglied des saudischen Königshauses und ein Spross der Hyundai-Dynastie mit.

Aber das war offenbar eben noch nicht alles. Nicht nur Kirch wollte die deutsche


BERNHARD KUNZ

Exprofi Netzer: Appell an die Großzügigkeit

WM. Auch Robert Louis-Dreyfus, bis 2001 Chef des Nationalelf-Ausrüsters Adidas. Ein Mann, ehrgeizig, enigmatisch, der die Öffentlichkeit scheute, vermutlich auch, weil seine Art von Beziehungspflege nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war. Er stellte im Jahr 2000 nicht nur Bayern-Chef Uli Hoeneß jene 20 Millionen Mark zur Verfügung, mit denen Hoeneß an der Börse zockte, ohne die Gewinne beim Fiskus anzugeben. Louis-Dreyfus lieh auch dem deutschen WM-Komitee 6,7 Millionen Euro und ließ sich dafür von Komitee-Chef Beckenbauer einen Schuldschein ausstellen.

Wann genau der 2009 verstorbene Louis-Dreyfus den Deutschen sein Darlehen gab und was mit dem Geld passierte, bleibt fürs Erste unklar. Fest steht aber, dass Louis-Dreyfus es im Jahr 2004 wiederhaben wollte und das OK nicht wusste, was es tun sollte. Wie Millionen, die nie in einem offiziellen Etat aufgetaucht waren, unauffällig zurückzahlen? So groß war die Verzweiflung, dass die beiden OK-Vizes Theo Zwanziger und Horst R. Schmidt mit Exprofi Günter Netzer in die Schweiz fuhren, um an die Großzügigkeit von Louis-Dreyfus zu appellieren. Doch der Milliardär ließ nicht mit sich handeln, er bestand auf Rückzahlung.

So sah das Organisationskomitee keine andere Möglichkeit, als im April 2005 das Geld mit einer Legende über Bande zurückzuschicken: getarnt als deutscher Zuschuss zu einer WM-Eröffnungsgala, die von der Fifa bezahlt werden sollte. Tatsächlich aber leitete der Weltverband die Millionen gleich auf ein Konto von Louis-Dreyfus weiter; die Gala fand nie statt.

Es musste erst eine Welt in sich zusammenbrechen, damit dieses Geheimnis aufflog: Seit US-Ermittler und Schweizer Bundesanwälte die Fifa mit ihren jahrzehntealten Schmiergeldstrukturen auseinandernahmen, stieg auch der Druck auf deutsche Funktionäre: Wann würden die Fahnder auf die 6,7 Millionen stoßen? Vor allem Theo Zwanziger, von 2006 bis 2012 DFB-Präsident, wurde nervös; er hatte zusammen mit Horst R. Schmidt 2005 die Überweisung an die Fifa abgezeichnet. 2012 und 2013 hatte er sich mit den anderen Veteranen des OK getroffen. Angeblich, so Zwanziger, um seinen Nachfolger Niersbach dazu zu bringen, die ganze Geschichte aufzuklären – Niersbach bestreitet, dass es bei diesen Treffen darum ging.

Als der SPIEGEL in diesem Herbst auf die Sache stieß, war es jedenfalls für den DFB zu spät, um noch den ehrlichen Aufklärer zu geben: Niersbach behauptete zwar, er habe den Vorgang bereits seit Sommer intern ermitteln lassen – nur wusste davon sonst niemand im DFB-Präsidium. Er versicherte zudem, erst 2015 erfahren zu haben, wohin das Geld zehn Jahre vorher zurückgeflossen war, an Louis-Dreyfus. Dabei gab es eine Notiz in seiner Handschrift auf einem Schreiben von 2004, in der ausdrücklich ein „Honorar für H.L.D.“ erwähnt war – also für Herrn Louis-Dreyfus.

Und Niersbach verhedderte sich in einer Pressekonferenz heillos in einer Version der Dinge, die ihm kurz zuvor Franz Beckenbauer geliefert hatte – oder soll man sagen: aufgetischt? Denn angeblich, so Niersbach, hatte Beckenbauer die 6,7 Millionen Euro im Jahr 2002 an das Finanzkomitee der Fifa vorstrecken müssen, damit die Fifa später 170 Millionen Euro für die deutsche WM lockermachte. Eine merkwürdige, eine absurd klingende Geschichte – und für Niersbachs Glaubwürdigkeit desaströs, als die Fifa sofort danach mitteilte, von einer deutschen Vorleistung sei ihr nichts bekannt, die Summe sei jedenfalls nicht eingegangen.

Von da an klammerte sich Niersbach nur noch an seine Getreuen und die Illusion, dass er von seinem Ehrenamt wenigstens noch das Amt, wenn schon nicht die Ehre retten könne. Doch erst rückte die Steuerfahndung Frankfurt beim DFB und bei ihm zu Hause ein, gleichzeitig bei seinem Vorgänger Zwanziger und dem früheren DFB-Generalsekretär Schmidt. Dann stellte sich heraus, dass Franz Beckenbauer und Fedor Radmann wenige Tage vor der WM-Entscheidung einen Vertragsentwurf abgezeichnet hatten, der dem als notorisch korrupt geltenden Exko-Mitglied Jack Warner persönlich Ticketkontingente für die WM 2006 gesichert hätte.

Der Vertrag war zwar offenbar nicht in Kraft getreten, aber das Ziel ziemlich klar: Stimmenkauf. Damit war die Geschichte von den edlen Deutschen erledigt. Und Niersbach auch. Denn der hatte bei seiner misslungenen Pressekonferenz schon von dem Papier gewusst. Dass er trotzdem beteuert hatte, die WM sei wirklich-ehrlich-sauber an Deutschland gegangen, kostete ihn das Amt, die Deutschen ihre Illusionen.

Seitdem liegt über der WM 2006 der Schleier des bösen Verdachts, der schlimmen Ahnung, der blanken Lüge: Zwanziger behauptet, für die WM seien vier Stimmen aus Asien gekauft worden, so habe es ihm zumindest Netzer, der deutsche WM-Botschafter und Louis-Dreyfus-Freund schon 2012 gesagt. Netzer bestreitet das, will Zwanziger verklagen, ließ sich aber auffällig viel Zeit damit – in ein Eilverfahren mochte er gegen Zwanziger nicht gehen.

Und so steht sie heute also da, die Fußballnation: Schwarz-Rot-Gold ist zur Vereinsfarbe eines Landes geworden, das sich über den Fußball neu erfunden, selbst gefunden hat. Das bleibt vom Sommermärchen, eine neue Unschuld, die neben der historischen Schuld der Deutschen bestehen kann, ohne gleich erdrückt zu werden. Aber die Unschuld selbst ist vermutlich gekauft und teuer bezahlt. Mit Millionen. Und einem befleckten Märchen. Einem Märchen, das kein gutes Ende nahm.

Rafael Buschmann, Jürgen Dahlkamp, Gunther Latsch, Udo Ludwig, Jörg Schmitt, Jens Weinreich



SPIEGEL 43/2015
Für den DFB war es zu spät, um noch den Aufklärer zu geben

Stadtgespräch

Der Unfreihandel

Nie zuvor hat ein Freihandelsabkommen so viel Protest hervorgerufen wie der geplante europäisch-amerikanische TTIP-Vertrag.

Von Michaela Schießl



KITTI HAWK / DER SPIEGEL

Handelsverträge sind normalerweise nicht der Stoff, aus dem Revolten gemacht sind. Die Details des internationalen Warenaustauschs sind trocken und kompliziert und fesseln bestenfalls jene Bürokraten, die sie in zäher Diskussion austüfteln. Deutschland hat Dutzende solcher Verträgen mit anderen Ländern abgeschlossen. Und nie hat sich die Öffentlichkeit auch nur am Rande dafür interessiert.

Genauso sollte es nach der Vorstellung der Bundesregierung auch mit der Transatlantischen Freihandelspartnerschaft (TTIP) laufen, die die Europäische Union seit 2013 mit den USA aushandelt. Ziel der Freihandelszone ist es, die Wirtschaft auf beiden Seiten des Atlantik durch den Abbau von Zöllen und Handelshemmnissen zu stärken und durch gemeinsame Standards die Vorherrschaft im Welthandel zu sichern. So will man die asiatische Konkurrenz auf Abstand halten. Und nun das.

Am 10. Oktober drängeln sich Menschenmassen vom Berliner Hauptbahnhof bis zur Siegessäule, um gegen TTIP zu protestieren. 100 000 Teilnehmer zählt die Polizei, von einer viertel Million sprechen die Veranstalter. Auf jeden Fall ist es die größte Demonstration gegen ein Freihandelsabkommen, die Deutschland je gesehen hat.

Für Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel, der TTIP im Einklang mit der Kanzlerin und der Industrie durchsetzen will, ist dieser Aufmarsch die größtmögliche Ohrfeige. Wenige Tage zuvor hat er in ganzseitigen Zeitungsanzeigen für das Abkommen geworben. Mehr noch: In einer Bundestagsaussprache denunziert der SPD-Mann die Gegner als Mitglieder einer Erregungsindustrie und fordert die Abgeordneten auf, bloß nicht zur Demonstration zu gehen.

Vergebens. In Sonderzügen und Bussen reisen Demonstranten aus dem ganzen Bundesgebiet in die Hauptstadt, Bundespolitiker der Linken und der Grünen schließen sich an. Aufgerufen hat ein breites Bündnis aus sämtlichen DGB-Mitgliedsgewerkschaften, aus Sozialverbänden, Verbraucherschützern, Umweltgruppen und Parteien. Der Paritätische Wohlfahrtsverband marschiert neben Entwicklungshilfeorganisationen, Bauernverbänden, Kirchenvertretern und dem Deutschen Kulturrat.

Die meisten Kritiker fordern einen sofortigen Abbruch der Verhandlungen, andere wollen bestimmte Teile aus dem Abkommen herauslösen. Alle vereint: die Angst, dass das geplante Abkommen die Macht von gewählten Regierungen hin zu privaten Unternehmen verschiebt. Die Befürchtung, dass durch die geplante Vereinheitlichung von Regeln die Sozial-, Umwelt- und Verbraucherstandards nicht weiter verbessert werden. Die Sorge, dass TTIP vor allem die Privilegien der Wirtschaft sichert und den demokratischen Institutionen und der Gesellschaft schadet.

Und sie haben gute Gründe dafür. Früh schon mussten die EU-Kommission und die Unternehmensverbände ihre optimistischen Zahlen zum erwarteten Wachstum durch TTIP massiv relativieren. Dann erregte der geplante Investorenschutz die Gemüter. Investoren sollen Staaten auf Schadensersatz verklagen können, falls deren Gesetze ihre Geschäfte schädigen – und zwar vor privaten Schiedsgerichten, die geheim tagen und deren Entscheidungen nicht anfechtbar sind.

Nur dem massiven Protest gegen diese Paralleljustiz ist es zu verdanken, dass die EU nun für einen Handelsgerichtshof mit Berufsrichtern eintritt. Die USA propagieren weiterhin den privaten Investorenschutz. Misstrauen erweckt zudem der geplante Rat zur regulatorischen Kooperation, ein Gremium aus US- und EU-Bürokraten, das handelshemmende Gesetze verhindern soll.

All diese antidemokratischen Ungeheuerlichkeiten kommen nur zufällig durch Indiskretionen ans Licht. Die Verhandlungen, die das Leben von 500 Millionen Europäern und 318 Millionen Amerikanern betreffen, finden hinter verschlossenen Türen statt. Lange blieb sogar das Verhandlungsmandat, das die EU-Position beschreibt, geheim. Die US-Regierung verweigert die Weitergabe all ihrer Positionspapiere selbst an EU-Rats- oder Parlamentsmitglieder – obwohl sie die Verhandlungsunterlagen ganz ungeniert an 600 Industrielobbyisten weitergegeben hat. In Berlin dürfen bislang nur Mitglieder der Bundesregierung und ausgewählte Beamte die aktuellen Positionen beider Verhandlungsparteien lesen, abgeschottet in einem Leseraum in der US-Botschaft. Keine Information darf weitergegeben werden. Bundestagsabgeordneten ist der Zugang bislang untersagt. US-Kongressmitglieder dagegen dürfen die Unterlagen studieren.

Als Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) deshalb mit einem Nein zu TTIP droht, verspricht die EU-Kommission, nun allen Abgeordneten Zugang zu gewähren. Passiert ist bislang nichts – wohl auch, weil die USA nicht hinnehmbare Auflagen verlangen. Mitte November reißt Sigmar Gabriel der Geduldsfaden, er lässt offiziell bei der US-Regierung Protest einlegen. Endlich nimmt er die Entmachtung der Abgeordneten, die am Ende über TTIP mit all seinen Folgen abstimmen müssen, nicht mehr kampflos hin.

November



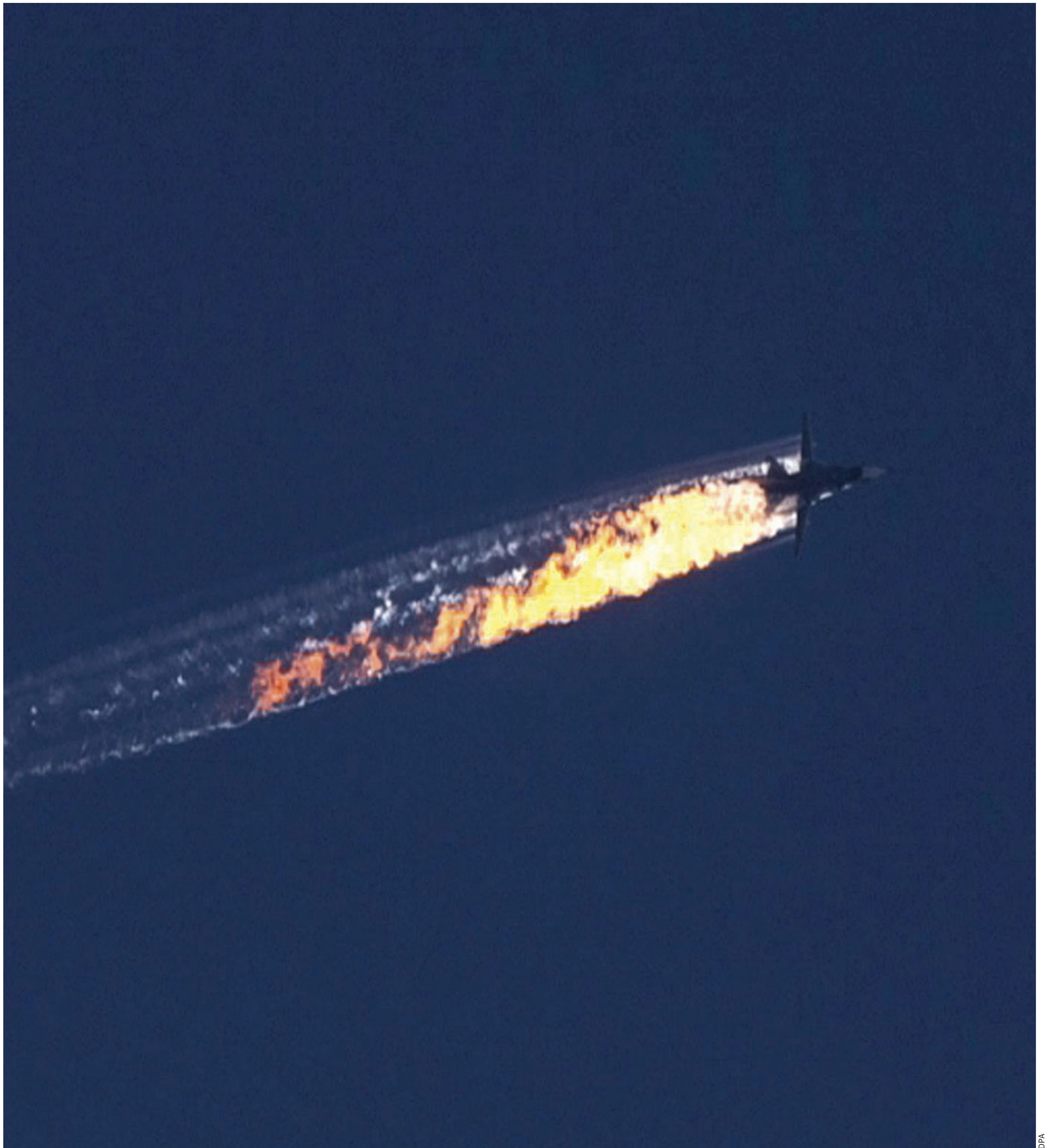
ROMEO GACAD / AFP



09.11.2015

Genug gewartet

25 Jahre haben sie in Burma auf freie Wahlen warten müssen. Jetzt feiern die Anhänger der Nationalliga für Demokratie (NLD) in Rangun ihren Sieg und ihr Idol Aung San Suu Kyi, die Friedensnobelpreisträgerin und Parteivorsitzende. Ein historischer Tag für Burma auf dem Weg von der Militärherrschaft zur Demokratie. Der Generalstab ernennt jedoch weiterhin ein Viertel der Abgeordneten und kontrolliert wichtige Ministerien. Suu Kyi kann laut Verfassung nicht Präsidentin werden, weil ihre beiden Söhne britische Pässe haben. Von Gesetzen, die noch von Generälen diktiert wurden, will sie sich aber nicht aufhalten lassen: „Ich stehe über dem Präsidenten, so einfach ist das“, sagt Suu Kyi, „ich treffe die Entscheidungen, weil ich die siegreiche Partei führe.“ Wie lange die Euphorie der Wähler anhält und ob die Militärs ihre Niederlage tatsächlich dauerhaft hinnehmen, ist ungewiss. Burma wird viel Glück brauchen.



DPA

24.11.2015
Grenzfall

Türkische F-16-Kampfjets schießen im türkisch-syrischen Grenzgebiet einen russischen Jagdbomber vom Typ Su-24 ab. Russland und die Türkei beschuldigen sich gegenseitig, für den Zwischenfall verantwortlich zu sein. Als Reaktion erlässt Wladimir Putin Wirtschaftssanktionen gegen die Türkei. Der türkische Präsident Erdoğan bemüht sich, ganz gegen sein Naturell, um Deeskalation: „Wir wünschten, es wäre nie passiert.“



GHNASSIA / SIPA PRESS

06.11.2015

Hallo, ich bin’s wieder

„Hello“, singt Adele bei den NRJ Music Awards in Cannes, „hello, it’s me“. Nicht, dass man sie vergessen hätte. Die britische Sängerin bricht mit ihrem neuen Album „25“ sofort diverse Verkaufs- und Klickrekorde; Kritiker sind begeistert. Im Mai 2016 will Adele auch in Deutschland einige Konzerte geben.

28.11.2015

Wie ein müder Stier

Wladimir Klitschko, der vielleicht beste Schwergewichtsboxer seiner Generation, verliert gegen den Briten Tyson Fury. Damit ist Klitschko seine drei Weltmeistertitel los. Witali Klitschko, Wladimirs älterer Bruder, hat bei seiner Titelverteidigung mehr Erfolg: Er gewinnt am 15. November die Stichwahl und bleibt damit Bürgermeister von Kiew.



SASCHA SCHÜRMANN / DDP IMAGES

07.11.2015

Freundschafts-Dienst

Für einen Geheimdienst, dem viele wenig zutrauen, ist es eigentlich eine beeindruckende Leistungsschau: Am 7. November meldet der SPIEGEL, dass der Bundesnachrichtendienst (BND) nicht nur die Innenministerien Österreichs, Dänemarks, Polens und der USA abgehört hat, sondern auch die Botschaften etlicher befreundeter Staaten in Deutschland. Zudem das Rote Kreuz in Genf, Care International und und und. Nur freuen mag sich darüber kaum jemand.

Die Nachricht wirft einmal mehr die Frage auf, wer eigentlich den BND wie kontrolliert. Und sie ist für Kanzlerin Angela Merkel eine Peinlichkeit sondergleichen. An die Adresse der USA hatte sie gesagt: „Ausspähen unter Freunden, das geht gar nicht.“ Jetzt zeigt sich: Es geht richtig gut. Sogar im eigenen Geheimdienst. Kurz darauf wird bekannt, dass selbst der deutsche EU-Diplomat Hansjörg Haber im Visier des BND war, obwohl der Dienst Deutsche nur ausnahmsweise abhören darf, wenn er eine Genehmigung hat. Die hatte er wohl nicht.

Der BND hat dazu, wieder mal, seine eigene Theorie: Deutsche gingen eben doch, wenn sie als „Funktionsträger“ in Erscheinung träten: Der deutsche Chef einer britischen Firma wäre demnach nicht zuallererst Deutscher, sondern Vorstand eines ausländischen Unternehmens – und damit Freiwild. Nach dieser Logik hätte der BND auch Papst Benedikt XVI. abhören können. Übertrieben? Wer weiß. Zumindest in der Vertretung des Heiligen Stuhls in Deutschland lauschte der BND nachweislich mit.


COMMONLENS / IMAGO

Abhörstation in Bad Aibling
Ausspähen unter Freunden, das geht richtig gut

11.11.2015

Israel kritisiert „Boykott“

Als die EU-Kommission ihre Regeln für den Verkauf von Produkten aus israelischen Siedlungen veröffentlicht, hagelt es Proteste. „Europa sollte sich schämen“, sagt Israels Ministerpräsident Benjamin Netanyahu. Das Verbot, Siedlungsprodukte als „Made in Israel“ zu kennzeichnen, bringe „dunkle Erinnerungen hoch“, so Netanyahu. „Bild“-Chefredakteur Kai Diekmann zieht Parallelen zum Boykott jüdischer Produkte durch die Nazis: „‚Kauft nicht bei Juden!‘ Armseliges Europa …“

Von Boykott kann keine Rede sein, es geht vielmehr um bestehendes Verbraucherrecht: Die Herkunft eines Produkts muss in der EU seit je korrekt angegeben sein. Da der Bau jüdischer Siedlungen in den besetzten Gebieten gegen das humanitäre Völkerrecht verstößt, darf auf einem Wein aus dem Westjordanland oder von den Golanhöhen nicht „Israel“ stehen, teilt Brüssel am 11. November mit. Die Gewerbeaufsicht hat lange weggeguckt, jetzt folgt die Kommission dem Auftrag der 28 EU-Außenminister, „die geltenden Rechtsvorschriften der EU, die auf Erzeugnisse aus den Siedlungen anwendbar sind, kontinuierlich, umfassend und wirksam umzusetzen“.

Das Berliner Kaufhaus des Westens (KaDeWe) macht das einzig Richtige und räumt die Produkte aus den Regalen, um die Etiketten zu korrigieren. „Boykott!“, „Antisemitisch!“, schreien die Israelfreunde in den sozialen Medien jetzt noch lauter – und haben damit Erfolg: Innerhalb von 48 Stunden nimmt das KaDeWe seine Entscheidung zurück und entschuldigt sich.



MICHAEL WEBER / IMAGEBROKER / IMAGO

KaDeWe in Berlin
„Europa sollte sich schämen“

13.11.2015

Schmutziges System

Sebastian Coe, Präsident des Internationalen Leichtathletik-Verbands IAAF, sitzt an diesem Freitag um 19 Uhr in London am Telefon, per Konferenzschaltung ist er mit 23 Mitgliedern des Führungsrats in aller Welt verbunden. Sie fällen eine weitreichende, eine richtige Entscheidung.

Das Gremium beschließt mit großer Mehrheit, bei nur einer Gegenstimme, die russische Leichtathletik-Föderation unverzüglich und unbefristet zu suspendieren. Was heißt, dass Russland bis auf Weiteres keine Sportler zu Wettkämpfen ins Ausland schicken darf – also möglicherweise auch nicht zu den Olympischen Spielen 2016 in Rio de Janeiro. Es ist eine Botschaft für ehrlichen Sport. Und ein Urteil gegen ein schmutziges System, das Parallelen zur organisierten Kriminalität aufweist.

Vier Tage zuvor, am 9. November, hatten Sonderermittler der Welt-Anti-Doping-Agentur einen 323-seitigen Report veröffentlicht, der ein gigantisches Doping- und Korruptionsgeflecht beschreibt. Der russische Leichtathletik-Verband, die nationale Anti-Doping-Agentur, das Kontrolllabor in Moskau, sie alle haben mitgemacht, ja sogar die russische Regierung war involviert: Der Sportminister soll angeordnet haben, Dopingproben zu manipulieren. IAAF-Präsident Coe spricht nach der Entscheidung des Councils von einem „beschämenden Weckruf“. Da hatte die halbstaatliche russische Bank VTB schon mitgeteilt, die IAAF nicht länger sponsern zu wollen.



OLIVIER MORIN / AFP

Russische Läuferinnen in Peking
Parallelen zur organisierten Kriminalität

Heldin des Alltags **Claire Danes**

Lagerkoller



Dreht sie gerade am Gendarmenmarkt, oder besichtigt sie einen Kindergarten in Schöneberg?

Eigentlich ist man in Berlin ja Stars gewohnt. Sie kommen zur Berlinale vorbei oder für eine Filmpremiere oder ein Konzert. Oder für ein paar Drehtage vor historischer Kulisse. Die Hauptstadtpresse berichtet dann aufgeregt von den letzten George-Clooney-/Madonna-/Angelina-Jolie-Sichtungen, die Berliner freuen sich, die Prominenten reisen nach ein paar Tagen wieder ab, und alle können mit ihrem normalen Leben weitermachen. Bis zum nächsten Mal.

„Homeland" hat diesen natürlichen Kreislauf in diesem Jahr gesprengt. Als die US-Serie über eine manisch-depressive CIA-Agentin auf Terroristenjagd im Sommer die Produktion der gesamten fünften Staffel nach Berlin verlegt, beginnt für die Stadt ein fast halbjähriger Hollywood-Belagerungszustand, der bis November anhält. Journalisten und Fans kommen gar nicht mehr hinterher, die Hauptdarstellerin Claire Danes irgendwo zu entdecken – beim Einkaufen in der Kreuzberger Markthalle Neun, beim Familienausflug im Volkspark Friedrichshain, beim Besichtigen eines Kindergartens in Schöneberg. Fehlt nur noch das Berghain, aber da muss man sie gar nicht lange suchen. Danes selbst erzählt in einer US-Talkshow stolz, dass sie es in den berühmten Klub geschafft habe.

Über Twitter kann man sich auf dem Laufenden halten, wo gerade gedreht wird. Adalbertstraße! Kastanienallee! Brunnenstraße! Gendarmenmarkt! Der langsam aus der Mode geglaubte Hipster-Vollbart – in den Stadtteilen Neukölln und Mitte immer noch allgegenwärtig – ist endlich zu etwas gut, da nun massenhaft Komparsen gesucht werden, die als islamistische Terroristen durchgehen können. Und in den Kreuzberger Kneipen versuchen die Gentrifizierungsgegner damit klarzukommen, dass nun ausgerechnet die eigene Lieblingsserie noch mehr Yuppies in den Stadtteil lockt.

Die Stadtoberen aber freuen sich uneingeschränkt über den mutmaßlichen Werbeeffekt und noch mehr potenzielle Touristen und Investoren. Endlich sind die Babelsberger Filmstudios mal wieder ausgelastet. „Homeland is coming home", twittert Senatskanzleichef Björn Böhning begeistert und feiert sich damit auch selbst. Als Aufsichtsratsvorsitzender des Medienboards Berlin-Brandenburg hat er sein Möglichstes getan, um die Produzenten nach Berlin zu locken. Eine Million Euro deutsche Fördergelder sollen laut Senat dabei geholfen haben. Verdächtig wenig, wenn man bedenkt, dass sich auch Zagreb beworben und angeblich deutlich mehr geboten hat.

So spekulierte der deutsche TV-Produzent Nico Hofmann in einem Interview, dass „Homeland" wohl eher mit einem zweistelligen Millionenbetrag aus deutschen Fördertöpfen beschenkt wurde. Aber Hofmann findet den Hype um amerikanische Serien ohnehin übertrieben und sieht das Geld bei einheimischen Produktionen viel besser aufgehoben – seinen eigenen zum Beispiel.

Wie bei jeder Belagerung kommt es irgendwann zum Lagerkoller, auf beiden Seiten. Claire Danes fordert vom Springer-Verlag eine Unterlassungserklärung, weil sie sich von Paparazzi verfolgt wähnt. Die Berliner bemerken, dass Claire Danes als Privatperson eigentlich nicht besonders aufregend ist und Straßensperren wegen Dreharbeiten auf Dauer auch nur nerven.

Als die ersten Berlin-Episoden von „Homeland" im Herbst online abrufbar sind – 2016 werden sie voraussichtlich beim Sender Kabel eins laufen –, fällt vielen Fans wieder ein, dass die Serie seit der dritten Staffel ziemlich anstrengend geworden ist. Berlin aber ist gut getroffen, worüber sich das Medienboard freuen dürfte. Mit der Einschränkung vielleicht, dass in „Homeland" an jeder Berliner Straßenecke ein Terrorist zu lauern scheint.

Berghain-Gänger fürchten indes, dass es nach Danes' Besuch nun endgültig vorbei ist mit dem Klub. Aber neulich sei dieser Typ aus „Game of Thrones" im Berghain gewesen, heißt es, der könne gern wiederkommen. Das sei mal eine tolle Serie.

Daniel Sander

STANLEY CHOW / DER SPIEGEL



SVEN HOPPE / DPA

Merkels Fall

Regierung In der Krise zeigt die Bundeskanzlerin Nerven und macht Fehler – nach zehn Jahren im Amt. Was wird nun aus ihr? *Von Dirk Kurbjuweit*



Kontrahenten Seehofer, Merkel Der CSU-Chef demütigt sie in einer Weise, wie das noch kein Bundeskanzler erdulden musste

Diesmal ist es nicht die Raute. Diesmal ist sie nicht Geste des Jahres bei der Bundeskanzlerin, wie fast immer, jenes gekippte Viereck aus Daumen und Zeigefingern, das so freundlich-entspannt wirkt. Diesmal sind es verschränkte Arme, nicht hoch vor der Brust verschränkt, sondern vor dem Bauch, die Hände nicht um die Ellbogen gekrümmt, sondern an die Unterarme geklammert, sodass diese Geste der Abwehr und Angespanntheit nicht trotzig wirkt, sondern unsicher, als sei Angela Merkel zerrissen zwischen Fluchtgedanken und Empörung.

So steht sie im November auf dem Parteitag der CSU in München. Sie hat geredet, jetzt redet Horst Seehofer, und sie steht daneben. Und er lässt sie lange dort stehen, knapp eine Viertelstunde lang, und hält ihr eine Standpauke. Er hatte erwartet, erhofft, dass Merkel eine Obergrenze für Flüchtlinge nennt. Das hat sie nicht getan, und dafür demütigt CSU-Chef Seehofer sie in einer Weise, wie das noch kein Bundeskanzler erdulden musste.

Es war ein drastisches Jahr für die Bundeskanzlerin, das Jahr eines Falls. Sie hat 2015 zugleich den Höhepunkt und den Tiefpunkt ihrer Macht als Bundeskanzlerin erlebt. Anfang 2015 hat sie mitgeholfen, den Krieg in der Ukraine zu beenden, jedenfalls stark einzudämmen. In der Europäischen Union hat sich schon in den Jahren zuvor gezeigt, dass es gegen die Bundeskanzlerin keine Lösung für kriselnde Staaten gibt. Im Sommer war sie die entscheidende Akteurin beim Ringen um ein neues Hilfspaket für Griechenland. Sie wurde dabei, das war neu, von ihrem Finanzminister herausgefordert. Wolfgang Schäuble konnte sich einen zeitlich begrenzten Grexit vorstellen, Merkel nicht. Sie setzte sich durch.

In Deutschland beliebt, in Europa beliebt und gefürchtet, in der Welt geachtet – Mitte des Jahres sah es so aus, als könnte sich Angela Merkel am 22. November für zehn Jahre Kanzlerschaft feiern lassen. Und mit Ruhe und Freude den Jahren zehn plus entgegensehen.

Dann sagte sie etwas, und seither ist sie in Deutschland eine heftig umstrittene Bundeskanzlerin, von der man nicht weiß, ob sie 2016 ihr Amt behalten kann.

Wir schaffen das. Drei Worte, die einen schönen, optimistischen Satz bilden, aber für Merkel könnte es ein fataler Satz sein. Sie sagt ihn Ende August, um den Deutschen Mut zu machen, um ihnen ein Ziel zu geben. Täglich reisen Tausende Flüchtlinge nach Deutschland ein, und mancher fragt sich, ob Deutschland das verkraften kann. Merkel sagt Ja, klar und entschieden.

Das ist bis dahin nicht ihre Art gewesen. Sie war die große Hüterin ihrer Worte, ein Zerberus, der sich selbst bewachte. Nichts sagen, was einem Ärger machen kann, nichts verkünden, was andere in

Unruhe versetzt. So hat sie fast zehn Jahre lang regiert. Und dann das, diese drei Worte.

Dazu ein paar Fotos, ein paar Selfies, die Flüchtlinge mit ihr aufnehmen und in ihre Heimatländer senden. Wo dann jeder sehen kann, die deutsche Bundeskanzlerin heißt Flüchtlinge willkommen. Man könnte sich eingeladen fühlen. Jedenfalls wird Merkel das vorgehalten: dass sie mit ihren Worten und den Bildern den Strom der Flüchtlinge weiter hat anschwellen lassen. Und das macht ihr Ärger, in der eigenen Partei, bei verunsicherten Bürgern, dazu bei allen, die Fremde hassen.

Ausgerechnet Fotos. Merkel hat nicht nur ihre eigenen Worte kontrolliert, sondern auch die Fotos, die von ihr gemacht wurden. Ihre Kanzlerschaft war auch eine der Bilderfeindlichkeit.

Angela Merkel mag, bis auf wenige Ausnahmen, keine Fotografen. Sie vermutet offenkundig böse Absichten, hat den Verdacht, dass sie vor allem auf Augenblicke lauern, in denen sie ein komisches Gesicht zieht, eine Grimasse. Ganz ohne Grund ist das nicht. Merkel hat selbst einmal darauf hingewiesen, dass sie ihre Gesichtszüge nicht perfekt kontrollieren kann. Es gibt eine ganze Galerie böser Fotos, vor allem aus frühen Jahren. Mit der Macht wuchs ihre Möglichkeit, Fotografen die Zugänge zu begrenzen oder sie auf Positionen zu verdammen, von denen ihre Objektive Merkel nicht gefährlich werden konnten.

Merkel weiß genau, was Bilder anrichten können, und hat ein intensives Kontrollregime geschaffen.

Andererseits sind Fotomomente für sie mit Glücksgefühlen verbunden. Sie war, vor allem als Oppositionsführerin, lange nicht beliebt, wurde verhöhnt, erniedrigt. Aber eine Kanzlerin ist ultraprominent, die Leute freuen sich, wenn sie auftaucht, auch wenn man vielleicht eine andere Partei bevorzugt. Ein Ausdruck dieser Freude ist das Selfie, der Beweis, dass man den Promi getroffen hat. Im Selfie-Moment stand Merkel fast immer neben glücklichen, strahlenden Menschen und konnte sich beliebt fühlen, was sie dann tatsächlich wurde.

Deshalb setzt bei Selfies ihre übliche Bilderpanik aus, und deshalb denkt sie nicht nach, als sich Flüchtlinge mit ihr zum Selfie aufstellen wollen. Ihr passiert Rollenvergessenheit. Selfie-Situationen sind in der Regel private Situationen, und das genau ist Merkel passiert. Sie stand da wie eine Privatfrau und bedachte nicht die politischen Folgen. Sie ließ diese Fotos zu, die dann sofort nach Syrien oder Afghanistan gesendet wurden.

So sind diese Fotos, die aus einer eher privaten Regung entstanden, die wohl ersten hochpolitischen Selfies, die, wenn man es weit fasst, Europas Gesicht verändern und eine Bundeskanzlerin stürzen können. Das ist das eigentlich Erstaunliche, Überraschende an der Merkel 2015: Sie, das führende „political animal“ dieses Landes, rutscht für ein paar glückliche Momente in die Politikvergessenheit und schafft sich damit eine Menge Ärger.



SVEN HOPPE / DPA

Flüchtling am 5. September im Münchner Hauptbahnhof
Man könnte sich eingeladen fühlen

Sie muss erleben, dass das Klischee von der Brutalität der Politik zutrifft. Wenn einer angeschlagen ist, wenn seine Macht in Zweifel steht, dann schlagen andere gnadenlos zu. Der Respekt schwindet und damit die Macht.

Wolfgang Schäuble fabuliert über Skifahrer, die eine Lawine lostreten, wenn sie sich ungeschickt am Hang verhalten. Er meint die Bundeskanzlerin und ihre Flüchtlingspolitik.

Horst Seehofer bringt keine Blumen mit, als er sich für Merkels Rede auf dem Parteitag der CSU bedankt. Stattdessen liest er ihr die Leviten, während sie dabeistehen muss, wie eine Büßerin, die man öffentlich zur Räson bringen will. Sie macht die Raute, verschränkt die Arme, fühlt sich äußerst unwohl.

Vergleichbar ist das nicht einmal mit dem infamen Satz von Herbert Wehner, der Bundeskanzler bade „gerne lau“. Gemeint war Willy Brandt, den Wehner für einen Schwächling hielt. Aber da war Brandt weit weg, Wehner sagte jenen Satz 1973 in Moskau. Vergleichbar ist das nicht einmal mit einigen Unverschämtheiten, die der damalige CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß in den Siebziger- und Achtzigerjahren über Helmut Kohl gesagt hat, aber das tat er ebenfalls nicht im Beisein seines Rivalen.

Eine solche Demütigung hat Merkel nicht einmal in ihrer bis dahin härtesten Zeit erlebt, zwischen 2000 und 2002, als ihre Rivalen in der CDU ihr den Parteivorsitz wieder streitig machen wollten und gern in Hintergrundgesprächen über sie lästerten. Nach ihrer Wahl zur Kanzlerin 2005 stichelte der damalige CSU-Chef Edmund Stoiber, Merkel habe nicht die gesamte Richtlinienkompetenz. Auch das tat weh, kommt aber nicht an die Unverfrorenheit Seehofers heran, sie vor aller Augen bloßzustellen.

Zwar finden sich sofort Spitzenpolitiker der CDU, die Seehofer pflichtschuldig in die Schranken weisen, aber jene Viertelstunde von München wird bleiben, wird in die Geschichte dieser Kanzlerin eingehen, als Zeichen eines Niedergangs. Auch in der CDU wünschen sich viele Mitglieder eine beschränkte Zuwanderung, wünschen sich ein Gegensignal zu den Selfies.

Und Merkel knickt ein. Sie bleibt zwar bei den Worten, dass die Deutschen das schaffen, sie nennt bis Ende November keine Obergrenze für Flüchtlinge, aber unter dem Druck von Wolfgang Schäuble und Innenminister Thomas de Maizière, unter dem Druck murrender Parteifunktionäre, unter dem Druck sinkender Beliebtheitswerte stimmt sie nach und nach Regeln zu, die den Zuzug faktisch begrenzen. Das ist vernünftig, aber es wirkt nicht souverän, wirkt nicht wie Politik nach dem Willen der Kanzlerin.



HERMANN BREDEHORST / POLARIS / STUDIO X

Merkel-Gegner bei einer AfD-Demonstration am 7. November in Berlin
Der Respekt schwindet und damit die Macht

Im November ist Merkel teilentmachtet. Ihre Politik hat den Ruch einer großen Verbrämung. Sie hält rhetorisch eisern an ihren Worten fest, nimmt die Einladung der Bilder nicht zurück, macht aber eine Politik, die dazu nicht passt. Eine starke Kanzlerschaft ist etwas anderes.

Sie hat sich ihre schwierige Situation selbst zuzuschreiben, zum Teil jedenfalls. Seit drei, vier Jahren, seit Ausbruch der Kriege in Libyen und in Syrien, wächst die Zahl der Flüchtlinge nach Europa. Aber die Politik hat nicht vorausschauend gehandelt, war nicht vorbereitet auf den großen Strom von 2015.

Nun zeigt sich, in der Krise, dass diese Kanzlerin Fehler macht. Ihre Haltung zu den Flüchtlingen stimmt Merkel nicht mit den Partnern in der Europäischen Union ab. Die haben es daher leicht, den Deutschen die Solidarität zu verweigern. Euer Problem, sagen einige Nachbarn und weigern sich, eine große Zahl von Flüchtlingen aufzunehmen.

Seltsam ist ihr Auftritt vor Studenten in der Schweiz. Zum Thema islamische Einwanderung und Islamismus befragt, wirft Merkel den Bürgern vor, nicht „bibelfest“ zu sein. Als wäre das eine Antwort auf Islamismus. Als wäre es nicht die Sache jedes Einzelnen zu entscheiden, wie er es mit der Religion hält. Merkel hat sich zu einem Satz verstiegen, der nicht passt zu einer säkularen Gesellschaft. Es ist ein Satz, der ihr als Bundeskanzlerin nicht zusteht.

Der nächste Fehler passiert ihr nach den Anschlägen vom 13. November in Paris. Sie will ein Länderspiel der deutschen Fußballnationalmannschaft gegen die Niederlande in eine große Demonstration für die Freiheit, gegen den Terror verwandeln und mit dem gesamten Kabinett ins Stadion in Hannover gehen. Beim Anflug erfahren Merkel und Innenminister de Maizière, dass es Hinweise auf einen Anschlag gibt. Sie sagen das Spiel ab, Merkel fliegt sofort zurück nach Berlin.

Bis Ende November wird nicht bekannt, wie konkret die Hinweise waren. Vielleicht war es richtig, das Spiel abzusagen. Aber wer in einer solchen Situation aus einem Fußballspiel eine Freiheitsdemo machen will, der wirkt hasenfüßig, wenn er die Demonstration absagt. Der trägt zur Verunsicherung bei. Merkel zeigt 2015 Nerven. Das ist ebenfalls neu.

Dabei hat sie Erfahrung mit Krisen. Seit ihrem Amtsantritt regiert Merkel die Bundesrepublik meistens in Krisenzeiten: Finanzkrise, Eurokrise, Ukrainekrise, Flüchtlings- und Terrorkrise. Es wirkte oft so, als sei sie dafür gemacht, ihre gelassene Art, ihre Intelligenz, die Bürger schenkten Merkel ihr Vertrauen. Da gibt es nun einen Bruch. Sie macht nicht mehr das, was viele Bürger wollen, und sie macht es nicht mehr souverän. Das ist eine der großen Überraschungen des Jahres 2015.

Was wird nun aus ihr, nach zehn Jahren Kanzlerschaft?

Eine Dekade ist eine lange Zeit für einen Staats- oder Regierungschef in einer Demokratie, die den Wechsel zum Programm erhoben hat. Merkel reiht sich jetzt ein in die Ehrengarde der Zehn-plus-Bundeskanzler, und davon gab es bislang nur zwei, Konrad Adenauer und Helmut Kohl, beide CDU. Beide wollten nicht weichen.

Für Adenauer begann 1959, also zehn Jahre nach Amtsantritt, der Abstieg. Er wollte in jenem Jahr Bundespräsident werden, das Amt aber neu interpretieren und zumindest die Außenpolitik weiter dominieren. Seine Parteifreunde machten das nicht mit. Adenauer war danach ein Kanzler auf Abruf, klammerte sich aber ans Amt, bis ihn die SPIEGEL-Affäre unmöglich machte. Die FDP drängte ihn 1963 aus dem Amt. Adenauers Zehn-plus-Jahre waren keine gute Zeit für die Bundesrepublik.

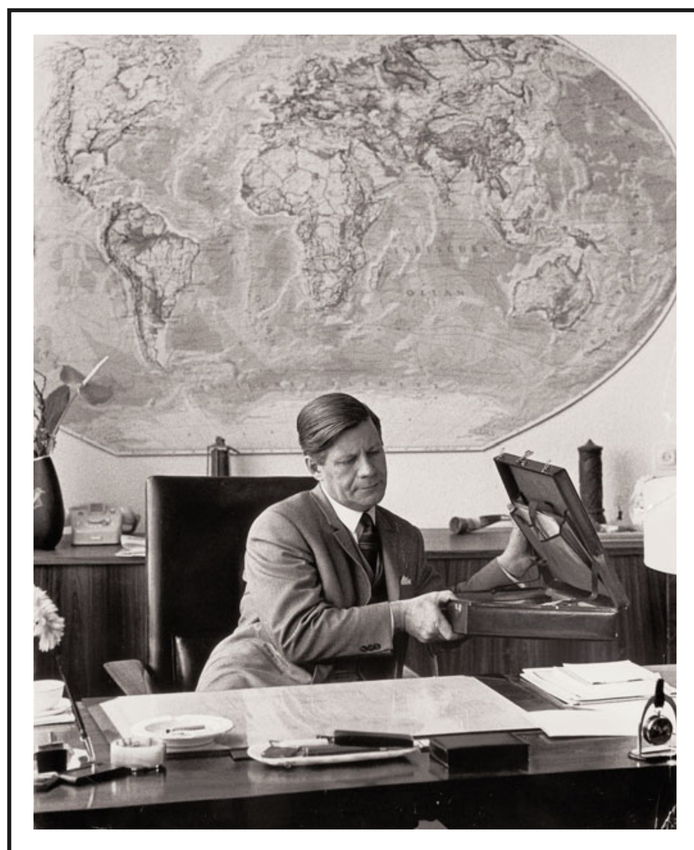
Helmut Kohl konnte dieses Jubiläum 1992 feiern. Er war, nach der deutschen Einheit, auf dem Höhepunkt seiner Macht und konnte dies noch einige Jahre genießen. Aber auch er verpasste den Zeitpunkt für einen geschmeidigen Rücktritt. Er wollte bei der Wahl 1998 unbedingt noch einmal antreten, obwohl er nicht mehr in der Lage war, das Land zu reformieren. Gerhard Schröder (SPD) hatte leichtes Spiel, ihm die Kanzlerschaft abzujagen.

Zehn Jahre sind eine Grenze, hinter der groß die Frage nach dem Rückzug aufscheint. Die Rivalen denken daran, aber auch der Amtsinhaber. Viele Langzeitregierende kommen auf die Idee, dass es ohne sie nicht geht, und bleiben, bis man sie vom Hof jagt.

Bis dahin sind sie oft schwer erträgliche Zeitgenossen, dem normalen Leben entwöhnt, mit der eigenen Bedeutung abgefüllt und so erstarrt, als wären sie schon das Denkmal ihrer selbst. Von Merkel ist erwartet worden, dass sie einen besseren Weg findet. Einige dachten, einer Frau gehe das vielleicht anders, obwohl es bei Margaret Thatcher nicht so war.

Über Merkel lässt sich sagen, dass sie dieses Entrückte, Erstarrte noch nicht angenommen hat. Da war Gerhard Schröder viel schneller, der ging schon, was seine Ausstrahlung angeht, mit sieben Amtsjahren in die Denkmalphase über. Merkel dagegen, bei all den Spuren der Macht, die sich auch in ihrem Gesicht, in ihrem Gemüt abzeichnen, ist eine halbwegs normale Frau geblieben, bescheiden, zurückhaltend. Würde sie demnächst zurücktreten, wäre das der Abgang einer Bundeskanzlerin, die vom Amt nicht weitgehend verformt wurde, jedenfalls nicht persönlich.

2017 wird das Amt des Uno-Generalsekretärs frei, und das wäre eine schöne Herausforderung für Merkel, ein guter Abgang. Doch wenn sie es bis Ende kommenden Jahres nicht schafft, den Strom der Flüchtlinge zu begrenzen und eine gute Integrationspolitik zu etablieren, würde man ihr einen Wechsel als Flucht auslegen. Erst einmal ist sie zum Bleiben verdammt, muss aber zu ihrer alten Souveränität zurückfinden.



Der Weltbürger

Nachruf Flut, Terror, Kalter Krieg – Helmut Schmidt hat Krisen mit Entschlossenheit und Mut gemeistert. Als Elder Statesman hat er den Deutschen die Welt erklärt. Dafür verehrten und bewunderten sie ihn.

Von Ralf Neukirch

Helmut Schmidt wurde einmal gefragt, ob Raucher möglicherweise gut für das Gemeinwohl seien: „Sie zahlen Milliarden Tabaksteuer und sterben früher." Der damals 89-Jährige antwortete trocken: „Den Gefallen, früher zu sterben, kann ich Ihnen nicht mehr antun. Dazu ist es zu spät."

Am 10. November hat der Tod Helmut Schmidt doch erwischt. Ein Schock für die Deutschen, die geneigt waren, ihn für unsterblich zu halten. Keinen ihrer Landsleute haben sie so geachtet, er galt als höchste moralische Autorität. „Wer soll uns jetzt die Welt erklären?", fragte die „Zeit". Es war nicht ironisch gemeint.

Schmidt hat den Deutschen Orientierung in einer Gegenwart gegeben, in der alles aus den Fugen zu geraten scheint. Viele Menschen verstehen die Welt im Zeitalter der Globalisierung nicht mehr. Schmidt sezierte die Ursachen von Krieg, Terror oder Finanzkrisen in wenigen Sätzen. Es war nicht immer klar, was die Worte bedeuteten, die er, umgeben vom Rauch seiner Mentholzigaretten, dahinknurrte. Das war nicht so wichtig. Es war tröstlich zu wissen, dass einer durchblickte.

Die Ursachen seiner Popularität hat Schmidt klarsichtig beschrieben: „Ich glaube, dass der eigentliche Grund nicht bei mir liegt, sondern dass es ein gewisses Bedürfnis nach Autorität gibt", sagte er vor einigen Jahren in einem Interview. „Wenn man sie in der gegenwärtigen Führungsschicht der Banken, Unternehmen, Gewerkschaften oder der politischen Parteien und im Parlament nicht ausreichend zu finden glaubt, dann richtet sich die Aufmerksamkeit auf die unterstellte Autorität eines Neunzigjährigen."

Das war zutreffend, wenn auch ein bisschen kokett. Der Grund lag natürlich auch bei ihm. Schmidt wurde Autorität zugeschrieben, weil er sie sich als Politiker verdient hatte. In schwierigen Situationen konnten sich die Bürger auf ihn verlassen. Schmidt behielt einen kühlen Kopf, wenn es darauf ankam.

Das zeigte er, als 1962 die Jahrhundertflut über Hamburg hereinbrach. Der Innensenator organisierte den Katastropheneinsatz, er nutzte alle zivilen und militärischen Ressourcen, um der Stadt und ihren Bürgern zu helfen. Ob das den Vorschriften entsprach, kümmerte ihn nicht. „Ich habe das Grundgesetz nicht angeschaut in jenen Tagen", sagte er später. Sein Ruf als Macher stammt aus dieser Zeit.

Dass Schmidts Denkapparat in Ausnahmesituationen besser funktionierte, wie er einmal sagte, bewies er auch als Bundeskanzler. 1974 war er seinem Parteifreund Willy Brandt im Amt gefolgt. Er sah sich bald mit der größten innenpolitischen Herausforderung der jungen Republik konfrontiert, dem Terror der Roten Armee Fraktion. Als ein RAF-Kommando im September 1977 den Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer entführte, stand Schmidt vor der härtesten Entscheidung seiner Kanzlerschaft. Die RAF wollte Schleyer gegen ihre inhaftierte Führungsspitze austauschen. Schmidt blieb hart. Kein Deal mit Terroristen. Die Bundesrepublik dürfe nicht erpressbar sein, fand er.

Schmidt opferte das Leben Schleyers der Staatsräson. Es war der Anfang vom Ende der RAF. Die emotionale Dimension dieser dunklen Tage hat er heruntergespielt. „Wir hatten alle die Kriegsscheiße hinter uns", sagte er Jahrzehnte später. „Der Krieg war eine große Scheiße, aber in der Gefahr nicht den Verstand zu verlieren, das hat man damals gelernt."

Schmidt war ein Meister des Notfalls, damit erwarb er sich die Hochachtung der Bürger. Der Alltag des Regierens gelang ihm weniger überzeugend. Als Schmidt Ende 1982 die Kanzlerschaft an Helmut Kohl verlor, hinterließ er das Land in keinem guten Zustand. In der Ära Schmidt, so urteilt der Göttinger Parteiforscher Franz Walter, nahmen „alle Probleme – von der Staatsverschuldung, der Massenarbeitslosigkeit, der Rentenfinanzierung, den neuerlichen Bildungsungleichheiten – ihren betrüblichen Anfang".

Er selbst sah das naturgemäß anders. Mit dem Titel Weltökonom fühlte er sich angemessen beschrieben.

J. H. DARCHINGER / FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG



Video: **Der Jahrhundert-Kanzler**

spiegel.de/jc2015schmidt
oder in der App DER SPIEGEL

Schmidt hätte es als Pflichtvergessenheit empfunden, der Allgemeinheit seinen Erfahrungs- und Wissensschatz vorzuenthalten, nur weil er kein Amt mehr hatte. Der Altkanzler wurde Publizist. Als Herausgeber der „Zeit" kommentierte er mehr als drei Jahrzehnte lang das Weltgeschehen.

Schmidt nahm seinen Erziehungsauftrag ernst. Er tadelte nicht gern, aber oft. Was sollte er machen? Es gab so viel Dummheit und Ignoranz in der Politik. Dass seine Nachfolger nicht sein Format erreichten, betrübte ihn. Manchmal, wenn die Situation in der Welt zu entgleiten drohte, musste er selber eingreifen. Nach dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens 1989 reiste Schmidt mit dem früheren US-Außenminister Henry Kissinger nach China. „Ein Kalter Krieg wurde vermieden", konnte er danach beruhigt feststellen.

Je weiter Schmidts Kanzlerschaft in die Vergangenheit rückte, desto mehr verehrten ihn die Deutschen. Daran konnten auch seine teils unorthodoxen Ansichten nichts ändern. Schmidt bewunderte die autokratischen Führer Chinas. Die Sorge um den Klimawandel fand er hysterisch. Erderwärmung habe es schon immer gegeben, erklärte er. „Zum Beispiel finden Sie in Deutschland bis heute Stoßzähne von Mammutelefanten als Beweis dafür, dass es einmal eine Warmzeit gegeben hat."

Schmidt war kein Populist, er redete den Bürgern nicht nach dem Mund. Das gefiel den Leuten. Es war ihnen nicht so wichtig, was Schmidt sagte. Sie liebten ihn für die Art, wie er es tat, für seine Schnoddrigkeit und die dahingebrummten Sätze. Der Gleichmut, mit dem er den islamischen Terrorismus oder das Älterwerden kommentierte, war ein schöner Kontrast zur Dauererregungsbereitschaft der Generation Twitter. Schmidt ließ sich von nichts beeindrucken, nicht einmal vom Rauchverbot.

In der Bewunderung für Schmidt drückte sich auch die Sehnsucht nach den alten Zeiten aus, als die Bundesrepublik ein teilsouveräner Staat war und die geopolitischen Konflikte von anderen ausgetragen wurden. Schmidt lehnte Militärinterventionen – auch die des Westens – strikt ab. „Es ist relativ einfach, den Entschluss zu fassen, in ein Land einzumarschieren", sagte Schmidt. „Aber es ist beinahe unmöglich, wieder abzuziehen, wenn man nicht Mord und Totschlag und Katastrophe hinterlassen will." Die Interventionen in Afghanistan, im Irak oder in Libyen bestätigten seine Warnungen.

Schmidt war klug genug, darüber zu schweigen, wie er in aktuellen Krisen handeln würde. „Das ist Tagespolitik", pflegte er zu sagen. Ihm ging es um das große Ganze, das nur wenige verstanden. „Nur in Ausnahmefällen ist jemand unter 40 Jahren in der Lage, ein vernünftiges politisches Urteil über die Weltwirtschaft abzugeben", befand er. „Aber friedlich demonstrieren geht natürlich in Ordnung. Schon die Babys dürfen schreien."

Nur bei einem Thema verlor Schmidt gelegentlich seine Souveränität. Dass die Deutschen den Kanzler Schmidt geachtet, den Kanzler Brandt aber geliebt hatten, das konnte er nie verwinden. In einem SPIEGEL-Gespräch zum Thema 150 Jahre SPD fiel ihm vor zwei Jahren zu Brandt vor allem eines ein: „Willy verstand nichts von Wirtschaft." In einem anderen Interview wurde er auf den Satz Brandts angesprochen, er habe auf deutschem Boden schon Schlimmeres gesehen als eine Massendemonstration für den Frieden. „Das würde ich unterschreiben", sagte der ehemalige Wehrmachtoffizier Schmidt. „Ich habe auf deutschem Boden auch schon viel Schlimmeres gesehen. Willy Brandt hat es von draußen gesehen." Auch große Männer sind nicht immer groß.

Was wird von Schmidt bleiben? Einige wunderbare Sätze: „Wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen." Vor allem aber die Erinnerung an seine Gelassenheit und seinen Mut in schwierigsten Situationen. Von diesen Eigenschaften kann die Welt gerade heute eine Menge gebrauchen.

Alleinherrscher

Türkei Präsident Erdoğan und die islamisch-konservative Regierungspartei AKP steuern das Land ins Chaos – als Reaktion auf den Verlust der absoluten Mehrheit im Parlament. Die zynische Taktik geht auf. *Von Hasnain Kazim*

Recep Tayyip Erdoğan, der Staatspräsident, lässt sich Zeit mit einem Kommentar. Am Morgen des 2. November, am Tag nach der Parlamentswahl, besucht er um fünf Uhr zunächst die Istanbuler Eyüp-Moschee, wie schon im August 2014, als er zum Staatschef gewählt worden war. Das erste Gotteshaus an dieser Stelle hatte Sultan Mehmet II. nach der Eroberung Konstantinopels 1453 erbauen lassen. Dort, am Bosporus, spricht Erdoğan in den frühen Morgenstunden ein Dankesgebet.

Fast 50 Prozent hat die AKP bei der türkischen Parlamentswahl erhalten. Rund 85 Prozent aller Wahlberechtigten haben ihre Stimmen abgegeben, eine bemerkenswert hohe Beteiligung. Es ist ein eindeutiger Regierungsauftrag. Erdoğan versteht das Ergebnis auch als Zustimmung zu seinem Kurs, das Land zu einem Präsidialsystem umzuformen, sich künftig also per Verfassung noch mehr Macht einzuräumen und sich zum Alleinherrscher zu machen.

Entsprechend selbstbewusst tritt er nach dem Gebet auf, umringt von Bodyguards, Fans und Journalisten. Das türkische Volk, sagt er vor der Moschee in die Mikrofone, habe „die großen Intrigen“ durchschaut. Und dann richtet er seine Worte an die ausländischen Korrespondenten. „Warum respektieren die internationalen Medien nicht unseren nationalen Willen?“ Von sich selbst in der dritten Person sprechend, erklärt er: „Sie zeigen uns seit jenem Tag, an dem das türkische Volk Erdoğan mit 52 Prozent zum Präsidenten wählte, keinen Respekt. Bis heute nicht. Man muss sie fragen: Ist das euer Verständnis von Demokratie?“

Wie es um die türkische Demokratie steht, ist in den Monaten zuvor deutlich geworden. Denn schon am 7. Juni haben die Menschen in dem Land ein neues Parlament gewählt – und der seit 2002 regierenden islamisch-konservativen AKP mit 40,9 Prozent zwar wieder zur stärksten Fraktion verholfen, ihr aber die absolute Mehrheit genommen. Und das, obwohl Erdoğan sich entgegen den Vorgaben der Verfassung in den Wahlkampf eingemischt und mehr oder weniger direkt für die AKP geworben hat. Gewinnerin der Wahl ist die HDP: Ihr gelingt als erster prokurdischer Partei in der Geschichte der Türkei der Einzug ins Parlament. Sie hat sich im Wahlkampf nicht nur als Kurdenpartei, sondern als politische Kraft für alle Minderheiten, für Frauenrechte und sexuelle Selbstbestimmung präsentiert. Mit 13,1 Prozent nimmt sie locker die Zehnprozenthürde. Erdoğan und die AKP sehen im Erfolg der HDP den Grund für den Verlust der eigenen Macht.

Die AKP ist nun also zu einer Koalition gezwungen. Doch das will Erdoğan nicht akzeptieren. Sämtliche Gespräche mit den anderen drei Parteien, die es ins Parlament in Ankara geschafft haben, scheitern. Der Präsident setzt Neuwahlen an.

In den Monaten zwischen der Wahl im Juni und der Neuwahl im November erlebt die Türkei dramatische Zeiten: Am 20. Juli sterben bei einem Selbstmordanschlag in Suruç, einem Ort an der Grenze zu Syrien, 34 Menschen. Es sind überwiegend junge Menschen, politisch Linke, viele Kurden, die beim Wiederaufbau der kriegszerstörten syrischen Stadt Kobane helfen wollten. Als Täter wird schnell die Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) ausgemacht.

Zwei Tage später erschießt die kurdische Miliz PKK zwei Polizisten in deren Wohnung in Ceylanpınar, etwa 200 Kilometer östlich von Suruç. Im Internet verbreitet die PKK, die Tat sei ein Racheakt für den Anschlag in Suruç, denn die getöteten Beamten hätten den IS unterstützt.

Weitere zwei Tage später beginnt die türkische Luftwaffe damit, PKK-Stellungen zu bombardieren.

Im überwiegend von Kurden bewohnten Südosten der Türkei beginnen Sicherheitskräfte, PKK-Kämpfer zu jagen. In mehreren Orten wird eine Ausgangssperre verhängt. Bewohner klagen, sie könnten tagelang nicht einkaufen, selbst Trinkwasser werde knapp. Und sie werfen den Uniformierten vor, auch Zivilisten zu töten. Die Geschichte eines zwölfjährigen Mädchens, das von einem Geschoss getroffen wird und im elterlichen Garten stirbt, macht international Schlagzeilen: Die Eltern müssen die Leiche tagelang in der Gefriertruhe verwahren, weil sie ihr Kind wegen der Gewalt und der Ausgangssperre nicht beerdigen können.

Die PKK überzieht ihrerseits das Land mit Terror, legt Sprengfallen, platziert Bomben, tötet Soldaten und Polizisten, aber auch Zivilisten. Bilder von Särgen, umhüllt von der türkischen Flagge, werden in den Zeitungen gedruckt, wie in den Achtziger- und Neunzigerjahren, als der Bürgerkrieg zwischen PKK und türkischem Staat das Land aufrieb und mehr als 40 000 Menschenleben kostete.

Mehrere Kommunen sagen sich von der Türkei los und rufen ihre Selbstverwaltung aus. Gräben und Barrikaden aus Steinen, Trümmern und Autoreifen sollen den türkischen Staat fernhalten. Junge Kurden mit Kalaschnikows, Molotowcocktails und Steinen liefern sich Straßenschlachten mit den Sicherheitskräften. Die sind ebenfalls nicht zimperlich, reagieren nicht nur mit Tränengas, sondern mit Artilleriebeschuss und Scharfschützen.

Längst hat die HDP, der vorgeworfen wird, verlängerter Arm der PKK und deshalb für die Gewalt mitverantwortlich zu sein, die Kontrolle verloren über die radikalisierten jungen Kurden. Und längst hat die Regierung das Land in bürgerkriegsähnliche Zustände gesteuert. Sie begründet ihre Haltung unter anderem mit der Ermordung der zwei Polizisten – die PKK habe schließlich angefangen. Als rechtfertigte diese ohne Frage verabscheuungswürdige Tat es, das ganze Land ins Chaos zu stürzen.

Es kommt noch schlimmer. Für den 10. Oktober haben mehrere Parteien, Organisationen und Aktivisten zu einem Friedensmarsch nach Ankara eingeladen. Tausende Menschen finden sich vor dem Hauptbahnhof ein. Sie singen, rufen Sprechchöre, als plötzlich zwei Explosionen jede Hoffnung auf Frieden zerstören. Zwei Selbstmordattentäter sprengen sich in die Luft, mehr als 100 Menschen sterben, über 500 werden verletzt.

Wieder machen die Sicherheitsbehörden den IS als Drahtzieher aus, aber diesmal prägt Premierminister Ahmet Davutoğlu



Präsident Erdoğan im August bei einer Gedenkfeier in Trabzon am Sarg eines Polizisten

REUTERS


DIMITAR DILKOFF / AFP

Erdoğan vor einem Wahllokal in Istanbul am 1. November
„Er spricht die Sprache des Volkes“

den Begriff „Cocktailterrorismus“: Demnach wäre die Tat eine Gemeinschaftsaktion von PKK, IS und linksextremistischen Gruppen, um der von der AKP regierten Türkei zu schaden. Dass ausgerechnet PKK und IS Erzfeinde sind und sich in Syrien bis aufs Blut bekämpfen, stört ihn in der Analyse nicht. Hauptsache, es entsteht das Bild, dass dunkle, mächtige Kräfte sich gegen die Türkei verbündet haben.

Drei Wochen vor der Neuwahl ist die Stimmung so aufgeheizt, dass viele AKP-Anhänger gewillt scheinen, ihm zu glauben. Die Neuwahl, diesen Eindruck vermitteln die Parteien, sei eine Frage von Krieg und Frieden. Und die AKP betont, nur unter ihrer Herrschaft könne es stabile Verhältnisse geben.

Regierungskritische Journalisten klagen derweil über ein Klima der Angst. Die AKP und einige ihrer Anhänger betreiben eine Hetzjagd auf unliebsame Medien. Zweimal wird im September die Istanbuler Zentrale der Zeitung „Hürriyet“ von einem Mob angegriffen. Das erste Mal wird er angeführt vom AKP-Abgeordneten Abdurrahim Boynukalın.

Die aufgebrachte Menge droht den Journalisten, randaliert und kann nur mit Gewalt daran gehindert werden, in das Gebäude einzudringen. Später taucht ein Video auf, in dem der AKP-Mann Boynukalın unter Gelächter seiner Fans sagt, diese Journalisten hätten noch nie eine ordentliche Tracht Prügel bezogen. Danach wiegelt Premier Davutoğlu ab – da habe doch einer bloß etwas dahergeredet. Die Istanbuler Staatsanwaltschaft eröffnet ein Verfahren wegen „Propaganda für eine terroristische Organisation“ gegen „Hürriyet“.

Die Redaktion der Zeitschrift „Nokta“ wird durchsucht, eine Ausgabe beschlagnahmt, weil das Cover eine Fotomontage mit Präsident Erdoğan zeigt: wie er grinsend ein Selfie macht vor dem in eine türkische Flagge gehüllten Sarg eines gefallenen Soldaten. Das Titelbild ist eine beißende Kritik am Staatsoberhaupt.

Im regierungsnahen Blatt „Star“ erscheint eine Kolumne, in der der Verfasser dem AKP-kritischen „Hürriyet“-Journalisten Ahmet Hakan droht: „Wir könnten dich wie eine Fliege zerquetschen.“ Hakan sei einzig noch am Leben, weil man Gnade walten lasse. Kurze Zeit später wird der bekannte Journalist von vier Männern vor seiner Wohnung in Istanbul abgefangen. Hakan hatte mehrfach um Polizeischutz gebeten, die Drohung im „Star“ war nicht die erste. Aber immer lehnte die Regierung ab, Hakan organisierte sich privat einen Bodyguard. Einer der Angreifer kümmert sich nun um diesen Leibwächter, die anderen brechen Hakan die Nase und Rippen. Später wird bekannt, dass drei der Angreifer AKP-Mitglieder waren. Immerhin werden sie aus der Partei ausgeschlossen.

„Es wird immer schwieriger, in der Türkei als Journalist zu arbeiten“, sagt Hakan. Ende November bekommen das auch Can Dündar, Chefredakteur der regierungskritischen Zeitung „Cumhuriyet“, und dessen Ankara-Büroleiter Erdem Gül zu spüren: Sie werden festgenommen wegen des Verdachts auf „Spionage“ und „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“. Angezeigt hatte sie Erdoğan persönlich, weil die Zeitung im Mai über mögliche Waffenlieferungen der Türkei an Extremisten in Syrien berichtet hatte. Dündar und Gül hatten mithin nichts anderes getan als ihre Arbeit als Journalisten. Sollten sie verurteilt werden, droht ihnen lebenslange Haft.

Ahmet Hakan von „Hürriyet“ wohnt noch immer in derselben Wohnung, nur steht jetzt unten auf der Straße ein Zivilpolizist. Hakan ist ein nüchterner Beobachter, der auch beschreiben kann, warum so viele Menschen Erdoğan verehren. „Er spricht die Sprache des Volkes, er hat das Land wirtschaftlich vorangebracht, und die Opposition ist schwach.“ Das Land sei gespaltener denn je. Zwei Lager macht er aus: „Die einen sagen, im Angesicht all der Gewalt und der jüngsten wirtschaftlichen Rückschläge müsse man die AKP stärken, damit das Land zur Stabilität zurückkehre. Die anderen sagen, die AKP stecke selbst hinter dem Terror und dürfe keinesfalls mehr allein regieren.“

Trotz der Wirren reist Bundeskanzlerin Angela Merkel im Oktober, wenige Tage vor der Neuwahl, nach Istanbul und stellt den Türken Geld, vereinfachten Zugang zu einem Visum für die Schengen-Staaten sowie eine neue Dynamik für die EU-Beitrittsgespräche in Aussicht, wenn die Türkei im Gegenzug dafür sorgt, ihre Grenzsicherung zu verstärken und Flüchtlinge in der Türkei zu halten.

Die Treffen mit Erdoğan und Davutoğlu wirken wie Wahlkampfhilfe. Zudem hält die EU-Kommission ihren jährlichen Fortschrittsbericht zur Türkei zurück, in dem sie die Beeinträchtigung zentraler Menschen- und Grundrechte beklagt. Erst neun Tage nach der Wahl wird er veröffentlicht. Auch hier sehen Kritiker eine Unterstützung Erdoğans und der AKP.

Erdoğans Plan jedenfalls geht auf. Die AKP gewinnt die Neuwahl und kann allein regieren, auch wenn ihr die verfassungsändernde Mehrheit fehlt, um das Präsidialsystem einzuführen. Dafür, heißt es aus der AKP, werde man schon eine Lösung finden.

Auch international tritt die AKP-Regierung nach der Wahl noch selbstbewusster auf. Ende November setzt die Türkei auf einem Sondergipfel in Brüssel ihre Forderungen durch: milliardenschwere Finanzhilfen zur Bewältigung der Flüchtlingsströme, außerdem die Aussicht auf Visa-Erleichterungen und auf beschleunigte Beitrittsverhandlungen. Im Gegenzug verspricht die Türkei, den Zuzug von Flüchtlingen nach Europa zu begrenzen.

Erdoğan kann derweil weiter sein Ziel verfolgen, noch im Jahr 2023 an der Macht zu sein. Dann feiert die Republik Türkei ihren 100. Geburtstag.

Stadtgespräch

Tschüs, Olympia!

Die Hamburger stimmen gegen Sommerspiele in ihrer Stadt. Dabei wäre Hamburg ein guter Kandidat gewesen.
Von Gerhard Pfeil

Der Traum von Olympia, er wurde in Hamburg von allen wichtigen Institutionen geträumt. Die SPD, die CDU, die Grünen standen hinter der Olympiabewerbung der Stadt. Die Kandidatur wurde unterstützt von den Gewerkschaften, den lokalen Medien, der Handelskammer, der Hafenwirtschaft, Udo Lindenberg, dem HSV.



Die Bürger aber lehnen Olympia ab. 51,6 Prozent der Hamburger stimmen am 29. November beim Referendum gegen eine Bewerbung für die Sommerspiele 2024. Ein „idealistisches Bekenntnis zum Sport“ hat Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) den Olympiatraum genannt, in allen Umfragen vor dem Referendum haben die Befürworter trotz der Kostenprognose von 11,2 Milliarden Euro vorn gelegen. Doch am Wahltag führen die Gegner, mit 21 000 Stimmen. Tschüs, Olympia!

Sommerspiele können faszinierend sein, große Wettkämpfe, große Emotionen. Olympia ist ein Zirkus, ein Mix aus unterschiedlichsten Disziplinen. Olympia ist Multikulti. Im olympischen Dorf versammeln sich die Völker der Welt, friedlich vereint. Warum wollen die Deutschen diese Feier nicht bei sich?

Vor zwei Jahren scheiterte in München eine Bewerbung um Winterspiele am Bürgerwillen. Am ersten Advent nun die Absage in Hamburg. In den Analysen heißt es zunächst: Die Affäre um die Vergabe der Fußball-WM 2006, die Angst vor Terror, die Flüchtlingskrise, dies alles zusammen habe dem Olympiaplan kurzfristig den Garaus gemacht.

Später kommen generellere Zweifel auf. Die Deutschen seien zu einem Volk der Verzagten, der Nichtanpacker, der Wegducker geworden. Hamburger Geschäftsleute und schwer gekränkte Lokalpolitiker sehen in der Abstimmung eine Krise der Demokratie. Ein Konglomerat aus Linken, Liegeradfahrern und chronischen Neinsagern habe der Stadt und dem deutschen Sport ein Zukunftsprojekt aus der Hand geschlagen.

Tatsächlich ist die Absage in Hamburg wohl eher ein Zeichen für eine Krise der Politik. Ein Misstrauensvotum. Ein breites Parteienbündnis stand hinter dem Projekt, es gab keine nennenswerte Opposition. Dennoch wurde Olympia abgewählt. Offenbar handelten die Volksvertreter mit ihrer Begeisterung für das Sportevent komplett am Wählerwillen vorbei.

Besonders heftig wurde in Hamburg über die Kosten Olympias debattiert. 6,2 Milliarden Euro hätte die Bundesregierung als Zuschuss dazugeben müssen. Mit dem Geld wollte Hamburg die Infrastruktur der Stadt verbessern, ein neues Wohnviertel auf dem geplanten Olympiagelände an der Elbe sollte entstehen. Doch das Finanzministerium weigerte sich, eine Zusage zu geben. Man konnte aus Hamburger Sicht den Eindruck gewinnen: Die in Berlin wollen Olympia gar nicht wirklich. Am Ende wollen die Hamburger eben auch nicht mehr.

Diese Entscheidung ist zu bedauern. Hamburg wäre ein guter Kandidat gewesen. Die Planer dort setzten auf Sommerspiele light, mit kleineren Wettkampfstätten und vielen temporären Anlagen. Es wäre ein Statement gewesen gegen den Irrsinn der Funktionäre.

Bei der Bewerbung Münchens für die Winterspiele 2018 machten die Planer in Bayern den Sportfürsten noch alles recht. Bestehende Sportanlagen wurden im Entwurf nicht berücksichtigt, stattdessen Neubauten konzipiert, aus Angst, den IOC-Mitgliedern könnten die Anfahrtswege zu lang sein. Politiker drohten damit, Bauern zu enteignen, wenn die nicht freiwillig Flächen für Olympiabauten abtreten wollten. Damals begann die Lust auf Olympia in Deutschland zu erodieren. Inzwischen, das zeigt das Hamburger Ergebnis, ist sie fast ganz verschwunden. Vor allem für junge Leute ist Olympia mit seinen Fahnenaufmärschen, dem Pathos und dem Funktionärsgepränge ein aus der Zeit gefallenes Event. Die Jugend geht skateboarden, kiten, surfen, freeclimben. Olympia ist Rodeln und Ringen.

Die Spitzen des deutschen Sports werten die Niederlage in Hamburg als schweren Rückschlag. Ohne eine Olympiakandidatur, konstatiert der Präsident des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB), Alfons Hörmann, fehle es an der nötigen „Schubkraft“ für eine bessere Zukunft. Eine neue Bewerbung, heißt es, werde es in Deutschland auf absehbare Zeit nicht geben.

Doch es gehört zu den ureigensten Aufgaben des DOSB, die Spiele ins Land zu holen. Es wird weitergehen, vielleicht mit einer Kandidatur um Winterspiele. Sie sind einfacher zu bekommen als Sommerspiele. Es gibt sie schon bald im Sonderangebot. Die letzten Winterspiele wurden 2014 in Sotschi ausgetragen, ein olympischer Exzess für 50 Milliarden Dollar, 2018 wird Pyeongchang, Südkorea, der Gastgeber sein, danach, 2022, kommt Peking an die Reihe, wo es keine Berge mit Schnee gibt. Puh.

Spätestens nach Peking wird die Sehnsucht groß sein nach echten Winterspielen, wie einst in Lillehammer, St. Moritz und Vancouver. Der DOSB sollte München überreden, sich zur Verfügung zu stellen.

KITTI HAWK / DER SPIEGEL

Dezember





01.12.2015

Neue Aufklärung

Wenige Monate nach Amtsantritt Ende 2013 hat Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen angekündigt, dass sich die Bundesrepublik künftig stärker in der Welt engagieren werde. So kommt es nun wohl auch. Anfang Dezember 2015 beschließt das Bundeskabinett, dass die Luftwaffe mit Tornados Aufklärungsmissionen über Syrien und dem Irak fliegen soll, als Beitrag zum Kampf gegen den IS (die Entscheidung des Bundestags steht bei Redaktionsschluss noch aus). Die Franzosen hatten nach den Attacken auf Paris einen deutschen Beitrag gefordert. Damit wird Angela Merkel wohl nicht als Friedenskanzlerin in die Geschichte eingehen. Sie hatte die Deutschen aus dem Krieg in Libyen herausgehalten und den größten Teil der Truppen aus Afghanistan abgezogen. Doch nun wird sie Deutschland wohl in einen wirren und grausamen Krieg führen, mit einem befremdlichen Kampfgefährten wie Wladimir Putin. Wie fast immer halten sich die Deutschen aus den Kämpfen weitgehend heraus, die Tornados sollen aufklären und nicht schießen, eine Fregatte soll einen französischen Flugzeugträger schützen, der bislang nicht von einer Marine des IS behelligt wurde. Trotzdem ist man nun Kriegspartei. Aber nach den Anschlägen war es kaum möglich, die rachedurstigen Franzosen im Stich zu lassen.



Präsidentschaftsbewerber Trump während eines TV-Interviews

SCOTT OLSON / AFP

Schlechter Witz

USA In den Vereinigten Staaten hat ein extremer und unberechenbarer Wahlkampf begonnen. Außenseiter wie Donald Trump oder Ben Carson profitieren von einer großen Verunsicherung der Gesellschaft. *Von Markus Feldenkirchen*

Tana Goertz steht vor der Wahlkampfzentrale in West Des Moines. Drinnen stapeln sich T-Shirts, Plakate und anderer Schnickschnack mit dem Namen jenes Mannes, der in einem Jahr zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt werden will. Neben dem Haus parkt ein blauer Bus mit riesiger Aufschrift: „Trump“.

Goertz ist ein leicht verglühtes Fernsehsternchen, sie war Finalistin der dritten Staffel von Donald Trumps Reality-TV-Show „The Apprentice“, die in Deutschland mal unter dem Titel „Der Boss“ probiert wurde. Die Rolle Trumps hatte Rainer Calmund übernommen.

In der US-Version, die konstant 20 Millionen Zuschauer hatte, spielte Donald Trump sich selbst, einen milliardenschweren Immobilientycoon, der über Kandidaten richtete, die um einen Job in seinem Unternehmen kämpften. Tana Goertz gefiel ihm damals besonders gut, deshalb darf sie nun Trumps Präsidentschaftswahlkampf in Iowa leiten, wo am 1. Februar 2016 die erste Vorwahl stattfinden wird.

Goertz ist eine fröhliche, in vielem sehr typische Amerikanerin, ein Sonnenschein in rosafarbenem, sehr knapp geschnittenem Stoffkleid, die ständig begeistert „Ohhh my goshhh!“ sagt und fast alles „sooo amazing“ findet. „Bei uns stimmte von Beginn an die Chemie“, sagt Goertz über ihren Boss. „Ich wusste gleich: Oh my gosh, this man is larger than life.“ Man müsse nur sehen, wie Donald Trump ein Restaurant betrete, wie die Menge sich teile. „Diese Präsenz! Diese Dominanz! Ohhh my goshhh!“

Das ist Amerika im Jahr 2015: Eine überkandidelte ehemalige Teilnehmerin eines Reality-TV-Formats darf den Wahlkampf in einem Schlüsselstaat organisieren, für einen Mann, dessen Interesse bislang vor allem seinem Vermögen, seinem Bekanntheitsgrad und einer selbst entwickelten Null-bis-zehn-Skala für Frauenkörper galt. Und all das funktioniert sogar. Die beiden stehen an der Spitze der wohl verrücktesten und erfolgreichsten Kampagne der amerikanischen Wahlkampfgeschichte. Seit Donald Trump im Juni seine Bewerbung verkündet hat, liegt er in fast allen Umfragen an erster Stelle. Auch in Iowa.

„Ich liebe es, wenn meine Konkurrenten zu Boden gehen", sagt Goertz vor ihrer Wahlkampfzentrale in Des Moines. Das teile sie mit Donald Trump. Im Grunde sei die Vorwahl bei den Republikanern wie damals Trumps Reality-Show. „Am Anfang hatte ich auch 17 Konkurrenten. Und wann immer einer ausschied, war ich glücklich."

Leider kann man mit Tana Goertz und den anderen Mitarbeitern der Trump-Kampagne nicht so gut über Politik reden, erst recht nicht über Inhalte. Es wirkt, als sei ihr egal, welche Wirtschafts-, Sozial- oder Einwanderungspolitik die USA künftig betreiben werden. Wie einem großen Teil seiner Anhänger geht es ihr allein um die Person Trump.

Es seien vor allem die Medien, die ständig irgendwelche Inhalte von ihm hören wollten, sagt Donald Trump. Die Bürger seien da weniger scharf drauf. Die würden ihm vertrauen, dass er schon das Richtige machen werde. Dieser Ansatz gipfelt einmal in der Aussage, dass er seine Strategie zum Umgang mit dem „Islamischen Staat" (IS), mit Syrien oder Russland besser nicht öffentlich mache, weil der IS, Syrien und Russland dann ja schon wüssten, mit welchen Zielen er später in Gespräche, Verhandlungen oder Kriege gehen werde. Man müsse ihm eben vertrauen.

Zwei wichtige Dinge habe sie von Trump gelernt, sagt Goertz. Der erste Finger flippt in die Luft: „Du darfst dich niemals über den Tisch ziehen lassen!" Und der zweite Finger: „Wenn du den Leuten nicht selbst sagst, warum du toll bist, werden sie es niemals erfahren." Es sind auch diese zwei Grundsätze, mit denen Donald Trump durch seinen Wahlkampf pflügt.

Wer politische Comedy mag, der ist beim Vorwahlkampf der Republikaner bislang voll auf seine Kosten gekommen. Das Problem ist nur, dass die Witzbolde tatsächlich Präsident werden wollen. Dass sie ihre Gags nicht als Gag verstehen. Und dass zumindest zwei von ihnen, der frühere Neurochirurg Ben Carson und Donald Trump, tatsächlich Chancen haben, von ihrer Partei als Präsidentschaftskandidat nominiert zu werden. Es hat schon in früheren Vorwählkämpfen schräge Kandidaten gegeben, die kurz für Aufsehen sorgten. Aber deren Erfolg währte jeweils nur wenige Wochen, sie waren Sommerlochhelden. Trump und Carson lagen Anfang Dezember immer noch an der Spitze des 14-köpfigen Bewerberfelds, Trump sogar mit großem Abstand.

Hätten sie keine ernsten Absichten, wäre es urkomisch, was die beiden etwa außenpolitisch anzubieten haben. Carson erzählt gelegentlich, dass China bekanntlich militärisch in Syrien interveniert habe, wobei er diese Informationen so exklusiv hat, dass nicht mal die Chinesen davon wissen. Auf Nachfrage konnte er zudem kein Land nennen, mit dem er eine Koalition bilden würde, um den IS zu bekämpfen.

Zwei seiner Top-Berater haben inzwischen öffentlich bekannt, dass ihr Bewerber bei zentralen außenpolitischen Fragen leider große Verständnisprobleme habe und auch intensive Schulungen bislang kaum Besserung gebracht hätten. „Wir müssen wöchentlich Telefonkonferenzen abhalten, um ihn schlau zu machen."

Trump sagt, bis er im Amt sei, werde er über die Krisen der Welt schon Bescheid wissen. Auf die Frage, wessen außenpolitischen Rat er einhole, erklärte er einmal: „Ich schaue mir gern Talkshows im Fernsehen an." Dort würden ja etliche Experten auftreten. Offenbar hört er nicht mal denen richtig zu. Die iranischen Kuds-Brigaden verwechselte er neulich mit den Kurden, die Hisbollah mit der Hamas. Zu allen Konflikten, bei denen der russische Präsident Wladimir Putin involviert ist, sagt Trump nur, dass es mit Russland unter einem Präsidenten Trump keine Probleme geben werde, denn: „Ich glaube, Putin und ich werden uns sehr gut verstehen." Als Beleg für diese These erwähnt Trump gern, dass „wir beide in der Fernsehsendung ‚60 Minutes' waren". Richtig daran ist lediglich, dass sie beide für dieselbe Sendung interviewt worden waren – an völlig verschiedenen Orten.

Zu Carsons besten Gags gehören historische Vergleiche, etwa der von Adolf Hitlers Diktatur mit der Obama-Regierung oder der zwischen der Gesundheitsreform des Präsidenten und dem Unrecht der Sklaverei. Amüsant war auch, als er behauptete, dass es Hitler damals verdammt schwer gehabt hätte, wenn es in Deutschland nicht so strenge Waffengesetze gegeben hätte.

Carson sagt zudem, dass Homosexualität eine Frage des Willens und der Wahl sei und nicht etwa eine angeborene Neigung. Sein Beleg: „Viele Leute, die ins Gefängnis gehen, betreten den Knast als Heterosexuelle – und wenn sie rauskommen, sind sie schwul. Also, ist da etwas passiert, während sie einsaßen? Fragen Sie sich das mal!"

Carson hat als Neurochirurg gute Arbeit geleistet. Mit Politik, Geschichte oder anderen Naturwissenschaften konnte er sich in dieser Zeit offenkundig nicht befassen. Der Urknall sei ein Märchen, und die Theorie, dass es eine Evolution gebe, sei eine Erfindung des Teufels, behauptet Carson. Den Klimawandel will er nicht direkt leugnen, sagt aber, er sei „irrelevant". Und: „Es wird immer entweder kälter oder wärmer werden."

Donald Trump setzt auf eine andere Art von Humor, auf eine groteske Form des Selbstlobs zum Beispiel: „Ich bin ein wirklich kluger Typ", sagt er gern. „Ich hab's einfach sehr gut gemacht im Leben." Er sagt auch: „Häufig, wenn ich mit den Top-Frauen der Welt geschlafen habe, habe ich zu mir selbst gesagt: Kannst du glauben, was du hier bekommst?" Trumps erfolgreichste Pointe in diesem Wahlkampf ist jedoch die Ankündigung, eine 3000 Kilometer lange Mauer zwischen den USA und Mexiko zu bauen, so groß und schön wie die Chinesische Mauer. Zugleich verspricht er dann auch noch, dass Mexiko den Bau dieser Mauer finanzieren werde.

Das Komischste an diesem Wahlkampf sind allerdings nicht die Bewerber selbst,



MIKE KITTRELL / AP / DPA

Carson-Wahlwerbung: Als Neurochirurg gute Arbeit geleistet

sondern der Umstand, dass so viele Republikaner sie für präsidiabel halten.

In den Umfragen erreichen Trump und Carson zusammen rund 50 Prozent Zustimmung. Erfahrene Politiker wie Jeb Bush, Marco Rubio, Chris Christie oder Lindsey Graham, die bereits als Gouverneur oder Senator tätig waren und besonnener daherkommen, liegen weit abgeschlagen dahinter. Es scheint, als hätten nur diejenigen eine Chance, die nie ein politisches Amt innehatten und Washington idealerweise nicht mal als Tourist kennengelernt haben. Die Wut der Bürger auf ihr politisches System und dessen Protagonisten in der Hauptstadt hat bedrohliche und demokratiegefährdende Formen angenommen.

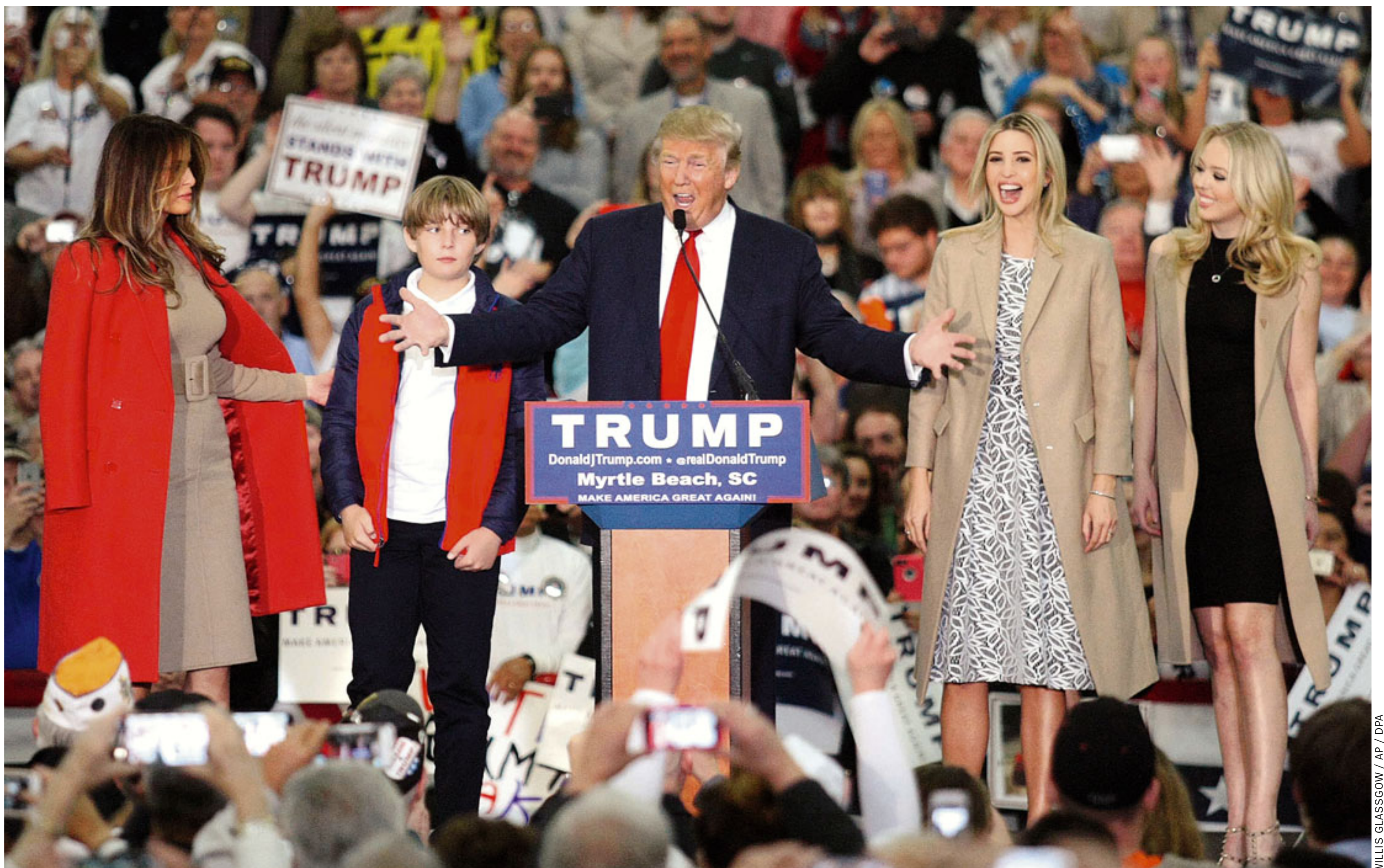
Von dieser Stimmung profitieren die Radikalen und Unwahrscheinlichen. Der Wahlkampf ist somit ein Indikator für den Zustand der amerikanischen Politik und das Klima der Gesellschaft. Er offenbart viel über die mentale Lage des Landes, über die Stimmung der Bürger, ihre Ängste, Prioritäten, ihren Informations- und Bildungsstand. Er trifft Amerika in einer Identitätskrise, einer Phase der Verunsicherung und des Selbstzweifels.

Viele Bürger hadern mit der Verfasstheit ihres Staates, mit dem Wirtschaftssystem, das trotz beachtlichen Wachstums nur noch die Reichsten begünstigt; mit den Politikern, die sich in Washington selbst blockieren und unter massivem Einfluss von Lobbyisten stehen; mit den US-Medien, die in Amerika schon als Lügenpresse galten, bevor die Pegida-Leute den Begriff auf Deutsch gebraucht haben.

In solchen Phasen der Verunsicherung steigt das Bedürfnis nach einfachen Lösungen, und es wächst der Wunsch nach einem starken Mann. Vor allem Trump bedient diese Sehnsucht bis zur Lächerlichkeit. „Wir werden von Schwächlingen und Verlierern regiert“, sagt er. „Mit mir als Präsident werden wir endlich wieder Siege feiern – so viele Siege, dass uns langweilig wird vor lauter Siegen.“

Der Erfolg von Trump und Carson ist zudem Folge eines dramatischen Wandels der Republikanischen Partei. Mit ihren drastischen und realitätsfernen Vorschlägen bedient sie eine Basis, die sich in den vergangenen Jahren selbst radikalisiert hat und immer weiter nach rechts abgedriftet ist. Die heutigen Republikaner haben kaum noch etwas gemeinsam mit der konservati-

Wer politische Comedy mag, der ist beim Vorwahlkampf der Republikaner bislang voll auf seine Kosten gekommen.



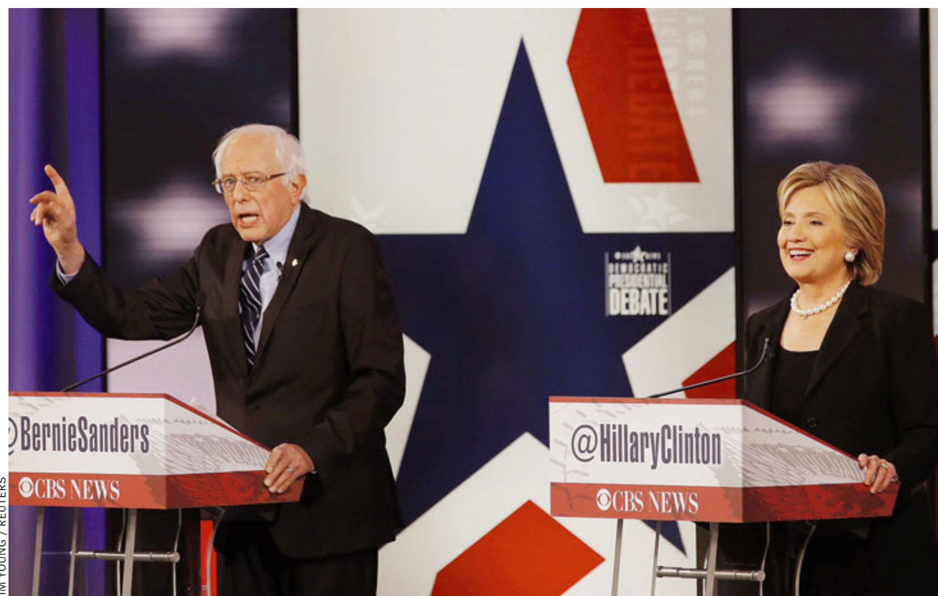
WILLIS GLASSGOW / AP / DPA

Wahlkämpfer Trump*: „Ich hab’s einfach sehr gut gemacht im Leben“

ven, aber verlässlichen Partei der Vergangenheit. Selbst George W. Bush wäre großen Teilen der heutigen Mitgliedschaft zu brav und zu bieder. Diese Entwicklung begann nach den Bush-Jahren mit dem Aufstieg der Tea-Party-Bewegung, die den Hass vieler Amerikaner auf „Washington“ aufgriff und befeuerte. Es ist der Hass jener, die sich von nahezu allen verraten fühlen, von „der Wirtschaft“, „der Politik“, „den Medien“, und die nebenbei Einwanderer und Illegale als Schuldige für ihr eigenes Schicksal ausgemacht haben.

Niemand hat diese fremdenfeindliche Grundstimmung skrupelloser aufgegriffen als Trump. Setzte er zunächst darauf, die Immigranten aus Lateinamerika zu stigmatisieren, indem er sie als Drogenhändler und Vergewaltiger charakterisierte, müssen nach den Terroranschlägen von Paris vor allem die Muslime dran glauben. Würde die Abkürzung auf Englisch Sinn ergeben, könnte man die Republikaner als größte Pegida-Bewegung der Welt bezeichnen.

Politikverdrossenheit und ein gewisser Hang zur Radikalisierung machen sich ebenfalls bei den Demokraten bemerkbar, wenn auch in abgeschwächter Form. Anders als bei den Republikanern mit ihren anfangs 17 Bewerbern ist das Feld der Demokraten übersichtlich. Die Favoritin Hillary Clinton hat zu Beginn der heißen Phase nur noch zwei Konkurrenten, einer davon heißt Martin O'Malley – von dem haben selbst die meisten Amerikaner noch nie gehört.



JIM YOUNG / REUTERS

Kontrahenten Sanders, Clinton: Hillarys Schwachstelle sind ihre Glaubwürdigkeitswerte

Clintons Schwachstelle sind ihre Glaubwürdigkeitswerte. Viele Amerikaner, auch Demokraten, trauen ihr im Grunde jeden kriminellen Akt zu, der ihrem persönlichen Vorteil dienen könnte. Andererseits wissen die Bürger, dass mit Clinton der größte Profi ins Weiße Haus einziehen würde. Zudem haben Amerikaner eine gewisse Freude daran, Geschichte zu schreiben. Clinton wirbt offensiv damit, dass mit ihr die erste Präsidentin der Vereinigten Staaten gewählt werden könnte.

Dennoch ist erstaunlich, dass ihr ein Mann Probleme bereitet, der wenig von dem mitbringt, was man bislang benötigte, um als Präsidentschaftsbewerber ernst genommen zu werden. Bernie Sanders, ein 74-jähriger Senator aus Vermont, der sich selbst als Sozialist bezeichnet, gerät bei Auftritten ständig mit den Seiten seines Redemanuskripts durcheinander, während seine Arme wild in der Luft herumfuchteln. Bei Sanders wirkt alles improvisiert und unprofessionell, allein das macht ihn zu einem authentischen Gegenentwurf zu Hillary Clinton mit ihrer perfekten Wahlkampfmaschine.

Wie Trump und Carson profitiert auch Sanders von der tief sitzenden Abneigung vieler Amerikaner gegen das politische System und die Ergebnisse, die es hervorbringt. Doch anders als die meisten Republikaner beschränkt sich Sanders nicht auf vulgäre Schimpfworte und das Schüren antielitärer Ressentiments. Er zitiert so viele Zahlen und Studien, dass seine Wahlkampfreden oft einem wissenschaftlichen Vortrag gleichen. Trotzdem wollen ihn die Menschen hören. In den liberalen Hochburgen des Westens etwa strömten 70 000 Menschen zu gerade mal drei Veranstaltungen.

Sanders adressiert das Schicksal von Millionen Arbeitern und Angestellten, die in den vergangenen Jahrzehnten im Schnitt immer weniger verdienten, während die Reichen immer reicher wurden. Das Jahreseinkommen einer typischen Familie aus der Mittelschicht ist seit 1999 um fast 5000 Dollar gesunken. Berücksichtigt man die Inflation, verdiente ein männlicher Arbeiter im vergangenen Jahr im Schnitt 783 Dollar weniger als vor 42 Jahren. Den Reichsten des Landes geht es hingegen blendend. Die oberen 0,1 Prozent besitzen fast so viel wie die unteren 90 Prozent. Allein die Familie Walton, Gründer der Supermarktkette Walmart, verfügt über ein Vermögen von 149 Milliarden Dollar. Damit besitzt sie etwa so viel wie die unteren 42 Prozent zusammen.

Dass kaum ein Politiker dagegen vorgeht, hat auch damit zu tun, dass die Superreichen des Landes mehr denn je in die Kampagnen einzelner Bewerber investieren. Dass sie inzwischen kaum noch Beschränkungen unterliegen und unbegrenzt hohe Summen an die „Super Pacs“ genannten Unterstützergruppen spenden können, ist Folge des „Citizens United“-Urteils des Supreme Court von 2010. Politische Spenden seien eine Form der freien Meinungsäußerung, man dürfe sie daher nicht deckeln, argumentierten damals die fünf Richter, die von republikanischen Präsidenten nominiert worden waren.

Erst in diesem Präsidentschaftswahlkampf werden die Folgen der Entscheidung in vollem Ausmaß sichtbar. Allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres erhielten die Bewerber und ihre Super Pacs fast 400 Millionen Dollar, weit mehr als in vergangenen Wahlkämpfen. Das Auffälligste aber ist, dass rund die Hälfte dieses Geldes von einer kleinen Gruppe schwerreicher Familien und deren Unternehmen stammt.

„Einen kompletten Umsturz unseres politischen Systems“ diagnostizierte jüngst der frühere US-Präsident Jimmy Carter. Die Vereinigten Staaten sind für ihn „nur noch eine Oligarchie“. „Unbegrenzte Summen an Bestechungsgeldern“ seien Voraussetzung, um in politische Ämter zu gelangen.

Nur Trump und Sanders verzichten bislang im Wahlkampf auf größere Zuwendungen von Super Pacs und Superreichen. Statt von wenigen Milliardären wird Sanders von unzähligen Kleinspendern unterstützt, die im Schnitt gut 30 Dollar aufbringen. Trump hingegen ist bereit, einen Teil seines auf zehn Milliarden Dollar geschätzten Vermögens einzusetzen. Beide gelten in den Augen vieler Amerikaner deshalb als unabhängig und unbestechlich. Neben anderen Gründen ist dies wohl die beste Erklärung – und ein Armutszeugnis für die amerikanische Politik.

* Mit Ehefrau Melania (l.), Sohn Barron und den Töchtern Ivanka und Tiffany am 24. November in Myrtle Beach, South Carolina.

Mach Männchen

Spielzeug Playmobil behauptet sich seit mehr als 40 Jahren in den Kinderzimmern. Nach dem Tod des Inhabers soll die Marke behutsam modernisiert werden.

Die Karriere des Playmobil-Männchens zeigt, wie man es auch ohne großen Einsatz weit bringen kann. Denn verglichen mit anderen Kinderzimmerbewohnern zählt es eindeutig zu den Leistungsverweigerern.

Andere Spielzeuge rasen, fliegen, blinken, flirren, plappern. Nicht so das Playmobil-Männchen. Es macht keine Geräusche, Arme und Beine sind durchgedrückt und steif, sie bewegen sich nur mit menschlicher Hilfe, und auch dann nur sehr eingeschränkt, was nicht gerade elegant aussieht.

Richtig gut kann es eigentlich nur stehen und sitzen. All das trifft natürlich auch auf das Playmobil-Weibchen zu.

Vermutlich sind es gerade diese Unzulänglichkeiten, die Playmobil bis heute bei Kindern populär machen. Lego-Männchen, die Figuren aus dem neuen „Star Wars"-Film nachempfunden sind, mögen derzeit zwar an Beliebtheit schwer zu überbieten sein. Auch per App gesteuerte Roboter sind in ihrer technischen Perfektion unschlagbar. Playmobil hingegen fordert die Fantasie; und je weniger eine Figur kann, desto mehr Raum lässt sie für eigene Ideen.

Über die Hälfte seines Geschäfts macht Playmobil in Deutschland in den Wochen vor Weihnachten. Dass Jahr für Jahr Ritterburgen und Westernstädte samt Personal unterm Baum liegen, ist nicht nur dem Umstand geschuldet, dass Eltern brav Wunschzettel abarbeiten, sondern auch ihrer Erinnerung an die eigene Kindheit, die bisweilen in Verklärung umschlägt.

Playmobil zeigt die Welt aus der Vogelperspektive. Alles ist übersichtlich, auch die größten Konflikte lassen sich leicht lösen, ein Handgriff genügt. Indianer und Cowboys umarmen sich, der Ritter rettet das Burgfräulein – so viel Macht wie ein Kind, das Figürchen hin und her schiebt, hat der Mensch später nie wieder.

Playmobil gibt es seit 1974. Die Figuren sehen heute aus wie damals, Größe und Proportionen haben sich nicht verändert. Einen Polizisten der ersten Generation kann man in einen Streifenwagen von 2015 stecken oder ihm eine fabrikneue Kelle in die Hand drücken. Man kann dem Schutzmann auch ein Piratenkopftuch aufsetzen und ihn mit einer Playmobil-Rakete abheben lassen. Anything goes, die Postmoderne im Kinderzimmer.

Dass Playmobil sich immer nur behutsam modernisiert, soll auch nach dem Tod des Inhabers Horst Brandstätter so bleiben. Brandstätter starb Anfang Juni im Alter von 81 Jahren.

Zirndorf, eine Kreisstadt bei Nürnberg, Herbst 2015. Die Zentrale des Playmobil-Herstellers Geobra Brandstätter liegt leicht erhöht, eine Kette weißer Gebäude, deren Charme eher an ein Klinikum erinnert. Das Verwaltungsgebäude, bezogen 1990, wird gerade grundsaniert, Teppiche werden herausgerissen, Wände versetzt.

Brandstätters Büro bleibt unangetastet. „Hier soll nie wieder jemand einziehen", sagt Vorstand Judith Weingart. Schon deshalb, weil niemand an die Stelle des verstorbenen Alleininhabers treten wird. Das Patriarchat ist der Teamarbeit gewichen, eine Stiftung hat Brandstätters Aufgaben übernommen, sie kontrolliert die drei Vorstände. Seinen beiden Söhnen, die eine Zeit lang im Betrieb mitarbeiteten, hat Brandstätter die Leitung nicht zugetraut.

Respekt vor dem Playmobil-Vater ist erwünscht, Ehrfurcht nicht. „Treten S' ruhig ein, er kummt net", sagt einer von Horst Brandstätters Vertrauten vor der Tür zum einstigen Chefbüro. Ein anderer sagt: „Weiß mer's?"

Brandstätter kummt net. Er ist schon da, als großes Schwarzweißfoto, das nach seinem Tod hier aufgestellt wurde, es zeigt einen gütig lächelnden Pulloverträger mit Schnurrbart und Glatze. An der Wand hängt seine Sammlung von Sinnsprüchen in DIN A4. Einer davon behauptet, der Weg zum Reichtum bestehe aus Arbeit und Sparsamkeit; ein weiterer, dass ein Chef nicht alle Fehler allein machen solle, sondern noch welche für seine Mitarbeiter übrig lassen müsse. Auf der Fensterbank liegt ein Karton mit einer Kameradrohne, für die der Senior sich zuletzt begeistert hatte.

In der Firma hieß Horst Brandstätter nur „der Hob". In der Zeit zwischen Mai und Oktober kam er bis zu seinem Tod täglich ins Büro, meist in Adiletten. Mit großer Ausdauer heftete er Unterlagen in Schnellheftern ab und verteilte Zeitungsausrisse an Mitarbeiter, Anregungen für neue Playmobil-Figuren. Das Winterhalbjahr verbrachte Brandstätter auf seinem Anwesen in Florida, weil es sich bei Sonnenschein angenehmer golfen lässt. Von dort aus faxte er jeden Tag 30 bis 40 handbeschriebene Seiten mit Anweisungen, was zu tun sei zu Hause in Zirndorf.

Man darf sich Brandstätter durchaus als verschroben vorstellen, aber Judith Weingart sagt: „Der Hob war nie rückwärtsgewandt. Er hat uns immer gepredigt, dass sich die Firma verändern muss. Und zwar jeden Tag ein bisschen."

Als Playmobil auf den Markt kam, hießen die Konkurrenten um die Aufmerksamkeit der Kinder „Die Sendung mit der Maus" oder Pumuckl. Heute müssen sich die Playmobil-Figuren gegen Smartphones oder Spielekonsolen behaupten. Wer bei Google „play" eingibt, erhält als ersten Suchvorschlag „Playstation" und erst als dritten oder vierten „Playmobil".

Mit dem Zeitgeist geflirtet hat die Marke immer wieder. Zur Weltmeisterschaft 2006 kamen Fußballspieler im Deutschlandtrikot auf den Markt, seit 2010 gibt es Figuren in Badehose oder Bikini und seit 2012 eine schwangere Playmobil-Frau; Kinder sind ja immer früher immer aufgeklärter. Das Rollenbild ist hingegen eher traditionell. Frauen kommen vorwiegend als Erzieherinnen oder Mütter vor. Oder gleich als Prinzessin.



WOLF HEIDER-SAWALL

Playmobil-Inhaber Brandstätter in Zirndorf 2011

Zu den jüngsten Neuerungen zählt eine Kanone. Sie ist mit einer App verbunden, mittels deren man virtuelle Schiffe auf dem Bildschirm eines Smartphones versenken kann. Die Figuren selbst kommen aber nach wie vor ohne technische Finessen aus. „Wir haben vieles diskutiert", sagt Technikvorstand Robert Benker, „aber wir sind immer wieder davon abgekommen."

Produziert wird Playmobil ausschließlich in Europa. Auf Malta, in Tschechien und Spanien – und der Großteil in Deutschland, vor allem knifflige Teile. Etwa die Oberkörper der Playmobil-Babys, die vor einem Jahr generalüberholt wurden und

ANDIA / VISUM



Brandstätter, Entwickler Beck 1975
Ein Produkt der Ölkrise



ANDIA / VISUM

Produktion im Werk auf Malta
Szenen wie im Schlachthof



BENJAMIN BEYTEKIN / PICTURE ALLIANCE / DPA

Playmobil-Funpark in Zirndorf
Umkehrung der Verhältnisse

seither menschlichere Gesichter haben, Greifhände und Strähnchen im Haar. Die Unterkörper hingegen sind, von neuen Windeln abgesehen, gleich geblieben, also Routine, deshalb werden sie auf Malta hergestellt. Zusammengesetzt wird das Baby in Deutschland.

Dietenhofen, 20 Kilometer westlich von Zirndorf. Pro Tag werden hier bis zu zehn Millionen Einzelteile aus farbigem Kunststoff gespritzt. In Silos auf dem Hof lagert das Granulat, die Farben heißen: Lufthansablau, Tahitiblau, Tannengrün, Hospitalgrün, Schockrot, Verkehrsrot. Unterirdische Rohrleitungen transportieren die Körnchen in die Werkshalle, wo sie geschmolzen werden.

In der Halle tuckert und rauscht es. Eine Maschine spritzt in drei Schritten kleine Playmobil-Pinguine: Orange für den Schnabel, Weiß, schließlich Schwarz. Eine andere spuckt Drachenfüße aus. Von Bändern rollen Pferdeköpfe ohne Pferd und Kühe ohne Kopf, es sind Szenen wie in einem Schlachthof.

Dass es Playmobil überhaupt gibt, hängt mit der Ölkrise von 1973 zusammen. Sie hatte den Spielzeugproduzenten Geobra ins Schleudern gebracht, der in den Fünfzigerjahren mit Hula-Hoop-Reifen groß geworden war, aber damals auch Sparschweine und Traktoren aus Plastik anfertigte.

Horst Brandstätter, der das von seinem Urgroßvater gegründete Unternehmen seit Ende der Sechzigerjahre leitete, verlangte von seinem Chefentwickler Hans Beck ein Spielzeug, das wenig Material braucht – und sich ständig erweitern lässt. Beck entwarf Männchen, die mit 7,5 Zentimetern perfekt in eine Kinderhand passen, zwei Jahre später bekamen sie weibliche Gesellschaft. Die Prototypen hatten noch eine Nase, doch Kinder hielten sie deswegen für Clowns. Auch waren ihre Beine einzeln beweglich, wodurch sie jedoch leicht brachen.

Robert Benker, der technische Leiter, macht gern den Witz, Playmobil sei „Deutschlands größter Waffenproduzent". Wegen der vielen Schwerter, Pistolen, Säbel und Kanonen – was man eben so braucht als Ritter, Cowboy, Pirat.

Aber nasenlose Seeräuber mit Helmfrisur wirken auch mit dem größten Säbel noch harmlos. Playmobil würde nie Gewalt zur Schau stellen oder verherrlichen. Auch Drogen sind tabu. Sogar der Bierkasten wurde abgeschafft, den die Bauarbeiterfiguren früher standardmäßig bei sich trugen. Schließlich sollen auch sie Vorbilder sein.

Dass ein Pfarrer vor einigen Jahren Bibelstellen mit Playmobil illustrierte und die Bilder ins Netz stellte, begrüßte man im Unternehmen zunächst. Dann aber machte er ein Männchen und ein Weibchen zu Nackedeis, indem er sie beige anmalte und ihnen wie Adam und Eva ein Blatt in den Schritt steckte. Eine andere Figur nagelte er ans Kreuz; ihre Arme hatte er dafür mit einem Föhn erhitzt, sodass sie sich biegen ließen. Das ging Playmobil zu weit. Die Firma stoppte das Projekt und wehrte sich juristisch gegen das Erscheinen einer geplanten „Playmobibel".

Kindliche Fantasien hingegen sollen unbegrenzt blühen dürfen. Playmobil-Chefin Weingart sagt: „Die Kinder sind die Regisseure von Stücken, die sie sich selbst ausgedacht haben." Playmobil bedeutet die Umkehrung der Verhältnisse: Die Welt ist plötzlich klein, die Kinder sind groß. Wie in Gullivers Reise nach Liliput.

Erwachsene wiederum kaufen Playmobil längst nicht mehr nur für ihren Nachwuchs. Es gibt Sammler, die aus Tausenden Playmobil-Dinosauriern oder -Zirkusfiguren eigene Welten errichten, so wie andere Menschen sich an Zinnsoldaten oder Gartenzwergen erfreuen. In den vergangenen Jahren kamen Produkte speziell für Erwachsene auf den Markt, zuletzt Martin Luther und ein Porsche. Angela Merkel im roten Blazer gibt es bislang nur zweimal, das war ein Geschenk für Horst Seehofer, den Modelleisenbahnfan und bayerischen Ministerpräsidenten.

Der Umsatz von Playmobil ist in den vergangenen Jahren auf rund 600 Millionen Euro gestiegen. International erfolgreicher jedoch ist der Konkurrent Lego. Auch deshalb, weil der dänische Steinchenproduzent immer wieder große Kinostoffe adaptiert wie „Harry Potter" oder jetzt „Star Wars".

Brandstätter verweigerte sich dem mit der Begründung, die Lizenzen seien zu teuer, ohnehin seien Filme nur für eine gewisse Zeit in Mode. Zudem schränkten Filmfiguren die Fantasie der Kinder ein. Am Erfolg des Kinohits „Fluch der Karibik" partizipierte Brandstätter indirekt, indem er zeitgleich neue Piraten auf den Markt brachte.

In diesem Jahr kam erstmals eine Serie ins deutsche Fernsehen, die von Playmobil inspiriert wurde, sie heißt „Super 4" und läuft auf dem Disney Channel. Brandstätter hat das Projekt noch mit angeschoben. Nach dem Erfolg des ersten Lego-Films im Jahr 2014 soll es auch einen mit Playmobil-Helden geben, ebenfalls 3-D-animiert, Kinostart: voraussichtlich 2018.

Die größte Veränderung ereignete sich jedoch in diesem Herbst. Sie ging einher mit der Produktion einer Eishockey-Arena fürs bevorstehende Weihnachtsgeschäft. Damit die Spieler glaubhaft wirken, sind ihre Arme sowie ein Bein angewinkelt. Eine marginale anatomische Veränderung, für Playmobil jedoch eine kleine Sensation.

Alexander Kühn



Video:
So entsteht Playmobil

spiegel.de/jc2015playmobil
oder in der App DER SPIEGEL

DER SPIEGEL

Impressum

Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon 040 3007-0 · Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion) **E-Mail** spiegel@spiegel.de

HERAUSGEBER Rudolf Augstein (1923 – 2002)

CHEFREDAKTEUR Klaus Brinkbäumer (V. i. S. d. P.)

STELLV. CHEFREDAKTEURE Susanne Beyer, Dirk Kurbjuweit, Alfred Weinzierl

HAUPTSTADTBÜRO *Leitung:* René Pfister, Michael Sauga, Christiane Hoffmann (stellv.). *Redaktion Politik und Wirtschaft:* Dr. Melanie Amann, Sven Böll, Markus Dettmer, Horand Knaup, Ann-Katrin Müller, Ralf Neukirch, Gordon Repinski, Cornelia Schmergal, Christoph Schult, Anne Seith, Britta Stuff, Gerald Traufetter. *Autoren, Reporter:* Markus Feldenkirchen, Konstantin von Hammerstein, Marc Hujer, Alexander Neubacher, Christian Reiermann, Marcel Rosenbach

DEUTSCHLAND *Leitung:* Cordula Meyer, Dr. Markus Verbeet, Annette Großbongardt (stellv.); Hans-Ulrich Stoldt (Meldungen). *Redaktion:* Michael Fröhlingsdorf, Hubert Gude, Carsten Holm, Charlotte Klein, Petra Kleinau, Guido Kleinhubbert, Bernd Kühnl, Gunther Latsch, Udo Ludwig, Miriam Olbrisch, Andreas Ulrich, Wolf Wiedmann-Schmidt, Antje Windmann. *Autoren, Reporter:* Jürgen Dahlkamp, Jan Fleischhauer, Gisela Friedrichsen, Julia Jüttner, Beate Lakotta, Bruno Schrep, Katja Thimm, Dr. Klaus Wiegrefe

Berliner Büro *Leitung:* Frank Hornig. *Redaktion:* Sven Becker, Markus Deggerich, Maximilian Popp, Sven Röbel, Michael Sontheimer, Andreas Wassermann, Peter Wensierski. *Autoren, Reporter:* Stefan Berg, Martin Knobbe, Jörg Schindler

WIRTSCHAFT *Leitung:* Armin Mahler, Susanne Amann (stellv.), Markus Brauck (stellv.). *Redaktion:* Simon Hage, Isabell Hülsen, Alexander Jung, Nils Klawitter, Alexander Kühn, Martin U. Müller, Ann-Kathrin Nezik, Jörg Schmitt. *Autoren, Reporter:* Dietmar Hawranek, Michaela Schießl

AUSLAND *Leitung:* Britta Sandberg, Juliane von Mittelstaedt (stellv.), Mathieu von Rohr (stellv.). *Redaktion:* Dieter Bednarz, Manfred Ertel, Katrin Kuntz, Jan Puhl, Sandra Schulz, Samiha Shafy, Helene Zuber. *Autoren, Reporter:* Marian Blasberg, Clemens Höges, Ralf Hoppe, Susanne Koelbl, Dr. Christian Neef (Moskau), Christoph Reuter

WISSENSCHAFT UND TECHNIK *Leitung:* Rafaela von Bredow, Olaf Stampf. *Redaktion:* Dr. Philip Bethge, Manfred Dworschak, Katrin Elger, Marco Evers, Dr. Veronika Hackenbroch, Laura Höflinger, Julia Koch, Kerstin Kullmann, Hilmar Schmundt, Matthias Schulz, Frank Thadeusz, Christian Wüst. *Autor:* Jörg Blech

KULTUR *Leitung:* Lothar Gorris, Sebastian Hammelehle (stellv.). *Redaktion:* Tobias Becker, Lars-Olav Beier, Anke Dürr, Maren Keller, Ulrike Knöfel, Tobias Rapp, Daniel Sander, Katharina Stegelmann, Claudia Voigt, Martin Wolf. *Autoren, Reporter:* Georg Diez, Dr. Martin Doerry, Wolfgang Höbel, Thomas Hüetlin, Dr. Joachim Kronsbein, Dr. Nils Minkmar, Elke Schmitter, Volker Weidermann, Marianne Wellershoff

GESELLSCHAFT *Leitung:* Ullrich Fichtner, Matthias Geyer, Barbara Supp (stellv.). *Redaktion:* Fiona Ehlers, Özlem Gezer, Hauke Goos, Barbara Hardinghaus, Ansbert Kneip, Dialika Neufeld, Bettina Stiebel, Jonathan Stock. *Reporter:* Uwe Buse, Jochen-Martin Gutsch, Guido Mingels, Alexander Osang, Cordt Schnibben, Alexander Smoltczyk

SPORT *Leitung:* Gerhard Pfeil, Michael Wulzinger. *Redaktion:* Rafael Buschmann, Lukas Eberle, Maik Großekathöfer, Detlef Hacke, Jörg Kramer

SONDERTHEMEN *Leitung:* Dietmar Pieper, Dr. Susanne Weingarten (stellv.); *Redaktion:* Annette Bruhns, Angela Gatterburg, Uwe Klußmann, Joachim Mohr, Bettina Musall, Dr. Johannes Saltzwedel, Dr. Eva-Maria Schnurr

KOORDINATION INVESTIGATIV Jürgen Dahlkamp (juergen_dahlkamp@spiegel.de), Jörg Schmitt (joerg_schmitt@spiegel.de)

KOORDINATION MEINUNG Markus Feldenkirchen, Christiane Hoffmann

MULTIMEDIA Jens Radü; Alexander Epp, Roman Höfner, Marco Kasang, Bernhard Riedmann

CHEF VOM DIENST Thomas Schäfer, Anke Jensen (stellv.)

SCHLUSSREDAKTION Gesine Block; Christian Albrecht, Regine Brandt, Lutz Diedrichs, Bianca Hunekuhl, Ursula Junger, Sylke Kruse, Maika Kunze, Katharina Lüken, Stefan Moos, Reimer Nagel, Manfred Petersen, Fred Schlotterbeck, Sebastian Schulin, Tapio Sirkka, Ulrike Wallenfels

PRODUKTION Solveig Binroth, Christiane Stauder, Petra Thormann; Christel Basilon, Petra Gronau, Martina Treumann

BILDREDAKTION Michaela Herold (Ltg.), Claudia Jeczawitz, Claus-Dieter Schmidt; Sabine Döttling, Torsten Feldstein, Thorsten Gerke, Andrea Huss, Antje Klein, Elisabeth Kolb, Matthias Krug, Parvin Nazemi, Peer Peters, Anke Wellnitz

E-Mail: bildred@spiegel.de

SPIEGEL Foto USA: Susan Wirth, Tel. +1 212 3075948

GRAFIK Martin Brinker, Johannes Unselt (stellv.); Cornelia Baumermann, Ludger Bollen, Thomas Hammer, Anna-Lena Kornfeld, Gernot Matzke, Cornelia Pfauter, Julia Saur, Michael Walter

LAYOUT Wolfgang Busching, Jens Kuppi, Reinhilde Wurst (stellv.); Michael Abke, Katrin Bollmann, Claudia Franke, Bettina Fuhrmann, Ralf Geilhufe, Kristian Heuer, Louise Jessen, Nils Küppers, Sebastian Raulf, Barbara Rödiger, Doris Wilhelm

Sonderhefte: Rainer Sennewald

TITELBILD Suze Barrett, Arne Vogt; Svenja Kruse, Iris Kuhlmann, Gershom Schwalfenberg

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

BERLIN Pariser Platz 4a, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft Tel. 030 886688-100, Fax 886688-111; Deutschland, Wissenschaft, Kultur, Gesellschaft Tel. 030 886688-200, Fax 886688-222

DRESDEN Steffen Winter, Wallgäßchen 4, 01097 Dresden, Tel. 0351 26620-0, Fax 26620-20

DÜSSELDORF Frank Dohmen, Barbara Schmid, Fidelius Schmid, Benrather Straße 8, 40213 Düsseldorf, Tel. 0211 86679-01, Fax 86679-11

FRANKFURT AM MAIN Matthias Bartsch, Martin Hesse, Simone Salden, An der Welle 5, 60322 Frankfurt am Main, Tel. 069 9712680, Fax 97126820

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. 0721 22737, Fax 9204449

MÜNCHEN Dinah Deckstein, Anna Kistner, Conny Neumann, Rosental 10, 80331 München, Tel. 089 4545950, Fax 45459525

STUTTGART Jan Friedmann, Büchsenstraße 8/10, 70173 Stuttgart, Tel. 0711 664749-20, Fax 664749-22

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

BOSTON Johann Grolle, 25 Gray Street, 02138 Cambridge, Massachusetts, Tel. +1 617 9452531

BRÜSSEL Peter Müller, Christoph Pauly, rue Le Titien 28, 1000 Brüssel, Tel. +32 2 2306108, Fax 2311436

KAPSTADT Bartholomäus Grill, P. O. Box 15614, Vlaeberg 8018, Kapstadt, Tel. +27 21 4261191

KIEW Luteranska wul. 3, kw. 63, 01001 Kiew, Tel. +38 050 3839135

LONDON Christoph Scheuermann, 26 Hanbury Street, London E1 6QR, Tel. +44 203 4180610, Fax +44 207 0929055

MADRID Apartado Postal Número 100 64, 28080 Madrid, Tel. +34 650652889

MOSKAU Matthias Schepp, Glasowskij Pereulok Haus 7, Office 6, 119002 Moskau, Tel. +7 495 22849-61, Fax 22849-62

NEW YORK Philipp Oehmke, 10 E 40th Street, Suite 3400, New York, NY 10016, Tel. +1 212 2217583, Fax 3026258

PARIS Julia Amalia Heyer, 12 Rue de Castiglione, 75001 Paris, Tel. +33 1 58625120, Fax 42960822

PEKING Bernhard Zand, P.O. Box 170, Peking 100101, Tel. +86 10 65323541, Fax 65325453

RIO DE JANEIRO Jens Glüsing, Caixa Postal 56071, AC Urca, 22290-970 Rio de Janeiro-RJ, Tel. +55 21 2275-1204, Fax 2543-9011

ROM Walter Mayr, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. +39 06 6797522, Fax 6797768

SAN FRANCISCO Thomas Schulz, P.O. Box 330119, San Francisco, CA 94133, Tel. +1 212 2217583

TEL AVIV Nicola Abé, P.O. Box 8387, Tel Aviv-Jaffa 61083, Tel. +972 3 6810998, Fax 6810999

TOKIO Dr. Wieland Wagner, Asagaya Minami 2-31-15 B, Suginami-ku, Tokio 166-0004, Tel. +81 3 6794 7828

WARSCHAU P.O. Box 31, ul. Waszyngtona 26, 03-912 Warschau, Tel. +48 22 6179295, Fax 6179365

WASHINGTON Holger Stark, 1202 National Press Building, Washington, D.C. 20045, Tel. +1 202 3475222, Fax 3473194

DOKUMENTATION Dr. Hauke Janssen, Cordelia Freiwald (stellv.), Axel Pult (stellv.), Peter Wahle (stellv.); Jörg-Hinrich Ahrens, Dr. Susmita Arp, Dr. Anja Bednarz, Ulrich Booms, Viola Broecker, Dr. Heiko Buschke, Andrea Curtaz-Wilkens, Johannes Eltzschig, Johannes Erasmus, Klaus Falkenberg, Catrin Fandja, Anne-Sophie Fröhlich, Dr. André Geicke, Silke Geister, Thorsten Hapke, Susanne Heitker, Carsten Hellberg, Stephanie Hoffmann, Bertolt Hunger, Kurt Jansson, Michael Jürgens, Tobias Kaiser, Renate Kemper-Gussek, Jessica Kensicki, Ulrich Klötzer, Ines Köster, Anna Kovac, Peter Lakemeier, Dr. Walter Lehmann-Wiesner, Dr. Petra Ludwig-Sidow, Rainer Lübbert, Sonja Maaß, Nadine Markwaldt-Buchhorn, Dr. Andreas Meyhoff, Gerhard Minich, Cornelia Moormann, Tobias Mulot, Bernd Musa, Nicola Naber, Margret Nitsche, Sandra Öfner, Thorsten Oltmer, Dr. Vassilios Papadopoulos, Ulrike Preuß, Axel Rentsch, Thomas Riedel, Andrea Sauerbier, Maximilian Schäfer, Marko Scharlow, Rolf G. Schierhorn, Mirjam Schlossarek, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Thomas Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Ulla Siegenthaler, Rainer Staudhammer, Tuisko Steinhoff, Dr. Claudia Stodte, Stefan Storz, Rainer Szimm, Nina Ulrich, Ursula Wamser, Peter Wetter, Kirsten Wiedner, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelbandt, Anika Zeller, Malte Zeller

LESER-SERVICE Catherine Stockinger

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP, dpa, Los Angeles Times / Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Verantwortlich für Anzeigen: Norbert Facklam

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 69 vom 1. Januar 2015
Mediaunterlagen und Tarife: Tel. 040 3007-2540, www.spiegel-qc.de

Verantwortlich für Vertrieb: Stefan Buhr

Verantwortlich für Herstellung: Silke Kassuba

Druck: Stark Druck, Pforzheim

MIX Papier FSC® C008208

VERLAGSLEITUNG Jesper Doub, Dr. Michael Plasse

GESCHÄFTSFÜHRUNG Thomas Hass

Ein Impressum mit dem Verzeichnis der Namenskürzel aller Redakteure finden Sie unter www.spiegel.de/kuerzel

INTERNET www.spiegel.de
REDAKTIONSBLOG spiegel.de/spiegelblog
TWITTER @derspiegel
FACEBOOK facebook.com/derspiegel

DER SPIEGEL (USPS No. 0154520) is published weekly by SPIEGEL VERLAG. Subscription price for USA is $ 370 per annum. K.O.P.: German Language Pub., 153 S Dean St, Englewood, NJ 07631. Periodicals postage is paid at Paramus, NJ 07652. Postmaster: Send address changes to: DER SPIEGEL, GLP, P.O. Box 9868, Englewood, NJ 07631.

Service

Leserbriefe
SPIEGEL-Verlag, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg
Fax: 040 3007-2966 E-Mail: leserbriefe@spiegel.de

Hinweise für Informanten
Falls Sie dem SPIEGEL vertrauliche Dokumente und Informationen zukommen lassen wollen, stehen Ihnen folgende Wege zur Verfügung:
Post: DER SPIEGEL, c/o Investigativ, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg
Telefon: 040 3007-0, Stichwort „Investigativ“
E-Mail (Kontakt über Website): www.spiegel.de/investigativ
Unter dieser Adresse finden Sie auch eine Anleitung, wie Sie Ihre Informationen oder Dokumente durch eine PGP-Verschlüsselung geschützt an uns richten können.
Der dazugehörende Fingerprint lautet:
6177 6456 98CE 38EF 21DE AAAA AD69 75A1 27FF 8ADC

Fragen zu SPIEGEL-Artikeln
Telefon: 040 3007-2687 Fax: 040 3007-2966
E-Mail: artikel@spiegel.de

Nachdruckgenehmigungen für Texte, Fotos, Grafiken
Nachdruck und Angebot in Lesezirkeln nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxen sowie für Vervielfältigungen auf CD-ROM.
Deutschland, Österreich, Schweiz:
Telefon: 040 3007-2869 Fax: 040 3007-2966
E-Mail: nachdrucke@spiegel.de
übriges Ausland:
The New York Times Syndicate
E-Mail: Thomas.Lotito@nytimes.com Tel.: +1 212 556-5119

Nachbestellungen SPIEGEL-Ausgaben der letzten Jahre sowie alle Ausgaben von SPIEGEL GESCHICHTE und SPIEGEL WISSEN können unter www.amazon.de/spiegel versandkostenfrei innerhalb Deutschlands nachbestellt werden.

Historische Ausgaben Historische Magazine Bonn
www.spiegel-antiquariat.de Telefon: 0228 9296984

Abonnement für Blinde Audio Version, Deutsche Blindenstudienanstalt e. V. Telefon: 06421 606265
Elektronische Version, Frankfurter Stiftung für Blinde
Telefon: 069 9551240

Abonnementspreise
Inland: 52 Ausgaben € 228,80
Studenten Inland: 52 Ausgaben € 153,40 inkl. sechsmal UNI SPIEGEL
Auslandspreise unter www.spiegel.de/ausland
Der digitale SPIEGEL: 52 Ausgaben € 202,80
(der Anteil für das E-Paper beträgt € 171,60)
Befristete Abonnements werden anteilig berechnet.

Kundenservice Persönlich erreichbar
Mo. – Fr. 8.00 – 19.00 Uhr, Sa. 10.00 – 18.00 Uhr
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg
Telefon: 040 3007-2700 Fax: 040 3007-3070
E-Mail: aboservice@spiegel.de



Abonnementsbestellung
bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an:
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg – oder per Fax: 040 3007-3070, www.spiegel.de/abo



Ich bestelle den SPIEGEL
❑ für € 4,40 pro gedruckte Ausgabe
❑ für € 3,90 pro digitale Ausgabe (der Anteil für das E-Paper beträgt € 3,30)
❑ für € 0,50 pro digitale Ausgabe (der Anteil für das E-Paper beträgt € 0,48) zusätzlich zur gedruckten Ausgabe. Der Bezug ist zur nächsterreichbaren Ausgabe kündbar. Alle Preise inkl. MwSt. und Versand. Das Angebot gilt nur in Deutschland. Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer oder Postfach

PLZ, Ort

E-Mail (notwendig, falls digitaler SPIEGEL erwünscht)

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung.
Hinweise zu den AGB und meinem Widerrufsrecht finde ich unter www.spiegel.de/agb

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten SP15-001, SD15-006 SD15-008 (Upgrade)

„Auf wen darf man denn jetzt sauer sein?“

SPIEGEL-Gespräch Der Satiriker Oliver Welke über das Jahr 2015 in der ZDF-„heute-show“, den Fluchtinstinkt von Spitzenpolitikern und Humor in Zeiten des Terrors

SPIEGEL: Herr Welke, 2015 war auch für Satiriker ein denkwürdiges Jahr. Zweimal ist Ihre Sendung wegen schrecklicher Ereignisse ausgefallen: nach dem Absturz der Germanwings-Maschine im März und am 13. November, dem Abend der Anschläge in Paris. Hatte es Ihnen die Sprache verschlagen?
Welke: Ich habe am 13. November mit meinem jüngeren Sohn – der ist 13 und wollte eigentlich „The Voice of Germany“ gucken – zwischendurch zu n-tv gezappt. Eher aus Versehen. Und wir konnten es wirklich nicht fassen. Das ganze Ausmaß des Horrors ist einem ja erst im Verlauf des späteren Abends so richtig klar geworden. Ich habe noch mal kurz mit dem Programmdirektor des ZDF telefoniert, aber es war schnell klar, dass wir unsere schon um 18 Uhr aufgezeichnete Sendung ausfallen lassen. Die hätte wirklich gar nicht mehr gepasst.
SPIEGEL: Der britische Satiriker John Oliver hat zwei Tage nach den Anschlägen seine Show im US-Fernsehen mit einer ebenso fulminanten wie witzigen Beschimpfung der Attentäter begonnen. Hätten Sie sich das auch getraut?

Das Gespräch führten die Redakteure Markus Brauck und Martin Wolf.







„heute-show“-Szenen mit Welke
„Alles erst mal ein wenig sacken lassen“

Welke: Das war wirklich toll. Wir haben eine Woche nach den Anschlägen mit unserer Reporterfigur Ulrich von Heesen etwas Ähnliches versucht. Gerade weil das ganze Geschäftsmodell IS vor allem auf Angst beruht, macht es so viel Spaß, diese Leute lächerlich zu machen. Löst das Problem natürlich nicht, tut aber total gut.
SPIEGEL: Wie lange hat es nach den Anschlägen von Paris gedauert, bis Sie angefangen haben, über die satirische Umsetzung nachzudenken?
Welke: Bei solchen Themen ist es immer gut, alles erst mal ein wenig sacken zu lassen. Für uns wurde es aus Satiresicht spannend, als sämtliche TV-Sender spontan und mit langen Live-Strecken auf die Spielabsage in Hannover reagieren mussten. Da wurde ja stundenlang über Bomben in Krankenwagen spekuliert, ohne dass es dafür eine echte Quelle gegeben hätte. Und das in einer Zeit, wo ohnehin latente Panik herrscht. So haben wir dann ausnahmsweise mal einen Ausflug in den Bereich Medienkritik gemacht.
SPIEGEL: Es gibt das Bonmot aus einem Woody-Allen-Film: „Komödie ist Tragödie plus Zeit“. Sehen Sie das auch so?
Welke: Satire fängt immer mit denselben Fragen an: Wer oder was bietet hier die

Angriffsfläche? Auf wen darf man denn jetzt sauer sein? Direkt nach einem Unglück verbieten sich solche Fragen manchmal. Bei der Reaktorkatastrophe von Fukushima war das auch erst einmal so. Aber bereits eine Woche später war das Thema schon komplett zu Wahlkampfzwecken missbraucht worden, quer durch alle Parteien. Das macht es für uns gleich viel leichter.

SPIEGEL: Auf wen darf man im Moment sauer sein? Wenn man Ihre Sendung sieht, bekommt man den Eindruck: vor allem auf Horst Seehofer.

Welke: Bei der Flüchtlingskrise kann man auf ziemlich viele Leute sauer sein. Auf alle, die suggerieren, dass es auf dieses komplexe Problem einfache Antworten gäbe. Jahrelang haben alle Parteien den Krieg in Syrien mehr oder weniger ignoriert. Und dann stand er buchstäblich bei uns vor der Tür. Und Seehofer gehört halt zu denen, die für uns verlässlich liefern. Selbst wenn wir mal eine Sendung ohne CSU machen wollen, kommt Seehofer dann mit Transitzonen um die Ecke. Obwohl alle wissen, dass da nur noch unter zwei Prozent der Flüchtlinge reinkämen. Das ist eine totale Quatschdebatte – die das politische Deutschland aber ernsthaft fast zwei Wochen lang geführt hat. An sich bestürzend, für uns aber quasi Gold.

SPIEGEL: Sie verspotten ja nicht nur die CSU.

Welke: Natürlich nicht. Neuerdings sind ja Leute aus fast allen Parteien von CSU bis Linkspartei offen für die Idee Obergrenze oder Kontingente. Was total verständlich ist. Aber keiner sagt den Bürgern, was wir denn machen, wenn mehr Menschen kommen, als wir auf irgendeinen Zettel schreiben. Darüber gibt es leider keine ehrliche Debatte. Ich finde bloß, dass man die ganz simplen Antworten AfD und Pegida überlassen sollte. Das ist schließlich deren Markenkern.

SPIEGEL: Sie machen sich in Ihrer Show immer wieder lustig über die Freaks bei den Pegida-Protesten. Das ist ja politisch sympathisch, aber auch ein bisschen einfach. Diejenigen, die sagen, alles ist wunderbar, Deutschland wird von den Flüchtlingen nur profitieren, kommen bei Ihnen ungeschoren davon.

Welke: Ich bestreite, dass das irgendein Politiker in dieser naiven Verkürzung so gesagt hat. Im Übrigen haben wir mehrmals das Versagen der Großen Koalition in der Flüchtlingskrise thematisiert. Die wussten seit Anfang des Jahres, was kommt, die waren explizit gewarnt und haben nix gemacht. Das baden Helfer und Landräte heute aus. Aber über das berühmte „Wir schaffen das“ kann ich mich trotzdem nicht so aufregen wie viele Mitbürger. Wenn die Stimmung ohnehin emotional aufgeheizt ist, muss Politik doch erst mal mit Zuversicht dagegensteuern. Soll sie sagen: Springt alle aus dem Fenster, hat eh keinen Sinn?



Moderator Welke

THOMAS RABSCH / LAIF

SPIEGEL: Ist es Ihre Aufgabe, den guten Deutschen den Rücken zu stärken?

Welke: Unsere Aufgabe ist, jeden Freitag möglichst gut zu unterhalten. Im Übrigen: Warum sollte ich mich in der Show lustig machen über Leute, die in ihrer Freizeit Flüchtlingen helfen?

SPIEGEL: Jedenfalls wird die „heute-show“ so dem alten sozialdemokratisch korrekten Kabarett ähnlicher. Da waren sich im Publikum und auf der Bühne auch alle wunderbar einig, wenn die doofen Rechten oder CSU-Leute beschimpft wurden.

Welke: Das mit dem „Sozialdemokratisch“ tut jetzt aber weh. Ich glaube, wenige Parteien haben in den letzten beiden Jahren so viel bei uns abbekommen wie die SPD. Und wir sagen eben nicht: die doofen Rechten. Wir versuchen zu verstehen, wie die arbeiten. Die viel zitierten Sorgen und Ängste sind ja nachvollziehbar. Aber Pegida und die AfD, das sind Angstvampire, die wittern, dass jetzt ihre Stunde gekommen ist. Und da müssen Parteien, das sage ich jetzt privat, mit Fakten und von mir aus auch mit Zuversicht dagegensteuern. Die AfD Brandenburg hat schon einen Tag nach Paris etwas über merkwürdig erholt aussehende Flüchtlinge gepostet, die aus Zügen steigen. Wenn ich mich darüber nicht mehr aufrege, worüber denn dann?

SPIEGEL: John Oliver, Ihrem britischen Kollegen, gelingt die Verbindung von Pädagogik und Humor ziemlich genial. Ist er ein Vorbild?

Welke: Natürlich gucken wir seine Show. Toll bei ihm ist, dass er sich auch mal traut, 17 oder 18 Minuten nur einem Thema zu widmen. Aber mit der „heute-show“ ist das kaum vergleichbar. John Oliver hat keine Ensembleshow, sondern eine Solonummer. Das könnte ich natürlich auch machen und die anderen alle rausschmeißen. Das wäre überhaupt kein Problem. Aber das wäre dann eine völlig andere Sendung.

SPIEGEL: Wie halten Sie es in Ihrer Show mit der Mischung aus Pädagogik und Humor? Haben wir richtig beobachtet, dass Sie öfter als früher politische Zusammenhänge erklären, Haltung zeigen, manchmal sogar Beiträge bringen, die überhaupt nicht komisch sein wollen?

Welke: Das hat sich so ergeben. Zum einen wegen der Flüchtlingskrise: Ich kann mich kaum an eine Zeit erinnern, in der das Land so gespalten war. Das spüre ich bis in den eigenen Bekanntenkreis hinein. Der zweite Grund ist: Früher konnten wir uns an der schwarz-gelben Regierung abarbei-

ten. Die hat schöne Vorlagen geliefert, vom Hin und Her beim Atomausstieg bis zu den Sprüchen über Hartz-IV-Empfänger und spätrömische Dekadenz. In der Großen Koalition herrscht permanenter Konsenszwang, und wir finden kaum noch Köpfe mit Satire-Potenzial, die Lust haben zu polarisieren. Mal abgesehen von Sigmar Gabriel vielleicht.

SPIEGEL: Mit anderen Worten: Sie vermissen Rainer Brüderle?

Welke: Ja, die „heute-show“ hat Brüderle sehr viel zu verdanken. Aber wenn man schon einen Lacher dafür bekommt, dass man die drei Buchstaben FDP erwähnt, wird es irgendwann langweilig.

SPIEGEL: Sie versuchen es weiterhin mit Personalisierung. Manchmal brachial. In einem Gag haben Sie mal gesagt: „So sähe Fleisch unbehandelt aus.“ Dann wurde ein Foto von Markus Söder eingeblendet, dem bayerischen Finanzminister.

Welke: Das war eine Strecke über die miesen Arbeitsbedingungen in der deutschen Lebensmittelindustrie. Wie der Gag da reingeraten ist, weiß ich gar nicht mehr so genau. Ich bin ja gesichtstechnisch selber nicht wirklich fürs HD-Fernsehen gemacht. Und natürlich gibt es in der Show auch immer mal wieder Momente absichtlich botschaftsloser Albernheit. Wir sind eben nicht Kabarett. Haben wir auch nie behauptet. Schließt aber eine klar erkennbare Haltung nicht aus.

SPIEGEL: Als es um das Atomkraftwerk Biblis ging, haben Sie zu einem Foto von Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier gesagt: dieses Strahlenopfer.

Welke: Ja, das war grenzwertig.

SPIEGEL: Und nicht mal besonders lustig.

Welke: Jetzt arbeiten Sie aber selbst wie die „heute-show“ und reißen alles aus dem Kontext! Das war eingebettet in eine Strecke, in der wir erzählen, wie Bouffier damals Biblis so dilettantisch hat abschalten lassen, dass der Steuerzahler jetzt wahrscheinlich Schadensersatz an RWE zahlen muss. Trotzdem gehört der spezielle Gag zu den zwei bis drei, die ich im Nachhinein gern rausschneiden würde. Und jenseits von Geschmacksfragen darf man natürlich nicht auf die ganz einfachen Lacher gehen. Dickenwitze über Sigmar Gabriel stehen beispielsweise schon seit geraumer Zeit auf dem Index. Mittlerweile macht er sie ja ohnehin selbst.

SPIEGEL: Spitzenpolitiker wie SPD-Chef Gabriel suchen das Weite, wenn sich ihnen ein Kamerateam von der „heute-show“ nähert.

Welke: Ein Regierungssprecher hat mir mal verraten, dass er allen Ministern rät: „Redet nicht mit denen. Wenn ihr sie seht, lächelt freundlich, nickt und geht weg.“ Die meisten halten sich daran. Gabriel hat, glaube ich, noch nie ein Wort mit uns gesprochen.











„heute-show“-Ausschnitte
„Dickenwitze stehen auf dem Index“

„Jetzt arbeiten Sie aber selbst wie die ‚heute-show‘ und reißen alles aus dem Kontext!“

SPIEGEL: Julia Klöckner und Peter Tauber, der CDU-Generalsekretär, tauchen dagegen offenbar ganz gern in Ihren Beiträgen auf.

Welke: Das ist die andere Fraktion. Die probieren es eher mit der Umarmungstaktik und schalten sofort in einen Lustigkeitsmodus, wenn sie uns sehen. Das Geschäft wird dadurch nicht einfacher.

SPIEGEL: 2015 ist auch das Jahr der Abschiede von großen TV-Unterhaltern. Stefan Raab hört auf, Günther Jauch hat seine Talkshow abgegeben, Thomas Gottschalk ist 65. Denken Sie darüber nach, was nach der „heute-show“ kommt?

Welke: Fernsehleute sind alle Aufmerksamkeits-Junkies. Wenn wir uns zurückziehen, gibt es meistens richtige Entzugserscheinungen. Ich habe das bei Rudi Carrell erlebt. Der hat immer gesagt: Hinter der Kamera Produzent zu sein reicht mir ab jetzt. Aber natürlich hat ihm das rote Licht total gefehlt. Alle diese Zirkuspferde bekommen irgendetwas zwischen Burn-out und Depression, wenn sie nicht mehr im Fernsehen auftreten.

SPIEGEL: Sie werden im nächsten Jahr 50. Ist das ein Zeitpunkt, an dem man verstärkt über solche Themen nachdenkt?

Welke: Lustigerweise habe ich in diesem Jahr ein Potpourri an Krankheiten gehabt, die ich gar nicht für möglich gehalten hätte. Wenn ich es nicht besser wüsste, könnte man glauben: Mein Körper will mir irgendwas sagen. Ich weiß nur nicht, was. Aber, ganz ehrlich, ich bin ein potenzieller Problemfall, weil ich keine klassischen Hobbys habe. Im Gegensatz zu Raab, der seine Musik hat und sein Flugzeug, würde ich wahrscheinlich erst mal in ein echtes Loch fallen.

SPIEGEL: Was genau würde Ihnen fehlen?

Welke: Dieses Gefühl, jede Woche bei null zu beginnen. Immer wieder neu mit den Kollegen an diesem Puzzle herumzufrickeln, das man dann am Freitag dem Publikum zeigt. Das gibt einem einen Glückshormonausstoß, der im zivilen Leben ganz schwer zu erreichen ist.

SPIEGEL: Im Januar gehen Sie mit Ihrem „heute-show“-Kollegen Dietmar Wischmeyer auf Tour.

Welke: Die Zeit knapse ich von meinen Weihnachtsferien ab. Diese Auftritte sind ein großer Spaß, auch weil man sich danach mit den Zuschauern unterhalten kann. Dieser direkte Kontakt fällt ja bei der Sendung ziemlich weg.

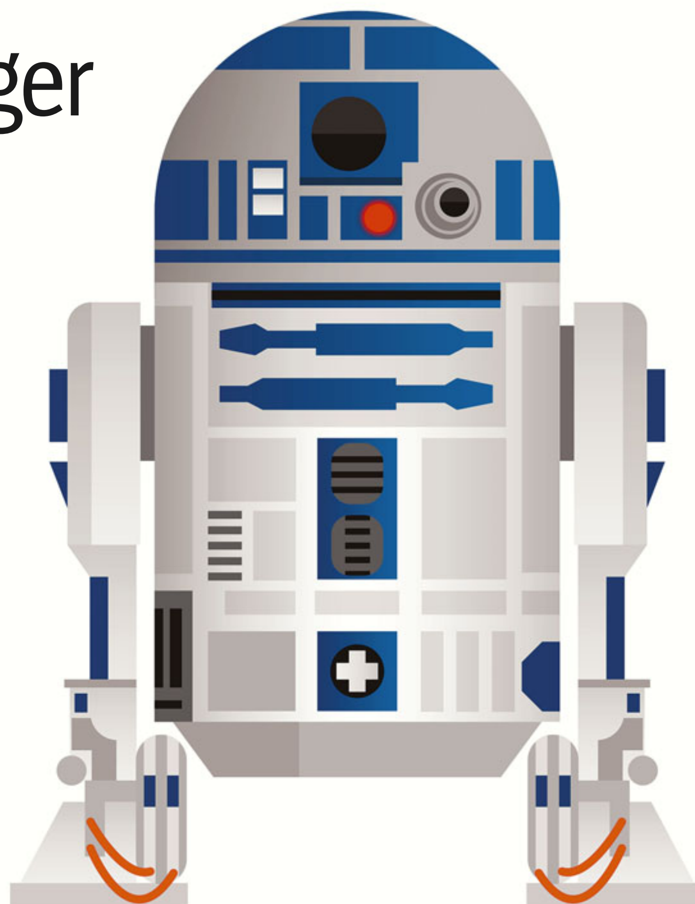
SPIEGEL: Sie könnten ja irgendwann mit der „heute-show“ auf Tour gehen.

Welke: Ja, genau wie die Rolling Stones. Seit dreißig Jahren auf Abschiedstournee, bald kommen sie mit ihren Rollatoren auf die Bühne. Und das Publikum fragt sich: warum?, singt aber trotzdem die Texte mit. So stelle ich mir auch meinen Ruhestand vor.

SPIEGEL: Herr Welke, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Held des Alltags: R2-D2

Der Schweiger



Der Roboter R2-D2 verrät nichts über den neuen „Star Wars“-Film – im Gegensatz zu einem Kollegen

Vor ein paar Wochen hat der Schauspieler Anthony Daniels den Disney-Konzern mit dem Kreml verglichen. Das ist insofern eine Überraschung, als Daniels bei Disney unter Vertrag steht: Er spielt eine der bekanntesten Figuren im neuen „Star Wars“-Film „Das Erwachen der Macht“, Disneys wichtigstem Film des Jahres, Kinostart am 17. Dezember.

Daniels, 69, ein Brite, steckt im Kostüm von C-3PO, dem Roboter aus Goldblech. C-3PO ist ein sogenannter Protokoll-Droide, er beherrscht fast alle Sprachen der Galaxis und redet entsprechend viel, im Original mit Daniels’ Stimme. Doch wenn es praktische Probleme zu lösen gilt – den Todesstern sprengen zum Beispiel –, verlässt man sich besser auf R2-D2, den anderen berühmten „Star Wars“-Roboter. R2-D2 ist klein und eher introvertiert, aber schlau. Er gibt Fieptöne von sich, spricht jedoch kein Wort. Jungs in aller Welt haben in R2-D2 einen Seelenverwandten.

Im ersten „Star Wars“-Film von 1977 wurden R2-D2 und C-3PO zu Publikumslieblingen. Roboter, die irgendwie menschlich wirken oder sogar sprechen können, das fand man damals lustig, Science-Fiction eben. Heute bestimmen intelligente Maschinen unseren Alltag. Google weiß, was wir suchen; Facebook analysiert, wen wir kennen; Siri fragt, was wir wünschen, geduldiger als jede Ehefrau. Maschinen können mittlerweile sogar Zeitungsartikel verfassen, bisher allerdings bloß für den Wirtschaftsteil.

Im neuen „Star Wars“-Film wirkt der Fortschritt nicht bedrohlich, sondern niedlich. Ein bisher unbekannter kugelförmiger Roboter namens BB-8 flitzt durch die Werbetrailer. BB-8 sieht aus, als hätten die Designer von Apple einen Fußball entworfen. Doch auch C-3PO und R2-D2 haben sich gut gehalten, deutlich besser jedenfalls als Captain Han Solo alias Harrison Ford. Ford ist jetzt 73, fast so alt wie die Galaxis. Erwachsene „Star Wars“-Fans sehen dem neuen Film deshalb mit gemischten Gefühlen entgegen: Will man wirklich von einem Rentner mit Laserpistole daran erinnert werden, dass auch die eigene Jugend in Lichtgeschwindigkeit vergangen ist? Ausgerechnet von Harrison Ford, der einst über die Drehbücher von „Star Wars“-Erfinder George Lucas gelästert hatte: „Du kannst diesen Scheiß schreiben, George, aber man kann ihn bestimmt nicht sprechen“?

Anders als Ford hat Anthony Daniels quasi nie etwas anderes gemacht als „Stars Wars“. Daniels *ist* C-3PO. Wenn keine Dreharbeiten anstehen, arbeitet er als Sprecher für „Star Wars“-Computerspiele und -Zeichentrickserien. Oder er tritt bei Fanveranstaltungen auf. Den C-3PO-Helm hat Daniels fast immer dabei, zur Sicherheit, damit er auch erkannt wird.

Doch der neue „Star Wars“-Film stresst Daniels; er reagiert darauf wie C-3PO: Er redet zu viel. „Die Geheimniskrämerei ist mehr als aberwitzig“, verriet Daniels in einem Interview mit dem „Guardian“. Sein Exemplar des Drehbuchs „war auf tiefrotem Papier gedruckt, damit man es nicht fotokopieren konnte. Mir wurde schon beim Lesen übel“. Als Daniels seinen Fans auf Twitter mitteilte, er habe einen Kollegen getroffen, der im neuen Film mitspiele, gab es Ärger. „Sofort habe ich eine Nachricht von Disney bekommen: Lösch diesen Tweet! Das darfst du nicht verraten!“, sagte Daniels. Bei Disney herrsche Paranoia „wie im Kreml“.

Von R2-D2 hat Disney keine Interviews zu befürchten. Er kann ja nicht sprechen. Und auch der Schauspieler Kenny Baker, 81, hat sich bislang nicht geäußert. In den alten „Star Wars“-Filmen hockte er in einigen Szenen im Innern von R2-D2, um die Figur zu steuern. Baker misst 1,12 Meter.

In Japan können Fans übrigens ihren eigenen R2-D2 kaufen, in Originalgröße, mit Fernbedienung, für 8244 Euro. Einen Todesstern kann man mit dem Nachbau leider nicht sprengen. Aber Bier kühlen. Im Inneren befindet sich ein Kühlschrank. Martin Wolf

STANLEY CHOW / DER SPIEGEL

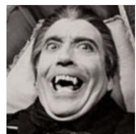
Philipp Mißfelder | 35


CHRISTIAN THIEL

* 25.08.1979
† 13.07.2015

Es gibt nicht viele politische Talente in seiner Generation. Mißfelder war eines. Mehr als zwölf Jahre lang war er Vorsitzender der Jungen Union, seit 2005 saß er für die CDU im Bundestag, ein Meister der Selbstinszenierung mit Freude an Provokationen. Die Anhebung des Hartz-IV-Regelsatzes für Kinder nannte er einen „Anschub für die Tabak- und Spirituosenindustrie".

Christopher Lee | 93


ENTERTAINMENTPICTURES / IMAGO

* 27.05.1922
† 07.06.2015

Er ist wohl der einzige Brite, der wegen seiner Zähne zum Ritter geschlagen wurde. Lee ist der berühmteste und beliebteste Dracula-Darsteller aller Zeiten, er spielte den Vampir zwischen 1958 und 1973 in acht Filmen. Mit düsterem Blick und ironischem Witz biss er sich durch die Jahrzehnte und machte aus Dracula einen kultisch verehrten Bösewicht. Ab 2001 wirkte er in Peter Jacksons „Herr der Ringe"-Adaptionen mit.

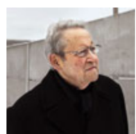
Harry Rowohlt | 70


MARTIN ZITZLAFF

* 27.03.1945
† 15.06.2015

Diese Stimme! Manchmal brummte er mehr, als dass er las, bei „Pu der Bär" zum Beispiel. Das Kinderbuch ist in Rowohlts Übersetzung vielleicht besser als im Original. Harry Rowohlt war außerdem Kolumnist („Pooh's Corner"), Alleinunterhalter („Schau Saufen mit Betonung"), Schauspieler („Lindenstraße"), Hamburger (Eppendorf) und Verlagserbe, Letzteres eher ungern. Fragen zum Verlag wies er mit dem Hinweis zurück: „Ich bin ja schon froh, dass ich nicht Kiepenheuer und Witsch heiße."

Günter Schabowski | 86


THORSTEN FUTH / LAIF

* 04.01.1929
† 01.11.2015

„Das tritt nach meiner Kenntnis … ist das sofort, unverzüglich" – mit diesen Halbsätzen über ein neues Reisegesetz für DDR-Bürger leitete Schabowski während einer Pressekonferenz am 9. November 1989 den Fall der Berliner Mauer ein, eher aus Versehen. Nach Jahrzehnten als SED-Funktionär begann damit sein zweites Leben: als Kämpfer gegen alte und neue DDR-Nostalgiker.

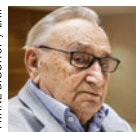

SUNSET BOX / ALLPIX PRESS / LAIF

Anita Ekberg | 83

* 29.09.1931
† 11.01.2015

Regisseur Federico Fellini ließ sie 1960 in seinem Film „La Dolce Vita" in Rom in den Trevi-Brunnen steigen und machte sie so zu einer Ikone der sinnlichen Frau. Ekberg, eine frühere Miss Schweden, war keine begnadete Schauspielerin, passte aber perfekt in die Zeit. Sie war die europäische Antwort auf Hollywoodstars wie Marilyn Monroe oder Jayne Mansfield und füllte das Klischee der üppigen Blondine. Eine voremanzipatorische Walküre, die selbst gestandene Männer wie John Wayne oder Frank Sinatra wie Schulbuben aussehen ließ.

Egon Bahr | 93

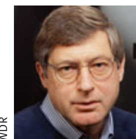

FRANZ BISCHOF / LAIF

* 18.03.1922
† 19.08.2015

Schon 1963, zwei Jahre nach dem Mauerbau, entwarf er mit der Formel vom „Wandel durch Annäherung" die Grundzüge der sozialliberalen Entspannungspolitik. Der Freund und, seit 1969, Staatssekretär Willy Brandts bereitete die Verträge mit Warschau und Moskau vor sowie den Grundlagenvertrag mit Ostberlin. Bahr galt als „Architekt der Ostpolitik", nur mit der Bürgerbewegung in der DDR und der Wende tat er sich schwer: „Ich war blind für die Situation, als sie unvermutet eintrat", notierte er selbstkritisch in seinen Memoiren.

Klaus Bednarz | 72

Gemütlich waren nur die Pullover, die er als Moderator des ARD-Magazins „Monitor" trug. Seine Kommentare waren es nie. Bednarz legte sich mit Regierungen, Konzernen und Journalistenkollegen an. In den „Tagesthemen" gab er 1993 den Springer-Blättern, aber auch „FAZ" und SPIEGEL eine Mitschuld am Anschlag auf ein Asylbewerberheim in Solingen. Nach dem Abschied von „Monitor" 2001 wurde Bednarz, einst Korrespondent in Warschau und Moskau, zum Reporter: Er drehte Filme über den Baikalsee oder die Rocky Mountains.


WDR

* 06.06.1942
† 14.04.2015

Hellmuth Karasek | 81

* 04.01.1934
† 29.09.2015

Er liebte und fürchtete den SPIEGEL-Herausgeber Rudolf Augstein, mit dem er hier 1979 in St. Moritz zu sehen ist – und er verbrachte seine abenteuerlichsten, vielleicht sogar glücklichsten Journalistenjahre als Augsteins Angestellter. Hellmuth Karasek, von 1974 bis 1996 ein führender Kulturmann des SPIEGEL, erwarb sich als TV-Literaturexperte und Entertainer fröhlich genossenen Ruhm. Er schrieb tolle Bücher, etwa über seine Jugend, und den leicht verunglückten Roman „Das Magazin" (1998). Ein beschwingtes, lustiges, nur manchmal nachdenkliches Journalistenleben lang sorgte er dafür, dass es für ihn und über ihn stets eine Menge zu lachen gab.



ARMGARD SEEGERS



BILDARCHIV HALLHUBER / DAVIDS

Pierre Brice | 86

* 06.02.1929
† 06.06.2015

In den Sechzigerjahren war er der populärste Gastarbeiter Deutschlands: ein Franzose, der einen Indianer spielte, den wiederum ein Sachse erfunden hatte. In „Der Schatz im Silbersee" und anderen Karl-May-Verfilmungen verkörperte Pierre Brice den Häuptling Winnetou, edel, hilfreich und gut aussehend. Zwar hatte er kaum mehr Text als sein Pferd, doch er erfüllte die Rolle mit einer Ernsthaftigkeit, wie es bessere Schauspieler wohl nie gewagt hätten. Winnetou war für Brice Fluch und Segen zugleich: In Frankreich blieb er unbekannt, die Deutschen verehrten ihn, aber nur in dieser Rolle. Bis ins Rentenalter arbeitete Brice als Apache, auf der Freilichtbühne Elspe und bei den Karl-May-Festspielen in Bad Segeberg. „Jeder Mensch hat in seinem Leben eine Aufgabe", sagte Hella, seine bayerische Squaw, „Pierre hat Winnetou."

Elisabeth Wiedemann | 89



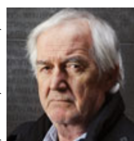
WDR

* 08.04.1926
† 27.05.2015

Sie machte aus der deutschen Hausfrau eine Heldin des Alltags. In der Fernsehserie „Ein Herz und eine Seele" spielte Wiedemann 1973 und 1974 die sehr leidensfähige Gattin des von Heinz Schubert verkörperten Spießers „Ekel" Alfred Tetzlaff. Dessen üble Beleidigungen ertrug Wiedemanns Serienfigur mit stoischer Naivität. Es war nicht nur überaus vergnüglich, sondern fast anarchistisch, wie sie ihn ständig zur Raserei trieb und ihn so dazu brachte, sein wahres Gesicht zu zeigen und seine reaktionären Ansichten zu offenbaren.

Henning Mankell | 67

Brummbärenhaft, klug und nicht ohne Eitelkeit trat der schwedische Schriftsteller als Menschenfreund und engagierter Theatermann auf. 1985 half er, in Mosambiks Hauptstadt Maputo eines der interessantesten Theater Afrikas zu gründen, und leitete es viele Jahre lang. Weltberühmt wurde Henning Mankell von 1991 an durch Kriminalromane, in denen der griesgrämige Kommissar Kurt Wallander oft grotesk brutale Verbrechen aufklärt. Wie sein Held verstand sich der Autor als Kämpfer, tapfer schrieb er auch gegen seine Krebserkrankung an.



P. MATSAS/ OPALE / LEEMAGE / LAIF

* 03.02.1948
† 05.10.2015

* 02.09.1934 † 10.10.2015
Hilla Becher, 81
Fotografin

* 15.05.1944 † 01.01.2015
Ulrich Beck, 70
Soziologe („Risikogesellschaft")

* 17.07.1948 † 28.11.2015
Luc Bondy, 67
Theaterregisseur

* 18.06.1920 † Juli 2015
Utta Danella, 95
Schriftstellerin

* 29.10.1923 † 30.01.2015
Carl Djerassi, 91
Erfinder der Anti-Baby-Pille

* 30.06.1946 † 03.11.2015
Helmut Dubiel, 69
Soziologe, Autor („Tief im Hirn")

* 19.06.1937 † 10.11.2015
André Glucksmann, 78
Philosoph

* 16.09.1925 † 14.05.2015
B. B. King, 89
Blues-Gitarrist und -Sänger

* 17.04.1929 † 09.06.2015
James Last, 86
Komponist und Bandleader

* 16.01.1935 † 31.01.2015
Udo Lattek, 80
Fußballtrainer

* 03.03.1933 † 17.08.2015
Gerhard Mayer-Vorfelder, 82
Politiker und Fußballfunktionär

* 05.11.1930 † 05.11.2015
Hans Mommsen, 85
Historiker

* 29.03.1927 † 30.05.2015
Alfred Neven DuMont, 88
Verleger

* 26.03.1931 † 27.02.2015
Leonard Nimoy, 83
Mr. Spock

* 31.05.1925 † 09.03.2015
Frei Otto, 89
Architekt

* 28.04.1948 † 12.03.2015
Terry Pratchett, 66
Schriftsteller

* 21.06.1926 † 03.08.2015
Johanna Quandt, 89
Unternehmerin

* 09.07.1933 † 30.08.2015
Oliver Sacks, 82
Neurologe und Schriftsteller

* 10.04.1932 † 10.07.2015
Omar Sharif, 83
Schauspieler



„Alles ist vergeben“

Titelzeile der Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ vom 13. Januar

„Frankreich befindet sich im Krieg.“

François Hollande, französischer Präsident, nach den Pariser Terroranschlägen vom 13. November

„Darf ein Friedenspreisträger zum Krieg aufrufen?“

Navid Kermani, Schriftsteller und Orientalist, in seiner Friedenspreis-Rede am 18. Oktober

„Wir sollten anerkennen, dass niemand außer Assad und seinen Truppen den ‚Islamischen Staat‘ wirklich bekämpft.“

Wladimir Putin, russischer Präsident, am 28. September über die Lage in Syrien

„Ein Teil dieser Antworten würde die Bevölkerung verunsichern.“

Thomas de Maizière, Bundesinnenminister, am 17. November über seine Weigerung, die Gründe für die Absage des Fußballländerspiels in Hannover näher zu erläutern

„Wir haben so vieles geschafft – wir schaffen das!“

Angela Merkel, Bundeskanzlerin, am 31. August zur Flüchtlingskrise

„Das war ein Fehler, der uns noch lange beschäftigen wird. Ich sehe keine Möglichkeit, den Stöpsel auf die Flasche zu kriegen.“

Horst Seehofer, bayerischer Ministerpräsident, am 12. September über Merkels Entscheidung, die Grenzen für Flüchtlinge zu öffnen

„Die derzeitige Situation in Slowenien, Österreich oder auch Deutschland beweist, dass wir so rasch wie möglich an einer Festung Europa bauen müssen.“

Johanna Mikl-Leitner, österreichische Innenministerin (ÖVP), am 28. Oktober

„Verrückt zu sein ist in Deutschland allemal gesellschaftsfähiger, als keine gute Mutter zu sein.“

Charlotte Roche, Bestsellerautorin, am 2. Okober im SPIEGEL-Gespräch



MARINA ROSA WEIGL / DER SPIEGEL

„Den Stammtisch kann man vielleicht ignorieren, aber mit den Frühstückstischen muss man reden.“

Sigmar Gabriel, Vizekanzler, am 26. Januar über seine Diskussion mit Pegida-Anhängern in Dresden

„Bei uns zu Hause würde man sagen, das ist Pack, was sich hier rumgetrieben hat.“

Sigmar Gabriel am 24. August über fremdenfeindliche Proteste im sächsischen Heidenau

„Hallo, Twitter! Ich bins, Barack. Echt!“

Barack Obama, US-Präsident, am 18. Mai in seinem ersten Tweet

„Um diesen Vorgang ranken sich natürlich Fragezeichen, die auch ich sehe.“

Wolfgang Niersbach, Präsident des DFB, auf einer Pressekonferenz am 22. Oktober zu Enthüllungen des SPIEGEL über Unregelmäßigkeiten bei der Vergabe der Fußball-WM 2006



ERIC TRAN-QUANG / AGENCY PEOPLE IMAGE

„Ich habe immer blind unterschrieben, wenn sie meine Unterschrift gebraucht haben.“

Franz Beckenbauer, der Kaiser, am 20. November zum selben Thema

„Friede seiner Asche“

Titelzeile der Berliner Tageszeitung „taz“ vom 11. November zum Tod von Helmut Schmidt

„Ich darf daran erinnern, dass die sozialistische DDR ein Garant des Friedens in Europa war.“

Margot Honecker, Witwe des DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker und ehemalige Ministerin, im Oktober in einem Interview mit der griechischen Nachrichtenagentur ANA-MPA

„Je länger die DDR Geschichte ist, desto dicker sind die Lügen, die über sie verbreitet werden.“

Margot Honecker im selben Interview



Nato-Nachrüstung *Raketen-Poker spaltet die Gesellschaft*

Der Weltökonom *„Die Wirtschaft ist unser Schicksal“*

„Chaotisch und dumm“ *Was Schmidt von US-Präsident Carter hielt*